L 70000
51
1916
26/II. - 16/III.
Europäische Politik
19.

Tägliche Rundschau

28/II. 1916

Italienische Stimmen zur Räumung Durazzos.

Rom 27. Februar. (T. U.) Die Besprechungen der hiesigen Blätter verraten (wie schon im Morgenblatt gemeldet) große Verlegenheit hinsichtlich der Räumung von Durazzo, welche natürlich gerade im gegenwärtigen Augenblick der Regierung und mehr noch den Kriegshetzern höchst unbequem und unangenehm ist. Zuerst zeigte sich Enttäuschung, doch tritt jetzt mehr Vertuschung zutage. Am Vorabend der Kammereröffnung verkündet die Presse übereinstimmend, anscheinend einem Wink von Regierungsseite folgend, daß Italien die Räumung längst vorbereitete.

Essads Ankunft in Brindisi sei schon ein sicheres äußeres Zeichen der Aufgebung Durazzos gewesen, nachdem das italienische Heer seinen Zweck, die serbischen, montenegrinischen und albanischen Heere nach Valona zu geleiten, glänzend gelöst hatte. Diese Schönfärberei ist wohl verständlich, der Umschwung kam nur zu plötzlich; denn bisher wäre es keinem Italiener eingefallen, daran zu glauben, daß Italien freiwillig Durazzo räumen könnte. Der „Secolo" schießt den Vogel ab mit der Behauptung, Italien sei mit größter Befriedigung erfüllt über den glücklichen Ausgang der schwierigen albanischen Unternehmung. „Giornale d'Italia" stellt die Behauptung auf, es sei eine militärische Handlung größten Stils gewesen, die sehr wohl des Zaren und Balfours Dank verdiene. Wenn demnächst 150 000 Serben an der Seite der Verbündeten wieder in den Kampf eingreifen, so sei dies nur Italiens Opfer für den Vierverband zu danken. „Secolo" sagt, Valona werde bis zum letzten Mann verteidigt werden, wie Saloniki. „Corriere d'Italia" und „Tribuna" heben hervor, das italienische Heer habe seinen Zweck erfüllt. „Corriere della Sera" erklärt kaltblütig, die Räumung Durazzos vereinfache die albanische Frage, indem alle Interessen jetzt in Valona vereint werden. Das Blatt erlaubt sich trotzdem eine Kritik, indem es betont, den militärischen Interessen Italiens wäre besser gedient, wenn nach dem Vorbilde Joffres Cadorna der Oberfeldherr aller Kämpfe wäre, an Stelle des Kriegsministers in Rom, der die Teilkämpfe leite. „Popolo d'Italia" gibt kund, daß die Zensur seit mehreren Tagen verboten habe, eingehende Nachrichten über die Räumung Durazzos zu veröffentlichen.

Neues Wiener Tagblatt
28/II. 1916

Die Aussichtslosigkeit eines Wirtschaftskrieges gegen Deutschland.

Die Ergebnisse eines Wirtschaftskrieges gegen Deutschland würden, wie Artur Shadwell im Februarheft des „Nineteenth Century" ausführt, beträchtlich hinter den gehegten Erwartungen zurückbleiben. Ein Wirtschaftkrieg würde Deutschland zweifellos treffen, aber England nicht minder, und zum großen Teil würde er überhaupt ein Schlag ins Wasser sein. „Wir würden unsre Waren dort, und die Deutschen würden ihre Waren hier verkaufen, beide nur unter größeren Schwierigkeiten als zuvor. Diese Waren würden gekauft und verkauft werden, lediglich, weil es Leute gibt, die das so haben wollen, und daran kann sie niemand hindern. Selbst während des Krieges haben unsre Waren ihren Weg nach Deutschland und deutsche Waren den Weg zu uns gefunden, und wenn das nicht unter den drastischen Maßregeln der Regierung zu verhindern war, wie in aller Welt soll man es im Frieden hindern? Der Patriotismus allein genügt nicht, denn die Waren kommen durch neutrale Länder. Wenn den Kunden das, was sie brauchen, zu dem gewünschten Preis von dem Verkäufer angeboten wird, der sich ebensowenig darum kümmert, wahin die Waren gehen, als darum, woher sie kommen, so ist der Patriotismus im Augenblick verschwunden. Besonders die Frauen können nicht widerstehen, und sie kaufen am meisten.

Die Hauptwirkung aber des Wirtschaftskrieges würde selbst bei glücklichem Verlaufe die sein, beide Seiten auf neue Gebiete hinzustoßen, und diese würden natürlicherweise schwieriger zu bearbeiten sein als die alten. Der Vorteil aber würde nicht auf unsrer Seite liegen, wofern wir nicht unsre Methoden änderten. Die Deutschen sind in Industrie und Handel erfolgreich gewesen, weil sie sehr stark auf beiden Gebieten gearbeitet haben. Darin liegt das ganze Geheimnis; es ist enthalten in dem Wort „Arbeit". Wo sie uns geschlagen haben, geschah es durch stärkere Arbeit, und der Mann, der arbeitet, wird immer den schlagen, der nicht arbeitet. Das gilt nicht nur für den Arbeiter, sondern für jedermann, von der Regierung abwärts. Die deutsche Gesetzgebung fördert Industrie und Handel, unsre hat viel dazu beigetragen, beide zu behindern, und hat kaum etwas getan, sie zu fördern. Aehnlich ist es mit den Ministerien und so die Stufenfolge abwärts bis zum deutschen Arbeiter, der für geringeren Lohn eifriger arbeitet als seine Genossen hierzulande.

Wer mit Zungenfertigkeit von einem Wirtschaftskrieg spricht, hat keine Ahnung von den Folgen. Angespanntere Arbeit, längere Arbeitszeit, geringerer Gewinn, niedrigere Löhne, weniger Vergnügen auf allen Gebieten! Sind die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei uns derartig, daß sie den Druck dieser Forderungen aushalten könnten? Wir werden auf alle Fälle von Glück sagen können, wenn wir nach diesem Kriege dem industriellen Kriege im eigenen Lande entgehen. Die zur erfolgreichen Führung des Wirtschaftskrieges notwendigen Veränderungen würden diesen industriellen Krieg tatsächlich unvermeidlich machen. Man vergegenwärtige sich doch nur, daß die Kriegssteuern noch in Kraft bleiben müssen, ohne daß wir unsre Rüstungen zu Lande und zur See verringern dürften. Man kann einwenden, daß Deutschland noch schlimmer daran sein wird als wir, und noch weniger imstande, den Kampf durchzuhalten. Das wird allerdings der Fall sein; aber die Deutschen sind an härtere Arbeit und niedrigere Löhne gewöhnt bei einem weniger behaglichen Leben, und sie werden den Druck besser aushalten. Dies natürlich unter der Voraussetzung, daß ihr gegenwärtiges System intakt bleibt.

Was die wirtschaftliche Erschöpfung betrifft, so glaube ich, daß die darüber bei uns herrschenden Vorstellungen ganz trügerisch sind. Sie gehören einer früheren Periode an. Die Ansammlung von Nationalreichtum ist durch die modernen Methoden so beschleunigt, daß die Verheerungen des Krieges mit erstaunlicher Schnelligkeit wieder ausgeglichen werden können. Was das Kapital betrifft, so braucht es Kredit, und daran wird es Deutschland nicht mangeln. Es wird mit einem großen Vorrat von aufgehäuften Fabrikswaren aufs neue beginnen, die auf den Markt geworfen werden und die man gierig aufnehmen wird. Seine Fabrikanten werden mit Aufträgen überschwemmt werden und da sie bereits sorgfältige Vorbereitungen getroffen haben, werden sie von Anfang an sehr viel zu tun haben.

Und zu welchem Zweck sollte man diesen Wirtschaftskrieg führen? Früher oder später wird er in einen wirklichen Krieg übergehen. Einige verlassen sich in dieser Hinsicht auf „Garantien". Aber wer will diese erzwingen? Alle Nationen versuchen jetzt, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bringen. Gelingt ihnen das jetzt nicht, so wird es auch später nicht gelingen. Will man wirklich Erfolg haben, so muß man einem Wirtschaftskrieg vorbeugen, indem man dem Weltkrieg ein Ende macht.

Neues Wiener Tagblatt
28. II. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 27. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

26. Februar. An der ganzen Front größere Tätigkeit der Infanterie. Unsre Infanterie alarmierte den Feind an mehreren Stellen seiner Front, was ihn zum Heranziehen von Verstärkungen bewog, die hierauf von unsrer Artillerie wirksam beschossen wurden. Gefechte mit für uns günstigem Ausgang fanden den eingelaufenen Meldungen zufolge nördlich von Mori (Lagarinatal), im Abschnitt des Rombon (Becken von Flitsch) und auf den Abhängen von Pevna (westlich von Görz) statt. An letzterem Punkt drangen kleinere feindliche Abteilungen plötzlich in einen unsrer Schützengraben ein, wurden aber sofort mit schweren Verlusten wieder daraus vertrieben. An den Nordhängen des Monte San Michele brach eine eigene Abteilung kühn in einen feindlichen Schützengraben ein, besetzte denselben und machte daselbst 47 Gefangene, darunter einen Offizier. Die Stellung blieb trotz intensiven, konzentrischen feindlichen Artilleriefeuers fest in unserm Besitz.

Rußland.

26. Februar. In Galizien in der Gegend von Michalcze (34 Kilometer südöstlich von Buczacz) am Dnjestr gelang es dem Feind nach heftigem Minenwerferfeuer einen Sprengtrichter zu besetzen, aber ein ungestümer Gegenangriff unserseits warf ihn wieder zurück.

Frankreich.

26. Februar, 3 Uhr nachmittags. In der Gegend nördlich von Verdun, wo der Feind andauernd seine Anstrengungen gegen die Front östlich der Maas richtet, ist der Kampf noch immer erbittert. Nach den letzten Meldungen leisten unsre Truppen in denselben Stellungen den wiederholten Stürmen des Feindes, der seine Opfer nicht mehr zählt, Widerstand. In der Gegend von Douaumont nahmen die im Gange befindlichen Kämpfe den Charakter besonderer Erbitterung an.

An der Front im Woevre wurden die vorgeschobenen Abteilungen, die wir seit den Kämpfen des letzten Jahres als Ueberwachungslinie zwischen Ornes und Hennemont hielten, auf Befehl des Kommandos und ohne vom Gegner angegriffen zu werden näher an den Fuß der Maßhöhen herangeführt. Unsre Artillerie auf dem linken und rechten Maßufer erwidert unermüdlich die feindliche Beschießung.

Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

11 Uhr nachmittag. Im Artois Minenkampf.

Wir brachten zwei Minenherde, einen westlich der Straße nach Lille, den zweiten östlich Neuville-St.-Vaast, unter den vom Feinde besetzten Verbindungsgräben zur Entzündung.

In der Champagne wiesen wir einen feindlichen Angriff auf den von uns genommenen vorspringenden Winkel südlich Saint-Marie-a-Py vollkommen ab. Die Gesamtzahl der von uns dabei gemachten Gefangenen beträgt 340, darunter 9 Offiziere und 36 Unteroffiziere. Ein Zerstörungsfeuer richteten wir auf die deutschen Werke nördlich von Ville-sur-Tourbe und in der Gegend von Mont Tetu.

In der Gegend nördlich von Verdun geht die Beschießung östlich und westlich der Maas aufenthaltlos weiter. Unsre Truppen antworten dem Feinde mit kraftvoll geführten Gegenangriffen auf die verschiedenen angegriffenen Punkte. Alle neuen Angriffsversuche der Deutschen in der Gegend von Champ-Neuville und der Cote Poivre, wo wir fest eingenistet sind, wurden abgewiesen. Ein erbitterter Kampf tobt um das Fort Douaumont, das ein vorgeschobener Bestandteil der alten Verteidigungswerke des Platzes Verdun ist. Die Stellung wurde morgens nach mehreren vergeblichen Versuchen vom Feinde genommen. Nordöstlich St.-Mihiel beschoß unsre schwere Artillerie feindliche Fliegertruppen und Depots bei Vigneulles. Die Deutschen schoßen mehrere Granaten schweren Kalibers in der Richtung Luneville und Nancy ab.

Heute schoß der Fliegerunteroffizier Navarre in der Gegend von Verdun auf einem Eindecker mit Maschinengewehrfeuer zwei deutsche Flugzeuge ab. Die Zahl der von Navarre abgeschossenen feindlichen Flugzeuge ist damit auf fünf gebracht. Die feindlichen Flugzeuge fielen in unsre Linien herab.

Belgischer Bericht.

Die Artilleriekämpfe waren heute auf unsrer Front lebhafter, besonders in der Gegend nördlich von Dixmude. Unsre Batterien richteten ein Zerstörungsfeuer auf feindliche Arbeiten.

Fremdenblatt
28. II. 1916

Requirierung der deutschen Schiffe in St. Vincent.

K. **London**, 26. Februar. Lloyds Agentur meldet aus St. Vincent: Die portugiesischen Behörden requirierten die dort liegenden deutschen Schiffe.

Fremdenblatt
28./II. 1916

Der Brief Wilsons an Stone.

K. Berlin, 27. Februar. Da die Reutersche Uebermittlung des Briefes des Präsidenten Wilson an Senator Stone (24. Februar) nicht unwesentliche Auslassungen enthält, druckt der „Lokalanzeiger" den ihm durch den Korrespondenten der „Chicago Daily News" zur Verfügung gestellten vollständigen Wortlaut ab.

Darnach lautet der ganze erste Absatz des Briefes, der vom Reuterschen Bureau fortgelassen wurde, wie folgt:

„Ich bin Ihnen für Ihren freundlichen und aufrichtigen Brief vom heutigen Tage zu Dank verpflichtet. Er soll mit gleicher Aufrichtigkeit beantwortet werden. Sie nehmen mit Recht an, daß ich alles tun werde, was in meiner Macht steht, um die Vereinigten Staaten vor einem Kriege zu bewahren. Ich glaube nicht, daß das Land sich über den von mir in dieser Richtung eingeschlagenen Weg zu beunruhigen braucht.

Durch viele ängstliche Monate habe ich mich unter mannigfaltigeren Schwierigkeiten, als man annehmen konnte, um dieses Ziel bisher mit Erfolg bemüht; ich zweifle nicht, daß ich auch weiterhin erfolgreich sein werde."

Eine weitere Fortlassung des Reuterschen Bureaus besteht in folgendem:

Wilson sagte dem Reuterschen Bureau zufolge: Die Haltung, die die Mittelmächte, wie sie angekündigt haben, in Zukunft in der Unterseeboot-Kriegführung annehmen wollen, widerspreche so offenbar den ausdrücklichen Versicherungen, die sie Amerika jüngst bezüglich der Behandlung von Handelsschiffen auf hoher See gegeben haben, daß er (Wilson) annehmen müsse, es würden demnächst Erklärungen folgen, die ein anderes Licht auf diese Frage werfen werden.

Nach dem vollständigen Wortlaut schrieb Wilson: „Die Haltung, die die Mittelmächte usw. annehmen wollten, scheine gegenwärtig unüberwindliche Hindernisse anzudeuten, aber ihre scheinbare Bedeutung widerspreche so offenbar den ausdrücklichen Versicherungen usw., daß er annehmen müsse, es würden demnächst Erklärungen folgen, die ein anderes Licht auf diese Frage würfen."

Wilson schreibt dann folgendes, das Reuter jedoch fortgelassen hat: „Wir haben bisher keinen Grund gehabt, den guten Glauben der Mittelmächte und ihr Festhalten an ihren Zusagen anzuzweifeln, und ich persönlich bin überzeugt, daß wir auch in Zukunft keinen Grund dazu haben werden."

Ferner sind die Worte: „scheint es mir" fortgelassen worden in dem Satze: „Keine Nation oder Gruppe von Nationen hat das Recht, während der Kriegsdauer die Grundsätze zu ändern oder außer acht zu lassen, auf die sich alle Nationen zu einer Milderung der Schrecken und der Leiden des Krieges geeinigt haben, und wenn die klaren Rechte der amerikanischen Bürger etwa unglücklicherweise durch eine solche Handlung beeinträchtigt oder bestritten werden sollten, so würde, scheint es mir, die Rücksicht auf unsere Ehre uns keine Wahl in Bezug auf unsere Haltung lassen."

Die Anfangsworte sind fortgelassen worden in dem Satze: „Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß, wenn wir jetzt Nützlichkeitserwägungen an die Stelle von Grundsätzen treten ließen, noch weiteren Zugeständnissen Tür und Tor geöffnet wären."

Hinter dem darauf folgenden Satze fehlt bei der Reuterschen Uebermittlung der Satz: „Was wir in dieser Sache erstreben, ist gerade das, was Amerika zur souveränen Nation gemacht hat."

Der Schlußsatz des Briefes besagt nach dem vollständigen Wortlaut: „Ich (Wilson) spreche mit dem größten Ernst, ohne Erregung und im klaren Bewußtsein der hohen Verantwortung meines Amtes." Dann heißt es: „Sollten wir unglücklicherweise verschiedener Meinung sein, so sind wir es als Freunde. Aber, wo es sich um so gewichtige Fragen wie diese handelt, müssen wir, gerade weil wir Freunde sind, unsere Ansicht ohne Zurückhaltung aussprechen."

Neue Freie Presse
28/II. 1916

Die Kundgebungen des Kardinals Mercier für Italien.

Lugano, 26. Februar.

Der belgische Kardinal Mercier war auch in Florenz im Bahnhof und gelegentlich einer kirchlichen Zeremonie Gegenstand politischer Kundgebungen. Auf eine Ansprache bei einer Kundgebung von Kindern erwiderte Mercier: „Betet für die Befreiung und den Sieg Belgiens, wie ich für Italien und den vollständigen Sieg der italienischen Waffen bete, denn so beten wir gemeinsam für den Triumph von Kultur, Gerechtigkeit und Recht."

Neue Freie Presse
28. II. 1916

Ein Protest Japans an Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Newyork, 26. Februar.

Das Reutersche Bureau meldet:

Nach brieflichen Mitteilungen aus Tokio hat der japanische Minister des Aeußern im japanischen Oberhause am 24. Januar erklärt, daß Japan durch Vermittlung Amerikas einen energischen Protest an Deutschland und Oesterreich-Ungarn wegen der Versenkung des „Yasaka Maru“ gerichtet habe. Der Minister fügte hinzu, daß die japanische Regierung, wenn die ungesetzliche und unmenschliche Zerstörung japanischer Schiffe fortgesetzt werde, keine Verpflichtung für die weitere generöse Behandlung der deutschen Gefangenen übernehmen könne.

Fremdenblatt
28. II. 1916

Der innere Feind Rußlands.

Eine Rede Markows.

K. London, 26. Februar. „Daily Telegraph" meldet aus Petersburg: In der Duma erregte eine Rede des konservativen Abgeordneten Markow Aufsehen, der sagte: Außer unseren auswärtigen Feinden, den bestialischen Deutschen, haben wir einen inneren Feind, der gefährlicher ist. Dieser besteht aus drei Elementen: Aus der Teuerung der Lebensmittel, den Deutschen, die unter der Maske des russischen Staatsbürgertums viele Zentren in der Hand haben und, was am Schlimmsten ist, aus der beständigen Bestechung, Korruption und dem Diebstahl sowohl bei den Staatsbeamten als den Beamten der öffentlichen Organisationen. Das müsse bekämpft werden. Der Redner fordere von der Regierung nur das eine, daß sie einen Vertreter in die Duma entsende, der sagen soll, ob sie wirklich beabsichtige, Räubern und amtlichen Dieben, die jetzt durch administrative Garantien geschützt seien, ihren Schutz zu entziehen. Diese Worte riefen einen solchen Beifall hervor, daß der Redner mit der Bemerkung schloß, er wolle seine Kritik der Linken aufschieben.

Fremdenblatt
28./II. 1916

Erklärungen Costas.

K. Lissabon, 25. Februar. (Verspätet eingetroffen. Meldung des Reuterschen Buraus.)

Ministerpräsident Costa erklärte in der Kammer im Anschluß an seine bereits gemeldeten Ausführungen über die Beschlagnahme der deutschen Dampfer, auf mehreren Schiffen seien Zerstörungen vorgekommen. Den Dampfer „Bülow" wollte man in die Luft sprengen, was gerade noch rechtzeitig entdeckt und verhindert wurde. Seiner Meinung nach sollte Portugal den Vertrag mit Deutschland kündigen, so daß er am 5. Juni 1917 zu Ende ginge, und zwar, sagte Costa, in Uebereinstimmung mit Portugals Interessen und sowohl aus Anstands- wie aus Nützlichkeitsgründen. Wir sind bereit, jeder Möglichkeit ins Auge zu sehen, die sich aus der Wahrnehmung unserer Rechte ergibt.

Vossische Zeitung
29./II. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Die gewerkschaftliche Internationale der Lithographen und Steindrucker. Alljährlich werden vom Sekretariat des Internationalen Bundes der Lithographen und Steindrucker Fragebogen versandt, um die Stärke und Leistungsfähigkeit der einzelnen Landesorganisationen zu ermitteln. Das Ergebnis der Umfrage wird im „Bulletin", dem internationalen Publikationsorgan, veröffentlicht. Vor einiger Zeit hat nun das Sekretariat an alle Landesorganisationen einen statistischen Fragebogen versandt, auf dem die Einwirkung des Krieges auf den Stand der einzelnen Verbände festgestellt werden sollte, und in einem weiteren Fragebogen wird, wie jedes Jahr üblich, der letzte Jahresbericht verlangt. Während von den meisten Landesverbänden die Fragebogen ausgefüllt an das Sekretariat eingesandt wurden, hat die französische Organisation das nicht getan, sondern ein Rundschreiben versandt, in dem beantragt wird, das internationale Sekretariat in ein neutrales Land zu verlegen und die internationalen Jahresberichte während des Krieges nicht mehr erscheinen zu lassen. Beide Anträge hat das Sekretariat abgelehnt. Der Krieg wird als kein Hinderungsgrund für die Veröffentlichung der Jahresberichte angesehen, im Gegenteil müsse gerade jetzt die Einwirkung des Krieges auf die einzelnen Verbände festgestellt und zur gegenseitigen Kenntnis gebracht werden.

*

Ein sozialdemokratisches Organ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. In Bern erscheint soeben eine neue radikale Monatsschrift. Sie nennt sich „Vorbote, internationale Marxistische Rundschau". Als Herausgeber zeichnen Anton Pannekok und Henriette Roland-Holst, Mitarbeiter in dem ersten Heft ist unter anderem K. Radek. In dem Vorwort wird hervorgehoben, daß der Zusammenbruch der Internationale durch den Weltkrieg nicht einfach ein Versagen des internationalen Empfindens vor der Macht des gesteigerten Nationalismus, sondern „zugleich ein Zusammenbruch der Taktik, der Kampfmethoden, des ganzen Systems ist, das in der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung der letzten Jahrzehnte verkörpert war". Deutlicher noch als im Vorwort tritt der Geist, der in diesem neuem, zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Partei bestimmten Sozialistenorgan walten soll, hervor in einem Artikel von Karl Radek über „Die Vaterlandsverteidigung". Dort wird gesprochen von Edward Bernsteins „Persönlicher Konfusion eines Menschen, der immer Konfusionsrat war, und seitdem er vor den Konsequenzen des Revisionismus zurückschreckt, an Klarheit des Gedankens nicht gewonnen hat". Da wird gefragt, ob „das vage Hin und Her" in den Artikeln Kautskys während der ersten Kriegsmonate „sich in eine politische Formel zusammenfassen läßt." Von den Haase, Kautsky, Ledebour wird behauptet, daß ihr Kampf gegen den Krieg „zusamenschrumpft zur Wahrung des Gesichts, zur Politik des Pontius, Pilatus".

Japan als Revolutionsmacher. Die Pekinger Regierung verbot den Behörden in Schanghai jeglichen Verkehr mit dem japanischen Generalleutnant Aoki, der sich zur Beobachtung der Ereignisse in Schanghai aufhält. Nach Meldung des „Dsen", wurde der japanische Kreuzer „Kasagi" nach Schanghai entsandt. Die Zeitung „Nichi Nichi" erörtert ein aktives Vorgehen Japans gegen Yuanschikai. Infolge der Gerüchte über bevorstehende Truppensendungen nach China sei der Kurs der japanischen Papiere merklich gefallen. („Frankf. Ztg.")

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 29./II. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 29. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

28. Februar, 3 Uhr nachmittags. In Belgien beschossen unsre Batterien die deutschen Einrichtungen gegenüber Steenstraate. In der Champagne gelang es dem Feinde, in der Gegend der Farm Navarin nördlich Souain durch einen Handstreich in einige Teile unsrer vorgeschobenen Linie und eines Unterstützungsgrabens einzudringen. In der Gegend nördlich Verdun dauert die heftige Beschießung an. Auf die Cote Poivre wurde kein neuer Angriffsversuch gemacht. Gestern abend versuchten die Deutschen wiederum mehrmals, uns das Dorf Douaumont zu entreißen. Die Anstrengungen brachen an dem Widerstande unsrer Truppen, die auch durch die wütendsten Angriffe nicht zum Wanken gebracht wurden. Am Fort Douaumont, das eng umschlossen bleibt, ist die Lage unverändert. Auf dem Gelände im Norden des Dorfes Vaux war der Kampf weniger heftig. Im Woevre nahm der Feind gestern abend und im Laufe der Nacht eine lebhaftere Haltung an. Die Eisenbahnstation Eix wurde durch Angriff und Gegenangriff der beiden Gegner genommen und wiedergenommen; sie blieb in unserm Besitz. Alle Angriffe gegen die Höhe 255 südöstlich Eix waren nicht imstande, uns von ihr zu vertreiben. Ein weiter südlich angesetzter deutscher Angriff gegen Manheulles scheiterte vollständig. Unsre Artillerie erwiderte energisch die feindliche Beschießung auf der ganzen Front. In den Vogesen beschossen wir mehrere feindliche Quartiere in der Gegend von Bande-Sapt.

11 Uhr nachts. In den Argonnen richteten unsre schweren und Feldbatterien ein Feuer auf die Zugangsstraßen des Feindes, besonders in der Gegend des Gehölzes von Cheppy. Morgens sprengten wir beim Hügel 285 eine Mine in die Luft und besetzten den Trichter. In der Gegend nördlich von Verdun war die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie noch immer sehr lebhaft, außer im Abschnitt westlich der Maas, wo ein gewisses Nachlassen der feindlichen Beschießung gemeldet wird. Die Deutschen versuchten im Laufe des Tages mehrere Teilangriffe, die durch unser Feuer und durch Gegenangriffe zurückgewiesen wurden. Besonders westlich des Forts Douaumont lieferten unsre Tuppen einen Kampf Mann gegen Mann; der Gegner wurde aus einer kleinen Redoute vertrieben, in der er sich hatte einrichten können. Im Woevre sind zwei Angriffe auf Fresnes vollständig gescheitert. In Lothringen zeigte sich unsre Artillerie sehr tätig in den Abschnitten Reillon, Domevre und Badenweiler.

Belgischer Bericht.

Auf der ganzen Front gegenseitige Beschießung von geringer Heftigkeit.

Fremdenblatt
29./II. 1916

Der Kampf um Verdun.

Ein Telegramm Kaiser Wilhelms.

K. Berlin, 28. Februar. Auf das Huldigungstelegramm des brandenburgischen Provinziallandtages antwortete Kaiser Wilhelm:

„Wärmsten Dank für die freundliche Begrüßung. Ich freue mich sehr über die neue große brandenburgische Kraft und über die Treue bis zum Tode, welche Brandenburgs Söhne in unwiderstehlichem Ansturm auf die stärkste Feste des Hauptfeindes ablegten.

Gott segne Brandenburg und das gesamte deutsche Vaterland!“

Pester Lloyd 29./II. 1916

Englische Wirtschaftskriegspläne.

Budapest, 28. Februar.

Am letzten Tage dieses Schaltmonates tritt eine Versammlung in London zusammen, zu der die Vertreter der englischen Handelskammern, sowie die Delegierten der industriellen Korporationen geladen sind, um die Vorschläge zu beraten, die von vorbereitenden Ausschüssen mit bändestarken Begründungen ausgearbeitet wurden. Es ist eine ganze Reihe von Anträgen, deren Inhalt wir in dem einzigen Satze zusammenfassen können: Ausschluß der Zentralmächte aus dem internationalen Güterverkehr. Das will besagen, die gesamten Errungenschaften und Erfahrungen eines ganzen Jahrhunderts werden umgestürzt; was bis zum Beginne des Krieges als rationell und notwendig erschienen, darf nach dem Kriege keine Geltung mehr besitzen. Die gegen alles Recht und Herkommen diktierten feindseligen Verfügungen gegen fremdes Eigentum, fremde Erfindungen, fremde Schiffahrt, fremden Handel sollen ihre Fortsetzung finden, denn der Feind von heute muß auch in Zukunft in seinen Existenzbedingungen getroffen und erdrückt werden. Wenn es noch der geringsten Bekräftigung des Nachweises bedürfte, daß dieser furchtbarste aller Kriege nur vom niedrigsten egoistischen Handelsinteresse eingegeben wurde, daß es den Engländern nicht um Zivilisation, Kultur, Niederringung des Militarismus, sondern ausschließlich um ihre Industrie und um die Beherrschung des Welthandels zu tun gewesen, die Anträge der englischen Handelskammern liefern hiefür unwiderlegbar die Beweise.

Die bisherigen Handelsverträge werden nach den Resolutionen der Handelskammern ersetzt durch die Bevorzugung der eigenen Kolonien und sämtlicher Teile des britischen Reiches, durch ein Handelsbündnis der Ententemächte und durch eine Bevorzugung derjenigen neutralen Staaten, die während des Krieges sich mehr oder minder dem britischen Diktat untergeordnet haben. England selbst hätte den Freihandel zum Teil aufzugeben und ein Schutzzollsystem einzuführen. Das wollen die Engländer.

Was wollen die Franzosen und die braven, durch ihre Vertragstreue und ihren heiligen Egoismus für alle Zeiten berühmten Italiener? Nicht um ein Haar weniger. Sie bereiten sich vor, in den Märztagen mit den Insulanern in eine gemeinsame interparlamentarische Konferenz einzutreten, für die sie ihrerseits Anträge ausgearbeitet haben, die ebenfalls auf die Erdrosselung des Wirtschaftslebens in den Staaten der Zentralmächte, auf das Abschneiden der Zufuhren von Rohmaterialien aus den überseeischen Ländern, Vereitelung der Ausfuhren, Vernichtung des Erfinderschutzes, Konfiskation der Kapitalien hinauslaufen und die von England vorgeschlagene Zollunion der Verbündeten befürworten.

Wir haben es demnach mit einer vom Haß und krassesten Eigennutz eingegebenen Bemühung zu tun, deren Ziel es ist, nach Beendigung des Krieges den nicht minder furchtbaren Wirtschaftskrieg zu beginnen. Einer der Führer unter den Kriegshetzern, Delcassé, sprach unmittelbar vor Beginn der Feindseligkeiten das Wort: l'Europe va rentrer en mouvement. Dieser Wunsch soll fortdauern und Erfüllung finden auf ökonomischem Gebiete. Ehe wir uns mit den Möglichkeiten des in Aussicht gestellten wirtschaftlichen Kampfes beschäftigen, müssen wir uns die Bedeutung derselben doch einigermaßen vergegenwärtigen, und diese wird uns vollständig klar, wenn wir wenige Ziffern des Außenhandels der im Kriege stehenden Staaten hier aneinander reihen.

An dem Handel Englands, Frankreichs und Rußlands war das Deutsche Reich in den letzten Jahren beteiligt: an der Einfuhr mit 3624 Millionen Mark, an der Ausfuhr mit 2500 Millionen Mark; Oesterreich-Ungarns Beteiligung an dem Handel der drei Länder betrug an der Einfuhr 440 Millionen Kronen, an der Ausfuhr 530 Millionen Kronen. Zu diesen Ziffern gesellt sich der Verkehr mit Indien und Australien, der für Deutschland allein 560 Millionen Mark betragen hat. Es handelt sich demnach um einen Gesamtverkehr von sieben Milliarden, der entzweigeschnitten oder vollständig unterbunden werden soll. Sind die Ententestaaten imstande, eine derartige Verkürzung ihres eigenen Verkehrs auf die Dauer zu ertragen und vermögen sie Ersatz in ihren eigenen Produktions- und Konsumgebieten zu finden? Wir haben die unumstößliche Ueberzeugung, daß die Umgestaltung der Verkehrsrelationen, wie sie sich im Verlaufe der letzten Jahrzehnte unter der Vervollkommnung aller Traktionsmittel und der technischen Einrichtungen herausgebildet hat, nicht nur widernatürlich, sondern auch total unmöglich ist. Wer soll zum Beispiel Rußland für anderthalb Milliarden jährlich Getreide und Rohprodukte abnehmen, wenn das Deutsche Reich nicht als Käufer zugelassen wird? Oder sind die Drahtzieher an der Themse der Meinung, daß sie imstande sein werden, die amerikanischen Importe durch die russischen zu ersetzen? Und wird sich die nordamerikanische Republik dies einfach gefallen lassen? Die Führenden in London haben heute schon einen Vorgeschmack dessen, was Europa von dem reichgewordenen Nordamerika zu erwarten hat, und der Tag wird kommen, da man an der Themse es tief bereuen wird, Europa zur Verarmung und die transatlantischen Staaten zur höchsten Kraftentfaltung gebracht zu haben.

Wenn wir der übermütigen, vollständig sinnlosen Art der Agitation dasjenige gegenüberstellen, was auf seiten der Zentralmächte bezüglich der künftigen Ausgestaltung des handelspolitischen Verhältnisses in die Erscheinung getreten ist, dürfen wir wohl entschieden behaupten, daß nicht einen Augenblick lang die nüchterne Erwägung durch übermütige Pläne ersetzt worden ist. Wohl haben wir von der Eröffnung der freien Straßen von der Nordsee bis nach Bagdad, auch von engen Zusammenschlüssen untereinander gehört und gelesen, aber es

Pester Lloyd 29./II. 1916

Englische Wirtschaftskriegspläne.

ist nicht einen Moment lang die Meinung der maßgebenden Faktoren darüber ins Schwanken geraten, daß nach Beendigung des Krieges die Wiederanknüpfung kommerzieller Beziehungen zu allen Staaten der Welt stattfinden und angestrebt werden muß. Markanter könnte diese Ansicht nicht zum Ausdruck gebracht werden als in der Rede, die Handelsminister Sydow im preußischen Abgeordnetenhause gehalten und in der er die folgenden Worte gesprochen hat: „Bei der Regelung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu den uns verbündeten Staaten dürfen wir das deutsche Interesse nicht aus dem Auge lassen, wir müssen die Verhandlungen so führen, daß dadurch Beziehungen unseres Handels und unserer Industrie nach dem Kriege zu den neutralen und jetzt noch feindlichen Staaten nicht unmöglich gemacht oder erschwert werden. Wir werden auch in Zukunft für unsere Industrie und unseren Handel den Weltmarkt nicht entbehren können."

Die Politik der offenen Türe, die schon im letzten Jahrzehnt so oft mit Nachdruck hervorgehoben worden ist, kommt auch in dieser Erklärung zum Ausdruck, und man darf wohl sagen, daß darin kein Uebermut und keine Böswilligkeit und keine Uebertreibung des Sieges zu uns spricht.

In dem, was sich momentan auf handelspolitischem Gebiete in den Staaten der Entente vorbereitet, erblicken wir einen Beweis für die insulare Beschränktheit der Engländer, die trotz ihres Weltverkehrs in ihrem Hochmut das Genie der festländischen Nationen nicht anerkennen wollen, die innerhalb weniger Jahrzehnte die Führung auf dem Gebiete der Chemie, der Elektrizität, der Eisenindustrie übernommen haben, der Nationen, deren Anteil am Welthandel sich während desselben kurzen Zeitraumes verdrei- und vervierfacht hat. In ihrem Hasse waren die Engländer von der fixen Idee der Aushungerung befangen, und nun haben sie sich von der Unmöglichkeit der Durchführung dieser Idee überzeugen müssen. Die Knebelung des neutralen Handels und die britische Willkürherrschaft zur See waren nicht imstande, die Zentralmächte zu beugen, nunmehr möchten die Ententemänner die Aushungerung in Ausschließung vom internationalen Verkehr konvertieren. Es ist Wahnwitz, zu denken, daß 110 Millionen Menschen auf der Hochstufe der Produktionsfähigkeit und Kultur nach glorreichen Kämpfen sich nicht für den Frieden den freien Wettbewerb sichern könnten.

Aus all diesen Gründen erkennen wir in diesen Drosselungsvorschlägen den Versuch, die immer mehr und mehr überhandnehmende Kriegsmüdigkeit zu bannen. Den enttäuschten Völkern, denen zu Beginn des Krieges die Aufteilung Deutschlands und unserer Monarchie als Siegespreis hingestellt worden, soll nunmehr ein anderer Siegeslohn vorgespiegelt werden, nämlich die materielle Vernichtung der Gegner für jetzt und für alle Zukunft. Wenn man den Krieg gewinnt, könnte man ärgere Bedingungen nicht diktieren; und wie wird man an das Ziel gelangen, wenn man ihn verliert? Wenn man, erdrückt von Hunderten von Milliarden Schulden, erschöpft durch den Verlust von Millionen der tatkräftigsten Menschen, unter den schwierigsten Verhältnissen fortzuleben haben wird? Diese handelspolitischen Pläne sind Ausgeburten der Unvernunft, wir nehmen sie in aller Seelenruhe zur Kenntnis und lassen uns durch sie nicht im mindesten beirren. Der Tag muß und wird anbrechen, da Franzosen, Italiener und Russen erkennen werden, daß sie die Opfer der perfiden englischen Politik geworden sind, die nur ein Ziel kennt: die unbeschränkte Weltherrschaft im Handel. Heute täuschen die Engländer noch mit Unionsprojekten, mit Schutzzöllen, die dem englischen Geiste und dem wahren englischen Interesse schnurstracks zuwiderlaufen; das kann jedoch nicht lange dauern. Den Franzosen, die erst vor kurzem eine Association nationale d'expansion industrielle et comerciale gegründet haben, die nach Absatz ihrer industriellen Erzeugnisse schreien, werden nur zu bald gewahr werden, daß sie diesen im Wettlauf mit dem Verbündeten von heute nie erreichen können. Das auf der Idee des Vernichtungskampfes aufgebaute wirtschaftliche Trutzbündnis kann die erste Stunde der Friedensverhandlung nicht überleben. Da wird es kein hartes Diktat von seiten der Entente geben, sondern das heißeste Bedürfnis, den Völkern Europas die Ruhe, das Leben, die gesicherte Fortexistenz zu schaffen und für Jahrzehnte die unerläßliche Sicherheit zu gewährleisten. Gegen den Krieg nach dem Kriege wird sich die menschliche Kreatur mit dem letzten Aufgebote der ihr verbliebenen Kraft wehren.

—h.

Neues Wiener Tagblatt
29/III. 1916

(Die Schutzzollbestrebungen in England.) Neben den schon vor dem Kriege in England bestandenen und während des Krieges um 50 Prozent erhöhten Finanzzöllen auf Tee, Kaffee, Kakao und Tabak wurden in Großbritannien zunächst mit Wirkung bis Ende Juli 1916 neu eingeführt **Wertzölle** von einem Drittel des Wertes für Kraftwagen, Filme, Uhren, Musikinstrumente, Spiegelglas und Hüte. Außerdem hat „Daily Telegraph" kürzlich gemeldet, daß das nächste Budget **neue Einfuhrzölle** bringen werde. Einen Anhaltspunkt dafür, in welcher Richtung sich diese Schutzzölle bewegen werden, bietet ein jetzt vorliegender Bericht einer Unterkommission des „Beratenden Komitees beim Handelsamte". Das Komitee empfiehlt Schutzzölle für gewisse Industrien, „vernünftige" Einfuhrzölle auf breiter Basis, Schaffung eines besonderen Handelsministeriums und eine größere Anzahl weniger wichtiger Neuerungen. Das Komitee schlägt zunächst folgende Zollsätze vor:

Papier	15	v. H. vom Werte
Drucksachen	33⅓	„ „ „ „
Silberarbeiten	15	„ „ „ „
Messerwaren	10—20	„ „ „ „
Lederwaren	33⅓	„ „ „ „
Glaswaren für Tafel- und Beleuchtungszwecke	Vollständiges Verbot für deutsche und österreichische Waren für die Dauer von 3—5 Jahren, alsdann 33⅓ v. H. vom Werte	
Optisches und chemisches Glas	25—30	v. H. vom Werte für 5 Jahre
Gewöhnliches Glas	10—15	v. H. vom Werte
Glasflaschen	5	„ „ „ „
Porzellan- und Tonwaren	20	„ „ „ „ (Phantasiewaren teurer)
Spielzeug, außer mechanischem	25—30	v. H. vom Werte
Spielzeug, mechanisches	Absoluter Prohibitivzoll	
Bürstenwaren	15	v. H. vom Werte
Magneten für Motoren	33⅓	„ „ „ „

Die Liste ist vorläufig ganz unvollkommen und soll nach weiteren Erhebungen ausgebaut werden.

Die Beschlagnahme deutscher Schiffe in Portugal.

Scharfe Protestnote Deutschlands.

K. Berlin, 28. Februar. Gutem Vernehmen nach richtete die deutsche Regierung an die portugiesische Regierung eine scharf gehaltene Protestnote, worin die Requirierung deutscher Schiffe als ein entschieden unfreundlicher Schritt erklärt und die Erwartung ausgedrückt wird, daß die Requirierung rückgängig gemacht werde. Die Note stützt sich auf den Handelsvertrag vom Jahre 1908, wonach beide Staaten zwar berechtigt sind, gegenseitig Schiffe zu requirieren, aber unter der Voraussetzung, daß vorher die Entschädigungsfrage unter Beteiligung der Interessenten nach Recht und Billigkeit geregelt werde, wogegen Portugal bei dem jetzigen Vorgehen verstoßen habe.

80 Schiffe beschlagnahmt.

K. Paris, 27. Februar. Wie die Agence Havas berichtet, betrage die Gesamtzahl der von Portugal beschlagnahmten Schiffe 80.

Neues Wiener Tagblatt
29./II. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

27. Februar 3 Uhr nachmittags. In der Gegend nördlich von Verdun setzten unsre Truppen die Verstärkung ihrer Stellungen im Laufe der Nacht fort. Keinerlei Veränderung an der Angriffsfront östlich der Maas, wo reichlicher Schneefall eintrat. Man meldet keinerlei neue Angriffsversuche des Feindes auf die Cote de Talou noch auf die Cote Poivre. Zu Ende des gestrigen Tages wurde ein in der Gegend des Hardaumontgehöftes (östlich von Cote Poivre) angesetzter starker Angriff der Deutschen durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer sowie durch unsre Gegenangriffe gebrochen. Ein andrer nicht minder heftiger Versuch in der Gegend des Hardaumontgehöftes hatte ebensowenig Erfolg. Im Woevre wurde ein unsern Vorposten anbefohlener Rückmarsch ohne geringste Behinderung seitens des Feindes durchgeführt. Westlich der Maas keinerlei Infanterieunternehmung. In den Vogesen versuchte der Feind nach Artillerievorbereitung bei Anbruch der Nacht einen starken Angriff auf einer Frontbreite von 2 Kilometer südöstlich von Celles im Plainetal. Der Angriff scheiterte vollständig. Heute morgen erzielte die Aktion unsrer Batterien gegen das Lebensmittellager des Feindes in Stoßweier nördlich Münster gute Ergebnisse.

11 Uhr nachts. Zwischen Soissons und Reims Zerstörungsfeuer auf die feindlichen Werke gegenüber Venizel und östlich Troyon. In der Gegend nördlich Verdun wird nach der Heftigkeit der an den vorhergehenden Tagen stattgefundenen Kämpfe ein gewisses Nachlassen der Anstrengungen des Feindes im Laufe des Tages gemeldet, außer zwischen der Höhe Douaumont und dem Plateau nördlich des Dorfes Vaux, wo ein starker Angriff, der gegen die Stellung unternommen wurde, zurückgeschlagen wurde. Oestlich und westlich der Stellung von Douaumont, deren Abhänge mit deutschen Leichen bedeckt sind, umklammern unsre Truppen eng Teile des Feindes, die dort Fuß fassen können und sich mit Mühe halten. Nach den letzten Nachrichten ist die Cote de Talou ebenso für uns wie für den Feind unhaltbar durch das Feuer der beiden Artillerien und ist von keinem der beiden Gegner besetzt. Im Woevre nahm der Feind Fühlung mit unsern Vorposten in der Richtung Blanzie-Moranville, wo seine Versuche, sich gegen Kote 255 zu entwickeln, scheiterten. In den Vogesen Artilleriezweikampf am Hartmannsweilerkopf. In der Gegend von Senones haben wir eine feindliche Abteilung unter Feuer genommen und zerstreut.

Reichspost
29. IV. 1916

Der Vatikan und Kardinal Mercier.

Eine authentische Darstellung.

Von zuständiger Seite erfahren wir, daß der Vatikan, wie er es bisher abgelehnt hat, sich mit den Geschehnissen der Reise des Erzbischofs von Mecheln, den ihm in Italien dargebrachten Demonstrationen und den Reden des Kirchenfürsten selbst zu beschäftigen oder über dieselben ein Urteil zu fällen, ebenso auch in der Zukunft jedes Eingreifen in dieser Angelegenheit ablehnen wird. Der Papst teilt seine Verantwortung für Regierungsakt und Kundgebungen des Apostolischen Stuhles mit keiner anderen kirchlichen Autorität, auch nicht mit den Mitgliedern des Kardinals-Kollegiums. Diese sind daher auch nicht kompetent, im Namen des Apostolischen Stuhles zu reden. „Osservatore Romano" weist stets darauf hin, daß für die Kirchenpolitik des Vatikans ausschließlich die Enzyklika und Erklärungen Benedikts XV. als Richtlinien maßgebend sind. Daraus ergibt sich aber die Schlußfolgerung auch, daß Benedikt XV. einen Kardinal, solange er keinen Irrtum in Glaube und Sitte vorträgt, keine Vorschriften für seine politische Haltung und seine öffentlichen Reden machen wird. In bestimmtester Weise muß eine scharfe Scheidung zwischen dem Papst und Kardinal Mercier betont werden.

Zu dieser Darstellung läßt sich noch hinzufügen, daß bei dem größeren Teil der Demonstrationen für Kardinal Mercier in Rom eine deutliche Spitze gegen Benedikt XV. unverkennbar ist.

Kriegskalender.

21. Februar: Vor Dünaburg scheitern russische Vorstöße; an der Strypa werfen unsere Truppen den Feind aus einer vorgeschobenen Stellung südöstlich von Kozlow. — Albanische Abteilungen gewinnen unter Führung unserer Offiziere westlich von Kavaja die Adriaküste. — An der Straße Lens—Arras wird ein französischer Angriff abgewiesen. — Deutsche Marineflugzeuge bombardieren die englische Küste. — Neuer englischer Zehnmilliarden-Kredit. — Reise Filipescus nach Rußland.

22. Februar: Unsere Flugzeuggeschwader greifen die italienische Flugzeugstation und die Hafenanlagen von Desenzano sowie Fabriksanlagen in der Lombardei mit Erfolg an. — Oestlich von Souchez erstürmen die Deutschen 800 Meter der französischen Stellung. Zwischen dem Kanal von La Bassee und Arras, zwischen der Somme und der Oise, an der Aisnefront, an mehreren Stellen der Champagne und auf den Höhen zu beiden Seiten der Maas sehr heftiger Artilleriekampf. Bei Revigny wird ein deutsches Luftschiff abgeschossen. — Anläßlich der Einberufung der Redifs bricht in Aegypten eine Revolte aus. — Sarrail bei König Konstantin.

23. Februar: Nordwestlich von Tarnopol werden einige russische Vorstöße abgewiesen. — Südöstlich von Durazzo wird der Feind aus einer Vorstellung geworfen. — Auf den Maashöhen fortgesetzt heftiger Artilleriekampf; östlich der Maas stößt ein deutscher Angriff in Höhe der Dörfer Consenvoye-Azannes in der Breite von über 10 Kilometer bis 3 Kilometer durch. Im Oberelsaß erobern die Deutschen westlich von Heidweiler 700 Meter der feindlichen Stellung. — Erklärungen Sasonows in der Duma. Der Zar im Reichsrate.

Verbot des französischen Unterrichts an den türkischen Volksschulen.

K. Konstantinopel, 27. Februar. Einem Beschlusse des Generalrates des Wilajets Konstantinopel zufolge würde an den Volksschulen der Unterricht fremder Sprachen (bisher ausschließlich der französischen) verboten.

Fremdenblatt
1. III. 1916

Die Eroberung Durazzos.

Die Meldung des Generaloberſten v. Köveſs an Erzherzog Friedrich.

Aus dem Kriegspreſſequartier wird gemeldet:

Armeekommandant Generaloberſt v. Köveſs hat am 27. Februar l. J. an den Armeeoberkommandanten Feldmarſchall Erzherzog Friedrich nachfolgende telegraphiſche Meldung erſtattet:

„Nach den glänzenden Angriffen am 23. und 24. Februar rückte heute bei Morgengrauen ein Bataillon einer Gebirgsbrigade von Oſt her in Durazzo ein, wo nun ſtatt der italieniſchen Trikolore die Fahnen Oeſterreich-Ungarns flattern. Ich ſchätze mich glücklich, Eurer k. u. k. Hoheit dieſes bedeutungsvolle Ereignis melden zu können."

Feldmarſchall Erzherzog Friedrich ſandte hiernach an den Generaloberſten v. Köveſs das nachſtehende Telegramm: „Eurer Exzellenz danke ich herzlichſt für die Meldung über den neuerlichen Erfolg der unter Ihrer bewährten Führung ſtehenden Truppen, die zu dem bedeutungsvollen Ereignis der Vertreibung der Italiener und ihres Anhanges aus Nord- und Mittelalbanien führte. Ich gebe Ihnen den Ausdruck meiner Freude über die heute erfolgte die Leiſtung der Truppen krönende Einnahme von Durazzo bekannt. Meine belobende Anerkennung für die an den Operationen in Albanien beteiligten Truppen ergeht gleichzeitig an das k. u. k. Armeekommando."

Der Dank der Wiener Albaniſchen Kolonie.

Die hieſige Albaniſche Kolonie hat folgendes Telegramm an den Kaiſer abgeſandt:

„Erfüllt von Bewunderung für die ruhmreichen Taten der heldenmütigen Armee Eurer kaiſerlichen und königlichen Majeſtät fühlen die gegenwärtig in Oeſterreich-Ungarn weilenden Albaner das Herzensbedürfnis, Eurer kaiſerlichen und königlichen Majeſtät für die Befreiung der Stadt Durazzo von den Feinden des albaniſchen Volkes heißen Dank zu ſagen, mit der innigen Bitte, dem albaniſchen Volke das von Eurer Majeſtät ſo oft und ſo reich bewieſene Allerhöchſte Wohlwollen auch für die Zukunft bewahren zu wollen. Möge der Allmächtige Eure kaiſerliche und königliche Majeſtät noch lange in Glück und Geſundheit erhalten.

Im Auftrage der in Oeſterreich-Ungarn weilenden Albaner:

In untertänigſter Ergebenheit:

Djelal Bey Poda.

Monſignore Kol Kaciorri,

päpſtlicher Protonotarius, Stadtpfarrer von Durazzo."

Ferner wurden Danktelegramme an den Armee-Oberkommandanten Feldmarſchall Erzherzog Friedrich, den Miniſter des Aeußern Baron Burián, den Chef des Generalſtabes Generaloberſt Freiherrn Conrad v. Hötzendorf, den Kriegsminiſter Generaloberſt Freiherrn v. Krobatin und an den Armeekommandanten Generaloberſt v. Köveſs abgeſandt.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
1./III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 29. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

28. Februar. An der Isonzofront Geschützkämpfe und kleine Infanterieaktionen. Bei Lucinico wurden 15 Mann des 22. dalmatinischen Regiments gefangengenommen. Oestlich von Vermegliano wurden feindliche Abteilungen, welche den eigenen Schützengraben verließen und weiße Tücher schwenkten, dabei verborgen die Waffen trugen, in die Flucht gejagt und niedergeschossen. Auf der Strecke von Nabresina lebhafter Zugsverkehr.

Frankreich.

29. Februar, 3 Uhr nachmittags. Nördlich Verdun ging die Beschießung in heftigerer Weise weiter. Im Abschnitt östlich der Maas wurden im Laufe der Nacht die heftigen örtlichen Angriffe mehrmals in Gegend des Dorfes Douaumont erneuert. Dabei kam es zum Handgemenge. Die Angriffe wurden von unsern Truppen abgeschlagen. Im Woevre gelang es den Deutschen, nach kräftiger Artillerievorbereitung das Dorf Mauheulles zu erobern. Ein sofortiger Gegenangriff brachte uns wieder an den Westrand des Dorfes, das wir unter Feuer halten. In Lothringen drang der Feind mit kleinen Abteilungen in einen vorgeschobenen Graben ein, woraus er beinahe sofort vertrieben wurde. Von dem übrigen Teil der Front ist nichts zu melden.

Neues Wiener Tagblatt
1/III. 1916

* (Ein Vorschlag des Abg. Dr. Heilinger.) Dr. Heilinger hat an das Comité Nobel du Parlament Norvégien Christiania das folgende Schreiben gerichtet: „Als Mitglied des österreichischen Parlaments erlaubt sich der Gefertigte im Sinne des Punktes 2 der Bedingungen für die Verteilung des Friedenspreises im Jahre 1916 den um den Frieden hochverdienten vormaligen Staatssekretär der Vereinigten Staaten Nordamerikas James Jankins Bryan als Kandidaten des Nobelpreises in Vorschlag zu bringen. Gründe: Bryans Haltung in der Frage der Munitionslieferungen erregte die Bewunderung jedes Friedensfreundes. Bryan erkannte, daß der entsetzliche Weltkrieg schon sein Ende hätte und die Friedensverhandlungen unter der mächtigen Aegide der Vereinigten Staaten Nordamerikas bereits begonnen hätten, wenn nicht die Vereinigten Staaten durch Munitionslieferungen zugunsten der Weiterführung des Krieges eingegriffen hätten. Als Friedensfreund und in seiner Eigenschaft als führender Staatsmann konnte Bryan nicht länger ertragen, daß sein Vaterland den Frieden verzögere, und er legte daher — als konsequenter Vertreter der Idee des Friedens und der Humanität — seine Stelle als Staatssekretär nieder. Bryan hat sich durch dieses Verhalten ein unvergängliches Verdienst um den Friedensgedanken erworben. Mit dem Ausdrcke der Ergebenheit Dr. Alois Heilinger, Mitglied des österreichischen Abgeordnetenhauses."

Neue Freie Presse
1./III. 1916

Ankunft des Königs Ferdinand der Bulgaren in Wien.

Wien, 29. Februar.

König Ferdinand der Bulgaren ist heute um 6 Uhr 18 Minuten abends aus Koburg, wo er seit dem 25. d. geweilt hat, hier eingetroffen.

Neues Wiener Tagblatt
1./III. 1916

(Die türkische Sprache bei den ausländischen wirtschaftlichen Instituten in der Türkei.) Die türkische Kammer hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den allen in der Türkei bestehenden ausländischen wirtschaftlichen Instituten, den Eisenbahngesellschaften, den Aktiengesellschaften finanzieller und industrieller Art usw. für ihr Rechnungswesen, ihren örtlichen Briefverkehr sowie ihren sonstigen Verkehr in Konstantinopel und in den Provinzen der ausschließliche Gebrauch der türkischen Sprache vorgeschrieben wird. Man wird jedoch den ausländischen Anstalten eine gewisse Frist für die Anpassung an die neue Vorschrift einräumen. Die türkische Presse begrüßt diese Ausdehnung der türkischen Sprache als einen Fortschritt im Ausbau der Selbständigkeit des Ottomanischen Reiches mit Beifall.

Die Haltung Rumäniens.

Budapest, 29. Februar. (Tel. d. „Fremden-Blatt".)
Die Sofioter Zeitung „Balkanska Poschta" veröffentlicht eine Aeußerung des rumänischen Ministers des Aeußern einem seiner Freunde gegenüber: Rumänien denkt in diesem Augenblicke nicht daran, seine Stellungnahme zu ändern. Die rumänische Regierung steht unter dem Drucke zweier Mächtegruppen, doch wird die weitere Haltung bloß von den zukünftigen Ereignissen geleitet werden. Rumänien wird sich jener Mächtegruppe anschließen, die das allergünstigste Angebot machen wird.

Das Friedensangebot Montenegros.

Gegenerklärung des Prinzen Mirko und der montenegrinischen Minister gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten Miuskovic.

Prinz Mirko, der Serdar J. Vukotic und die in Montenegro zurückgebliebenen Minister, und zwar der Justizminister Mr. Radulovic, der Minister des Innern R. Popovic und der Kriegsminister R. Vjesovic haben sich, als sie von der durch die Agence Havas unter dem 11. Februar publizierten Erklärung des mit König Nikolaus nach Frankreich geflüchteten montenegrinischen Ministerpräsidenten Miuskovic Kenntnis erhalten hatten, durch Vermittlung des in Cetinje anwesenden k. u. k. Gesandten Herrn Eduard Otto an die k. u. k. Regierung mit der Bitte gewendet, nachstehende Gegenerklärungen der Oeffentlichkeit zu übergeben:

„Der königlichen Regierung ist die Erklärung des Ministerpräsidenten Miuskovic zur Kenntnis gelangt, welche derselbe durch das montenegrinische Konsulat in Paris als offiziell bezeichnen ließ.

Da diese Erklärung durchwegs unrichtig ist und die Tendenz verfolgt, die Tätigkeit der im Lande verbliebenen Minister als nichtig und eigenmächtig darzustellen, und da man anderseits nach der Art und Weise, wie sie erfolgte, sowie nach der Quelle, aus welcher sie entsprungen ist (Agence Havas), an der Existenz der fraglichen Erklärung nicht zweifeln kann, fühlt sich die königliche Regierung verpflichtet, auf dieselbe mit ihrer nachstehenden Deklaration zu antworten und Ihnen gleichzeitig zu empfehlen, dafür zu sorgen, daß diese Erklärung die breiteste Publizität erhalte.

Am 29. Dezember 1915, nach dem Falle von Kuk und Krstac, wurde nach Gutheißung durch Seine Majestät an das Kommando der k. u. k. Truppen wegen Einstellung der Feindseligkeiten herangetreten. Die Antwort darauf traf am 30. Dezember gegen Tagesanbruch ein, als der König bereits nach Krusevac abgereist war, wohin sich auch die Minister nach Empfang der Antwort begeben hatten. Nach längeren Beratungen hat die königliche Regierung im Einvernehmen mit dem König die k. u. k. Regierung mit Telegramm vom 31. Dezember um Frieden. Gleichzeitig wendete sich Seine Majestät der König mit der telegraphischen Bitte an Seine k. u. k. apostolische Majestät um die Vermittlung, damit uns je günstigere Friedensbedingungen zugestanden werden.

Am 2. Jänner erhielten wir eine identische Antwort sowie auch auf das Ersuchen um Einstellung der Feindseligkeiten, nämlich daß die Friedensverhandlungen nach Ablieferung der Waffen und nach Auslieferung der serbischen Truppen, welche sich noch auf unserem Gebiete befänden, in Angriff genommen werden würden. Es folgten Beratschlagungen. Die Bedingungen waren zweifellos schwere, ja sehr schwere. aber auch die Lage gestaltete sich immer schwieriger. Die österreichisch-ungarischen Truppen drängten rasch vorwärts, ein ernster Widerstand konnte nirgends gemacht werden, insbesondere im Küstengebiet. Nährungsmittel waren gar nicht und Munition wenig vorhanden. Schließlich wurde die erste Bedingung angenommen, hinsichtlich der zweiten wurde erklärt, daß sich keine serbischen Truppen auf unserem Territorium befänden. Die für die Verhandlungen über die Durchführung der Waffenablieferung bestimmten Delegierten reisten am 3. Jänner nach Cetinje ab und kehrten am nächsten Tage, dem 4. Jänner, zurück mit der Mitteilung, daß die Feindseligkeiten eingestellt seien, daß jedoch die Verhandlungen über den Modus der Waffenablieferung nicht in Angriff genommen werden können, bevor eine Antwort von Wien eingetroffen sei. Aus dieser Nachricht schöpften wir die Hoffnung, daß es zu Unterhandlungen und zu einem Einverständnis kommen werde, worauf wir den Herrn Ministerpräsidenten Miuskovic, welcher sich tags zuvor mit dem diplomatischen Korps nach Skutari begeben hatte, sofort zurückberiefen. Statt dessen erhielten wir jedoch am 5. Jänner vom Kommando der k. u. k. Truppen ein Schriftstück, welches die bei der Ablieferung der Waffen einspruchslos zu beobachtende Vorgangsweise vorschrieb. Die österreichisch-ungarischen Truppen waren in steter Vorrückung begriffen, insbesondere in der Richtung gegen Skutari und die Bojana. Es entstanden begründete Befürchtungen, daß die Kommunikation Skutari—Medua unterbrochen werden würde. Der Präsident Miuskovic kehrte am selben Abend nach Skutari zurück, worauf am nächsten Tage, den 6. Jänner, eine Note verfaßt und im Wege des Kommandos in Cetinje an die k. u. k. Regierung expediert wurde, in welcher der Verlauf der Verhandlungen dargestellt und betont wurde, daß die vorgeschriebene Art und Weise der Waffenablieferung praktisch undurchführbar und demütigend (von einer beabsichtigten Demütigung der Montenegriner war keine Rede; es handelte sich einfach um militärische Notwendigkeiten. Anmerkung des k. k. Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) wäre. Gleichzeitig verlangten wir, daß gemäß Uebereinkommen die Delegierten zwecks Verhandlungen zusammentreten mögen.

Denselben Tag gegen 4 Uhr nachmittags reiste der König ohne Wissen der Regierung nach Skutari ab und von da über Medua nach Italien, aus welcher Ursache eben die im Artikel 16 der Landesverfassung vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt wurden.

Ein solcher Abgang des Königs hatte einen niederschmetternden Eindruck auf das Heer und das Volk; es entstand eine allgemeine Verwirrung und die Gefahr innerer Unordnungen, was uns drei Minister bewogen hat, unsere Regierungsfunktionen auch weiterhin auszuüben und die begonnenen Verhandlungen, welche mit Erfolg zu Ende geführt wurden, fortzusetzen, indem die Waffen als Staatseigentum im Lande verblieben und das Heer und das Volk ruhig nach Hause zurückkehren konnten. wodurch ohne Zweifel das Land vom schließlichen Untergange gerettet wurde.

Ein derartiger hier kurz dargestellter Lauf der Ereignisse dementiert am besten die offizielle Note des Ministerpräsidenten Miuskovic, weil dadurch konstatiert wird,

1. daß die Einstellung der Feindseligkeiten und sodann auch der Friede nicht mit verwerflichen Absichten angesucht worden ist, sondern einzig und allein mit Rücksicht auf die schwere Situation, welche nach dem Falle der wichtigsten Stellungen entstanden ist, und zu dem Zwecke, um das Volk vor der Knechtschaft (gemeint ist wohl die befürchtete Internierung der wehrfähigen männlichen Bevölkerung. Anm. des Tel.-Korr.-Bureaus.) zu retten, welche für die erschöpfte Bevölkerung bloß von Nachteil und für niemanden von Vorteil gewesen wäre;

2. daß die gestellten Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten und den Frieden nicht abgelehnt worden sind, sondern daß die erstere — Ablieferung der Waffen — angenommen, bezüglich der zweiten aber — Auslieferung der serbischen Truppen — erwidert worden ist, daß sich auf unserem Territorium keinerlei serbische Truppen befänden, weshalb es überflüssig erschiene, darüber zu sprechen;

3. daß die Regierung nicht zusammen mit der königlichen Familie das Land verlassen hat, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten, welcher allein weder die Regierung repräsentiert, noch namens derselben irgendwelche Entscheidungen treffen kann, was hingegen den im Lande zurückgebliebenen drei Ministern möglich ist, da sie dem erforderlichen quorum entsprechen (Die gesetzliche Grundlage für diese Auffassung ist uns nicht bekannt. Anm. des k. k. Tel.-Korr.-Bureaus.);

4. daß König Nikolaus nicht zum Zwecke der Ermutigung der Truppen zum Widerstande ein Mitglied seines Hauses und drei Regierungsmitglieder im Lande zurückgelassen habe, da diese drei Mitglieder der Regierung die Abreise des Königs nicht gewußt haben, und

5. daß König Nikolaus weder von Skutari noch von Medua oder von Italien aus weder Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Mirko, noch der königlichen Regierung oder dem General Janko Vukotic irgendwelche Anordnungen erteilt hat, daß das Heer sich auf Skutari zurückziehen solle, daß dem Heere die Genannten folgen sollen und daß unter keinem Vorwande Friedensunterhandlungen in Angriff genommen werden dürfen.

Die obige Erklärung hat die königliche Regierung mit Wissen und im Einverständnisse mit Seiner königlichen Hoheit dem Prinzen Mirko und dem General Vukotic vollkommen frei von jedwedem Einflusse oder gar infolge irgendwelcher Pression, auf Grundlage von Dokumenten erlassen, welche niemand abzwingen, noch zu eigenem Vorteile und Rechtfertigung entkräften oder auswechseln kann.

Podgoritza, 4. Februar a. St. 1916.

(Unterschriften):

Prinz Mirko.
J. Vukotic.
M. Radulovic,
R. Popovic.
R. Vjesovic."

Das Friedensansuchen des Königs Nikolaus.

Wie das k. k. Telegraphenkorrespondenzbureau erfährt, haben die in den obigen Erklärungen bezogenen und auch in der Presse bereits mehrfach erwähnten Friedensansuchen, welche König Nikolaus und seine Regierung unter dem 13. Jänner 1916 n. St. (31. Dezember 1915 a. St.) an Seine k. u. k. Apostolische Majestät, beziehungsweise an die k. u. k. Regierung gerichtet hatten, folgenden Wortlaut:

„A Sa Majesté I. et R. Apostolique
François Joseph Ier
Wien.

Sire! Vos troupes ayant occupé aujourd'hui ma capitale, le Gouvernement monténégrin s'est trouvé dans la nécessité de s'adresser au Gouvernement Impérial et Royal pour lui demander avec la cessation des hostilités la paix entre les états de Votre Majesté I. et R. et mon pays. Les conditions d'un heureux vainqueur pouvant être rigoureuses, je m'adresse d'avance à Votre Majesté d'intercéder pour une paix honorable et digne du prestige d'un peuple jouissant naguère de Votre haute bienveillance de Votre estime et sympathie. Votre coeur généreux et chevaleresque ne lui infligera pas, j'espère, une humiliation, qu'il ne mérite pas.

Nicola."

(In deutscher Uebersetzung):

Sire! Da Ihre Truppen heute meine Hauptstadt besetzt haben, sieht sich die montenegrinische Regierung genötigt, sich an die k. und k. Regierung zu wenden, um sie gleichzeitig mit der Beendigung der Feindseligkeiten um den Frieden zwischen den Staaten Eurer k. und k. Majestät und meinem Lande zu bitten. Die Bedingungen eines glücklichen Siegers können streng sein und ich wende mich daher von vornherein an Eure Majestät, damit diese sich verwende für einen ehrenvollen Frieden, der würdig ist des Ansehens eines Volkes, welches noch in jüngster Zeit Euer Majestät hohen Wohlwollens, Euer Majestät Achtung und Euer Majestät Sympathie sich erfreute. Das großmütige und ritterliche Herz Eurer Majestät wird diesem Volke, wie ich hoffe, nicht eine Demütigung auferlegen, die es nicht verdient.

Nikolaus.

„An die k. und k. österreichisch-ungarische Regierung in Wien.

(Uebersetzung aus dem Französischen.)

Die königlich montenegrinische Regierung bittet die k. und k. österreichisch-ungarische Regierung, den Frieden mit Montenegro zu schließen. Sie bittet auch die k. und k. österreichisch-ungarische Regierung, ihre Delegierten zu bestimmen, ebenso wie den Ort, den Tag und Stunde ihrer Zusammenkunft mit den Delegierten der königlich montenegrinischen Regierung. Die königliche Regierung von Montenegro bittet die k. und k. österreichisch-ungarische Regierung, die nötigen Befehle zum Einstellen der Feindseligkeiten geben zu lassen und diesbezüglich Tag und Stunde zu bestimmen, damit die königlich montenegrinische Regierung die gleichen Befehle ihren Truppen erteilen kann. Die königlich montenegrinische Regierung bittet auch den Kommandanten, die Depesche Seiner Majestät des Königs von Montenegro, welche ihm unsere Parlamentäre, die Herren Major Loumovic und Oberleutnant Popovic, übergeben werden, an Seine Majestät den Kaiser und König von Oesterreich und Ungarn zuzustellen; gleichzeitig wird der Kommandant gebeten, zu gestatten, daß unsere Parlamentäre die Antwort der k. und k. Regierung in seinem Lager abwarten dürfen.

Gez.: Der Ministerpräsident: Miuskovic.
Justizminister: M. Radovic.
Minister des Innern: R. Popovic.
Kriegsminister: Vjesovic.
Den 31. Dezember 1915 (13. Jänner 1916)."

Das Antworttelegramm des Kaisers.

Die tags darauf (14. Jänner 1916) erfolgten Antworttelegramme Sr. k. u. k. apostolischen Majestät und der k. u. k. Regierung lauteten:

„An Se. Majestät König Nikolaus I. von Montenegro.

Es gereicht Mir zur Genugtuung, daß Eure Majestät sich bereit erklären, den nunmehr zwecklos gewordenen Widerstand aufzugeben.

Die Bedingungen der Einstellung der Feindseligkeiten sind Eurer Majestät bereits im Wege Meines Armeeoberkommandos bekanntgegeben worden.

Auf den Vorschlag der montenegrinischen Regierung wird derselben die Antwort Meiner Regierung zugehen.

Franz Joseph."

Die Antwort des Baron Burián.

„An die königlich montenegrinische Regierung.

Da die königlich montenegrinische Regierung die Nutzlosigkeit weiteren Widerstandes einsieht und ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, dem Blutvergießen Einhalt zu tun, wird die k. und k. Regierung, sobald die seitens der k. und k. Wehrmacht gestellten Bedingungen erfüllt und sohin die Feindseligkeiten eingestellt sein werden, die von der königlich montenegrinischen Regierung erbetenen Delegierten unverzüglich entsenden, damit dieselben in Cetinje mit den Delegierten der Regierung Montenegros zusammentreffen.

Burián."

Verhinderung der Zustellung der Schreiben der montenegrinischen Minister an König Nikolaus.

Wie am 17. Februar bekanntgemacht wurde, hat die k. u. k. Regierung, einer Bitte der in Montenegro zurückgebliebenen montenegrinischen Minister entsprechend, den Versuch unternommen, ein Schreiben der genannten montenegrinischen Dignitäre an ihren in Frankreich weilenden König durch Vermittlung der königlich spanischen Regierung an seine Bestimmung gelangen zu lassen.

Einer Mitteilung der zu diesem Zwecke in Anspruch genommenen neutralen Stelle zufolge haben sich der beabsichtigten Zustellung unvorhergesehene, von Frankreich ausgehende Hindernisse in den Weg gestellt, die es unmöglich machten, die montenegrinische Bittschrift um Ernennung von Friedensunterhändlern König Nikolaus einzuhändigen.

1./III. 1916

Ein Geheimbefehl Joffres.

K. Berlin, 29. Februar. Das Wolffsche Bureau meldet:

Unter den in den letzten Tagen erbeuteten Papieren befindet sich folgender Befehl:

„Gr. H. Qu. Gen.-St. Nr. 18.630 geheim 31. Jan. 1916.

Anweisung für die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen.

Mehrfach machte der Feind in der letzten Zeit an verschiedenen Stellen unserer Front kleine örtliche Angriffe, jedesmal hatte er Erfolg und behauptete ihn. Dieser Zustand kann nicht fortdauern, ohne die Stimmung der Armee zu drücken. Ich kann nicht zulassen, daß die Zeitspanne des Abwartens, die wir durchmachen, zur Tatenlosigkeit führt. Die Führung aller Dienstgrade muß sich darauf einrichten, den deutschen Unternehmungen zuvorzukommen und sie zurückzuweisen. Das wird sich, ohne die Infanterie allzu großen Verlusten auszusetzen, dadurch erreichen lassen, daß jedesmal die gesamte zur Verfügung stehende Artillerie, schwere Artillerie, Feldartillerie und Grabenartillerie, unverzüglich zur Wirkung gebracht wird, unter Einsatz von Munition nach Ermessen. Auf diese Weise wird ein Gegenangriff gelingen können, indem er entweder sofort einsetzt und dem Feinde keine Zeit läßt, sich einzurichten, oder sobald als möglich, aber dann nach einer neuen gründlichen Artillerievorbereitung. Die Anweisung vom 20. Jänner 1915 gibt hiezu alle notwendigen Fingerzeige.

Joffre."

Die neue Zeitrechnung in der Türkei

(Ab 1. März 1916.)

Der heutige Tag ist ein denkwürdiger für die Türkei. Er verdient dort buchstäblich im Kalender angestrichen zu werden, denn mit 1. März 1916 beginnt für die Türkei die neue Zeitrechnung nach dem Gregorianischen Kalender. Die Differenz von 13 Tagen zwischen der julianischen und der gregorianischen Zeitrechnung, um welche die erstere zurückbleibt, wird mit dem 29. Februar alten Stils konsumiert und der nächstfolgende Tag ist der 1. März neuen Stils, allerdings nicht des Jahres 1916, sondern des Jahres 1334, da die türkische Kammer darauf bestanden hat, die Hedschra-Zeitrechnung, das ist die Datierung von der Flucht Mohammeds mit dem Mondjahre für den Gebrauch unter den Muselmanen beizubehalten. Nach dem Kammerbeschluß wird bestimmt, daß das Finanzjahr, das am 29. Februar alten Stils oder am 13. März neuen Stils enden sollte, am 29. Februar neuen Stils zu enden hat. Der folgende Tag, also der heutige 1. März, ist zugleich der 1. März des offiziellen türkischen Jahres 1334. Wie erinnerlich, hätte gemäß dem Regierungsvorschlage die Kalenderreform vollkommen durchgeführt werden sollen. Auch in der Weise, daß die Jahreszahl 1916 angesetzt wird. Der Entschließung der Kammer gemäß, rechnet die Türkei nach wie vor mit dem Ereignis der Hedschra, beziehungsweise beginnt die Zeitrechnung damit, um sich dann weiter des Sonnenjahres gemäß dem gregorianischen Kalender zu bedienen.

Nachdem der von Julius Cäsar im Jahre 46 v. Chr. eingeführte sogenannte julianische Kalender über 1600 Jahre in Geltung gewesen war, führte Papst Gregor XIII im Februar 1582 eine genauere Zeitrechnung ein, welche die Grundlage des von Luigi Lilio entworfenen gregorianischen Kalenders bildet. In diesem Kalender besteht gegen die julianische Einschaltungsmethode die wichtige Abweichung, daß im letzten Jahre jedes Jahrhunderts die Schaltung unterbleibt, außer wenn die Zahl der nach Ablauf des Jahres verflossenen Jahrhunderte durch vier teilbar ist. Beispielsweise waren 1700, 1800 und 1900 kein Schaltjahr, dagegen werden 2000, 2400 und 2800 solche sein. Durch Weglassung von zehn Tagen zwischen dem 4. und 15. Oktober 1582 sollte die Frühjahrsnachtsgleiche, welche zur Zeit der Kirchenversammlung zu Nikäa im Jahre 325 n. Chr. am 21. März eingetreten war und seitdem, besonders des Osterfestes wegen, ein für allemal auf diesen Tag gesetzt wurde, tatsächlich auf ihn zurückgeführt werden. Der gregorianische Kalender wurde an dem von der päpstlichen Bulle festgesetzten Tage zunächst nur in Italien, Spanien und Portugal eingeführt, in Frankreich und den katholischen Niederlanden erst zwei Monate später, im katholischen Teil von Deutschland und den katholischen Kantonen der Schweiz im Jahre 1583, in Polen 1586, in Ungarn 1587. Erst nach langem Widerstreben nahmen die protestantischen Teile Deutschlands den gregorianischen Kalender im Jahre 1700 an, indem sie mit Auslassung von elf Tagen auf den 18. Februar sogleich den 1. März folgen ließen. Ebenso ging man in Dänemark und in den Niederlanden vor. Es folgten im nächsten Jahre die evangelischen Kantone der Schweiz, die das 18. Jahrhundert unter Weglassung der elf ersten Kalendertage mit dem 12. Jänner 1701 anfingen. England nahm den gregorianischen Kalender erst 1752 an, wobei es vom 2. September sofort auf den 4. überging, zugleich fing man dort von nun an das Jahr nicht mehr wie bisher am 25. März, sondern am 1. Jänner an. Zuletzt führte Schweden den gregorianischen Kalender im Jahre 1753 ein, wobei nach dem 17. Februar sofort der 1. März angesetzt wurde. Die Russen, wie überhaupt die Bekenner der nichtunierten griechischen Kirche blieben beim julianischen Kalender alten Stils und datieren daher hinter den übrigen Europäern seit 1700 um 11 Tage, seit 1800 um 12 Tage, seit 1900 um 13 Tage zurück. Im Jahre 2100 wird Rußland hinter der übrigen Welt um volle vierzehn Tage zurück sein.

Es ist klar, daß die, wenn auch nur teilweise, in der Türkei mit dem heutigen Tage eintretende Kalenderreform auf Grund der gregorianischen Zeitrechnung eine für den kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenschluß der Türkei mit den Zentralstaaten sehr wichtige Maßregel bedeutet, die, wie erinnerlich, auch von den Bulgaren bereits eingeführt wurde.

Fremdenblatt
1./III. 1916

Die italienische Kammertagung.

Heute, am 1. März, nimmt die italienische Kammer ihre Sitzungen wieder auf. In dem Programm, das die Regierung für die Kammertagung festgesetzt hat ist, wie man der „Pol. Korr." von der italienischen Grenze schreibt, die Absicht möglichst langer Hinausschiebung der Erörterung internationaler Fragen fast mit Händen zu greifen. Der erste Tag kommt politisch überhaupt nicht in Betracht, da die Sitzung Nachrufen für die in der Zwischenzeit verstorbenen Kammermitglieder gewidmet sein wird, was, da sich unter ihnen der frühere Vizepräsident des Hauses, Finocchiaro-Aprile, befindet, dem herrschenden Brauche gemäß die Aufhebung der Sitzung nach sich zieht. Am 2. März wird die Kammer die Verhandlung der noch zu erledigenden Budgets in Angriff nehmen. Daß die Regierung nicht gewillt ist, diesen Beratungen, wie insbesondere von den Kriegsparteien erwartet worden war, Mitteilungen über die internationalen Vorgänge vorauszuschicken, ist bereits der Oeffentlichkeit angekündigt worden. Die Möglichkeit, daß die Beratung des Budgets der auswärtigen Angelegenheiten dem Kabinett bald die Pflicht zur Erteilung von Aufklärungen über dieses Gebiet auferlege, wurde von der Regierung durch das einfache Mittel vereitelt, daß sie dieses Kapitel überhaupt nicht in die Reihe der zunächst zu verhandelnden Budgets aufnahm, sondern ihm eine weit entlegene Stelle anwies. Es wird daraus der Schluß gezogen, daß es dem Kabinett darum zu tun sei, sich der Notwendigkeit politischer Aufklärungen zu entziehen, bis die im März zu erwartende definitive Pariser Konferenz im Verhältnis Italiens zu seinen Verbündeten, das bekanntlich durchaus nicht ungetrübt ist, eine Klärung herbeigeführt haben wird.

Berner Bund 1./III. 1916

Zur Kriegslage

Zu den Kämpfen um Verdun. Operationspausen? Die Räumung der Nord-Woevre. Die Position Eix. Die Lage bei Douaumont. Das Hauptwiderstandszentrum. Der Rückzug aus der Woevre südlich Etain. Die Russen in Persien.

Die Kämpfe um Verdun wachsen in das zweite Stadium, das sich bei Stellungsschlachten vom ersten durch ein Intervall abhebt, welches nach einer Operationspause aussieht, zu einem solchen aber nur dann werden kann, wenn die Kampfkraft des Angreifers erschöpft ist. Das war bei der großen Septemberoffensive der Franzosen in der Champagne der Fall, wo nach Durchstoßung der ersten Linie die Gewalt des Angriffes gebrochen war und die Vorbereitungen zum Angriff auf die zweite Linie nicht mehr ausreichten, Erfolge von Belang zu erzielen. Bei den Kämpfen vor Verdun, auf deren grundsätzliche Verschiedenheit von den Geländekämpfen in der Champagne bereits ausführlich eingegangen wurde, ist der erste Angriff viel weiter vorgetragen worden als dort und hat die zweite permanente Linie des Verteidigers an einer Stelle durchbrochen. Nach der französischen Meldung vom 29. Febr. sieht es so aus, als ob damit die Kraft des deutschen Angriffes erschöpft sei. Man darf sich aber darüber nicht täuschen, daß das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, daß nicht nur im Nordostsektor, sondern auch im Südostsektor Kämpfe brennen, die zwar weniger Explosionen erzeugen, aber im zähen Ringen um die Behauptung errungener Vorteile und das Heranbringen und Neurichten der Artillerie einem langsam weiterfressenden Feuer gleichen. Als die Deutschen in den Knick der Nordfront eingebrochen waren, blieb den Franzosen nichts übrig, als die Nordwoevre zu räumen und allein von Fromezey auf Eix vierzehn Kilometer preiszugeben. Sie stehen also dort an der Bahnlinie Verdun-Conflans-Metz nicht mehr in Ausfallstellung vor Etain, sondern in Verteidigungsstellung bei Eix. Fährt man von Verdun mit der Bahn nach Etain, so erklimmt der Zug zunächst in einer langen Rampenkurve die Côte de Meuse (Maashöhen und Côte Lorraine sind das selbe), bohrt sich auf der Höhe durch einen Tunnel von 1190 Meter Länge und gewinnt dann absteigend bei Eix die Woevreebene. Um Eix wird jetzt gekämpft. Es ist ein Lebenspunkt der mobilen Verteidigung, die hier das Tälchen von Tavannes, die Bahnrampe und die Straße von Etain nach Verdun zu decken hat und darin durch zahlreiche Batterien auf den Maashängen und das Fort de Tavannes unterstützt wird, welch letzteres auf 360 Meter Höhe über dem Tunnel liegt. Man ersieht hieraus, wie wichtig es war, daß der deutsche Durchbruch im Norden erfolgte und die ganze Befestigungsgruppe von Ornes bis Eix im Rücken faßte.

Ueber Douaumont ist er zwar bis heute nicht hinausgekommen, die Linie Vacherauville-Douaumont-Dieppe ist aber bis jetzt von den Deutschen gegen alle Gegenangriffe behauptet worden. Sie läuft in genau westöstlicher Richtung; die Entfernung vom Festungskern beträgt kaum mehr als sieben Kilometer. Gelingt es, das schwerste Geschütz und die mittleren Haubitzbatterien hinter und an dem Louvemontrücken in Stellung zu bringen und vor Flankenfeuer vom linken Maasufer zu behüten, so kann nach Ausräumung der großen Maasschleife der Artillerieangriff auf den enggezogenen Nordraum von Verdun fortgesetzt werden. Vielleicht ist er schon im Gange. Dicht nordwestlich vom Dorfe Douaumont ist ein zweites kleineres Panzerwerk gefallen, das den Ostzugang zu der Mulde von Bras deckte. Eine gewaltige Sperreihe liegt an der Straße Bezonvaux-Fleury, die vor den von den Deutschen eroberten Stellungen entlang führt und scharf nach Südwesten ziehend ausgiebiges Feuer aus allen Schlünden gestattet. Im Bois de Bras hat sich schon deutsche Infanterie eingenistet.

Das Hauptwiderstandszentrum liegt jetzt wahrscheinlich in der obengenannten Festungsgruppe zwischen Bezonvaux und Eix auf den Maashöhen in den Forts Vaux, Damloup und Tavannes; abgesehen natürlich von den befestigten Infanteriestellungen.

Der Rückzug aus der Woevre südlich der Bahn Verdun-Etain hat die Deutschen, die sofort energisch nachdrängten, an die Linie Blanzee-Watronville-Manheulles-Fresnes-Chamblon herangebracht, um die offenbar noch gekämpft wird. Die Wälder nordöstlich von Watronville und Hautionmont sind von den Deutschen genommen. Die Dörfer Manheulles und Chamblon gingen den Franzosen durch Sturm verloren. Wie bereits vorausgesagt, werden die Verteidiger vollständig auf die Maashöhen zurückgedrängt und behaupten vor diesen jetzt nur noch das stark ausgebaute Fresnes nördlich von Combres. Bei Combres tritt bekanntlich die Kampflinie in das Höhengebiet ein, um über dieses nach St. Mihiel zu führen. Die Franzosen haben also südlich Etain, wo sie weit hinausgeschoben bis Gussainville, südöstlich Etain, an der Orne standen, ausgedehntes Vorgelände verloren. Die Verteidigung von Verdun ist noch nicht gebrochen, aber, wenn die Erfolge vom Angreifer behauptet werden, im Norden vollständig, im Osten zum guten Teil gelähmt. Ich halte die strategische Position Verduns für sehr stark gefährdet.

Ueber die Operationen, die zur Einnahme von Durazzo führten, und die Offensive der Russen in Persien, wo sich die Entlastung durch die Erfolge in Armenien zur Einnahme von Sahna und Kermanschou geführt hat, bleibt noch zu berichten. H. St.

Berner Bund 1./III. 1916

Während der Schlacht bei Verdun

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 28. Februar.

Seit bald einer Woche lebt ganz Frankreich in atemloser Spannung. Jedermann fühlt, daß dort an der mächtigen Maasfestung etwas Entscheidendes vorgeht, daß vom Ausgang dieses Riesenkampfes mindestens die Kriegsdauer stark beeinflußt wird. Und der Beobachter hat so recht Gelegenheit zu sehen, wie heute in der Zeit der Volksheere, wo jedes Haus, jede Familie eng mit dem Krieg verknüpft ist, die ganze Nation jede Kriegsphase mitempfindet, mit den braven Soldaten leidet, die in der Hölle des modernen Artilleriefeuers standhalten müssen, mit ihnen zweifelt und dann wieder mit ihnen vom scheinbaren oder wirklichen Erfolg zur Begeisterung aufgestachelt wird.

Man kann schon sagen, daß sogar in dem kriegführenden Frankreich, das den Feind im Lande hat, in vielen Kreisen eine gewisse Kriegsgewöhnung platzgegriffen hatte. Man kümmerte sich um Dinge, die nicht gerade von allererster Wichtigkeit waren, man machte sich gegenseitig das Leben sauer, nicht aus Lässigkeit oder gar aus kleinlicher Streitsucht, sondern aus jener Lust zum Kritteln und Nörgeln, die sich dann einstellt, wenn man die Gefahr nicht unmittelbar vor sich sieht und sich sachte in die lieben alten Friedensgewohnheiten zurückgeträumt hat. Die eherne Faust, die an eines der Bollwerke des Landes polterte, rüttelte Frankreich jäh aus diesem Zustande auf. Man scharte sich wieder wie ein Mann um das Banner des Vaterlandes; vergessen waren die Streitigkeiten; das Gestern erschien ungemein klein und unwichtig. Und das ganze Land wandte sich dem Punkt zu, wo um das Schicksal der Völker gestritten wird, litt und hoffte mit den Gatten, Söhnen und Brüdern. Und diese Gemeinsamkeit der Gedanken und Gefühle zeigte sich schon äußerlich dadurch, daß Unbekannte auf der Straße sich ansprachen und ihre Meinungen austauschten.

Vom letzten Donnerstag an sah auch das große Publikum ein, daß im Norden von Verdun etwas ganz Großes im Gange war. Wie oft hatte man nicht in der Presse schon von der bevorstehenden deutschen Offensive gesprochen; die Militärschriftsteller der Zeitungen waren einig in der Ansicht, daß eine große deutsche Offensive wünschbar sei. Man sprach die feste Hoffnung aus, daß sich das Oberkommando nicht überraschen lassen werde. Und in der Tat, von einer Ueberraschung konnte beim Angriff auf Verdun nicht die Rede sein. Seit mehreren Wochen schon war sogar im großen Publikum von einem bevorstehenden Angriff auf Verdun die Rede. Vor etwa vierzehn Tagen wollte der „Petit Parisien“ auch von den sprechen, was in aller Leute Mund war. Die Zensur strich ihm den Artikel, ließ aber die beigefügte Karte stehen, die die Stadt Verdun und ihre Umgebung darstellte. Das Publikum konnte also ruhig sein: eine Ueberraschung war der deutsche Angriff auf Verdun nicht. Und doch! Nun da der so oft besprochene und herbeigewünschte Augenblick da war, wurde man aufgeregt und fragte sich nicht ohne Sorge, ob wohl die französische Armee den furchtbaren Stoß auch parieren könne. So ist der Mensch. Die Sorge war übrigens so unberechtigt nicht. Aus den Erzählungen der Flüchtlinge wußte man, daß Verdun schon seit Tagen unter dem allerschwersten Feuer lag, daß der Kanonendonner alles übersteige, was je gehört worden sei. Militärpersonen wußten zu berichten, daß diese Beschießung die der deutschen Stellungen im letzten Herbst in der Champagne weit in den Schatten stelle. Und das Publikum fragte sich: „Werden unsere Soldaten dieser eisernen Sturmflut standhalten können?“

Die ersten Nachrichten beunruhigten das Publikum nicht groß. Man verglich die ersten deutschen Erfolge mit den französischen der zweiten Champagne-Offensive und fand sie weniger gut. Allerdings hat gerade jene Offensive dem französischen Publikum die Ueberzeugung beigebracht, daß die Fronten durchbrochen werden können. Man hielt also nichts für unmöglich und vertraute nicht sowohl auf die starken Stellungen bei Verdun, als auf die erprobte Standhaftigkeit der französischen Soldaten und auf die Kaltblütigkeit der Führung. Die Generäle Humbert und Herr, die dort kommandieren und in jenen Gegenden zu Hause sind, sind sehr populär.

War für die Verteidiger der Stellungen um Verdun der Freitag der kritische Tag, so war es für das übrige Frankreich der Samstag. Die Zivilisten kommen immer einen Tag zu spät, hinken wie recht und billig hinter den Ereignissen drein. An diesem Samstag wurden die Nerven der Pariser Bevölkerung auf eine harte Probe gestellt. Am Nachmittag ging das Gerücht, daß das Fort Douaumont gefallen sei. Woher kam dieses Gerücht? Die Zeitungen (siehe „Figaro“) behaupten, daß es der Feind und seine Helfershelfer in Paris ausgestreut haben, um die Bevölkerung zu beunruhigen. Woher hätten die etwas gewußt? Denn das Gerücht war nicht falsch, sondern wahr. Es kam dadurch nach Paris, daß die Leute, die um das deutsche Funkentelegramm vom Vormittag wußten, den Mund nicht halten konnten. Die gefährlichsten Schwätzer sind die eigenen. Das hat der ehemalige Kriegsminister Millerand eingesehen und darum überall Zettel anschlagen lassen mit den Worten: «Taisez-vous, méfiez-vous.» Die Unsicherheit, in der man bis abends 11 Uhr schwebte, erhöhte die Nervosität der Leute, die schon auf bloße Gerüchte abstellen, nur. Nachts erfuhr man dann, daß das Fort Douaumont zwar genommen gewesen sei, doch wieder erobert wurde. Und von diesem Augenblick an wandte sich das Publikum wieder dem Optimismus zu. Wohl sagt es sich, daß die Schlacht noch nicht zu Ende ist, aber es hat das Gefühl, das Aergste sei vorüber.

Wir haben bei diesem Stimmungsbild nichts beschönigen wollen. Man liest ja so oft von der unerschütterlichen Siegeszuversicht hüben und drüben, daß manche meinen könnten, die Kriegführenden schauten mit olympischer Ruhe den gräßlichsten Schlachten zu, in denen das Blut ihrer Lieben fließt. In Wirklichkeit sind die hinter der Front keine Olympier, sondern arme, geängstigte Menschen, die fühlen, daß man aus der Ferne nicht alles beurteilen kann, und die wissen, daß das Schicksal einer Schlacht von den kleinsten Zufällen abhängen kann. Und gerade das hat uns in diesen letzten Tagen am französischen Volke so gut gefallen, daß es seine Herzensangst nicht hinter einem prahlerischen Gewande zu verbergen suchte, daß jedermann nicht mehr sein wollte als ein Mensch, der in großen Augenblicken eben zwischen Hoffen und Bangen hin und her geworfen wird

Fremdenblatt
2. III. 1916

Kriegskalender.

24. Februar: Die Truppen Essads und die Italiener werden bei Durazzo geschlagen. Der Feind verläßt fluchtartig seine Gräben und zieht sich hinter den inneren Verteidigungsring zurück. — Die Deutschen erobern die Orte Brabant, Haumont und Samogneux sowie das gesamte Waldgebiet nordwestlich, nördlich und nordöstlich von Beaumont sowie das Herbebois. — Im Kaukasus andauernde Kämpfe. — Asquith über Englands Friedensbedingungen. — Essad in Brindisi. — Die deutsche Prisenbesatzung versenkt den britischen Dampfer „Westburn".

25. Februar: Unsere Artillerie stört die Einschiffung der feindlichen Mannschaft vor Durazzo; die Italiener sind auf der Landzunge westlich der Dürsteiche zurückgetrieben. — Die Deutschen nehmen die befestigten Dörfer und Höfe Champneuville, Cotelletes, Marmont, Beaumont, Chambrettes und Ornes und erstürmen auch sämtliche feindlichen Stellungen bis an den Louvemontrücken; bisher wurden in den Kämpfen um Verdun mehr als 10.000 Franzosen gefangen. Nachmittags erstürmte das brandenburgische Infanterie-Regiment Nr. 24 die Panzerfeste Douaumont. — Beschlagnahme der deutschen Schiffe in Portugal. — Venizelos bei König Konstantin.

Englische Kriegszölle nach dem Kriege.

Erst vor wenigen Tagen ist im Stammsitze des Manchestertums, in Manchester, von der dortigen Handelskammer ein Beschlußantrag zugunsten von dereinstigen Abwehrzöllen gegen die Erzeugnisse der Zentralmächte gefaßt worden und nunmehr hat auch die Gesamtheit der britischen Handelskammern in ihrer Konferenz über die nach dem Kriege einzuhaltende Handelspolitik im Sinne des wirtschaftspolitischen Kampfes gegen die Zentralmächte entschieden. Wechselseitige Vorzugszölle im Verkehr des britischen Reiches und seiner Verbündeten, günstige Behandlung der Neutralen und Abwehrzölle gegen die Waren feindesländischer Herkunft sowie die Hebung der heimischen Industrie, das ist das Programm, auf das sich die britischen Handelskammern in ihrer gestrigen Konferenz geeinigt haben. Im gleichen Sinne sprach sich Schatzkanzler Mac Kenna aus, indem er den Wunsch äußerte, daß die Konkurrenten, mit denen England jetzt in bitterer Feindschaft lebe — diese „bittere Feindschaft" ist ja tatsächlich aus der Konkurrenzfurcht Englands entstanden! — den Auslandshandel Englands künftig nicht mehr in dem Maße wie bisher beherrschen mögen.

Die führenden Männer Englands heben sich in diesem Wunsche, dem Kriege der Heere im Frieden einen Handelskrieg folgen zu lassen, unzweifelhaft von Deutschland ab, wo der preußische Handelsminister Sydow vor kurzem erklärt hat, bei der Neuregelung des Verhältnisses zu den Verbündeten dürfe der künftige Handelsverkehr mit den Neutralen und jetzt noch feindlichen Ländern nicht unmöglich gemacht oder auch nur erschwert werden. Denn Deutschland werde auch in Zukunft für seine Industrie und seinen Handel des Weltmarktes nicht entbehren können.

In England will man den wirtschaftlichen Kampf nach dem Friedensschluß, wie man hört, vor allem beim Zucker, führen. Deutschland lieferte in den letzten Jahren für etwa 195 Millionen Mark Zucker per Jahr nach England. Diese Lieferung soll nun teilweise an die Kolonien, teilweise an Rußland übergehen. Aber in England vergißt man dabei offenbar, daß die Hauptgebiete des russischen Rübenanbaues das jetzige Russisch-Polen und die Ukraine sind. Und als ebenso nichtig dürfte sich die Hoffnung erweisen, von der chemischen Industrie, von der Stickerei-Industrie und der Feinmechanik Deutschlands unabhängig zu werden. Weit mehr Wahrscheinlichkeit hat es dagegen, daß Nordamerika England künftig auch in der Baumwollverarbeitung zu einem mächtigen Wettbewerber werden wird, während es sich bisher vorwiegend mit der Rohstoff-Ausfuhr begnügt hat.

Ueber die Konferenz der britischen Handelskammern ist die nachstehende Meldung eingelaufen:

K. London, 29. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Heute wurde hier die wichtige Konferenz der Handelskammern des Vereinigten Königreiches eröffnet. Es wurde über den britischen Handel nach dem Kriege beraten.

Der Vorsitzende brachte eine Resolution ein, in der erklärt wird, daß die Nation das Produktionsvermögen in die Höhe schrauben müsse, anstatt sich auf die Zufuhr vom Auslande zu verlassen.

Schatzkanzler Mac Kenna sagte: Wir haben für uns selbst 1170 Millionen Pfund ausgegeben. Die Vorschüsse an die Verbündeten und die Dominions, die ich im letzten Dezember auf 423 Millionen Pfund schätzte, werden vermutlich nicht ganz ausbezahlt zu werden brauchen. Das sind große Summen. Wir haben sie aufgebracht, aber es freut mich, mitteilen zu können, daß wir auch die viel größeren Summen, die im neuen Jahre nötig sein werden, auftreiben werden. Nicht weniger als ein Drittel aller Ausgaben des Landes werden wir aus den Einnahmen bestreiten. Wir werden im folgenden Jahre noch weitergehen, wenn dadurch auch die Lasten vergrößert werden. Die, welche uns Geld leihen, müssen wissen, daß wir die Zinsen aus unseren Einnahmen bezahlen können und daß wir auch noch für die Abzahlung des Kapitals genug haben. Eine andere wichtige Sache ist, daß wir trotz der an uns gestellten ungewöhnlich großen Anforderungen doch unseren Handel der Hauptsache nach fortsetzen konnten.

Für unser Land sind Handel und Sieg zwei voneinander abhängige Dinge. Wenn unser Handel vernichtet wird, stürzt das Fundament ein, auf dem unsere Fähigkeit beruht, den Verbündeten und den Dominions Vorschüsse zu leisten. Vor dem Kriege waren wir von den Deutschen in vielen, für unseren Betrieb sehr wichtigen Artikeln abhängig. Ich glaube, daß wir entweder durch die individuellen Bemühungen unserer Kaufleute oder mit der nötigen Staatshilfe dafür sorgen müssen, daß wir nicht wieder in diesen Zustand geraten. Die Regierung ist bereit, ihre Unterstützung für den Handel mit dem Ausland zu gewähren, um die Sicherheit zu schaffen, daß die Konkurrenten, mit denen wir jetzt in bitterer Feindschaft leben, nicht mehr in dem Maße wie früher den ausländischen Handel beherrschen.

Die Konferenz der Handelskammern nahm sodann eine Resolution an, in der die Regierung aufgefordert wird, Maßregeln zu ergreifen zur gegenseitigen Bevorzugung des britischen Reiches und der Verbündeten, ferner Maßregeln zur günstigen Behandlung der Neutralen und zur Einschränkung des Handels mit den feindlichen Ländern durch Einführung von Zöllen, die verhindern, daß der Markt von ihnen überflutet wird, und schließlich Maßregeln zur Förderung der einheimischen Industrie.

Neue Freie Presse
2. III. 1916

Kriegswohlfahrtsausgaben. — Eine Polendebatte.

Berlin, 1. März.

Das Abgeordnetenhaus hat einen Gesetzentwurf angenommen, wodurch der Regierung für Beihilfen zu den Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und der Gemeindeverbände 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Im weiteren Verlauf der Sitzung verhandelte das Haus den Gesetzentwurf, wodurch zur Förderung der Ansiedlung 100 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Die Polen stellten den Antrag, in das Gesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß aus dem Religionsbekenntnis, aus der Abstammung, der Muttersprache und der politischen Betätigung Bedenken gegen die Ansiedlung nicht hergeleitet werden dürfen.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer wies auf die früheren Regierungserklärungen bezüglich der Führung der inneren Politik gegenüber den preußischen Staatsangehörigen polnischer Herkunft hin und betonte, der Entwurf mache keinerlei Unterschied zwischen Ansiedlern deutscher oder polnischer Herkunft und habe lediglich wirtschaftliche Bedeutung. Im Reiche sei ein Gesetzentwurf vorbereitet, der den Kriegsbeschädigten die Möglichkeit bietet, sich mit Hilfe der Kapitalisierung eines Teiles der Militärrenten anzusiedeln. Den polnischen Kriegsbeschädigten müsse jedenfalls die Möglichkeit gegeben werden, sich innerhalb ihrer Heimatsprovinz anzusiedeln. Daß dabei die Interessen der deutschen Ansiedlungen gegenüber einer planmäßigen Besiedlung von polnischer Seite gewahrt bleiben müssen, werde auch von den Vertretern der Polenpartei nicht verkannt werden.

Abgeordneter Styczynski (Pole) befürchtet nach der Erklärung des Ministers, daß die sogenannte Neuorientierung in der Polenpolitik nichts bedeuten werde als die Aufrechterhaltung des alten Zustandes. Die Polen müssen erstreben, daß die polnische Bevölkerung von den Wohltaten des Gesetzes nicht ausgeschlossen werde. Die Polen haben ihre Wünsche im Staatsinteresse zurückgestellt, soweit es irgend möglich war, obgleich die Ausnahmegesetzgebung schon jahrzehntelang auf ihnen lastet. Wenn die Neuorientierung überhaupt einen Sinn haben soll, muß vor allem bei der Ansiedelungsgesetzgebung der bisherige Standpunkt der Regierung aufgegeben werden.

Abgeordneter Freiherr v. Zedlitz (freikonservativ) lehnt die Erörterung des Antrages der Polen aus dem formalen Grunde ab, daß in Kriegszeiten Aenderungen bestehender Gesetze ohne Not nicht vorzunehmen sind.

Abgeordneter Graw (Zentrum) betont, seine Partei vertrete die Ansicht, daß jedem die Möglichkeit der Ansiedlung gewährt werden muß. Die Polen bei der Ansiedlung zu benachteiligen, würde das Zentrum für ungerechtfertigt halten. Alle müssen berücksichtigt werden, die im Kriege gelitten haben, mögen sie der polnischen Nationalität oder einer anderen angehören.

Abgeordneter v. Bockelberg (konservativ) lehnt gleichfalls die Erörterung des Antrages der Polen ab.

Abgeordneter Kindler (Volkspartei) erklärt gegenüber dem Antrag der Polen, seine Partei hoffe, daß die Zusagen der Regierung nach dem Kriege werden eingelöst werden.

Abgeordneter Braun (Sozialdemokrat) verlangt, daß bei der Anwendung des Gesetzes alle politischen Gesichtspunkte zurückgestellt werden.

Bei der Abstimmung über den Antrag ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, indem 78 Abgeordnete für, 89 gegen den Antrag stimmen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Fremdenblatt
2./III. 1916

Deutschland und die Niederlande.

Erklärungen des holländischen Ministers des Aeußern.

K. Haag, 29. Februar. Der Minister des Aeußern gab heute in der Ersten Kammer folgende Erklärung ab: Ich kann mit der größten Bestimmtheit versichern, daß zwischen den Niederlanden und Deutschland kein geheimes Bündnis besteht oder jemals bestand, auch kein geheimes Abkommen oder eine solche Verabredung und daß auch noch nie ein Versuch unternommen wurde, Verhandlungen darüber anzuknüpfen. Am 3. August 1914 teilte mir der deutsche Gesandte im Auftrage seiner Regierung mündlich mit, daß Deutschland, wenn die Niederlande neutral bleiben, seine Neutralität achten wird. Auch dem niederländischen Gesandten in Berlin wurden sehr bestimmte Erklärungen gegeben.

Die Mitteilung, die von deutscher Seite an England gemacht wurde: „Wir verpfändeten an die Niederlande unser feierliches Wort", kann sich deshalb nicht auf ein Abkommen beziehen, sondern auf diese einseitige bestimmte feierliche Erklärung, die uns von deutscher Seite gegeben wurde. Die niederländische Regierung gab in keiner einzigen Hinsicht ihre Freiheit des Handels auf.

Neue Freie Presse
2. III. 1916

Die Versenkung der „Provence".

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Genf, 1. März.

Aus Marseille wird gemeldet:

Auf der Zykladeninsel Milos wurden von dem versunkenen französischen Postdampfer „Provence" bisher 862 Personen geborgen.

Paris, 1. März.

Die Agence Havas meldet:

Der Hilfskreuzer „Provence II.", der angewiesen war, Truppen nach Saloniki zu bringen, ist am 26. Februar im Mittelmeer gesunken. Nach hier eingetroffenen Berichten wurden 296 Schiffbrüchige in Malta gelandet und ungefähr 400 von französischen und englischen Patrouillenfahrzeugen, die auf drahtlosen Hilferuf herbeigeeilt waren, nach Milos gebracht. Nach Erklärungen des Abgeordneten Bokanowsky, der dem Generalstab des Heeres zugeteilt ist, wurde weder, ehe das Schiff sank, noch während des Unterganges ein Periskop gesehen. Auch von einem Torpedo wurde keine Spur wahrgenommen, noch auch im Augenblicke der Explosion eine Wassersäule bemerkt. Es wurde fortwährend gewacht. Die Bedienungsmannschaft der Geschütze blieb bis zum letzten Augenblick auf ihren Posten. Es befanden sich mit der Besatzung ungefähr 1800 Mann an Bord. Das Wetter war klar, es herrschte nur leichter Nebel. Das Schiff scheint an den Bordwänden beschädigt worden zu sein. Es wurde rückwärts getroffen und sank in 14 Minuten. Man weiß nicht, ob man die Flöße, die sich in genügender Anzahl an Bord befanden, benützen konnte. Zehn Schiffe befanden sich an der Unfallstelle. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Paris, 1. März.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß die „Provence II." fünf 14-Zentimeter-, zwei 57-Millimeter- und vier 47-Millimeter-Geschütze an Bord hatte.

London, 1. März.

Das Reutersche Bureau meldet aus Paris unter dem Gestrigen: Nach dem Berichte des französischen Marinestabes wurden um 3 Uhr nachmittags auf Milos 489 Schiffbrüchige von der „Provence II." gelandet. Weitere 89 würden von einem Patrouillenfahrzeug dorthin gebracht werden. Soweit bekannt, seien insgesamt 870 Mann gerettet worden.

Neues Wiener Tagblatt
2./III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 1. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

29. Februar. Im Abschnitt des Lagacio, nördlich des Falzeregopasses, eröffnete der Feind in der Nacht auf den 28. lebhaftes Artillerie- und Gewehrfeuer gegen unsre Stellungen, welches erwidert und zum Schweigen gebracht wurde.

Im Fellatal beschoß eine eigene Batterie wirkungsvoll Kolonnen auf dem Marsch von Uggowitz nach Malborghet.

Auf den Höhen nordwestlich von Görz nahm unsre Artillerie erfolgreich feindliche Abteilungen, welche sich in den ersten Linien ablösten, unter Feuer. Auf dem Karstplateau behinderte das neblige Wetter gestern die Artillerietätigkeit.

Frankreich.

29. Februar, 11 Uhr nachts. Zwischen Soissons und Reims beschoß unsre Artillerie wichtige Punkte hinter der feindlichen Front. In der Champagne zerstörten unsre Batterien feindliche Werke in der Umgebung der Höhe 193. Westlich Maisons-de-Champagne sprengten die Deutschen eine Mine, deren Trichter wir besetzten. In der Gegend von Verdun dauerte der Geschützkampf an der Nordfront mit geringerer Heftigkeit als in den letzten Tagen fort. Ein Infanteriegefecht wurde nicht gemeldet. Im Laufe des Tages verschanzten sich die Deutschen auf dem nördlichen Abhange der Cote Poivre, deren vorderster Kamm durch unsre Vortruppen besetzt ist. Wir unterhielten ein heftiges Feuer auf Samogneux, wo ein feindliches Bataillon versammelt ist. An verschiedenen Punkten unsrer Front im Woevre hinderte unser Artilleriefeuer die vorbereiteten feindlichen Angriffe an der Entwicklung. In den Vogesen starke Artillerietätigkeit in der Gegend von Senones und Lan-de-Sapt. Oestlich von Seppois vertrieben wir durch einen Gegenangriff einige feindliche Trupps aus den Gräben, in die sie im Laufe des Vormittags eingedrungen waren.

Belgischer Bericht.

Lebhafte Artillerietätigkeit, besonders in der Gegend von Dixmude. Im Laufe des Nachmittags zerrissen zwei deutsche Drachenballons vor unsrer Front ihre Kabel und stürzten ab, der eine ins Meer, der andre in der Gegend von Coudekerque. Die Luftschiffer wurden gefangengenommen.

Neues Wiener Tagblatt

2. III. 1916

Der erste Kreistag in Serbien.

Belgrad, 29. Februar. Am 14. Februar wurde in Gorni-Milanovac der erste Kreistag unter der österreichisch-ungarischen Verwaltung abgehalten. Die Tagung war von mehr als hundert offiziellen Abgesandten aller von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzten Kreise Serbiens besucht und gestaltete sich in ihrer Harmonie zwischen den österreichisch-ungarischen Regierungsorganen und der einheimischen Bevölkerung zu einem historisch denkwürdigen Ereignis. Oberleutnant Eduard Baumann eröffnete den Kreistag von einer festlich geschmückten Tribüne herab mit einer Rede in der Landessprache und entwickelte der Zuhörerschaft ein lediglich der kulturellen Förderung des serbischen Landes und seines bisher durch elende politische Intrigen arg heimgesuchten Volkes gewidmetes Programm. Die Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

Oberleutnant Baumann nahm hierauf den aus dem serbischen Volk erwählten Gemeindevorstehern durch Handschlag das Gelöbnis ab und überreichte ihnen die Ernennungsdekrete des Generalgouvernements.

In zwangloser Aussprache wurden sodann alle gewünschten Auskünfte über verschiedene dringende Fragen der Verwaltung, der Approvisionierung, über Eheschließungen usw. bereitwilligst erteilt.

Die von der k. u. k. Verwaltung zum Wohle der serbischen Bevölkerung bereits durchgeführten Maßnahmen haben in allen Kreisen großes Vertrauen zu den österreichisch-ungarischen Behörden wachgerufen. Um diese zu bekunden, richteten die Versammelten am Schlusse der Beratungen an den k. u. k. Militärgeneralgouverneur Grafen v. Salis-Seewis folgendes Telegramm:

„Die anläßlich des ersten Kreistages in Gorni-Milanovac versammelten Gemeindevorsteher, griechisch-katholischen Priester und die Vertrauensmänner sämtlicher Gemeinden bitten Euer Exzellenz, den Ausdruck ihrer ehrfurchtsvollen Ergebenheit und Untertänigkeit gütigst entgegennehmen zu wollen." (Folgen die Unterschriften.)

Diese Ergebenheitsdepesche wurde vom k. u. k. Militärgeneralgouverneur mit folgendem Telegramm beantwortet:

„Allen Mitgliedern des ersten Kreistages wolle mein wärmster Dank für die Begrüßung übermittelt werden mit dem lebhaften Wunsche, daß sie alle tüchtig arbeiten, damit das Volk mit Gottes Hilfe zur Ruhe und zur Zufriedenheit komme."

Bei der den Abschluß der Tagung bildenden Festtafel, welcher auch die Vertreter des Volkes beigezogen wurden, hielt Archimandrit Makarija einen Trinkspruch auf Seine Majestät den Kaiser und König Franz Josef, den er als Vater seiner Völker pries.

Mit sichtlicher Befriedigung verließen die Versammelten den Kreistag, um in alle Teile des Landes die befreiende Gewähr zu tragen, daß ihre Heimat einer neuen, glückverheißenden Zukunft entgegengeht.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 2./III. 1916

Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 2. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

1. März, 3 Uhr nachmittags. In der Gegend nördlich Verdun sowie im Woevre im Verlauf der Nacht kein wichtiges Ereignis. Die Beschießung setzte an verschiedenen Punkten unsrer Front zeitweilig aus. Zwischen Regnieville und Remenauville östlich Pont-à-Mousson beschossen wir die zweite und dritte Linie des Gegners. Im Elsaß Tätigkeit unsrer Batterien auf den Verbindungsstraßen des Feindes in Gegend Cernay. Einer unsrer Flieger auf einem Flugzeug mit zwei Motoren brachte einen feindlichen Flieger zum Absturz, der bei La Bassée über den deutschen Schützengräben niederfiel. Das feindliche Flugzeug fing beim Aufschlagen auf die Erde Feuer.

11 Uhr nachts. In Belgien richtete unsre Artillerie im Einvernehmen mit der englischen Artillerie wirksames Feuer auf die feindlichen Schützengräben südöstlich Boesinghe. Oestlich Reims mußte eine auf zwei Kompagnien geschätzte feindliche Abteilung, die an unsre Linie heranzukommen versuchte, unter unserm Feuer fliehen, wobei sie Tote auf dem Gelände zurückließ. In Gegend Verdun kam es im Laufe des Tages zu keinem Infanteriegefecht. Das Artilleriefeuer des Feindes dauert westlich der Maas im Gebiet zwischen Malancourt und Forges und östlich der Maas namentlich in den Gebieten von Vaux und Damloup sowie im Woevre bei unsern Gräben von Fresnes an. Unsre Artillerie war auf der ganzen Front sehr tätig. Westlich Pont-à-Mousson zerstörten unsre Schützengrabengeschütze deutsche Werke im Priesterwald. Unsre schwere Artillerie beschoß feindliche Anstalten in Gegend Thiaucourt. Im Elsaß feuerten unsre Batterien ziemlich lebhaft im Fecht- und Dollertal.

Belgischer Bericht.

Von der Front der belgischen Armee nichts Besonderes zu melden.

Fremdenblatt
3./III. 1916

Italienische Kammer.

Eine Kundgebung für Frankreich.

Schweigen der Minister.

K. Zürich, 2. März. Die gestrige Eröffnungssitzung der italienischen Kammer wurde nach Verlesung des Protokolls durch eine Rede des reformistischen Deputierten Bissolati eingeleitet, der sagte, Italien blicke zitternd auf den furchtbaren Kampf, den Frankreich bei Verdun zu bestehen habe. Frankreich möge gewiß sein, daß auch Italiens Gefühle am Isonzo nicht bloß gegen Oesterreich-Ungarn, sondern auch gegen Deutschland kämpfen. Er bitte den Kammerpräsidenten, die Versicherung der italienischen Solidarität mit den französischen Waffen, denen das Glück günstig sein möge, und der italienischen Bewunderung und Treue zu dem Ideal von Einheit und Freiheit nach Frankreich zu übermitteln.

Diesen Worten folgte Beifall, an dem sich auch einige englische Offiziere auf der Tribüne geräuschvoll beteiligten.

Nachdem das Haus einige Augenblicke vergeblich gewartet hatte, daß Sonnino oder einander der anwesenden Minister ein Wort der Zustimmung spreche, erklärte Kammerpräsident Marcora, daß er Bissolatis Anregung gern ausführen werde, da er voraussetze, daß niemand dagegen etwas einwende. Außerdem entspreche dies vollständig seiner persönlichen Gesinnung, die er schon beim Eintreffen des französischen Ministerpräsidenten Briand in Rom diesem durch ein Telegramm kundgegeben habe.

Hierauf widmete der Präsident einigen während der Parlamentsferien verstorbenen Deputierten Nachrufe, wobei er besonders beklagte, daß die Dahingeschiedenen die Verwirklichung des leuchtenden Traumes eines bis zu seinen gerechten Grenzen gelangten, stärkeren und geachteteren Italien nicht gesehen haben.

Verschiedene Blätter, die Bissolatis interventionistische Richtung vertreten, geben dem Bedauern Ausdruck, daß die Minister völlig geschwiegen haben, und erneuern die Drohungen gegen das Kabinett.

Auch die sozialistische Fraktion hatte ostentativ jedes Zeichen unterlassen, das als Billigung oder Unterstützung der Kundgebung Bissolatis hätte gedeutet werden können.

Die Zeit Abendbl.
3. III. 1916

Eine neue nordische Konferenz.

In Kopenhagen.

KB Kopenhagen, 3. März.

Das Ritzausche Bureau meldet: König Christian hat die Ministerpräsidenten und die Minister der auswärtigen Angelegenheiten Schwedens und Norwegens auf den 9. März zu einer Zusammenkunft in Kopenhagen eingeladen, um mit dem dänischen Ministerpräsidenten Zahle und dem dänischen Minister des Aeußern Scavenius Fragen zu erörtern, die die Erfahrungen während des Krieges als von gemeinsamem Interesse für die drei Nordischen Reiche erwiesen haben. Die Zusammenkunft ist als eine Fortsetzung der im Dezember 1914 in Malmö erfolgten Zusammenkunft zu betrachten, als neuer Ausdruck für das gute Verhältnis zwischen den drei Ländern und für den Wunsch, eine loyale und unparteiische Neutralität aufrechtzuerhalten.

Zuerst hatte König Gustav von Schweden zu einer Zusammenkunft in Stockholm eingeladen, aber auf Wunsch Dänemarks wurde Kopenhagen als Ort für die Zusammenkunft angenommen.

Eine schwedische Erklärung.

KB Stockholm, 3. März.
(Meldung des Svenska Telegrambyran.)

Auf Einladung des Königs von Schweden waren im Dezember 1914 die Könige der drei nordischen Reiche, begleitet von ihren Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, zur Beratung von Fragen, die aus der jetzigen Weltkrise entstanden sind, in Malmö zusammengekommen.

Unter Bezugnahme auf die bei dieser Zusammenkunft getroffene Vereinbarung über die Form der Fortsetzung der Zusammenarbeit, hat der König von Schweden eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten und der Minister des Aeußern in Stockholm vorgeschlagen. Der Vorschlag fand in Dänemark und Norwegen eine gute Aufnahme. Es wurde jedoch dabei von dänischer Seite der Wunsch ausgesprochen, die Zusammenkunft möchte in Kopenhagen stattfinden. Der König von Schweden erklärte sich bereit, diesem Wunsche nachzukommen, und nach Verhandlungen zwischen dem König von Dänemark und der dänischen Regierung einerseits und dem König von Norwegen und der norwegischen Regierung andererseits ließ der König von Dänemark an die Ministerpräsidenten und die Minister des Aeußern von Schweden und Norwegen die Einladung ergehen, am 9. März mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Aeußern von Dänemark in Kopenhagen zusammenzukommen. Die Einladung wurde von den Beteiligten angenommen.

Bei der Zusammenkunft, die ein neuer Ausdruck für das gute Verhältnis zwischen den drei nordischen Reichen und den Wunsch, eine loyale und unparteiische Neutralität aufrechtzuerhalten, ist, werden auf Grund der gemachten Erfahrungen Fragen behandelt werden, die sich während des Krieges als von gemeinsamem Interesse für die drei nordischen Reiche erwiesen haben.

Ein Exposé Radoslawows.

Kriegsursachen und Kriegsziele.

KB Sofia, 3. März.
(Meldung der Agence Télégraphique Bulgare.)

Im Sobranje erwiderte Ministerpräsident Radoslawow auf die Ausführungen der oppositionellen Redner. Er gab zunächst seiner Freude über die gewaltige Aenderung Ausdruck, die in den Beziehungen der Opposition zur Regierung seit dem letzten August eingetreten war, als die oppositionellen Gruppen einen gegen die Regierung gerichteten Aufruf an das Volk hatten ergehen lassen, worin sie diese beschuldigten, das Land in ein Abenteuer stürzen zu wollen. Heute verhehlen dieselben Gruppen nicht, daß sie die äußere Politik des Kabinetts billigen, was die Hauptsache sei.

Der Ministerpräsident gab sodann eine Darstellung der Ereignisse, die zur Teilnahme Bulgariens am Kriege geführt haben. Die Zusammenziehung von neun serbischen Divisionen, die die Sicherheit der bulgarischen Grenze bedrohten, die Drohnote Sasonows, worin Bulgarien aufgefordert wurde, seine Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland abzubrechen und der Türkei den Krieg zu erklären, auf all diese Provokationen hätte keine Regierung eine andere Antwort erteilen können, als sie das gegenwärtige Kabinett gab. Zwischen zwei kriegführenden Gruppen stehend, hatte Bulgarien nur den Wunsch, in seiner Neutralität weiter zu verharren.

Aber die durch den Bukarester Vertrag geschaffene Lage und die Haltung der beiden kriegführenden Parteien, deren jede Bulgarien die Kompensationen, auf die es einen Anspruch hatte, nur unter der Bedingung verbürgte, daß es am Kampfe teilnehme, schrieben dem Land eine andere Richtungslinie vor. Den Schlüssel zu dieser durch die Notwendigkeit gegebenen Lage findet man in der letzten Dumarede Sasonows, worin dieser erklärte, man werfe der russischen Diplomatie vor, daß sie nicht imstande gewesen sei, Bulgarien durch die Besetzung von Dedeagatsch zu zwingen, auf die Seite der Entente zu treten. Man hatte uns zu verstehen gegeben, daß möglicherweise die Häfen Varna und Burgas besetzt werden könnten. Die bulgarische Regierung erwiderte, daß die bulgarische Nation sich auf den ersten Versuch einer Landung in bulgarischen Häfen wie ein Mann gegen die Eindringlinge erheben würde.

Diese Antwort ist vielleicht nicht zur Kenntnis Sasonows gebracht worden, denn sonst hätte er eine andere Sprache geführt. Die Kammer kann heute feststellen, daß die Ereignisse unsere Politik gerechtfertigt haben.

Bulgarien und die albanische Frage.

Der Ministerpräsident ging sodann auf die gelegentlich der Zusammenkünfte des Königs der Bulgaren mit den Herrschern der beiden Mittelmächte gehaltenen Trinksprüche ein, in denen gewisse oppositionelle Redner Zeichen der Ungewißheit bezüglich der Zukunft und der mit Blut erkauften Neuerwerbungen Bulgariens sehen wollten. Uebrigens, sagte Radoslawow, sind die Gebiete, die wir jetzt innehaben, bulgarisches Territorium. Die bulgarische Nation will nichts, als was ihr vom Gesichtspunkt des Nationalitätenrechtes gebührt. Sicherlich interessiert sich die Regierung für die künftigen Grenzen des Landes, aber sie strebt nicht Eroberungen an. Wir haben niemals daran gedacht, uns den Albanern aufzudrängen. Es wird in der Welt genug albanische Patrioten geben, die sicherlich die Sorge übernehmen werden, ihr Land zu organisieren. Sie werden hierbei auf kein Hindernis von seiten Bulgariens stoßen.

Gute Beziehungen zu Griechenland und Rumänien.

Ueber die Zukunft Serbiens und Montenegros erklärte Radoslawow, nichts sagen zu können. Was Griechenland und Rumänien betrifft, sagte der Ministerpräsident, so unterhalten diese Staaten gute Beziehungen mit uns und beobachten eine Neutralität, die nicht zu unserem Schaden ausschlägt.

Das Abkommen mit der Türkei.

Die Opposition habe schließlich darauf hingewiesen, daß das jüngste türkisch-bulgarische Uebereinkommen noch nicht vom türkischen Parlament ratifiziert worden sei. Diese Verzögerung, erklärte Radoslawow, könne keinen Grund abgeben, bezüglich der Festigkeit des zwischen Bulgarien und der Türkei abgeschlossenen Uebereinkommens Besorgnis zu hegen, nicht nur, weil das abgetretene Gebiet bereits besetzt sei, sondern insbesondere, weil das Abkommen von dem gegenseitigen Wunsche eingegeben sei, der guten Nachbarschaft zwischen der Türkei und Bulgarien jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen.

Dies ist so wahr, fügte der Ministerpräsident hinzu, daß die türkischen Minister im Parlament erklärten, daß das abgeschlossene Uebereinkommen, obwohl es eine Gebietsabtretung von gewissem Umfang in sich schließe, trotzdem für die Türkei günstig sei. Von dem gleichen Gedanken war die bulgarische Regierung ihrerseits beseelt, als sie nicht darauf bestand, in den Besitz von Kirkkilisse zu gelangen, was für die Türkei ein schmerzliches Opfer gewesen wäre.

Die Ausführungen Radoslawows wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Hierauf nahm das Sobranje die Adresse zur Beantwortung der Thronrede an.

Dumaines Wiener Erinnerungen.

(Von besonderer Seite.)

Der Pariser „Figaro" fühlt sich verpflichtet, in einem mehrere Spalten langen Leitaufsatz das hohe Lob des letzten französischen Botschafters in Wien, Herrn Alfred Dumaine in den lautesten Tönen zu singen. Da dieser Artikel ganz entschieden vom Quai d'Orsay aus inspiriert ist, so erscheint es angezeigt, ihn etwas niedriger zu hängen. Es sei vorausgeschickt, daß Herr Dumaine in Wien nicht unbeliebt war, nnd daß manche seiner eigenen Aeußerungen, die er während der kritischesten Tage des Juli und der ersten Augusthälfte 1914 in der Wiener Gesellschaft tat, ein wesentlich anderes Bild von seinen Gefühlen andeuten, wie das im „Figaro" von ihnen gegebene. Möglich, daß seine Lobredner viel Eigenes hinzugetan haben, wenn sie Herrn Dumaine diese Anschauungen zuschreiben, möglich auch, daß in Paris die Erinnerungen Herrn Dumaines sich etwas stark „verwischt" haben. Es heißt in dem Artikel:

„Auch bei dem Herannahen der Krise konnte man kein Symptom am Ballhausplatz entdecken, das auch nur die Möglichkeit eines Krieges zwischen Oesterreich und dem Dreiverband hätte andeuten können. Man entschloß sich dort nur, nach der Ermordung Franz Ferdinands und seiner Gattin, eine gehörige Lektion den Serben zu geben und war kurzsichtig genug, anzunehmen, der Konflikt könne auf Serbien und Oesterreich beschränkt werden. (Eine Kurzsichtigkeit, die in jenen Tagen Sir Maurice Bunsen, der Herzog von Avarna — und schließlich Herr Dumaine selbst zu teilen schienen; erst Herr Schebeko mußte sie vom Gegenteil „überzeugen".) Als man im letzten Augenblick den Irrtum erkannte, erklärte man sich in Wien bereit, mit dem russischen Kabinett zu verhandeln. (Eine bewußte Unwahrheit: man lehnte es in Wien ab, in Petersburg über Serbien zu verhandeln, sondern wollte nur dort Aufklärung geben, daß keinerlei staatliche Neuordnung im Orient, keine Annexion beabsichtigt sei.) Wenn dieses Zugeständnis nur sehr zögernd gegeben wurde, so kam das daher, daß man in Berlin den Krieg aller gegen alle wollte und alles tat, um ihn unvermeidlich zu machen. (Wieder eine bewußte Unwahrheit, Kaiser Wilhelm tat alles, um den Frieden der Welt zu erhalten, erst die abgrundtiefe Verlogenheit der russischen Staatsmänner machte sein Bemühen unmöglich.) Es besteht kein Zweifel, daß die Botschafter des Dreiverbandes den despotischen und brutalen Einfluß Berlins ihren Kabinetten meldeten und die Mitschuld (!) Tiszas, Burians (!) und Forgachs, dieses fürchterlichen Triumvirats, das den schwachen Berchtold ganz beherrschte (!) und seine Befehle aus Berlin erhielt, die stets pünktlich befolgt wurden." (!)

Es ist vielleicht möglich, daß nachträglich Herr Dumaine seinen damals abgesandten Depeschen eine solche Deutung geben wollte: in diesen Depeschen selbst kann man nichts davon finden, wenigstens in denen, die das französische Gelbbuch zu veröffentlichen für gut fand. Hätte sich aber auch nur die leiseste Andeutung hievon in einer dieser Depeschen vorgefunden, so kann man für gewiß annehmen, man hätte sie in Sperrdruck dem Gelbbuch einverleibt! Herr Dumaine hat weder von dem „brutalen" Berliner Einfluß, noch von dem schrecklichen „Triumvirat" etwas zu berichten gewußt, aus dem einfachen Grund, weil er nicht so „phantasievoll" war, wie es heute seine offiziösen Lobredner sind!

Die letzten Tage, die Herr Dumaine in Wien blieb — die französische Kriegserklärung erfolgte ja erst am 11. August — werden als sehr schmerzliche und angstvolle geschildert. Das mag stimmen, nur in einem anderen Sinn. In privatem Gespräch äußerte nämlich damals Herr Dumaine seinen Schmerz, daß Frankreich gegen Oesterreich im Felde stehen würde und seine Besorgnisse über den Ausgang des Krieges konnte er kaum verhehlen. Es erschien denen, die ihn in jenen Tagen sprachen, sehr zweifelhaft, ob er alle Schritte seiner Regierung aus innerster Ueberzeugung billigte!

Der Artikel schließt mit Lügen, wie er mit Lügen begann, es wird nämlich behauptet, der Transport des Tiroler Armeekorps nach dem Elsaß hätte den Krieg zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn ganz unvermeidlich gemacht. Auf dieses Märchen hat seinerzeit die k. u. k. Regierung schon geantwortet! Wenn man es wieder auftischt, so wird es dadurch wirklich nicht besser. Man hält also am Quai d'Orsay die eigene Sache für so schlecht, daß man solche Mittel zur Täuschung der öffentlichen Meinung für unentbehrlich hält. Das verrät uns viel.

Fliegerangriff auf Südostengland.

K. London, 1. März. (Amtlich.) Ein deutsches Marineflugzeug überflog abends einen Teil der Südostküste und warf mehrere Bomben ab.

Militärischer Schaden wurde nicht angerichtet. Ein neunmonatiges Kind soll getötet worden sein.

Fremdenblatt
3. III. 1916

England und der neutrale Handel.

K. **London**, 1. März. Das Reutersche Bureau erfährt zum vorgestrigen Erlasse über den Handel mit gewissen Personen und Firmen in neutralen Ländern: Die Regierung ließ sich durch folgende Erwägung leiten: England verbietet gleich anderen Nationen seinen Untertanen den Handel mit dem Feind. Englische Juristen sahen die Frage der feindlichen Beschaffenheit als durch den Wohnsitz gegeben an, daher sind die Deutschen, die in einem neutralen Lande wohnen, nicht als Feind anzusehen. Andere Länder bestimmen die feindliche Beschaffenheit entweder nach dem Wohnsitz oder nach der Nationalität. Folglich ist es ihren Untertanen verboten, mit Leuten feindlicher Nationalität Handel zu treiben, wo immer diese wohnen. Der englische Gedanke war, daß die einzelne Privatperson als Feind angesehen werden sollte, so sie in der Lage sei, ihrem kriegführenden Lande Hilfe zu leisten. Unter den modernen Handels- und Kreditverhältnissen erstreckt sich die Fähigkeit, solche Hilfe zu leisten, weit über das Territorium hinaus. Die englische Regierung wurde von einem beträchtlichen Teil der öffentlichen Meinung Englands bestürmt, den englischen Begriff des Wortes Feind aufzugeben und eine andere Definition anzunehmen. Dieses Verfahren wurde nicht eingeschlagen, weil es größtenteils für Personen, die in neutralen Ländern wohnen, unnötige Härten nach sich ziehen und dem Handel der Neutralen etwas Abbruch tun würde. Das konnte vermieden werden. Statt daher alle Deutschen oder ihre Vertreter in den Augen des englischen Gesetzes als Feinde zu erklären oder zu erklären, daß bestimmte Personen als solche angesehen werden sollten, hat die Regierung den in England wohnenden Personen einfach verboten, mit einer beschränkten Anzahl von Firmen feindlicher Nationalität oder mit feindlichen Verbindungen Handel zu treiben, und dieselben Strafen angedroht, wie für den Handel mit dem Feind. Diese Politik, die in der jüngsten Verfügung zum Ausdruck kommt, ist lediglich ein Akt der inländischen Gesetzgebung, folglich eine einfache Ausübung des staatlichen Rechts, die Handelsbeziehungen der eigenen Untertanen im Interesse des Staates einzuschränken oder zu überwachen.

K. **Washington**, 1. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die britische Botschaft teilt mit, daß ein Bureau eröffnet wurde, welches Zeugnisse für die Ausfuhr amerikanischer Güter nach den skandinavischen Ländern ausstellen wird.

Fremdenblatt
3./III. 1916

Die Einnahme von Durazzo.

Auf die Kundgebungen der Wiener albanischen Kolonie sind an Djelal Bey Poda bisher folgende Telegramme gelangt:

„Für die mir aus Anlaß der Eroberung Durazzos durch die k. u. k. Truppen übermittelten Glückwünsche spreche ich Euer Hochwohlgeboren und der albanischen Kolonie meinen verbindlichsten Dank aus.

Burián."

„Ihnen, Monsignore Kaciorri und der ganzen albanischen Kolonie meinen herzlichsten Dank für die mich sehr freuenden Glückwünsche.

Generaloberst Freiherr v. Conrad."

„Als Vertreter meiner Truppen, welche Durazzo eroberten und die fremden Eindringlinge zur überstürzten Flucht zwangen, sende ich Ihnen für die mir im Namen der albanischen Kolonie in Wien ausgesprochenen Glückwünsche meinen und meiner Truppen warmen Dank.

v. Köveß, Generaloberst."

Tägliche Rundschau

3./III. 1916

Zur amerikanischen Krisis.

Stimmung im Kongreß. — In Erwartung der Beilagen zur deutschen Denkschrift.

Im Anschluß an die auf Seite 1 gebrachte Meldung über Wilsons Standpunkt geben wir folgende Drahtung über die Vorgänge und die Stimmung im Kongreß wieder:

Neuyork, 2. März. (Durch Funkspruch vom Vertreter von W. T. B.) Die jüngsten Vorgänge im Kongreß, die ein Bild von der Stimmung zugunsten einer Entschließung geben, durch die den Amerikanern geraten werden soll, sich von bewaffneten Handelsschiffen fernzuhalten, beherrschen andauernd die Lage.

„Associated Preß" berichtet aus Washington: Als die Mitglieder beider Häuser des Kongresses sich heute versammelten, **schien die Lage wesentlich ruhiger geworden zu sein, obwohl sich noch Widerspruch gegen den Entschluß Wilsons geltend machte, darauf zu bestehen, daß Amerikaner das Recht hätten, auf Handelsschiffen kriegführender Staaten zu reisen.** Der genaue Stand der Dinge wurde wie folgt dargestellt: Viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und einige Senatoren, die durchaus im unklaren über die genauen Vorgänge bei den Verhandlungen mit Deutschland sich befinden, fürchten, es würde zum Kriege führen, wenn die Amerikaner nicht von bewaffneten Handelsschiffen ferngehalten würden, und wenn Deutschland seinen Entschluß in die Tat umsetzen sollte, Handelsschiffe zu versenken, ob sie nun zum Angriff oder zur Verteidigung bewaffnet wären. Da sie nicht im vollen Umfange unterrichtet waren, wurden sie durch Mitteilungen beunruhigt, die Präsident Wilson seit der am Montag mit den Parteiführern gehabten Unterredung angeblich gemacht hat, und die immer mehr übertrieben wurden, während sie sich von Zimmer zu Zimmer verbreiteten. Sie wurden **erregt und beunruhigt durch Nachrichten, wonach Wilson darauf bestehen wolle, in keinem Punkte Deutschland nachzugeben, selbst wenn das zum Kriege führen würde**, ferner, daß Wilson erklärt hätte, jeder weitere Angriff auf ein Schiff, bei dem ein Amerikaner sein Leben verlöre, würde unverzüglich zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen, und schließlich, daß Wilson seine Gleichgültigkeit gegenüber der Haltung des Kongresses zum Ausdruck gebracht hätte. Alle diese Mitteilungen dienten dazu, unter den Mitgliedern des Kongresses Widerspruch zu erwecken und die Furcht aufkommen zu lassen, daß das Land unmittelbar in Gefahr gestürzt würde, wenn nicht das, was sie für die Politik der Regierung hielten, durch eine gesetzgeberische Maßnahme gemildert würde, indem die Amerikaner gewarnt werden. Der demokratische Senator Gore machte den **Versuch, ein Gesetz, das die Reise von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen verbietet**, und auch eine ähnliche Entschließung in demselben Sinne einzubringen, die, im Gegensatz zu einem Gesetz, der Zustimmung des Präsidenten nicht bedarf. Der Versuch wurde indessen durch den republikanischen Senator Brandegee vereitelt, und nach der Geschäftsordnung des Senates kann der Versuch erst am nächsten Tage wieder aufgenommen werden. Gore erklärte: „Es scheint mir, daß das Staatsschiff im vollen Laufe auf Klippen zutreibt oder getrieben wird. Ich bezweifle, daß Deutschland die Unverletzlichkeit bewaffneter Handelsschiffe zugestehen wird. **Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland auf Grund der Weigerung Deutschlands, solchen Schiffen sichere Fahrt zu gewährleisten, billigen würde.** Gore erklärte weiter, Kanonen an Bord von Handelsschiffen seien ein Ueberbleibsel aus den Zeiten, da Freibeuter und Seeräuber die Meere befuhren, und in einer Zeit, in der das Reisen auf solchen Schiffen den Frieden der Nation gefährde, sei es kein wirkliches Opfer an nationaler Ehre und Würde, die Amerikaner vor der Benutzung solcher Schiffe zu warnen.

Eine weitere Meldung der „Associated Preß" sagt: Eine Möglichkeit, die sich unter anderen aufdrängte, war die, daß die ganze Schwierigkeit dadurch erledigt werden könnte, daß der Kongreß **sich dahin ausspräche, Amerikaner sollten ihr Land nicht durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in Kriegsgefahr bringen.** Es wurde betont, daß eine solche Maßnahme **etwas ganz anderes sei als eine Verhinderung der Amerikaner an der Benutzung solcher Schiffe durch Gesetz**, wie einige schwebende Gesetzanträge und Entschließungen vorschlagen, und nicht als **eine Preisgabe von Rechten angesehen werden könnte.**

Stone veröffentlichte eine Erklärung, in der er sich gegen jede Maßnahme des Kongresses aussprach, bevor die diplomatischen Mittel erschöpft wären. Andere Berichte lauten ebenfalls dahin, daß **keine endgültige Maßnahme erwartet wird, ehe die Beilagen zu der deutschen Denkschrift in Washington eingetroffen sind.**

Bulgarien im Weltkrieg

Eine Unterredung mit einem bulgarischen Politiker

Kürzlich hatten wir Gelegenheit, mit dem bulgarischn Schriftsteller und Politiker Alexander Kiproff über die Stellung seines Landes im Weltkrieg zu reden. Herr Kiproff ist ein in seiner Heimat wohlbekannter Schriftsteller. Er hat übrigens auch Gedichte und Artikel über die Schweiz veröffentlicht und ist ein warmer Freund unseres Landes. Zur Zeit des Kabinetts Geschoff-Daneff war er Abgeordneter und Sekretär der Sobranje. Er gehörte damals zur Daneff-Partei. Gegenwärtig ist der Redakteur der täglich erscheinenden „Woenni Iswestia" (Militär-Nachrichten) und der wöchentlichen illustrierten Zeitschrift „Otetschestwo" (Vaterland). Es sei noch erwähnt, daß Kiproff an der revolutionären Bewegung in Mazedonien eifrigen Anteil genommen und nur wie durch ein Wunder dem türkischen Galgen durch die Flucht entronnen ist. So jung er noch ist, so hat er doch schon ein bewegtes Leben hinter sich und die Ansichten und Aeußerungen eines solchen Mannes verdienen im gegenwärtigen Moment wohl einem weitern Publikum bekannt zu werden.

Herr Kiproff erzählte uns, daß er sein Leben dem Berner Chirurgen Herrn Prof. Kocher verdanke, der ihm vor etwa zehn Jahren durch eine gelungene Operation die Gesundheit zurückgab, und seit dieser Zeit ist ihm Bern und die Schweiz so lieb geworden, daß er keine Gelegenheit versäumt, seiner warmen Zuneigung für dieses Land begeisterten Ausdruck zu geben. Im Laufe der letzten zehn Jahre machte er mehrmals, wie jetzt wieder, Erholungsreisen nach der Schweiz.

Der schwarze, magere, kaum 35 Jahre zählende Mann spricht lebhaft Französisch.

„Wie ist die Stimmung gegenwärtig in Ihrer Heimat?" fragten wir. — „Sehr gut", antwortet er. — „Sind die Bulgaren jetzt mit ihrem König und der Regierung zufrieden?" — „Gewiß." — „Gibt es in Bulgarien noch Parteien, die mit der Regierungspolitik nicht einverstanden sind?" — „Im gegenwärtigen Moment", betont er, „gibt es keine Parteien mehr, sondern nur ein Volk, welches den König und die Regierung in allem unterstützt. Das Volk anerkennt die Bestrebungen des Königs und der Regierung, welche auf die nationale Vereinigung des bulgarischen Volkes abzielen. Von Meinungsverschiedenheit ist keine Rede mehr.

Die populärsten Persönlichkeiten sind gegenwärtig in Bulgarien der König und der Thronfolger Boris, ebenso der Ministerpräsident M. Dr. Radoslawoff. Der Thronfolger ist besonders unter der von der Serbenherrschaft befreiten mazedonischen Bevölkerung sehr beliebt, so daß viel Volk von weither zusammenströmt, um den zukünftigen Herrscher der Bulgarien von Angesicht zu sehen und zu begrüßen."

„Unseres Wissens hing das bulgarische Volk doch früher sehr an Rußland; wie ist es möglich, daß es sich plötzlich den Zentralmächten angeschlossen hat?"

„Es ist wahr, daß das bulgarische Volk mehr zu Rußland neigte, aber die Politik des Vierverbandes trieb es in die Sphäre der Zentralmächte. Der Vierverband hatte weder die moralische noch die materielle Kraft, unsern Nachbarn zu zwingen, unsere Wünsche und Forderungen zu befriedigen. Die energische Politik, welche der König und die Regierung eingeschlagen haben, ist deshalb ganz richtig und eine gute Folge davon ist jetzt auch die Einigkeit des früher in Parteien zersplitterten bulgarischen Volkes."

„Es hieß in den Zeitungen, daß König Ferdinand gegen die Interessen Bulgariens arbeite!"

„Das ist absolut falsch. König Ferdinand kenne ich gut genug, da ich häufig Gelegenheit hatte, mit ihm über wichtige Fragen zu diskutieren. Er ist ein hochgebildeter und kluger Mann. Seit bald dreißig Jahren regiert er Bulgarien und seine ganze Kraft war und ist auf zwei Dinge gerichtet: die Vereinigung des bulgarischen Volkes und die Durchführung westeuropäischer Kultur in den bulgarischen Landen. Von Verrat gegen die nationalen Interessen oder Aspirationen kann absolut keine Rede sein. Auch die Königin ist sehr beliebt, sie gilt als eine barmherzige Schwester des bulgarischen Volkes. Was die Königin in diesen Kriegen geleistet und noch leistet, weiß jeder Mensch in Bulgarien."

„Noch etwas. In der auswärtigen Presse konnte man lesen, daß zwischen den bulgarischen und deutschen Truppen Mißstimmungen entstanden seien und daß die bulgarischen Truppen sich mehr im Innern des Landes befinden. Ist das richtig?"

„Nein, absolut falsch. Als Redakteur der „Militärischen Nachrichten" habe ich überall freien Zutritt, zum Generalstab, in die Ministerien usw., aber solche Dinge habe ich nie bemerkt. Der beste Beweis, daß zwischen den verbündeten deutsch-österreichischen und bulgarischen Truppen wirkliche Harmonie herrscht, waren die Neujahrsfeierlichkeiten. Das deutsch-österreichische Neujahr, welches etwas früher liegt als das unsrige, haben unsere Truppen mitgefeiert und einige Tage später haben sich die deutsch-österreichischen Truppen bei unserer Neujahrsfeier lebhaft mitbeteiligt."

„Nun noch eine Frage. Wie steht es mit den Türken? Sind sie in Bulgarien nicht gehaßt?"

„Absolut nicht. Der Bulgare hat den gestrigen Feind vergessen und kämpft heute im Verein mit ihm, um die Interessen des bulgarischen Vaterlandes zu wahren."

Ueber die Beziehungen zu Rumänien und Griechenland hat sich Hr. Kiproff sehr reserviert ausgesprochen.

Vossische Zeitung

3./III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Eduard Bernstein über die Kreditverweigerung. Reichstagsabgeordneter Eduard Bernstein hat sich selbst und den 19 Fraktionskollegen, die am 21. Dezember im Reichstag gegen die Kriegskredite gestimmt haben, einen sehr schlechten Dienst erwiesen, indem er am 1. März in einer langen Betrachtung über die Politik der sozialdemokratischen Partei in der „Breslauer Volkswacht" schrieb:

> „Wir können unsere Oppositionsstellung nur durch die Art unserer Abstimmungen in voller Klarheit zum Ausdruck bringen. Die Vorstellung, daß wir durch Ablehnung von Kriegskrediten uns für die Wehrlosigkeit Deutschlands aussprechen, ist durchaus irrig. Wir stimmen ja nicht mit verbundenen Augen ab, sondern mit voller Kenntnis der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Wir wissen, daß unser Nein die Bewilligung der Kredite durch die Mehrheit nicht verhindert."

Vergeblich sucht Bernstein den klaren Wortlaut dieser Worte abzuschwächen durch den Zusatz: „Das bedeutet aber nicht etwa, daß wir auf das Ja dieser Mehrheit spekulieren." Die sozialdemokratische „Breslauer Volkswacht" erklärt, den Ausführungen Bernsteins nicht entgegentreten zu wollen, hält ihm aber dann doch entgegen:

> „Der Hauptpunkt ist, daß wir glauben, die deutsche Sozialdemokratie hat mit ihrer Kreditbewilligung nichts anderes getan als die französische und englische auch (die der kriegführenden Regierung sogar Minister stellen). Die deutsche Sozialdemokratie aber hat mehr getan, sie hat ständig Verbindung mit den Genossen der feindlichen Länder gesucht, ist aber von diesen abgewiesen worden. An ihr liegt es also nicht, wenn zu unserem Bedauern diese Verständigung ausbleibt. Darin, daß die Franzosen und Engländer sagen, wir bewilligen die Kriegskredite weiter, ihr aber dürft das nicht tun — können wir einen Schritt zum Frieden nicht erblicken. Und ein Vergleich der Reden von Bethmann Hollweg mit denen von Asquith scheint uns alles weitere zu lehren."

Vossische Zeitung

3./III. 1916.

Vereinfachung der Staatsverwaltung?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

* **München,** 2. März.

Die Abgeordnetenkammer hielt infolge der drängenden Aufgaben des Landtages heute drei Sitzungen ab und morgen wird ebenfalls eine Doppelsitzung abgehalten werden. Bei der heutigen Beratung des Etats des Finanzministeriums erklärte Abg. Speck vom Zentrum, für Bayern bleibe angesichts der neuen Steuern im Reiche und in Bayern nichts anderes mehr übrig, als die gründliche Vereinfachung der gesamten Staatsverwaltung. In der Nachmittagssitzung betonte der Finanzminister gegenüber auswärtigen Urteilen, daß der bayerische Etat wohl Schwierigkeiten mache, aber durchaus auf sicherer Grundlage beruhe. Gewiß müßten manche Wünsche heute unerfüllt bleiben, aber die Finanzlage des Staates sei nicht schlimmer als in anderen Bundesstaaten. Daß die Finanzlage so geworden, sei die Folge der seit Jahren zunehmenden Ansprüche an den Staat. Früher habe man den Staat wenig in Anspruch genommen, heute werde er aber auf allen Gebieten herangezogen. Damit seien natürlich die Ausgaben des Staates gewachsen und die Einnahmen konnten nicht immer sofort nachkommen. Außerdem habe man früher reichlich Zuschüsse gemacht, heute sei es umgekehrt; infolgedessen sei nicht nur in Bayern, sondern in allen Bundesstaaten die Finanzlage eine andere geworden. Nun ertöne überall der Ruf nach Sparsamkeit, auch im Auslande. Gewiß werde die Regierung diesem Rufe nach Sparsamkeit gern folgen und an die Frage der Vereinfachung der Staatsverwaltung bald herantreten, sowohl durch vollständige Aufgabe von Behörden und Einsparung von Personal. Aber wenn der Landtag bei dieser Vereinfachung der Staatsverwaltung mitwirken wolle, müsse er sehr umlernen, wenn die Frage gefördert werden soll. Zum Schluß wiederholte der Finanzminister die Bereitwilligkeit der Regierung bezüglich der Erhöhung der Teuerungszulagen. Er erklärte in Erwiderung auf eine Anfrage, daß die Regierung an ein Verbot der Teilnahme der Staatsarbeiter an sozialdemokratischen Konsumvereinen nicht denke.

Neue Freie Presse Abendbl. 4/III. 1916

Die Neutralität der Schweiz.

Eine Erklärung des Bundesrates.

Bern, 3. März.

In der Neutralitätskommission des Nationalrates gab Bundesrat Hoffmann namens des Bundesrates folgende Erklärung ab:

Der Bundesrat hat für sich stets die volle uneingeschränkte Leitung der politischen Angelegenheiten des Landes beansprucht und ausgeübt. Er hat insbesondere den Artikel 204 der Militärorganisation stets dahin ausgelegt, daß, wenn diese Bestimmungen ihm das Recht verliehen haben, dem General eine Weisung über den durch ein Truppenaufgebot zu erreichenden Endzweck zu erteilen, er damit auch die von der Armee und ihrem Kommando einzuhaltenden politischen Richtlinien festzusetzen habe. Der General seinerseits hat in militärischer Beziehung eine völlig selbständige, unabhängige Stellung, wie sie durch die Militärorganisation umschrieben ist.

Als unverrückbare politische Richtlinie unseres Landes bezeichnete der Bundesrat in seiner Instruktion in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der eidgenössischen Räte und mit der an die Mächte erlassenen Erklärung die absolute Neutralität. Der Bundesrat und der General fanden sich in der Auffassung über die vorstehend umschriebene Abgrenzung der zivilen und militärischen Gewalt und in der Würdigung der aus der Neutralität für die politische und militärische Leitung sich ergebenden Verpflichtungen stets in Uebereinstimmung.

Enver Pascha in Jerusalem.

Truppeninspizierung in Palästina und Syrien.

K. Konstantinopel, 2. März. Der Berichterstatter der Agence Telegraphique Milli in Palästina meldet:

Vize-Generalissimus Enver Pascha ist in Begleitung des Kommandanten der 4. Armee Dschemal Pascha nach Jerusalem gekommen und besuchte die Omar-Moschee und die übrigen heiligen Stätten. Während seines Besuches erschienen alle Ulemas von Palästina, die Scheiks der verschiedenen Sekten und die Notabeln, um Enver Pascha zu begrüßen, und verrichteten Gebete für den Sieg und das Gedeihen des Islams.

Hierauf stattete der Vize-Generalissimus dem griechischen Patriarchen sowie den Patriarchen der anderen Riten und den heiligen Stätten der Christen Besuche ab, wo er von den Oberhäuptern der religiösen Gemeinschaften empfangen wurde.

Anläßlich des Besuches wurden religiöse Feiern veranstaltet.

Die große Kirche Alkamame war reich geschmückt und die nur bei außerordentlichen Feierlichkeiten gebrauchte große Glocke wurde geläutet, um das Ereignis zu feiern. Die religiösen Oberhäupter sprachen Gebete, daß das türkische Reich, das seit Jahrhunderten den Geistlichen der verschiedenen Bekenntnisse die größten Vorrechte und Freiheiten gewährt habe, aus diesem für den Triumph des Rechtes unternommenen Kriege siegreich hervorgehen möge.

In den aus Anlaß der Feier gehaltenen Reden wurde hervorgehoben, daß die christliche Bevölkerung seit dem großen Kalifen Omar, der ebenfalls die Stätte von Alkamame besuchte, unter dem Schutze der Muselmanen in Glück und Wohlergehen lebte und daß die in Frage stehende Bevölkerung seit der Mobilisierung aller Wohltaten der Fürsorge der Regierung teilhaftig wurde.

Beim Scheiden wurden dem Vize-Generalissimus Enver Pascha und dem Armeekommandanten Dschemal Pascha von den Anwesenden herzliche Kundgebungen bereitet.

Die ganze Stadt war beflaggt. Jede Gemeinde hatte in ihrem Stadtviertel große Triumphbogen errichten lassen.

Der seitens der Bevölkerung von Palästina dem Vize-Generalissimus Enver Pascha anläßlich seiner Truppeninspizierung in Palästina und Syrien bereitete begeisterte Empfang und die Zeichen der Anhänglichkeit dieser Bevölkerung an die kaiserliche Regierung stellen ein hervorstechendes geschichtliches Ereignis von großer Tragweite dar.

Neue Freie Presse
4./III. 1916

Der Wirtschaftskrieg gegen Deutschland.

(Telegramme der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 3. März.

Aus Rotterdam wird dem „Lokalanzeiger" gemeldet:

Die „Daily News" melden, daß die Regierung eine wichtige Aenderung der Handels- und Zollpolitik erwäge. Es bestehe die Absicht, nach dem Kriege die Einfuhr aus Deutschland zu verbieten. Gleichzeitig dürften Maßregeln getroffen werden, um die Einfuhr aus den Kolonien und den alliierten Ländern zu verstärken. Man denkt an Vorzugstarife. Dadurch werde man eine Mauer gegen die Ausbreitung des deutschen Handels nach dem Kriege aufrichten. Schon im nächsten Etat soll mit der neuen Politik begonnen werden. Die Angelegenheit wird in der Konferenz der Alliierten, die demnächst in Paris zusammentritt, weiterberaten werden.

Berlin, 3. März.

Aus Genf, 2. März, wird der „Täglichen Rundschau" berichtet:

Die Lyoner Messe wurde gestern durch eine Feier im großen Theater der Stadt, der der Handelsminister Clementel beiwohnte, eröffnet. Der Bürgermeister Herriot bezeichnete in seiner Festrede das Lyoner Unternehmen als eine Schlacht, die Frankreich dem Feinde auf wirtschaftlichem Gebiete liefere. Frankreich sei entschlossen, die deutsche Industrie und den deutschen Handel mit aller Energie zu bekämpfen.

Clementel, der die Regierung vertrat, sprach in ähnlicher Weise. Am Nachmittag besichtigten die Minister und amtlichen Persönlichkeiten den Ausstellungsplatz, wo etwa 200 Firmen vertreten sind. Die Dauer der Messe ist auf zwei Wochen festgesetzt.

Neue Freie Presse
4/III. 1916

Neue Forderungen der Entente an Griechenland.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Frankfurt am Main, 3. März.

Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Konstantinopel: Das gut unterrichtete Blatt „Hilal" meldet aus Athen:

Die vier Ententegesandten hielten eine Besprechung beim englischen Gesandten Elliot ab; später formulierten sie unter Betonung der aufrichtigsten Gefühle für Griechenland folgende Forderungen:

Die mazedonischen Eisenbahnen werden ausschließlich durch die Entente betrieben.

Definitiver Rückzug der griechischen Truppen in der Gegend von Florina und Kawalla.

Besetzung der Einfahrt und Ausfahrt des Kanals von Korinth durch die Entente sowie die Errichtung von Funkenstationen daselbst.

Neue Freie Presse
4. III. 1916

Die Bewaffnung der englischen Handelsschiffe zu Angriffszwecken.

Berlin, 3. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Nach der gestern durch das Reutersche Bureau veröffentlichten Erklärung geht die englische Auffassung über das Verhalten bewaffneter Handelsschiffe dahin, daß diese Schiffe auf Unterseeboote oder irgendwelche andere Kriegsschiffe nicht feuern dürfen, außer zur Selbstverteidigung. Die deutsche Schlußfolgerung aus den auf genommenen englischen Schiffen gefundenen Schriftstücken, daß Handelsschiffe die Weisung hätten, die Offensive zu ergreifen, sei falsch.

Diese Erklärung ist irreführend. Die deutsche Regierung hat die auf englischen Schiffen gefundenen Weisungen in photographischer Wiedergabe ihrer Denkschrift beigefügt, so daß jeder Unbefangene sein Urteil sich selbst bilden kann. Aus dem deutschen Material geht klar der wahre Charakter der angeblich nur zu Verteidigungszwecken bewaffneten englischen Schiffe hervor. Er ergibt sich schon aus dem ungewöhnlichen Nachdruck, mit welchem die Geheimhaltung der Weisungen gefordert wird.

Der artilleristische Inhalt der Weisungen und die militärische Stellung der Geschützmannschaften zeigen, daß es sich hier nicht um die früher übliche Bewaffnung eines friedlichen Handelsschiffes, sondern um die Einstellung der britischen Handelsflotte in den Kampf gegen die deutsche Kriegsmarine handelt. Dazu kommt, daß in den Weisungen ausdrücklich gesagt wird, die Eröffnung des Feuers auf deutsche Unterseeboote solle von der Vornahme irgendeiner feindseligen Handlung durch ein Unterseeboot nicht abhängig sein. Diese offensiven Weisungen werden nicht dadurch defensiv, daß sie sich in der Ueberschrift selbst als defensiv bezeichnen. Aus zahlreichen Fällen unprovozierter Angriffe, wie sie in der Anlage 4 der deutschen Denkschrift zusammengestellt sind, erhellt übrigens zur Genüge, daß die englischen Handelsschiffe den Sinn der ihnen erteilten Weisungen sehr wohl verstehen.

England bleibt bei der Bewaffnung der Handelsschiffe.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 3. März.

Aus Rotterdam wird dem „Berliner Tageblatt" gemeldet: Der Marinemitarbeiter der „Times" schreibt anläßlich des Beginnes der neuen Phase im deutschen U-Bootkriege:

Man darf nicht annehmen, daß durch die jüngste deutsche Auffassung über die Freiheit der Meere die Gefahr für die Handelsschiffe sich vermehren wird. Natürlich ist es für ein U-Boot unangenehm, wenn das Opfer einen Stachel besitzt, da dieser Umstand es verpflichtet, Torpedos zu benützen statt Bomben. Aber für uns bildet das keinen Grund, unsere Stachel einzuziehen, denn es besteht nicht die geringste Gewißheit, daß Passagiere und Besatzungen unbewaffneter Schiffe sicher sein werden oder daß diese Schiffe nicht vernichtet, aber aufgebracht werden. Jede Versicherung in diesem Sinne wäre wertlos. Die neue deutsche Politik bedeutet einfach, daß Deutschland das alte Verfahren fortführen wird.

Neue Freie Presse 4./III. 1916

Amerika und die Unterseebootfrage.

Wilson über ein eventuelles Eingreifen gegen Deutschland.

Washington, 2. März.

Das Reutersche Bureau meldet:

Es ist eine Erklärung von maßgebender Seite erschienen, welche die von Gore im Senate erhobenen Angriffe entschieden zurückweist. In der Erklärung wird mitgeteilt, daß ein demokratischer Führer bei der Konferenz im Weißen Hause Wilson fragte, was die wahrscheinlichste Folge eines amerikanischen Eingreifens gegen Deutschland sein würde. Wilson antwortete, daß es dazu beitragen würde, den Krieg zu verkürzen. Es wird aber verneint, daß Wilson den Wunsch aussprach, daß die Vereinigten Staaten am Kriege teilnehmen sollten, um ihn abzukürzen.

Lansing deutete an, daß die Vereinigten Staaten die deutsche Auffassung nicht annehmen könnten, daß ein Unterseeboot infolge seines gebrechlichen Baues Anspruch auf größere Rücksicht beim Angreifen habe als irgendeine andere Klasse von Kriegsschiffen. Im Staatsdepartement wird mitgeteilt, daß in Berlin Gerüchte umgehen, wonach fünf Sechstel des Kongresses gegen Wilson seien. Die amtlichen Kreise geben dies bekannt, um zu zeigen, bis zu welchem Grade Berlin falsch unterrichtet sei.

Eine Drohung Wilsons.

Washington, 2. März.

Das Reutersche Bureau meldet:

Im Senat sagte Stone, der Standpunkt des Präsidenten sei der, daß er, wenn ein deutsches U-Boot ein bewaffnetes Handelsschiff versenkte, Deutschland wegen des ungesetzlichen Aktes zur Verantwortung ziehen werde, und daß er, wenn Deutschland auf seinem Standpunkte beharrte, geneigt sei, die Beziehungen abzubrechen und die Angelegenheit dem Kongreß zu unterbreiten, der über den Krieg zu entscheiden hat.

Stone mißbilligte den Standpunkt des Präsidenten, da er der Anschauung sei, daß ein bewaffnetes Handelsschiff einem Kriegsschiff gleichkomme.

Wilson gegen die Warnung vor Benützung bewaffneter Handelsschiffe.

Newyork, 2. März.

Ueber die Beratung des Senators Stone und anderer Führer des Kongresses mit Wilson über den Unterseebootstreit wurde keine amtliche Erklärung veröffentlicht, aber Depeschen aus Washington stimmen darin überein, daß Präsident Wilson dringend wünscht, eine Erschwerung der Lage zu verhindern, die eintreten würde, wenn der Kongreß entmutigt würde, den Gegenstand jetzt zu erörtern. Die Depeschen melden ferner übereinstimmend, daß Präsident Wilson durchaus dagegen sei, daß der Kongreß irgendeine Entschließung annimmt, wodurch die Amerikaner gewarnt werden, bewaffnete Kauffahrteischiffe zu benützen. Die Berichte stellen die Lage als zugespitzt hin, betonen aber gleichzeitig, daß Amerika auf die Antworten von England und Deutschland bezüglich ihrer Haltung in der Frage der bewaffneten Handelsschiffe wartet. Es wurde erklärt, daß diesmal weder vom Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten noch vom Kongreß eine Maßnahme erwartet wird, die irgendwie die Unterseebootfrage oder den europäischen Krieg berührt. Stone erklärte ferner, daß, soweit die Kritik Roosevelts an der auswärtigen Politik Wilsons in Betracht komme, er kein voreiliges Urteil abgeben wolle.

Eine Washingtoner Depesche der „Newyork World" besagt, die Erklärung des Staatssekretärs v. Jagow, daß die deutschen Unterseeboote bewaffnete Handelsschiffe angreifen werden, mögen diese Passagiere mitführen oder nicht, habe eine Lage geschaffen, die ernstere Folgen zu haben drohe als irgendeine Lage seit der Zerstörung der „Lusitania", soferne nicht England die Absicht kundgibt, sich den von Deutschland geforderten Abänderungen in der Beobachtung des Völkerrechtes anzupassen. In amtlichen Kreisen habe man gute Gründe, anzunehmen, daß England nichts Derartiges tun werde.

Zuverlässige Nachrichten, die die hiesigen britischen Vertreter erhielten, deuten auf die Absicht der Admiralität hin, zu Angriffen auf Last- und Passagierdampfer sogar noch dadurch anzureizen, daß sie die Bewaffnung auch auf solche unter ihrer Flagge fahrende Schiffe ausdehnt, die bisher das Meer ohne sogenannte Verteidigungsbewaffnung befuhren.

Stimmung in beiden Häusern des Kongresses für die Warnung.

Eine Washingtoner Depesche der „Tribune" meldet: Die Erörterungen der beiden Häuser des Kongresses zeigten, daß eine Stimmung für die Warnung der Amerikaner vorhanden sei, und diese ist viel mehr verbreitet, als man angenommen hat.

Bezüglich der Unterredung des Staatssekretärs v. Jagow mit dem Berliner Korrespondenten der „Newyork World" und der Beweise Deutschlands für die britischen Anweisungen, betreffend die Angriffe auf Handelsschiffe, schreibt „Newyork World" in ihrem Leitartikel: Obwohl fast 14 Tage verflossen sind, verlautbarte man kein Wort, das darauf hindeutete, daß man der von Berlin gegebenen Begründung für den geplanten Wechsel seiner Politik auch nur die geringste Aufmerksamkeit widmete. Berlin wiederholte seine Erklärung und legte Beweise dafür vor, daß diese Schiffe für einen Angriff bewaffnet sind und auch zum Angriff übergingen. Derartige Streitigkeiten werden doppelt gefährlich, wenn die Parteien es vernachlässigen oder ablehnen, einen gegenwärtig in die Erörterung eingetretenen Punkt zu erwägen. Da die deutschen Beweise hier noch nicht eingetroffen sind, ist es für die weitere Entwicklung sehr wichtig, daß die Beweise ohne weiteren Verzug gekabelt werden.

Newyork, 2. März.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet durch Funkspruch:

Die jüngsten Vorgänge im Kongreß, die ein Bild von der Stimmung zugunsten der Resolution geben, durch die den Amerikanern geraten werden soll, sich von bewaffneten Handelsschiffen fernzuhalten, beherrschen andauernd die Lage.

Associated Preß berichtet aus Washington: Als die Mitglieder beider Häuser des Kongresses sich heute versammelten, schien die Lage wesentlich ruhiger geworden zu sein, obwohl sich noch Widerspruch gegen den Entschluß Wilsons geltend machte, darauf zu bestehen, daß die Amerikaner das Recht hätten, auf Handelsschiffen kriegführender Staaten zu reisen. Der genaue Stand der Dinge wurde wie folgt dargestellt:

Neue Freie Presse 4./III. 1916

II

56

Amerika und die Unterseebootfrage.

Viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und einige Senatoren, die sich durchaus im unklaren bezüglich der genauen Vorgänge bei den Verhandlungen mit Deutschland befinden, fürchten, es würde zum Kriege führen, wenn die Amerikaner nicht von bewaffneten Handelsschiffen ferngehalten würden und wenn Deutschland seinen Entschluß in die Tat umsetzen sollte, Handelsschiffe zu versenken, ob sie nun zum Angriffe oder zur Verteidigung bewaffnet wären. Da sie nicht im vollen Umfange unterrichtet waren, wurden sie durch die Mitteilungen beunruhigt, die Präsident Wilson seit der Montag mit den Parteiführern gehabten Unterredung angeblich gemacht hat und die immer mehr übertrieben wurden, während sie sich von Zimmer zu Zimmer verbreiteten. Sie wurden erregt und beunruhigt durch Nachrichten, wonach Wilson darauf bestehen wolle, in keinem Punkte Deutschland nachzugeben, selbst wenn das zum Kriege führen würde: ferner, daß Wilson erklärt hätte, jeder weitere Angriff auf ein Schiff, bei dem ein Amerikaner sein Leben verlöre, würde unverzüglich zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen führen; schließlich, daß Wilson seine Gleichgültigkeit gegenüber der Haltung des Kongresses zum Ausdrucke gebracht hätte.

Alle diese Mitteilungen dienten dazu, unter den Mitgliedern des Kongresses Widerspruch zu erwecken und die Furcht aufkommen zu lassen, daß das Land unmittelbar in Gefahr gestürzt würde, wenn nicht das, was sie für die Politik der Regierung hielten, durch eine gesetzgeberische Maßnahme gemildert würde, indem die Amerikaner gewarnt werden. Der demokratische Senator Gore machte den Versuch, ein Gesetz, das die Reise von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen verbietet, und auch eine ähnliche Resolution in demselben Sinne einzubringen, die im Gegensatz zu einem Gesetz der Zustimmung des Präsidenten nicht bedarf. Der Versuch wurde indessen durch den republikanischen Senator Brandegee vereitelt, und nach der Geschäftsordnung des Senats kann der Versuch erst in der nächsten Tagung wieder aufgenommen werden. Gore erklärte: Es scheint mir, daß das Staatsschiff im vollen Laufe auf Klippen zutreibt oder getrieben wird. Ich bezweifle, daß Deutschland die Unverletzlichkeit bewaffneter Handelsschiffe zugestehen wird. Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland auf Grund der Weigerung Deutschlands, solchen Schiffen sichere Fahrt zu gewährleisten, billigen würde. Gore erklärte weiter, Kanonen an Bord von Handelsschiffen seien

---

Ueberbleibsel aus den Zeiten, da Freibeuter und Seeräuber die Meere befuhren, und in einer Zeit, wo Reisen auf solchen Schiffen den Frieden der Nation gefährden, sei es kein wirkliches Opfer an nationaler Ehre und Würde, die Amerikaner vor der Benützung solcher Schiffe zu warnen.

Eine weitere Depesche der Associated Preß besagt:

Eine Möglichkeit, die sich unter anderen aufdrängte, war die, daß die ganze Schwierigkeit dadurch erledigt werden könnte, daß der Kongreß sich dahin ausspräche, die Amerikaner sollten ihr Land nicht durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in Kriegsgefahr bringen. Es wurde betont, daß eine solche Maßnahme etwas ganz anderes sei als eine Verhinderung der Amerikaner an der Benützung solcher Schiffe durch ein Gesetz, wie einige schwebende Gesetzanträge und Resolutionen vorschlagen, und nicht als Preisgabe von Rechten angesehen werden könnte. Stone veröffentlichte eine Erklärung, worin er sich gegen jede Maßnahme des Kongresses aussprach, bevor die diplomatischen Mittel erschöpft wären. Andere Berichte lauten ebenfalls dahin, daß keine endgültige Maßnahme erwartet wird, ehe die Beilagen zu der deutschen Denkschrift in Washington eingetroffen seien.

Fremdenblatt
4. III. 1916

Zusammenkunft nordischer Minister

Am 9. März in Kopenhagen.

K. Stockholm, 3. März. (Meldung des Svenska Telegrambyran.)

Auf Einladung des Königs von Schweden waren im Dezember 1914 die Könige der drei nordischen Reiche, begleitet von ihren Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, zur Beratung von Fragen, die aus der jetzigen Weltkrise entstanden sind, in Malmö zusammengekommen.

Unter Bezugnahme auf die bei dieser Zusammenkunft getroffene Vereinbarung über die Form der Fortsetzung der Zusammenarbeit, hat der König von Schweden eine Zusammenkunft der Ministerpräsidenten und der Minister des Aeußern in Stockholm vorgeschlagen. Der Vorschlag fand in Dänemark und Norwegen eine gute Aufnahme. Es wurde jedoch dabei von dänischer Seite der Wunsch ausgesprochen, die Zusammenkunft möge in Kopenhagen stattfinden. Der König von Schweden erklärte sich bereit, diesem Wunsche nachzukommen, und nach Verhandlungen zwischen dem König von Dänemark und der dänischen Regierung einerseits und dem König von Norwegen und der norwegischen Regierung andererseits ließ der König von Dänemark an die Ministerpräsidenten und die Minister des Aeußern von Schweden und Norwegen die Einladung ergehen, am 9. März mit dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Aeußern von Dänemark in Kopenhagen zusammenzukommen.. Die Einladung wurde von den Beteiligten angenommen.

Bei der Zusammenkunft, die ein neuer Ausdruck für das gute Verhältnis zwischen den drei nordischen Reichen und den Wunsch, eine loyale und unparteiische Neutralität aufrechtzuerhalten, ist, werden auf Grund der gemachten Erfahrungen Fragen behandelt werden, die sich während des Krieges als von gemeinsamem Interesse für die drei nordischen Reiche erwiesen haben.

K. Kopenhagen, 3. März. Das Ritzausche Bureau meldet: König Christian hat die Ministerpräsidenten und die Minister der auswärtigen Angelegenheiten Schwedens und Norwegens auf den 9. März zu einer Zusammenkunft in Kopenhagen eingeladen, um mit dem dänischen Ministerpräsidenten Zahle und dem dänischen Minister des Aeußern Scavenius Fragen zu erörtern, die die Erfahrungen während des Krieges als von gemeinsamem Interesse für die drei nordischen Reiche erwiesen haben.

Die Zusammenkunft ist als eine Fortsetzung der im Dezember 1914 in Malmö erfolgten Zusammenkunft zu betrachten, als neuer Ausdruck für das gute Verhältnis zwischen den drei Ländern und für den Wunsch, eine loyale und unparteiische Neutralität aufrechtzuerhalten. Zuerst hatte König Gustav von Schweden zu einer Zusammenkunft in Stockholm eingeladen, aber auf Wunsch Dänemarks wurde Kopenhagen als Ort für die Zusammenkunft angenommen.

* * *

K. Christiania, 3. März. Die norwegische Presse begrüßt die Mitteilung von der bevorstehenden Ministerbegegnung in Kopenhagen als einen neuen Beweis auch der Welt gegenüber, daß Einigkeit im Norden ungebrochen und ungeschwächt ist, und daß das in Malmö so glücklich eingeleitete Zusammenarbeiten der drei nordischen Reiche weiter fortgesetzt wird. Die Mitteilung wird in Norwegen mit einstimmiger Freude und Befriedigung aufgenommen als ein Zeichen, daß bei allen drei Reichen der feste Wille bestehe, die neutrale Stellung aufrechtzuerhalten.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 3. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

2. März, 3 Uhr nachmittags. Im Artois ließen wir östlich des Weges von Neuville nach Folie unter einem alten Trichter, dessen sich der Feind bemächtigt hatte, eine Mine springen. Wir bemächtigten uns des neuen Trichters. In der Gegend von Verdun beschoß der Feind während der Nacht heftig Mort-Homme. An der Cote Oie zwischen Malancourt und Forges, ebenso wie an den Hauptübergängen der Maas geringe Artillerietätigkeit. Oestlich der Maas und der Woevre richtete der Feind gestern nach heftiger Artillerievorbereitung gegen Ende des Tages einen lebhaften Angriff auf unsre Stellung bei Fresnes, er wurde aber bald durch einen Gegenangriff aus den Teilen, in denen er hatte Fuß fassen können, wieder herausgeworfen. In Lothringen mehrstündiges Bombardement auf das Gehöft von St.-Marie, dem östlich von Bredange ein feindlicher Angriff folgte, der aber vollständig zusammenbrach. Im Elsaß wurden einige Versuche starker deutscher Patrouillen gegen einen Posten im Lauchtale durch Handgranaten zurückgewiesen.

11 Uhr nachts. In Belgien vernichtendes Feuer unsrer Artillerie auf die feindlichen Werke östlich Steenstraate. Zwischen der Somme und der Oise wurde ein feindliches Werk durch unsre Batterien zerstört. In der Gegend von Beuvraignes in der Champagne wurde ein deutsches Flugzeug von unsern Batterien dicht bei Suippe getroffen. Das Flugzeug fiel brennend in den deutschen Linien nieder.

In den Argonnen führten wir ein konzentrisches Feuer nördlich von Harazes und auf den Wald von Cheppy aus. In der Gegend nördlich von Verdun und in der Woevre nahm die Artillerietätigkeit, die in den vorhergehenden Tagen etwas nachgelassen hatte, im Laufe des Tages auf der ganzen Front, namentlich bei Mort-Homme, auf der Cote Poivre und in der Gegend von Douaumont, beträchtlich zu. Auf dem letzteren Punkt fanden nach einer Beschießung mehrere Infanterieangriffe von äußerster Heftigkeit statt. Diese Reihe von Angriffen wurde durch unsre Truppen abgeschlagen, deren Feuer die Reihen des Feindes dezimierte. Unsre Batterien antworteten überall kräftig auf die Beschießung und beschossen die Verbindungswege des Feindes. Nordöstlich St.-Mihiel beschossen unsre weittragenden Geschütze den Bahnhof von Vigneulles. Nach Berichten unsrer Beobachter sind zwei Brände ausgebrochen, ferner wurden mehrere Züge getroffen und eine Lokomotive zur Explosion gebracht. Im Oberelsaß große Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie im Abschnitte Sepois. In der letzten Nacht warf eines unsrer Beschießungsgeschwader 44 Bomben aller Kaliber auf den Bahnhof von Chambley, der bedeutenden Schaden erlitten zu haben scheint. Trotz heftiger Beschießung sind unsre Flugzeuge wohlbehalten in unsre Linien zurückgekehrt. Am Tage schleuderten unsre Flieger auch 40 Bomben auf den Bahnhof Boxdorf und 9 Geschosse auf feindliche Gebäude von Avricourt.

Belgischer Bericht.

Artilleriekämpfe besonders am nördlichen Teil der Front. Kampf mit Bombenwerfern bei Steenstraate.

Der englische Bericht.

London, 2. März. (Amtlicher Heeresbericht.) Donnerstag vormittag griffen wir die Schützengräben bei dem Hügel am Kanal von Ypern nach Comines an, den wir am 14. Februar verloren hatten, und eroberten ihn zurück. Wir eroberten auch einen kleinen vorspringenden Teil der ursprünglichen deutschen Linie. Der Feind unternahm einige Stunden später einen Gegenangriff; er wurde zurückgeschlagen. Wir machten 180 Gefangene, darunter 4 Offiziere. Minenstollen, die aus den eroberten Gräben ausgingen, wurden von uns zerstört. Es herrschte heute auf beiden Seiten große Artillerietätigkeit zwischen Vierstraat und Boesinghe.

Arbeiterzeitung
4. III. 1916

Kein Sonder-Handelsvertrag mehr.

London, 2. März. (Reuter.) Der parlamentarische Korrespondent der „Times" erfährt, daß in den nächsten Wochen Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien wahrscheinlich eine Erklärung unterzeichnen werden, daß keine der vier Mächte ohne Zustimmung der anderen einen Handelsvertrag mit Deutschland oder Oesterreich-Ungarn abschließen darf.

Neue Vorschläge Lord Derbys.

Eine Rede im Oberhause.

FTB Rotterdam, 3. März.

Der Rotterdamsche Courant meldet aus London: Die merkwürdige Stellung, die Lord Derby gegenüber der Regierung einnimmt, war aus der Rede ersichtlich, die er gestern im Oberhause über die Befreiung vom Militärdienst hielt. Er sagte im Verlauf der Rede, sein neuer Posten bedeute nicht, daß er Luftverteidigungsminister mit der Verantwortlichkeit für den Luftdienst sei. Er beklagte sich nicht über die Gerichte, sondern über die Befreiung, die man auf Grund von allen möglichen Abzeichen wegen der Angehörigkeit zu einem vom Militärdienst befreienden Berufe erhalten könne. Die Regierung werde viel strengere Maßregeln ergreifen müssen als bisher, wenn sie die Leute für das Heer erhalten wolle, die notwendig seien. Man müsse Männer auch aus militärfreien Berufen nehmen und sie durch Frauen ersetzen.

Lord Derby machte der Regierung zwei Vorschläge: 1. Kein unverheirateter Mann unter 31 Jahren dürfe vom Militärdienst befreit werden, weil er ein Abzeichen trägt, das ihn als unabkömmlich hinstellt, oder weil er einem vom Militärdienst befreienden Beruf angehört. 2. Alle übrigen unverheirateten und alle verheirateten Männer dürfen nicht als unabkömmlich oder militärfrei betrachtet werden, wenn sie nicht bereits vor dem 15. August 1915 in ihrer gegenwärtigen oder einer gleichen Stellung beschäftigt waren. Letztere Bestimmung findet keine Anwendung auf gelernte Arbeiter in den Munitionsfabriken.

Lord Derby griff den früheren Minister Simon und dessen Freunde heftig an, die im Unterhause jeden Vorwand benützen, um dem Lande Soldaten zu entziehen. Er sprach von Männern, die seit dem 15. August für untauglich erklärt sind, und teilte mit, daß auf vielen Zeugnissen nichts anderes geschrieben stehe als das Wort „Untauglich“ ohne nähere Angabe von Gründen und ohne Aufzeichnung einer anderen militärischen Behörde. Solche Zeugnisse waren zwei und drei Pfund das Stück wert.

Lord Derby sagte weiter, daß, wenn im Kabinett noch immer Männer säßen, deren Auffassung — wie Simon sich ausdrückte — von der seinen nicht zu unterscheiden sei, dies einen Grund für eine ernstliche Besorgnis gäbe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß solche Männer sich an ihre Wähler wenden werden, und glaubte ihnen versichern zu können, daß man sie dann gewiß aller weiteren Dienste für die Regierung entheben würde.

Die Mitglieder der Regierung, die auf dieses offene Ultimatum ihres Werbedirektors antworteten, waren Selborne und Lansdowne.

Selborne führte aus, daß die Lebensmittel von ebenso großer Bedeutung seien wie die Munition und daß nicht alle unverheirateten Leute auf dem Lande entbehrt werden könnten.

Lansdowne sagte, daß die Kommission des Handelsamtes bereits die Listen der befreiten Berufe revidiere.

Lord Derby erhob sich zum zweitenmal, um seine Enttäuschung über diese Antwort auszusprechen.

Diese Enttäuschung spiegelt sich heute auch in der konservativen Presse wider. Dagegen rügt der liberale Daily Chronicle Lord Derby ernstlich wegen seines Mangels an Takt und verteidigt die Rede Selbornes.

Daily News nimmt Simon in Schutz und sagt, daß Derbys Vorschläge nicht im ganzen und sofort angenommen werden können, weil es sonst zu einer Katastrophe in der Industrie kommen würde.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 4. III. 1916

Englisches Unterhaus.

London, 29. Februar. (Unterhaus.) Snowden fragte, ob die Regierung vor Abschluß des Vertrages, wonach die Alliierten keinen Sonderfrieden machen würden, bei allen Alliierten festgestellt habe, was ihre Ziele im Kriege wären, was sie an Garantien, territorialen Zugeständnissen und Handelsvorteilen erwarteten.

Munitionsminister Lloyd George erwiderte, es sei nicht wünschenswert, Mitteilungen über den Gedankenaustausch zwischen den Alliierten zu machen, als sie sich verpflichteten, keinen Sonderfrieden zu schließen.

Snowden fragte darauf: Ist es nicht eine Tatsache, daß ein geheimer Vertrag mit Italien geschlossen wurde, der Italien als Preis für den Eintritt in den Krieg große Strecken österreichischen Gebietes versprach?

Der Sprecher sagte darauf, wenn es ein geheimer Vertrag ist, wird er nicht länger geheim bleiben, wenn die Frage beantwortet wird.

Sir John Simon sagte, daß entgegen dem ausdrücklichen Versprechen des Premierministers einzige Söhne von Witwen in die Armee eingestellt wurden. Ferner sei die Art, wie die Leute, die militärisch untauglich befunden wurden, von den lokalen Gerichtshöfen behandelt würden, in direktem Widerspruch zu den Erklärungen, die der Unterstaatssekretär des Kriegsamtes im Parlament abgegeben hat. Es wäre Zeit, daß die Militärbehörden ihr eigenes Dienstpflichtgesetz zu verstehen anfingen.

Walter Long bedauerte den Ton der Rede Simons.

Healy (Nationalist) sagte, Simon habe nicht das Recht, das Kriegsamt in dieser Weise anzugreifen. Es sei gesagt worden, daß, wenn es den Deutschen gelänge, bei Verdun durchzubrechen, Paris und London in Gefahr wären. Während dieser furchtbare Kampf seinen Fortgang nehme, müsse das Haus eine solche Rede von einem der Minister hören, die den Krieg gemacht haben und der mitverantwortlich sei für den Mangel an Vorbereitungen für den Krieg. Simon hätte dem Beispiel John Burns folgen sollen, der aus dem Kabinett ausgetreten sei, um nicht die Verantwortung für den Krieg zu übernehmen, und der seitdem kein Wort der Kritik gegen seine früheren Kollegen gesagt habe.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl 4. März 1916

Die Polen an den Papst.

Lugano, 4. März. (Privattelegramm.) Der „Osservatore Romano" gibt ein Schreiben wieder, das Sienkiewicz und Osuchowski im Namen des polnischen Hilfsausschusses am 25. Februar an den Papst gerichtet haben. In diesem Schreiben wird zunächst für die päpstliche Spende gedankt. Dann heißt es weiter: Ganz Polen beugt das Knie vor dem Heiligen Vater. Das katholische Polen, das blutüberströmt, von Kriegshorden zertreten, vom Hunger erschöpft und unter Trümmern begraben ist, fühlt dennoch, daß es nicht verloren ist, weil es den lebhaftesten Willen besitzt, zu leben. Es erwartet vertrauensvoll den Tag, an dem der Friede wiedererstehen und wieder Gerechtigkeit für die Unterdrückten walten wird.

Fremdenblatt Abendbl. 4./III. 1916

Amerika und der U-Boot-Krieg.

K. Washington, 2. März. Spät in der Nacht einigten sich die Regierung und die Senatoren in einer Konferenz mit den Republikanern dahin, die vom Senator Gore vorgeschlagene Resolution morgen zur Besprechung zu bringen und nicht zuzulassen, daß ein anderer Antrag an ihre Stelle gesetzt werde.

K. Washington, 3. März. Der Senat nahm einen Antrag, die Beratung der Resolution Gore auf unbestimmte Zeit zu vertagen, mit 68 gegen 14 Stimmen an.

* * *

Die Resolution Gore verlangte, daß die Reise von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen verboten werden soll.

Portugal und der Krieg.

Abbruch der Beziehungen zu Deutschland?

Berlin, 4. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Vossische Zeitung" meldet aus Genf: In Lissabon erwartet man den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland.

Die Deutschen ziehen ihre Bankguthaben zurück und reisen ab.

Die Regierung lud die deutschen Konsuln ein, der Inventur der beschlagnahmten deutschen Schiffe beizuwohnen.

K. London, 3. März. Einer Lloyds-Meldung aus Bombay zufolge, wurde auf allen deutschen Dampfern in der Murmagao-Bucht die portugiesische Flagge gehißt und die Deutschen in Panjim (Hauptort von Goa) interniert.

Frankfurter Zeitung 4. III. 1916

Der Vormarsch in Albanien bis zur Einnahme von Durazzo.

L. v. B. Nahe an fünfhundert Kilometer Weges haben die Truppen der Armee von Koeveß, die jetzt in und um Durazzo stehen, im siegreichen Kampfe zurückgelegt und dabei Hindernisse überwunden, welche die feindlichen Mächte als unüberschreitbar erklärten. Ueber Donau und Save, durch das schwer gangbare, ressourcen- und wegarme Gebirgsland des westlichen Serbien, über den berüchtigten Lowtschen und die fast unbekannte verkarstete, felsige Hochebene der Pestera mit ihrer gefürchteten Wasserarmut, über vereiste Gebirge, durch das nordalbanische Sumpfgebiet mit seinen gesundheitsschädlichen Ausdünstungen, führte der Weg. Kaum als solche erkennbare Gebirgswege waren die Leitlinien des Vormarschs, eine Unmenge von Kräften mußte verbraucht werden, um sie halbwegs gangbar zu machen und den Nachschub zu ermöglichen. Alle diese Schwierigkeiten wurden überwunden und mitten im tückischen bis zum Guerillakrieg ausartenden Gebirgskriege gleich auch ein Stück Kulturarbeit verrichtet. Nach der Niederwerfung Montenegros kam schon am 23. Januar die rasche Besetzung Skutaris, an die sich sofort das weitere Vorrücken in Nordalbanien anschloß. In breiter Front drangen mehrere Kolonnen, die wenigen vorhandenen Verbindungen ausnützend, an der Küste und im westalbanischen Gebirge gegen Süden vor. Nach glücklicher Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten und Witterungsunbilden wurde am 4. Februar Kruja genommen und bis zum 9. von den rechten Flügelkolonnen der Fluß Ismi erreicht, jenseits dieses Flusses die Stadt Preza, welche die Truppen Essad Paschas besetzt hielten, genommen. Die über das Gebirge vorgerückte Kolonne nahm am selben Tage Valias und Tirana, den Hauptsitz Essads und seiner Anhänger, in Besitz. Ueberall schlossen sich katholische und mohammedanische Albaner unseren Truppen an und dienten nicht nur als Führer und Aufklärer, sondern auch als weit über unsere Linien hinaus unter Führung unserer Offiziere streifende Abteilungen. Mit dem Gelände vertraut, in allen Arten des Guerillakrieges bewandert, gegen alle Einflüsse der Witterung abgehärtet, leisteten sie wertvolle Dienste. Die uns gutgesinnte Bevölkerung zeigte sich allen Anforderungen gegenüber willig und unterstützte die Truppe nach besten Kräften; dadurch waren die großen Schwierigkeiten, die der Nachschub fand, leichter zu bewältigen, für dessen Sicherung verhältnismäßig geringere Sicherungsmaßnahmen genügten, als dies sonst im Gebirgskrieg der Fall ist.

Nach Ueberbrückung des Ismiflusses drangen die österreich-ungarischen Kolonnen im konzentrischen Vormarsch bis auf die Höhen östlich des Arzen weiter vor, besetzten die Höhenrücken Mali Kücok beiderseits der Straße über Bazar Sjak nach Durazzo und rückten gegen das Manezegebirge südwestlich von Tirana vor. Mit der Besetzung Kavajas und der Erreichung der Höhen östlich von Durazzo war der Ring um die Hafenstadt geschlossen, die Verbindungen zu Lande abgeschnitten. Auf diesen Höhen stießen unsere Truppen auf jene Stellungen, welche der italienische Kommandant in Mittelalbanien zum Entscheidungskampf um den Besitz der Stadt und der Bai gewählt hatte. Entlang des rechten Ufers des Arzenflusses war die weitere Entfernung von zehn bis zwölf Kilometer von der Stadt, die mit einer Wald- und Gestrüppzone bedeckten Höhen östlich derselben mit den Hauptpunkten bei Bazar Sjak und auf dem weiter südlich gelegenen Sasso Bianco zu einer starken Verteidigungslinie hergerichtet worden und mit zahlreichen Truppen besetzt. Den Abschnitt von Bazar Sjak allein, verteidigte eine ganze Brigade. Es war die aus Piemontesen bestehende Brigade Savona. Die Besatzung der anschließenden Verteidigungsabschnitte darf man zu mindestens ebenfalls auf eine Brigade schätzen. Außerdem sprechen nichtamtliche Berichte von etwa 20 000 Söldnern und Anhängern Essad Toptanis. Am 23. vormittags begann der Angriff. Derselbe erfolgte gleichzeitig von Osten beiderseits der Straße Tirana—Bazar Sjak und von Südosten entlang der dort hart an die adriatische Küste herantretenden Höhen. Die feindlichen Vorstellungen östlich von Bazar Sjak wurden im ersten Anlauf überrannt. Zu Mittag entspann sich schon der Kampf um die Hauptstellung, in welcher die Brigade Savona vorerst hartnäckigen Widerstand leistete. Zur Deckung der rechten Flanke überschritten kleinere Abteilungen weiter nördlich den unteren Arzen, der dort schon ein ziemlich bedeutendes Hindernis bildet. Der mit voller Wucht angesetzte Angriff auf die Brigade Savona führte um die Mittagszeit zu einem vollen Erfolg. Sie wurde geworfen und begann den Rückzug in die westlich des Arzen gelegene innere Verteidigungslinie. Die in den vorhergegangenen Tagen auf unserem äußersten linken Flügel näher gegen die Verteidigungslinien auf den Höhen südöstlich von Durazzo und südlich von Bazar Sjak herangekommenen Truppen griffen mittags, als der Hauptangriff auf die Brigade Savona erfolgte, die Verschanzungen am Sasso Bianco entscheidend an. Der Erfolg war vollständig. Die Italiener räumten die Gräben, an manchen Stellen gingen sie fluchtartig zurück und eilten ebenfalls in die innere Verteidigungslinie, wo sie am rechten Flügel der Brigade Savona anschlossen. Mit der Besitznahme des 131 Meter hohen, steil gegen die Küste und gegen Südosten abfallenden Sasso Bianco war ein für das Schicksal Durazzos entscheidender Erfolg errungen. Die Entfernung von dort bis zur Stadt Durazzo beträgt nur zehn Kilometer, die Bai wurde schon durch die Feldgeschütze unserer Artillerie beherrscht. Die Italiener begannen bereits ihre Truppen einzuschiffen, welches Unternehmen ihre im Hafen befindlichen Kriegsschiffe durch ihr Artilleriefeuer zu unterstützen trachteten. Die Wirkung desselben war gering, während das Feuer unserer Geschütze, von den Höhen von Arapaj und von Sasso Bianco her, die Einschiffung vielfach empfindlich störte. Am nächsten Tag säuberten unsere Truppen das ganze Gelände außerhalb Durazzos gänzlich vom Feinde und drangen bis an die beiden Seedefilées östlich und nördlich der Stadt vor. Die beiden vom Feinde stark verbarrikadiert gewesenen Landzungen wurden von unseren Truppen besetzt. Es sind dies die beiden dünnen, nabelschnurartigen Verbindungen des Hügelzuges Mali Durcit, an dessen Südfuße Durazzo liegt, mit dem Festlande. Am 26. vormittags gelang es einer österreichisch-ungarischen Kolonne trotz des heftigen Feuers italienischer Schiffsgeschütze, die Befestigungen auf der nördlichen Landenge zu bezwingen und bis auf die sechs Kilometer nördlich von Durazzo gelegene Ruinenhöhe von Portes vorzudringen. Auch die auf der südlichen Landenge vorgehenden Abteilungen wurden während ihrer Vorrückung durch das Feuer der feindlichen Schiffsartillerie belästigt, doch gelang es mehreren Abteilungen teils watend, teils schwimmend teils auf Flößen, die Brücke östlich von Durazzo bis zum Abend zu erreichen und die italienischen Nachhuten bis in die Stadt zurückzuwerfen. Im Morgengrauen des 27. rückte dann ein Bataillon in die brennende Stadt ein und nahm dieselbe in Besitz.

Damit ist nun ganz Nord- und Mittelalbanien vollständig in unseren Händen, der kühne Traum Italiens, das östliche Ufer der Adria für sich zu gewinnen, ist als gescheitert zu betrachten.

Frankfurter Zeitung 4. III. 1916

Radoslawows Erklärungen vor der Sobranje.

Die Drohungen Rußlands vor der bulgarischen Kriegserklärung. — Die bulgarischen Erwerbungen und die neutralen Balkanstaaten. — Die Beziehungen zur Türkei.

Sofia, 3. März. (W. B.) Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur. In der Sobranje erwiderte Ministerpräsident Radoslawow auf die Ausführungen der oppositionellen Redner. Er gab zunächst seiner Freude über die gewaltige Aenderung Ausdruck, die in den Beziehungen der Opposition zu der Regierung seit dem letzten August eintrat, als die oppositionellen Gruppen den gegen die Regierung gerichteten Aufruf ergehen ließen, in dem sie diese beschuldigten, das Land in Abenteuer stürzen zu wollen. Heute machen dieselben Gruppen kein Hehl daraus, daß sie die äußere Politik des Kabinetts billigen, was die Hauptsache sei. Der Ministerpräsident gab sodann eine Darstellung der Ereignisse, die zur Teilnahme Bulgariens am Kriege führten: die Zusammenziehung von serbischen Divisionen, welche die Sicherheit der bulgarischen Grenze bedrohten; die Drohnote Sasonows, in der Bulgarien aufgefordert wird, seine Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn und Deutschland abzubrechen und der Türkei den Krieg zu erklären. Auf all diese Provokationen hätte keine Regierung eine andere Antwort erteilen können als die, welche das gegenwärtige Kabinett gab. „Zwischen zwei kriegführenden Gruppen stehend, hatte Bulgarien nur den Wunsch, in seiner Neutralität weiter zu verharren, aber die durch den Bukarester Vertrag geschaffene Lage und die Haltung der beiden kriegführenden Parteien, deren jede Bulgarien die Kompensationen, auf die es Anspruch hatte, nur unter der Bedingung verbürgte, daß es am Kampfe teilnehme, schrieben dem Lande eine andere Richtlinie vor. Den Schlüssel zu dieser, durch die Notwendigkeit gegebene Lage finde man in der letzten Dumarede Sasonows, in der er erklärte, daß man imstande war, Bulgarien durch die Besetzung von Dedeagatsch zu zwingen, auf die Seite der Entente zu treten. Man gab uns zu verstehen, daß möglicherweise die Häfen von Warna und Burgas besetzt werden könnten. Die bulgarische Regierung erwiderte, daß die bulgarische Nation auf den ersten Landungsversuch in den bulgarischen Häfen sich wie ein Mann gegen die Eindringlinge erheben würde. Diese Antwort wurde vielleicht nicht zur Kenntnis Sasonows gebracht, denn sonst hätte er eine andere Sprache geführt. Die Kammer kann heute feststellen, daß die Ereignisse unsere Politik rechtfertigen."

Der Ministerpräsident ging sodann auf die bei Gelegenheit der Zusammenkünfte des Königs der Bulgaren mit den Herrschern der beiden Mittelmächte von diesen gesprochenen Trinksprüche ein, in denen gewisse oppositionelle Redner ein Zeichen von Ungewißheit bezüglich der Zukunft und die mit Blut erkauften Neuerwerbungen Bulgariens sehen wollten. Der Ministerpräsident betonte den endgültigen Charakter dieser Erwerbungen und sagte sodann: Uebrigens sind die Gebiete, die wir jetzt innehaben, bulgarisches Territorium. Die bulgarische Nation will nichts, als das, was ihr von dem Gesichtspunkte des Nationalitätenrechts gebührt. Sicherlich interessiert sich die Regierung für die künftigen Grenzen des Landes, aber sie strebt keine Eroberung an. Wir haben niemals daran gedacht, uns den Albanern aufzudrängen. Es wird in der Welt genug albanische Patrioten geben, die sicherlich die Sorge übernehmen werden, ihr Land zu organisieren; sie werden hierbei auf kein Hindernis von Seiten Bulgariens stoßen.

Ueber die Zukunft Serbiens und Montenegros erklärte Radoslawow, nichts sagen zu können. „Was Griechenland und Rumänien betrifft," bemerkte der Ministerpräsident, „so unterhalten diese Staaten gute Beziehungen zu uns und beobachten eine Neutralität, die nicht zu unserem Schaden ausschlägt." Die Opposition wies schließlich darauf hin, daß das jüngste türkisch-bulgarische Uebereinkommen noch nicht vom türkischen Parlament ratifiziert sei. Diese Verzögerung, erklärte Radoslawow, könne keinen Grund bilden, bezüglich der Festigkeit des zwischen Bulgarien und der Türkei abgeschlossenen Uebereinkommens Besorgnisse zu hegen, nicht nur, weil das abgetretene Gebiet bereits besetzt sei, sondern insbesondere, weil das Abkommen von dem gegenseitigen Wunsche eingegeben sei, einer guten Nachbarschaft zwischen der Türkei und Bulgarien jedes Hindernis aus dem Wege zu räumen. „Dies ist so wahr," fügte der Ministerpräsident hinzu, „daß die türkischen Minister im Parlamente erklärten, daß das abgeschlossene Uebereinkommen, obwohl es eine Gebietsabtretung von gewissem Umfange in sich schließe, für die Türkei günstig sei. Von dem gleichen Gedanken war die bulgarische Regierung ihrerseits beseelt, als sie nicht darauf bestand, in den Besitz von Kirkkilisse zu gelangen, was für die Türken ein schmerzliches Opfer gewesen wäre."

Die Ausführungen Radoslawows wurden mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Hierauf nahm die Sobranje die Adresse zur Beantwortung der Thronrede an.

Dr. Momtschilow drückte die Befriedigung des bulgarischen Volkes über die Verwirklichung der nationalen Bestrebungen aus und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Widerlegung der Kritiken, welche die Redner der Opposition gegen die Regierungspolitik richteten. Malinow, der ein Grünbuch forderte, worin nachgewiesen werden sollte, daß die Regierung alle Mittel erschöpft habe, um den Krieg zu verhindern, hielt Momtschilow entgegen, daß Malinow bisher kein Grünbuch über die Unabhängigkeitserklärung veröffentlicht habe, die unter seiner Regierung geschah, und daß Malinow selbst heute nicht anders handeln würde. Jetzt müsse man mutig und geduldig das Ende abwarten. Die Einigkeit, von der ein jeder sprach und die jeder wünsche, erfordere die Mitwirkung jedes einzelnen, wenn nicht Bulgarien den schwersten Gefahren ausgesetzt werden sollte. Momtschilow schloß: „Jeder von uns ist vor allem Bulgare. Das ist die Gewähr eines glücklichen Endes."

Fremdenblatt
4./III. 1916

Ein Handelsabkommen des Vierverbandes.

London, 2. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der parlamentarische Korrespondent der „Times" erfährt, daß in den nächsten Wochen Großbritannien, Frankreich, Rußland und Italien wahrscheinlich eine Erklärung unterzeichnen werden, daß keine der vier Mächte ohne Zustimmung der anderen einen Handelsvertrag mit Deutschland oder Oesterreich-Ungarn abschließen darf.

* * *

Dieses Handelsabkommen ist also als Ergänzung des Londoner Abkommens gedacht, wonach keine der Ententemächte einen Sonderfrieden schließen darf. Der Krieg ist noch nicht zu Ende, so daß man auch nicht sagen kann, ob der Vertrag hinsichtlich der Vermeidung eines Sonderfriedens nicht doch durchlöchert werden wird, womit dann auch das Handelsabkommen automatisch hinfällig würde. Aber abgesehen davon, ist es mehr als zweifelhaft, ob das Handelsabkommen Bestand haben würde. Vor kurzem wurde erst aus Paris gemeldet, daß der Delegierte des russischen Finanzministeriums in Paris sich gegen solche Bestrebungen ausgesprochen habe, weil Rußland sich in bezug auf sein künftiges wirtschaftliches Verhältnis zu Deutschland nicht präjudizieren wolle. Bei den Beratungen, die im besonderen über den Abschluß eines engeren Wirtschaftsbündnisses zwischen Italien und Frankreich gepflogen wurden, ist man infolge der großen Gegensätze über ganz akademische Beratungen nicht hinausgekommen. Nur ob die englische Oeffentlichkeit Veränderungen der Handels- und Finanzpolitik, die darauf hinauslaufen, einerseits eine Mauer gegen deutsche und österreichische Importe aufzurichten, und andererseits die Importe aus den neutralen Staaten und den Dominions durch Vorzugszölle zu fördern, einmütig gutheißen wird, ist mehr als zweifelhaft. England hat vor allem früher keine Tarifverträge abgeschlossen, und es müßte erst mit seiner traditionellen Politik, die sich nur zu Meistbegünstigungsverträgen verstand, brechen, wenn es zu einem Partner dieses Handelsabkommens werden sollte. Vorläufig dürfte also der Wunsch nur der Vater des Gedankens sein, wenn man auch solchen Bestrebungen die größte Beachtung schenken muß.

Die Stimmung im Kongreß.

K. New-York, 2. März. (Funkspruch des Vertreters des Wolffschen Bureaus.) Die jüngsten Vorgänge im Kongreß, die ein Bild von der Stimmung zugunsten der Resolution geben, durch die den Amerikanern geraten werden soll, sich von bewaffneten Handelsschiffen fernzuhalten, beherrschen andauernd die Lage.

Associated Preß berichtet aus Washington: Als die Mitglieder beider Häuser des Kongresses sich heute versammelten, schien die Lage wesentlich ruhiger geworden zu sein, obwohl sich noch Widerspruch gegen den Entschluß Wilsons geltend machte, darauf zu bestehen, daß die Amerikaner das Recht hätten, auf Handelsschiffen kriegführender Staaten zu reisen. Der genaue Stand der Dinge wurde wie folgt dargestellt: Viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und einige Senatoren, die sich durchaus im Unklaren bezüglich der genauen Vorgänge bei den Verhandlungen mit Deutschland befinden, fürchten, es würde zum Kriege führen, wenn die Amerikaner nicht von bewaffneten Handelsschiffen ferngehalten würden und wenn Deutschland seinen Entschluß in die Tat umsetzen sollte, Handelsschiffe zu versenken, ob sie nun zum Angriff oder zur Verteidigung bewaffnet wären. Da sie nicht im vollen Umfange unterrichtet waren, wurden sie durch die Mitteilungen beunruhigt, die Präsident Wilson seit der Montag mit den Parteiführern gehabten Unterredung angeblich gemacht hat und die immer mehr übertrieben wurden, während sie sich von Zimmer von Zimmer verbreiteten.

Sie wurden erregt und beunruhigt durch Nachrichten, wonach Wilson darauf bestehen wolle, in keinem Punkte Deutschland nachzugeben, selbst wenn das zum Kriege führen würde; ferner daß Wilson erklärt hätte, jeder weitere Angriff auf ein Schiff, bei dem ein Amerikaner sein Leben verlöre, würde unverzüglich zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen führen; schließlich, daß Wilson seine Gleichgiltigkeit gegenüber der Haltung des Kongresses zum Ausdruck gebracht hätte. Alle diese Mitteilungen dienten dazu, unter den Mitgliedern des Kongresses Widerspruch zu erwecken und die Furcht aufkommen zu lassen, daß das Land unmittelbar in Gefahr gestürzt würde, wenn nicht das, was sie für die Politik der Regierung hielten, durch eine gesetzgeberische Maßnahme gemildert würde, indem die Amerikaner gewarnt werden.

Der demokratische Senator Gore machte den Versuch, ein Gesetz, das die Reise von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen verbietet, und auch eine ähnliche Resolution in demselben Sinne einzubringen, die im Gegensatz zu einem Gesetz der Zustimmung des Präsidenten nicht bedarf. Der Versuch wurde indessen durch den republikanischen Senator Brandegee vereitelt, und nach der Geschäftsordnung des Senates kann der Versuch erst in der nächsten Tagung wieder aufgenommen werden. Gore erklärte: Es scheint mir, daß das Staatsschiff im vollen Laufe auf Klippen zutreibt oder getrieben wird. Ich bezweifle, daß Deutschland die Unverletzlichkeit bewaffneter Handelsschiffe zugestehen wird. Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland auf Grund der Weigerung Deutschlands, solchen Schiffen sichere Fahrt zu gewährleisten, billigen würde. Gore erklärte weiter, Kanonen an Bord von Handelsschiffen seien Ueberbleibsel aus den Zeiten, da Freibeuter und Seeräuber die Meere befuhren, und in einer Zeit, wo Reisen auf solchen Schiffen den Frieden der Nation gefährden, sei es kein wirkliches Opfer an nationaler Ehre und Würde, die Amerikaner vor der Benutzung solcher Schiffe zu warnen.

Eine weitere Depesche der Associated Preß besagt: Eine Möglichkeit, die sich unter anderen aufdrängte, war die, daß die ganze Schwierigkeit dadurch erledigt werden könnte, daß der Kongreß sich dahin aussprächе, die Amerikaner sollten ihr Land nicht durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in Kriegsgefahr bringen. Es wurde betont, daß eine solche Maßnahme etwas ganz anderes sei als eine Verhinderung der Amerikaner an der Benutzung solcher Schiffe durch ein Gesetz, wie einige schwebende Gesetzanträge und Resolutionen vorschlagen, und nicht als Preisgabe von Rechten angesehen werden könnte. Stone veröffentlichte eine Erklärung, worin er sich gegen jede Maßnahme des Kongresses aussprach, bevor die diplomatischen Mittel erschöpft wären. Andere Berichte lauten ebenfalls dahin, daß keine endgiltige Maßnahme erwartet wird, ehe die Beilagen zu der deutschen Denkschrift in Washington eingetroffen seien.

Fremdenblatt
4. III. 1916

Amerika und der U-Boot-Krieg.

Schroffe Haltung Wilsons.

K. Washington, 2. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Senat sagte Stone, der Standpunkt des Präsidenten sei der, daß er, wenn ein deutsches U-Boot ein bewaffnetes Handelsschiff versenkte, Deutschland wegen des ungesetzlichen Aktes zur Verantwortung ziehen werde, und daß er, wenn Deutschland auf seinem Standpunkte beharrte, geneigt sei, die Beziehungen abzubrechen und die Angelegenheit dem Kongreß zu unterbreiten, der über den Krieg zu entscheiden hat.

Stone mißbilligte den Standpunkt des Präsidenten, da er der Anschauung sei, daß ein bewaffnetes Handelsschiff einem Kriegsschiff gleichkomme.

K. Washington, 2. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Es ist eine Erklärung von maßgebender Seite erschienen, welche die von Gore im Senat erhobenen Angriffe entschieden zurückweist. In der Erklärung wird mitgeteilt, daß ein demokratischer Führer bei der Konferenz im Weißen Hause Wilson fragte, was die wahrscheinlichste Folge eines amerikanischen Eingreifens gegen Deutschland sein würde. Wilson antwortete, daß es dazu beitragen würde, den Krieg zu verkürzen. Es wird aber verneint, daß Wilson den Wunsch aussprach, daß die Vereinigten Staaten am Kriege teilnehmen sollten, um ihn abzukürzen.

Lansing deutete an, daß die Vereinigten Staaten die deutsche Auffassung nicht annehmen könnten, daß ein Unterseeboot infolge seines gebrechlichen Baues Anspruch auf größere Rücksicht beim Angreifen habe als irgend eine andere Klasse von Kriegsschiffen. Im Staatsdepartement wird mitgeteilt, daß in Berlin Gerüchte umgehen, wonach fünf Sechstel des Kongresses gegen Wilson seien. Die amtlichen Kreise geben dies bekannt, um zu zeigen, bis zu welchem Grade Berlin falsch unterrichtet sei.

Die Bewaffnung der Handelsschiffe.

Richtigstellung der englischen Auffassung.

K. Berlin, 3. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Nach der gestern durch das Reutersche Bureau veröffentlichten Erklärung geht die englische Auffassung über das Verhalten bewaffneter Handelsschiffe dahin, daß diese Schiffe auf Unterseeboote oder irgendwelche andere Kriegsschiffe nicht feuern dürfen, außer zur Selbstverteidigung. Die deutsche Schlußfolgerung aus den auf genommenen englischen Schiffen gefundenen Schriftstücken, daß Handelsschiffe die Weisung hätten, die Offensive zu ergreifen, sei falsch.

Diese Erklärung ist irreführend. Die deutsche Regierung hat die auf englischen Schiffen gefundenen Weisungen in photographischer Wiedergabe ihrer Denkschrift beigefügt, so daß jeder Unbefangene sein Urteil sich selbst bilden kann. Aus dem deutschen Material geht klar der wahre Charakter der angeblich nur zu Verteidigungszwecken bewaffneten englischen Schiffe hervor. Er ergibt sich schon aus dem ungewöhnlichen Nachdruck, mit welchem die Geheimhaltung der Weisungen gefordert wird. Der artilleristische Inhalt der Weisungen und die militärische Stellung der Geschützmannschaften zeigen, daß es sich hier nicht um die früher übliche Bewaffnung eines friedlichen Handelschiffes, sondern um die Einstellung der britischen Handelsflotte in den Kampf gegen die deutsche Kriegsmarine handelt. Dazu kommt, daß in den Weisungen ausdrücklich gesagt wird, die Eröffnung des Feuers auf deutsche Unterseeboote solle von der Vornahme irgend einer feindseligen Handlung durch ein Unterseeboot nicht abhängig sein. Diese offensiven Weisungen werden nicht dadurch defensiv, daß sie sich in der Ueberschrift selbst als defensiv bezeichnen. Aus zahlreichen Fällen unprovozierter Angriffe, wie sie in der Anlage 4. der deutschen Denkschrift zusammengestellt sind, erhellt übrigens zur Genüge, daß die englischen Handelsschiffe den Sinn der ihnen erteilten Weisungen sehr wohl verstehen.

Frankfurter Zeitung

4. III. 1916

Amerika, Deutschland und der U-Krieg.

Im Märzheft der „Preußischen Jahrbücher" behandelt Professor Hans Delbrück in einem längeren Artikel die Meinungsverschiedenheiten, die der Handelskrieg zur See zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland hervorgerufen hat. Wir entnehmen seinem Aufsatze das folgende:

. . . Die Amerikaner werden den Krieg auf keinen Fall entscheiden, aber sehr viel hängt von ihnen ab, ob der Krieg ziemlich bald oder erst nach langer Zeit zu Ende geht. Können wir nun nicht mit größerer Sicherheit den Krieg auf dem Wege des rücksichtslosen Tauchbootkrieges zu Ende bringen? Es ist sehr schwer zu sagen, auch für die Marineoffiziere, welche Wirkung wir auf diesem Wege erzielen können. Nach englischen Berichten haben wir ja ein neues Tauchboot von den Dimensionen eines kleinen Kreuzers konstruiert, dessen Leistungen unberechenbar sind. Der Hauptpunkt ist die Verringerung des Schiffsraumes, der nötig ist, Großbritannien mit Lebensmitteln und Rohstoffen zu versorgen. Man weiß, wie groß die Verlegenheit in diesem Punkt schon jetzt ist. Die ganze deutsche Handelsflotte ist aus dem Weltverkehr verschwunden, ein sehr großer Teil der englischen — wie es heißt 40 Prozent — wird von den Militärtransporten in Anspruch genommen, ein gewisser Teil — angeblich 7 oder sogar 11 Prozent — ist auch schon durch den Krieg zerstört. Wenig mehr als die Hälfte der Friedensflotte steht überhaupt noch zur Verfügung. Gelingt es uns, in dem Zerstörungswerk noch ein gutes Stück vor uns zu bringen, so scheint es, muß nicht bloß England, sondern auch seinen Verbündeten der Atem ausgehen. Schon jetzt ist England nicht mehr in der Lage, dem verbündeten Italien die nötigen Kohlen zu liefern.

Trotzdem ist der Erfolg keineswegs sicher und auf jeden Fall recht weit aussiehend. Die englische Flotte ist sehr groß und durch Organisation läßt sich der vorhandene Raum besser ausnutzen; man kann das Aus- und Einladen beschleunigen, man verbietet die Einfuhr von nicht notwendigen Gegenständen, man baut neue Schiffe und kauft in der ganzen Welt alte zusammen. Zu dem allem immer die Gefahr des Konflikts mit Amerika, das, auch ohne uns den Krieg zu erklären, an der großen deutschen Handelsflotte, die jetzt müßig in seinen Häfen liegt, ein sehr wertvolles Pfandobjekt in der Hand hat. Eben kommt die Nachricht, daß die portugiesische Regierung die im Hafen von Lissabon geborgenen deutschen Schiffe kurzweg mit Beschlag belegt hat. Bald genug werden sie den Engländern dienen.

Man sieht, die Entscheidung, die unsere Regierung zu treffen hat, ist überaus schwierig. Sie hat zwei Wege vor sich, die einander ausschließen. Geht man darauf aus, die Neutralen unter Führung von Amerika dahin zu bringen, daß sie sich die rechtswidrige Absperrung durch England nicht länger gefallen lassen, so bedeutete das im Falle des Gelingens, daß wir den Krieg gewonnen haben — aber will Amerika so weit gehen? Seine eigenen Interessen scheinen es zu verlangen, aber entgegen steht die intensive Abneigung, die es gegen uns hegt. Tun wir das Umgekehrte und suchen England durch einen rücksichtslosen Tauchbootkrieg zu bezwingen, so ist abermals die Frage, bis zu welchem Grade der Feindseligkeit sich dann Amerika gegen uns fortreißen läßt. Was man auch tut, immer stößt man auf einen fremden Willen, dessen Entschluß und Kraft sich nicht berechnen läßt.

In der öffentlichen Meinung stellt man sich die Sache sehr viel einfacher vor. Da glaubt man nichts zu sehen als den bekannten Unterschied zwischen schneidig und flau. So ist es den Staatsmännern ergangen, wenn sie eine schwierige Situation mit Klugheit zu bemeistern suchten, solange es Weltgeschichte gibt. Von dem „feigen Perikles" an, den der tapfere Kleon „biß", bis zu Bismarck, der mit seiner ewigen Kompromißsucht immer den letzten Entscheidungen aus dem Wege zu gehen suchte, der in der parlamentarischen Sicherung der Armee sich mit einem Septennat zufrieden gab, der sich die lex Huene gefallen ließ, der aus dem Kulturkampf nach Canossa ging, in der Karolinenfrage selbst vor Spanien zurückwich und den proletarischen Hunger mit sozialpolitischen Gesetzen zu stillen suchte. Diesmal hat sich der Marine-Mitarbeiter der „Deutschen Tageszeitung" mit großem Erfolg der Aufgabe unterzogen, dem deutschen Volke zu zeigen, wo das Heil des mutigen Entschlusses liegt. Er beweist in gleichem Atem daß England verhungern müsse, wenn wir ihm noch eine Anzahl Handelsschiffe versenken, und daß England in wenigen Wochen, wenn es sich nur anstrenge, so viel Zufuhr hineinbringen könne, daß Gefahr sei, wir kämen mit unserem Tauchbootkrieg zu spät . . . . Mit derartigen Mitteln sucht man jede besonnene Ueberlegung mundtot zu schlagen und erreicht es tatsächlich, in der schweren Zeit weite Kreise unseres Volks mit tiefem Mißtrauen gegen die Regierung zu erfüllen. Diese unverantwortliche Stimmungsmache hat zu einem Zwischenfall geführt, den man am liebsten der Vergessenheit übergeben möchte.

Professor Delbrück behandelt dann die bekannten Vorkommnisse in der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses, der er die Befugnis zu ihrem Verfahren abspricht:

. . . Die Personal-Union zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten gibt dem preußischen Landtag nicht das Recht, diesen in seiner nichtpreußischen Eigenschaft bezüglich der Führung seiner Geschäfte vor sein Forum zu ziehen. Hat nun schon das Haus der Abgeordneten keinerlei Kompetenz, über auswärtige Fragen mitzureden, noch viel weniger irgend eine beliebige seiner Kommissionen. Ein ganz unerhörter Vorgang ist es aber, daß eine Kommission beansprucht, durch den Präsidenten des Hauses mit dem Herrn Reichskanzler in direkte Beziehung treten zu wollen. Eine Kommission ist schlechterdings nur ein Organ des hohen Hauses selbst. Der Leiter des ganzen Vorstoßes ist, wie verlautet hat, der Führer der Konservativen, Herr v. Heydebrand gewesen. Da kann man den Verdacht schwer loswerden, daß neben der patriotischen Sorge, der man gern etwas Ueberschäumen über die Schranken des strengen Staatsrechtes zugestehen möchte, doch auch gewisse parteitaktische Erwägungen und Hintergedanken mitgespielt haben und muß sich um so mehr freuen, daß der Herr Reichskanzler den Herren Abgeordneten nichts geschenkt, sondern sie zu sich eingeladen und ihnen seinen Standpunkt klar und deutlich, wie anzunehmen, auseinandergesetzt hat. Man erinnert sich, daß schon vor einigen Jahren der Herr Reichskanzler Herr v. Heydebrand im Reichstag in sehr scharfen Worten bemerklich machte, daß im Deutschen Reiche niemand in Anspruch nehmen dürfe, patriotischer sein zu wollen als der verantwortliche Leiter der deutschen Politik selber.

Tägliche Rundschau 4. III. 1916

Wilson will den Krieg abkürzen.

Washington, 3. März. (Meldung des „Reuterschen Büros".) Es ist eine Erklärung von maßgebender Seite erschienen, welche die von Gore im Senat erhobenen Angriffe entschieden zurückweist. In der Erklärung wird mitgeteilt, daß einer der demokratischen Führer bei der Konferenz im Weißen Hause Wilson fragte, was die wahrscheinliche Folge eines amerikanischen Eingreifens gegen Deutschland sein würde. Wilson antwortete darauf, daß es dazu beitragen würde, den Krieg zu verkürzen. Es wird aber verneint, daß Wilson den Wunsch aussprach, daß die Vereinigten Staaten am Kriege teilnehmen sollten, um ihn abzukürzen. Lansing deutete an, daß die Vereinigten Staaten die deutsche Auffassung nicht annehmen können, daß ein Unterseeboot infolge seines gebrechlichen Baues Anspruch auf größere Rücksicht beim Angreifen habe als irgendeine andere Klasse von Kriegsschiffen. Dem Staatsdepartement wurde mitgeteilt, daß in Berlin Gerüchte umgehen, daß fünf Sechstel des Kongresses gegen Wilson seien. Die amtlichen Kreise geben dies bekannt, um zu zeigen, bis zu welchem Grade Berlin falsch unterrichtet sei.

Die hier erwähnten Aeußerungen des Senators Gore sind schon in einem Teil der Abendauflage mitgeteilt worden. Wir wiederholen sie nochmals:

Die „Associated Preß" meldet aus Washington: Der demokratische Senator Gore machte den Versuch, ein Gesetz, das die Reise von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen verbietet, und auch eine ähnliche Entschließung in demselben Sinne einzubringen, die, im Gegensatz zu einem Gesetz, der Zustimmung des Präsidenten nicht bedarf. Der Versuch wurde indessen durch den republikanischen Senator Brandegee vereitelt, und nach der Geschäftsordnung des Senates kann der Versuch erst am nächsten Tage wieder aufgenommen werden. Gore erklärte: „Es scheint mir, daß das Staatsschiff im vollen Laufe auf Klippen zutreibt oder getrieben wird. Ich bezweifle, daß Deutschland die Unverletzlichkeit bewaffneter Handelsschiffe zugestehen wird. Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland auf Grund der Weigerung Deutschlands, solchen Schiffen sichere Fahrt zu gewährleisten, billigen würde. Gore erklärte weiter, Kanonen an Bord von Handelsschiffen seien ein Ueberbleibsel aus den Zeiten, da Freibeuter und Seeräuber die Meere befuhren, und in einer Zeit, in der das Reisen auf solchen Schiffen den Frieden der Nation gefährde, sei es kein wirkliches Opfer an nationaler Ehre und Würde, die Amerikaner vor der Benutzung solcher Schiffe zu warnen.

Eine weitere Meldung der „Associated Preß" sagt: Eine Möglichkeit, die sich unter anderen aufdrängte, war die, daß die ganze Schwierigkeit dadurch erledigt werden könnte, daß der Kongreß sich dahin ausspräche, Amerikaner sollten ihr Land nicht durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in Kriegsgefahr bringen. Es wurde betont, daß eine solche Maßnahme etwas ganz anderes sei als eine Verhinderung der Amerikaner an der Benutzung solcher Schiffe durch Gesetz, wie einige schwebende Gesetzanträge und Entschließungen vorschlagen, und nicht als eine Preisgabe von Rechten angesehen werden könnte.

Stone veröffentlichte eine Erklärung, in der er sich gegen jede Maßnahme des Kongresses aussprach, bevor die diplomatischen Mittel erschöpft wären. Andere Berichte lauten ebenfalls dahin, daß keine endgültige Maßnahme erwartet wird, ehe die Beilagen zu der deutschen Denkschrift in Washington eingetroffen sind.

Ein Beschluß über Gores Antrag.

Washington, 2. März. Spät in der Nacht einigten sich die Regierung und die Senatoren in einer Konferenz mit den Republikanern dahin, die von Gore vorgeschlagene Resolution morgens zur Besprechung zu bringen und nicht zuzulassen, daß ein anderer Antrag an ihre Stelle gesetzt werde.

Fremdenblatt
5. III. 1916

Die Wirtschaftskonferenz der Alliierten.

K. Amsterdam, 4. März. Ein hiesiges Blatt meldet aus London:

Der politische Mitarbeiter der „Times" bringt nähere Einzelheiten über die bevorstehende Wirtschaftskonferenz in Paris. England, Frankreich, Italien, Japan und Rußland, vermutlich auch Belgien und Serbien werden vertreten sein.

Unter den britischen Delegierten werden sich wahrscheinlich mehrere Minister befinden. Die Regierung vergewissert sich jetzt des Standpunktes der Kolonien, damit die britischen Delegierten im Namen des ganzen Reiches sprechen können.

Fremdenblatt 5. III. 1916

Die Bewaffnung der Handelsschiffe.

„Verbesserte" Instruktionen der britischen Admiralität.

London, 4. März.

Anläßlich des deutschen Memorandums über die Behandlung bewaffneter Kauffahrteischiffe veröffentlicht die Admiralität in extenso die Instruktionen für die britischen Handelsschiffe, die zur Verteidigung bewaffnet sind, vom 20. Oktober 1915. Die wichtigsten Sätze sind folgende:

Das Recht von Handelsschiffen, gegen eine Durchsuchung sich gewaltsam zu wehren und zur Selbstverteidigung zu kämpfen, wird im Völkerrecht anerkannt und im deutschen Prisengesetz in einem Zusatz vom Juni 1914, also aus einer Zeit, wo es bekannt war, daß eine Anzahl Schiffe zur Verteidigung bewaffnet wurde, ausdrücklich zugegeben. Die Bewaffnung geschieht ausschließlich, um bei einem Angriff durch ein bewaffnetes feindliches Fahrzeug Widerstand zu leisten und darf nicht zu einem anderen Zwecke gebraucht werden. Die Schiffe müssen, ehe sie das Feuer eröffnen, die britische Flagge hissen. Die Erfahrung lehrte, daß feindliche U-Boote zuweilen Handelsschiffe ohne vorherige Warnung angriffen. Es ist deshalb wichtig, daß diesen Fahrzeugen und Flugzeugen nicht gestattet wird, sich in einem Abstand zu nähern, wo ohne Warnung mit fast unbedingter Sicherheit des Erfolges ein Torpedo lanziert oder eine Bombe geworfen werden kann. Die Unterseeboote Englands und seiner Alliierten erhielten den Befehl, sich keinem Handelsschiff zu nähern. Infolgedessen war anzunehmen, daß jedes U-Boot und jede Flugmaschine, die absichtlich auf Handelsschiffe zufahren oder sie verfolgen, dies in feindlicher Absicht tun. In solchen Fällen kann das Handelsschiff das Feuer zur Selbstverteidigung eröffnen, um zu verhüten, daß das feindliche Fahrzeug oder die Flugmaschine sich so weit nähere, daß die Verteidigung gegen einen plötzlichen Bomben- oder Torpedoangriff unmöglich wird. Ein bewaffnetes Handelsschiff, das der Mannschaft eines in Seenot befindlichen Schiffes zu Hilfe kommt, soll keinen Kampf mit einem feindlichen Fahrzeug suchen, auch dann nicht, wenn es selbst angegriffen wird. Dabei kann aber das Feuer zur Selbstverteidigung eröffnet werden. Man soll sich erinnern, daß die Flagge kein Nationalitätenbeweis ist. Deutsche U-Boote und bewaffnete Handelsfahrzeuge verwendeten häufig die britische oder eine verbündete oder neutrale Flagge, um sich unentdeckt zu nähern. Wenn die Benützung der Maskierung und der falschen Flagge, um der Gefangennahme zu entgehen, eine legitime Kriegslist ist, so könnte ihre Anwendung bei bewaffneten Handelsschiffen, die für die Verteidigung bewaffnet sind, doch leicht eine falsche Auffassung herbeiführen. Diesen Schiffen ist es deshalb verboten, eine Maskierung zu gebrauchen, die bewirken könnte, daß man sie für neutrale Schiffe hält.

Die Admiralität bemerkt hiezu: Diese Instruktionen, die gegenwärtig gelten, sind deren letzte Ausgabe. Mehrere aufeinanderfolgende Vorschriften wurden erlassen, aber nicht, weil sich ihre Politik geändert hat. Diese blieb sich immer gleich. Es handelte sich nur um eine Verbesserung des Wortlautes, um den rein defensiven Zweck der Bewaffnung der Handelsschiffe deutlicher zu betonen. Die Admiralität hielt es infolge einer falschen Interpretation dieser Instruktionen und infolge der sehr gezwungenen Auslegung der von der deutschen Regierung aus früheren Instruktionen angeführten Teile für wünschenswert, diese Instruktionen in extenso zu veröffentlichen, um die Besorgnisse der Neutralen zu zerstreuen.

* * *

Von zuständiger Seite wird hiezu dem Wolffschen Bureau mitgeteilt:

1. Nachdem England drei Wochen lang geflissentlich versucht hat, die Existenz geheimer Angriffsbefehle in Zweifel zu ziehen, kann die britische Admiralität jetzt anscheinend nicht mehr umhin, den Inhalt der deutschen Denkschrift vom 8. Februar 1916 zu bestätigen. Sie veröffentlicht allerdings Instruktionen, die angeblich am 20. Oktober 1915 erlassen worden sein sollen. Der Dampfer „Woodfield", ein Transportdampfer der britischen Admiralität, auf dem die deutscherseits veröffentlichten britischen Instruktionen gefunden wurden, verließ aber England erst am 26. Oktober 1915 und hatte dennoch die Instruktionen vom 31. Mai 1915 an Bord. Die britische Admiralität wird sich also nicht wundern dürfen, wenn man vorläufig annimmt, daß diese angeblich vom 20. Oktober stammenden Instruktionen erst jetzt angefertigt worden sind. Politische Gründe ließen es außerdem offenbar gleichzeitig wünschenswert erscheinen, diese neuen Befehle gegenüber den früheren Befehlen in der Fassung zu mildern oder, wie sich die englische Admiralität auszudrücken beliebt, „sie zu verbessern". Das Urteil über diese Verbesserungsversuche und die angeblich falsche deutsche Interpretation wollen wir getrost den Neutralen überlassen, die ja die Photographien der deutscherseits aufgefundenen Instruktionen bereits lange in Händen haben.

2. Es ist unwahr, daß die Anlage zur deutschen Prisenordnung vom Juni 1914 einem Handelsschiff das Recht auf Widerstand zugesteht. Der in Frage kommende Satz lautet: „Leistet ein bewaffnetes feindliches Kauffahrteischiff Widerstand gegen prisenrechtliche Maßnahmen, so ist dieser mit allen Mitteln zu brechen." Wenn dann weiter bestimmt wird, daß die Besatzung als Kriegsgefangene zu behandeln ist, so ist dies lediglich aus Billigkeitsgründen geschehen, um die Besatzung nicht leiden zu lassen für das Befolgen der völkerrechtswidrigen Anweisungen ihrer Vorgesetzten. Dagegen bestimmt der Befehl, daß die Passagiere, die sich an dem Widerstand beteiligen, als Seeräuber behandelt werden. Die Frage, wie ein Kauffahrteischiff zu behandeln ist, das gegen ein Kriegsschiff angriffsweise von Waffen Gebrauch macht, ist in dem Befehl überhaupt nicht berührt. Handelsschiffen gegenüber wird ein solches Vorgehen ausdrücklich als Seeraub bezeichnet. Es gehört schon die ganze Verdrehungskunst der Engländer dazu, um aus diesem Satz herauszulesen, Deutschland habe das Recht anerkannt, daß Handelsschiffe sich gewaltsam zur Wehr setzen und zu diesem Zwecke sogar zum Angriff übergehen dürfen.

3. Die neuen Instruktionen enthalten ebenfalls den Befehl zum Angriff auf jedes in Sicht kommende U-Boot. Der Versuch, diesen befohlenen Angriff zu einer Verteidigungsmaßnahme zu stempeln, ist mehr wie dürftig. Wie verträgt sich übrigens dieser Befehl mit der feierlichen Zusicherung der englischen Regierung in Washington, nach der britische Handelsschiffe niemals feuern werden, wenn nicht zuvor auf sie gefeuert worden ist? Ausdrücklich sei schließlich noch festgestellt, daß die britische Admiralität lediglich auf Grund der von ihr aufgestellten allgemeinen Vermutung, daß jedes in Sicht kommende U-Boot feindliche Absichten habe, ihren bewaffneten Handelsschiffen den Befehl zum sofortigen Angriff gegeben hat. In keiner Weise konnte die Schlußfolgerung des deutschen Weißbuches besser bestätigt werden, wo gesagt worden ist: „Hiernach ist klargestellt, daß die bewaffneten englischen Kauffahrteischiffe den amtlichen Auftrag haben, die deutschen Unterseeboote überall, wo sie in ihre Nähe gelangen, heimtückisch zu überfallen, also rücksichtslos gegen sie Krieg zu führen."

Neues Wiener Tagblatt 5./III. 1916

Deutschland und Frankreich.

Von Universitätsprofessor Dr. **Heinrich Kretschmayr.**

Wir stehen im Kriege und wollen unser Schicksal tragen. Aber in stillen Stunden ergreift uns doch durch die Stürme hindurch mächtig die sorgende Frage: Wird wieder Friede werden, wahrer Friede? Werden, die einander so grimmig befehden, einander wieder verstehen? Die äußern Verhältnisse werden manchen Haß besiegen. Wird es aber auch ein innerliches Verständnis geben, zumal zwischen den zwei nun so trostlos weit auseinanderklaffenden Kulturen des Festlandes, Deutschland und Frankreich? Fragen wir doch lieber: Haben beide jemals sich verstanden? Die Geschichte lehrt, Frankreich, das Frankreich der Politik und der Kultur, wollte erobern, gewinnen, bezwingen, Deutschland sich auf sich selbst besinnen, sich verteidigen. Was es an Siegesfahrten deutschen Volkes und deutschen Wesens nach Frankreich hinein gibt, das ist im letzten Grunde ungewollt geschehen, notwendiger politischer Rückschlag oder natürlich laufender Kultureinfluß. Dann und wann erblühte aus solcher Beziehung etwas wie freundliches Verstehen. Aber im Grunde sind durch Jahrhunderte enger und schicksalsvoller Nachbarschaft hindurch beide Völker einander fremd geblieben.

Seit es ein Deutschland und Frankreich gibt, seit vor tausend Jahren die Begriffe Deutsch und Französisch sich abgeschlossen haben, gibt es auch einen politischen Kampf der beiden Völker: Das linke Rheinland ist ihnen von Anfang an Streitgebiet. Deutschland gewann es, machte es zu seinem Herzogtum Lothringen und den Rhein zu seinem Strome. Denn Deutschland war stärker, es führte das Schwert; Frankreich aber führte Wort und Feder. Und Wort und Feder waren stark. Die Kreuzfahrernation der Franzosen wurde in den Ritterzeiten des Hochmittelalters die Erzieherin von Europa zu einer neuen abendländischen Kultur. Ihre Troubadours, ihre Heldengedichte und Novellen, ihre Baukunst werden Anreiz und Vorbild für alle Welt, zumal für Deutschland. Gallischer Dünkel freilich nur kann sagen, unsre Wolfram und Walter und unsre gotischen Dome seien ein Geschenk von Frankreichs Gnade. Wir Deutsche haben, was wir bekamen, umgeschaffen, unter französischer Form blühte deutscher Geist. Aber es war doch ein gewaltiger Eroberungszug französischer Nation.

Der Rückschlag blieb nicht aus. In den plebejischen Jahrhunderten des Spätmittelalters und der Reformation möchte eher Deutschland, das Land der Waffenschmiede, der Buchdruckerkunst, der Meistersinger und Martin Luthers, gebend als nehmend scheinen. Die große Kulturbringerin preist der Franzose Henri Etienne in Hugenottenzeiten die Nachbarnation und rühmt Frankfurt am Main als ein neues Athen. Dann verdunkelt das Elend des Dreißigjährigen Krieges für lange unsres Landes neue Herrlichkeit und bricht seine materielle und moralische Kraft. Und über dieses verwahrloste Deutschland kam zum zweiten Male Frankreich.

Es war das Frankreich der „goldenen Könige", das sich im Aufklärungsjahrhundert vom westfälischen Frieden bis zum Siebenjährigen Kriege wiederum die Welt gewann. Sein Roi soleil war der vornehmste Herr, sein Hof die erste Gesellschaft, seine Kunst der feingeschliffenen Rede und prangenden Paläste die glänzendste Kultur der Welt. Und diesesmal war es anders als in jenen Ritterzeiten des Mittelalters, eine völlige Unterwerfung Deutschlands. Es verlor kostbares Land, verlor den Elsaß, verlor Straßburg, verlor sich selbst; das einst so stolze deutsche Volk begann es als Schande zu empfinden, deutsch zu sprechen und zu schreiben. Niemals war unser Vaterland weniger sein Eigen.

Niemals aber hat auch die Welt eine stolzere Erhebung gesehen als unsern Aufstieg aus der dürren Oede der Aufklärung zu den Höhen unsrer klassischen Zeit. Während Frankreich die maßlose Machtgier seines Sonnenkönigs mit politischem Niedergang, innerer Haltlosigkeit und literarischem Nihilismus bezahlte, sandte Deutschland der Welt seine Denker und Dichter. Bald halten sie Einzug in Frankreich. Goethe wird den Franzosen teuer, an Kant können sie nicht vorbei, willig neigen sie sich der deutschen Musik. Trotz Napoleon, Befreiungskrieg und Nationalismus verliert dieses Wechselverhältnis nicht, sondern gewinnt an Wärme; Ernest Renan und Hippolyte Taine preisen und pflegen deutsche Methode, und Jules Claretie warnt seine Landsleute vor einem Sadowa der Unwissenheit. Jules Michelet, der Geschichtschreiber, und Victor Hugo, der Dichter, verlangen nach deutsch-französischem Bündnis gegen Albion und Moskowiter, und Napoleon III. meint allen Ernstes, Deutschlands Einigung veranstalten und doch zugleich das linke Rheinufer heimtragen zu können. Denn das geduldige Kind Deutschland soll doch immer nur die huldvoll begönnerte bäuerliche Schwester der feinen Dame Frankreich sein.

Achtzehnhundertsiebzig! Bismarck schreitet durch die Welt. Die Träume versinken, Frankreich fällt aus allen Himmeln. Das also ist Deutschland! Frankreich soll nie wieder auf Eroberung ausgehen gegen Osten? Im Herzen der Besiegten, zu solch politischem Höllensturz Verdammten glüht das Verlangen nach Vergeltung, nach Wiedergewinn des verlornen Platzes im Rate der Völker mehr

Neues Wiener Tagblatt 5. III. 1916

II

76

Deutschland und Frankreich

noch als der verlornen Länder, nach „Revanche". Manchmal mochte es scheinen, als sei dieser Rachewunsch verflackert, als hielte Frankreich den Platz an Deutschlands Seite doch für den tauglichsten. Als es aber zur Entscheidung kam, vor achtzehn Jahren, da war der Haß gegen Deutschland doch die stärkste Empfindung, und Frankreich, durch die Aussichten auf den Erwerb von Marokko geködert, wurde Vasallin des britischen Weltreiches. Jetzt endlich glaubte es, nach den milden Zeiten der dritten Republik, sich vor dem rechten Ziel: Deutschlands Zerstörung. England und der kostspielige Bundesgenosse Rußland werden dazu helfen. Jetzt wird alles vermaledeit, was je aus Deutschland gekommen ist, jetzt werden Deutschland alle Wege zur Sonne verlegt, ihm alle Lebensnotwendigkeiten seiner Kolonialpolitik unterbunden, und in tollem Haß schreit sich die französische Intelligenz in die Wut und Schande einer Literatur hinein, der die Zauber französischer Anmut und französischen Geistes völlig verloren gegangen scheinen. „Was soll man von einem Volke denken," fragt einer dieser Kämpen, „das unser Wort Delikatesse zu einem Ausdruck für Wurstwaren erniedrigt hat!" Deutsche und Franzosen sind einander fremder denn je.

Der Geschichtschreiber will die Zukunft nicht voraussagen. Ihm genügt, die Vergangenheit nach Möglichkeit zu entschleiern und auf die Lehren zu verweisen, die sie erteilt. Und die Leidenschaft und Ungewißheit der Stunde laden nicht lockend zu Erwägungen ein, ob es mit Deutschland und Frankreich wieder anders werden wird in einer neuen Zeit. Aber wer nun mit Wort und Feder für das Gemeinwohl zu streiten sich bemüht, dem ziemt es wohl, auch in Sturmesnacht an den kommenden Tag zu denken und nach seinen Kräften einen verheißungsvollen Sonnenaufgang vorbereiten zu helfen. Warum sollte, wenn nur einmal das Revanchefieber überwunden sein wird — nein, nein, wir messen keine Zeiten ab —, auf den Feldern der Politik sich nicht eine volle Einigung erzielen lassen? Deutschland will wohl auch heute die Integrität des europäischen Frankreich gewahrt wissen? Hat Afrika nicht Raum für beide? Die Levante wird Frankreich wohl räumen müssen. Aber stehen dort französische Lebensinteressen auf dem Spiel? Ueber Frankreich stehen drei schlimme Zeichen: englische Vormundschaft, das Schwinden der Volkskraft, der innere Widerspruch im Staatsaufbau. „England braucht unsre Armee, nicht unsern Sieg. Zum Schlusse werden wir die Geprellten sein": gestehen sich einsichtsvolle Franzosen ein. Bedeuten die sinkenden Geburtsziffern nicht schon ein Todesurteil? Wird dieser strenge Zentralstaat auch weiter kraftlos im Durcheinander parlamentarischen Cliquentreibens gipfeln wollen? Wie es auch ausgehen mag, Frankreich wird zur Nebensonne werden. Wird ihm dann noch immer Gewinn scheinen, beladene Vasallin Englands zu bleiben, statt Deutschlands sicherlich verwöhnte schöne Schwester zu werden?

Aber das Wesen; französisches und deutsches Wesen! Die Franzosen sind Rationalisten, wir sind problematische Naturen. Sie wollen Klarheit, Systematik, Einheitlichkeit: eine uniforme Verwaltung, einen zentralisierten Staat, eine politische Leitidee, möglichst gerade, wohl gerechnete Linien des Alltagslebens; ihre Sprache ist tönende Mathematik, ihre Methode will alle Verworrenheiten des Daseins auf klare Nenner stimmen, alle spröde Wissenschaft zum harmonischen Kunstwerk zwingen. Form und Wort, wie sehr sind die Franzosen ihnen untertan und wie sehr, gestehen wir's nur ein, sollten wir darin von ihnen lernen. Hätten wir Form und Wort nicht allzusehr verachtet, unsre Feinde würden sich nicht so tief in die Seelen der Neutralen hineingesungen haben. Und wir hätten es doppelt nötig gehabt, für unsre Lebensauffassung zu werben. Denn sie ist nicht bequem, weil uns das Leben kein frohes Festmahl sein soll, sondern eine harte Pflicht. Uns wäre lateinische Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auch dann ein leerer Schall, wenn die Erfahrungen mit dieser revolutionären Dreiheit überzeugender ausgefallen wären. Wir wollen Unterordnung unter das Gemeinwohl, wir wollen Gliederung der Gesellschaft, und wir lieben das wahllose Fraternisieren nicht. Wir wollen frei sein nach innen, unbegrenzt frei im Herzen und im Gewissen, nach außen aber strenges Gesetz und festen Befehl höher schätzen als ausgeklügelte Menschenrechte. Wir sind dabei nicht zu kurz gekommen und haben, die wir keine Nenner suchten, doch alles auf den mächtigsten Nenner gebracht. Mögen die andern unsre „Staatsmystik" verfluchen, wir wissen, die Kunst deutscher Organisation, die diese uns erschuf, ist eine der wundersamsten Erscheinungen der Geschichte, wird uns den Krieg gewinnen.

Wir sind anders als die Franzosen. Mag jeder von uns seinen „französischen Winkel in der Seele" haben, wir wissen uns heute frei von Frankreich und vor einer französischen Kulturoffensive so gut gesichert wie vor einem Eroberzug der Politik. Wir glauben uns nicht besser als die Franzosen, aber wir glauben, daß unser Lebensideal innerer Freiheit und äußerer Gebundenheit zwar minder glänzend und geschliffen ist als das ihre, aber daß es wertvoller ist und daß wir, wenn wir für seine Behauptung streiten, eine Sache der Menschheit verfechten. Der Zorn der Stunde soll uns nicht irreführen. Was ist nicht alles schon erhöht worden, was tief erniedrigt schien! Wir verzweifeln nicht daran, daß einmal der Tag kommt, da wieder Worte fallen wie jenes von Viktor Hugo: „Deutschland fühlt und Frankreich denkt. Deutschland und Frankreich sind die Gesittung."

Fremdenblatt
5. III. 1916

Die Blockade Deutschlands.

K. London, 3. März. Auf dem Schiffahrtskammertag erklärte der Reeder Raeburn aus Glasgow, in der Blockade gegen Deutschland sei England viel zu bedächtig gewesen. Zweifellos habe Deutschland beträchtliche Zufuhren an Waaren durch die neutralen Länder erhalten, wenn auch zugegeben werden müsse, daß Deutschland nicht hermetisch abgeschlossen werden könne. Nachdem Raeburn noch über die hohen Frachtsätze gesprochen hatte, an denen, wie er sagte, die Neutralen reich verdient hätten, erklärte er, es wäre Selbstmord, zuzulassen, daß die deutschen Fahrzeuge, die sich in neutralen Häfen befänden, wieder ihren gegenwärtigen Besitzern zufielen; für jedes versenkte Schiff der Engländer oder ihrer Alliierten müsse wenigstens ein deutsches Schiff fortgenommen werden.

Die Zeit 5. III. 1916

Die Neutralität der Schweiz.

Eine Erklärung der Regierung.

FB Bern, 4. März.

In der Neutralitätskommission des Nationalrates gab Bundesrat Hoffmann namens des Bundesrates folgende Erklärung ab:

Der Bundesrat hat für sich stets die volle uneingeschränkte Leitung der politischen Angelegenheiten des Landes beansprucht und ausgeübt. Er hat insbesondere den Artikel 204 der Militärorganisation stets dahin ausgelegt, daß, wenn diese Bestimmung ihm das Recht verliehen habe, dem General eine Weisung über den durch ein Truppenaufgebot zu erreichenden Endzweck zu erteilen, er damit auch die von der Armee und ihrem Kommando einzuhaltenden politischen Richtlinien festzusetzen habe. Der General seinerseits hat in militärischer Beziehung eine völlig selbständige, unabhängige Stellung, wie sie durch die Militärorganisation umschrieben ist.

Als unverrückbare politische Richtlinie unseres Landes bezeichnete der Bundesrat in seiner Instruktion in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der eidgenössischen Räte und mit der an die Mächte erlassenen Erklärung die absolute Neutralität. Der Bundesrat und der General fanden sich in der Auffassung über die vorstehend umschriebene Abgrenzung der zivilen und militärischen Gewalt und in der Würdigung der aus der Neutralität für die politische und militärische Leitung sich ergebenden Verpflichtungen stets in Uebereinstimmung.

Der Bericht der Regierung genehmigt.

FB Bern, 4. März.

Die Ausschüsse der beiden eidgenössischen Räte tagten in mehreren Sitzungen zur Vorbereitung des Berichtes des Bundesrates über seine Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität. Die Ausschüsse besprachen ausführlich die Oberstenangelegenheit und erhielten von den Vertretern des Bundesrates eingehend Aufschlüsse über seine Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität. Von welscher Seite wurde verschiedentlich an der Haltung der Regierung Kritik geübt, ohne daß aber irgendwelcher Antrag auf Beschränkung der von der Bundesversammlung bei Ausbruch des Krieges der Regierung erteilten Generalvollmacht gestellt worden wäre. Immerhin machte sich in den Ausschüssen im Hinblick auf die militärgerichtliche und disziplinarische Erledigung der Oberstenangelegenheit eine ruhige Auffassung über die innere und äußere politische Lage der Schweiz geltend. Schließlich wurde in allen Punkten eine vollständige Einigung erzielt.

Nach Schluß der gemeinsamen Beratung der beiden Ausschüsse beschloß in einer gesonderten Sitzung der aus 21 Mitgliedern bestehende Ausschuß des Nationalverbandes, dessen Vollversammlung zunächst die Beratung des Neutralitätsberichtes zusteht, einstimmig folgendes: Nachdem die Kommission die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Vollmachten konstatierte, die dem Bundesrat durch Bundesbeschluß erteilt wurden, nachdem sie von der Erklärung des Bundesrates Kenntnis nahm, daß er von diesen Vollmachten wie bis zu diesem Tage Gebrauch machen will für die Sicherheit und die Unabhängigkeit des Landes, für die Aufrechterhaltung seiner Neutralität und für die Beobachtung peinlicher Unparteilichkeit in Hinsicht auf alle Kriegführenden, nachdem sie vom General und Oberkommandierenden der Armee die Erklärung entgegennahm, daß dieser in all diesen Punkten mit dem Bundesrat immer einig vorging und einig bleiben wird, und nachdem sie Kenntnis nahm von der bindenden Erklärung des Bundesrates, daß er für jede Session der Bundesversammlung, sofern es notwendig ist, Bericht erstatten werde über die von ihm kraft seiner Vollmachten getroffenen Maßnahmen, beantragt sie die Genehmigung des zweiten Berichtes des Bundesrates vom 19. Februar 1916 über die von ihm kraft des Bundesbeschlusses vom 3. August 1914 getroffenen Maßnahmen.

Frankfurter Zeitung 5./III. 1916

Schwedischer Brief.

P Stockholm, Ende Februar.

Wer von Schweden eine kurze Zeit fort war und nun wieder in den leisen Schwall der Stimmen hineinhört, die hier oben im Norden das Leben und Schicksalbauen der Völker begleiten, der macht die Wahrnehmung, daß sich die Gegensätze der Parteien in den letzten Monaten verschärft haben. Eigentlich haben ja schon vom ersten Tage des Weltkrieges an die Gegensätze der Parteien auch in den Ländern, die der Krieg nicht gleich unmittelbar berührte, begonnen, sich auf den Krieg zu beziehen und auf das große europäische Problem, dessen krasser Ausdruck er ist. In Schweden dreht sich allmählich vielleicht mehr als in anderen neutral gebliebenen Ländern die Frage um Krieg oder Frieden. Das einfache Volk weiß so gut, wie die leitenden Staatsmänner es wissen, daß gerade für Schweden noch im Verlauf dieses Weltkrieges eine Stunde der wichtigsten Entscheidung plötzlich dasein kann. Das Wissen von diesem Sachverhalt scheint sich unter der friedlichen Oberfläche des Alltagslebens immer weiter zu verbreiten und schließlich keinen Menschen mehr ganz unberührt zu lassen. Irgend etwas wie „Stimmung" liegt in der Luft, und dem entspricht die neuerdings so auffallende Regsamkeit der Freunde und Vertreter der Entente. Sie sparen weder mit Worten noch mit Taten, um dieser einstweilen kaum faßbaren „Stimmung" entgegenzuwirken. Es begann nach der Eröffnung des Reichstags Mitte Januar mit den Erklärungen der schwedischen Regierung, die so viel zu denken gaben, daß denn auch auf ihr Ersuchen die Vertreter des Volkes weitere 25 Millionen zum besseren Schutze der Neutralität bewilligten. Der Reichstag hat bisher garnicht den Verlauf genommen, den sich die Gastgeber der bekannten schwedisch-parlamentarischen Studienkommission in Paris und London gedacht haben. Unversehens war die „Stimmung" da; sie ist eigentlich nichts anderes als das erwachende Verantwortungsgefühl des Volkes gegen sein eigenes Schicksal in einer Zukunft, die kein Mensch für die nächsten Monate vorauszusagen wagt. Gegen dieses erwachte Verantwortungsgefühl begannen denn auch sogleich die Führer der linken Parteien einen Zerstörungsfeldzug großen Stils einzurichten, der in erster Linie der Verteidigung ihres bedrohten Einflusses gilt. Der gegenwärtig einsetzende Wahlkampf für die im März stattfindenden Wahlen zu den Provinziallandtagen, die in Schweden Landthings genannt werden, kommt ihnen dazu gerade recht.

Unter dem vereinfachenden Einfluß des Kriegsproblemes gibt es scheinbar gegenwärtig hier in Schweden nur zwei große Parteien: eine Linke und eine Rechte. Wenigstens suchen es die Radikalen in einer nicht ungeschickten Spekulation auf die Denkträgheit der Massen so darzustellen, indem sie das Schlagwort ausgeben: die Linke für den Frieden, die Rechte für den Krieg. Das ist eine vollkommene Fälschung oder Verdrehung. Es ist nicht schwer, sich davon zu überzeugen, daß die Rechte, ob sie nun aus Konservativen, aus Fortschrittlichen oder auch aus sogenannten Großschweden besteht, zunächst und im Grunde nichts will als jene nach allen Seiten unabhängige Neutralität, in der Schweden bisher sowohl den russisch-französischen Lockungen wie auch den englischen Rücksichtslosigkeiten gegenüber sein Recht auf Selbstbestimmung zu wahren gewußt hat. Das Programm der Radikalen heißt dem gegenüber: Frieden um jeden Preis. Diese Radikalen, die aber dabei, wie die Herren Branting, Heden, Palmstjerna und Adelsvärd, erklärte und eifrige Ententefreunde sind und sich ihre Schlagworte von Paris und London her verschrieben, teilweise aus erster Hand auch das Nötige selber von der bekannten Studienreise im vorigen Dezember mitgebracht haben, sehen nicht oder wollen es nicht sehen, daß es England Schweden gegenüber wie mit einer gewissen Absichtlichkeit auf den Bruch ruhig ankommen läßt. Im Hinblick auf die beabsichtigte Blockade Deutschlands und die weiteren enormen Opfer, die Rußland im Falle eines Waffenganges mit Schweden zu tragen hätte, liegt England scheinbar am wenigsten daran, einen solchen Krieg zu vermeiden. Andererseits haben die zuvorkommenden und sanften Versicherungen russischer Diplomaten wohl noch nie eine so gläubige Gemeinde gefunden wie diese schwedischen Freunde der Menschenrechte. Was Rußland später einmal zu tun gedenkt, wenn es seine Hände wieder frei hat, wenn seine neuen im Bau begriffenen Eisenbahnen in Finland und an der Murmanküste fertig sind und die jetzt mit aller Schamlosigkeit betriebene Verrussung Finlands vollendet ist, das kümmert diese sonderbaren schwedischen Seher und Zukunftsmänner äußerst wenig. Im Gegenteil! Einzelne Stimmen aus der Linken rufen sogar nach dem Generalstreik, um den drohenden Krieg zu verhindern. Wenn man durch dieses Mittel einen bereits mobilisierten Feind zurückhalten könnte, dann möchte es hingehen. So aber empfindet selbst der sonst nicht schüchterne Herr Branting im „Socialdemokraten" den Ruf nach dem Generalstreik als eine böse Entgleisung und warnt dringend vor dem Chaos, das aus einem solchen Versuche entstehen würde. Kleine Ausstände in Industrieorten, an der Eisenbahn und in den Werften werden aus der Provinz gemeldet; auch sind wehrfeindliche Kundgebungen eingezogener Mannschaften vereinzelt vorgekommen, nirgends aber hätten diese Vorfälle eine mehr als örtliche Bedeutung. Sie sind immerhin Symptome einer intensiv betriebenen Wühlarbeit.

Bei der näheren Betrachtung dieser Wühlarbeit kann man freilich von dem zweideutigen Wirken der Entente in Schweden ein Bild gewinnen, denn sie geht nicht ohne Mithilfe einer durch billige und äußerst einfältige Drucksachen französischer und englischer Herkunft unterstützte antideutsche Propaganda vor sich und hat im Grunde den Zweck, die schwedische Wehrmacht nach Möglichkeit zu schwächen. Bemerkenswert ist daneben der stille Fleiß der vielgenannten Transitogesellschaft, die ihrerseits bekanntlich dazu da ist, den schwedischen Handel unter die englische Kontrolle zu bringen. Bei dem russischen Bundesgenossen jenseits der Ostsee ist dieser schöne Zweck bereits in vollem Maße erreicht. England überwacht durch seine Beauftragten in Petersburg und Stockholm vollständig die russische Einfuhr und Ausfuhr. Russische und finländische Firmen, die sich dieser künstlichen Vertrustung ihres vorher freien Handels mit Schweden widersetzen, werden von den Engländern, denen ja die russische Regierungsmacht zur Verfügung steht, kurzerhand gezwungen, sich den Verträgen der Transitogesellschaft zu unterwerfen oder von dem Geschäft ausgeschlossen zu werden. In ähnlicher Weise gehen die Beauftragten der Transitogesellschaft auch gegenüber den schwedischen Firmen vor. Frisch und frei fordert man von ihnen den Abbruch ihrer Handelsbeziehungen mit Deutschland. Wohlweislich versucht die Transitogesellschaft, nachdem ihr erstes Auftreten in Schweden mit so unangenehmem Geräusch verknüpft war, alles Aufsehen nach Möglichkeit zu vermeiden, und sie verhandelt mit den einzelnen Firmen sozusagen in der Isolierzelle. Eine um so lautere Reklame aber betreibt sie da, wo man sie von hier aus nicht hört, nämlich in Amerika, und zwar unter Hinweis auf ihr noch keineswegs so sichergestelltes Handelsmonopol für die durch Schweden nach Rußland gehende Warendurchfuhr. Man wird aber wohl nächstens mehr von ihr zu hören bekommen. Denn es gibt immerhin noch einige Geschäftsleute in Schweden, und wohl auch einige Politiker, denen dieses stille Wirken nicht geheuer ist.

Englands Handel mit Schweden weist im Monat Januar einen bemerkenswerten Rückgang auf. Die Ziffern für die Einfuhr englischer Steinkohle nach Schweden sind für Januar

	1914	1915	1916
Tonnen	286 458	262 936	128 227
Zstr.	193 484	146 360	116 285

Für Baumwollgarn gelten folgende Ziffern:

	1914	1915	1916
e. Pfd.	196 600	446 400	144 200
Zstr.	9 821	19 413	9 129

Die schwedische Butterausfuhr nach England ist folgendermaßen zurückgegangen: Januar

	1914	1915	1916
ewts.	26 294	11 939	471
Zstr.	166 139	86 860	3 312

Das englische Einfuhrverbot auf Granit, das am 1. März in Kraft tritt, wird als ein schwerer Schlag für die bekannte schwedische Steinindustrie bezeichnet.

Frankfurter Zeitung 5. III. 1916

I.

81

Schwedischer Brief.

Zu welchen primitiven Formen der Warenzufuhr die russische Industrie einstweilen durch den Krieg gezwungen ist, geht daraus hervor, daß man sich im jetzigen Winter in bedeutenderem Maße als je des Schlittenverkehrs von einem der nördlichsten Fjorde Norwegens nach Finland bedient. Dieser Verkehr — von Kirkenäs über Tyro nach Rowanjemi — hat in den letzten Wochen eine derartige Ausdehnung gewonnen, daß er gegenüber Winteranfang, wo er 500 bis 600 Pferde zählte, jetzt bereits 3000 Pferde beschäftigt. Auf einer noch nördlicheren Strecke bedient man sich zu diesem Frachtverkehr sogar der Renntiere. Die Entfernung von Kirkenäs nach Tyro beträgt 185 Kilometer. Die mit durchschnittlich 900 Kilogramm beschwerten Schlitten legen den Weg in vier Tagen zurück. Täglich gehen etwa 150 Schlitten ab. Es handelt sich angeblich hauptsächlich um Zufuhren für die finnische Industrie, die ja so gut wie an allem Mangel hat und bisher eine gewisse Abneigung zeigt, sich der zu diesem Zweck in Stockholm gegründeten Transitogesellschaft zu bedienen. Den Hauptteil der Frachten macht Baumwolle aus. Man spricht aber auch von Schwefel und anderen Dingen, die von Kriegsmaterial nicht mehr gar so weit entfernt sind.

In den letzten Wochen ist das Währungsverhältnis Schwedens zu den übrigen Ländern der Welt ein besonders interessantes Problem geworden. Schweden hat einen Schritt getan, der in der Finanzgeschichte von Bedeutung sein wird: es hat für seine Reichsbank den Goldkaufzwang aufgehoben. Damit ist faktisch aus dem gewaltigen ökonomischen Ereignis, das dieser Krieg neben anderem bedeutet, eine erste Folgerung gezogen, eine Folgerung, die das Gold, wenn auch vielleicht nur für eine vorübergehende Zeit, von seiner königlichen Rolle als wirtschaftlicher Wertmaßstab enthront. Schweden, wie die meisten Länder, die an dem Krieg Handelsgewinne gemacht haben, ist von Gold gesättigt, es will Waren. Damit hat zum ersten Mal die unnatürliche Warenspannung Ausdruck gefunden, die infolge der langen Dauer des Krieges und des Darniederliegens so vieler Friedensindustrien in fast allen Ländern vorhanden ist und die Völker wie ein Hunger ergriffen hat. Sie kann mit einer Regelung der Forderungen durch Gold nicht mehr abgespeist werden. Es scheint, in der ersten Zeit nach dem Kriege werden die Völker zu dem alten elementaren Tauschhandel zurückkehren, wenn auch in gewaltigeren und zeitgemäßen Formen. Das Valutaproblem hat tatsächlich in der letzten Zeit viele Köpfe beschäftigt, die der Geschäftsleute so gut wie die der Gelehrten. Was die deutsch-schwedischen Beziehungen auf diesem Boden anbetrifft, so ist es hier kürzlich zu einigen vorwurfsvollen Aeußerungen auf beiden Seiten gekommen, und einer dieser wirtschaftspolitischen Artikel, die in „Stockholms Dagblad" erschienen, gab dem eifrigen Berichterstatter der „Deutschen Tageszeitung" den Anlaß, „von der beginnenden Schwenkung einiger angesehener, bisher als deutschfreundlich angesehener Zeitungen" zu sprechen. Es ist aber keinerlei Schwenkung vollzogen worden, und auch den Andeutungen, daß „das ententefreundliche Kapital in letzter Zeit erhebliche Anstrengungen gemacht habe, um auch auf diesem Gebiete seiner Sache die Oberhand zu verschaffen", fehlt jede ernstere Unterlage. Was die Valutafrage anlangt, so ist sie unbestreitbar etwas kompliziert. Man darf aber mit um so größerem Vergnügen den Versicherungen des vorhin genannten Blattes Glauben schenken, das kurze Zeit nach seinem Alarmruf zu berichten wußte, daß auf deutscher wie auf schwedischer Seite Kommissionen mit einander verhandeln und daß dank dem Entgegenkommen und dem Vertrauen der Beteiligten ein beide Seiten befriedigendes Resultat in Aussicht stehe.

Kölnische Zeitung 6./III. 1916.

Die Neutralen.

Die Beendigung der rumänischen Armee-Organisation

z Man schreibt der Politischen Information: Die Meldung, daß die rumänische Armee-Reorganisation beendet und daß im ganzen 120 Infanterie-Regimenter aufgestellt wären, dürfte zutreffend sein. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Infanterie-Regimenter erklärt sich dadurch, daß Rumänien einen besonders großen Überschuß an ausgebildeten Mannschaften der aktiven Armee und der Reservearmee besitzt, so daß es außer den Ersatzkörpern auch weitere neue Formationen aufstellen konnte. An sich würden 120 Regimenter, wenn man das Regiment zu 3000 Mann rechnet, allein eine Stärke von 360 000 Mann geben. Im Mobilmachungsfall wird man mit einer Armeestärke von 4—500 000 Mann sicher rechnen können, denn Rumäniens Einwohnerzahl beträgt zirka 7½ Millionen. Die Umbildung des Heeres hat ebenso wie bei den übrigen Balkanstaaten nach dem Balkankrieg eingesetzt. Sie besteht in erster Linie in einer Verlängerung der bisher 21 Jahre währenden Dienstpflicht auf 25 Jahre, wobei die Reserve- und Milizdienstzeit um je zwei Jahre erhöht wurde. Der wehrpflichtige Rumäne dient jetzt vom vollendeten 21. Lebensjahre bis zum vollendeten 46. Lebensjahre, wovon sieben Jahre auf die aktive Armee, zwölf Jahre auf die Reserve und sechs Jahre auf die Miliz entfallen. Wichtig ist auch die Bestimmung, daß Mannschaften, die einen zweijährigen Präsensdienst abgeleistet haben, im ersten Jahr des Ergänzungsstandes dem Kriegsministerium zu jeglichem Dienst zur Disposition stehen. Die aktive Armee setzt sich im Frieden aus fünf Korps mit zehn Infanteriedivisionen, zehn Kavalleriebrigaden und zehn Artilleriebrigaden zusammen. Es wurden in jedem Korps ein halbes leichtes Haubitzen-Regiment, ein technisches Bataillon in Bukarest, dem eine Luftfahrabteilung mit Fliegerpark und Schule angehört, sowie eine Militärfechtschule in Bukarest neugebildet. Außerdem wurden aus einem halben reitenden Artillerie-Regiment ein Regiment sowie aus einem Artillerie-Regiment zwei selbständige Bataillone gebildet. Ebenso wie in Bulgarien wird im Kriege aus der aktiven Armee und deren Reserve das Operationsheer aufgestellt. Die Miliz hat die Bestimmung, im Innern des Reiches sowie im Rücken des Operationsheeres verwendet zu werden, wobei sie nach Bedarf zu Einheiten zusammengezogen wird. Im Krieg werden gleichfalls zunächst fünf Korps mit zehn aktiven Divisionen aufgestellt, denen je eine Reservedivision zugeteilt wird. Außerdem werden eine oder zwei Kavalleriedivisionen neben der Divisionskavallerie aufgestellt. Die Infanteriedivision besteht aus zwei Infanteriebrigaden zu je zwei Infanterie-Regimentern und drei Bataillonen, ein Jägerbataillon, eine Eskadron, eine Artilleriebrigade zu zwei Regimentern zu sechs Kanonenbatterien und technischen Truppen. Die Division weist demnach einen Gefechtsstand von 14 000 Gewehren, 180 Reitern, 48 Geschützen und 26 Maschinengewehren auf. Nach den in Militärhandbüchern aufgeführten Zahlen soll die im Kriege zu formierende Feldarmee ohne Ersatztruppen, Besatzungsformationen und Landsturm nur einen Gefechtsstand von 250 000 Gewehren, 18 000 Reitern, 600 modernen und 200 ältern Geschützen sowie etwa 300 Maschinengewehren aufweisen. Wir können nach den bisher bei den Balkanheeren gemachten Erfahrungen annehmen, daß sich die militärische Kraft Rumäniens auch in einem Heere von 500 000 Mann noch nicht erschöpft hat.

Berner Bund 6. III. 1916

Amerika und die Frage der bewaffneten Handelsschiffe

Die im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Depeschen über die Verhandlungen des Senates der Vereinigten Staaten bedeuten, daß die Partei, die die bekannten Erklärungen Deutschlands über die bewaffneten Handelsschiffe nicht anerkennen will, die Mehrheit im Senate besitzt. Die vom demokratischen Senator Gore vorgeschlagene Resolution wollte die Amerikaner von Staates wegen warnen, mit bewaffneten Handelsschiffen zu reisen. Gore habe nach Preßmeldungen schon vor dieser Senatssitzung erklärt, er glaube nicht, daß Deutschland je die Unverletzlichkeit solcher Handelsschiffe zugestehen werde, und er glaube im ferneren nicht, daß die öffentliche Meinung Amerikas einen Krieg mit Deutschland aus Gründen dieser Weigerung gutheißen würde. Man vergebe der nationalen Ehre und Würde durchaus nichts, wenn man die Amerikaner vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen warne.

Die Kollegen des Senates aber waren nicht seiner Meinung. Sie vertagten die Resolution mit 68 gegen 14 Stimmen auf unbestimmte Zeit. Und merkwürdigerweise melden Zeitungsberichte, Gore selber habe schließlich für die Vertagung seiner eigenen Resolution gestimmt. Aus welchen Gründen ist allerdings nicht ersichtlich. In den Havas-Meldungen über den Verlauf der Sitzung wird die Abstimmung als ein entschiedener Sieg Wilsons bezeichnet. Wilson habe — nach einer Wolff-Meldung aus Washington — den Senatoren und Repräsentanten gegenüber ausdrücklich den Standpunkt vertreten, die Vereinigten Staaten müßten sich in der Behandlung der Unterseebootsfrage an das bestehende Völkerrecht halten, weil, wenn ein anderer Weg eingeschlagen würde, die Vereinigten Staaten in dem Verkehr mit den fremden Nationen nicht den geraden Weg würden gehen können. Beide im Kriege befindlichen Parteien, sagte Wilson, begingen zur Wiedervergeltung für Taten der Gegenpartei Handlungen, die dem Völkerrecht nicht streng entsprechen. Die Warnung an die Amerikaner, sich von bewaffneten Handelsschiffen fernzuhalten, würde eine Anerkennung der Berechtigung, solche Schiffe anzugreifen, bedeuten.

Wenn auch die bisherigen spärlichen Nachrichten keine volle Klarheit geben, so ist doch sicher, daß die Vertagung der Resolution Gore einer Verschärfung der Spannung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gleichkommt.

Fremdenblatt
6. III. 1916

Amerika und der U-Boot-Krieg.

Der Antrag Gore im Senat.

K. **Berlin,** 4. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Washington meldet: Im Anschlusse an die Absetzung der Resolution Gore von der Tagesordnung entstand im Senate eine neuerliche lebhafte Auseinandersetzung. Mehrere Senatoren machten geltend, daß die Angelegenheit durch die Abstimmung nicht völlig erledigt sei.

Nachdem Senator James beantragt hatte, daß die Resolution Gore und alle Eventualanträge von der Tagesordnung abgesetzt werden sollten, brachte Gore einen Zusatzantrag zu seiner Resolution ein, wodurch als Meinung des Senates zum Ausdruck gebracht werden sollte, daß der Tod amerikanischer Bürger auf bewaffneten Handelsschiffen, die ohne vorherige Warnung versenkt würden, einen Krieg rechtfertigen würde.

Darauf beantragte James, daß sich der Antrag auf Absetzung der ursprünglichen Resolution und der Eventualanträge von der Tagesordnung auch auf diesen Zusatzantrag erstrecken solle.

Dadurch wurden die Senatoren genötigt, sich in einer und derselben Abstimmung gleichzeitig über die Frage der Warnung und über die Frage, ob die Tötung von Amerikanern auf ungewarnten Handelsschiffen einen Krieg rechtfertigen würde, auszusprechen. Deshalb stimmte Gore selbst für die Absetzung von der Tagesordnung, da er gegen seinen eigenen Abänderungsantrag war und ihn nur eingebracht hatte, um eine Meinungsäußerung des Senates über diese Frage herbeizuführen.

Mehrere Senatoren erklärten, daß die Form einer doppelten Frage an dem Ausfall der Abstimmung schuld sei, da nur wenigen Senatoren über die Frage der Berechtigung eines Krieges ihre Stimme abgeben wollten.

Nach der Abstimmung brachte der republikanische Senator Mac Cumber eine Resolution ein, die sachlich mit der kürzlich von ihm als Eventualantrag zur Resolution Gore eingebrachten übereinstimmte und die als Meinung des Senates zum Ausdruck bringen sollte, daß die Regeln des Völkerrechtes der neuen Art der Kriegführung angepaßt werden müßten und daß, solange Verhandlungen mit anderen Mächten schweben, die Amerikaner ersucht werden, ihr Leben nicht durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in Gefahr zu bringen. Bei der Einbringung seiner Resolution erhob Mac Cumber Einspruch dagegen, daß die Aussprache geschlossen werden sollte.

Der republikanische Senator Jones stellte fest, daß die Absetzung der Resolution von der Tagesordnung die Frage eher noch mehr verwirrt als geklärt habe.

Senator Borah erklärte, daß die Abstimmung als Meinungsäußerung des Senates für den Präsidenten Wilson von keinem Werte sei.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 5. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

2. März. Ein kleiner feindlicher Angriff bei Marter (Val Sugana) wurde abgewiesen. Unsre schwere Artillerie hat mit Erfolg die Eisenbahnstation Tobla beschossen. An der ganzen Isonzofront dauert das schlechte Wetter an; in den höher gelegenen Regionen herrscht Schneefall. Trotzdem waren unsre Patrouillen außerordentlich tätig, gingen vor und belästigten den Feind in seinen Schützengräben durch Gewehrfeuer und Handgranaten. Die Artillerie konnte wichtige Objekte, darunter die Eisenbahnstation von Santa Lucia, beschießen. Eine eigene Batterie, welche kühn in eine günstige Stellung gebracht wurde, eröffnete überraschend das Feuer gegen feindliche Baracken und Kantonierungen hinter Podgora, die wirksam beschossen wurden.

3. März. Im Hochgebirge gebieten weder der stellenweise mehr als fünf Meter hohe Schnee, noch die zahlreichen Lawinen der Tätigkeit unsrer Artillerie und unsrer Patrouillen Einhalt. An der Görzer Front entfaltete die feindliche Artillerie eine lebhafte Tätigkeit, wurde aber von der unsrigen wirksam bekämpft.

Rußland.

4. März. An der Düna zwischen Dünaburg und Jakobstadt und in der Nähe von Illurt erfolgreiche Tätigkeit unsrer Aufklärer. Weiter südlich und auf der galizischen Front das übliche beiderseitige Feuer.

Frankreich.

4. März, 3 Uhr nachmittags. Die Beschießung in der Gegend von Verdun wurde im Laufe der Nacht in verschiedenen Abschnitten lebhaft fortgesetzt, aber von keiner Tätigkeit der feindlichen Infanterie begleitet. Bei Eparges verhinderten wir den Feind an der Besetzung eines durch die Explosion einer seiner Minen gebildeten Trichters. Von der übrigen Front ist außer der üblichen Artillerietätigkeit nichts zu melden.

4. März, 11 Uhr nachts. Im Artois wurde ein feindlicher Versuch, uns aus dem Trichter zu vertreiben, den wir an der Straße von Neuville nach La Folie besitzen, abgewiesen.

In den Argonnen beschossen wir in der Gegend südöstlich von Vauquois deutsche Anlagen und zerstörten mehrere Unterstände.

In der Gegend von Verdun war den ganzen Tag über die Beschießung auf dem linken Maasufer bei Cote 304 und Cote Oie sehr heftig. Auf dem rechten Ufer unternahm der Feind nach einem gegen den Wald von Haudremont östlich der Cote Poivre gerichteten heftigen Feuer einen Angriff gegen unsre Stellungen, der durch unser Maschinengewehr- und Infanteriefeuer angehalten wurde. Vormittags glückte es den Deutschen, in dem Dorfe Douaumont, aus welchem wir sie durch Gegenangriff am Abend vorher vertrieben hatten, wieder Fuß zu fassen. Der Kampf um den Besitz des Dorfes, der erbittert geführt wird, wogt mit wechselndem Erfolge hin und her. In der Woevre mäßige Artillerietätigkeit auf beiden Seiten.

In Lothringen nahmen wir in der Gegend des Teiches von Thiaville nach Artillerievorbereitung mehrere feindliche Grabenstücke in Besitz und machten etwa 60 Gefangene, darunter 1 Offizier; 2 Maschinengewehre und 1 Bombenwerfer blieben in unsrer Hand.

Belgischer Bericht.

An der belgischen Front nichts von Bedeutung.

* * *

6. März, 3 Uhr nachmittags. In Belgien brachte unsre Artillerie südlich Lombartzyde feindliche Gräben zum Einsturz. In den Argonnen zahlreiche Schüsse unsrer Batterien auf Gräben und Verbindungswege des Feindes in der Gegend Haute-Chevauchée und Boureuilles, wo ein Brand verursacht wurde. In Gegend Verdun breitete sich der Kampf aus, der auf das Dorf Douaumont lokalisiert war. Gestern abends um 6 Uhr richtete der Feind nach einem heftigen Bombardement gegen unsre Linien vom Gehölz Haudremont bis zum Fort Douaumont einen sehr lebhaften Angriff, der durch unser Sperr- und Infanteriefeuer zurückgewiesen wurde. Im Laufe der Nacht war die Beschießung andauernd weiter sehr lebhaft auf unsrer ganzen Front östlich der Maas, westlich Mort Homme und der Cote Cie.

11 Uhr nachts. Nördlich Soissons richteten unsre Batterien Zerstörungsfeuer auf die feindlichen Werke. In den Argonnen beschoß unsre Artillerie feindliche Arbeiten in der Nähe des Weges von Binarville nördlich La Harazee und bei Haute Chevauchée. Nördlich Verdun sehr lebhaftes Bombardement, namentlich zwischen dem Gehölz von Haudremont und dem Fort Douaumont, doch erneuerte der Feind seine Angriffe in dieser Gegend nicht. Keine Veränderung beim Dorf Douaumont, dessen unmittelbare Zugänge wir halten. Angriff im Gehölz östlich Vacherauville. Im Woevre starke Beschießung in der Gegend von Fresnes und östlich Haudiomont. Unsre Artillerie zeigte sich sehr tätig auf der gesamten feindlichen Front, beschoß in Bewegung befindliche feindliche Truppen nördlich Vacherauville sowie im Gehölz, in den Gräben und an den Zugängen von Louvement. Einer unsrer Flieger schleuderte in der letzten Nacht mehrere Bomben auf den Bahnhof von Conflans, wo eine große Tätigkeit herrschte.

Belgischer Bericht.

Durch Pausen unterbrochene Beschießung auf der belgischen Front.

Frankfurter Zeitung
6./III. 1916

Der gescheiterte russische Vorstoß an der Ikwa.

(Privat-Telegramm der „Frankfurter Zeitung").

L. v. B. Wien, 5. März. (Zf.) Nachdem in Wolhynien im Abschnitt von Dubno seit September nur dann und wann einzelne Artilleriekämpfe die Ruhe unterbrachen, versuchten am 3. März stärkere russische Kräfte sich den Uebergang über die Ikwa in den ersten Morgenstunden zu erzwingen. Ihr Vorstoß traf auf die Truppen der Wiener Infanterie-Division, die die Angreifer energisch und unter großen Verlusten wieder auf das jenseitige Ufer zurückwarfen. Die beiderseitigen Stellungen liegen sich dort an manchen Stellen nur auf dreißig bis vierzig Schritte gegenüber. Ein Teil unserer Verteidigungslinie geht quer durch die Stadt Dubno hindurch. Die Vorstadt ist von den Russen besetzt. Beide Ufer der Ikwa sind stark versumpft. Jene Stellen, wo ein feindlicher Angriff möglich war, wurden besonders stark bewacht, sodaß der beginnende Vorstoß sofort erkannt wurde. An manchen Stellen wurde der Angriff schon durch Artilleriefeuer zum Stehen gebracht. Wo es trotzdem russischen Kräften gelang, das diesseitige Ufer zu erreichen, warf sie unsere Infanterie zurück.

Daß die Nachrichten der feindlichen Presse über eine glückliche russische Offensive in Ostgalizien unwahr sind, beweist am besten der Bericht unseres Generalstabes, wonach die dortigen Stellungen seit einem halben Jahre fest in unseren Händen sind.

Von der bessarabischen Front.

r Czernowitz, 5. März. (Priv.-Tel., zf.) An der bessarabischen Front herrscht seit einer Woche vollkommene Ruhe. Nur an einem Tage, als das Wetter sich aufhellte, fand ein kleines Artilleriegefecht statt. Eine russische Mine explodierte vor unseren Schützengräben, ohne Schaden anzurichten. Sonst ruht jede Kampftätigkeit. Die Schneemassen erreichten eine Höhe von zwei Metern. Es herrscht andauernd Nebelwetter. In Nordbessarabien sind alle Straßen mit Schneemassen bedeckt. Ein großer Teil der Kampftruppen wird von den Russen zum Schneeschaufeln verwendet. Der Weg, der längs der bessarabischen Kampffront verläuft und zur Versorgung dieser Front notwendig ist, ist fast unbrauchbar, sodaß die Verproviantierung der russischen Truppen sich nur unter den größten Schwierigkeiten vollzieht.

Vossische Zeitung

7./III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Für die Wiedervereinigung der Internationale. Das Exekutivkomitee der Britischen Sozialistischen Partei hat an das Exekutivkomitee des Internationalen Bureaus ein Schreiben gerichtet, worin es heißt: „Ebenso wie die skandinavischen Parteien wünscht die Britische Sozialistische Partei zu sehen, daß die Demokratie aller Länder sich vorbereitet, um an den Verhandlungen für einen Friedensvertrag teilzunehmen auf der Basis des allgemein angenommenen Programms, das von dem Internationalen Sozialistischen Kongreß in Kopenhagen 1910 aufgestellt und seither von der Konferenz der alliierten Sozialisten in London im Februar 1915 und von der österreichisch-deutschen sozialdemokratischen Konferenz in Wien im vergangenen April bekräftigt worden ist." — Alle sozialdemokratischen Parteien bis auf die französische haben nunmehr ihren Wunsch nach dem Zusammentritt des Internationalen Sozialistischen Bureaus geäußert.

•

Einstellung der Tätigkeit der sozialdemokratischen Jugendorganisation. In einer gemeinschaftlichen Delegiertenversammlung der Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs und des Gewerkschaftskartells für Hamburg-Altona ist mit großer Mehrheit beschlossen worden, „die Tätigkeit des Jugendbundes von Hamburg, Altona und Umgegend bis auf weiteres einzustellen". Zur Begründung dieses Schrittes wird angeführt: „Da infolge der Einberufung zum Kriegsdienst die Einnahmen der Partei und gewerkschaftlichen Organisationen um zwei Drittel zurückgegangen sind und noch ein weiterer Rückgang in nächster Zeit eintreten wird, können die gemeinsam geschaffenen Einrichtungen der Partei und Gewerkschaften während der Kriegszeit nicht mehr aufrechterhalten werden." Seit 1909 bis Ende 1915 sind in Hamburg für das Bildungswesen von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften über 200 000 M. ausgegeben worden. Diese Summen müssen jetzt mit Rücksicht auf die Abnahme der Mitglieder und die Kriegsunterstützungen gespart werden.

Vossische Zeitung
7./III. 1916.

Die Eroberung Kameruns.

In den siebenten Mitteilungen des Reichs-Kolonialamtes über die Kämpfe in den Kolonien findet sich auch ein längerer Abschnitt über Kamerun, dem wir folgendes entnehmen:

Einen gesonderten Kriegsschauplatz hatte seit Beginn des Krieges Mora im äußersten Norden des Schutzgebietes gebildet. Am 27. August 1914 war die hier stehende 3. Kompagnie unter dem Hauptmann v. Raben, von der ein vom Oberleutnant v. Duisburg geführter Zug zur Besetzung des Postens Kusseri abgegeben war, von englischen Truppen angegriffen, hatte jedoch die Angreifer zurückgeschlagen. Da die Residentur Mora nicht zur Verteidigung gegen europäisch geschulte und bewaffnete Truppen eingerichtet war, hatte Hauptmann v. Raben eine Bergstellung auf einen der nördlichen Ausläufer des Mandara-Gebirges in nächster Nähe von Mora bezogen. Ende September war zu ihm die Besatzung von Kusseri gestoßen, nachdem sie sich durch die den Posten einschließenden französischen Truppen durchgeschlagen hatte. Auch die Bergstellung Mora wurde dann von drei englischen Kompagnien, zu denen im Oktober vier französische Kompagnien nebst Geschützen und Maschinengewehren gestoßen waren, eingeschlossen. Darauf unternommene Sturmversuche hatten die Belagerten blutig zurückgeschlagen. Anfang Dezember 1914 hatte Hauptmann Dühring von Garua aus mit der 12. Kompagnie vergeblich versucht, Mora zu entsetzen. Im März 1915 überbrachte Hauptmann Weise, dem mit neun farbigen Soldaten der Durchbruch durch die Einschließungslinie geglückt war, die erste Nachricht aus Mora nach Garua. Die ersten schriftlichen Meldungen des Hauptmann v. Raben waren Oktober 1915 nach Jaunde gelangt. In ihnen heißt es:

Mora, vom 3. Juli 1915.

Letzte Nachrichten aus Garua über Ereignisse bis 1. März 1915 am 22. März hier eingetroffen ... Wiederholte Schießereien um die Wasserlöcher endigten damit, daß uns Gegner diese überlassen mußte. Außerdem hat Regenzeit eingesetzt, so daß Gefahr des Wassermangels beseitigt ist. Kornvorräte reichen bis Ende August—Mitte September. Patronenvorräte 48 000. Viele Kranke. Skorbut infolge einseitiger Ernährung und Salzmangel. Seit März 9 Mann gestorben, 2 gefallen. In der Zeit vom Mai bis 9. Juni wurden mehrere kleine Unternehmungen ausgeführt, wobei der Gegner folgende Verluste hatte: Etwa 10 Soldaten tot, 4 verwundet, außerdem tot eine Anzahl Träger. Erbeutet wurden 27 Stück Vieh, 1 Pferd, einige Patronen, 3 Mäntel, einige Decken. Eigene Verluste keine. Sultan Maibukar soll von den Engländern gefangen gesetzt und nach Maidugari gebracht worden sein. An seiner Stelle soll Mai-omar zum Sultan eingesetzt worden sein. Am 2. Juni erhielt der gefangene Sergeant Taylor Briefe und Zeitungen bis 16. April. Chinin ausgeht bis Mitte August. Schickt Chinin und Jodkali. Ueberbringer dieses sind Kanuri Mamadu aus Marua und Batamann Jaja aus Djongum. v. Raben.

Bote Jaja 20. Juni zurückgekehrt, behauptet in Garua gewesen zu sein und Station verlassen vorgefunden zu haben. Es wird bezweifelt, daß Jaja in Garua war. Der Gesundheitszustand unserer Leute hat sich gebessert, da Kost durch Gemüse abwechselreich. Verpflegungsvorräte durch Patrouillen ergänzt. Im Juni ein Soldat schwer verwundet, ein Soldat an Krankheit gestorben. Ueberbringer dieses Schreibens sind Soldat Mamadu und Pferdepfleger Sangala. In einigen Tagen folgen zwei weitere Boten mit gleichem Schreiben. v. Raben. (Handschriftlich) Europäer alle wohl, Gruß v. Raben.

Soldat Mamadu und die Boten Adamu und Madi sind am 8. August 1915 zurückgekehrt. Alle drei waren in Garua und berichten übereinstimmend, daß Garua gefallen sei. Die Europäer und ein Teil der Soldaten seien gefangen nach Lokadja gebracht, ein Teil der Soldaten unter dem Feldwebel Mballa sei Richtung Ngaundere abgerückt. Außer diesen Angaben, die sich mit den Aussagen des Boten Jaja decken, berichten sie noch allerlei mehr oder weniger phantastisches Zeug, das ihnen Eingeborene erzählt haben. Im Juli wurden hier verschiedene Patrouillen unternommen, wobei der Gegner drei gezählte Tote und mehrere Verwundete hatte. Erbeutet wurden zwei Gewehre, Patronen, drei Europäer-Lasten. Ein Koffer enthielt einen Brief über Kämpfe in Togo, den ich beilege. Aus einem anderen Schreiben war zu ersehen, daß eine Verstärkung von drei Europäern und 136 farbigen Soldaten Mitte Juli vor Mora eingetroffen ist. Es sind Franzosen aus Binder. Hier stehen jetzt etwa vier bis fünf Kompagnien und drei bis vier Maschinengewehre. Von uns ist im letzten Monat ein Soldat gestorben, vier wurden leicht verwundet, Verpflegung war einförmig, aber ausreichend. Munitionsbestand rund 45 000. Am meisten entbehren wir Nachrichten über Lage hier und zu Haus. Schickt Nachrichten und Chinin, das Ende September zu Ende geht. Den Boten bitte ich für Rückweg reichlich Geld mitzugeben, am besten englische oder deutsche Einmarkstücke, damit sie auf dem Rückmarsch Salz und einige Esel für uns kaufen können. Boten sind: Soldat Ramadu in Eingeborenen-Kleidung, Jungen Adamu und Mahdi. Ab Mora, den 11. August 1915. v. Raben.

Die Erzählung der Boten des Hauptmann v. Raben über die Vorgänge anläßlich der Bekanntgabe des Falles von Garua an die Besatzung von Mora durch ihren Führer ist bereits in der Tagespresse veröffentlicht.

Vor einigen Tagen haben die Zeitungen die amtliche englische Nachricht gebracht, daß die Besatzung von Mora sich ergeben habe; Munitionsmangel habe sie zu diesem Schritte gezwungen. So ist eingetreten, was nach den Meldungen des Hauptmann v. Raben erwartet werden mußte. Auch der größte Heldenmut, der zäheste Wille durchzuhalten, muß erlahmen, wenn die Mittel zur Fortsetzung des Kampfes ausgegangen sind. Die Leistungen der tapferen Verteidiger der Bergstellung werden durch die schließliche Uebergabe nicht geschmälert; sie sind und bleiben eine Glanzleistung der Schutztruppe.

Mit Mora ist der letzte Platz Kameruns gefallen, auf dem die deutsche Flagge noch wehte. Das Schutzgebiet ist jetzt seinen Feinden ausgeliefert. Seine Verteidiger sind auf das gastliche Gebiet von Spanisch-Muni übergetreten, soweit sie nicht in der von ihnen so heldenmütig verteidigten Erde zur letzten Ruhe gebettet oder in Kriegsgefangenschaft geraten sind. Mögen sie sich nun von den großen Anstrengungen und Entbehrungen des Krieges erholen, um dereinst freudig mitarbeiten zu können an dem Wiederaufbau des Schutzgebiets.

Frankfurter Zeitung 7. III. 1916

Frankfurt, 7. März.

Am neunten dieses Monats werden sich die Ministerpräsidenten und die Minister des Auswärtigen der drei skandinavischen Königreiche in Kopenhagen treffen, um ihre Ansichten über die politische Lage ihrer Länder auszutauschen und um wie man vermuten muß der Idee der Zusammengehörigkeit der drei nordgermanischen Staatswesen einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Man erinnert sich dabei, daß schon einmal, im Dezember 1914, auf Anregung des schwedischen Königs diese Gemeinsamkeit der historischen Stellung und der Interessen Skandinaviens in der Zusammenkunft der drei nordischen Monarchen in Malmö dargestellt wurde, ein Ereignis, das damals von nordischen Patrioten mit vielen Hoffnungen geschmückt wurde. Auch jetzt ging, wie behauptet wird, die Anregung vom schwedischen König aus, obwohl die Monarchen selbst an der Besprechung nicht teilnehmen; eine solche Wiederholung der Malmöer Tagung war übrigens damals ausdrücklich vorgesehen, sodaß in der neuen Konferenz nichts Ueberraschendes zu suchen wäre, wenn nicht die besonderen Umstände der Zeit, in der sie einberufen wird und die Ereignisse, die zwischen Malmö und Kopenhagen liegen, dem Ereignis seinen besonderen Stempel geben würden.

Im Dezember 1914 standen wir noch am Anfang des Krieges; die Neutralen hatten ihn noch kaum gespürt, und es war nur die Vorsicht und die Ahnung kommender Gefahren welche einzelne von ihnen antrieb, in einem Zusammenschluß Schutz in Interessenkonflikten mit einem großen kriegführenden Staat zu suchen. Es muß anerkannt werden, daß dieses Bewußtsein am stärksten in Skandinavien vorhanden war und daß man dort die großzügigste Lösung des Neutralenrechts einen Bund aller seefahrenden Neutralen, zu erreichen suchte. Wäre Amerika damals bereit gewesen, einem solchen Bunde seine Kraft zu leihen, so hätte es seiner Würde ein großes Ansehen geben und den Interessen der Menschlichkeit und des Völkerrechts wichtige Dienste leisten können. Leider glaubte es, dieses allein besser erreichen zu können, und so unterblieb die Bildung einer starken Organisation der Neutralen, die es allein hätte fertig bringen können, daß die englische Kriegführung zur See sich zu einem Kompromiß zwischen den Interessen Englands und denen der Neutralen bequemte. Wenn man die Entwicklung seit dem Scheitern jener skandinavischen Bestrebungen verfolgt, so erkennt man, daß die Absage der Vereinigten Staaten allein von Einfluß auf die Gestaltung der Dinge gewesen ist während die Zusammenkunft von Malmö, die dazu bestimmt war, an die Stelle des unerreichbaren Bundes aller Neutralen den der skandinavischen Staaten zu setzen, nicht imstande war, die Entwicklung aufzuhalten. Der Wert eines gemeinsamen Vorgehens hätte darin bestanden, daß der kleine Neutrale an der Achtung und Furcht der größeren mitzehren durfte und daß jeder Kriegführende bei Handlungen gegen das Interesse eines neutralen Staats mit dem Willen und Vermögen aller Neutralen zu rechnen hatte. Jetzt erlitt jeder Neutrale durch den Krieg und wie die Sachen liegen durch England das Schicksal das er nicht abwehren konnte. Die Vereinigten Staaten fanden so als mächtiger Staat ihr Recht am besten, freilich indem sie bisher — tatsächlich, wenn auch nicht formell — einseitig Verständnis für die Rechtsauffassungen Englands zeigten, weil dieser Weg den Schutz der materiellen Interessen Amerikas am besten verbürgte. Während aber die Union so zum freiwilligen selbständigen Bundesgenossen der Seepolitik Englands wurde, gerieten kleine Staaten wie Holland, Dänemark und Norwegen unfreiwillig und ohne den Vorbehalt der Würde und Selbständigkeit ihrer Staaten in das Gefolge der einen kriegführenden Gruppe. Die Lage dieser Staaten ist heute so, daß sie keinen eigenen politischen Willen mehr haben daß sie besonders in Schiffahrt und Handel den Gesetzen unterworfen sind, die ihnen England vorschreibt, und daß sie zu unfreiwilligen Instrumenten der Kriegführung gegen Deutschland geworden sind. Wir sagen dies mit Bedauern und ohne Tadel, denn wir verkennen nicht, daß diese Staaten, nachdem sie der Egoismus der mächtigen Genossen ihrem Schicksal überlassen hatte vor der bitteren Notwendigkeit standen, Ehre gegen Nützlichkeit abzuwägen. Daß da und dort in der öffentlichen Meinung dieser Länder gelegentlich versucht wurde, die Politik der Hörigkeit gegen England durch den idealen Glanz der politischen Feindschaft gegen Deutschland zu verschönern, daran wollen wir beiläufig zu erinnern nicht vergessen,

Was nun Schweden betrifft, so war sein Schicksal das, daß es zwar die parteiische Neutralität der Union nicht nachahmen konnte und wollte, da dieser Weg es von den skandinavischen Genossen hinweg dahin geführt hätte, wohin Geschichte und Interessen Schweden rufen, an die Seite Deutschlands; daß ihm aber wenigstens das Maß von Demütigung erspart blieb, das seine Freunde von Malmö nicht abwenden konnten. Schwedens Stellung erwies sich als stark genug, um eine würdige Neutralität zur Not tragen zu können, aber als zu schwach, um die Reiche Skandinaviens zu einer gemeinsamen Politik neutraler Selbständigkeit zu führen. Dank seiner geographischen Lage, seiner entschlossenen Volksstimmung und seiner Gefährlichkeit für Rußland konnte es wagen, den englischen Handelskrieg mit dem schwedischen Postkrieg zu paralysieren und so die ärgsten Uebergriffe gegen die Souveränität des Staates abzuwehren; was aber seine Lage von derjenigen der Union unterscheidet, ist der defensive Charakter seiner Neutralität, in dem die Gefahr des ständigen, schrittweisen Zurückweichens und des endlichen Versinkens in dem willenlosen Neutralentum seiner Umgebung liegt. Anzeichen solcher Art könnte man, weniger in Handlungen als in Unterlassungen der schwedischen Regierung feststellen: die Transitogesellschaft, jene englische Erfindung, die unter Umgehung des schwedischen Staats die schwedischen Kaufleute in den Dienst des englisch-russischen Kriegshandels zu stellen sucht, wuchert weiter; die geistig-politische Bewegung, welche man Aktivismus nennt, weil sie eine tatkräftige Stellungnahme Schwedens für den historischen Beruf Deutschlands fordert, erfreut sich der offenen Mißbilligung der schwedischen Regierung, namentlich des Ministers des Auswärtigen, Herrn Wallenberg, dessen Politik der Neutralität einen weniger ideellen als geschäftsmäßigen und utilitarischen Charakter trägt; ja, es macht sogar in letzter Zeit den Eindruck, als ob in Schweden, begünstigt von der Furcht der Regierung, die deutschfreundliche Stimmung des Volkes möchte zum ausschlaggebenden politischen Element werden, eine Agitation zu blühen beginnt, die deutlich ihren Ursprung bei politischen Agenten der Entente verrät und die bei den Parteien Schwedens lebhafte Unterstützung findet, die in der Wehrhaftigkeit des Staates eine Gefahr für seine Sicherheit sehen!

Wir können uns bei solcher Sachlage des Zweifels nicht entschlagen, ob die Zusammenkunft in Kopenhagen eine Stärkung der schwedischen Politik bedeutet oder auch nur bezweckt. Daß Schweden nicht imstande ist, die Bande zu lösen, mit denen die beiden anderen nordischen Staaten an England gekettet sind, ist wohl nicht zweifelhaft, auch wenn der Wille in Kristiania und Kopenhagen bestände, sich ganz in die Führung des noch selbständigen Schweden, zu begeben. Es ist also eher anzunehmen, das Niveau der schwedischen Neutralitätspolitik werde dadurch sinken, daß sie sich mit der goldenen Abhängigkeit der andern auf eine Stufe stellt. Herr Wallenberg hat sicherlich das Ideal, sein Land im Krieg möglichst viel verdienen zu lassen und es zum reichen Erben der verarmenden Kriegswut Europas zu machen. Dafür kann er von seinen skandinavischen Kollegen in Kopenhagen freilich wertvolle Anhaltspunkte und Winke erhalten. Daß aber Herr Hammarskjöld, der schwedische Ministerpräsident, der wiederholt eine andere Auffassung von den Aufgaben der schwedischen Politik bekundete, in Kopenhagen ebensoviel Anregung finden wird, ist kaum zu erwarten. Die Idee des Skandinavismus, der die besten Köpfe des Nordens zuneigen, wird also aus der Kopenhagener Begegnung nicht soviel Enthusiasmus schöpfen dürfen, wie sie dies allerdings zu Unrecht, aus den Tagen von Malmö tat.

Fremdenblatt
7. III. 1916

Deutschland und Portugal.

Zuspitzung des Schiffskonfliktes.

K. Berlin, 6. März. Gutem Vernehmen nach ist bisher die Antwort Portugals auf die deutsche Note wegen der Beschlagnahme deutscher Schiffe in portugiesischen Häfen noch nicht eingetroffen.

Allem Anscheine nach spitzt sich die Angelegenheit zu.

Jedenfalls ist Deutschland entschlossen, sich das Vorgehen Portugals unter keinen Umständen gefallen zu lassen.

Neues Wiener Tagblatt
7. III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 6. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

4. März. Im Lagarinatale wurden kleine feindliche Angriffe bei Mori abgewiesen. Im Abschnitt von Görz dauert die beiderseitige Artillerieaktion mit großer Lebhaftigkeit an. Unsre Artillerie erzielte gegen die feindlichen Schützengräben und Arbeiter bei Podgora und am Sabotin gute Resultate. Die feindliche Artillerie fügte uns nur geringen Schaden zu.

Rußland.

5. März. In der Nähe von Illurt ließen wir gestern vierzehn Minen springen. Um den Besitz der Sprengtrichter entstand ein heftiger Kampf. Sechs sind fest in unserm Besitz. Bei dem Kampf um einen Sprengtrichter drangen die Deutschen unter sehr schweren Verlusten in ein halbzerstörtes Blockhaus. In der Nacht zum 4. März griffen die Deutschen gegen 3 Uhr nach anderthalbstündiger Artillerievorbereitung das Dorf Alfiewicze südlich von Kraschin, 12 Kilometer nordöstlich vom Bahnhof Baranowitschi, an. Wir warfen die Angreifer zurück. Auf der Front des Generals Iwanow vernichteten unsre Aufklärer einige Posten, außerdem besetzten sie einen vorgeschobenen Graben bei Michalcze nordwestlich von Uscieczko und schlugen drei Versuche des Feindes, den Graben wieder zu nehmen, zurück. Am Dnjestr, in der Nähe von Samuszyn, ließen wir Minen springen, deren Explosion einen Teil der feindlichen Gräben zerstörte. Die Trichter in den vorgeschobenen Gräben wurden von unsern Abteilungen besetzt.

[In Frankreich sammelt man die Gespräche über den Krieg.] Das Komitee für historische Arbeiten im französischen Unterrichtsministerium trat im Mai des vergangenen Jahres an die Lehrer und Professoren der öffentlichen Unterrichtsanstalten sowie an wissenschaftliche Gesellschaften mit der Bitte heran, die interessantesten, mündlich verbreiteten Ansichten über den Krieg zu verarbeiten und zu sammeln. Diese Sammlung soll ein möglichst vollständiges und richtiges Bild von der Volksstimmung in Frankreich während des Krieges und vom wirtschaftlichen Leben in den einzelnen Gegenden Frankreichs ergeben. Die eingelaufenen Ergebnisse dieser Enquete sind, wie wir französischen Blättern entnehmen, sehr zufriedenstellend. Sie stellen eine wertvolle Sammlung von Aussprüchen der Zeitgenossen dar, und die Unbefangenheit, der sie zu verdanken sind, gibt ihnen eine außergewöhnliche Bedeutung. An der Enquete beteiligten sich Lehrer, Professoren, Priester, Archivare, Bibliothekare, Verwaltungsbeamte und Mitglieder von Volksbildungsgesellschaften. Die Mehrzahl der verzeichneten Aeußerungen bezieht sich auf die ersten Monate des Krieges und die durch den Krieg hervorgerufenen sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen. Das Unterrichtsministerium wünscht nun die Fortsetzung dieser Sammeltätigkeit, um auch über die Ansichten des Volkes vom weiteren Verlauf des Krieges Material zu bekommen. Nach dem Kriege soll es, übersichtlich geordnet, publiziert werden.

Fremdenblatt
7. III. 1916

Ein Befehl des Generals Petain.

K. **Berlin**, 6. März. Das Wolffsche Bureau meldet:

Folgender Befehl des Generals Petain wurde bei einem Gefangenen des französischen Infanterie-Regiments Nr. 33 gefunden:

„Seit 21. Februar greift die Armee des Kronprinzen mit äußerster Kraftanstrengung unsere Stellungen um Verdun an. Noch nie hat der Feind so viel Artillerie in Tätigkeit gesetzt, nie so viel Munition aufgewandt. Bereits hat er seine besten Armeekorps, die er seit mehreren Monaten sorgfältig in Ruhe hielt, auf dem Schlachfelde restlos eingesetzt. Er erneuert seine Infanterieangriffe ohne Rücksicht auf schwere Verluste. Alles beweist, welchen Wert Deutschland dieser Offensive beilegt, der ersten großen Stiles, welche es seit über einem Jahr auf unserer Front versucht. Es beeilt sich, einen Erfolg herbeizuführen, welcher den Krieg beendet, unter dem seine Bevölkerung mehr und mehr leidet. Die Träume der Ausbreitung im Orient schwinden. Das Anwachsen der russischen und englischen Armeen ruft Beunruhigung hervor. Der Aufruf des Kaisers, den uns Ueberläufer gebracht haben, ist das Geständnis der wahren Ursachen dieses verzweifelten Angriffes. „Unser Vaterland," hat er gesagt, „ist zu diesem Angriffe gezwungen, aber unser eiserner Wille wird den Feind vernichten. Daher befehle ich den Angriff." Ihr eiserner Wille wird sich an unserer Standhaftigkeit brechen, wie in Lothringen, in der Picardie, im Artois, an der Yser und in der Champagne. Diese verzweifelte Kraftanstrengung, bei der sie die besten Truppen, die ihnen noch blieben, vergeblich verbraucht haben werden, wird den Auftakt ihres Zusammenbruches bedeuten. Ganz Frankreich blickt auf uns. Noch einmal erwartet es, daß jeder seine Pflicht bis zum Letzten tut.

Unterschrift: Der kommandierende General der 2. Armee
Petain."

Zusatz des Regimentskommandeurs:
„Diesem Erlaß des Generals Petain, ehemaligen Kommandeurs des 33. Regiments, hat der Oberst nur eines hinzuzufügen: Das 33. Regiment wird sich seines ehemaligen Kommandeurs würdig erweisen. Das 33. Regiment wird, wenn nötig, zu sterben wissen, aber weichen wird es niemals."

Zusatz des Bataillonskommandeurs:
„Dieser Befehl ist sofort den versammelten Kompagnien vorzulesen."

Die Ereignisse haben dem französischen 33. Infanterie-Regiment, an das sich der Befehl wendet, folgendes Schicksal beschert: Am 3. und 4. März kämpfte es um das Dorf Douaumont. An beiden Tagen erlitt es starke Verluste. Die Gefangenen zeigten eine verzweifelte Stimmung und klagten über die Führung und die Verpflegung. Die Zahl der Gefangenen des Regiments erhöhte sich am 5. März auf 24 Offiziere und 874 Mann. Der anfeuernde Befehl des Armeeführers, der sich nicht scheut, mit einem natürlich nie erlassenen Aufruf des Kaisers zu arbeiten, führte das Regiment also nicht zum Siege.

Fremdenblatt
7. III. 1916

Wilson und der Kongreß.

Die große Mehrheit des Repräsentantenhauses für die Warnung.

K. Berlin, 6. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in New-York meldet unter dem 3. d. M. durch Funkenspruch:

Das hervorragende Moment der Beziehungen zwischen Wilson und dem Kongreß ist die heutige Konferenz Wilsons mit dem Sprecher Clark und anderen Führern des Repräsentantenhauses. Eine Washingtoner Depesche der Associated Preß sagt über die Konferenz:

Die Führer des Hauses gingen fort, indem sie Wilson erklärten, daß heute nichts getan würde, wagten aber keine Prophezeiungen hinsichtlich der Zukunft. Sie gaben zu, daß die Lage ernst sei. Sie konnten noch nicht sagen, wie weit die Stimmung im Kongreß durch die Veröffentlichung der Anschauungen Wilsons in dem Briefe an Stone beherrscht würde.

Nach der Konferenz sagte Clark: Wir setzten Wilson auseinander, wie das Haus unserer Meinung nach denke. Ich sagte Wilson, daß die Resolution, die die Amerikaner vor der Benützung bewaffneter Handelsschiffe warnen soll, mit einer Majorität von 2:1 angenommen werden würde, wenn sie gegenwärtig im Repräsentantenhause zur Abstimmung gebracht würde. Einige begeisterte Herren dächten, die Majorität würde sich wie 3:1 verhalten.

Am Schlusse der Konferenz war es allen vollständig klar, daß Wilson auf dem Standpunkte seines Briefes an Stone beharrt. Wilson wurde durch eine große Zahl von Telegrammen ermutigt, die aus verschiedenen Landesteilen im Weißen Hause eintrafen und sich für seinen Standpunkt aussprachen. Auf der anderen Seite sind aus vielen Landesteilen Briefe in die Kanzlei des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten geströmt, welche dringend die Annahme der Resolution betreffend die Warnung der Amerikaner vor der Benützung bewaffneter Handelsschiffe verlangen.

Senator Gore erklärte, daß er mit Rücksicht auf die Korrespondenz zwischen Wilson und Stone umso begeisterter für seine Sache sei. „Die Annahme meiner Resolution," sagte er, „würde keine Schmälerung amerikanischer Rechte bedeuten. Meine Resolution geht dahin, daß die Ansicht des Kongresses sei, daß amerikanische Bürger vermeiden sollen, ihr Recht auszuüben, auf bewaffneten Schiffen zu reisen."

In den Kreisen von Regierungsbeamten hieß es, Wilsons Warnung in seinem Briefe, daß die Vereinigten Staaten das Völkerrecht vor der Verletzung seitens irgend einer Nation oder irgend einer Gruppe von Nationen schützen müßten, sei gegen alle europäischen Kriegführenden gerichtet. Die Regierung, hieß es, sei im Begriff, an England eine Note über die Banngutfrage abzusenden, die seit Wochen in Vorbereitung stehe. Sie werde die gegen die Beschlagnahme amerikanischer Postsachen bereits erhobenen Proteste kräftig betreiben.

Berlin, 6. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) In der „Stampa" werden die Londoner Berichte kommentiert, welche vom Siege Wilsons im Senate melden. Das Blatt erklärt, daß die Endentscheidung beim Repräsentantenhause allein liege, welches schon öfter Beschlüsse angenommen habe, die im Gegensatze zu jenen des Senats standen. Wilsons Schwierigkeiten seien daher noch nicht behoben.

Fremdenblatt
7. III. 1916

Kriegskalender.

26. Februar: Unsere Truppen dringen bis an die Landzungen östlich und nördlich von Durazzo vor. — Oestlich der Maas erkämpfen sich die Deutschen die Höhe südwestlich Louvemont, das Dorf Louvemont und die östlich davon liegende Befestigungsgruppe; in der Champagne dringen die Franzosen südlich von Sainte Marie-a-Py in einer Breite von 250 Meter in die deutsche Stellung ein; östlich Armentieres wird ein englischer Nachtangriff abgewiesen. — Brief Wilsons an Senator Stone über den U-Boot-Krieg. — Pasitsch in Athen. — Die türkische Kammer genehmigt die Regierungsvorlage über die Einführung des gregorianischen Kalenders.

27. Februar: Unsere Truppen nehmen Durazzo in Besitz. — Am Rande der Hochfläche von Doberdo greift die italienische Infanterie nach starker Artillerievorbereitung vergeblich an. Tarvis wird wieder beschossen. — Westlich Verdun nehmen die deutschen Champneuville, die Cote de Talon und kämpfen sich bis nahe an den Südrand des Waldes nordöstlich von Bras vor; östlich der Festung erstürmen sie die ausgedehnten Befestigungsanlagen von Hardaumont. Fünf französische Angriffe auf die Panzerfeste Douaumont brechen unter schweren Verlusten zusammen. In der Woevre-Ebene dringen die Deutschen gegen den Fuß der Cote Lorraine vor. Südöstlich Ypern wird ein englischer Angriff abgeschlagen. — Die britischen Dampfer „Dandby", „Tummel", „Faitnet", „Dido" und „Westworby" versenkt; das Paketboot „Maloja" geht vor Dover unter.

28. Februar: In Durazzo haben unsere Truppen 23 Geschütze, 10.000 Gewehre, 17 Segel- und Dampfschiffe sowie viel Artilleriemunition und große Verpflegsvorräte erbeutet. — In der Champagne erobern die Deutschen das Gehöft Navarin und beiderseits davon die französische Stellung in einer Ausdehnung von mehr als 1600 Meter. Bei der Feste Douaumont sowie auf dem Hardaumont werden französische Angriffsversuche niedergehalten; die Maashalbinsel von Champneuville ist vom Feinde gesäubert; die Deutschen schieben ihre Linien in der Richtung auf Leacherauville und Bras weiter vor; den Fuß der Cotes Lorraines haben die Deutschen vom Osten her an mehreren Stellen erreicht. — Protestnote Deutschlands gegen die Beschlagnahme deutscher Schiffe in Portugal. — Filipescu in Petersburg. — Abgeordneter Erzberger in Bukarest.

Neue Freie Presse
7. III. 1916

Ein Schreiben des Papstes an die ungarischen Bischöfe.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Budapest, 6. März.

In der vorjährigen ungarischen Bischofskonferenz war an den Papst ein Begrüßungsschreiben abgeschickt worden, in welchem die ungarischen römisch- und griechisch-katholischen Bischöfe dem Papst für seine Bestrebungen im Interesse des Friedens und der Befreiung der Kriegsgefangenen den Dank aussprachen.

Auf dieses Schreiben antwortete nun der Papst in einem an den Kardinal-Fürstprimas Johann Csernoch gerichteten Brief, worin es heißt: „Auch Euch schmerzen die Greuel des Krieges, und Ihr versprechet all das zu beherzigen, was wir, von Christi Liebe angespornt, zur Verminderung und Linderung des Kriegsunglücks unternommen haben, und daß Ihr zu Gott flehen werdet um den von uns allen so heiß ersehnten Frieden. Euer Brief und die Würden, die Ihr bekleidet, sind uns Gewähr für all das, was wir vom Eifer unserer heißgeliebten Brüder hoffend erwarten und was wir dankbaren Herzens entgegennehmend mit gleichen Gefühlen erwidern und für das wir einerseits als Pfand der himmlischen Güter, anderseits als Beweis unseres Wohlwollens Euch allen, unser lieber Sohn und hochwürdige Brüder, sowie Euren Herden, über die Eure Sorgsamkeit und Euer Eifer wachen, unseren Apostolischen Segen im Herrn erteilen. Gegeben zu Rom, St. Peter, am 12. Dezember 1915 im zweiten Jahre unseres Pontifikats. Papst Benedikt XV."

Neue Freie Presse
7. III. 1916

Die Zusammenkunft der skandinavischen Minister.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 6. März.

Aus dem Haag wird dem „Berliner Tageblatt" gemeldet:

Zur bevorstehenden Konferenz der Vertreter der skandinavischen Länder wird gemeldet, daß die Zusammenkunft der Premierminister und der Minister des Auswärtigen Dänemarks, Schwedens und Norwegens am 9. März in Amalienborg stattfinden wird, wo sie Gäste König Christians sein werden. Bei der geplanten Besprechung der loyalen und unparteiischen Neutralität Skandinaviens werden neben der Frage der britischen Blockade auch die neuen deutschen Bestimmungen über den Tauchbootkrieg zur Behandlung kommen.

Neue Freie Presse
7. III. 1916

Der amtliche englische Bericht.

London, 6. März.

Amtlich wird verlautbart:

In der Nacht zum Sonntag kreuzten zwei feindliche Luftschiffe über der Nordostküste. Einige Bomben fielen nahe dem Ufer ins Meer. Bis jetzt ist keine Nachricht zu erhalten, ob auf dem Lande Schaden angerichtet wurde.

Pester Lloyd
7./III. 1916

Kroatischer Landtag.

Das „Ung Tel.-Korr.-Bureau" meldet aus Agram:

Die heutige Sitzung des Landtages wurde vom ersten Vizepräsidenten Dr. Magdics eröffnet, der nach längerer Krankheit den Vorsitz wieder übernahm und von den Abgeordneten der Majorität lebhaft begrüßt wurde. Von seiten der Regierung waren der Banus und die Sektionschefs der Landesregierung anwesend.

Der Entwurf des Gesetzes über die Bekämpfung des Wuchers wurde in dritter Lesung angenommen.

Sodann zieht der Landtag den Entwurf über den Zwangsausgleich außerhalb des Konkurses in Verhandlung. Die prinzipiellen Einwendungen der Opposition werden von dem Berichterstatter Dr. Rosics und vom Justizchef Broschan widerlegt und die Vorlage sodann nach kurzer Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Hierauf gelangt die Vorlage über die Anerkennung des Islams zur Verhandlung.

Berichterstatter Dr. Surmin erörtert das soziale und nationale Moment, das für die Schaffung dieses Gesetzes maßgebend war.

Abgeordneter Bucsetics (reine Rechtspartei) ruft dazwischen: Warum sprechen Sie nicht über das politische Moment?

Abgeordneter Hervoj (Starcsevicspartei): Das darf die Majorität nicht!

Der Berichterstatter verweist auf die ähnlichen Gesetze, die in Oesterreich und Ungarn schon bestehen, und sagt: Da wir im Jahre 1910 in Kroatien im ganzen bloß 208 Moslims hatten, von denen die meisten Landesangehörige Bosniens waren, habe der Entwurf eigentlich bloß eine deklarative Bedeutung. Andererseits dürfe man allerdings nicht vergessen, daß die Moslims in Bosnien und der Herzegovina Blut von unserem Blute seien.

Hervoj: Ach was, dieser Entwurf wurde Euch von Budapest diktiert!

Redner bestreitet dies und erörtert sodann die soziale und nationale Bedeutung der Vorlage.

Kultus- und Unterrichtschef Dr. Stefan Tropsch erklärt: Durch den Entwurf soll der Islam in die Reihe der anerkannten Konfessionen mit deren Privilegien eingereiht werden. Der Islam war auch früher bei uns gestattet, aber da er nicht anerkannt war, gab es keine konfessionellen Bestimmungen für den Islam in Kroatien, so daß zum Beispiel bisher ein Moslim in Kroatien hinsichtlich des Eherechtes außerhalb des Gesetzes stand. Der Sektionschef spricht dann über die einschlägigen Gesetze in Oesterreich und Ungarn und weist auf die Bestimmungen des sogenannten interkonfessionellen Gesetzes in Bezug des Uebertritts hin, aus dem hervorgehe, daß ein Moslim jeder christlichen Konfession übertreten könne, jedoch nicht umgekehrt. Der Sektionschef begrüßt dann die Bestimmungen eherechtlicher Beziehung, die auf dem bürgerlichen Gesetz beruhen, wobei der Auffassung des Scheriatsrechtes bezüglich der Lösung des Ehebundes entgegengekommen wird.

Abgeordneter Dosen (Starcsevicspartei) erklärt, er nehme die Vorlage an, um den kroatischen Brüdern mohammedanischer Konfession entgegenzukommen, aber aus ganz anderen Gründen, als dies die Majorität tue.

Abgeordneter Persics (Starcsevicspartei) begrüßt das Gesetz vom einheitlichen kroatisch-nationalen Standpunkte aus und bedauert, daß sich die Begründung der Verlage nicht ebenfalls auf diesen Standpunkt stellte. Die Regierung und die Majorität stehen vielmehr mit diesem Gesetzentwurfe auf dem österreichisch-ungarischen Standpunkte und schließen sich formell den Intentionen der leitenden Wiener und Budapester Kreise an.

Abgeordneter Hervoj führt gleichfalls aus, es handle sich der Regierung und der Majorität nicht um das kroatisch-nationale Moment, sondern bloß darum, den Intentionen der Budapester Kreise entgegenzukommen, die den Wünschen von Wien und Berlin aus entsprechen wollen, und zwar im Interesse der alten Sympathien für den Islam. Redner kritisiert dann einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom katholischen religiösen Standpunkte, erklärt aber aus nationalem Grund für die Vorlage zu stimmen.

Nach dem Schlußworte des Referenten Dr. Surmin wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung mit einigen stilistischen Aenderungen angenommen.

Die nächste Sitzung findet morgen statt.

Neue Freie Presse Abendbl.
7/III. 1916

Der Kampf um die Warnungsfrage im amerikanischen Repräsentantenhause.

Ein Antrag auf Warnung. Neue Beratungen zwischen Wilson und Lansing. Die Anweisungen der englischen Admiralität.

Berlin, 6. März.

Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in Washington meldet durch Funkspruch:

Der republikanische Abgeordnete Mondell griff im Repräsentantenhause die auswärtige Politik der Regierung an und verlangte dringend die Annahme seines Antrages, wodurch Amerikaner vor der Benützung bewaffneter Kauffahrer gewarnt werden. Mondell sagte: Wenn jemand, der vollkommen unterrichtet ist, behauptet, daß ein amerikanischer Bürger ein Recht hat, das weder abgeleugnet noch geschmälert oder verkürzt werden sollte, in der jetzigen Zeit und unter den jetzigen Verhältnissen auf einem Schiffe zu reisen, das für ein Gefecht ausgerüstet und nach einer Gegend des Kriegsschauplatzes bestimmt ist, muß ich annehmen, daß jemand, der eine solche Absicht hat und darauf besteht, entweder die Politik gegen die nationale Ehre ausspielt oder die Absicht hat, die Nation in einen Krieg zu verwickeln.

Die letzte deutsche Mitteilung über den Unterseebootkrieg wurde in der Sitzung des Kabinetts und in der Sonderbesprechung zwischen Präsident Wilson und Staatssekretär Lansing erörtert, aber kein Beschluß gefaßt. Es wurde entschieden, die von Berlin unterwegs befindlichen Angaben über die Anweisungen der britischen Admiralität betreffs der Angriffe auf Unterseeboote abzuwarten.

„Evening Post" meldet aus Washington: Das Kabinett besprach die verschiedenen Möglichkeiten, die sich durch die neue deutsche Denkschrift ergeben. Die allgemeine Meinung war, daß, wofern nicht eine freiwillige Erklärung eintreffen sollte, die Vereinigten Staaten in England anfragen sollten, ob es wahr sei, daß die englischen Kauffahrer die geheime Anweisung erhalten haben, ihre Bewaffnung in offensiver Weise gegen Unterseeboote zu benützen, und ob die Angaben über einen solchen Gebrauch in den von Deutschland angeführten Fällen mit der diesbezüglichen englischen Mitteilung übereinstimmen.

Aeußerungen des früheren amerikanischen Generalkonsuls Gaffney über den Mißerfolg Wilsons.

Berlin, 6. März.

Der frühere amerikanische Generalkonsul in München Gaffney gab einem Mitarbeiter des „Lokalanzeiger" zu den vorliegenden Nachrichten aus Amerika folgende Erläuterungen:

Soweit ich erkennen konnte, scheint man hier in Deutschland vielfach der Ansicht zu sein, daß die bekannte Abstimmung im Senat einen Erfolg Wilsons darstelle. Das ist ein großer Irrtum. Die Abstimmung beweist nur, daß der amerikanische Senat nicht daran denkt, Wilsons Politik der Wortspalterei und Prinzipienreiterei zu billigen. Stünde der Senat geschlossen hinter dem Präsidenten, hätte die Sitzung einen ganz anderen Ausgang genommen. Bei meiner kürzlichen Anwesenheit in Amerika sah ich, daß die Auslegung, die Wilson dem Rechte der amerikanischen Bürger gab, frei zu reisen, wohin sie wollen, Bedenken erregt. Zum Beispiel ordnete er an, daß kein Mitglied der Fordschen Gesellschaft, die doch ausgesprochen nur friedliche Zwecke verfolgte, die Erlaubnis erhielt, sich frei und ungehindert in eines der kriegführenden Länder zu begeben. Die diplomatischen und konsularischen Beamten der Vereinigten Staaten hatten die strikte Weisung, den Mitgliedern der Fordschen Gesellschaft die Vidierung des Passes für irgendeines der kriegführenden Länder zu verweigern.

Der auffällige Gegensatz zwischen dieser Verweigerung und der jetzt vom Präsidenten geforderten Berechtigung für alle Amerikaner, nicht nur nach den kriegführenden Staaten zu reisen und die Kriegszone zu passieren, sondern dies auch auf bewaffneten Fahrzeugen zu tun, ist den amerikanischen Politikern natürlich nicht entgangen. Ich kann heute keine weiteren Mitteilungen machen, möchte aber dringend warnen, den über England aus den Vereinigten Staaten kommenden Meldungen irgendwelche Bedeutung zu schenken. Sie sind immer und selbst da, wo sie für Deutschland anscheinend günstige Nachrichten enthalten, von feindseliger Absicht und tendenziös zurechtgemacht.

Fremdenblatt Abendbl.
7. III. 1916

Schweizer Nationalrat.

Eine Neutralitätsdebatte.

K. **Bern**, 6. März. Nachmittags begannen die Verhandlungen im Nationalrat über die Neutralitätspolitik des Bundesrates. Die Zuschauertribüne und die Logen der diplomatischen Vertreter der auswärtigen Staaten waren überfüllt.

Präsident Engster hielt eine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Ansprache, in der er eingangs der Kriegswirren gedachte, durch die die Schweiz in eine schwere wirtschaftliche und geistige Krise gestürzt wurde. Er sagte: Gemessen an dem Elend, das der Krieg erzeugt, ist es der Schweiz trotz allem gut gegangen. Angesichts der Lage der Schweiz und der Möglichkeit einer vermehrten Kriegsgefahr dürfen die Schweizer nicht länger säumen, um sich wieder zusammenzuschließen zu voller Einigkeit. Redner zollte der Haltung und der Arbeit des Bundesrates volle Anerkennung und wendete sich gegen die Angriffe auf die obersten Leiter der Armee, deren Tüchtigkeit außer allem Zweifel stehe. Der Armee und ihren Führern gebühre ebenso wie dem Bundesrat warmer Dank.

Der Präsident wendete sich hierauf an die welschen Abgeordneten, denen er versicherte, daß die deutsche Schweiz niemals daran denke, die welsche Eigenart zu verdrängen. Deutschschweizer und Welschschweizer müßten sich wiederfinden im gegenseitigen Vertrauen. Die Schweizer dürften sich nicht entzweien zu einer Zeit, in der einzig und allein Einigkeit stark machen könne.

Der Präsident schloß mit den Worten: Wir wollen uns wiederfinden und uns wieder die Bruderhand reichen, nachdem wir uns würdig, frei und offen ausgesprochen haben. Laut möge dann die Botschaft durch das Schweizer Land klingen und freudigen Widerhall wird sie überall finden: Wir haben uns wiedergefunden, wir wollen Schweizer sein und nur Schweizer!

Als erster Redner ergriff sodann der Berichterstatter Spahn (Schaffhausen) das Wort, der in bezug auf das Vorgehen des Bundesrates in der Obersten-Angelegenheit seine volle Zustimmung erklärte und sagte: Der Bundesrat war im Recht, als er die Sache geheimgehalten hat und durch die bloße Entfernung der Offiziere aus dem Generalstab erledigen wollte. Es wäre für die Schweiz besser gewesen, wenn die Angelegenheit ohne öffentliche Gerichtsverhandlung hätte erledigt werden können. Redner stellte ebenfalls fest, daß der Bundesrat und die Armeeleitung, General und Generalstabschef, volles Vertrauen verdienen und schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Rede mit dem Antrage auf Genehmigung des Berichtes des Bundesrates über seine Maßnahmen zur Wahrung der Neutralität.

Als Kommissionsberichterstatter in französischer Sprache ergriff Secretan das Wort, der u. a. den Lausanner Vorfall mit der deutschen Konsulatsfahne als einen Streich von halbwüchsigen Jungen bezeichnete. Von hundert an der Demonstration Beteiligten hätten vielleicht fünf gewußt, was für eine Bedeutung die Fahne hatte. In bezug auf die Aeußerungen von Sympathien und Antipathien betonte Secretan, daß es nicht möglich sei, in der Schweiz Totenstille zu beobachten, in einer Zeit, wo sich in Europa ungeheure Umwälzungen vollziehen. Hätten die Schweizer das Recht zu Sympathien, dann hätten sie es auch, sie auszudrücken. Redner stellte fest, daß es in der französischen Schweiz keinen Haß gebe gegen irgend eine Nation in Europa; es gebe in Europa kein Land französischer Zunge, das so durchsetzt sei von deutscher Kultur und Zivilisation. Die Welschschweizer hätten volles Verständnis für deutsche Kunst, deutsche Wissenschaft und deutsches Wesen. Von einem Haß gegen Deutschland sei keine Spur. Wahr sei, daß die Welschen Sympathien für Frankreich haben. Dafür begriffen sie auch und billigten sie die Sympathien der deutschen Schweiz für Deutschland. Europa könne sich über den Ausdruck der nach den verschiedenen Seiten gerichteten Sympathien nicht beklagen. Es liege darin im Gegenteil eine weitere Garantie für die unverrückbare Neutralität der Schweiz. Redner erörterte sodann verschiedene Vorkommnisse in der Armee, die dazu beigetragen haben, im Volke Mißstimmung zu schaffen, wobei er besonders an der Haltung der Heerespolizei Kritik übte, die gewisse Teile der schweizerischen Grenzbevölkerung fast als Spione behandle.

In bezug auf die Oberstenangelegenheit drückte Redner seine Meinung unverhohlen dahin aus, daß sie von Anfang an hätte von der Administrative erledigt werden sollen. Der Bundesrat und der General hätten genügende Befugnisse zugestanden erhalten, um die Schuldigen nach Gebühr zu bestrafen, nur hätte die Sache rasch erledigt werden müssen. Es sei natürlich nicht angängig gewesen, wie dies in Wirklichkeit im Dezember geschehen sei, den beiden Offizieren hohe Kommandostellen zu übergeben. Die Theorien des Generalstabschefs Sprecher v. Bernegg über die Neutralitätspflichten, die nicht streng genommen werden müßten, sofern nicht auch die Rechte der Schweiz als eines neutralen Landes streng geachtet würden, lehnte Redner als gefährlich ab.

Die welsche Schweiz wolle keine Vorwürfe erheben, weder gegen den Bundesrat, noch gegen die Armeeleitung, auch nicht gegen den Generalstabschef. Sie verlange bloß die strikte Einhaltung der Neutralitätsgrundsätze. (Beifall.)

Die Debatte wird morgen fortgesetzt werden.

Die Zeit Abendbl. 7. III. 1916

Sympathiekundgebung der österreichischen Richter für Bulgarien.

Die Vereinigung österreichischer Richter hat in ihrer letzten Generalversammlung eine Sympathiekundgebung für die bulgarische Richtervereinigung in Sofia beschlossen und nunmehr folgende Antwort erhalten: „Die Richter der Hauptstadt Bulgariens sind tief gerührt von dem herzlichen Gruß, den Sie im Namen der Vereinigung österreichischer Richter ihnen zugesendet haben, sowie von den für ihr Vaterland so ehrenvollen Kundgebungen der Generalversammlung. Sie beauftragten mich, Sie zu bitten, den edlen österreichischen Kollegen unseren aufrichtigsten Dank und brüderlichen Gruß zu übermitteln mit dem innigsten Wunsch, es möge durch das gemeinsame Streben der Richter der verbündeten Staaten Recht und Gerechtigkeit gefördert werden. Erster Präsident des Obersten Gerichts- und Kassationshofes: W. Marinof."

Frankfurter Zeitung 7.III.1916

Wilson und der Kongreß.

Das Schreiben des Senators Stone.

New York, 4. März. (Durch Funkspruch vom Vertreter des W. B.) Senator Stone hat vor zwei Wochen an den Präsidenten ein Schreiben gerichtet, dessen Inhalt im Zusammenhang mit der Haltung, die der Senat inzwischen eingenommen hat, nicht ohne Interesse ist. Das Schreiben Stones hatte folgenden Wortlaut:

Seit der Unterredung, die am Montag zwischen Ihnen, Senator Kern, Herrn Flood und mir stattgefunden hat, bin ich stärker beunruhigt, als es seit langem der Fall gewesen ist. Ich habe mich nicht für ermächtigt gehalten, den Inhalt unserer Unterredung weiterzugeben, doch habe ich versucht, auf zahlreiche Anfragen hin meine Kollegen vertraulich auf die allgemeine Auffassung hinzuweisen, die ich von Ihrem Standpunkt gewonnen habe. Diese Auffassung Ihres Standpunktes habe ich im wesentlichen wie folgt, dargelegt: Daß Sie es sehr bedauern würden, wenn England Herrn Lansings Vorschlag ablehnen sollte, der dahin geht, daß es seine Handelsschiffe entwaffnet, und zwar unter der Voraussetzung, daß Deutschland und seine Verbündeten auf ein Handelsschiff nicht mehr feuern werden, falls es, wenn dazu aufgefordert, beilegt und nicht zu entkommen versucht, sowie daß die deutschen Kriegsschiffe nur das anerkannte Recht der Durchsuchung und Aufbringung ausüben und das aufgebrachte Schiff nicht zerstören, es sei denn unter Verhältnissen, welche die Sicherheit der Passagiere und der Mannschaft als gewährleistet erscheinen lassen. Sie seien ferner der Meinung, daß England und seine Alliierten, falls sie den Vorschlag ablehnen und auf der Bewaffnung ihrer Handelsschiffe bestehen sollten, dazu nach dem Völkerrecht berechtigt seien. Sie seien weiterhin geneigt, bewaffneten Schiffen die Ausfahrt aus amerikanischen Häfen zu gestatten, könnten sich aber nicht mit dem Gedanken befreunden, daß die amerikanische Regierung endgültige Schritte unternehme, um amerikanische Bürger an der Fahrt auf bewaffneten Handelsschiffen zu hindern. Sie würden es ferner als Ihre Pflicht betrachten, Deutschland streng verantwortlich dafür zu machen, falls ein deutsches Kriegsschiff auf ein bewaffnetes feindliches Handelsschiff feuern sollte, auf dem amerikanische Bürger Passagiere sind.

Zahlreiche Mitglieder des Senats und des Repräsentantenhauses haben mich aufgesucht, um mit mir über diesen Gegenstand zu sprechen. Ich habe gemeint, daß die Mitglieder der beiden Häuser, die sich mit dieser ernsten Frage zu befassen haben, berechtigt sind, die Lage, der wir uns gegenüber sehen, zu kennen. Meiner Auffassung nach glaube ich Ihnen sagen zu sollen, daß die Mitglieder beider Häuser sehr besorgt und beunruhigt sind über das, was sie lesen und hören. Ich habe einige von ihnen sich dahin aussprechen hören, daß manche Leute sagten, daß das sogenannte Programm der Bereitschaft (gemeint ist das amerikanische Rüstungsprogramm) schließlich doch gerade mit einer solchen Lage in gewissem Zusammenhang steht, der zu begegnen wir jetzt berufen sind. Ich habe allen, die mit mir gesprochen haben, geraten ihre kühle Ueberlegung zu bewahren, und habe gesagt, daß diese ganze Angelegenheit noch immer Gegenstand diplomatischer Behandlung ist, daß Sie sich auf das äußerste bemühen, einen friedlichen Ausgleich herbeizuführen, und daß der Kongreß in der Zwischenzeit es vermeiden sollte, eine diplomatische Angelegenheit durch irgendeine vorschnelle oder mangelhaft erwogene Maßnahme zu erschweren. Immerhin ist die Lage im Kongreß derartig, daß sie die sorgfältig Wägenden und Besonnenen mit tiefer Besorgnis erfüllt. Ich glaubte es Ihnen schuldig zu sein, Ihnen dies zu sagen. Ich glaube, Sie verstehen den Standpunkt, den ich persönlich hinsichtlich dieses Gegenstandes einnehme. So tief ich es auch bedauern würde, entschieden anderer Meinung sein zu müssen als Sie, so kann mein Pflicht- und Verantwortungsgefühl sich doch nicht überwinden, meine Zustimmung dazu zu geben, daß unsere Nation in den Strudel dieses Weltkrieges gestürzt wird, einerseits wegen der unverständigen Eigenwilligkeit irgendeiner der Mächte oder andererseits wegen der einer Art ideellen Hochverrats gegen die Republik gleichkommenden Narrheit unserer Bürger, die sinnlos ihr Leben auf bewaffneten Schiffen der Kriegführenden aufs Spiel setzen. Ich kann mich nicht der Einsicht entziehen, daß eine solche Handlungsweise zu ungeheuerlich ist, um verteidigt werden zu können.

Ich wünsche, mit Ihnen zu gehen und Sie zu unterstützen und ich beabsichtige, dies bis zur äußersten Grenze zu tun. Ich möchte mit Ihnen und Staatssekretär Lansing mit der größten Offenheit reden. Ich möchte mit Ihnen beraten, Ihr Urteil und Ihren Rat hören, und ich möchte über den Lauf der Ereignisse auf dem Laufenden gehalten werden, wozu ich berechtigt zu sein glaube. Inzwischen suche ich es zu verhindern, daß ein Senator oder Abgeordneter irgend etwas tut, was Ihre diplomatischen Verhandlungen erschweren könnte. Sie sollen bis zum letzten Augenblick frei sein, auf diplomatischem Wege so zu handeln, wie Sie es zur Erledigung der in Betracht kommenden Fragen für am besten halten. Meine Ansicht ist, Ihnen zu helfen, nicht Sie zu hindern. (Die Antwort auf dieses Schreiben wurde in einem im Abendblatt vom 26. Februar veröffentlichten Briefe Wilsons gegeben.)

Kölnische Zeitung 8./III.1916.

Kleine Kriegschronik.

Eine zweite internationale sozialistische Konferenz.

Zürich, 7. März. (Telegr.) Die internationale sozialistische Kommission in Bern, die anläßlich der Zimmerwalder Konferenz eingesetzt worden war, beruft, dem Bund zufolge, in Übereinstimmung mit Vertretern der angeschlossenen Parteien, Organisationen und Gruppen und im Rahmen der in Zimmerwald gefaßten Beschlüsse eine zweite internationale Konferenz ein, die spätestens zu Anfang April stattfinden soll. Sie wird in einem noch zu bestimmenden Orte in Holland abgehalten werden. Als Hauptgeschäfte sind vorgesehen die Besprechung der Frage des Kampfes für die Beendigung des Krieges, die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen, Agitation und Propaganda, bestehend aus parlamentarischen und Massenaktionen und endlich die Behandlung der Frage der Einberufung des internationalen sozialistischen Bureaus im Haag. Die Berechtigung zum Zutritt hat nur, wer sich zu den Zimmerwalder Beschlüssen bekennt.

Kölnische Zeitung 8./III. 1916.

Der Krieg nach dem Kriege.

London, 7. März. (Telegr.) Telegraphen-Union. Der bekannte englische Professor W. A. S. Hewins erklärte einem Ausfrager über die Bedeutung der veränderten Haltung der Manchester Handelskammer zum Freihandel folgendes:

Der Gegensatz zwischen Freihandel, der Tarifreform und Schutzzoll ist wirklich in gegenwärtiger Zeit vollständig veraltet und unanwendbar geworden. England befindet sich in einem großen Krieg. Wenn man die Gesetze durchsieht, die seit Kriegsausbruch in England angenommen worden sind, so findet man, daß das bisherige ökonomische und politische System im Vereinigten Königreich bereits von Grund auf abgeändert wurde. Es wird unmöglich sein, zu den alten Verhältnissen, wie sie vor dem Kriege bestanden haben, zurückzukehren. Die ganze wirtschaftliche und politische Lage ist eine ganz andere geworden. Am Ende des Krieges wird eine ganze Anzahl von Verordnungen in Kraft sein, welche Handel, Gewerbe, Verkehr, Industrie, Fabrikation usw. regeln, beschränken oder in gewissen Beziehungen ganz verbieten, die nicht einfach mehr aufgehoben werden können. Kein vernünftiger Mensch im britischen Reich wird dem englischen Volke vorschlagen, daß nach dem Kriege Deutschland wieder auf demselben Fuß mit England und im selben Verhältnis zu England stehen soll wie Englands Alliierte. Niemand mit gesundem Verstand wird beantragen, daß man Deutschland sofort wieder freien Zugang zu den britischen Märkten geben wird, daß man Deutschland die Meistbegünstigungsklausel zugestehen wird, oder daß Englands ganze Handelspolitik wieder beeinflußt sein werde von jenem kosmopolitischen Wohlwollen, welches solches Unheil in der ganzen Welt angerichtet hat. Die beste und barmherzigste Art und Weise gegenüber Deutschland und den Deutschen in der gegenwärtigen Zeit ist, dem einfachsten deutschen Gemüte diese Sachlage schon jetzt ganz klar zu machen. Die Deutschen haben bereits die meisten ihrer ausländischen Effekten und Wertpapiere verkauft und versuchen jetzt ihre inländischen Wertpapiere im Ausland abzustoßen. Wenn es den Deutschen klar gemacht wird, daß ihre inländischen Papiere nie mehr ihren alten Wert wiedergewinnen werden, daß die alten Verhältnisse für immer vorbei sind, dann wird England wahrscheinlich mehr getan haben, als es auf irgendeine andere Weise vielleicht tun kann, um den Krieg zu beenden.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
8/III. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 8. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

7. März, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen schlugen wir einige Versuche des Feindes, einen Minentrichter bei Haute Chevauchée zu besetzen, zurück. Unsre Artillerie setzte die Beschießung der feindlichen Verbindungswege fort. Westlich der Maas konnten die Deutschen mit Hilfe einer heftigen Beschießung in der Umgebung von Regnieville durchdringen und längs der Eisenbahnlinie vorwärts kommen. Ein sehr heftiger, im selben Augenblick von ihnen angesetzter Angriff auf die Höhe 265 brachte sie in den Besitz dieser Höhe trotz der schweren Verluste, die ihnen unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zufügte. Wir halten das Dorf Bethincourt, die Gebüsche westlich des Krähenwaldes, Cumieres und den oberen Teil der Cote Oie. Der Artilleriekampf dauerte während der Nacht östlich von der Maas, in der Gegend von Braz und Hardaumont sowie in der Woevre mit großer Heftigkeit an. Im Abschnitt von Fresnes zogen wir uns bis zum Fuß der Cotes Lorraines zurück.

7. März, 11 Uhr abends. In den Argonnen schoßen unsre Abwehrgeschütze in der Gegend von Avocourt ein deutsches Flugzeug ab, das in unsre Linien fiel. Die beiden Flieger, welche verwundet sind, wurden zu Gefangenen gemacht.

Westlich der Maas dauerte die Beschießung mit Granaten schweren Kalibers mit Heftigkeit an. Im Laufe des Tages vermehrte der Feind seine Infanterieunternehmungen zwischen Bethincourt und der Maas. Seine Angriffe wurden zurückgewiesen, außer im Abschnitt des Krähenwaldes, wo der Feind Fuß fassen konnte.

Oestlich der Maas dauerte der heftige Artilleriekampf in der Gegend des Gehölzes von Hardaumont an. Die Deutschen drangen in eine Verschanzung ein, aus der sie unser Gegenangriff sofort wieder hinauswarf.

In der Woevre besetzte der Feind das Dorf Fresnes nach kurzem Kampfe, der ihm beträchtliche Verluste verursachte.

In den Vogesen beschossen wir das Lager bei Diefenbach östlich Mühlbach und die Gräben des Feindes in der Gegend von Wattweiler.

Belgischer Bericht.

Auf der belgischen Front war der Tag ruhig.

Frankfurter Zeitung 8/III. 1916

Zur skandinavischen Konferenz.

Die politische Bedeutung. — Archangelsk, Ostsee und Alandsinseln im Frühjahr. — Die innere Politik Schwedens. — Die Landthingswahlen.

(Privat-Telegramm der „Frankfurter Zeitung".)

P Stockholm, 7. März. (zf.) Der schwedische Ministerpräsident Hammerskjoeld und der Minister des Auswärtigen, Wallenberg, treten heute ihre Reise zur skandinavischen Ministerzusammenkunft in Kopenhagen an. Die Zusammenkunft, deren Ankündigung immerhin überraschend erfolgte und deren eigentlicher Zweck in Anbetracht der allgemein gehaltenen Angaben im Wortlaut der offiziellen Bekanntmachung widersprechende Auslegungen findet, bildet zunächst nur ein neues Glied in der Kette der verschiedenen Besprechungen, die seit Kriegsanfang zwischen Staatsmännern der drei Nordreiche stattgefunden haben. Die sichtbarste dieser Zusammenkünfte war die Dreikönigsbegegnung in Malmö; aber auch in Stockholm und Kopenhagen hat mo- sich während des Krieges über gemeinsame Wirtschafts- und Verkehrsfragen mehrfach ausgesprochen. Schweden als führender nordischer Staat, der in den Ereignissen des Weltkriegs seine Unabhängigkeit und Entschlußfreiheit noch am meisten zu wahren gewußt hat, übernahm auch diesmal wieder die Initiative der Besprechungen, deren Endzweck sicherlich nur die Rückendeckung desjenigen Staates sein kann, der zuerst in die Lage kommen könnte, vor die Frage des Aufgebens der Neutralität gestellt zu werden. Deshalb kann man die allgemeinpolitische Bedeutnug der Zusammenkunft, auch wenn unmittelbare Ergebnisse nicht in die Augen fallen, kaum unterschätzen. Es ist bekannt, daß sowohl Dänemark als Norwegen dem zunehmenden englischen Drucke auf die Dauer immer geringeren Widerstand entgegenzusetzen vermochten. Bei den Regierungen dieser Staaten mag der Wunsch, ihr Widerstandskraft gegen die freilich schon recht weit gediehenen englischen Einflüsse neu zu stärken, in demselben Maße vorhanden gewesen seien, wie das Bedürfnis Schwedens, sich für eine künftige Kraftprobe gegenüber der englisch-russischen Forderungen vorzusehen.

Schweden verliert im Frühjahr, sobald die nördlichen Wege offen sind, für England und Rußland viel von seiner wesentlichen Bedeutung als Durchfahrtsland; England und Rußland werden sich in einigen Wochen weit mehr zu einem energischen Vorgehen imstande fühlen, als gegenwärtig, wo man noch auf die schwedischen Durchfuhrbahnen und auf Schwedens Entgegenkommen das bekanntlich seine Grenzen hat, angewiesen ist. Spätestens in zwei Monaten ist Archangelsk wieder offen; schon früher ist die Schiffahrt in der Ostsee wieder im Gang. Bis zum Frühjahr werden aber auch die gegenwärtig von Rußland mit Hochdruck betriebenen Befestigungsarbeiten auf den Alandsinseln vollendet sein. „Aftonbladet" brachte über die Alandsfrage am 2. März einige Betrachtungen, die nicht nur in schwedischen Kreisen, sondern auch in Kristiania und Kopenhagen gewisses Aufsehen erregten. Man wird sich erinnern, daß ein schwedisch-russischer Notenwechsel über die damals gemeldeten Befestigungsarbeiten auf Aland bereits im Herbst 1914 stattfand. In Schweden war man durch die Erklärung des russischen Ministers des Auswärtigen zufriedengestellt, daß die dort damals tatsächlich nur in kleinem Umfang vorgenommenen Befestigungsarbeiten sich nicht gegen Schweden richteten. In den letzten Monaten aber kommen von den Alandsinseln zuverlässige Nachrichten, daß die Befestigungsarbeiten in beträchtlichem Umfange aufgenommen worden sind. Mindestens eine Division russische Linientruppen werden inzwischen nach Aland übergeführt. Die Bedeutung dieser Inselgruppe für den im Frühjahr voraussichtlich wieder auflebenden Ostseekrieg liegt auf der Hand; die befestigten Alandsinseln stellen aber auch ein nicht zu unterschätzendes russisches Druckmittel gegen Schweden dar

Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Kopenhagener Ministerzusammenkunft von der gesamten skandinavischen Presse sympathisch, wenn auch mit dunklen Worten begrüßt worden. Es herrscht der Eindruck vor, daß die bevorstehende Zusammenkunft, an der diesmal nur die Ministerpräsidenten und die Minister des Aeußern der drei Länder teilnehmen, die früheren Konferenzen an Bedeutung übertrifft. Daß die Anregung auch diesmal von Schweden ausgegangen ist, erfüllt die hiesigen Kreise mit Befriedigung. Diese Tatsache dürfte für Schweden nicht ohne angenehme innerpolitische Rückwirkungen im Sinne eines nationalen Zusammenschlusses der Parteien bleiben, deren Gegensätze sich angesichts der Ende dieses Monats bevorstehenden Landthingswahlen unerfreulich verschärft haben. Bekanntlich haben die vereinigten Liberalen, Sozialisten und Radikalen die Losung ausgegeben, die Linke sei für den Frieden, die Rechte für den Krieg. Diesen den wahren Sachverhalt verfälschenden Schlagworten ist durch den klugen Schachzug der Regierung der Boden entzogen worden. Selten ist denn auch eine Wahlbewegung in Schweden, obwohl unter den Aufhetzungsversuchen sogar wehrfeindliche Kundgebungen nicht fehlten, so schleppend verlaufen, wie diesmal, und der Ausgang der Wahlen dürfte voraussichtlich für den chronischen Rückgang der Linksparteien eine neue Bestätigung bilden. Die schwedische Regierung liefert durch die Bereitschaft, die durch gesteigerten Druck der Entente sich ergebenden wirtschaftlichen und politischen Schwirigkeiten mit den skandinavischen Bruderstaaten zu besprechen, den Beweis, daß sie alles tut, um mindestens die eigene Neutralität auch künftigen Prüfungen gegenüber zu sichern und sich zugleich für alle Möglichkeiten den Rücken zu schützen.

Fremdenblatt
8./III. 1916.

Das Kabinett Skuludis.

Entlassung zweier Reserve-Jahrgänge.

K. Amsterdam, 7. März. Wie ein hiesiges Blatt aus London erfährt, meldet der Athener Korrespondent der „Times", daß alle Regierungszeitungen die Gerüchte von einem bevorstehenden Wechsel im Kabinett Skuludis in Abrede stellen und darauf hinweisen, daß so etwas unmöglich sei, solange der Zustand am Balkan derselbe bleibe wie bisher und die Beziehungen zur Entente normal seien. Um die ungeheuren Kosten der Mobilisierung zu vermindern, beschloß die Regierung, noch zwei Reservejahrgänge von Heer und Flotte nach Hause zu schicken.

Die bulgarische Regierung habe für die Grenzzwischenfälle vollständige Genugtuung angeboten und sich erbötig gemacht, eine Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen zu bestrafen.

Fremdenblatt
8. III. 1916

Ein Bankett in Petersburg.

England und Rußland.

Budapest, 7. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Die „Internationale Telegraphenagentur" meldet aus Bukarest: Nach einer Meldung der Agentur „Westnik" fand gestern in Petersburg ein von über 200 hervorragenden Politikern besuchtes Bankett im Prunksaale des Englischen Vereines statt. Unter anderen bemerkte man den Ministerpräsidenten Stürmer, ferner Sasonow, Rodzianko, Miljukow und viele Mitglieder der Duma und des Reichsrates. Auch der britische Botschafter Sir A. Buchanan war anwesend. Der Zweck des Banketts war, der englisch-russischen Freundschaft demonstrativen Ausdruck zu geben.

Der erste Redner war Rodzianko. Er verwies darauf, daß in demselben Saale vor Kriegsbeginn ein Bankett zu Ehren der englischen Parlamentsdelegierten stattgefunden habe. Ein englischer Diplomat habe bei diesem Anlasse erklärt, daß, wenn eines Tages England und Rußland in den Krieg ziehen müßten, sie dies nur als Verbündete tun könnten. Diese Prophezeiung habe sich nun bewahrheitet.

Nun sprach Sir A. Buchanan. Er sagte, daß die Deutschen es ganz vergeblich versuchten, einen Keil zwischen England und Rußland zu treiben. Es sei eine irrige Auffassung, daß unser wechselseitiges Verständnis die schwere Probe des Krieges nicht überstehen werde. Die aggressive Politik Deutschlands habe gerade das Gegenteil erzielt, nämlich die permanente englisch-russische Allianz. Der Botschafter gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Krieg sich günstig für die Entente entwickeln werde und daß es ihren Waffen gelingen werde, den deutschen Militarismus zu vernichten.

Sasonow sagte in seiner Rede, daß er schon damals, als er als Legationssekretär der russischen Botschaft in London angehörte, als Hauptziel ein volles Vertrauensverhältnis zwischen Rußland und England hatte, aus dem alle Mißverständnisse ausgeschaltet sind. Dafür habe er gearbeitet und es sei sein ganzer Stolz, daß er sein Ziel erreicht hat.

Der Dumaabgeordnete Singarew sprach über die kulturelle Verwandtschaft Englands und Rußlands.

Der Kadettenführer Miljukow sprach über die Vorteile des permanenten Bündnisses zwischen England und Rußland. England nehme die Freiheit der Meere wahr und wird Rußland zum Siege verhelfen. Es sei gewiß, daß die Teilnahme Englands am Kriege allein die genügende Garantie für einen siegreichen Abschluß des Feldzuges biete.

Die ganze russische Presse befaßt sich in Leitartikeln mit dem Bankett und wertet die Anwesenheit Stürmers als ein großes politisches Ereignis.

8./III. 1916

Die nordische Ministerkonferenz.

Berlin, 7. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" meldet aus Kopenhagen: Der schwedische und der norwegische Ministerpräsident und ihre Minister des Aeußern kommen Donnerstag in Kopenhagen an. Die Versammlung tagt am Samstag unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Ein offizieller Bericht wird später veröffentlicht werden.

Fremdenblatt
8/III. 1916

Kriegskalender.

M. Februar: Lebhaftes Geschützfeuer der Italiener gegen Teile des Görzer Brückenkopfes und die Hochfläche von Doberdo. — Oestlich der Maas erstürmen die Deutschen ein kleines Panzerwerk nordwestlich des Dorfes Douaumont; in der Woevre überschreiten sie Dieppe, Abaucourt, Blanzee, säubern das Waldgebiet nordöstlich von Watronville und Haudiomont und nehmen Manheulles sowie Champlon. Bei der Försterei Thiowilje (nordöstlich von Badonviller) wird ein vorspringender Teil der französischen Stellung erobert. — Im Mittelmeer geht der französische Hilfskreuzer „Provence" mit 1100 Soldaten unter. — Die Vertreter Deutschlands und Oesterreich-Ungarns teilen der amerikanischen Regierung mit, daß die Zentralmächte an ihrer Erklärung über die Behandlung der bewaffneten Handelsschiffe festhalten. — Der englische Dampfer „Southford" und der russische Dampfer „Bitshenga" versenkt. — Die Schweizer Oberste Egli und Wattenwyl werden vom Züricher Schwurgericht von der Anklage wegen Spionage freigesprochen.

1. März: Im Ysergebiete, in der Champagne sowie zwischen Maas und Mosel heftiger Artilleriekampf. — Vor Le Havre werden zwei französische Hilfskreuzer, in der Themsemündung ein englischer Bewachungsdampfer versenkt. — Streikunruhen in Madrid. — Filipescu im russischen Hauptquartier.

Fremdenblatt

8./III. 1916

Die Verfassungsänderung in der Türkei.

K. Konstantinopel, 6. März. (Senat.) Nach einer Rede des Ministers des Aeußern Halil Bey, in der er auf verschiedene Bemerkungen erwiderte und darlegte, daß die Verfassungsrevision notwendig sei, um ein besseres Gleichgewicht der Regierungsgewalten zu sichern und die bei den bisher vorgenommenen Verfassungsänderungen begangenen Fehler zu beheben, nahm der Senat mit 36 gegen 4 Stimmen den Text des Artikels 7 in der von der Regierung vorgeschlagenen und von der Kammer genehmigten Form an, welcher dem Sultan das unbeschränkte Auflösungsrecht gibt. Auch die anderen Abänderungen wurden mit fast dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Neues Wiener Tagblatt 8/III. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 7. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

6. März, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen beschoß unsre Artillerie verschiedene Punkte im Gehölz von Cheppy an der Straße von Avricourt nach Malancourt.

Nördlich Verdun nachts keine Infanterietätigkeit. Heftiger Artilleriekampf auf dem linken Maasufer mit Unterbrechungen im Abschnitt westlich Douaumont. In der Woevre beschossen unsre Batterien lebhaft die Zugangspunkte des Feindes. Auf dem übrigen Teile der Front verlief die Nacht ruhig.

11 Uhr nachts. In der Champagne setzten die Deutschen einen Angriff an, wobei sie eine brennende Flüssigkeit gegen unsre Stellung zwischen dem Mont Tetu und Maison de Champagne schleuderten. An unserm rechten Flügel wurde der Feind durch unser Sperrfeuer aufgehalten und konnte nicht aus seinen Gräben vorbrechen. Links in der Gegend von Maison de Champagne konnte er in ein kleines vorgeschobenes Grabenstück eindringen.

In den Argonnen ließen wir in der Gegend Courtes Chausses eine Mine springen, die einen deutschen Posten zerstörte. Wir besetzten den Südrand des Trichters zwischen Haute Chevauche und Cote 285, und konnte der Feind, nachdem er zwei Minenkammern zur Explosion gebracht hatte, an einigen Punkten unsrer ersten Linie festen Fuß fassen. Es entspann sich ein Kampf, in dessen Verlauf wir den Feind aus unsern Schützengräben warfen und uns der einen Seite des Trichrers bemächtigten. Unsre Artillerie war im ganzen Abschnitt westlich der Maas sehr tätig.

An der Front zwischen Bethincourt und Maas richteten die Deutschen nach einer heftigen, den ganzen Vormittag andauernden Beschießung einen starken Angriff gegen Forges, das sich in unsrer vorgeschobenen Linie befindet. Im Verlaufe des sehr lebhaften Kampfes konnten sie sich des Dorfes bemächtigten. Mehrere Versuche, beim Hügel Oie vorzubrechen, wurden durch unsre Gegenangriffe unterdrückt, die den Feind nach Forges zurückwarfen.

Oestlich der Maas zeitweilig aussetzender Artilleriekampf. In der Woevre heftige Beschießung ohne Infanterietätigkeit in der Gegend von Fresnes.

Westlich Pont-à-Mousson verursachte unsre Artillerie an den deutschen Anlagen im Gehölz von Jury bedeutende Schäden.

Belgischer Bericht.

Der übliche Artilleriekampf südlich Dixmuiden. Unsre Batterien brachten deutsche Minenwerfer zum Schweigen.

Zwischenfälle in der italienischen Kammer.

Heftige Angriffe auf das Kabinett und Drohungen Salandras.

Zürich, 7. März.

Die italienische Kammer verhandelte gestern Anfragen und Interpellationen.

Deputierter Medici, welcher fragte, ob die Regierung im Auslande die Bedeutung des italienischen Krieges zu vorteilhafterer Einschätzung bringe, erhielt die Antwort, daß die Regierung im verbündeten und im neutralen Auslande mit allen Mitteln arbeiten lasse, um auf ihre Weise die dargelegten Tatsachen und Gesichtspunkte so weit als möglich zu verbreiten.

Auf eine Anfrage des Deputierten Ciccotti, ob Kriegsgefangene zu Arbeiten, namentlich zu solchen im öffentlichen Interesse verwendet werden, antwortete der Unterstaatssekretär des Innern, daß die Regierung grundsätzlich die Verwendung der Kriegsgefangenen zu öffentlichen und privaten Arbeiten erlaube, wofern ihnen eine gewisse Entlohnung gegeben werde, und sie mit der freien Arbeiterschaft nicht konkurrieren. Die Mehrzahl der Gefangenen selbst wünsche Arbeit, und das Komitee des Genfer Roten Kreuzes habe der italienischen Regierung gegenüber den Wunsch ausgedrückt, daß die Gefangenen eine gewisse Beschäftigung erhalten, was teilweise bereits geschehen sei.

Auf Interpellationen wegen der Unzulänglichkeit der Unterstützungen an die Familien der Krieger erwiderte der Kriegsminister, daß die Regierung mangels der erforderlichen Mittel nicht mehr tun könne. Die Ausgaben für Unterstützungen haben bereits 43 Millionen Lire monatlich erreicht. Bei der Anweisung von Unterstützungen kommen in den Gemeinderäten häufig Mißbräuche vor, denen die staatlichen Organe gelegentlich steuern, worauf viele gereizte Klagen erhoben werden. Obwohl auch der Schatzminister und der Vertreter des Ministers des Innern ähnliche Auskünfte gaben, erklärten sich die Interpellanten zum Teile für nicht befriedigt und erneuerten ihre Beschwerden in Form eines Beschlußantrages, welchen sozialistische Deputierte auf der Stelle formulierten, und den der Kammerpräsident der Geschäftsordnung gemäß zur Verlesung brachte.

Eine Erklärung Salandras.

Ministerpräsident Salandra erklärte daraufhin, daß die Regierung den Beschlußantrag nicht annehmen könne, weil die Minister zur Sache bereits alles gesagt haben, was sie sagen konnten und weil ein solcher Beschlußantrag Mißtrauen gegen die Regierung bedeute. Er bitte demnach, den Antrag zurückzuziehen, und erkläre von vornherein, daß die Regierung, falls die Zurückziehung nicht erfolgen sollte, einen Termin für seine Erledigung anzusetzen nicht geneigt sei.

Deputierter Vigna erwiderte im Namen der Antragsteller, daß diese an ihrem Beschlußantrage festhalten, worauf Ministerpräsident Salandra den Vorschlag machte, die Erledigung des Antrages auf sechs Monate zu vertagen.

„Wie der Strick des Gehängten."

Deputierter Ciccotti bemerkte, es wäre Zeit, daß **die Kammer mit diesem Karnevalspiele aufhöre. Die Regierung werde allmählich in eine unerträgliche Lage** gebracht. Es sei unverkennbar, daß die **Regierung von der Kammer nur so unterstützt werde, wie der Strick den Gehängten unterstütze.** Auf diese Weise werde die **Regierung zerschnürt,** und allerdings auch der **Krieg saboliert.** Bei diesen fortwährenden Anzapfungen und Nadelstichen könne die **Regierung keine Autorität und die Kammer keine Würde** wahren. Wenn man glaube, daß die Regierung nicht so sei, wie sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen sein sollte, dann haben diejenigen, die dies glauben, die Pflicht, die Verantwortung des Regierens auf sich zu nehmen; sonst habe all dies Treiben keinen Zweck und vermindere nur die Achtung des Volkes vor der Kammer.

Sodann teilte der Kammerpräsident mit, daß ihm ein Antrag von 14 Deputierten, worunter 12 sozialistische Deputierte sind, zugegangen sei, die Beschlußfähigkeit des Hauses festzustellen.

Eine zweite Erklärung Salandras.

Abermals erhebt sich Ministerpräsident Salandra und gibt vor den anwesenden 150 Deputierten folgende Erklärung ab:

Der Deputierte Ciccotti hat die Frage auf einen unvorhergesehenen Boden geführt. Ich stimme nicht allen seinen Behauptungen zu, erkenne aber zum Teile ihre Richtigkeit an. Als im vergangenen Dezember die Regierung eine Vertrauenskundgebung von der Kammer beanspruchte, bat ich wiederholt in klaren Worten um eine aufrichtige Abstimmung und bemerkte, daß diejenigen, welche das Kabinett nicht auf der Höhe seiner Aufgaben erachteten, durch eine Abstimmung aus Toleranz oder aus Mitleid den Ministern und dem Lande einen schlechten Dienst erweisen. Daraufhin erhielt die Regierung die bekannte Stimmenmehrheit und wir durften glauben, daß die Kammer uns unbefangen und ernsthaft unterstütze. Heute sehen wir hingegen, daß man alles versucht, um Erörterungen vorwegzunehmen, welche logischerweise seinerzeit im Rahmen des Budgets Platz finden würden.

Ich frage mich und die Kammer, ob dieses fortwährende Spiel mit namentlichen Abstimmungen um jeden Preis und bis zum äußersten würdig ist.

Die sozialistischen Deputierten Treves, Dugoni, Sciorati und andere rufen: Nun, so stehen Sie doch Rede! Weshalb fliehen Sie die Erörterung?

Deputierter Prampolini: **Wir wollen nicht auch** einen Maulkorb, wie Sie ihn dem Volke aufgezwungen haben.

Eine Drohung Salandras.

Ministerpräsident Salandra fortfahrend: **Mir scheint, daß die Kammer, wenn es so fortginge, dem Lande nicht nach Gebühr dienen könnte, und ich würde mich genötigt sehen, der Krone angemessene Entschließungen zu unterbreiten.**

Deputierter Treves: Fangen Sie nun mit den **Erpressungen auch schon gegen die italienische Kammer an?**

Deputierter Prampolini: Diktator aus Pappe!

Die Deputierten Turati, Treves, Dugoni, Prampolini und andere rufen: **Drohen Sie mit der Kammerauflösung,** weil Sie fühlen, die Kammer nicht mehr halten zu können? **Wollen Sie also mit Gewalt auf Ihrem Ministerposten kleben bleiben?** Ist das Ihr Liberalismus und Ihre angebliche Achtung vor der Kammer? Schämen Sie sich nicht, derartige Drohungen auszustoßen?

Deputierter Montiguarnieri tritt in einem Zwischenrufe für Salandra ein, erhält jedoch von den Deputierten Sciorati und Treves folgende Antwort: Ihr bürgerlichen Deputierten sagt ja in den Korridoren, daß die Kammer aus Idioten und Aefern bestehe, und bedauert gleich uns, daß die Regierung keine Erörterungen zulasse, Ihr Jesuiten!

Ministerpräsident Salandra fortfahrend: Ich bitte die sozialistischen Deputierten, dem Lande nicht das Schauspiel zu geben, daß sich die Kammer jetzt kleinlichen Wortgefechten und unfruchtbaren Scharmützeln hingibt, die einer Versammlung, die Selbstachtung besitzt, unwürdig sind und schließlich dem Lande selbst schaden.

Diese Erklärung, welche der Ministerpräsident in äußerst erregtem Tone abgab, wird mit lebhaftem Protest, aber auch mit Applaus aufgenommen und wird vielfach erörtert.

Der sozialistische Deputierte Dugoni ergreift hierauf das Wort, um dagegen zu protestieren, daß die Regierung die sozialistischen Deputierten zur Verschweigung ihrer Gedanken zu nötigen versuche. Er wiederholt seinen Antrag auf Feststellung der Beschlußfähigkeit durch Namensaufruf.

Nach einigen lärmenden Wortwechseln stellte der Präsident fest, daß die Kammer beschlußfähig sei und schließt die Sitzung.

Neues Wiener Tagblatt
9. III. 1916

Die Neutralität der Schweiz.

Bern, 8. März. Der Nationalrat setzte die Erörterung der Neutralitätspolitik des Bundesrates fort.

Der katholischkonservative Abgeordnete von Wallis Thissiere wandte sich gegen die Auffassung des Obersten Sprecher über die Neutralitätspflichten der Schweiz. Er anerkannte die wunderbare Ausdehnungskraft, die hohe Kultur und die wirtschaftliche Macht Deutschlands, meinte aber, daß ein zu großer deutscher Einfluß auf die Schweiz gefährlich wäre.

Haeberlin (freisinnigdemokratisch) erklärte namens der radikaldemokratischen Gruppe, daß sie die Politik des Bundesrates unter der Wahrung des Rechtes des einzelnen Mitgliedes, Kritik zu üben, billige. Redner tadelt es, daß in der welschen Schweiz gegen alles, was deutsch sei, geschimpft werde. Wenn Secretan dies bestreite, sei er über die Vorgänge in seiner Stadt Lausanne nicht gut unterrichtet. (Heiterkeit.)

Die Deutschschweizer wollten unbedingt neutral bleiben und ihre Bündnisfähigkeit behalten, um im gegebenen Augenblick mit der Macht, die das Schweizer Gebiet nicht verletze, gegen die Macht, die es verletze, gehen zu können. Es sei daher nötig, im Volke einen Geisteszustand zu schaffen, der den Schweizern erlaube, mit jeder Macht zu gehen. Liege nun nicht die Gefahr vor, daß die Schweizer angesichts des Geisteszustandes in der Westschweiz wohl mit Frankreich geschlossen gehen könnten, nicht aber mit Deutschland? Die Westschweiz müsse diese Gefahr für die Neutralität der Schweiz begreifen. Redner verteidigte schließlich den Chef des Generalstabes und den Generalstab.

Mailefaire (freisinnig), der Stadtpräsident von Lausanne, stellte die Fahnenschändung in Lausanne als eine Tat unreifer Burschen hin und betonte, daß in Lausanne kein Haß gegen das Deutschtum herrsche. Redner schloß mit der Versicherung, daß die Waadtländer trotz ihrer von den deutschen verschiedenen Gemütsart gute Schweizer seien. (Beifall.)

Bundespräsident Decoppet, Chef des Militärdepartements, der zunächst verschiedene Vorkommnisse in der Armee, welche kritisiert wurden, erörterte und feststellte, daß vieles übertrieben und falsch dargestellt sei, rechtfertigte die Haltung des Bundesrates in der Oberstenangelegenheit. Der Bundesrat hoffte, die Sache administrativ erledigen zu können, überwies sie dann aber, als die Oeffentlichkeit sich der Sache bemächtigte, dem Obersten Kriegsgericht, um völlige Klarheit zu schaffen.

Die Offiziere wurden nunmehr trotz ihrer großen Fähigkeiten aus dem Generalstab entlassen. Die Regierung sei aufrichtig bemüht, das Uebel gutzumachen und sende der Armee die Versicherung vollen Vertrauens. (Lebhafter Beifall.) Die Gesetzesrevision zur Stellung der Zivilgewalt über die Militärgewalt halte der Bundesrat für zwecklos, da bezüglich der Verwendung der Armee die Suprematie der Zivilgewalt bereits unzweideutig vorhanden sei. Schließlich mahnte der Bundespräsident zur Einigkeit zwischen Welschen und Deutschen, damit die Handlungsfähigkeit der Schweiz unversehrt erhalten bleibe. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf wurde die Sitzung vertagt.

Fremdenblatt 29./III. 1916

Entstehung und Entwicklung des modernen Bulgarien.

Im Rahmen des Vortragszyklus, den die „Freie Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung" unter dem Titel „Die Balkanländer und der nahe Orient" in der Universität veranstaltet, hielt gestern der ehemalige bulgarische Legationssekretär Konstantin M. Gheorghiew einen Vortrag über „Die Entstehung und Entwicklung des modernen Bulgarien". Er führte u. a. aus:

Die Idee der nationalen Wiedergeburt Bulgariens erstand aus dem Bewußtsein, daß die Bulgaren vor Jahrhunderten eine mächtige Nation gewesen sind und daß sie es wieder werden müssen. Den Anstoß dazu gab ein Mönch aus Samokov, Vater Paisi genannt, der 1782 durch eine mit überzeugender Kraft geschriebene Geschichte Bulgariens den Bulgaren ihr nationales Bewußtsein wiedergab, das von der byzantinischen Kirche unter der türkischen Herrschaft eingeschläfert worden war. Dieses nationale Bewußtsein bekundete sich zunächst durch den Kampf um die nationale Kirche. Rußland setzte diesem Bestreben großen Widerstand entgegen, die Türkei aber, in deren Interesse es lag, die bulgarische Kirche vor Rußland zu schützen, förderte trotz des Widerstandes des griechischen Patriarchats das bulgarische Exarchat, das dann 1872 errichtet wurde. Das griechische Patriarchat erklärte die Bulgaren noch in demselben Jahr auf einem großen Konzil als Schismatiker. Die Bulgaren aber kümmerten sich und kümmern sich auch heute nicht um das Schisma, denn das bulgarische Volk sagt: „Ich bin von bulgarischem Glauben." Dies war der erste siegreiche Kampf des bulgarischen Nationalgeistes gegen die russische Politik. Der Vortragende besprach sodann den Berliner Kongreß und den Unmut des Volkes über die dort gefaßten Beschlüsse, denn man verstand sehr wohl, daß das Leitmotiv des Berliner Kongresses in der Befürchtung Europas bestand, die „Befreierin" Rußland wolle den Frieden von San Stefano, das heißt ein Groß-Bulgarien, darum haben, weil es hoffte, dieses Bulgarien direkt oder indirekt, bald oder später in eine russische Provinz zu verwandeln, und die einsichtigen bulgarischen Führer hatten begriffen, daß es sich Rußland darum handelte, Bulgarien als Etappe auf dem Wege nach Konstantinopel und den Dardanellen zu benützen. Was damals die Vertreter des ganzen Volkes fühlten und träumerisch dachten, kam durch eine Rede des jungen Dr. Stoilow zum Ausdruck, der mit erstaunlicher Sicherheit dem jungen Staat seinen künftigen politischen Weg vorzeichnete. Stoilow stammte aus einer angesehenen Familie in Philippopel (Ostrumelien), war vor kurzem aus Heidelberg in seine Heimat zurückgekehrt; vorher hatte er auch an der Universität Wien studiert, an dieser Universität, an der ich die Ehre habe, ihnen heute über die Entstehung des modernen Bulgariens vorzutragen. Stoilow hatte europäische Ideale und eine vornehme Gelassenheit kennzeichnete sein ganzes Wesen: In kurzer Zeit gewann er die Sympathien aller Politiker. Mit seinem gesunden Verstand, mit seinem großen Reichtum der Sprache und bezaubernder Stimme wünschte der damals fünfundzwanzigjährige Stoilow die Schaffung einer sehr starken Armee und verlangte, das Sobranje möge vor Europa die Aspirationen des bulgarischen Volkes klarlegen. Und was Stoilow damals sagte, blieb 37 Jahre hindurch die leitende Idee der äußeren Politik Bulgariens.

Gheorghiew schilderte weiter die Bemühungen Rußlands, Bulgarien einen ihm genehmen Fürsten zu geben, die Zeit der Herrschaft des Fürsten Alexander von Battenberg, dessen Sturz und die verdienstvolle Tätigkeit des Regenten Stambulow mit Radoslawow und Tontschew, unter dessen Regierung die Vereinigung mit Ostrumelien vollzogen und der siegreiche Krieg 1885 gegen Serbien geführt wurde. Er verwies auch auf die überall in Bulgarien anerkannte Tatsache, daß der damalige österreichisch-ungarische Vertreter in Sofia Baron Burián Stambulow und seinen Mitarbeitern auf eine sehr erfolgreiche Weise beigestanden ist. Das kleine Bulgarien mußte sich jetzt gegen die Uebergriffe und alle möglichen Machenschaften und Feindseligkeiten des russischen Giganten wehren. Er besprach die Machenschaften Kaulbars, dessen Sturz, ging dann auf die Wahl Ferdinands von Koburg zum Fürsten von Bulgarien und seine erfolgreiche Regierung über und schloß: Der bulgarische Ministerpräsident Dr. Radoslawow, der vor 30 Jahren in stürmischen Zeiten seine politische Laufbahn unter der Regentschaft Stambulows begonnen hat, stellte 1886 an die Spitze seines liberalen Parteiprogramms: „Die Befreiung Mazedoniens." Mazedonien, für welches ganz Bulgarien so viel gelitten hat und welches in den letzten zwei Jahren unter serbischem Joch in der Tat dem Fegefeuer glich, von dem Stoilow bereits in Tirnovo gesprochen hat, Mazedonien ist heute befreit, und zwar mit Hilfe Oesterreich-Ungarns und Deutschlands. So ist der Traum einer ganzen Nation verwirklicht und so hat nationaler Geist, Klugheit und Beharrlichkeit in Sturm und Kampf fast alle Bulgaren geeinigt.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl 9. März. 1916

Das englische Flottenprogramm.

London, 8. März. (Unterhaus. Bericht des Reuterschen Bureaus.) Bei Wiederaufnahme der Debatte über den Flottenvoranschlag antwortete der Erste Lord der Admiralität Balfour auf die gestrige Rede Churchills, worin dieser gesagt hatte, daß das Flottenbauprogramm nicht energisch durchgeführt werde. Balfour verurteilte sie kräftig, wendete sich gegen den Versuch, dem Publikum Zweifel und Besorgnis zu suggerieren, und wies darauf hin, daß er gestern dem Vorwurf, welchen Churchill nachher erhoben hatte, bereits entgegengetreten sei. Balfour erklärte nochmals, daß die Flotte viel stärker sei als zu der Zeit, wo Churchill sein Amt niederlegte. Balfour erinnerte an die früheren Angriffe Churchills auf Lord Fisher und sagte, er betrachte Churchills Vorschlag, ihn wieder in sein früheres Amt einzusetzen, nachgerade als eine Fisher angetane Beleidigung. Der zweite Vorschlag, daß Henry Jackson, der das Vertrauen der ganzen Flotte besitze, seines Amtes entsetzt werden sollte, sei einfach erstaunlich.

Churchill verteidigte in einer kurzen Antwort sein Vorgehen, wozu er sich durch Zweifel über die herrschenden Verhältnisse und durch den Glauben veranlaßt gefühlt habe, daß die Fortsetzung der Politik Fishers dessen Führerkraft nötig sei.

Rotterdam, 8. März. Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Der Erste Lord der Admiralität Balfour sagte gestern in seiner Rede im Unterhause, daß er sich des Geistes des Unbehagens, der in der Presse in den letzten Tagen hervorgetreten sei, deutlich bewußt sei und die Kritik Churchills erwartet habe. In der Leitung der Admiralität sei keine Aenderung eingetreten. Die Schiffstypen hätten in Uebereinstimmung mit neuen dringlichen Erfordernissen augenblicklich gewechselt werden müssen. Die Hilfsquellen des Landes seien für den Schiffsbau bis zum äußersten in Anspruch genommen worden, sowohl um Kriegsschiffe zu bauen, als auch um die nötigen Reparaturen durchzuführen. Ausgenommen Panzerkreuzer sei die Flotte jetzt viel stärker als bei Beginn des Krieges. Die Panzerkreuzer, die England verloren habe, seien nicht ersetzt worden. Sowohl die Anzahl der Schiffe als auch die der Kanonen sowie die Munitionsvorräte hätten zugenommen und würden noch weiter zunehmen. Man leide jedoch Mangel an einigen Schiffsarten. Die Lords der Admiralität möchten diesem Mangel gern abhelfen. Die Erbauung dieser Schiffe sei aber infolge Mangels an Arbeitskräften verzögert worden. Man könne die notwendigen Arbeiter nicht verschaffen, ehe hiefür die geschulten Leute von der Front entlassen würden. Die Arbeiter auf den Schiffswerften machten nun längere Schichten als sonst.

Die Rede Balfours machte im ganzen einen beruhigenden Eindruck und wurde gut aufgenommen.

Churchill pries unter anderm den Admiral Jellicoe und spendete auch den Admiralen Sturdee und Beatty warmes Lob. Churchill sprach die Ansicht aus, daß Balfours Departement nicht energisch genug sei. Er fragte: Wurde unser Hauptprogramm bis jetzt durchgeführt? Haben wir die nötigen Maßregeln gegen bekannte und unbekannte Faktoren ergriffen? Sind wir durch neue Maßnahmen dem neuen deutschen U-Boot-Krieg gewachsen?

Ferner sagte Churchill, Lord Fisher habe, als er im November 1914 zur Admiralität zurückgekehrt sei, in den Bau von Kriegsschiffen neues Leben gebracht. Sodann erklärte Churchill unter tosendem Beifall: Es gibt keine Grenzen, wo es die englische Flotte gilt. Es gibt auch andre Notwendigkeiten, die dem Allerwichtigsten und Notwendigen Konkurrenz machen könnten.

Churchill tadelte, daß die Admiralität die Monitorflotte verstreut habe, und warf ihr vor, daß sie nur eine negative Umsicht an den Tag lege. Das einzige Mittel gegen Zeppelinangriffe sei, daß man die Zeppelne in ihren Hallen vernichte. Er könne nicht begreifen, warum die Flüge nach Köln, Düsseldorf und Kuxhaven mit viel größeren Kampfmitteln, die jetzt zur Verfügung ständen, nicht wiederholt würden. Schließlich forderte Churchill die Regierung auf, Lord Fisher wieder ins Amt einzusetzen.

Fremdenblatt
9. III. 1916

Die „Möve".

Das „Pour le mérite" für den Kommandanten.

K. **Magdeburg**, 8. März. Kaiser Wilhelm empfing im Hauptquartier den Korvettenkapitän Burggrafen und Grafen zu Dohna-Schlodien, den Kommandanten der „Möve", und überreichte ihm persönlich den Orden Pour le mérite.

Fremdenblatt 9./III. 1916

Flotten-Debatte im Unterhause.

Erklärungen Balfours.

K. London, 7. März. Der Erste Lord der Admiralität Balfour wies im Unterhause bei Einbringung der Marinevorlage auf die großartige Anlage des Betriebes und die unsägliche Verantwortung der Flotte hin und erklärte, daß die Admiralität der Politik ihrer Vorgänger in großen Zügen folge. Die Behauptung, daß im Schiffbau ein Stillstand eingetreten sei, sei unwahr. Die Flotte wurde gewaltig vergrößert. Seit Ausbruch des Krieges wurde das Personal mehr als verdoppelt. Der Tonneninhalt nahm, wenn man die Hilfskreuzer einschließt, um eine Million zu. Der Luftdienst der Flotte wurde verzehnfacht. England könne mit der Art, wie es seine riesige Aufgabe durchgeführt habe, zufrieden sein. Balfour zollte der Disziplin der Seeleute, der Furchtlosigkeit der Besatzungen der Unterseeboote, der Minensucher und Transportdampfer und der Bemannung der Handelsmarine warme Anerkennung. Er sagte, die Flotte sei in besserem Zustande als je. Die Beziehungen zwischen den höheren Befehlshabern und der Admiralität seien die engsten und herzlichsten. Das glatte Arbeiten sei von unschätzbarem Wert gewesen.

Balfour über die „Möve".

Balfour erwähnte schließlich, daß die „Möve", als Frachtdampfer verkleidet, den englischen Patrouillenschiffen entging und daß es ihr glückte, auf dem Wege um das nördliche Island zurückzukehren. Er äußerte sich dann ironisch über die Beflaggung Berlins für die Rückkehrfeier und meinte, dies zeige, daß der deutsche Maßstab für eine Heldentat nicht hoch sei. Balfour betonte auch die unablässige Vermehrung der Marine und sagte, wer der Zukunft nicht mit Gelassenheit ins Auge sehen könne, müsse ein kleinmütiger Mensch sein.

Churchill ruft Bestürzung hervor.

Oberst Churchill rief dadurch einige Bestürzung hervor, daß er erklärte, daß das Flottenbauprogramm, welches er selbst und Lord Fisher aufgestellt haben, nicht ganz eingehalten werde. Er versicherte, daß es eine ernste Tatsache sei, die man gut beachten müsse, daß England nicht wisse, was Deutschland indessen fertigstellte, während man doch mit Sicherheit annehmen könne, daß dort alle Kräfte angespannt würden. England müsse sein Aeußerstes tun, um die Schiffe so rasch als möglich abzuliefern. Redner wies sodann mit Nachdruck auf die Gefahr hin, daß man mit der Durchführung des Flottenbauprogramms im Rückstand bleibe, und verlangte die Rückkehr Lord Fishers.

Bellairs (Unionist) erklärte, daß das Haus, wenn Balfour ihm versichere, daß auf dem Gebiete des Schiffbaues alles mögliche getan werde, sich mit dieser Versicherung zufrieden geben müsse. Es seien Beweise vorhanden, daß England viel schneller baue als Deutschland.

Scharfe Kritik an Churchill.

Admiral Sir Hedworth Meux, das neu gewählte Mitglied von Portsmouth, unterzog die Rede Churchills einer scharfen Kritik. Er erinnerte an die Uneinigkeit zwischen Churchill und Fisher, solange Churchill noch Erster Lord der Admiralität war, und berief sich auf die Erklärung Churchills im Jahre 1915, daß er (Churchill) von Fisher nicht gut beraten worden sei. (Heiterkeit.) Churchill habe eine ganze Anzahl von Stellen bekleidet, aber er würde besser tun, wenn er sich auf eine einzige beschränkte. Das Haus wünsche ihm Erfolg in Frankreich und hoffe, daß er dort bleiben werde. (Heiterkeit und Beifall).

Die Rede Churchills wurde äußerst kühl aufgenommen.

Die Salandrakrise.

Neuerliche stürmische Szenen in der Kammer.

Zürich, 8. März. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer wurde das Budget des Unterrichtsministeriums verabschiedet.

Hierauf erörterte das Haus das Ersuchen des Ministerpräsidenten Salandra, die gestrige Resolution Vigna betreffend die Aufschiebung der Erörterung einiger wirtschaftlicher Fragen beschleunigen, im Anschluß an die eine oder die andre der eingebrachten Interpellationen. Der Wirtschaftsminister ist damit einverstanden. Auch der Minister des Aeußern ist bereit, die Mitteilungen zu machen, welche die internationale Politik im gegebenen Augenblick zu machen erlaubt. Dies vorausgeschickt, ersuche ich um Ablehnung der Resolution Vigna.

Nach einer kurzen Erklärung des Wirtschaftsministers, er sei bereit, Aufschluß über die Art und Weise der Lösung gewisser Probleme und über seine Hoffnungen zu geben, und überlasse sein Amt gern jemand anderm, den die Kammer bestimmen würde, gibt der Giolittianer Schanzer folgende Begründung zu der bevorstehenden Abstimmung: Es besteht ein dringendes Bedürfnis nach Ruhe. Der Ministerpräsident hat gesagt, daß seine Drohung die höchsten Garantien unsrer Einrichtungen nicht verletze und daß er in den Grenzen des Gesetzes verblieben sei. Auch ich bin ein eifersüchtiger Hüter der königlichen Vorrechte. Salandra hatte aber unrecht, jenen langjährigen Gewohnheiten nicht Rechnung zu tragen, welche größeren Wert haben als ein geschriebenes Gesetz. Zu diesen Gewohnheiten gehört die Ehrerbietung gegenüber dem Parlament. Damit ist die Notwendigkeit gegeben, Erörterungen nicht unter Verzicht auf diese Ehrerbietung zu führen. Seine letzten Worte enthalten keine Sicherung. Indessen muß gegenwärtig jedwede Empfindlichkeit und jedwede berechtigte Empörung zurückstehen hinter dem Vaterlandsgefühl und dem glühenden Wunsch nach dem Sieg unsrer Waffen zwecks Durchsetzung unsrer nationalen Rechte. Darum wollen wir uns in diesem Augenblick durch keinerlei persönlichen Zwischenfall bewegen lassen, die parlamentarische Situation zu ändern, und werden dem Antrag der Regierung zustimmen.

Der radikale Abg. Alessio erklärte, er stehe auf demselben Standpunkt wie Abgeordneter Schanzer. Er wolle durch Zwischenfälle keine Krisis eintreten lassen, welche Italien in den großen Schwierigkeiten, die es überwinden müsse, schwäche. Die radikale Partei mißbillige das Verhalten des Ministerpräsidenten, sie stimme aber für den Regierungsantrag, nachdem eine gewisse Erörterung der Wirtschaftsfragen zugestanden worden sei.

Hierauf erfolgte die namentliche Abstimmung. Für den Regierungsantrag stimmen 281, gegen denselben 25 Abgeordnete.

Ministerpräsident Salandra erhebt sich von neuem und sagt lächelnd: Ich bitte die Herren, doch ruhiger zu sein .... (Abgeordneter Tedesco ruft: Zwei Jahre lang haben wir geschwiegen!) und sich opportunistischer Entrüstungen zu enthalten. Uebrigens wird die Regierung die Erörterung einiger wirtschaftlicher Fragen beschleunigen, im Anschluß an die eine oder die andre der eingebrachten Interpellationen. Der Wirtschaftsminister ist damit einverstanden. Auch der

---

Probleme hinauszuschieben, was symptomatisch und symbolisch für ihr ganzes Wesen und ihr Verhalten sei. Jeder Tag kompromittiere schlimmer die bereits schwere Lage. Nächstens werde angeblich die Regierung nach Paris gehen, um vielleicht den Krieg noch zu vergrößern oder die Grundlagen zu jenem Zollverein des Vierverbandes anzulegen, welcher den Zollkrieg mit den Mittelmächten herbeiführen würde, der für Italien noch unheilvoller wäre als der Krieg mit Kanonen. Dergleichen wollen die Sozialisten nicht zulassen. Die Regierung müßte dankbar sein, daß die Sozialisten sie nötigen, ans Tageslicht herauszutreten. Wenn die Regierung und die Kammermehrheit dies nicht wollen, so seien die Sozialisten keineswegs willens, mit ihnen gemeinsam Selbstmord zu begehen.

Der Radikale Pantano und der Reformist Bissolati erklärten, daß Salandra seine gestrigen Drohungen nicht so gemeint haben könne und man dem Ministerium das Leben nicht erschweren sollte, während allerdings eine Erörterung der großen wirtschaftlichen, politischen und finanziellen Probleme, also auch des Gegenstandes der Resolution Vigna, angebracht wäre.

Ministerpräsident Salandra erklärte hierauf, er habe den Worten Pantanos und Bissolatis wenig hinzuzufügen. Auch die Erklärungen Turatis seien maßvoll gewesen. Indessen sei das Verhalten der sozialistischen Parteiorgane im Lande nicht so, wie es sein sollte, sondern ziele darauf ab, das Volk gegen den Krieg einzunehmen, was die Regierung natürlich verhindern müsse. (Die Sozialisten rufen dazwischen:

---

ihren Vorrechten Gebrauch zu machen. All das beeinträchtige nicht die Garantien und die Vorrechte des Parlaments. Er könne anderseits keinesfalls zugeben, daß ein Vetorecht der Krone geschmälert werde.

Sozialistische Zwischenrufe: Schämt sich der Republikaner Barzilai nicht, am Ministertisch zu verbleiben und solche reaktionäre Theorien zu bestärken? Löst doch die Kammer auf, ihr Pappediktatoren, und wir werden euch in Stücke hauen!

Ministerpräsident Salandra (mit erhobener Stimme fortfahrend): Im übrigen habe ich nichts von dem, was ich gesagt habe, zurückzunehmen.

Die Giolittianer Tedesco, Bertolini, Schanzer, Faelli und andre geraten in Erregung und rufen Salandra zu: Das ist zu viel! Nicht einmal in der Duma spricht man so, und Sie, Salandra, wagen es, andre als Diktatoren anzusprechen? (Allgemeiner großer Lärm.) Minister Barzilai bleibt ruhig sitzen.

Neues Wiener Tagblatt
9. III. 1916

Amerika und die bewaffneten Handelsschiffe.

Berlin, 8. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in New-York meldet: Das Repräsentantenhaus vertagte die Verhandlung der Resolution, welche die Warnung an die Bürger der Vereinigten Staaten vor Reisen auf bewaffneten Handelsschiffen der Kriegführenden vorschlug, mit 276 gegen 143 Stimmen.

Berlin, 8. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus meldet aus Washington: Der Geschäftsordnungsantrag, welcher die Plenardebatte über den Antrag auf Vertagung der Resolution MacLemore betreffend die Reisen von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen zeitlich beschränkt, wurde mit 271 gegen 138 Stimmen angenommen. Die Abstimmung des Repräsentantenhauses bedeutet ebenso wie diejenige des Senates über die Resolution Gore, daß die Majorität beider Häuser dem Wunsche Wilsons entgegenkommt, daß, solange der Abschluß der diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland aussteht, Wilson durch irgendwelche Tätigkeit des Kongresses nicht beengt werde.

In der Debatte über den Geschäftsordnungsantrag sagte Mann, der Führer der Republikaner: Wenn wir richtig berichtet sind, wünscht der Präsident unse Meinung über die Frage der Reisen von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen. Wenn wir jetzt sagen, die Resolution Mac Lemore geht auf den Tisch, äußern wir keine Meinung über den Gegenstand, es sei denn, daß man unsre Handlungsweise als Einladung zu solchen Reisen auslegte. Ich bin nicht dafür, eine solche Einladung ergehen zu lassen, welche uns in die internationalen Verwicklungen hineinziehen könnte.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 9. III. 1916

Die Neutralitätspolitik der Schweiz.

Bern, 8. März. Im weiteren Verlaufe der Debatte über die Neutralitätspolitik im Nationalrate nahm Weber (St. Gallen) die Presse gegen den Vorwurf der Aufhetzung in Schutz und betonte, daß durch rechtzeitige Informierung über die Vorkommnisse die Presse ihre Aufgabe, aufzuklären und zu beruhigen, besser erfüllen könnte.

Doucourt (katholisch-konservativ) übte an der Armeeleitung Kritik, während Ullmann (Thurgau, freisinnig) den Generalstabschef und den General entschieden in Schutz nahm. Die Neutralität schließe keinen Richterberuf in sich. In der Schweiz gebe man den Sympathiegefühlen für den einen der Kriegführenden zu geräuschvollen Ausdruck. Ullmann machte für die Verstimmung der Westschweiz die sogenannten Intellektuellen und die Presse verantwortlich und fragte Secretan, ob er nicht selber auch schon gesagt habe: Mea culpa.

In einer persönlichen Erklärung wies Secretan die Vorwürfe wegen seiner Haltung in der Oberstenangelegenheit zurück und sagte, niemals sei ein andrer schweizerischer Magistrat und hoher Offizier so angegriffen und behandlet worden, wie er von der deutschen Schweiz seit Monaten behandelt werde. Der Bundesrat habe in der Kommission seine Haltung in der Oberstenangelegenheit als korrekt und loyal anerkannt. In seinem Blatt „Gazette de Lausanne" sei nie ein Wort gegen den General und den Generalstabschef oder gegen die Politik des Bundesrates geschrieben worden. Secretan verlangte vom Präsidenten die Zurückweisung des Angriffes Ullmanns als einer persönlichen Beleidigung. (Lebhafter Beifall bei den Welschen.)

Präsident Eugster erklärte, in den Worten Ullmanns, der das Blatt Secretans für mitschuldig an der Erregung in der welschen Schweiz hingestellt habe, keine persönliche Beleidigung sehen zu können.

Darauf wurde die Beratung auf morgen vertagt.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 9./III. 1916

Eine Friedensanregung im schwedischen Reichstag.

Stockholm, 8. März. Von zwei Mitgliedern der äußersten Linken wurde in den beiden Kammern ein Antrag eingereicht, der Reichstag möge die Regierung ersuchen, sie solle die Möglichkeit erwägen, durch die Initiative der skandinavischen Staaten oder Schwedens allein eine Friedenskonferenz der neutralen Staaten zusammenzubringen, um einen dauerhaften Frieden herzustellen.

Die erste Kammer lehnte den Antrag nach einer Erörterung ab, wobei der Führer der Konservativen Grygger erklärte, eine solche Konferenz sei eher schädlich als nützlich und könnte den Wunsch aller Schweden, so bald als möglich — besonders unter schwedischer Mitwirkung — den Frieden herbeizuführen, gefährden, wenn nicht unmöglich machen.

Neues Wiener Tagblatt
29/III. 1916

Sensationelle Erklärungen in der Reichsduma.

Die „Korrespondenz Rundschau" meldet aus Stockholm: Die letzten Beratungen der Duma brachten in den Reden einer Reihe von Deputierten verschiedenster Nationalität und politischer Gesinnung eine Fülle von Enthüllungen und Aeußerungen, die geradezu als sensationell bezeichnet werden müssen. Der Redner der Rechten Professor Lewaschow forderte die Beschleunigung der Liquidierung des deutschen Grundbesitzes, da jede weitere Verzögerung eine scharfe Waffe in den Händen der Revolutionären bei deren antidynastischen Agitationen wäre. Der unabhängige Abgeordnete Karaulow klagte, daß man die Bevölkerung bekämpfe, statt die Organisation des Sieges durchzuführen. Man müsse den jetzigen Augenblick ausnützen, denn heute wolle das Land keine Revolution, während es nach dem Kriege bereits zu spät sein könnte

Der konservative Deputierte Polowzow erklärte, von einem Sonderfrieden könne keine Rede sein, doch müsse man zugeben, daß gegenwärtig in Rußland viel von einem solchen gesprochen werde. Der Abgeordnete Purischkewitsch griff den jetzt allmächtigen Metropoliten Pitirim heftig an, den er beschuldigte, er stehe ganz unter dem Einflusse der Bankiers Manus und Rubinstein, deren Namen mit den Friedensbemühungen untrennbar verknüpft seien.

Der Kadett Miljukow teilte mit, daß Ministerpräsident Stürmer von seinen Kollegen fünf Millionen Rubel zur Disposition ohne Kontrolle zu erwirken trachtete, um dieses Geld zu nur dem Kaiser bestimmten Zwecken zu verwenden. Man halte sich noch immer an die alten Regierungsmethoden. In Finnland jage man das Volk zur Verzweiflung. In der jüdischen Frage sei man nach rückwärts gegangen. Man wolle die Schuld der Teuerung auf die Juden wälzen und lasse zur Provokation noch die Pogroms hinzutreten.

Der Progressist Jefremow nannte den Kriegsminister Suchomlinow einen Lügner, der die Stärke der deutschen Armee falsch angegeben habe. Gleich nach Kriegsausbruch habe er die Gewehre des Systems Berdan vernichten lassen, so daß die russischen Truppen ohne Waffen geblieben seien.

Der Mohammedaner Tewkelow schilderte die furchtbaren Leiden seiner Glaubensgenossen. Man gebe den Verwundeten in den Spitälern statt des Koran das Evangelium in tatarischer Sprache. In Kursk und Batum habe man die Bevölkerung plötzlich und grundlos außerhalb des Gesetzes gestellt. Zehntausende Menschen wurden brot- und obdachlos, unerhörte Gewalttaten wie Raub, Vergewaltigung und Plünderung, ja Totschlag standen auf der Tagesordnung. Die Behörden sind diesen Ausschreitungen gegenüber passiv. Der Deputierte Friedmann berichtete, daß man die Familien der auf dem Felde der Ehre gefallenen jüdischen Soldaten aus Petersburg und Moskau vertreibe. Der Minister des Innern habe im Einvernehmen mit dem Justizminister den Juden verboten, von der ihnen durch den Ministerrat erteilten Erlaubnis, unbewegliches Eigentum zu erwerben, Gebrauch zu machen. Das offizielle Armeeblatt reize zu Pogroms auf.

Der Oktobrist Kowalewski erklärte, den Alliierten fehle es an jeglicher Solidarität. England befasse sich mit der Bekämpfung des Feindes zur See und in den Kolonien sowie mit dem Schutze von Calais als der Pforte nach Großbritannien. Frankreich verteidige Paris und seine Grenzen. Rußland habe sich von nationalhistorischen Träumen fortreißen lassen. Italien weigere sich, Deutschland den Krieg zu erklären, und nütze seine Kräfte nicht einmal voll gegen Oesterreich-Ungarn aus. Die russische Diplomatie stehe nicht auf ihrem Platz. Der russische Gesandte in Stockholm habe einen Gehilfen, der mit Deutschland Beziehungen unterhalte. Bei dieser Stelle warf der Adlatus Sasonows, Arzimowitsch, ein, daß allerdings der Bruder des Gehilfen des russischen Gesandten in Stockholm vor Jahren in deutsche Dienste getreten sei, doch habe der Gehilfe daraufhin jeden Verkehr mit ihm abgebrochen.

Vossische Zeitung

10./III. 1916.

Der Krieg mit Portugal.

Aus einem, von Ausbruch des Weltkrieges an unseren Gegnern ergebenen Staate ist nun ein offener Feind geworden. Portugal hat sich den anderen jetzt offen an die Seite gestellt: Als Vasall Englands, in dessen Interesse es den entscheidenden feindlichen Akt, die Beschlagnahme der in portugiesischen Häfen befindlichen deutschen Schiffe, vornahm. Man urteilt wohl nicht zu optimistisch, wenn man dem Beitritt Portugals zur Entente nur eine geringe militärische Bedeutung beimißt. Auch für die wirtschaftliche trifft dies zu.

Deutschlands Außenhandel mit Portugal war stets nur gering. Er machte in den letzten Friedensjahren nur 0,2 pCt. unserer Gesamteinfuhr und 0,5 pCt. unserer Ausfuhr (dem Werte nach) aus. Der Weltkrieg hat ihn so gut wie ganz zum Erlöschen gebracht.

Was unsere finanziellen Beziehungen zu Portugal angeht, so sind sie ein ziemlich trübes Kapitel. Im Jahre 1892 ereignete sich der große portugiesische Staatsbankerott, an dem auch die deutsche Kapitalisten- und Bankwelt als Leidtragende beteiligt war. Erst im Jahre 1902 kam nach unendlichen Mühen eine Einigung mit den Gläubigern, das sogenannte Convenio, zustande. Regelmäßig seit Jahrzehnten erschien am Schlusse des Finanzjahres ein Defizit im Budget. Unter der Herrschaft der republikanischen Regierung wurde es etwas besser, aber die Kalamität, daß die Staatseinnahmen zum größten Teil durch den Kupondienst der Anleihen aufgezehrt wurden, blieb bestehen.

Während des Weltkrieges haben sich die finanziellen Verhältnisse des kleinen Landes zusehends verschlechtert. Unter dem Druck der Entente mußte es sich zu Rüstungen bequemen, die jede geordnete Finanzwirtschaft unmöglich machten, zumal seine wirtschaftlichen Verhältnisse schon vorher unter den schweren inneren Kämpfen arg gelitten hatten. Seine einstmals blühende Landwirtschaft ist durch die starke Auswanderung der Bevölkerung nach Brasilien heruntergekommen, Portugal muß von Uebersee zu teuren Preisen und unter hohen Frachtlasten Getreide beziehen. Von Monat zu Monat hat sich dieser Mißstand verschärft, sicher unter eifriger Beihilfe Englands, dem daran gelegen sein mußte, den Portugiesen ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von Englands Gnade eindringlich klar zu machen.

Die Zerrüttung der Verhältnisse Portugals läßt sich in wenig Ziffern markant ausdrücken: Das Staatsbudget für 1916/17 zeigt im Voranschlag ein Defizit von rund 4000 Contos oder 18 Millionen M. Der Notenumlauf von Staatsbank hat bei unverändertem Goldbestand sprungweise zugenommen. Dementsprechend bildete sich rasch ein Goldagio (bis zu 60 pCt.) heraus. Wieweit das Gold der Staatsbank überhaupt noch im Lande ist, steht dahin. Vielleicht ist es schon in London neben belgischem, russischem und französischem eingesargt!

Unlängst wurde gemeldet, der englische Finanzmann Lord Baring weile in Lissabon wegen Uebernahme von 6 Millionen Lstr. portugiesischer Anleihe. Das wäre dann der Preis, um den das Land den letzten Rest von politischer Unabhängigkeit und Ehre an England verkaufte: Ein Sieg der auch anderwärts bewährten englischen Politik, die Kleinen so mürbe zu machen, daß sie sich schließlich in Englands Arme werfen müssen. Mit den über 100 Millionen M. täglichen Kriegsausgaben, wie sie England jetzt vergeudet, und den in die Milliarden gehenden „Vorschüssen" an die Verbündeten läßt sich schon etwas erreichen!

An Deutschland wird Portugal natürlich jetzt keine Zinsen mehr zahlen, solange der Kriegszustand währt. Doch auch damit ändert sich nichts gegen den bestehenden Zustand. Die portugiesische Regierung hatte nämlich schon im Herbst 1914 verkündet, daß sie ihre Anleihezinsen nur noch in Lissabon bezahlen würde, eine Erklärung, die ausgesprochen gegen Deutschland gerichtet war.

Es gehört keine Sehergabe zu der Voraussage, daß Portugals Finanzwirtschaft durch seine offene Teilnahme am Kriege gegen die Mittelmächte völliger Zerüttung zustreben wird. Ungeheure Zunahme der Verschuldung, starke Ausnutzung der Notenpresse, Stocken jedes regulären Handelverkehrs werden das Land dem wirtschaftlichen Untergang zutreiben. Eine Stütze Portugals waren noch immer seine Kolonien; seine afrikanischen grenzen an Deutsch-Ostafrika und „Deutsch-Südwest". Vielleicht kostet den portugiesischen Staat der Krieg auch sie!

Mch.

Berner Bund 10./III. 1916

Zur Kriegslage

Die strategische Position Verdun in schwerster Gefahr. Der Kampf um Panzerfeste und Dorf Vaux. Aufrollung der Ostfront des Platzes? Die Linie Tavannes-Bras. Die Lage im Nordwestsektor. Die Winkelstellung Malancourt-Verdun-St. Mihiel. In den andern Frontabschnitten. Entlastungsoffensiven? Handlungsfreiheit der Oesterreicher? Trapezunt und Kut-el-Amara.

Der Angriff auf die strategische Position Verdun, der nach dem Durchbruch der Vorstellungen des Nordostsektors und der dadurch bedingten Zurücknahme der östlich der Maashöhen in der Woevre stehenden, flankierten französischen Truppen zu einem konzentrischen Angriff auf die ganze Kniestellung Malancourt-Verdun-St. Mihiel geführt hat, ist nach kurzer Unterbrechung fortgesetzt worden und hat die französische Verteidigung nun auch im Nordwestsektor zur Preisgabe ihrer Vorstellungen gezwungen. Am weitesten vorn befinden sich die in Dorf und Feste Douaumont eingedrungenen deutschen Truppenteile, die von Punkt 388 auf Brücken und Türme von Verdun hinuntersehen. Diese vorgeschobene Stellung ist nun nach deutscher Meldung durch die Eroberung der Panzerfeste Vaux ergänzt worden. Das Dorf ist nach französischer Meldung noch im Besitz des Verteidigers. Ist Fort Vaux samt den anliegenden Feldstellungen fest in deutscher Hand, so haben die Franzosen jede Möglichkeit verloren, auf Douaumont von Südosten her einen Flankendruck auszuüben und zugleich den nördlichen Flügelstützpunkt der Fortsgruppe der Ostfront verloren. Dann ist die permanente Front Vaux-Tavannes-Rozelier von Norden angeschnitten und damit die Möglichkeit gegeben, gegen Bahn und Straße Eix-Verdun flankierend vorzugehen.

Die eigentliche Verteidigungsfront im Nordostsektor läuft jetzt in nordwestlicher Richtung vom Forts de Tavannes und den noch behaupteten kleinen Panzerfesten auf dem Rükken nördlich davon (also südlich Damloup) über die Forts de Souville, St Michel und Fleury zur Mulde von Bras und endet auf den Abhängen nördlich Bras an der Maas.

Im Nordwestsektor hat der Angriff die Franzosen auf das Rabenholz zurückgeworfen, das sie nach ihrer Meldung zum Teil wieder genommen haben, im großen ganzen aber handelt es sich auch hier um einen unaufhaltsamen und nur zeitweilig absetzenden Angriff, der jetzt mit vorgenommenem linken Flügel an der Maas auf zehn Kilometer an die Feste herangekommen ist und erst auf der Linie Charny-Bourrus nachhaltigem Widerstand begegnen wird, sofern nicht auch hier schon die Wirkung der schwersten Kaliber und Flankenfeuer — die deutsche Artillerie kreuzt bereits ihr Feuer über der Maas — die Franzosen zum Rückzug zwingen.

Es ist also die von Norden nach Süden gerichtete Aufrollung der eisernen Maasstellung trotz verzweifelten Widerstandes noch nicht aufgehalten worden und Verdun als Position nicht nur gelähmt, sondern bereits als stark entwertet zu betrachten. Die Opfer, die die französische Verteidigung noch bringt, sind nur dann zu rechtfertigen, wenn die dadurch gewonnene Zeit benutzt wird, die Räumung der Position und die Abflachung der Winkelstellung durch Einrichtung und Beziehung einer südwestlich streichenden Linie durchzuführen oder operativ gegenzuwirken. Daß es den Franzosen glücken könnte, die Lage weit genug wieder herzustellen, um Verdun wieder zu einem Lebenspunkt ihrer Front zu machen, halten wir heute schon für sehr unwahrscheinlich. Es wird unmöglich, wenn sich die Franzosen auch ferner auf die passive Verteidigung beschränken müssen. Die von uns ausgesprochene Vermutung, daß General Humbert durch General Pétain ersetzt worden sei, hat eine Bestätigung erfahren; Humbert hat den Verlust von Douaumont mit der Abgabe des Kommandos an Pétain bezahlt.

In den anderen Frontabschnitten ist es verhältnismäßig ruhig geblieben und die Initiative immer noch merklich auf seiten der Deutschen, die den Gegner überall in Atem halten wollen. Auch die Engländer haben noch nicht zu einer größeren Offensive angesetzt. Ueberraschungen sind indes immer zu gewärtigen und zwar von beiden Seiten. Eine Entlastungsoffensive der Russen oder Italiener hat sich ebenfalls noch nicht geltend gemacht, obwohl man hinter der russischen Front größere Verschiebungen wahrnehmen kann, die sich besonders zwischen Baranowitschi und Czartorisk aussprechen. Ob die Italiener in der Lage sind, noch einmal angriffsweise vorzugehen, zumal bei dieser ungünstigen Witterung, ist zu bezweifeln. Eine Offensive der Oesterreicher ist von ihrem Verhalten auf dem Balkan und von ihren politischen Beziehungen zu Rumänien abhängig, doch kann man feststellen, daß die strategische Handlungsfreiheit Oesterreichs seit der Eroberung Durazzos abermals beträchtlich gewachsen ist.

Aus Kleinasien wird gemeldet, daß der rechte Flügel der russischen Kaukasusarmee im Vormarsch auf Trapezunt vorwärts kommt und daß die Entsatzversuche der Engländer bei Kut-el-Amara zu einem Gefecht bei Elmin, etwa acht Kilometer von Kut entfernt, geführt haben. Das Gefecht hat den englischen General jedoch noch nicht instand gesetzt, den doppelseitig vorgelegten türkischen Kordon zu durchbrechen. Es hängt von der Zahl und Manövrierfähigkeit der englisch-indischen Truppen ab, ob es ihnen gelingt, sich doch noch den Weg zu Townshend zu bahnen, der sich unerschütterlich hält und offenbar auch auf dem Tigris noch Zufuhren empfängt.

H. St.

Kölnische Zeitung 10/III. 1916.

Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

Siebte Mitteilung.

II. Kamerun.

Die neueste Veröffentlichung unseres Reichskolonialamtes schildert den Heldenkampf in Kamerun zwar nicht bis zu seinem letzten Ende, nämlich bis zu dem am Abend des 4. Februar begonnenen Übertreten unserer Truppe auf spanisches Gebiet, wohl aber bis zu dem entscheidenden Zeitpunkt, als in den letzten Monaten des vorigen Jahres die Aufgabe des derzeitigen Regierungssitzes Jaunde und der Rückzug in die spanische Kolonie bereits beschlossen war. Überaus ergreifend wirkt es bei der Schilderung jener vielen hundert, oft nicht nur Tage, sondern Wochen lang andauernden Gefechte und Scharmützel, vermittels deren die meist nur aus einigen Kompagnien bestehenden deutschen Abteilungen den weit überlegenen Feind immer wieder zurückwarfen, immer wieder zu hören, wie winzige Unterstützungstruppen in Eilmärschen Hunderte von Kilometern weit herangeholt wurden, wie es aber dann wieder an andern Stellen eines Kriegsschauplatzes von der doppelten Größe Deutschlands an Mannschaften mangelte. So wurden beispielsweise, als die Franzosen Mitte 1915 zu einem besonders heftigen Vorstoß von Edea her gegen Jaunde ansetzten, Teile der bisherigen Westabteilung, unter dem Hauptmann Adametz, herangezogen, dann aber, als die Gefahr einstweilen vorüber war, der unter Hauptmann v. Hagen in der Nähe der spanischen Grenze hart ringenden Südabteilung einige Kompagnien überwiesen. So erdrückend die Übermacht des in einem gewaltigen Kreise von allen vier Himmelsrichtungen her konzentrisch angreifenden Feindes war, so sind doch die Deutschen in weitaus den meisten Kämpfen siegreich gewesen und haben ihren Gegnern schwere Verluste beigebracht. Zum ersten Male erfahren wir jetzt, daß jene gewaltigen Truppenmengen, welche Engländer und Franzosen in ihren an Kamerun angrenzenden Kolonien zur Verfügung hatten, nicht einmal für ausreichend befunden worden sind, sondern daß man, abgesehen von der Unterstützung der Kongo-Belgier, auch noch indische Bataillone verwandt hat. Macht man in der Richtung des Uhrzeigers die Runde um unser Schutzgebiet, so finden wir, daß von Edea her schon seit Oktober 1914 die Franzosen und zeitweilig die Engländer, bis fast zum Schluß völlig erfolglos, andrängten. Noch weniger Erfolge sind den Engländern im nordwestlichen Grenzgebiet und im Ossidinge-Bezirk beschieden gewesen. Die von Norden her gegen Gaschka und Banjo angesetzte englische Truppenmacht wurde von General Cunliffe und Major Mann befehligt. Etwas weiter östlich haben Oberstleutnant Webb Bowen und Oberstleutnant Brisset vermittels ihrer den Deutschen völlig fehlenden schweren Artillerie (95mm-Geschütze) nach manchen Mißerfolgen schließlich den Fall von Garua und Ngaundere bewerkstelligt. Im Osten und Südosten wurde den Franzosen ihr Vordringen durch das vom Kongo ausstrahlende schiffbare Flußnetz erleichtert. Vom Kadei kam die französische Lobaye-Abteilung unter Oberst Morisson, vom Sanga Oberstleutnant Hutin, gegen Akoafim operierten die Abteilungen Lemoilleur und Miquelard. Bei Kampo und an andern Plätzen der Küste von Südkamerun, die von den Deutschen auffallend lange freigehalten worden war, finden wir wiederum britische und indische Truppen. Die Eingeborenen scheinen, abgesehen von den verkommenen Duala, treu zu den Deutschen gestanden zu haben, und zwar im heidnischen Süden nicht weniger als im islamitischen Norden. Nur vom Lamids von Gaschka, dessen Vorgänger nach den Berichten unserer Forschungsreisenden ein „feiner alter Neger" gewesen ist, wird die schmähliche Tat berichtet, daß er den Engländern unsere Paßstellung bei Gaschka-Jakuba verraten habe.

Einen Wendepunkt in der Geschichte der anderthalbjährigen heldenhaften Verteidigung von Kamerun stellt es dar, als den Engländern ein chiffrierter Befehl des Oberstleutnants Zimmermann in die Hände fiel. Zimmermann wollte ursprünglich die deutschen Streitkräfte zum letzten Widerstand auf dem Hochlande von Ngaundere zusammenziehen. Vereitelt wurde dies durch die ungeheure artilleristische Überlegenheit des Gegners, die natürlich im baumlosen Steppenland stärker zur Geltung kam als im Urwaldgebiet bei Jaunde. Als Garua mit seinen Beständen an Geschützen, Munition und sonstiger Ausrüstung gefallen war, konnte auch Ngaundere nicht länger gehalten werden. Über die Kämpfe, die der Räumung von Jaunde durch die deutschen Truppen vorausgegangen sein werden, lagen dem deutschen Kolonialamt bei der Abfassung seiner Schilderung noch keine Berichte vor. Nachdem es den Franzosen und Engländern gelungen war, mit starken, den deutschen Truppen mehrfach überlegenen Kräften das Hochland östlich von Jaunde zu erreichen, vermochte die Schutztruppe ihren weitern Vormarsch nur noch zu verzögern, um so die Räumung Jaundes und die Heranziehung der auf entferntern Schauplätzen noch fechtenden Teile zu ermöglichen. Eine Verteidigung des Ortes oder der in der Nähe etwa vorbereiteten Bergstellung war gegenüber der artilleristischen und zahlenmäßigen Überlegenheit des Feindes völlig aussichtslos. Gänzliche Vernichtung oder die Kriegsgefangenschaft wäre das sichere Loos der deutschen Truppen gewesen. Nur der Rückzug nach dem spanischen Muni-Gebiet kam noch in Frage. Er erfolgte auf der von Jaunde über Ebolowa nach Batta führenden Straße, die in monatelangem heißem Ringen von unserer Südabteilung unter Hauptmann v. Hagen gegen die Angriffe der von Kampo und Ojem in starker Übermacht andrängenden Feinde behauptet worden war. Ähnlich wie den Engländern der erwähnte Befehl Zimmermanns, der sie zu den äußersten Anstrengungen anspornte, in die Hände gefallen war, erwiesen sich für uns die am 23. August von der 9. Kompagnie erbeuteten Papiere von großem Nutzen. Denn sie verrieten, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln unsere Gegner den Abmarsch ins spanische Muni-Gebiet abzuschneiden gedachten. Jedem, der mit der schließlichen Gestaltung der Kriegslage in Kamerun genauer vertraut ist, muß die erfolgreiche Durchführung dieses Abmarsches fast als ein Wunder, jedenfalls als eine letzte glänzende Leistung jener Helden erscheinen, auf die jedes deutschfühlende Herz mit Fug und Recht stolz sein darf.

Noch war allerdings auch am Abend des 4. Februars unser Kamerun noch nicht völlig bezwungen. Lief doch erst am 19. Februar die Nachricht ein, daß der mit seiner 3. Kompagnie seit anderthalb Jahren in einer Bergstellung bei Mora (Nord-Kamerun) belagerte und längst von der deutschen Hauptmacht abgeschnittene Hauptmann v. Raben sich habe ergeben müssen. Der Bericht des Reichskolonialamtes bringt im Wortlaut zwei vom 3. Juli und vom 11. August 1915 datierte Briefe v. Rabens, laut denen weder Skorbut und das völlige Fehlen von Chinin, noch Wasser- und Kornmangel (die Vorräte würden, so meinte man, bis Mitte September reichen) die Deutschen zu schrecken vermochten. Den Fall Przemysls hatten sie durch bis zum 16. April reichende Zeitungen erfahren, litten aber am meisten durch das Fehlen weiterer Nachrichten. Mit Mora, sagt der Bericht des Reichskolonialamts, ist der letzte Platz Kameruns gefallen, über dem die deutsche Flagge noch wehte. Das Schutzgebiet ist jetzt seinen Feinden ausgeliefert. Seine Verteidiger sind auf das gastliche Gebiet von Spanisch-Muni übergetreten, soweit sie nicht in der von ihnen so heldenmütig verteidigten Erde zur letzten Ruhe gebettet, oder in Kriegsgefangenschaft geraten sind. Mögen sie sich nun von den großen Anstrengungen und Entbehrungen des Krieges erholen, um dereinst freudig mitarbeiten zu können an dem Wiederaufbau des Schutzgebiets.

III. Togo.

Der Geschäftsbetrieb der deutschen Kaufmannsfirmen in Togo wird, wie das Kolonialamt angibt, von den Engländern durch Schließung von Faktoreien erschwert, von den Franzosen dagegen völlig verhindert. Größere Freiheit genießen die Missionen, was nicht hinderte, daß der englische Befehlshaber bei einer Missionsgesellschaft anfragen ließ, wie viel Stunden wöchentlich auf englischen Unterricht verwandt würden. Den in Dahome gefangen gehaltenen Deutschen hat die französische Regierung neuerdings den Postverkehr freigegeben.

IV. Südwestafrika.

Die im Lande gebliebenen deutschen Farmer scheinen durchschnittlich die Hälfte ihres Viehbestandes eingebüßt zu haben. Manche verloren indes ihr ganzes Hab und Gut und sind auf die Gastfreundschaft von Nachbarn angewiesen. Sehr erschwert wird die Wiederaufnahme der Betriebe durch das Verhalten der Eingeborenen, für deren Frechheiten die Unionsregierung nur eine höchst unangebrachte Nachsicht hat. Arbeiten wollen die Eingeborenen nicht mehr; sie ziehen es vor, sich durch Viehdiebstähle ihren Lebensunterhalt zu verschaffen. Auch liegen Anzeichen dafür vor, daß sie trachten, sich wieder zu selbständigen Völkerschaften zusammenzuschließen. Bezeichnend für die gegenwärtigen Verhältnisse im Schutzgebiet ist der Ausspruch, den ein englischer Offizier getan haben soll: „Wenn wir das Land nicht behalten können, dann wollen wir den Deutschen wenigstens einen großen Eingeborenenaufstand zurücklassen."

V. Besitzungen in der Südsee.

Im alten Schutzgebiet von Deutsch-Neuguinea hat die englische Besatzungsbehörde leider wieder einige Deutsche (der Bericht des Kolonialamts nennt 20 Mann) unter der zweifellos falschen Beschuldigung, daß sie die Eingeborenen gegen England aufzuwiegeln trachteten, nach Australien abschieben lassen. Eine regelmäßige Verbindung mit dem Schutzgebiet ist bisher noch nicht wieder hergestellt worden. Doch werden wohl private und geschäftliche Mitteilungen auf dem Umwege über neutrale Länder ausgetauscht. In dem von Japanern besetzten Inselgebiet sind, abgesehen von den Missionaren, so gut wie keine Deutschen mehr ansässig. Der Missionstätigkeit legen die japanischen Besatzungsbehörden keine Hindernisse in den Weg. Dagegen herrscht Knappheit an Nahrungsmitteln, weil die Inseln vom Verkehr nicht nur mit der Außenwelt, sondern auch unter sich abgeschnitten sind. Wie auf Neuguinea die australische, so zeigt auf Samoa die neuseeländische Verwaltung das Bestreben, die Deutschen soweit als tunlich aus dem Lande zu schaffen. Die unverheirateten Beamten sind als Kriegsgefangene weggebracht worden, und bei den Ansiedlern genügt der geringste Vorwand, um sie des Landes zu verweisen. Auch entschloß sich die neuseeländische Besatzungsbehörde, aus leicht erklärlichen Gründen, die seinerzeit nach den Marianen verbannten Samoaner wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Sie sind laut vorliegenden Nachrichten bereits in Apia angekommen.

Berner Bund
10./III. 1916

Zur neuesten Kriegserklärung

Mit der Republik Portugal tritt nun der dreizehnte Staat auf unserm geduldigen Erdball in die Reihe der kriegführenden Mächte ein. Das deutsche Reich hat sich gestern als im Kriegszustand mit Portugal befindlich erklärt.

Den letzten Anstoß zu dieser gewaltsamen Klärung der längst recht verworrenen Beziehungen Portugals zu den kriegführenden Mächten gab die am 23. Februar erfolgte Beschlagnahme deutscher Schiffe in den portugiesischen Häfen. Es stand zwar der Republik Portugal das Recht zu, auf fremde Schiffe die Hand zu legen, soweit es sich um die Deckung eigener dringender Bedürfnisse handelt. Die deutsche Regierung behauptet nun in ihrer Note, die portugiesische Regierung habe mehr Schiffe beschlagnahmt, als zur Deckung ihres eigenen Mangels an Schiffsraum erforderlich gewesen wäre. Sie beklagt sich ferner darüber, daß dies geschehen sei ohne irgend eine Verständigung mit den Reedern, zudem in einer Deutschland direkt herausfordernden Weise: An Stelle der deutschen Handelsflagge sei die portugiesische Kriegsflagge gehißt worden.

Ueberdies hält die deutsche Regierung den Portugiesen eine Reihe von neutralitätswidrigen Handlungen zugunsten Englands vor, die sich über den Verlauf des ganzen Krieges erstrecken.

Es kann tatsächlich kein Zweifel darüber herrschen, daß Portugal, das bekanntlich zu England in einem Bündnisverhältnis steht, in den ersten Kriegsmonaten eine Haltung eingenommen hat, die durchaus einseitig orientiert war. Man braucht nur die historischen Tatsachen nebeneinander zu stellen.

Am 24. November 1914 nahm der Kongreß — d. h. Abgeordnetenkammer und Senat — nach Anhörung einer Erklärung des Regierungspräsidenten Machado einstimmig einen Gesetzesentwurf an, durch den die Regierung ermächtigt wurde, auf Grund des Bündnisses mit England in den gegenwärtigen internationalen Konflikt in einer Weise einzugreifen, welche ihr als geeignet erscheine. Der Regierung wurde ferner volle Gewalt erteilt, die zu diesem Zwecke notwendig erscheinenden Maßnahmen zu treffen.

Am 5. Dezember teilte der Ministerpräsident in beiden Häusern mit, daß vier Expeditionen zur Verstärkung der Truppen in den afrikanischen Kolonien ausgerüstet worden seien. Zugleich wurde eine Verfügung veröffentlicht, in der Vorkehren zur Mobilisierung einer Division getroffen wurden, die bereit sein solle, „nach einem beliebigen Kampfplatze abzugehen". Dadurch wurde die Möglichkeit eines Eingriffes mit den Waffen immer näher gerückt, und so berief der Präsident der Republik ein „nationales Ministerium" aus Mitgliedern aller Parteien unter dem Vorsitze von Coutinho. Am 23. Dezember nahm die Abgeordnetenkammer einen Antrag Affonso Costas an, in dem die Regierung neuerdings ermächtigt wurde, militärische Vorkehren zu treffen zur Verteidigung der Kolonien und zum Eingreifen in den Krieg im Sinne des Vertrages mit England.

Im Januar 1915 begannen dann die inneren Wirren. Das Ministerium Coutinho trat zurück, und am 28. Januar wurde Pimenta de Castro Ministerpräsident. Von diesem Zeitpunkt an sind keine Beschlüsse der portugiesischen Volksvertretung mehr bekannt geworden, die auf kriegerische Absichten schließen ließen. Im Gegenteil: Am 1. Februar erklärte der neue Ministerpräsident feierlich die Neutralität Portugals im Weltkriege.

Die Portugiesen hatten im Verlaufe des Jahres 1915 allerdings auch genug mit ihren eigenen Angelegenheiten zu schaffen, und im Sturme der verschiedenen „Putsche" wurden die Beschlüsse vom November und Dezember nicht zur Ausführung gebracht.

So kommt der heutige Eintritt der Republik in den Weltkrieg doch überraschend, trotz den Vorgängen der letzten Februartage, über die nur spärliche Nachrichten in die Presse gelangt waren. Von wesentlicher Bedeutung für die endgültigen Entscheidungen wird die Teilnahme Portugals wohl nicht sein — eine schmerzliche Enttäuschung aber bietet sie doch für alle, die sich nach Frieden sehnen. Statt der Friedenstaube ein neues Kriegsfanal! Das ist die traurige Ueberraschung, die der Monat des keimenden Frühlings der Welt gebracht hat.

Neues Wiener Tagblatt
10. III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 9. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

7. März. Auf der ganzen Front fanden nur lebhafte Aktionen von Artillerie und kleinen Abteilungen statt.

Rußland.

8. März. Im Abschnitt von Riga zwang unsre Artillerie mehrmals die Deutschen zur Unterbrechung ihrer Arbeiten und brachte feindliche Batterien zum Schweigen. In den Stellungen bei Dünaburg in der Nähe von Illurt dauert der Kampf um die Minentrichter an. Alle Versuche der Deutschen, sich der Trichter zu bemächtigen, wurden abgeschlagen. Südlich der Eisenbahn von Poniewiez drängten wir die Deutschen zurück und gewannen etwas Gelände. Nordöstlich des Bahnhofes von Olyka, an der Bahnlinie Kowel-Rowno, versuchte der Feind zweimal, sich unsern Gräben zu nähern, wurde aber jedesmal mit großen Verlusten durch unser Feuer abgewiesen. An der oberen Strypa ließen wir, ohne einen Schuß abzugeben, eine stärkere feindliche Abteilung auf 50 Schritte an unsre Gräben herankommen und zerstreuten sie dann durch unser Feuer. Nördlich

von Bojan vernichteten unsre Aufklärer einen deutschen Posten.

— **Eine offiziöse Stimme über die Internationalisierung des Garantiegesetzes.** Die „Civilta Cattolica" polemisiert in einem längeren Artikel im Heft vom 4. März 1916 gegen den in der „Nuova Antologia" vom Abgeordneten Mosca, welcher als ein Führer der Katholiken im italienischen Parlament gilt, unter dem Titel: „Die Unantastbarkeit des Garantiegesetzes vom 13. Mai 1871" veröffentlichten Aufsatz und beantwortet die Frage, ob es einen Zweck habe, jenes Gesetz zu internationalisieren. Abgeordneter Mosca wollte jede Erörterung einer Internationalisierung ausgeschlossen wissen. Da vor Veröffentlichung derartiger prinzipieller Leitartikel der Direktor der „Civilta Cattolica" P. Rosa S. J. persönlich die Korrekturbogen dem Heiligen Vater vorzulegen pflegt, haben wir es hier mit einer offiziösen Klarstellung zu tun. Die „Civilta" sagt: „Wir wollen sicherlich nicht übermäßig die Internationalisation des Garantiegesetzes bekommen, nicht nur deshalb, weil auch internationale Vereinbarungen sich als wenig dauerhaft und sicher beweisen, sondern auch weil dies nicht den Ideen des Heiligen Vaters entspricht, der nie von Internationalisation geredet hat und der überdies, wie der Kardinalstaatssekretär bezeugt, nicht die Absicht hat, der Regierung Unannehmlichkeiten zu bereiten, sondern im Vertrauen auf Gott von dem Triumph jener Gefühle der Gerechtigkeit, die nach seinem Wunsche sich immer mehr im italienischen Volke auf Grund seines eigenen Interesses ausbreiten möchten, die passende Regulierung seiner Lage erwartet. Nichtsdestoweniger wollen wir diesen Fall gelten lassen und prüfen. Der Zweck der Internationalisation wäre, zu verhindern, daß das Gesetz ausschließlich von der Willkür eines einziges Staates abhängt und Gewähr zu leisten, daß mehrere Nationen für die Unantastbarkeit desselben sorgen Würde dies nun zur Verminderung der Unabhängigkeit und zur Ehrenkränkung des italienischen Staates beitragen, wie dies Abg. Mosca behauptet? Wir sind nicht dieser Meinung. Ein internationales Gesetz ist das Ergebnis gefaßter Entschlüsse seitens verschiedener Staaten, wie solches bei Verträgen üblich ist. Nur hat man nie gehört, daß internationale Verträge zur Verminderung der Souveränität und Unabhängigkeit der Staaten führten. Dadurch, daß die andern Staaten, wenn einer der Staaten seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, im Recht sind, letzteren zur Erfüllung seiner Pflicht anzuhalten, folgt nicht, daß dieser Staat dadurch in seiner Souveränität verletzt worden sei. Wenn wirklich durch die Internationalisation des Garantiegesetzes eine derartige Gefahr für Italien entstehen könnte, so würde dies nur durch die Schuld entweder Italiens selbst der Fall sein, indem es sich über das Gesetz hinwegsetzte, oder des Papstes, indem er es mißbrauchte. Die Hypothese einer Uebertretung seitens Italiens könnte nur zur Wirklichkeit werden, wenn das italienische Volk seine Natur, seine tausendjährige Geschichte und seine vitalen Interessen verleugnen würde. Aehnliches müsse man vom Mißbrauch seitens des Papstes sagen. Aber könnten die anderen Staaten nicht, wie der Abg. Mosca glaubt, „sich zu Richtern in eventuellen Konflikten zwischen Italien und dem Apostolischen Stuhle in den Fragen der Beobachtung des internationalen Gesetzes aufwerfen? Würde eine derartige Auslandskontrolle nicht die Souveränität Italiens in seinen kirchenpolitischen Beziehungen gegenüber dem Heiligen Stuhl schmälern?" Die „Civilta" antwortet mit der Gegenfrage: „Braucht es wirklich ein internationales Gesetz, um eine Intervention des Auslandes herbeizuführen? Wenn heute Zwistigkeiten zwischen Italien und dem Heiligen Stuhle entstünden, würden die anderen Staaten nicht das Recht haben, zu intervenieren?" „Aufgabe des internationalen Garantiegesetzes wäre, die Souveränität und Unabhängigkeit des Papstes in der Ausübung seiner religiösen Macht zu schützen. Der italienische Staat besitzt aber an sich keine Kompetenz und viel weniger noch Autorität in religiösen Fragen und erleidet daher auch keine Schädigung, denn die Souveränität eines Staates kann nicht gekränkt werden, solange es sich um Gegenstände handelt, die sich seiner Kompetenz und Autorität entziehen." Der Haupirrtum bestehe darin, daß man den Papst als eine Art Mündel oder Minderjährigen betrachte, der im Fall der Internationalisation statt eines Vormundes deren mehrere erhalte. Dagegen müßte auch in dem Fall der Internationalisierung bei Zwistigkeiten der Papst weiter als kompetenter Richter gelten. „Dies haben wir hervorgehoben, nicht weil wir die Internationalisation des Garantiegesetzes für hinreichend halten. Die Unabhängigkeit und Freiheit des Papstes zu schützen, sondern nur um zu zeigen, daß Italien dieselbe nicht zu fürchten hat. Es fehlt allerdings nicht die Rückseite der Medaille: Man könnte mehr scheinbare Garantien erhalten und mehr wirkliche Gebieter (veri padroni) bekommen."

Neues Wiener Tagblatt
10./III. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 9. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

8. März, 11 Uhr nachmittags. Nördlich Aisne vernichtendes Feuer auf die Schanzwerke des Feindes auf dem Plateau von Craonne und in der Umgebung von Pasly nördlich von Soissons. In den Argonnen führten wir ein konzentrisches Feuer auf die deutschen Werke bei Haute-Chevauches und im Walde Cheppy aus. Westlich der Maas versuchte der Feind im Laufe des Tages nach einer heftigen Beschießung von neuem vorzurücken. Ein mit starken Kräften auf unsre Stellungen bei Rathincourt gerichteter Angriff wurde abgeschlagen. Ein von uns gegen den Rabenwald, in den die Deutschen gestern eingedrungen sind, angesetzter Gegenangriff warf den Feind aus dem größten Teil des Waldes, von dem er nur noch den östlichsten Teil besetzt hält.

Auf dem rechten Ufer der Maas nahm die Beschießung wieder große Heftigkeit an. In der Gegend von Douaumont versuchten die Deutschen erfolglos, unsre Linien östlich vom Fort anzugreifen. Nach einem Infanteriegefecht gelang es dem Feinde, das Werk Hardaumont, das wir ihm entrissen hatten, wieder zu besetzen. In der Woevre blieb der Artilleriekampf sehr lebhaft. Unsre Batterien an den Maasufern beantworteten kräftig das Feuer der deutschen Artillerie.

Im Oberelsaß gestattete uns ein Angriff mit Handgranaten, einige Teile der Gräben östlich Seppois, die uns von den Deutschen am 12. Februar genommen worden waren, wieder zu besetzen.

Eines unsrer Beschießungsgeschwader, bestehend aus 16 Flugzeugen, warf 104 Bomben aller Kaliber auf den Bahnhof Metz-Sablon, wo sie mehrere Züge erblickten. Die Geschosse trafen gut. Ein feindliches Flugzeuggeschwader versuchte unsre Flugzeuge zu verjagen, die bis auf eines, das wegen Beschädigung niedergehen mußte, den Abflugsort wieder erreichten.

Belgischer Bericht.

Unbedeutende Artillerietätigkeit an mehreren Stellen der Front. Heftiger Kampf mit Bombenwerfern beim Fährmannhause.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 10./III. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 10. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

9. März, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen setzte unsre Artillerie das Feuer auf die Verbindungsstraßen des Feindes, namentlich in den Ostargonnen in der Gegend Mont Faucon und Nantillois, fort.

Westlich der Maas versuchte der Feind im Laufe der Nacht zu wiegerholten Malen, die gestrigen Mißerfolge wieder gutzumachen. Zwei Angriffsversuche gegen das Dorf Bethincourt, denen eine kräftige Artillerievorbereitung voranging, wurden durch unsre Sperrfeuer angehalten, das den Feind verhinderte, sich zu entwickeln. Im Rabenwalde konnten die erneuerten Anstrengungen des Feindes uns nicht aus dem breiten wiedereroberten Geländestück, welches wir befestigten, hinauswerfen. Oestlich der Maas wurde der Kampf gestern bis in den späten Abend und im Laufe der Nacht mit Erbitterung in der Gegend zwischen Douaumont und dem Dorfe Vaux fortgesetzt. Die Deutschen richteten mit starken Kräften mehrere Angriffe gegen unsre Stellungen. Trotz der Heftigkeit seines Artilleriefeuers und der Kraft seiner Stürme konnte der Feind unsre Linie nicht zum Weichen bringen, sondern wurde vollständig zurückgeschlagen. Einige deutsche Infanterieabteilungen, die einen Augenblick in das Dorf Vaux eindrangen, wurden sogleich durch einen Bajonettgegenangriff daraus vertrieben.

In der Woevre zeitweiliges Bombardement von beiden Seiten ohne Infanterieunternehmungen. In Lothringen gestattete uns ein Handstreich, westlich des Priesterwaldes etwa 20 Gefangene zu machen.

11 Uhr nachts. In Belgien beschoß unsre Artillerie die feindlichen Stellungen südlich Lombartzyde.

In der Champagne beschossen wir wirksam feindliche Verteidigungswerke westlich Navarin, östlich Butte Mesnil und in Gegend Massiges.

Westlich der Maas fuhren unsre Truppen fort, im Laufe des Tages im Rabenwalde Fortschritte zu erzielen, den sie beinahe vollständig besetzt halten. Oestlich der Maas richteten die Deutschen mehrere Angriffe auf unsre Front von Douaumont bis Vaux. Als sie aus dem Dorfe Douaumont hervorbrachen, wurde der Angriff durch unser Infanterie- und Artilleriefeuer gebrochen. Wütende Angriffe auf das Dorf Vaux wurden gleichfalls unter großen Verlusten für den Feind abgewiesen. Schließlich unternahmen die Deutschen gegen unsre Gräben, welche den Fuß und die Abhänge der vom Fort Vaux gekrönten Bergkuppe umsäumen, heftige Angriffe mit geschlossenen Massen, die zurückgeworfen wurden, wobei sie infolge unsres Sperrfeuers ungeheure Verluste erlitten. Allenthalben Artillerietätigkeit.

In der Woevre zeitweise aussetzende Beschießung.

Im Oberelsaß nahmen wir nach Kampf mit Handgranaten ein feindliches Grabenstück in der Gegend zwischen den beiden Tälern der Largue östlich Obersept.

Belgischer Bericht.

Beiderseits Artillerietätigkeit, besonders in der Gegend Dixmuden und weiter nördlich.

Neue Freie Presse Abendbl. 10./III. 1916

Ein englisches Weißpapier über den Unterseebootkrieg und den „Baralong"-Fall.

Neue Verdächtigungen Deutschlands.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 10. März.

Aus Amsterdam, 9. d., wird der „Vossischen Zeitung" berichtet:

In einem gestern abend erschienenen englischen Weißpapier antwortete Grey auf die deutsche Note, die Greys Vorschlag zurückwies, die Fälle „Arabic", „Ruel" und „E 13" gleichzeitig mit dem „Baralong"-Fall vor ein amerikanisches Offiziersschiedsgericht zu bringen. Grey wiederholt seine Behauptung, daß die Tatsachen im Gegensatz stünden zu den deutschen Behauptungen. Er sagt dann weiter, es scheine der englischen Regierung, daß es immer ungesetzlich, häufig furchtbar und manchmal mörderisch sei, Handelsdampfer ohne vorherige Untersuchung zu versenken und die Reisenden dem Elend und der Gefahr einer Reise in offenen Booten auf stürmischer See auszusetzen, und doch sei dies noch die menschlichste Art des deutschen Verfahrens. Deshalb habe England auch diese Punkte erst gar nicht vor das amerikanische Schiedsgericht bringen wollen, sondern nur die Tatsache, daß die Deutschen mit Granaten auf die Bemannung schossen (!), die in offenen Booten saß, wobei ein Mann getötet und sieben Mann sowie der Kapitän ernstlich verwundet wurden. Es soll schwer sein, einen Fall zu finden, sagt Grey, in dem die Gesetze der Menschlichkeit brutaler vergewaltigt wurden. Die deutschen Schlüsse aus dem „Baralong"-Fall weichen gänzlich von denen der englischen Regierung ab und beruhen auf einander widersprechenden Erklärungen. Zum Schlusse kommt Grey auf die deutsche Erklärung zu sprechen, daß die englische Regierung sich in den Unterseebootangelegenheiten augenscheinlich nicht mehr an die erste Kriegsregel, daß der gefangene Feind in Sicherheit sei, zu halten gedenke, und sagt, die deutsche Regierung befinde sich im Irrtum. Dagegen sei es wahr, daß deutsche Seeleute offene Städte beschießen und erbarmungslos Männer, Frauen und Kinder sowohl der neutralen als auch der kriegführenden Nationen ertrinken lassen. Während die deutsche Presse solchen Taten laut zujubelt und es billigt, daß ein Feind, der sich ergab, getötet wurde, sei dies bei der englischen Flotte nie Brauch gewesen und soll es nie sein, selbst wenn damit im Gegensatz zum Gegner gehandelt wird, der andere Auffassungen von Ehre und Menschlichkeit hat.

Die Zeit Abendbl.
10./III. 1916

Sven Hedin über die Zentralmächte.

„Militärisch unbesiegbar."

KB Konstantinopel, 10. März.

Sven Hedin, der sich demnächst an eine türkische Front begeben soll, gab den Vertretern der Presse gegenüber seiner Bewunderung für die Heldentaten der österreichisch-ungarischen und der deutschen Armeen Ausdruck. Die ausgezeichnete militärische Organisation Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches habe bewiesen, daß sie militärisch unbesiegbar seien und daß es unmöglich sei, die Bevölkerung der Mittelmächte auszuhungern, wie die Ententestaaten geträumt hätten. Daß diese noch auf dem Beschlusse beharren, den Krieg fortzusetzen, sei unverständlich.

Sven Hedin besprach namentlich seine Eindrücke in Galizien nach der Schlacht von Gorlice—Tarnow.

Hinsichtlich der Türkei erklärte er, die leitenden Männer des Ottomanischen Reiches hätten durch die Teilnahme am Kriege außerordentlichen Scharfsinn an den Tag gelegt. Die ottomanische Armee besitze die Kräfte, um die Engländer an der Irakfront endgültig zu besiegen. Sven Hedin sprach sich auch sehr anerkennend über die Tapferkeit der türkischen Offiziere und Soldaten aus.

Die Zeit Abendbl.
10./III. 1916

Der Krieg zwischen Deutschland und Portugal.

Abreise der portugiesischen Diplomaten aus Berlin.

zz Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.)

Der Berliner portugiesische Gesandte Dr. Sidonio Paes verläßt heute abends Berlin. Donnerstag reiste bereits der Attaché Anuplio de Lemos ab. Vor der Gesandtschaft in der Hohenzollernstraße Nr. 12 herrscht vollkommene Ruhe. Man nimmt gar keine Notiz von der Existenz der Gesandtschaft.

Fremdenblatt
10. III. 1916

Die nordische Ministerkonferenz.

K. **Kopenhagen**, 9. März. Die Ministerpräsidenten und die Minister des Aeußern von Norwegen und Schweden sind hier angekommen, um mit den dänischen Ministern Besprechungen abzuhalten.

Nach ihrer Ankunft wurden die schwedischen und die norwegischen Minister vom König empfangen.

Berlin, 9. März. (**Tel. d. „Fremden-Blatt“.**) Der Stockholmer Korrespondent des „Verdensgang“ interviewte den Minister Wallenberg vor seiner Abreise zur morgigen Konferenz in Kopenhagen. „Die Konferenz ist eine nordische, die einzig die skandinavischen Länder berührt,“ erklärte kategorisch Wallenberg. Schweden sei entschlossen, seinen bisherigen Kurs strikter unparteiischer Neutralität weiter zu verfolgen.

Fremdenblatt
10./III. 1916

Ermittlung der Vermögen von Oesterreichern, Ungarn und Deutschen in Frankreich.

In Paris ist das Verwaltungsreglement zur Durchführung des Gesetzes vom 22. Jänner 1916 betreffend die obligatorische Anmeldung der Vermögen von Untertanen der feindlichen Mächte kundgemacht worden. In einem Rundschreiben des Justizministers an die ersten Präsidenten und Oberstaatsanwälte der Appellhöfe über die Durchführung des Gesetzes und des Reglements heißt es: Die gerichtliche Beschlagnahme der den Oesterreichern, Ungarn und Deutschen gehörenden Vermögen konnte bisher nur diejenigen Vermögen treffen, deren Entdeckung freiwillig oder zufällig gemacht wurde. Mit Hilfe einer obligatorischen Erklärung, die allen jenen auferlegt wird, die unseren Gesetzen unterstehen, soll kein Element des feindlichen Aktivums auf französischem Boden der Kenntnis der Gerichte vorenthalten bleiben. Es ist nicht nur notwendig, eine Aufstellung von Vermögen aller Art vorzunehmen, von beweglichen oder unbeweglichen Rechten, die die Untertanen der feindlichen Mächte in Frankreich besitzen. Es ist nicht minder unentbehrlich, diese Ermittlung auch auf die Abmachungen wirtschaftlicher Art auszudehnen, die zur Stunde der Kriegserklärung uns an den Widersacher banden und gewisse Zweige der nationalen Tätigkeit seinem Einflusse unterjochten. Der Gesetzgeber wollte so die Arbeit wirtschaftlichen Eindringens in ihren Leitungen, Fortschritten, Resultaten, Hoffnungen erfassen und ermessen, die bei uns von Feinden vollbracht wurde, die ihre Bestrebungen in den Dienst eines methodisch verfolgten Eindringungsplans gestellt haten. Dank Ihrer Unterstützung wird die unentbehrliche Bilanz der wirtschaftlichen Propaganda aufgestellt werden, die vom Feinde während des Friedens auf dem Gebiete der Republik unternommen wurde, und Ihre Protokolle werden die notwendigen Elemente der Aktensammlung bilden, die denjenigen wertvolle Aufschlüsse erteilen wird, die uns in der Zukunft gegen die Wiederkehr der gleichen Gefahren schützen sollen. Sie werden sich bemühen, durch die erforderlichen Aufschlüsse die Beunruhigung zu verscheuchen, die bei einigen die übrigens vollkommen berechtigte Sorge hervorrufen könnte, sich mit ihren neuen Verpflichtungen in Einklang zu bringen. Das neue Gesetz soll niemandem als ein Werkzeug der Inquisition oder der Belästigung erscheinen.

Fremdenblatt
12/III. 1916

Die Neutralitätsdebatte im Schweizer Nationalrat.

Eine eindrucksvolle Rede.

Bern, 9. März. In der gestrigen Sitzung des Nationalrates kam Bundesrat Hoffmann auf die Oberstenaffäre zurück und sagte, der General habe sich von Anfang an von dem Gedanken leiten lassen, die beiden Offiziere müßten aus dem Generalstab verschwinden, wobei aber ihr Ausscheiden maskiert werden müsse. Die Gelegenheit hiezu habe er bei der Uebertragung der Kommandos zu Neujahr gefunden. Die Ansicht des Bundesrates war dieselbe. Die Bedeutung des Falles war ihm von Anfang an völlig klar. Er habe darin Bedenkliches für die innere und äußere Politik gesehen. Es sei ihm niemals eingefallen, die Schuldigen zu decken. Er wollte im Stillen Ordnung schaffen. Redner wendet sich hierauf gegen die Angriffe auf den Generalstabschef. Dieser habe als Zeuge in erster Linie die Unzulässigkeit der unter Anklage stehenden Handlung vor Gericht festgestellt. Zweifellos war hiebei das ritterliche Bestreben maßgebend, die Offiziere, wenn möglich, vor einer schimpflichen Strafe zu bewahren. Aus dem Urteil habe der Bundesrat die Konsequenzen gezogen. Als Bundesbeamte seien die Obersten nicht mehr am Platze; ihre großen Fähigkeiten würden anderswo zu verwenden sein. Redner erklärte im Auftrage des Bundesrates, daß Oberst v. Sprecher volles Vertrauen genieße.

Redner kam sodann auf die Neutralität zu sprechen, die der Schweiz nicht immer leicht wurde, da die Neutralitätsrechte in der ganzen Welt verkümmert würden. Bis zur Stunde seien die Unabhängigkeit und nationale Ehre unberührt. Es bestehe daher nach wie vor die Pflicht, die absolute Neutralität zu wahren und von jedermann zu verlangen.

Bezüglich der wirtschaftlichen Stellung der Schweiz sei die Richtlinie der Neutralität, daß die Wirtschaft der Schweiz von beiden Mächtegruppen abhänge. Es war daher eine Lösung nach beiden Seiten hin erforderlich gewesen, welche gefunden wurde durch die S. S. S. (Société Suisse de Surveillance) und die Treuhandstelle. Der Kompensationsverkehr mit den Mittelmächten sei durchaus legitim, weil er mit der Ententegruppe abgemacht worden sei.

Zur Pressezensur übergehend, führte Bundesrat Hoffmann aus, sie entspringe der Notwendigkeit, zwischen Preßfreiheit und Staatswohl einen Mittelweg zu finden. Von den Kriegführenden dürfe man eine Objektivität nicht verlangen. Das Uebel sei die Kritiklosigkeit im eigenen Lande. Der Bundesrat werde gegen das fremde Geschmeiß der Agitationsliteratur mit aller Schärfe vorgehen.

Redner führte ferner aus, der Bundesrat lehne die Kritik der welschen Redner an der Haltung des Bundesrates betreffend die belgische Neutralität ab. Er konnte offiziell hiezu nicht Stellung nehmen. Die Ereignisse hätten gelehrt, daß der Bundesrat Recht gehabt habe, denn sonst wäre er gezwungen gewesen, auch gegen andere Verletzungen der Neutralität kleiner Staaten Protest einzulegen. Redner schloß: Wir müssen uns vor dem Auslande zusammennehmen. Die unmutige Stimmung im Lande muß aufhören. Darum richtet der Bundesrat heute an das Schweizer Volk die ernste Mahnung zur Einigkeit. (Langanhaltender Beifall.)

Der Präsident teilte mit, daß noch 44 Redner auf der Rednerliste ständen. Unter dem Eindruck der Rede des Bundesrates Hoffmann erklärten jedoch 13 Abgeordnete, auf das Wort verzichten zu wollen.

Fremdenblatt
10. III. 1916

Eine Erklärung des Ministers des Innern.

K. Bukarest, 9. März. (Kammer.) Auf eine Rede des nationaldemokratischen Abgeordneten Cuza gegen die auswärtige Politik der Regierung erwidert der Minister des Innern Morzun: Ich will bloß zwei Bemerkungen zur Rede Cuzas machen. Er meint, daß alle zusammen mehr sehen, als ein einzelner Mensch. Das mag richtig sein, aber die öffentliche Meinung hat keine Verantwortung, während die Regierung die ganze Verantwortung trägt. Ferner rät er der Regierung, bis zum Schluß zu schweigen. Wir werden wie bisher auch weiterhin schweigen, ohne indessen aufzuhören, über die Interessen des Landes zu wachen.

Aeußerungen Bratianus.

Budapest, 9. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „Az Est" meldet aus Bukarest: „Steagul" veröffentlicht eine Aeußerung des Ministerpräsidenten Bratianu, die dieser im Kreise seiner Freunde gemacht haben soll. Unsere Politik, sagte Bratianu, ist eine unveränderte, wir sind und bleiben neutral. Wenn manche Leute daraus Schlüsse ziehen wollen, daß wir das Pruthufer nicht befestigt haben, so wissen die Leute nicht, daß unsere Verteidigungslinie gegen Rußland die Linie Fokschany—Galatz bildet. Man muß bedenken, daß der Pruth nicht die Bedeutung hat, die die Donau oder die Karpathen haben. Es besteht keine Notwendigkeit, die Pruthlinie zu befestigen.

„Steagul" bemerkt dazu, daß, obwohl das Blatt die Aeußerung von einem Mitgliede der Regierung gehört habe, es doch im Interesse des Landes liegen würde, wenn der Ministerpräsident diese Ansicht offiziell der Oeffentlichkeit mitteilen würde.

Fremdenblatt
10./III. 1916

Die Bedeutung der Abstimmung des Repräsentantenhauses.

K. **Berlin**, 9. März. Der Vertreter des Wolffschen Bureaus in New-York meldet: Ein Telegramm der „Evening Post" aus Washington faßt die Bedeutung der heutigen Abstimmung des Repräsentantenhauses folgendermaßen zusammen: Die Abstimmung des Hauses ist eine doppeldeutige Antwort auf den Wunsch des Präsidenten. Sie bedeutet nicht, daß der Kongreß auf das Recht verzichtet, auch sein Wort in den auswärtigen Angelegenheiten zu sprechen oder dagegen aufzutreten, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg hineingezogen werden. Sie bedeutet möglicherweise einen Versuch, Ungelegenheiten und Treibereien aus dem Wege zu schaffen, die aus deutschfreundlichen und wilsonfeindlichen Kreisen stammen. Die Abstimmung kann im Auslande tatsächlich als ein Vertrauensvotum für die Politik des Präsidenten aufgefaßt werden. Aber sie spiegelt keinesfalls die wahren Ansichten des Hauses wider, das noch immer, wie der Sprecher Clarke ursprünglich erklärte, mit einer Mehrheit von zwei zu eins gegen Reisen von amerikanischen Bürgern an Bord von Schiffen der kriegführenden Mächte ist. Auch wenn über die Sache selbst abgestimmt worden wäre, ist es sehr zweifelhaft, ob die Warnungsresolution durchgedrungen wäre. Aber die knappe Mehrheit, mit der die Regierung gesiegt hätte, würde zweifellos auf die fremden Regierungen fast denselben Eindruck gemacht haben wie eine Ablehnung der eingebrachten Resolutionen. Die Abstimmung ist typisch für die Art und Weise, wie der Kongreß häufig seine Aufgaben erledigt: Einerseits werden in den Wandelgängen die wirklichen Ansichten ausgesprochen, anderseits aber stimmt man zweifellos in der Angst, daß infolge der patriotischen Bewegung unter einigen Wählern die Stimmung der Wähler des ganzen Bezirks umschlagen könnte. Obwohl Wilson in erster Linie auf einer klaren Abstimmung über die Sache selbst bestand — eine Lage, die gewiß viele Abgeordnete sowohl seiner eigenen wie der republikanischen Partei in Verlegenheit gebracht hätte — kann er sich wegen der Abstimmung, die er erlangte, glücklich schätzen, wie konfus diese auch wegen der parlamentarischen Gebräuche und Mittel erscheinen mag.

Fremdenblatt
10./III. 1916

Eine Denkschrift Deutschlands über die U-Bootfrage.

K. Washington, 8. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Botschafter Graf Bernstorff überreichte dem Staatssekretär Lansing eine neue umfangreiche Denkschrift über die Unterseeboot-Frage, in der darüber Beschwerde geführt wird, daß England sich die Haltung Amerikas zunutze mache, um seine bewaffneten Handelsschiffe anzuweisen, gegen Unterseeboote angriffsweise vorzugehen.

Die Denkschrift gibt zu, daß das Völkerrecht für die Anwendung von Unterseebooten keine Vorschriften enthält, und macht das Anerbieten, Unterseeboote nach den vor dem Kriege herrschenden Grundsätzen des Völkerrechtes zu gebrauchen, falls auch England diese achten werde.

K. Berlin, 9. März. Das Wolffsche Bureau erfährt von zuständiger Seite: Die vom Reuterschen Bureau verbreitete Meldung über die vom Grafen Bernstorff dem Staatssekretär Lansing überreichte Denkschrift betreffend den Unterseebootkrieg dürfte wie gewöhnlich, nicht in allen Punkten zutreffend sein. Graf Bernstorff überreichte allerdings in diesen Tagen der amerikanischen Regierung eine ausführliche Denkschrift, die einen historischen Rückblick auf die ganze Entwicklung der Frage des Unterseebootkrieges und die mit der amerikanischen Regierung gepflogenen Verhandlungen enthält, worin jedoch neue Vorschläge nicht gemacht werden.

Fremdenblatt
10./III. 1916

Krise des Kabinetts Salandra.

Kammerpräsident Marcora beim König. Wichtige Ministerberatungen.

K. Lugano, 9. März. Der König von Italien empfing gestern früh den Minister des Aeußern Sonnino in einstündiger Audienz.

Sonnino hatte hierauf eine Konferenz mit dem Kriegsminister und dem Marineminister, worauf sich alle drei zum Ministerpräsidenten Salandra begaben, bei dem sich auch die Minister Cavasola, Orlando und Martini einfanden. Der angeblich gleichfalls erwartete Minister Barzilai nahm an der Beratung nicht teil.

Der König empfing ferner den Kammerpräsidenten Marcora, der vom Generalsekretär der Kammer begleitet war, den Dekan der Kammer Bosselli, sowie den Ministerpräsidenten Salandra.

An die Reise des Königs nach Rom werden in parlamentarischen Kreisen und in den Zeitungen Vermutungen geknüpft, denen zufolge eine partielle oder totale Ministerkrise unmittelbar bevorstehen soll. Allerdings findet die Ministerkrise ungeachtet der Abstimmungen, welche die Regierungsanträge billigten, zahlreiche lebhafte Befürworter, namentlich bei den Parteien der Linken. Indessen sind augenblicklich noch keine zuverlässigen Anhaltspunkte für eine bevorstehende Ministerkrise gegeben.

Rücktritt des italienischen Kriegsministers?

S. Berlin, 9. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Laut „Popolo Italia" zirkuliert in parlamentarischen Kreisen das bestimmte Gerücht vom Rücktritt des Kriegsministers Zupelli. Der Kriegsminister habe seine Absicht bereits dem Abgeordneten Gallenga mitgeteilt.

Berlin, 9. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) „B. Z. am Mittag" meldet aus Lugano: Die Zeitung „Italia" meldet, daß General Albieri zum Nachfolger des Kriegsministers Zupelli bestimmt ist, der wegen des schon lange Zeit andauernden und jetzt akut gewordenen Konfliktes mit Cadorna zurücktritt.

Italienische Kammer.

K. Zürich, 9. März. In der gestrigen italienischen Kammersitzung beantwortete Unterstaatssekretär Borsarelli eine Anfrage des Deputierten Federzoni, welcher über die italienischen Zusicherungen an Griechenland betreffend den Charakter und die Ausdehnung der italienischen Aktion in Albanien eine klarere Auskunft wünschte, dahin, daß die Regierung nichts weiter sagen könne, als was sie am 26. Dezember v. J. öffentlich verlautbart hat.

Dep. Federzoni erwiderte, er hoffe, daß die künftigen Ereignisse im Orient die Zurückhaltung des Ministeriums des Aeußern als nicht unberechtigt erweisen würden. Jedenfalls benütze er die Gelegenheit, den italienischen Truppen in Albanien und der Heiligkeit ihres Zweckes, welcher im Schutze der italienischen sakrosankten Rechte auf das Adria-Meer bestehe, seinen Gruß zu entsenden und die Zuversicht auszusprechen, daß sie die italienischen Rechte auch gegen gewisse kleine zweckbewußte Eitelkeiten zu verteidigen wissen werden.

Kammerpräsident Marcora erklärte seine Zustimmung zu den edlen Worten Federzonis, welche er den Truppen übermitteln werde.

Deputierter Bussi: „Welch schöne Komödie!"

Auch Unterstaatssekretär Borsarelli erklärte, daß Federzonis Worte bei ihm als Italiener und Vater eines in Albanien stehenden Soldaten ein lebhaftes Echo finden und dazu beitragen werden, daß die Soldaten unfehlbar ihre Aufgabe in Albanien erfüllen.

Deputierter Bussi: „Welch schöne Komödie! Welch sentimentaler Betrug! Nun holt Ihr schon eure Söhne zur Unterstützung eurer Machenschaften herbei."

Die Kammer trat hierauf in die Erörterung des Budgets des Bautenministeriums ein. Von 49 angemeldeten Rednern legten 6 Lokalwünsche dar.

Anträge über die wirtschaftliche und finanzielle Politik.

Hierauf teilte der Präsident den Eingang dreier Motionen mit. Die erste geht von etwa vierzig Deputierten der Rechten und des Zentrums aus und wünscht, daß die Regierung ihre wirtschaftliche und finanzielle Politik so gestalte, daß das landwirtschaftliche, industrielle und kommerzielle Leben des Landes eine wirksamere Verteidigung erreichen. Die zweite Motion, von 20 Sozialisten, erklärt, die Politik der Regierung in betreff des Konsums, der Verproviantierung, der Produktion und der Verkehrsmittel nicht zu billigen und ersucht, bessere Kriterien entsprechend den Pflichten des Staates und den Erfordernissen der schweren Zeit zu befolgen. Die dritte Motion, von 13 Reformisten, ersucht die Regierung, Verhandlungen mit den Verbündeten zu führen, damit die Regierungen eine direkte Kontrolle über alle Frachtschiffe erlangen und Italien Kohlen und Metalle zu angemessenem Preise erwerben könne, sowie alle gesetzgeberischen Maßnahmen zu treffen, welche die schreiendsten Ungleichheiten des wirtschaftlichen sowie des Steuerdruckes des Kriegs auf die Bevölkerung aufheben und zwangsweise gerechte Preise für Brotkorn und alles Unentbehrliche festlegen.

Ministerpräsident Salandra erklärte hierauf, diese drei Motionen und alle inhaltsverwandten Interpellationen am nächsten Montag und in den folgenden Sitzungen verhandeln zu wollen, womit die Antragsteller sich zufrieden erklärten.

Schließlich erteilte Bautenminister Ciufelli den Anfragern die Auskunft, daß die häufigen Eisenbahnunfälle tatsächlich auf Nachlässigkeiten und Mißachtung der Vorschriften zurückzuführen sind und daß er zahlreiche Verhaftungen der Schuldigen sowie eine stärkere Ueberwachung namentlich der Militärzüge angeordnet habe. Immerhin schließe er es aus, daß der Verdacht eines kollektiven Verschuldens des Bahnpersonales begründet sei.

Kriegserklärung Deutschlands an Portugal.

Eine Erklärung der deutschen Regierung.

Berlin, 9. März.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Am 23. Februar beschlagnahmte die portugiesische Regierung die in den portugiesischen Häfen liegenden deutschen Schiffe. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Vorganges erhielt der kaiserliche Gesandte in Lissabon Dr. Rosen den Auftrag, gegen diese Maßnahme zu protestieren und ihre Aufhebung zu verlangen. Die betreffende Note wurde am 27. Februar der portugiesischen Regierung übergeben.

Ungeachtet dieser Tatsache verbreitete die portugiesische Regierung in Lissabon in ihrer offiziösen Presse die Nachricht, daß eine deutsche Protestnote überhaupt nicht existiere. In der portugiesischen Kongreßsitzung leugnete der Justizminister sogar offiziell das Vorhandensein einer Note ab. Die von dem kaiserlichen Gesandten verlangte Richtigstellung der Pressenotiz unterblieb.

Erst am 4. März erschien der hiesige portugiesische Gesandte im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amte, um eine Note zu übergeben, welche die deutsche Forderung ablehnte. Eine Abschrift dieser Note wurde am selben Tage dem kaiserlichen Gesandten in Lissabon übergeben. Darauf erhielt dieser die Anweisung, der portugiesischen Regierung die nachstehend wiedergegebene Erklärung zuzustellen. Die Uebergabe der Erklärung soll heute in Lissabon erfolgen. Eine Abschrift derselben wurde dem hiesigen portugiesischen Gesandten übermittelt.

„Seit Kriegsbeginn hat die portugiesische Regierung durch neutralitätswidrige Handlungen die Feinde des Deutschen Reiches unterstützt. Den englischen Truppen wurde in vier Fällen der Durchmarsch durch Mozambique gestattet. Die Versorgung deutscher Schiffe mit Kohlen wurde verboten. Ein neutralitätswidrig ausgedehnter Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in portugiesischen Häfen wurde zugelassen und England die Benutzung Madeiras als Flottenstützpunkt gewährt. Der Entente wurden Geschütze und Kriegsmaterial der verschiedensten Art und England überdies ein Torpedobootzerstörer verkauft. Deutsche Kabel wurden unterbrochen. Das Archiv des kaiserlichen Vizekonsulats in Mossamedes wurde beschlagnahmt. Expeditionen wurden nach Afrika entsandt und offen als gegen Deutschland gerichtet bezeichnet. An der Grenze von Deutsch-Südwestafrika und Angola wurden der deutsche Bezirksamtmann Dr. Schultze-Jena sowie zwei Offiziere und Mannschaften durch Einladung nach Naulila gelockt, dort am 19. Oktober 1914 für verhaftet erklärt und, als sie sich der Festnahme zu entziehen suchten, zum Teil niedergeschossen; die Ueberlebenden wurden mit Gewalt gefangen genommen. Retorsionsmaßnahmen unserer Schutztruppe folgten. Von Deutschland abgeschnitten, handelte die Schutztruppe in der durch das portugiesische Vorgehen hervorgerufenen Annahme, daß Portugal sich mit uns im Kriegszustande befinde. Die portugiesische Regierung remonstrierte wegen der letzteren Vorgänge, ohne die ersteren zu erwähnen, und beantwortete unser Verlangen, uns mit unseren Kolonialbehörden ungehinderten chiffrierten Telegrammverkehr zwecks Aufklärung des Sachverhaltes zu verschaffen, überhaupt nicht.

Während der Kriegsdauer erging sich unter der mehr oder weniger offenkundigen Begünstigung durch die portugiesische Regierung Presse und Parlament in gröblichen Beschimpfungen des deutschen Volkes. In der Kammersitzung vom 23. November 1914 sprach der Führer der Partei der Revolutionisten in Gegenwart fremder Diplomaten sowie der portugiesischen Minister schwere Beleidigungen gegen Deutschland aus, ohne daß ein Einspruch seitens des Kammerpräsidenten oder eines Ministers erfolgt wäre. Der kaiserliche Gesandte erhielt auf seine Vorstellung nur die Antwort, daß der betreffende Passus im offiziellen Sitzungsberichte nicht enthalten sei.

Wir haben gegen diese Vorgänge in jedem einzelnen Falle protestiert sowie verschiedentlich die ernstesten Vorstellungen erhoben und die portugiesische Regierung für alle Folgen verantwortlich gemacht. Eine Remedur erfolgte jedoch nicht. Die kaiserliche Regierung hatte gleichwohl in langmütiger Würdigung der schwierigen Lage Portugals es bisher vermieden, ernstere Konsequenzen aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung zu ziehen.

Am 23. Februar erfolgte auf Grund eines Dekrets vom gleichen Tage ohne vorherige Verhandlung die Beschlagnahme der deutschen Schiffe. Diese wurden militärisch besetzt und die Mannschaften wurden vom Bord geschickt. Die kaiserliche Regierung hat gegen diesen flagranten Rechtsbruch protestiert und die Aufhebung der Beschlagnahme der Schiffe verlangt. Die portugiesische Regierung hat das Verlangen abgelehnt und ihre Gewaltmaßregel durch Rechtsausführungen zu begründen versucht. Sie geht davon aus, daß unsere durch den Krieg in portugiesischen Häfen festgelegten Schiffe infolge der Festlegung nicht dem Artikel 2 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schiffahrtsvertrages, sondern ebenso wie anderes in dem Lande befindliches Eigentum der unbeschränkten Gebietshoheit und damit dem unbeschränkten Zugriff Portugals unterlägen; weiterhin aber meint sie sich innerhalb der Grenzen dieses Artikels gehalten zu haben, da die Requisition der Schiffe einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspräche und auch in dem Beschlagnahmedekret eine später festzusetzende Entschädigung vorgesehen sei. Diese Ausführungen erscheinen als leere Ausflüchte. Artikel 2 bezieht sich auf jede Requisition deutschen, in portugiesischem Gebiete befindlichen Eigentums, so daß dahingestellt bleiben kann, ob die angebliche Festlegung der deutschen Schiffe in portugiesischen Häfen ihre Rechtslage verändert hat.

Den genannten Artikel hat aber die portugiesische Regierung nach doppelter Richtung verletzt. Einmal hat sie sich bei der Requisition nicht in den vertraglichen Grenzen gehalten, da Artikel 2 die Befriedigung eines staatlichen Bedürfnisses voraussetzt, während die Beschlagnahme offenbar unverhältnismäßig mehr deutsche Schiffe getroffen hat, als zur Beseitigung des Schiffsraummangels für Portugal erforderlich war. Sodann aber macht der Artikel die Beschlagnahme von Schiffen von einer vorhergehenden Vereinbarung mit den Beteiligten über die zu bewilligende Entschädigung abhängig, während die portugiesische Regierung nicht einmal versucht hat, sich mit den deutschen Reedereien unmittelbar oder durch Vermittlung der deutschen Regierung zu verständigen.

Das ganze Vorgehen der portugiesischen Regierung stellt sich somit als schwerer Rechts- und Vertragsbruch dar. Die portugiesische Regierung hat durch dieses Vorgehen offen zu erkennen gegeben, daß sie sich als Vasallen Englands betrachtet, der den englischen Interessen und Wünschen alle anderen Rücksichten unterordnet. Sie hat endlich die Beschlagnahme der Schiffe unter Formen vollzogen, in denen eine beabsichtigte Herausforderung Deutschlands erblickt werden muß. Die deutsche Flagge wurde auf den deutschen Schiffen niedergeholt und die portugiesische Flagge mit dem Kriegswimpel gesetzt. Das Admiralsschiff schoß Salut.

Die kaiserliche Regierung sieht sich gezwungen, aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung die notwendigen Folgerungen zu ziehen und sie betrachtet sich von jetzt ab als mit der portugiesischen Regierung im Kriegszustand befindlich."

* * *

Wie wir erfahren, ist eine Beschlagnahme österreichisch-ungarischer Schiffe durch Portugal bisher nicht erfolgt.

Fremdenblatt
10./III. 1916

Die Sparsamkeitskampagne in England.

Berlin, 9. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das neue englische Regierungskomitee für nationale Ersparnisse hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Ein Minimal-Achtstundentag für alle Zivilbeamten behufs Verminderung der Anzahl der Beamten.

2. Herabsetzung der großen Ferien (Gerichtsferien) und Ausdehnung der Jurisdiktion der Provinzialgerichtshöfe.

3. Die Alterspensionen sollen in gewissen Fällen zeitweise eingestellt werden.

4. Das Minimalalter zum Besuche der Schulen ist für Kinder auf 5 Jahre, wenn möglich auf 6 Jahre herabzusetzen. Das geschieht, um die Anzahl der Schulkinder zu vermindern, wodurch die Lehrkräfte erspart werden.

5. Die Anzahl und die Gehälter der Beamten in gewissen Regierungsdepartements sollen herabgesetzt werden.

6. Die ärztliche Gebühr für ansteckende Krankheiten soll erniedrigt werden.

7. Die Versicherungsgesetze sollen abgeändert und die Anzahl der Gesundheitsinspektoren soll vermindert werden.

8. Die postalischen Begünstigungen sollen vermindert werden. Das kostenfreie Nachsenden von Briefen soll ganz aufhören.

Die Bestimmung, daß Parlaments-Mitglieder, welche in der Marine oder in der Armee dienen, entweder auf ihre Diäten oder auf ihren Sold verzichten müssen, ist bereits ausgeführt worden.

In Beantwortung des Antrages, zur Erzielung großer Ersparnisse die Uhr um eine Stunde vorzurücken, sagte Asquith gestern im englischen Unterhause, daß die Nichtbeleuchtung der Straßen und das frühzeitige Aufhören des Alkoholausschankes weit mehr dazu beitragen, die Frist zwischen Sonnenuntergang und dem Zubettgehen zu verkürzen, als die Einrichtung der mitteleuropäischen Zeit. Deshalb müsse die Regierung die Anregung, eine Zeitkommission einzusetzen, ablehnen. Im Unterhause wurde ausgeführt, daß das Vorrücken der Uhr um eine Stunde dem Volke jährlich 10 Millionen Pfund an Beleuchtung sparen werde.

Tägliche Rundschau
10./III. 1916

Deutschlands Erklärung an Portugal.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt:

Am 23. Februar hat die portugiesische Regierung die in portugiesischen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Vorgangs erhielt der kaiserliche Gesandte in Lissabon, Dr. Rosen, Auftrag, gegen die Maßnahme zu protestieren und ihre Aufhebung zu verlangen. Die betreffende Note wurde am 27. Februar der portugiesischen Regierung übergeben. Ungeachtet dieser Tatsache verbreitete die portugiesische Regierung in Lissabon in ihrer offiziösen Presse die Nachricht, daß eine deutsche Protestnote überhaupt nicht existiere, in der portugiesischen Kongreßsitzung leugnete der Justizminister sogar offiziell das Vorhandensein der Note ab. Die von dem kaiserlichen Gesandten verlangte Richtigstellung der Preßnotiz unterblieb. Erst am 4. März erschien der hiesige portugiesische Gesandte im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt, um eine Note zu übergeben, welche die deutsche Forderung ablehnte. Eine Abschrift dieser Note wurde am selben Tage dem kaiserlichen Gesandten in Lissabon übergeben. Daraufhin erhielt dieser die Anweisung, der portugiesischen Regierung die nachstehend wiedergegebene

Erklärung

zuzustellen. Die Uebergabe dieser Erklärung soll heute in Lissabon erfolgen. Eine Abschrift wurde dem hiesigen portugiesischen Gesandten übermittelt.

„Seit Kriegsbeginn hat die portugiesische Regierung durch **neutralitätswidrige Handlungen** die Feinde des Deutschen Reichs unterstützt. Englischen Truppen wurde in vier Fällen der **Durchmarsch durch Mozambique gestattet.** Die Versorgung deutscher Schiffe mit Kohlen wurde verboten. Ein neutralitätswidrig ausgedehnter Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in portugiesischen Häfen wurde zugelassen, England die Benutzung Madeiras als Flottenstützpunkt gewährt. **Der Entente wurden Geschütze und Kriegsmaterial der verschiedensten Art, England überdies ein Torpedobootszerstörer verkauft.** Deutsche Kabel wurden unterbrochen. Das Archiv des kaiserlichen Vizekonsuls in Mossamedes wurde beschlagnahmt.

Expeditionen wurden nach Afrika entsandt und offen als gegen Deutschland gerichtet bezeichnet. An der Grenze von Deutsch-Südwest-Afrika und Angola wurde **der deutsche Bezirksamtmann Dr. Schultze-Jena** sowie zwei Offiziere und Mannschaften durch eine Einladung **nach Naulila gelockt,** dort am 19. Oktober 1914 für **verhaftet** erklärt, und, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen suchten, zum Teil niedergeschossen, die Ueberlebenden mit Gewalt gefangengenommen. Retorsionsmaßnahmen unserer Schutztruppe folgten. Von Deutschland abgeschnitten, handelte die Schutztruppe in der durch das portugiesische Vorgehen hervorgerufenen Annahme, daß Portugal sich mit uns im Kriegszustande befinde. Die portugiesische Regierung remonstrierte wegen der letzteren Vorgänge, ohne die ersteren zu erwähnen, und beantwortete unser Verlangen, uns mit unseren Kolonialbehörden einen ungehinderten chiffrierten Telegrammverkehr zwecks Aufklärung des Sachverhalts zu verschaffen, überhaupt nicht.

Während der Kriegsdauer erging sich, unter mehr oder weniger offenkundiger Begünstigung durch die portugiesische Regierung, **Presse und Parlament in gröblichen Beschimpfungen des deutschen Volkes.** In der Kammersitzung vom 23. November 1914 sprach der Führer der Partei der Evolutionisten in Gegenwart fremder Diplomaten sowie der portugiesischen Minister **schwere Beleidigungen gegen Deutschland** aus, ohne daß ein Einspruch seitens des Kammerpräsidenten oder eines Ministers erfolgt wäre. Der kaiserliche Gesandte erhielt auf seine Vorstellungen nur die Antwort, daß der betreffende Passus **im offiziellen Sitzungsbericht nicht enthalten sei.**

Wir haben gegen diese Vorgänge in jedem Einzelfalle protestiert sowie **verschiedentlich die ernstesten Vorstellungen erhoben und die portugiesische Regierung für alle Folgen verantwortlich gemacht. Eine Remedur erfolgt jedoch nicht.** Die kaiserliche Regierung hatte gleichwohl in langmütiger Würdigung der schwierigen Lage Portugals es bisher vermieden, ernstere Konsequenzen aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung zu ziehen.

Am 23. Februar erfolgte auf Grund eines Dekrets vom gleichen Tage **ohne vorherige Verhandlung**

die Beschlagnahme der deutschen Schiffe.

Diese wurden militärisch besetzt und die Mannschaften von Bord geschickt. Die kaiserliche Regierung hat gegen diesen flagranten Rechtsbruch protestiert und die Aufhebung der Beschlagnahme der Schiffe verlangt.

Die portugiesische Regierung hat das Verlangen abgelehnt und ihre Gewaltmaßregel durch Rechtsausführungen zu begründen versucht. Sie geht davon aus, daß unsere durch den Krieg in den portugiesischen Häfen festgelegten Schiffe infolge der Festlegung nicht dem Artikel 2 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schiffahrtsvertrages, sondern ebenso wie anderes im Lande befindliches Eigentum der unbeschränkten Gebietshoheit und damit dem unbeschränkten Zugriff Portugals unterlägen. Weiterhin aber meint sie sich innerhalb der Grenzen dieses Artikels gehalten zu haben, da die Requisition der Schiffe einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspreche, auch in dem Beschlagnahmedekret eine später festzusetzende Entschädigung vorgesehen sei. Diese Ausführungen erscheinen als **leere Ausflüchte.** Der Artikel 2 bezieht sich auf jede Requisition deutschen, in portugiesischem Gebiete befindlichen Eigentums, so daß es dahingestellt bleiben kann, ob die angebliche Festlegung der deutschen Schiffe in portugiesischen Häfen ihre Rechtslage verändert hat. Den genannten Artikel hat aber die portugiesische Regierung nach doppelter Richtung verletzt. Einmal hat sie sich bei der Requisition nicht in den vertraglichen Grenzen gehalten, da Artikel 2 die Befriedigung eines staatlichen Bedürfnisses voraussetzt, während die Beschlagnahme offenbar unverhältnismäßig mehr deutsche Schiffe getroffen hat als zur Beseitigung des Schiffsraummangels für Portugal erforderlich war; sodann aber macht der Artikel die Beschlagnahme der Schiffe **von einer vorhergehenden Vereinbarung mit den Beteiligten über die zu bewilligende Entschädigung abhängig, während die portugiesische Regierung nicht einmal versucht hat, sich mit den deutschen Reedereien unmittelbar oder durch Vermittlung der deutschen Regierung zu verständigen.** Das ganze Vorgehen der portugiesischen Regierung stellt sich somit als

ein schwerer Rechts- und Vertragsbruch

dar.

Die portugiesische Regierung hat durch dieses Vorgehen offen zu erkennen gegeben, **daß sie sich als Vasallen Englands betrachtet,** der den englischen Interessen und Wünschen alle anderen Rücksichten unterordnet. Sie hat endlich die Beschlagnahme der Schiffe unter Formen vollzogen, in denen **eine beabsichtigte Herausforderung Deutschlands** erblickt werden muß. Die deutsche Flagge wurde auf den deutschen Schiffen niedergeholt, die portugiesische Flagge mit Kriegswimpel gesetzt. Das Admiralsschiff schoß Salut.

Die kaiserliche Regierung sieht sich gezwungen, aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie betrachtet sich von jetzt ab als mit der portugiesischen Regierung im Kriegszustand befindlich.

Tägliche Rundschau
10./III. 1916

Bassermann über Mitteleuropa. Der Führer der Nationalliberalen, Abg. Bassermann, legt in einem Artikel ein unumwundenes Bekenntnis zu dem Gedanken einer mitteleuropäischen Wirtschaftseinheit ab. Abg. Bassermann schreibt u. a.:

Wenn man bedenkt, daß Englands Sinnen und Trachten auf die Verewigung des Kampfes gegen die Zentralmächte gerichtet ist, wie der Zusammenschluß der Ententemächte für die Zeit nach dem Kriege nicht nur zu erneutem Kriege, sondern zum handels- und zollpolitischen Kampf, zur Unterdrückung des Welthandels der Zentralmächte heute schon Gegenstand eifriger Verhandlungen zwischen Frankreich, Rußland und England ist, dann wird es zum Gebot der Selbsterhaltung für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sich möglichst eng aneinander zu schließen. Da die Absicht Rußlands, die Türkei aus Europa zu vertreiben und sich zum Herrn von Konstantinopel zu machen, in diesem Kriege nicht erreicht, aufgeschoben, aber nicht aufgehoben ist, ergibt sich der enge Anschluß der Türkei an die Zentralmächte aus derselben politischen Notwendigkeit. Bulgarien aber, das sich den Haß Rußlands zugezogen hat, weiß, welch ein Schicksal ihm ein siegreiches Rußland bereiten würde. Rußland will kein unabhängiges Bulgarien, sondern ein Bulgarien als russischen Vasallenstaat.

Wie im einzelnen das politische und Wirtschaftsbündnis unseres Vierverbandes zu gestalten, ist eine so schwierige und dornenvolle Aufgabe, daß sie nur gelöst wird, wenn man mit energischem Willen und, wie Paasche jüngst zutreffend ausgeführt hat, mit begeistertem Optimismus an die Lösung herangeht.

Zu warten, ist ganz verfehlt. Die Grundlage kommender Friedensverhandlungen ist, daß die Bundesgenossen, vor allem Oesterreich und Ungarn selbst, wissen, was sie wollen und in sich über ihr künftiges Verhältnis einig sind ... Je enger wir uns militärisch und politisch zusammenschließen, desto besser ... Die Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsgebietes, das unabhängig und selbständig von dem heute und wohl auch künftig feindlichen Auslande befähigt und stark genug ist, auch künftige Aushungerungs- und Erschöpfungskriege zu bestehen, ist ein Ziel, das wir erreichen müssen, wenn unsere Zukunft gesichert sein soll.

Die deutsche Denkschrift an Amerika.

Berlin, 10. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der kaiserliche Botschafter in Washington machte im Auftrage der kaiserlich deutschen Regierung dem Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Mitteilung:

„Die kaiserliche Regierung legt Wert darauf, die bisherige Entwicklung noch einmal mit aller der Offenheit zu präzisieren, die den freundschaftlichen Beziehungen der beiden großen Völker und dem ehrlichen Wunsch der kaiserlichen Regierung, diese vor allen Trübungen zu bewahren, entspricht.

Bei Beginn des Krieges hat sich die deutsche Regierung auf Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika sofort bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechts-Erklärung zu ratifizieren. Die deutsche Prisenordnung wurde schon vorher auf Grund der Bestimmungen der Londoner Seekriegsrechts-Erklärung ohne jede Einschränkung erlassen. Dadurch wurde anerkannt, daß die geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, die den legalen Handel der Neutralen auch mit den Kriegführenden und die Freiheit des Meeres sicherten, deutscherseits in vollem Umfange berücksichtigt werden sollten. England lehnte es im Gegensatze hierzu ab, die Londoner Seekriegsrechts-Erklärung zu ratifizieren, und begann nach Ausbruch des Krieges den legalen Handel der neutralen Staaten zu beschränken, um dadurch Deutschland zu treffen.

Den systematischen Verschärfungen der Konterbandebestimmungen vom 5. August, 20. August, 21. September und 29. Oktober folgte am 3. November 1914 der Erlaß der britischen Admiralität, daß die ganze Nordsee als Kriegsgebiet anzusehen sei. Die Handelsschiffahrt jeder Art wurde schweren Gefahren durch Minen und Kriegsschiffe ausgesetzt. Der Protest der neutralen Staaten hatte keinen Erfolg. Schon von diesem Zeitpunkte an gab es kaum noch eine Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland.

Im Februar 1915 sah sich Deutschland gezwungen, Gegenmaßnahmen zu treffen, die das völkerrechtswidrige Verfahren der Gegner bekämpfen sollten. Es wählte für seine Gegenmaßnahmen neue Kriegsmittel, deren Verwendung im Völkerrecht überhaupt noch nicht geregelt war; es brach damit kein geltendes Recht, sondern trug nur der Eigenart der neuen Waffe, des U-Bootes, Rechnung. Der Gebrauch der neuen Waffe mußte die Bewegungsfreiheit der Neutralen einschränken und bildete eine Gefahr, der durch besondere Warnung begegnet werden sollte, entsprechend der vorausgegangenen englischen Warnung vor den Gefahren des Kriegsgebietes der Nordsee.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika trat, da beide kriegführenden Parteien, in der deutschen Note vom 17. Februar 1915 und in der englischen Note vom 18. und 20. Februar 1915, Anspruch erhoben, daß ihr Vorgehen nur eine Vergeltung der Rechtsbrüche des Gegners sei, an beide kriegführenden Parteien heran, um nochmals zu versuchen, das vor dem Kriege anerkannte Völkerrecht wieder zur Geltung zu bringen. Sie forderte einerseits Deutschland auf, den Gebrauch seiner neuen Waffe den Bestimmungen für die alten Seekriegsmittel anzupassen, und andererseits England, Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands zur Verteilung unter amerikanischer Kontrolle passieren zu lassen.

Deutschland erklärte am 1. März 1915 seine Bereitwilligkeit, während England am 15. März eine Verständigung auf Grund der amerikanischen Vorschläge ablehnte. England beseitigte sogar durch seine Order vom 11. März 1915 den letzten Rest der völkerrechtsmäßigen Freiheit des neutralen Handels mit Deutschland und dessen neutralen Nachbarländern; der Zweck war, Deutschland durch Aushungerung zu bezwingen.

Trotzdem entsprach Deutschland im weiteren Verlaufe des Krieges, nachdem bei verschiedenen Gelegenheiten gegen seinen Wunsch und Willen neutrale Bürger ums Leben gekommen waren, in der praktischen Verwendung seiner U-Bootswaffe den Wünschen der amerikanischen Regierung in so entgegenkommender Weise, daß die Rechte Neutraler auf den legalen Handel tatsächlich deutscherseits überall unbeschränkt waren.

Nunmehr machte England dem U-Boot die Ausübung eines den Völkerrechtsbestimmungen entsprechenden Handelskrieges dadurch unmöglich, daß es nahezu sämtliche Handelsschiffe bewaffnete und den angriffsweisen Gebrauch der Geschütze anordnete. Photographien englischer Befehle sind den neutralen Regierungen mit einer Denkschrift am 8. Februar 1916 zugestellt worden. Die Befehle widersprechen direkt den Erklärungen des englischen Botschafters in Washington vom 25. August 1914.

Die deutsche Regierung hat gehofft, daß dieses Tatsachenmaterial die neutralen Regierungen auf Grund der von der Regierung der Vereinigten Staaten am 23. Jänner 1916 gemachten Entwaffnungsvorschläge in den Stand setzen würde, die Entwaffnung der Handelsschiffe durchzusetzen. Tatsächlich ist aber die Bewaffnung mit Geschützen von unseren Gegnern mit großer Energie weiter betrieben worden. Der Grundsatz der amerikanischen Regierung, ihre Bürger von feindlichen Handelsschiffen nicht fernzuhalten, wurde von England und seinen Alliierten dazu benützt, Handelsschiffe für den Angriff zu bewaffnen. So können nämlich Kauffahrteischiffe U-Boote leicht zerstören und sich im Falle des Mißglückens ihres Angriffs durch die Anwesenheit amerikanischer Bürger an Bord gesichert glauben.

Der Befehl des Waffengebrauches wurde ergänzt durch die Weisung an die Führer der Handelsschiffe, falsche Flaggen zu führen und U-Boote zu rammen. Die Nachrichten über ausgezahlte Prämien und Verleihung von Ehrenzeichen an erfolgreiche Führer von Handelsschiffen zeigen die Wirkung dieser Befehle. Diesem englischen Vorgehen haben sich die Verbündeten angeschlossen. Jetzt steht Deutschland vor der Tatsache:

a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade (vergleiche amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit einem Jahre den neutralen Handel von deutschen Häfen fernhält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht,

b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Konterbandebestimmungen (siehe amerikanische Note an England vom 5. November 1915) seit eineinhalb Jahren den für Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Nachbarländer verhindern,

c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post (siehe amerikanisches Memorandum an England vom 10. Jänner 1916) jede Verbindung Deutschlands mit dem Auslande zu verhindern streben,

d) daß die systematische gesteigerte Vergewaltigung der Neutralen nach dem Grundsatze „Macht über Recht" den Verkehr mit Deutschland über die Landgrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen,

e) daß Deutsche die von unseren Feinden auf der See angetroffen werden, ohne Rücksicht, ob Kämpfer oder Nichtkämpfer, der Freiheit beraubt werden,

f) daß unsere Gegner Handelsschiffe für den Angriff bewaffneten und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration unmöglich machten (siehe deutsche Denkschrift vom 8. Februar 1916).

Das englische Weißbuch vom 5. Jänner 1916 über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahmen Deutschlands Ausfuhrhandel fast völlig unterbunden und seine Einfuhr vom Belieben Englands abhängig gemacht ist.

Die kaiserliche Regierung darf hoffen, daß gemäß den freundschaftlichen Beziehungen, die in der hundertjährigen Vergangenheit zwischen den beiden Völkern bestanden, der hier dargelegte Standpunkt trotz der durch das Vorgehen unserer Feinde erschwerten Verständigung zwischen den beiden Völkern von dem Volk der Vereinigten Staaten gewürdigt werden wird.

Fremdenblatt
11. III. 1916

Aeußerungen des Königs Konstantin.

Berlin, 10. März. (Tel. d. „Fremden-Blatt".) Der Korrespondent des „Berliner Tageblatt", Emil Ludwig, wurde von König Konstantin in Audienz empfangen. Dieser sagte: Ich bin selbst Armeeführer gewesen und kann voraussehen, welche Schwierigkeiten die Entente auf der schmalen Front von Saloniki erwarten, auch wenn sie, wie erzählt wird, fünf Meter tief eingegraben sind. Warum die französische Heeresleitung noch immer Saloniki zu halten sucht, verstehe ich nicht. Ich weiß auch, daß die Engländer durchaus nicht so willig waren, mitzumachen. Besondere Tollheit aber wäre es, wenn ich mich dazu entschlösse. Für mich können Gefühle nicht maßgebend sein, weder für die einen noch für die anderen. In Deutschland wird man gewiß nicht erwarten, daß ich wie ein Deutscher handle, ich kann nur als Grieche richtig handeln. Die Armee steht zu mir vom ersten bis zum letzten Manne. Das sind alles Leute, welche der Welt gezeigt haben, wie sie sich schlagen können. Ueberhebung ist das wirklich nicht, wenn ich dies ausspreche. Es ist eine Art preußischen Verhältnisses zwischen König und Armee, aber auch bei uns bedeutet heute die Armee das Volk. Zu Beginn des Krieges hatte es französische Sympathien, das ist für Griechenland Tradition. Aber die Entente hat schon alles getan, um diese Sympathie zu verlieren. Durch planmäßige Verletzung und Brüskierung unserer Freiheit hat sie die griechische Freundschaft aufs Spiel gesetzt.

Ueber das Verhältnis Griechenlands zu Bulgarien, seinem früheren Gegner, sagte der König: „Freilich könnte im einzelnen manches besser sein und ich möchte wohl, daß die friedfertige Gesinnung der Bulgaren auch bis zu jenen Unterorganen ihre Wirkung üben würde, die uns in den letzten Wochen durch mehrere kleine Streiche im Grenzgebiete verletzt haben. Ich erwarte zuversichtlich, daß die Bulgaren, sobald sie die Feinde aus dem von ihnen besetzten Gebiete vertrieben haben, Griechenland verlassen werden."

Als der Korrespondent dem König erzählte, wie populär er in Deutschland sei, lächelte dieser und sagte: „Wir können nur neutral bleiben. Sie sagen mir, die Entente könnte nach einer Vertreibung aus Saloniki zu schärferen Gewaltmaßregeln greifen. Nun, seit einigen Wochen besinnt man sich der Gefahr besser als früher. Was hätte es schließlich Sinn für sie, in einem anderen griechischen Hafen zu landen? Hieher nach Athen kommen sie nie und nimmer. Das werden sie auch gar nicht versuchen. Freilich enthält das, was geschehen ist, lauter Verletzungen des Völkerrechtes und wird erst teilweise ausgeglichen, doch wird gegen Athen keiner seine Hand erheben. Die fremden Gesandten, für deren Sicherheit man bei uns zu fürchten scheint, sind alle gleicherweise meine Gäste. Kein Leid darf ihnen geschehen."

Fremdenblatt
11. III. 1916

Kriegskalender.

4. März: Im Gebiete von Dubno scheitert ein russischer Versuch, das linke Ufer der Ikwa zu gewinnen. — In der Champagne lebhafte Feuerkämpfe; in den Argonnen scheitert ein feindlicher Angriff. Französische Angriffe gegen das Dorf Douaumont und die anschließenden Stellungen der Deutschen werden zurückgeschlagen. Bei Obersept bemüht sich der Feind vergeblich, die ihm am 13. Februar genommenen Stellungen zurückzuerobern. — Der italienische Dampfer „Java" von einem unserer U-Boote torpediert. Das deutsche Schiff „Möve" trifft nach mehrmonatlicher erfolgreicher Kreuzfahrt mit zahlreichen Gefangenen und einer Million Mark in Goldbarren in einem deutschen Hafen ein. — Das montenegrinische Königspaar übersiedelt nach Bordeaux.

5. März: Zwischen Maas und Mosel heftiger Artilleriekampf; die Deutschen räumen den bei der Försterei Thiaville (nordöstlich von Badonviller) den Franzosen am 28. Februar entrissenen Graben. — Die englischen Dampfer „Teutonian" und „Rothesay" und der italienische Dampfer „Java" versenkt. — Explosion in der Pulverfabrik bei La Courneuve. — Schreiben des Papstes über den Krieg an seinen Generalvikar in Rom Kardinal Pompilj. — Einberufung der verheirateten Derby-Rekruten in England.

Fremdenblatt
11. III. 1916

Italienische Kammer.

Bewachung der beurlaubten Soldaten.

K. Zürich, 10. März. Die italienische Kammer nahm in ihrer gestrigen Sitzung den Gesetzantrag Ciccotti zur Hintanhaltung von Betrügereien bei der Erfüllung der Heeresdienstpflicht zur Kenntnis und verhandelte dann

die Anfrage Maffi, weshalb die Heeresleitung es als notwendig erachtete, die auf Urlaub heimgekehrten Soldaten einer besonderen Ueberwachung durch Karabinieri zu unterwerfen.

Vom Regierungstische wurde geantwortet, daß dies geschehen sei, um Urteile und Mitteilungen der Soldaten in der Bevölkerung nicht verbreiten zu lassen.

Deputierte aller Parteien gaben laut ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die Heeresleitung von den eigenen Soldaten so unwürdig denke und derartige Maßnahmen für notwendig halte.

Maffi erklärte sich mit der von der Regierung erteilten Antwort unzufrieden, doch freute er sich, zur Feststellung der wirklichen Verhältnisse beigetragen zu haben, welche wenig der Haltung der Regierungszensur entsprechen, die beispielsweise 14 Tage lang die Photographie jenes Soldaten in den Zeitungen duldete, welcher die Gefangennahme eines österreichisch-ungarischen Generals erlogen hatte.

Das Verbrüderungsfest in Nizza.

Auf eine Anfrage des Deputierten Canepa, weshalb sich der italienische Konsul in Nizza den Wünschen der italienischen Kolonie, zugunsten der italisch-französischen Verbrüderung zu manifestieren, widersetzte, antwortete Unterstaatssekretär des Aeußeren Borsarelli in längerer Rede, in der er indessen den Tatbestand weder zu verrücken noch dessen moralische Bedeutung abzuschwächen vermochte, dagegen das materielle Erträgnis der in Anwesenheit des Botschafters Tittoni durchgeführten Wohltätigkeitsveranstaltung der italienischen Kolonie in Nizza hervorhob.

Die Kammer setzte hierauf die Verhandlung des Budgets des Bautenministeriums fort.

Der Regierungskandidat für die Vizepräsidentenstelle in der Stichwahl.

Bei der Wahl eines Vizepräsidenten an Stelle des verstorbenen Linksdemokraten Finocchiaro erhielt der Kandidat der rechtsstehenden und zentralen Gruppen, Arlotta, 143, die beiden Kandidaten der linksstehenden Gruppen, Gualtierotti und Gallini, 73 beziehungsweise 64 und der Sozialist Prampolini 33 Stimmen. Die Stichwahl zwischen den beiden Erstgenannten findet heute statt.

Fremdenblatt
11./III. 1916

Amerika und der U-Boot-Krieg.

Eine Erklärung Lansings.

K. Washington, 9. März. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Staatssekretär Lansing veröffentlicht eine nachdrückliche Erklärung, worin er die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, die Amerikaner würden eine indirekte, aber wirksame Warnung vor der Benützung bewaffneter Handelsschiffe erhalten, von Anfang bis zu Ende für falsch erklärt.

Fremdenblatt
11. III. 1916

Die Bedeutung des Luftdienstes.

Eine Debatte im englischen Oberhause.

Berlin, 10. März. (**Tel. d. „Fremden-Blatt“.**) Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ meldet aus London: Im Oberhause fand gestern eine Debatte über das englische Luftfahrwesen statt. Lord Moezart forderte von der Regierung die Schaffung einer besonderen Behörde für das Flugwesen, damit die frühere Vorherrschaft der Entente in Flandern wiederhergestellt werde. Das neue Amt sollte mit der Beschaffung der nötigen Materialien und mit der Aufsicht über den Bau von Flugzeugen betraut werden. Es solle aus Vertretern der Admiralität, des Großen Generalstabes, des Kriegsministeriums und der Industrie zusammengesetzt werden. Es nahe die Zeit, rief der Lord aus, wo der Luftdienst wichtiger sein werde als der des Heeres und der Marine, wenn der größte Teil der Kriegsoperationen sich in den Lüften vollziehen werde. Er bezeichnete es als einen Skandal, daß, während der Vorrat an Motoren für Flugzeuge nicht ausreiche, immer noch neue Autos für Generalstäbler gebaut würden, und dringt auf Beschaffung stärkerer Flugzeuge, größerer Abwehrgeschütze und auf den Bau von Luftschiffen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
11./III. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 11. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

10. März, 3 Uhr nachmittags. In den Argonnen beschoß unsre Artillerie feindliche Transporte, die auf der Straße Montfaucon-Avocourt bemerkt wurden. Westlich und östlich von der Maas ist die Lage unverändert. Der Feind versuchte während der Nacht keinen Infanterieangriff gegen unsre Stellungen. Die gegenseitige Beschießung hält an der ganzen Front am rechten und linken Maasufer heftig und in der Woevre mit Unterbrechung an.

Im Elsaß zerstörten unsre Batterien feindliche Schützengräben auf der Höhe 425 östlich Thann. Auf der übrigen Front verlief die Nacht ruhig. Im Laufe des 8. d. war die Tätigkeit unsrer Flugzeuge besonders lebhaft. Es wurden zahlreiche Fliegerkämpfe geliefert, zumeist über den feindlichen Linien. Im Laufe der Luftkämpfe wurden 15 deutsche Flugzeuge in die Flucht geschlagen, 10 Flugzeuge stürzten ab, wie beobachtet wurde, senkrecht in die feindlichen Linien. Außerdem wurden nach sicheren Berichten zwei deutsche Flugzeuge, darunter ein Fokker, in der Champagne und drei in der Gegend von Verdun abgeschossen. Diese Flugzeuge fielen in den deutschen Linien nieder.

11 Uhr nachts. Im Artois brachten die Deutschen westlich der Straße von Lille eine Mine zur Explosion, deren Trichter wir besetzten.

In den Argonnen beschossen wir eine feindliche Kolonne, die in der Richtung des Waldes von Montfaucon marschierte.

Westlich der Maas, wo die Beschießung während des Tages mit Unterbrechungen andauerte, richtete der Feind hartnäckige Angriffe gegen die Stellungen des Rabenwaldes. Mehrere Angriffe wurden nacheinander durch unser Artillerie-, Infanterie- und Maschinengewehrfeuer abgewiesen, das in den feindlichen Reihen schwere Verheerungen verursachte. Trotz ihrer in keinem Verhältnis mit dem angestrebten Ziel stehenden Verluste warfen die Deutschen in einem letzten Sturmangriff Truppenbestände in der Stärke von mindestens einer Division vor. Im Laufe dieses Sturmangriffes konnten sie wieder einen Teil des Rabenwaldes besetzen, den wir ihnen abgenommen hatten.

Oestlich der Maas griff der Feind zweimal unsre Gräben westlich des Dorfes Douaumont an, er wurde aber durch Maschinengewehrsperrfeuer angehalten und konnte unsre Linien an keiner Stelle erreichen. Ein gegen das Dorf Vaux vorbereiteter Angriff wurde durch Artilleriefeuer verhindert und kam nicht zur Durchführung.

Es bestätigt sich, daß die Infanterieunternehmungen, die die Deutschen gestern gegen das Dorf Vaux und gegen die Gräben am Fuße des vom Fort Vaux gebildeten Rückens unternahmen, ungeheure Opfer kosteten.

In der Woevre war die durch unsre Batterien kräftig beantwortete feindliche Beschießung von Eix, Moulainville, Villers-sous-Bonchamp und Bonzec besonders heftig. Die Deutschen warfen bei Saint-Mihiel schwimmende Minen in die Maas, die wir auffischen konnten, bevor sie Schaden anzurichten vermochten.

In Lothringen zerstörten wir durch vernichtendes Feuer die feindlichen Gräben auf der Front Halloville-Bremenil.

Belgischer Bericht.

Nichts Besonderes zu melden.

Fremdenblatt Abendbl.
11./III. 1916

Der Krieg mit Portugal.

Berlin, 11. März. (Tel. des „Fremden-Blatt".) Der „Lokalanzeiger" schreibt: Der portugiesische Gesandte in Berlin, Dr. Paes, verließ Freitag abends Berlin, um über die Schweiz hinzukehren. Der Gesandte machte kein Hehl daraus, wie sehr er persönlich es beklage, daß die Ereignisse eine so ernste Wendung genommen haben.

Neue Freie Presse

Abendbl.
11./III. 1916

Ein englischer Zerstörer und ein Torpedoboot durch Minen versenkt.

London, 10. März.

Die Admiralität teilt mit, daß der Zerstörer „Coquette" und das Torpedoboot Nr. 11 an der Ostküste auf Minen gelaufen und gesunken sind. 4 Offiziere und 41 Mann sind dabei ertrunken.

* * *

Der Zerstörer „Coquette" gehört zu einer Gruppe von 62 Zerstörern, die in den Jahren 1895 bis 1901 erbaut wurden und bis zu 480 Tonnen Wasserverdrängung und 29·2 bis 30·8 Knoten Geschwindigkeit haben. An Bord sind sechs Geschütze und zwei Torpedorohre; die Besatzung ist 72 Mann stark.

Neue Freie Presse Abendbl.
11./III. 1916

Oberhausdebatte über die Luftverteidigung.

London, 10. März.

Im Oberhause kam es gestern zu einer Debatte über die Luftverteidigung.

Lord Montagu forderte die Regierung auf, ein Amt für den Luftdienst zu errichten, hauptsächlich, um die frühere Führung auf dem Gebiete des Flugwesens an der Front in Frankreich und Flandern wiederzuerlangen. Das Amt würde Material zu beschaffen und den Bau von Flugzeugen zu beaufsichtigen haben. Es müßten ihm Vertreter der Admiralität und des Kriegsamtes sowie der Fabrikanten und des Genralstabes angehören. Montagu sprach die Ansicht aus, daß die Zeit nahe sei, wo das Flugwesen wichtiger sein werde als Heer und Marine. Redner nannte es einen Skandal, daß noch immer eine übergroße Zahl von Automobilen für Stabsoffiziere bereitgestellt würde, obwohl der Vorrat an Motoren für die englischen Flugzeuge nicht ausreiche. Er verlangte die Herstellung von kräftigeren Flugzeugen und schweren Verteidigungskanonen und die Erbauung von Luftschiffen. Es sei tragisch gewesen, zu sehen, wie die Projektile, die im September in London auf den „Zeppelin" abgeschossen worden seien, nicht höher flogen als höchstens 5000 Fuß oder 2000 Fuß niedriger als der „Zeppelin" war.

Man müsse zur Luft stark genug gerüstet sein, um die Industriebezirke Deutschlands anzugreifen, ebenso wie der Feind die englischen angreife. Die gebräuchliche amtliche Formel, daß kein Schaden militärischer Art angerichtet sei, biete wenig Trost. Die Engländer hatten zwar bisher maßloses Glück, man könne aber nicht annehmen, daß auch künftig alles so gut ablaufe. Die Deutschen vermöchten jetzt eine Flotte von 20 Zeppelinen nach England auszusenden.

„Daily News" nennt Montagu einen einseitigen Enthusiasten für den Luftdienst und schreibt, daß selbst 20 Zeppeline nur 30 bis 40 Tonnen Bomben mit sich führen könnten, was zwar eine unangenehme Ladung sei, aber von geringer Bedeutung im Vergleich damit, was eine einzige Batterie Feldkanonen ausrichten könne.

Neues Wiener Tagblatt
11. III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 10. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

8. März. In einzelnen Abschnitten der Gebirgsfront entwickelten unsre Patrouillen lebhafte Tätigkeit, obwohl frisch gefallener Schnee an manchen Stellen 5 Meter hoch lag und häufig Lawinen die Täler unsicher machten. An der Isonzofront hielt die lebhafte Artillerietätigkeit an, oft behindert durch unablässigen Regen und Nebel.

Rußland.

9. März. Eine starke deutsche Kolonne versuchte bei Schloß Kokenhusen östlich von Friedrichstadt die Düna zu überschreiten, wurde jedoch durch unser Feuer zur Umkehr gezwungen. Nordwestlich von Jakobstadt beschoß deutsche Artillerie unsre Unterkünfte. Feindliche schwere Artillerie beschoß den Ort Livenhof und die Bahnhöfe Zargrad und Rizgal an der Düna südlich von Livenhof. Bei Illurt vernichteten unsre Aufklärer einen feindlichen Posten und machten Gefangene. Nordwestlich des Bahnhofes Olyka (41 Kilometer nordwestlich von Rowno) drangen unsre Aufklärer am hellen Tage in einen feindlichen Graben; ein Teil der Verteidiger wurde niedergestochen, der andre gefangen. An der oberen Ikwa zerstreute unser Feuer eine stärkere feindliche Abteilung, als sie gegen unsre Gräben vorgehen wollte. In Galizien bei Cebrow (21 Kilometer nordwestlich Tarnopol) ging der Feind unter dem Schutze von Feuerwellen seiner Artillerie zu einem nächtlichen Angriff vor, der jedoch durch unser Infanteriefeuer abgewiesen wurde. Auch dort machten wir Gefangene.

Frankfurter Zeitung
11. III. 1916

Portugal und Oesterreich-Ungarn.

≋ Wien, 10. März. (Priv.-Tel., zf.) Der hiesige portugiesische Geschäftsträger Arenas de Lima äußerte zu einem Vertreter der „Neuen Freien Presse“:

„Ich habe seit einiger Zeit keinerlei amtliche Nachrichten aus Portugal, doch kann ich ruhig behaupten, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Portugal keine wie immer geartete Streitfrage bestanden hat oder besteht. Mehr noch: Seit Jahrhunderten herrscht zwischen beiden Reichen eine ununterbrochene zur Tradition gewordene Sympathie und Freundschaft. Diese Tradition ist durch den in Portugal erfolgten Wechsel von Monarchie zur Republik keineswegs unterbrochen worden. Der gegenwärtige k. u. k Gesandte in Lissabon war auch schon zur Zeit der Monarchie in Portugal tätig. Ich glaube dem Widerspruch keines einzigen Portugiesen ausgesetzt zu sein, wenn ich dem Wunsche Ausdruck gebe, daß diese alte Sympathie und Freundschaft weiter dauern möge. Mir wäre es jedenfalls ein großer persönlicher Schmerz, wenn sich dies ändern sollte. Es dürften sich in portugiesischen Häfen auch österreichisch-ungarische Schiffe befinden; mir ist nicht bekannt, daß ihre Beschlagnahme erfolgt oder auch nur beabsichtigt sei.“

Vossische Zeitung

11./III. 1916.

Sechs sozialdemokratische Minderheiten

Unsere Leser kennen die Spartacus-Briefe, in denen ein ganz radikaler Reichstagsabgeordneter heftigste Kritik an den übrigen Mitgliedern der Gruppe der 20 übt, die die Kredite abgelehnt haben. Gegen diese Spartacus-Briefe versenden nun der „Chemn. Volksst." zufolge Ledebour und Adolf Hoffmann eine Information an ihre Freunde. Sie teilen darin mit, daß Spartacus beabsichtigt, die Internationale zur allein entscheidenden Instanz in allen Fragen des Militarismus, der Kolonialpolitik, der Handelspolitik, der Maifeier und besonders der gesamten Kriegstaktik zu machen. Dieses Programm verwerfen und bekämpfen sie:

> „Die Durchführung dieses Programms würde die einzelnen Landesparteien zu untergeordneten Organen der zentralisierten Internationale herabdrücken. Bisher waren die sozialistischen Landesparteien völlig selbständige, über ihre Satzungen und über ihre Betätigung endgültig entscheidende Organisationen, die zu internationalen Zwecken nur föderativ verbunden waren. Alle Beschlüsse der internationalen Kongresse bedurften deshalb zur Durchführung in den einzelnen Ländern der Zustimmung der Landesorganisationen. Niemals aber waren die Landesparteien nur unselbständige Glieder einer großen internationalen Gesamtpartei."

Wenn der Spartacus-Plan durchgeführt würde, würden die Landesparteien nicht mehr Selbständigkeit haben als jetzt etwa die Bezirksorganisationen im Verhältnis zu ihrer Landespartei. Nach dem Wunsch von Ledebour und Hoffmann soll die Minderheit darauf verzichten, sich unter einander zu zanken, sondern sich einträchtig zusammenschließen zu gemeinsamen Aktionen. Die „Chemn. Volksst." weist gegenüber diesem Wunsch auf einen Artikel der „Lichtstrahlen" hin, wonach die 20 seit der Kriegskreditablehnung überhaupt nichts getan hätten, persönlich treulos an Liebknecht handelten und ihr ganzes Vorgehen nur ein Feigenblatt der Sozialpatrioten und eine Irreführung der Massen sei. Von den 20 seien nur zwei Männer, die ihre Pflicht als sozialdemokratische Abgeordnete erfüllten. Demnach zerfällt jetzt — so sagt die „Chemn. Volksst." — die Parteiminderheit in folgende Gruppen:

1. Gruppe Spartacus. Will die Nationen überhaupt abschaffen oder wenigstens die sozialdemokratischen Parteien in den einzelnen Ländern und die Organisationen alsbald internationalisieren.

2. Gruppe der „Lichtstrahlen" und der „Internationale". Verwirft diesen Plan, will aber rücksichtslosen Klassenkampf, ohne auf die Landesverteidigung zu achten, und sieht, wie die erste Gruppe, die 18 (das sind die 20 minus Liebknecht und Rühle), als Schwächlinge und Memmen an.

3. Gruppe Ledebour—Adolf Hoffmann. Nehmen an der Zimmerwalder Konferenz teil und wollen die Internationale und den Klassenkampf alsbald wieder eröffnen, gestehen aber grundsätzlich das Recht zur Landesverteidigung zu.

4. Gruppe „Neue Zeit". Billigt die Aktion der 20, will aber die Internationale nicht auf dem Wege über Zimmerwald, sondern über das Internationale Büro im Haag (früher Brüssel) neu beleben.

5. Gruppe Bernstein billigt grundsätzlich die Landesverteidigung und hält die Kriegskreditbewilligung wenigstens für Franzosen, Belgier und Engländer noch heute für erlaubt; aber die Deutschen sollen durch Entgegenkommen wieder Vertrauen in der Internationale werben und sie auf diese Weise wieder herstellen. Wünscht einen Friedensschluß unter Verzicht auf Elsaß-Lothringen, das dann über sein Schicksal durch Volksabstimmung entscheiden soll.

6. Gruppe: Die große Mehrheit der Minderheit billigt grundsätzlich die Landesverteidigung und Kriegskreditbewilligung, will aber jetzt durch Kreditverweigerung gegen Annexionspläne und Mißstände in der inneren Verwaltung Deutschlands protestieren.

Die „Chemn. Volksst." bemerkt dazu: „Das Register ist nicht ganz vollständig, weil die Gruppen auch in sich noch nicht ganz einheitlich sind, sondern sich in manchen Fragen noch in ihrem eigenen Innern bitter bekämpfen. . . Würde die Minderheit unglücklicherweise Mehrheit — die Mitglieder dieser Mehrheit rissen sich im nächsten Augenblick bei der Erörterung des nächsten praktischen Schrittes selbst die Köpfe herunter."

Fremdenblatt

12. IV. 1916

Kriegskalender.

31. März: Westlich der Maas erstürmen die Deutschen das Dorf Malancourt und die beiderseits anschließenden französischen Verteidigungsanlagen; südlich der Feste Douaumont kurze Nahkämpfe. — In Holland wird die Erteilung von Urlauben an Militärpersonen und Eisenbahner eingestellt; die Kammer ist zu einer geheimen Sitzung einberufen; wichtige militärische und politische Beratungen im Haag. — Eine neue englische Seerechtsorder besagt u. a., daß in Zukunft der Artikel 19 der Londoner Deklaration nicht mehr angewendet werden soll. — An der Kaukasusfront rücken türkische Truppen im Tschuruchtale vor.

1. April: Bei Olyka nehmen k. u. k. Abteilungen eine russische Vorstellung und kehren nach Zerstörung der feindlichen Deckungen wieder in die Hauptstellung zurück. — Am Tolmeiner Brückenkopf, im Fella-Abschnitt und an der Dolomitenfront leben die Geschützkämpfe wieder auf; italienische Angriffe zwischen dem Großen und dem Kleinen Pal und bei Schluderbach werden abgewiesen. — In den Argonnen und im Maasgebiet heftige Artilleriekämpfe; deutsche Artillerie nimmt die feindlichen Stellungen an der Aisnefront unter wirksames Feuer; nordwestlich von Roye ist die französische Artillerie sehr regsam. — Deutsche Marineluftschiffe belegen London und Plätze der englischen Südostküste wirksam mit Bomben; „L 15" wird angeschossen und muß vor der Themse niedergehen. — Asquith in Rom.

Neues Wiener Tagblatt 12. III. 1916

Die Freiheit der Meere.

Ein Vortrag in der Wiener Juristischen Gesellschaft.

Der bekannte Wiener Gelehrte Dr. Hermann Gellmann, dessen kürzlich erschienene Arbeit über „Die rechtliche Natur der Meeresfreiheit" im Bereiche der Zentralmächte sowie in den neutralen Staaten lebhafte Beachtung gefunden hat, sprach zu Ende der vorigen Woche als Gast der Juristischen Gesellschaft im großen Saale der Handels- und Gewerbekammer in weiterer Ausführung und Begründung dieses seines Themas über die „Freiheit der Meere". In der Versammlung, welcher Geheimer Rat Dr. Franz Klein persönlich präsidierte, sah man viele hervorragende Mitglieder der Juristenwelt sowie Angehörige der politischen Kreise.

Dr. Gellmann begann mit der heute doppelt interessanten Feststellung, daß das Prinzip der Meeresfreiheit zum erstenmal in der Welt gerade von — englischer Seite aufgestellt worden war, aber natürlich — und das war wieder echt englisch — einem Konkurrenten gegenüber! „Das Meer ist frei wie die Luft, es gehört allen Menschen und kann in keines Menschen Gewalt oder Besitz verfallen," so antwortete die Königin Elisabeth persönlich dem spanischen Gesandten, als er in Namen seines Königs das ausschließliche Recht der Schiffahrt auf den indischen Meeren für sein Königreich reklamierte. Im Bemühen nach einer juristischen Konstruktion dieses Prinzips formulierte das Völkerrecht dann den bis auf den heutigen Tag so ziemlich allgemein angenommenen Begriff der Staatenlosigkeit der Meere. Nun lehren es aber die Tatsachen, daß man mit diesem Begriff der Staatenlosigkeit unbewußt nur den Zustand einer wahrhaft dauernden Anarchie legitimiert habe, was doch keineswegs in den Absichten der völkerrechtlichen Doktrinen gelegen war. Vernünftigerweise müsse man also erklären, daß es ein Persönlichkeitsrecht jedes souveränen Staates sei, mit den andern Staaten in Verkehr zu treten, und in diesem Sinne für alle Staaten gleich (woraus sich dann als Folge das ergänzende Prinzip der Meeresrechtsgleichheit ergibt) die Freiheit der Meere zu fordern. Was die Küstenmeere und die Meerengen betrifft, so modifiziert sich dieser allgemeine Rechtssatz durch die betreffenden örtlichen Bedingungen, aus welchen je nachdem verschiedene Rechtsfiguren sich ergeben. So zum Beispiel wird es niemand einfallen, für die Dardanellen und den Bosporus dieselben rechtlichen Konstruktionen wie für den Suez- und Panamakanal zu wagen. England wird auch ohne den Suezkanal, die Vereinigten Staaten werden auch ohne den Panamakanal bestehen können, während gerade jetzt die englisch-französisch-russische Politik den Beweis erbracht hat, welches das Schicksal des Ottomanischen Kaiserreiches wäre, wenn man sein Anrecht auf die ausschließliche Beherrschung der Dardanellen und des Bosporus unter dieselben Bestimmungen stellen wollte wie das Suez- und Panamakanalgebiet.

In seiner weiteren Darlegung behandelte Doktor Gellmann die jetzt so aktuelle Frage der Meeresfreiheit im Kriege und kennzeichnete dabei die von England ausgesprochene Kriegsgebietserklärung der Nordsee in ihrer Rückwirkung auf die ganze Welt. Dabei spricht England von einem Seekriegsrecht, während ganz offenbar nur mehr von einem Seekriegsunrecht die Rede sein kann. Mit Deutschland und uns befindet sich England im Krieg, und was es gegen uns tut, mag es durch die Berufung auf die Kriegsnotwendigkeit zu rechtfertigen vermeinen. Es zieht aber durch diese Karikatur von einem Seekriegsrecht alle Neutralen in Mitleidenschaft, so daß diese Staaten diese unerhörte Kette von Angriffen gegen die Meeresfreiheit als Attentat gegen ihre eigene Souveränität abwehren müßten. Speziell auch die Geltung Amerikas unterwarf der Vortragende einer sorgfältigen Kritik. Amerika erkläre selbst heute noch, nach all dem Ungeheuerlichen, was wir gesehen haben, in diesem Krieg unparteiisch zu sein und die beiden kriegführenden Gruppen gleich zu behandeln. Es erklärt, daß es Waren auch uns und Deutschland vermitteln würde, wenn es könnte, ebenso wie es den Engländern, Russen und Franzosen die ihnen nötigen „Waren" (!) geliefert hat. Wer aber in einem Krieg dem einen Staat nichts, dem andern alles liefern kann und speziell ihm durch eine endlose Folge von Monaten alle Kriegsmaterialien liefert und dabei glänzende Geschäfte macht, der ist nicht neutral. In so blutigen Dingen entscheiden nicht rabulistische Kniffe; solche Dinge sind nicht nach der toten Formel, sondern nach dem lebendigen Bild der Tatsachen zu beurteilen. Die Vereinigten Staaten selbst haben während des Sezessionskrieges England schon deshalb Neutralitätsbruch vorgeworfen, weil England die Geldmittel der Konföderierten durch die Abnahme ihrer Baumwolle stärkte. „Aufständische Baumwolle", so nannten es damals die Amerikaner.

In geistvoller Weise begründet der Vortragende schließlich daraus folgend dennoch eine neue Begriffsbestimmung der Neutralität. Es zeigt sich, daß man mit der scheinbaren Unparteilichkeit sein rabulistisches Spiel treiben und unter der Maske der Gleichheit die empörendste Ungleichheit zugunsten des einen und zu ungunsten des andern walten lassen kann. Auch das Völkerrecht muß realistisch werden und rund und klar aussprechen: Du, neutraler Staat, darfst durch den Krieg nicht geschädigt werden, allein umgekehrt darfst du auch nicht durch den Krieg und auf Kosten des einen kriegführenden Teiles dir einen doppelt unstatthaften, weil blutigen Nutzen verschaffen. Der Vortragende benannte dieses von ihm neu und mit Glück konstruierte Moment, das er unter dem lebhaftesten Beifall der Anwesenden auseinandersetzte, mit dem einleuchtenden Namen „Das Stabilitätsprinzip".

Neue Freie Presse
12. März 1916

Der englische Kampf gegen Deutsch-Ostafrika.

London, 11. März.

Ein von General Smuts eingelaufenes amtliches Telegramm besagt, daß nach der Besetzung von Chala die Streitmacht des Generals van Deventer nach Taveta vorstieß. Sie fand es teilweise vom Feinde geräumt. Einige Deutsche mit Maschinengewehren ergaben sich dem General Berenger. Wir besetzten Taveta jetzt. Gleichzeitig mit der gestrigen Vorwärtsbewegung begann General Tighe Salalta anzugreifen und zu beschießen, das wir jetzt besetzen.

Notiz: In einem früheren Telegramm meldete General Smuts, daß ihm der Uebergang über den Lumifluß gelungen sei. Dieser kommt vom Kilimandscharo und fließt von Norden nach Süden in den Djipesee. Es handelt sich also um ein umfassendes Vorgehen gegen Taveta, vor dem die dort und nördlich davon am Dschalasee stehenden deutschen Sicherungsabteilungen anscheinend genötigt sind, auf deutsches Gebiet zurückzugehen.

Neue Freie Presse
12. III. 1916

Bulgarien für die Unabhängigkeit Albaniens.

Sofia, 11. März.

Das offiziöse „Echo de Bulgarie" schreibt: Als die verbündeten Heere von allen Seiten in Albanien einrückten, wurden sie von der albanesischen Bevölkerung mit herzlicher Freude als Befreier von zweifacher Fremdherrschaft begrüßt. Obgleich niemand heute sagen könnte, wie die künftige Karte Europas aussehen wird, ist zu wünschen, daß die Albanesen ihr nationales Ideal erreichen und einen unabhängigen Staat bilden. Um zwischen Bulgarien und seinen Verbündeten Zwietracht zu säen, schreiben die Feinde Bulgariens diesem Expansionsgelüste gegen die Adriaküste zu, wodurch die Integrität und Unabhängigkeit Albaniens bedroht würde. Diese Art Intrigen ist bereits banal geworden. Ministerpräsident Radoslawow hat in Wien erklärt und in der Sobranje wiederholt: „Nicht wir Bulgaren wollen die Befreiung und Unabhängigkeit Albaniens verhindern." Der Beifall, mit dem diese Erklärung Radoslawows aufgenommen wurde, beweist, daß die bulgarische Oeffentlichkeit große Selbstbeherrschung besitzt und mit den Nachbarn in Frieden leben will. Die Freiheit Albaniens wird lediglich von seiten jener bedroht, welche sich, ohne zu erröten, die Paladine der Menschheit nennen.

Neues Wiener Tagblatt
12. III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 11. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

9. März. Im Gebirge hält das schlechte Wetter an, dessen schädliche Wirkungen der Feind für uns noch zu verstärken sucht. So rief er gestern in der Zone des Lagacio (oberes Travenanzestal) vermittels Granaten von hoher Explosivkraft Lawinenstürze gegen unsre Stellungen hervor, ohne jedoch Schaden anzurichten. Trotz der Rauheit der Jahreszeit und der Hinterlist des Feindes verharren unsre Truppen kühn und freudig in ihrer Tätigkeit, so daß es ihnen in diesen Tagen gelang, die von uns besetzte Linie in dem rauhen Abschnitt zwischen dem ersten und zweiten Gipfel der Tofana etwas vorzuschieben und einige Fortschritte im Tal des mittleren Isonzo im Abschnitt von Zagora zu erzielen. Unsre Artillerie bekämpfte gestern auf der ganzen Front lebhaft die des Gegners, zerstreute feindliche Truppen, welche an Befestigungen arbeiteten, und beschoß in wirksamer Weise Reserven und Barackenlager hinter der Front.

Rußland.

10. März. An der oberen Strypa zerstreuten unsre Aufklärer östlich des Dorfes Kozlow (18 Kilometer westlich Tarnopol) feindliche Wachtposten und machten Gefangene. Der Feind setzte mit beträchtlichen Kräften zu einem Gegenangriff an, er wurde aber durch die Wirkung unsrer Artillerie mit großen Verlusten zurückgeschlagen.

Neue Freie Presse
12./III. 1916

Englische Schiffe unter amerikanischer Flagge.

Berlin, 11. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Wie in einem aus Zürich stammenden Briefe berichtet wird, lassen dort einzelne englische Schiffahrtsgesellschaften öffentliche Plakate anbringen, auf denen eine große amerikanische Flagge dargestellt ist und die in großen Buchstaben ankündigen, daß die Schiffe der Gesellschaft unter neutraler amerikanischer Flagge fahren.

Neue Freie Presse
12. III. 1916

Widerstand gegen einen Handelskrieg wider die Mittelmächte in England und Italien.

Wien, 11. März.

Der insbesondere von englischer Seite betriebene Plan eines künftigen Handelskrieges gegen die Mittelmächte findet in Italien sehr geringen Anklang. In dem Verhalten der italienischen Blätter spiegelt sich der Zweifel wieder, mit dem man diesen Plan nach den bisherigen Erfahrungen mit verschiedenen zwischen den Verbündeten getroffenen Vereinbarungen über Einzelfragen der politischen und militärischen Kriegführung betrachtet. Nach der Erfolglosigkeit der im September 1915 in Cernobbio veranstalteten italienisch-französischen Wirtschaftstagung und in Anbetracht des Verhaltens Englands in der Kohlenfrage sowie in bezug auf die Agrumenausfuhr aus Italien meint man, daß Italien größeres Interesse habe, sich gegenwärtig gegen die Wirtschaftspolitik Englands und Frankreichs zu wehren, als mit diesen Mächten über wirtschaftliche Kriegspläne für die Zukunft zu beraten, deren praktische Möglichkeit vorläufig als sehr fragwürdig erscheine.

In nüchtern urteilenden wirtschaftlichen Kreisen Englands wird der von den Ministern Mac Kenna und Bonar Law angekündigte Plan eines handelspolitischen Kampfes nach dem Krieg nicht mit dem Beifall aufgenommen, der ihm in dem bei allen die Mittelmächte betreffenden Fragen ausschließlich von Haß geleiteten Teil der englischen Presse entgegengebracht wurde. Das angesehenste englische Fachblatt „The Economist" bekämpft diesen Plan und erklärt, es sei, wenn das Auswärtige Amt den Handel des Landes nach dem Kriege gemäß einem geheimen Pakt leiten soll, der ohne parlamentarische Ermächtigung geschlossen wurde, nicht einzusehen, wie eine derartige Abmachung als gültig erachtet werden könnte, die vielleicht den Ruin zahlloser einzelner Händler und die Aushungerung ganzer Städte bedeuten würde. Der „Economist" hält sich bei der Prüfung dieses Planes vor Augen, welch gute Abnehmer Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Orient in Friedenszeiten für englische Waren gewesen sind und in der Zukunft wieder sein könnten.

Fremdenblatt
12. III. 1916

Der bayrische Kriegsminister über die Kriegslage.

Durchaus befriedigend.

K. München, 11. März. Im Finanzausschusse der bayrischen Abgeordnetenkammer bezeichnete Kriegsminister Freiherr v. Kreß die militärische Lage als durchaus befriedigend. Es liege in der Natur der Kämpfe, wie sie um Verdun geführt würden, daß ihre Entwicklung längere Zeit beanspruche. Dem weiteren Gang der Ereignisse dürfe man mit ruhiger Zuversicht entgegensehen und sich durch kleinere Rückschläge nicht beirren lassen. Die bisherigen Erfolge seien natürlich nicht ohne Opfer erreicht worden, doch seien die Gerüchte, die über die Verluste einer bayrischen Division hier im Umlauf gewesen seien, eine starke Uebertreibung.

Freiherr v. Kreß betonte weiters, daß die Heeresverwaltung von der Wichtigkeit aller Bestrebungen durchdrungen sei, die dahin zielten, alle im Heeresdienste nicht unbedingt nötige n Kräfte der Ausnützung im Interesse der Volkswirtschaft zuzuführen. Die Versorgung der Kriegsbeschädigten liege ihm sehr am Herzen. Die Gesundheitsverhältnisse der Armee sowohl im Feldheer wie in der Heimat seien durchwegs günstig.

Keine Erweiterung der Altersgrenze in Deutschland.

Die Frage eines Mitgliedes des Ausschusses, ob eine Erweiterung der Altersgrenze für die militärische Dienstpflicht beabsichtigt sei, beantwortete der Kriegsminister verneinend. Der Kriegsminister schloß sich sodann der Auffassung des Ausschusses hinsichtlich der Behandlung der Mannschaften, die in der Forderung zum Ausdrucke kam, daß eine gerechte und würdige Behandlung der Mannschaften im Interesse der Disziplin und der Aufrechterhaltung der Dienstesfreudigkeit mit allen Mitteln sichergestellt und Verfehlungen nachdrücklichst ausgemerzt werden müßten, durchaus an.

Erklärung Salandras in der Kammer über die Rekonstruktionsgerüchte.

K. Zürich, 11. März. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer verlas Präsident Marcora eine Anfrage des Sozialisten Turati an den Ministerpräsidenten, ob es richtig sei, daß unter Beteiligung der Regierung Verhandlungen zwecks Herbeiführung einer außerparlamentarischen Krise schweben.

Ministerpräsident Salandra erklärte sich sofort bereit, darauf zu erwidern und sagte, er empfehle dem Deputierten Turati, Redereien ohne Grundlage keinen Glauben zu schenken.

Als Turati unter Hinweis auf die Pflicht der Regierung, die Rechte des Parlaments zu schützen, und angesichts der Bedeutsamkeit des Gegenstandes eine genauere Auskunft verlangte, die dem gefährlichen Spiele gewisser parlamentarischer Gruppen mit dem Feuer ein Ende mache, fügte

Ministerpräsident Salandra hinzu: Ich gebe die Versicherung ab, daß das Ministerium irgendeine Entschließung erst nach dem Votum des Parlaments fassen wird.

Diese bestimmte Erklärung wurde von der Kammer mit lebhaftem Beifalle aufgenommen.

Hierauf erfolgte die Stichwahl eines Vizepräsidenten. Der Regierungskandidat Arlotta erhielt 145, Gualitierotti 141 Stimmen. Arlotta erscheint somit zum Vizepräsidenten gewählt. Er ist ein engerer Parteifreund Salandras und Sonninos.

Der Ministerrat für Salandra.

K. Rom, 11. März. Der gestrige Ministerrat billigte Salandras persönliches Vorgehen in den letzten Kammersitzungen und stellte die Grundzüge der Erklärungen fest, die in der nächstwöchigen wirtschaftspolitischen Kammerdebatte abgegeben werden sollen. Der Ministerrat setzte den Höchstpreis von Brotkorn mit 40 Lire per Doppelzentner fest und erhöhte die staatliche Subvention für zahlreiche Kleinbahnen. Es wurden auch Maßnahmen zur Unterdrückung betrügerischer Formen der Entziehung von der Heeresdienstpflicht beschlossen.

12. III. 1916

Der Krieg mit Portugal.

Bildung eines „nationalen Ministeriums“ in Portugal.

K. Lissabon, 11. März. In der Sitzung des Kongresses, der der Präsident der Republik sowie die Diplomaten der Alliierten beiwohnten, erklärte der Minister des Aeußern, daß die Nutzbarmachung der deutschen Schiffe den Bedürfnissen des Landes und den Interessen Englands entspreche, welches dies auf Grund des Bündnisses verlangte. Die Antwort der Regierung auf die deutsche Beschwerdenote bestand auf dem Rechte Portugals zur Nutzbarmachung der Schiffe für die Bedürfnisse des Landes. Der Minister verlas dann die neueste deutsche Note und fügte hinzu, daß sie wegen ihrer ungewöhnlichen Ausdrucksweise nicht weiter erwogen würde.

Der Ministerpräsident erklärte, daß das Ministerium dem Staatsoberhaupte seinen Rücktritt anbiete, um die Bildung eines alle Parteien vertretenden Ministeriums zu ermöglichen. Er schloß mit dem Antrag, der ausführenden Gewalt die Vollmachten für die durch den Krieg gebotenen Maßregeln zu erteilen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Alle Parteiführer boten der Regierung ihre Unterstützung an. Camacho sagte, als er von dem Satze der deutschen Note sprach, daß Portugal Englands Vasall sei, Deutschland hätte Portugal selbst als Sklaven seiner Verpflichtungen bezeichnen können.

Der Kongreß stimmte der Bildung eines nationalen Ministeriums zu.

Schließlich forderte der Präsident des Kongresses die Anwesenden sowie die diplomatischen Vertreter der Alliierten auf, die „Helden Verduns“ zu begrüßen. Die Versammlung erhob sich und spendete Beifall.

Fremdenblatt
12. III. 1916

Bulgarien und die Türkei.

K. Sofia, 10. März. Die Agence Telegraphique Bulgare ist ermächtigt, die tendenziösen Gerüchte kategorisch zu dementieren, wonach die russischen Operationen in Armenien auf die Bulgaren einen tiefen Eindruck gemacht hätten, weshalb die Haltung Bulgariens gegenüber seinen Verbündeten den Charakter besonderer Kälte angenommen hätte, was in Berlin lebhafte Besorgnisse wachrufe.

Die Bulgaren kennen vollkommen die Bedeutung der Operationen in der östlichen Türkei und empfinden darüber keinerlei Beunruhigung.

12./III. 1916

Allgemeine Mobilisierung in Aegypten.

Budapest, 11. März. (**Tel. d. „Fremden-Blatt“.**)
Die „Internationale Telegraphenagentur“ meldet aus Bukarest: Einem Lyoner Funkenspruch zufolge verlautbarte die ägyptische Regierung eine Kundmachung, mit der die allgemeine Mobilisierung angeordnet wurde, um das Land gegen die vereinigte Offensive der deutschen und türkischen Truppen verteidigen zu können.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 12. II. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 11. Februar. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

9. Februar. Geschütztätigkeit längs der ganzen Front am Isonzo von gesteigerter Heftigkeit. Unsre Artillerie erzielte gute Erfolge durch ihr auf die Stellungen und die nach rückwärts führenden Wege des Feindes gerichtetes Feuer gegen Truppen und Trainkolonnen in Bewegung.

10. Februar. Im Cevedaleabschnitt belästigte in der Nacht auf den 9. d. der Feind durch lebhaftes Gewehrfeuer unsre Posten bei der Capana Cedeh, ohne jedoch ihnen einen Schaden zuzufügen. Im Val Lagarina wurde am 7. d. der gewohnte kleine Angriff gegen unsre Stellungen nördlich von Mori abgewiesen. Im Tofanamassiv (oberes Boitetal) versuchte in der Nacht auf den 9. d. eine feindliche Abteilung den Aufstieg auf den ersten Gipfel, wurde zurückgeschlagen und fiel in einen Abgrund. Am Isonzo hinderten Nebel und Regen gestern die Geschütztätigkeit.

Frankreich.

11. Februar, 3 Uhr nachmittags. Vom Laufe der Nacht ist kein wichtiges Ereignis zu melden.

11 Uhr nachts. In Belgien beschädigte unsre Feldartillerie stark ein feindliches Befestigungswerk am Kanal von Paschendaele und rief eine Explosion in einem Munitionslager hervor. Im Artois zeitweiliges Geschützfeuer in der Gegend der Straße nach Lille und südlich von der Somme. Im Verlauf von Einzelgefechten haben wir am 8. und 9. d. den Deutschen einen bemerkenswerten Teil der Grabenstücke wieder entrissen, die in der Gegend südlich von Frise in ihren Händen geblieben waren. Der Feind versuchte, uns gestern, als der Tag zu Ende ging, durch einen heftigen Gegenangriff aus den wiedereroberten Grabenstücken zu vertreiben, wurde aber durch das Sperrfeuer unsrer Infanterie, das ihm schwere Verluste zufügte, daran gehindert.

Heute mittelmäßige Artillerietätigkeit auf diesem ganzen Kampfabschnitt. Nördlich von der Aisne wirkungsvolles Feuer unsrer Batterien auf die feindlichen Werke nördlich von Soupir und auf Verpflegungsabteilungen nordöstlich von Berry-au-Bac. In der Champagne machten wir nordöstlich vom Hügel von Le Mesnil bei einem Angriff mit Handgranaten etwa 40 Gefangene. Auf den Maashöhen zerstörte unsre Artillerie ein Blockhaus und Beobachtungsstände des Feindes im Kampfabschnitt des Waldes von Bouchot. Heute wurden zehn Geschosse schweren Kalibers in der Richtung auf Belfort abgeschossen.

Belgischer Bericht.

In der letzten Nacht versuchte eine aus ausgewählten Leuten gebildete Abteilung einen Ueberfall auf unsre Vorposten, wurde aber durch unser Feuer vertrieben. Der Gegner ließ zahlreiche Tote und Verwundete vor unsern Linien zurück. Auf unsrer Seite ist kein Verlust zu verzeichnen. Auf dem südlichen Teil unsrer Front fanden in der letzten Nacht und heute heftige Artilleriegefechte statt.

Hamburger Fremdenblatt 13./III. 1916.

Kardinal Mercier und der Vatikan.

Zu den leidenschaftlichsten Deutschenfeinden in Belgien zählt Kardinal Mercier. Es wurde nicht widerlegt, daß er in Rom bei seiner letzten Anwesenheit dem französischen Ministerpräsidenten Briand, diesem geschworenen Feind der katholischen Kirche, der als Vollstrecker des Combesschen Erbes die katholische Kirche in Frankreich zu entwurzeln suchte, eine Zusammenkunft bewilligte, ja ihm ein Verzeichnis der angeblichen Greueltaten unserer Truppen überreichte als Material zur Hetze gegen uns. Es ist von besonderem Interesse, in der „Neuen Zürcher Zeitung" aus der Feder ihres meistens gut unterrichteten Mitarbeiters etwas zu erfahren über die Stellung dieses Mannes zu seinem Vorgesetzten, zu Papst Benedikt XV. und über dessen Beurteilung seiner politischen Tätigkeit. Das Blatt führt aus:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Vatikan mit dem ausgesprochen deutschfeindlichen Auftreten des Kardinals Mercier nicht zufrieden ist. Ebenso zweifellos ist es, daß Papst Benedikt XV. in den drei Audienzen, die er dem belgischen Kirchenfürsten gewährte, den Primas von Belgien zur Mäßigung mahnte. Ueber gut gemeinte Ratschläge kann aber der Papst in dieser Angelegenheit nicht hinausgehen weil die Handlungen Msgr. Merciers, die hier in Betracht kommen, nicht religiöse Dinge betreffen, sondern mit der politischen Stellung des Kardinals zusammenhängen. Kardinal Mercier spricht nicht als katholischer Oberhirte, sondern bloß als Belgier, dessen Stimme sein hohes kirchliches Amt nur einen besonderen Nachdruck verleiht. So lange ein Bischof aber nicht den Glauben und die Sitte verletzt, kann der Papst nach dem kanonischen Recht gegen ihn nicht einschreiten. Kardinal Mercier kann also nach wie vor tun und lassen, was er will. Eine Intervention des Heiligen Stuhles hat er nicht zu befürchten. Aber anderseits hat er auch nicht auf die Hilfe des Vatikans zu rechnen, wenn er bei seinem Auftreten schlecht fährt; denn die römische Kurie ist nicht für Reden verantwortlich, die von einem noch so hochgeschätzten Kardinal gehalten werden, es wäre denn der Kardinalstaatssekretär. Der „Osservatore Romano" hat erst kürzlich wieder darauf hingewiesen, daß für die Kirchenpolitik des Vatikans keine Aeußerung irgendeines Mitgliedes des Heiligen Kollegiums, sondern ausschließlich die Enzykliken und Erklärungen des Papstes Benedikt XV. als Richtlinien maßgebend sind. Somit ist Kardinal Mercier für seine Aeußerungen ganz allein verantwortlich. Sollten sie ihm schließlich einige Unannehmlichkeiten verursachen, wird ihn die Kurie nicht in Schutz nehmen. Papst Benedikt XV. steht auf dem Standpunkt, daß er nicht das Recht habe, den Bischöfen Vorschriften über ihre politische Haltung zu machen, daher auch nicht das Recht, ihnen beizuspringen, wenn diese politische Haltung zu einem Bruche mit der weltlichen Obrigkeit geführt hat. Ist das letztere eingetreten, so hat der Vatikan nur noch zu untersuchen, ob durch den Konflikt des Bischofs mit der Landesregierung kirchliche Interessen verletzt werden, vor allem, ob die Verwaltung der Diözese nicht Schaden erleidet. In diesem Falle hat der Papst für eine geordnete Diözesanverwaltung zu sorgen, was durch Bestellung eines Weihbischofs oder auch durch Abberufung des Bischofs und Ernennung eines Nachfolgers geschehen kann. Kardinal Mercier läuft also Gefahr, falls sein offenkundiger Konflikt mit dem deutschen Generalgouvernement in Brüssel sich verschärft, den Mechelner Erzbischofstuhl räumen zu müssen. Man darf nur hoffen, daß er es durch geschicktes Einlenken beizeiten nicht dazu kommen lassen wird, zumal er aus Rom die Gewißheit mitgebracht hat, daß er in der Stunde der Not auf den Beistand der Kurie nicht rechnen darf.

Hamburger Fremdenblatt 14./III. 1916.

Spaniens Erwachen.

Aus Madrid wird berichtet, daß der spanische Kriegsminister Luque dem Komitee der Nationalverteidigung einen Antrag zur Bildung einer neuen Armee von 500 000 Mann unterbreitet hat. Die neue Vorlage sieht die Bildung einer modern ausgerüsteten und eingeübten Armee von rund einer halben Million vor. Das stehende Heer soll eine Mindeststärke von 139 000 erhalten, von denen 51 000 dauernd in Afrika garnisoniert werden (Marokko und Guinea). Die technischen Abteilungen sind auszugestalten, eine eigene spanische Industrie ist für den Geschütz- und Geschoßbedarf zu schaffen: in der Abhängigkeit von Frankreich und England hat man doch ein Haar gefunden. Beiläufig würde Spanien für solche Zwecke doch günstiger gestellt sein als Italien, da es ihm an Kohlen nicht gebricht.

Natürlich bleibt auch dieser Reformplan für ein Volk von 20 Millionen noch ein bescheidener Anfang. Aber schon die Kosten — eine Viertelmilliarde — des vorliegenden Planes bedeuten ein verhältnismäßig schweres Opfer für ein Land mit nicht sonderlich glänzenden Finanzen. Die Hauptsache bleibt die Erhaltung der nationalen Eintracht unter den drei Nationen der Kastilier, Catalanen und Basken (die Mauren der Sierra Morena sollen nur noch 10 000 Köpfe zählen). Nur einem einmütigen, in sich geschlossenen Spanien wäre es auch vielleicht möglich, „moralische Eroberungen" für seine „iberische Idee" zu machen, von der schon in der kurzbemessenen Aufschwungsperiode des letzten isabellinischen Jahrzehnts die Rede war.

Seit es in seinem Erbfolgekriege beinahe zum erstenmal Objekt statt Subjekt kriegerischer Unternehmungen gewesen war, ist Spanien, bis dahin eine der neun europäischen Großmächte jener Zeit, langsam in die Klasse der Mittelstaaten herabgesunken. Schüchterne Versuche eines neuen Emporsteigens nach der Mitte des 19. Jahrhunderts (Feldzüge gegen Marokko, Mexiko, Chile und Peru) verdorrten bald wieder in neuen Revolutionskämpfen. Der kümmerliche Rest einer alten Weltherrschaft wurde kurz vor der Jahrhundertwende das Opfer eines amerikanischen Raubanfalles; und hoffnungsloser Pessimismus bemächtigte sich der Gemüter, als zum erstenmal seit Ferdinands, Philipps und Karls Tagen die Abendsonne wieder hinter spanischem Krongebiet versank.

Des Landes militärische Schwäche läßt von vornherein jeden Gedanken, irgendeine Chance des gegenwärtigen Weltkrieges für spanische Zwecke ausnutzen zu wollen, hinfällig erscheinen. Daß 1870 Spanien abseits stehen blieb, obwohl die Vorgeschichte jenes Krieges seine eigene Ehre in Mitleidenschaft gezogen hatte, war sein freier und vielleicht nicht weitkluger Entschluß. 1914 machten seine geographische Lage und die Bescheidenheit seiner militärischen Kräfte ihm jede Mitwirkung unmöglich. Denn wenn Portugal im 20. Kriegsmonat für gut befunden hat, in die Reihe der Kämpfenden einzutreten, so ist das eine ganz andere Sache: auf die Stufe einer Desperado-Politik ist der größere Staat der iberischen Halbinsel denn doch nicht gesunken.

Indessen läßt sich begreifen, daß die unbedingte Fernhaltung von dem gewaltigen Völkerringen unserer Tage um Kernfragen der Weltherrschaft und der Weltkultur doch drückend auf den Gemütern der stolzen Nation lastet. Am empfindlichsten peinigt vielleicht die Eifersucht auf das im letzten Halbjahrhundert erst zur Großmacht aufgestiegene Italien, dessen südliche Hälfte so lange als Nebenland von spanischen Gouverneuren regiert war.

Und sollten nicht schließlich über solche Stimmungen hinaus auch Zukunftssorgen sich geltend machen? Wird Spanien auch nur seine gegenwärtige Weltstellung behaupten können, wenn die französisch-englische Partei die Oberhand gewänne? Das sind keine müßigen Gedanken. Spanischer Erbfolgekrieg und der Einbruch Napoleons haben zur Genüge gezeigt, welchen Wert Frankreich darauf legt, daß sein Einfluß in Spanien der maßgebende ist. Und seit der Gründung des großen französischen Kolonialreiches in Nordafrika ist die Versuchung für Frankreich noch größer geworden, die Selbständigkeit der nunmehr von zwei Seiten umfaßten Iberischen Halbinsel anzutasten, einzuschnüren. Dazu kommt der verdächtige Separatismus der Catalanen und deren Sprachgemeinschaft, nicht mit den Kastiliern, sondern mit den Provençalen. England aber hält nicht allein seine Hand fest auf Gibraltar, sondern hat niemals den Wiederverlust der Balearen-Insel Minorka völlig verschmerzt, und auch ein lüsternes Auge auf galicische Hafenplätze geworfen.

Vossische Zeitung
13./III. 1916.

Aus der Sozialdemokratie.

Wo erfolgt der Riß in der Sozialdemokratie? Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion berichtet die Chemnitzer „Volksstimme" eine Reihe interessanter Einzelheiten. Wie wir gemeldet haben, hat Eduard Bernstein in der „Breslauer Volkswacht" zur Rechtfertigung der Kreditverweigerung durch die Minderheit in der Reichstagsfraktion geschrieben: „Wir stimmen ja nicht mit verbundenen Augen ab, sondern mit voller Kenntnis der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Wir wissen, daß unser Nein die Bewilligung der Kredite durch die Mehrheit nicht verhindert." In einer Betrachtung über diese Auffassung sagt das sozialdemokratische Blatt in Chemnitz: „Die meisten Genossen der Minderheit erkennen die Pflichten gegen das Vaterland genau so unumwunden als gegeben an wie die Genossen der Mehrheit. In der ganzen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion von 110 Mann, wie sie bei der ersten Kreditabstimmung war, fanden sich überhaupt nur vier, die nicht ohne weiteres auf dem Standpunkt standen, daß in der Verteidigung des Vaterlandes jeder Sozialdemokrat sein Bestes tun müßte. Es waren Liebknecht, Rühle, Hencke und Herzfeld und niemand weiter, welche das Gebot der Vaterlandsverteidigung für eine „verwirrende Phrase" erklärten. Alle anderen Genossen, selbstverständlich auch Haase, Ledebour, Bernstein, wollten grundsätzlich an der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung nicht im mindesten rütteln. Sie sehen es im Gegenteil mit uns geradezu als ein Gebot der Demokratie an, die Selbständigkeit der eigenen Nation im Notfalle auch mit den Waffen zu verteidigen. Deshalb verbindet uns mit ihnen bei allen taktischen Meinungsverschiedenheiten eine gemeinsame Grundauffassung. Diese gemeinsame Grundauffassung der ganzen Partei — abgesehen von dem kleinen Häuflein der Freunde der „Berner Tagwacht" — erklärt auch Erscheinungen, die sonst unverständlich werden; so z. B. die bekannte Tatsache, daß der Sohn des Führers der Parteiminderheit mit Zustimmung seines Vaters als Kriegsfreiwilliger im Felde steht oder daß seine kleine Gewerkschaft, die mit ihrer Hinneigung zur Minderheit fast allein steht, sich doch für verpflichtet gehalten hat, alle ihre irgendwie freizumachenden Gelder für die Reichskriegsanleihe herzugeben. Diese gemeinsame Anerkennung der Pflicht zur Vaterlandsverteidigung ist auch der Grund der Angriffe, welche die Liebknecht-Radek-Gruppe gerade gegen diese Parteiminderheit richtet. Nur die kleine und bedeutungslose Liebknecht-Gruppe will von dem Vaterlandsbegriff nichts wissen und verwirft die Vaterlandsverteidigung grundsätzlich sowohl für Belgier und Franzosen wie für uns Deutsche. Wir sind überzeugt, daß Rühle im Namen dieser Gruppe gesprochen und die Wahrheit gesagt hat, als er ankündigte, daß sie nach dem Kriege nicht in der Partei bleiben wird. Aeußerungen von Rühle, Liebknecht, Borchardt und Radek, besonders aber von ihrem gemeinsamen geistigen Vater, dem Russen Lenin, machen es ganz zweifelsfrei gewiß, daß die Anhänger dieser Richtung in allen Ländern nach dem Krieg ihre eigenen Wege gehen und eigene neue Parteien gründen wollen."

Vossische Zeitung

13./III. 1916.

Gegen den Reichstagsabg. Rühle, der mit Dr. Liebknecht aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausgetreten ist, wenden sich die engere sozialdemokratische Parteileitung der drei Dresdener Reichstagswahlkreise und die Zeitungskommission der sozialdemokratischen „Dresdner Volksztg." in einer öffentlichen Erklärung, worin er verleumderischer Ehrabschneiderei beschuldigt wird. Rühle hat nämlich geäußert: Es sitzen in der Redaktion (der „Dresdn. Volksztg.") gegenwärtig acht oder neun Redakteure, um im Schweiße ihres Angesichts ihrem Berufe nachzugehen. Diese Leute beziehen sehr hohe Gehälter. Ich behaupte, daß die ganze Arbeit spielend von zwei Redakteuren erledigt werden kann, und daß sich die übrigen nur an der Futterkrippe festhalten. Auf Anfrage hat Rühle auf offener Postkarte erklärt: „Daß in der Redaktion der „Dresdn. Volksztg." sieben, acht oder neun Redakteure an der Futterkrippe sitzen, während das Blatt die geistige Arbeit von kaum zwei Redakteuren aufweist — diese Aeußerung habe ich getan, bin auch jeden Tag bereit, sie öffentlich zu wiederholen."

Tägliche Rundschau
13. III. 1916

Ein Erfolg der Deutsch-Amerikaner.

Wie sie die Anleihe der Verbündeten zu Fall brachten.

Ein Deutsch-Amerikaner schreibt:

Als die berüchtigte Anleihe der Verbündeten aufgenommen werden sollte, wurde von ihnen eine Milliarde Dollars verlangt. Wir Deutschen vom atlantischen bis zum pazifischen Ozean erhoben in Schrift und Wort, Eingaben und großen Versammlungen Einspruch dagegen und veröffentlichten überall, daß Amerika nur zwei Milliarden Dollars in Gold habe, und daß die Hälfte alles unseres Goldes, wenn es nach England und Frankreich ginge, uns so sehr fehlen würde, daß Not und Elend und allgemeiner Bankerott die Folge sein würde. Die Strömung wurde so gewaltig, daß John P. Morgan und Genossen den Verbündeten nur noch eine halbe Milliarde Dollars zusicherten. Jetzt aber kamen als unsere Bundesgenossen Herr Wm. R. Hearst, der große Zeitungsbesitzer, uns zu Hilfe, mit ausgezeichneten großen Leitartikeln in allen seinen Zeitungen und erklärte es für ein Staatsverbrechen, diese Anleihen zu gewähren. Auch Bryan widersetzte sich stark; aber ein Hauptfaktor gegen die Anleihe erstand in dem vielfachen Millionär, dem Philanthropen und Friedensapostel Henry Ford, der erklärte, daß er 35 Millionen Dollar auf den Banken des Landes habe, und daß er aus jeder Bank seine Millionen in Gold herausnehmen würde, wenn eine von ihnen die Anleihe unterstützte. Nun plötzlich holten die Deutschen und Irländer ihre Gelder aus den England freundlich gesonnenen Banken und legten diese Gelder in deutschen oder irländischen Sparbanken nieder. Jetzt brach die ganze Anleihe zusammen. Es wurde nun von Morgan bekanntgemacht, daß kein Gold nach England oder Frankreich gehen solle, man wolle damit nur für die Waffen und Munition der Verbündeten bezahlen. Aber auch da zeichnete niemand außer den Waffen-, Munitions- und Pulverfabrikanten und diese für weniger als 300 Millionen Dollar — ihr eigenes Gold. Das war ein großartiger Sieg der Deutschen in Amerika.

Neue Freie Presse
13./III. 1916

Die Einführung des Gregorianischen Kalenders in Bulgarien.

Sofia, 12. März.

Die Regierung brachte in der Sobranje einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Einführung des Gregorianischen Kalenders mit 1. April 1916. Alle vereinbarten Termine sind nach dem Gesetzentwurf um 13 Tage vorzudatieren. Die orthodoxen kirchlichen Feiertage werden in diesem Jahre gleichzeitig mit den katholischen gefeiert werden.

Da die meisten Oppositionsparteien der Einführung des Gregorianischen Kalenders zustimmen, erscheint die Votierung der Vorlage gesichert.

13./III. 1916

Kriegerischer Fastenbrief des Kardinals Amette.

K. **Lugano**, 12. März. In einem schroffen Gegensatz zu dem Fastenbriefe des Heiligen Vaters an den Kardinal-Vikar steht der in den katholischen italienischen Blättern veröffentlichte Fastenbrief des Pariser Kardinals Erzbischofs Amette. Dieser Fastenbrief enthält folgenden Satz: Wir begreifen, daß man zu einem gerechten und dauernden Frieden, dem einzigen dieses Namens werten und unsererseits annehmbaren Frieden, nur gelangen kann, wenn der Krieg bis zum vollständigen Siege unserer Waffen fortdauert. Wir wünschen, daß diese furchtbare Prüfung ersprießlich sei und daß Frankreich aus ihr nicht bloß ruhmreicher, sondern neugeboren und besser hervorgeht. In diesem Sinne empfiehlt der Kardinal andauernde Gebete, Beständigkeit in den Anstrengungen und Großherzigkeit in den Opfern für den Sieg und das Heil des Vaterlandes.

Fremdenblatt

13./III. 1916

Die nordische Ministerberatung.

K. Kopenhagen, 11. März. (Meldung des Ritzauschen Bureaus.) Die Verhandlungen der nordischen Minister, die Donnerstag in Kopenhagen begonnen haben, wurden heute beendigt. Die Verhandlungen wurden mit allgemeinen Erörterungen derjenigen Fragen eingeleitet, die im Laufe des Krieges und besonders nach der Zusammenkunft der Könige in Malmö im Dezember 1914 den nordischen Regierungen vorlagen. In dieser Verbindung wurden verschiedene Fragen größerer Bedeutung, die im verflossenen Zeitraum hervorgetreten sind, eingehender erörtert.

In mehreren besonderen Fragen von praktischer Bedeutung wurde eine Einigung erzielt teils hinsichtlich der Fortsetzung der getroffenen gemeinsamen Maßnahmen, teils für neue Maßnahmen im Interesse der drei Länder. In den Verhandlungen, die das gute Verhältnis zwischen den drei Reichen noch mehr gefestigt haben, wurde neuerlich dem Wunsch nach Aufrechterhaltung loyaler, unparteiischer Neutralität Ausdruck gegeben. Von allen Seiten wurde der Wunsch ausgesprochen, daß das bisher geübte Zusammenwirken auch fernerhin fortgesetzt werden möge und daß zu seiner Förderung Zusammenkünfte von Mitgliedern oder Vertretern der Regierungen stattfinden mögen, wenn die Verhältnisse es erheischen.

K. Stockholm, 12. März. Ueber das Ergebnis der Ministerzusammenkunft in Kopenhagen schreibt „Stockholms Dagblad", daß der Bericht, wie üblich, nicht sagt, welche heikle Einzelfragen behandelt wurden. Die Oeffentlichkeit müsse sich begnügen mit der Feststellung des einigen Willens zur fortgesetzten praktischen Zusammenarbeit zwischen den drei Reichen bei unparteiischer Aufrechterhaltung der Neutralität.

„Dagens Nyheter" meint, die Völker der drei Länder werden mit Freude diesen neuen Eindruck für die Einigkeit zwischen den verwandten Staaten des Nordens entgegennehmen, die wiederum festgestellt sei, sowohl in den großen, wesentlichen Punkten, das heißt in dem Vorsatze, die loyale, unparteiische Neutralität aufrechtzuerhalten, als auch in vielen praktischen Einzelheiten, von denen der Bericht spricht.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 12. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

10. März. Nebel, Schneefälle und Lawinen, in der Ebene unaufhörlicher Regen und Ueberschwemmungen. Unsre unermüdlichen und begeisterten Truppen kämpfen gegen die Unbilden des Wetters, während sie in glücklichen offensiven Operationen ausharren. In der Gegend von Castello Dante (Val Lagarina), bei Citerna (Terragnolotal), bei Luserna (oberes Asticotal) und bei Marter (Val Sugana) fanden kleine und glückliche Infanterieaktionen statt. Unsre Artillerie zerstörte feindliche Unterkünfte im oberen Sessetatal (Fella) und beschoß Truppen auf dem Marsche im Coritenzatal und auf dem Sleme (Krn). Am mittleren Isonzo nötigte die Tätigkeit unsrer Abteilungen auf dem Mrzli Vrh gegen Selo und Bodrez den Feind, die eigenen Schützengräben zu besetzen, welche sodann unter das wirksame Feuer unsrer Geschütze genommen wurden. Am unteren Isonzo war die Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen die Ortschaften gerichtet.

Rußland.

11. März. Zwei stärkere deutsche Aufklärungsabteilungen, die sich unsern Gräben bei den Flüssen Sussei und Sussei Maly westlich von Liwenhof zu nähern versuchten, wurden durch unsre Schützen zersprengt. Unsre schwere Artillerie zerstreute eine feindliche marschierende Kolonne auf dem rechten Flügel der Stellungen bei Dünaburg. Die deutsche Artillerie beschoß anderthalb Stunden den Bahnhof Kalkuny, zwei Kilometer südlich von Dünaburg. In der Gegend südöstlich des Fleckens Kolki wiesen wir den Versuch eines großen feindlichen Teiles, sich unsern Gräben zu nähern, ab. An der mittleren Strypa machten unsre Aufklärer während eines Zusammenstoßes mit einem feindlichen Posten Gefangene. Oestlich von Czernowitz beschoß unsre Artillerie erfolgreich eine feindliche, auf dem Marsch befindliche Batterie. Wir beobachteten eine Explosion in dem Munitionswagen.

Frankreich.

11. März, 11 Uhr abends. In Belgien Zerstörungsfeuer auf die Gräben und Verbindungsgräben des Feindes in der Gegend von Steenstraete und Umgebung von Bixschoote. Im Artois östlich von Neuville brachten wir eine Mine zur Explosion und besetzten den Trichter. Zwischen Somme und Oise beschossen wir deutsche Werke in der Gegend von Herbecourt, Loucourt und Beuvraignes. Nördlich der Aisne blieb die Kanonade sehr lebhaft in der Gegend des Butteswaldes und südlich von Ville-aux-Bois. Auf dem linken Maasufer war die Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien im Laufe des Tages weniger lebhaft. Auf dem rechten Ufer hielt die Beschießung in der Gegend westlich Douaumont intensiv an, auf dem übrigen Teile des Abschnittes war sie ebenso wie in der Woevre-Ebene langsamer. Der Feind versuchte auf unsrer gesamten Front keine Infanterieunternehmungen. Nach neuen Meldungen waren die unfruchtbaren Stürme, die gestern gegen unsre Gräben westlich Douaumont unternommen wurden, für den Feind sehr mörderisch. Die Deutschen griffen dreimal in Kolonnen zu vieren an; niedergemäht durch unser Artillerie- und Maschinengewehrfeuer, mußten sie sich zurückziehen und das Gebiet, welches mit Leichen bedeckt war, aufgeben. Heute kämpfte in der Gegend Douaumont einer unsrer Flieger einen Fokker nieder, der in Flammen gehüllt in die deutschen Linien fiel.

Belgischer Bericht.

Die letzte Nacht wurde nur durch einige Artillerieschüsse im Südteil unsrer Front gestört. Am Tage war außer dem gewöhnlichen Artillerieduell nichts zu melden.

Frankreich.

12. März, 3 Uhr nachmittags. Nördlich Aisne war der Artilleriekampf in der Gegend des Waldes Buttes südlich Ville-au-Bois sehr lebhaft.

Auf dem linken Maasufer ziemlich heftige Beschießung in der Gegend Bethincourt. Auf dem rechten Maasufer wurde ein schwacher deutscher Angriff mit Handgranaten beim Walde Carré (Cote Poivre) leicht abgeschlagen. Das Artilleriefeuer blieb heftig östlich vom Fort Douaumont und in der Gegend des Fort Vaux, wo der Feind seit vorgestern keinen neuen Versuch zur Ersteigung des Plateaus, welches das Fort überragt, unternahm.

In der Woevre eroberten die Deutschen gestern nach Artillerievorbereitung im Laufe eines Angriffes einen kleinen Graben bei der Straße nach Etain nördlich Eix.

In Lothringen einige Patrouillenkämpfe westlich Arracourt.

Von der übrigen Front wird nichts von Bedeutung gemeldet.

11 Uhr nachmittags. Südlich der Somme richteten wir zerstörendes Feuer gegen die feindlichen Schanzwerke gegenüber Maucours. Zwischen Oise und Aisne beschossen wir die feindlichen Verteidigungsanlagen in der Gegend von Nouvron. In den Argonnen zerstörte konzentriertes Feuer gegen das Gehölz von Cheppy mehrere feindliche Beobachtungsposten. In der Gegend nördlich Verdun fand im Laufe des Tages keine Infanterietätigkeit statt. An beiden Maasufern war die gegenseitige Beschießung heftig. Unsre Artillerie feuerte auf feindliche Ansammlungen in der Schlucht an der Nordseite des Pfefferhügels und auf deutsche Batterien in der Gegend westlich Louvemont. Bei Ban de Sapt zerstörten wir feindliche Schützengräben.

In der Gegend Senones schoß heute morgen der Unterleutnant Guyemer ein deutsches Flugzeug ab, das in der Nähe von Thiescourt brennend in unsre Linie fiel. Dies ist das achte Flugzeug, das Guyemer abschoß. Sechs davon fielen in unsre Linien, zwei in die feindlichen Linien. Ein andrer Flieger schoß gleichfalls ein feindliches Flugzeug ab, das bei Dombasle in den Argonnen in unsre Linien fiel. Die Insassen der beiden zerstörten Flugzeuge sind tot. Am selben Tag lieferten verschiedene Gruppen unsrer Kampfflugzeuge 18 Luftkämpfe in der Gegend Etain und schlugen den Feind in die Flucht.

Belgischer Bericht.

Artilleriekämpfe in großer Heftigkeit auf der ganzen Front der belgischen Armee, Handgranatenkämpfe beim Fährmannshause.

Fremdenblatt

13./III. 1916

Die wirtschaftlichen Verluste Frankreichs.

Vom früheren Minister Luzzatti zum Troste Italiens zusammengestellt.

K. Mailand, 12. März. Der frühere Minister Luzzatti veröffentlicht im heutigen „Corriere della Sera" einen Artikel, welcher darlegt,

daß 3,250.000 Einwohner Frankreichs auf einem Flächenraum von 2 Millionen Hektar sich in Feindesgewalt befinden,

damit seien 10 Milliarden Immobiliarwerte,

mehr als weitere 10 Milliarden an Industriewerten sowie sehr wertvollen Maschinen und Rohstoffen,

60 Prozent aller Kohlengruben,

55 Prozent der Metallindustrie,

70 Prozent der Textilindustrie und etwa

40 Prozent der gesamten Finanzkraft Frankreichs in die Hände Deutschlands übergegangen.

Ueberdies habe das französische Wertpapier-Portefeuille 7 Milliarden durch Entwertung, 15 bis 20 Milliarden an den Anlagen in Rußland sowie beträchtliche andere Summen eingebüßt. Dennoch habe der französische Patriotismus standgehalten und unablässig weitere schwere materielle Opfer gebracht, um den Sieg zu ermöglichen und den unterdrückten Völkern zu helfen.

Dieser Artikel Luzzattis scheint nicht ohne eine gewisse, allerdings zweideutige Beziehung auf die in der italienischen Kammer bevorstehenden Klagen über die Misere und die Stockungen in den bedeutendsten Zweigen des wirtschaftlichen und finanziellen Lebens Italiens geschrieben zu sein.

Berner Bund 14. III. 1916

Der diplomatische Krieg

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 12. März.

Die blutigen Vorgänge bei Verdun haben Anlaß gegeben, einen Blick auf das diplomatische Schachbrett zu werfen, und die Beobachter der Entente sind zum Schluß gekommen, daß die Lage für ihre Länder günstig sei.

Der Bruch Deutschlands mit Portugal kam nicht überraschend. Wie aus den Erklärungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" selbst hervorgeht, fehlte es der deutschen Regierung schon lange nicht an Gründen zur Kriegserklärung an die portugiesische Republik. Anderseits hätte das Vorgehen der Deutschen gegen die Kolonie Angola den Portugiesen Anlaß zur Kriegserklärung gegeben. Das portugiesische Parlament hatte schon am 24. November 1914 die Regierung ermächtigt, in den Konflikt einzugreifen, „im Namen des Bündnisses mit England". Von einer portugiesischen Neutralität konnte also nie die Rede sein. Deutschland und Portugal erklärten sich den Krieg nicht, weil jeder Teil bei der Aufrechterhaltung gewisser Beziehungen seinen Vorteil gefunden zu haben scheint. Der Krieg wurde verursacht durch die bekannte Affäre der internierten Schiffe, die Portugal schließlich beschlagnahmt hat. Der Artikel 2 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schiffahrtsvertrages hat die Möglichkeit einer Beschlagnahme von Schiffen in den Häfen vorgesehen, daran aber die Bedingung geknüpft, daß vorgängig auf gütliche Weise eine Einigung zwischen den Interessierten zustande kommen müsse. Die portugiesische Regierung hat nun von den deutschen Schiffen Besitz ergriffen und gleichzeitig erklärt, sie werde Entschädigungen bezahlen. Die notwendige vorgängige gütliche Einigung ist also nicht erzielt und auch nicht angestrebt worden, und darauf stützt sich rechtlich die deutsche Kriegserklärung.

Die Portugiesen geben dies zu, machen aber darauf aufmerksam, daß sie nicht mit Deutschland wegen der Entschädigung hätten unterhandeln können, weil sonst die deutschen Schiffer Zeit gehabt hätten, ihre Schiffe zu beschädigen oder eine Flucht zu versuchen. Berlin stützte sich also auf den Buchstaben des Vertrages und Lissabon machte den Fall höherer Gewalt geltend, um die strenge Einhaltung des Vertrages zu umgehen. Französischerseits bemüht man sich nicht groß, zu unterscheiden, welcher Seite Recht gegeben werden muß; man weist indes darauf hin, daß der Artikel 24 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schiffahrtsvertrages bestimmt, daß alle Meinungsverschiedenheiten über Auslegung des Vertrages einem Schiedsgericht unterbreitet werden müssen und machen Deutschland zum Vorwurf, daß es die Bedingungen dieses Artikels nicht erfüllt habe.

So wird die rechtliche Lage hier dargestellt. Im übrigen verhehlt man sich nicht, daß Deutschland ein Exempel statuieren wollte, um andere neutrale Seemächte zu verhindern, die internierten deutschen Schiffe nach dem portugiesischen Rezept zu behandeln. Daß das stete Steigen der Frachtpreise die Versuchung besonders stark macht, ist klar. Man weist hier darauf hin, daß die Handelszeitung in Rio de Janeiro kürzlich bemerkt habe, Deutschland schulde Brasilien 150 Millionen, man könne vielleicht dadurch in den Besitz dieser Summe gelangen, daß man sich mit den in den Häfen liegenden deutschen Schiffen bezahlt mache.

Die Mehrzahl der Blätter glaubt nicht, daß diese neueste Kriegserklärung irgend einen Einfluß auf die allgemeine Lage haben werde. Mehr Gewicht wird dem moralischen Eindruck zugemessen. Die 24 Millionen Brasilianer, für die Portugal das geistige Mutterland geblieben ist, würden nicht unempfindlich bleiben, meint der „Matin". Andere machen darauf aufmerksam, daß Portugal durch seinen Schritt sein großes Vertrauen in die Sache der Verbündeten zeige und gewissen Staaten ein Beispiel gebe, das vielleicht befolgt werde. Der portugiesische Vertreter in Frankreich legt insbesondere Gewicht darauf, der französischen Presse zu erklären, daß niemals England Portugal angestiftet habe, den Krieg mit Deutschland zu suchen. Portugal sei vollständig unabhängig und keineswegs der Vasall Englands, zu dem es die Deutschen hätten machen wollen. Wenn die Pariser Presse die Erklärungen des portugiesischen Vertreters in Paris genau wiedergibt, so scheint dieser der Ansicht zu sein, daß portugiesischerseits nie versucht wurde, den Krieg mit Deutschland zu vermeiden. Man habe die Alliierten des verbündeten Englands begünstigt und sich nicht gekümmert, ob Deutschland daraus die letzten Folgen ziehen würde. Niemand glaubt schließlich, daß der Kriegszustand zwischen Deutschland und Portugal etwas an den Beziehungen Spaniens zur Entente ändern werde.

Nach Ansicht der hiesigen Presse hat die Entente allen Grund, mit der Entwicklung der Dinge zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland zufrieden zu sein; man hält es nicht für ausgeschlossen, daß Deutschland schließlich doch noch nachgeben wird. Schon habe der deutsche Botschafter dem amerikanischen Staatssekretär einen neuen Besuch abgestattet. Im „Echo de Paris" wird der Versuch gemacht, die amerikanische Politik Deutschlands in Zusammenhang mit der Offensive von Verdun zu bringen. Bevor die Offensive losgelassen worden sei, habe man Amerika herausgefordert, und nun beginne man einzulenken, wo der Erfolg der Offensive immer problematischer werde. Für neutrale Augen sind vielleicht diese Zusammenhänge weniger deutlich als für das „Echo de Paris". Wenn von den militärischen Ereignissen vor Verdun eine unmittelbare Rückwirkung zu erwarten ist, so ist sie im Balkan zu erwarten, wo die Dinge besonders für Rumänien schon lange auf des Messers Schneide stehen. Schließlich ist auch nicht ausgeschlossen, daß der Ausgang der Schlacht von Verdun einen Einfluß auf die Türken haben wird, die nach amerikanischen, englischen und französischen Meldungen nicht übel Lust zu haben scheinen, die Alliierten über eventuelle Friedensbedingungen zu sondieren. Aber von den Türken ist mit und ohne deren Zutun schon so viel gesagt worden, daß äußerste Vorsicht am Platze ist.

Fremdenblatt
14. III. 1916

Vortrag Naumann in Prag.

Der deutsche Reichstags-Abgeordnete Friedrich Naumann hält jetzt Vorträge in Böhmen. In Prag führte er u. a. aus: Kein Mensch kann vorläufig mit Bestimmtheit sagen, was dieser Krieg Deutschland und Oesterreich-Ungarn in der Zukunft bringen kann. Denn mit diesem Kriege geht eine Periode der Weltgeschichte zu Ende und eine neue beginnt, deren Formen wir nur im großen ahnen.

Wir sehen in Umrissen England in viel engerem Kontakte mit seinen Kolonien, Amerika enorm bereichert an dem Streit an der europäischen Völker, ein völlig neu orientiertes Rußland und Frankreich und zwischen ihnen Mitteleuropa, von allen Seiten bedroht und gefährdet, einzig auf sich angewiesen und vor die Alternative gestellt, entweder weiter zu arbeiten oder getrennt der Abhängigkeit vom Westen oder Osten zu verfallen. Wir fühlen, daß Mitteleuropa die erstere Möglichkeit wählen wird, daß eine Zukunft heranwächst, die Deutschland enger mit Oesterreich-Ungarn verknüpft. Dazu gehört in vorderster Linie eine Militärkonvention. Nun gibt es aber rein militärische Fragen nicht mehr, da jede von ihnen mit Fragen des Verkehrs, der Technik und der wirtschaftlichen Kräfte verbunden ist. Auf Grund der Erfahrungen, die wir im Kriege gemacht haben, müssen daher von den verbündeten Staaten geregelt werden: Eisenbahn-, Finanz- und Ernährungs- (Lebensmittelversorgungs-) Fragen. Die Friedensverhandlungen werden in der Hauptsache Verhandlungen über den Welthandelsverkehr sein. Unser Wunsch, wieder gute Wirtschaftsbeziehungen zu erreichen, hat keine Aussicht auf Erfüllung, wenn jeder der Verbündeten getrennt handelt, wenn nicht vorher die Mittelmächte genau wissen, was sie zusammen tun und fordern müssen.

Wohl sei zugegeben, daß sowohl von österreichischer wie auch von reichsdeutscher Seite gewichtige Bedenken gegen einen mitteleuropäischen Wirtschaftsbund geäußert würden. In Oesterreich fürchte man die Konkurrenz der entwickelteren deutschen Industrie. Dem sei entgegenzuhalten, daß die Erweiterung eines Wirtschaftsgebietes stets einen Fortschritt für die Industrie bedeute und daß die Möglichkeit der Spezialisierung, die ein erweitertes Absatzgebiet mit sich bringt, reichlich den Nachteil aufwiegt, daß einige nach falschen Gesichtspunkten orientierte Gewerbe benachteiligt würden. Zudem würde die Verminderung der Arbeitskräfte nach dem Kriege eine Uebergangszeit ohne allzu scharfe Konkurrenz schaffen.

Nachdem Naumann die Stellungnahme der Prager Handelskammer gegen einen solchen Wirtschaftsbund besprochen hatte, sagte er: Nicht im gegenseitigen Handel, sondern auch im Handel auf dem Weltmarkte würde Deutschland seinen Bundesgenossen und dieser Deutschland brauchen. Man möge den Krieg als Lehrmeister für eine mitteleuropäische Wirtschaftsvereinigung auffassen, die bei voller Wahrung der staatsrechtlichen Formen und ohne schädliche Uebereilung in der Ausführung den alten geographischen Begriff Mitteleuropa mit lebendiger Kraft beseelen würde.

Samstag sprach Abg. Naumann in Reichenberg.

Fremdenblatt
14. III. 1916

Die Achtzehnjährigen in der Türkei.

K. **Konstantinopel,** 12. März. Nach der Kammer hat nunmehr auch der Senat ein Gesetz angenommen, wonach die Landsturmpflichtigen des Jahrganges 1913—14 (die Achtzehnjährigen) bis zum 13. Juli l. J. assentiert werden müssen.

Nach den vom Vertreter des Kriegsministeriums im Wehrausschusse erteilten Aufklärungen handelt es sich bloß um eine Vorsichtsmaßregel für die eventuelle aktive Dienstleistung dieser Landsturmpflichtigen im Bedarfsfalle, zumal auch die bereits assentierten Neunzehnjährigen noch nicht zur aktiven Wehrpflicht herangezogen wurden.

Fremdenblatt
14. III. 1916

Der deutsche Vorschuß an die Türkei.

K. **Konstantinopel**, 12. März. Der von Deutschland der Türkei gewährte, bereits vom Parlament genehmigte neuerliche Vorschuß von 20 Millionen Pfund wird folgendermaßen verwendet werden: 6 Millionen Pfund für Zahlungen nach Rumänien für auf Rechnung der türkischen Regierung erfolgte Ankäufe von Mehl, Petroleum ꝛc.; 1,240.000 Pfund zur Erhöhung der zweiten Kassenscheinemission von 6 Millionen auf 7,240.000 Pfund; 10,150.000 Pfund werden in neuen Kassenscheinen von 1, ½ und ¼ Pfund und 1 Million in kleinen Kassenscheinen von 5, beziehungsweise 20 Piastern emittiert werden; der Restbetrag wird an die Bagdadbahn, beziehungsweise anatolische Bahn als Teilzahlung auf ihr Guthaben gezählt werden.

Konstantinopel, 12. März. Die Kammer und der Senat haben ein Gesetz angenommen, wonach der von Deutschland auf Grund des Vertrages vom 14. Februar 1915 zum Zwecke des Baues gewisser strategischer Bahnlinien gewährte sechsprozentige Vorschuß von 5,000.000 Pfund auf 7,112.000 Pfund erhöht wird und die Zinsen auf fünfeinhalb Prozent herabgesetzt werden.

Ferner haben Kammer und Senat ein zweites Gesetz angenommen, in dem der am 6. Novemebr 1915 zwischen der türkischen Regierung und der Bagdadbahn-Gesellschaft abgeschlossene Vertrag über den Bau der Teilstrecken des Taurus und des Amanus genehmigt wird. Nach diesem Vertrage stellt die türkische Regierung den Betrag der von Deutschland erhaltenen Vorschußerhöhung per 2,112.000 Pfund zur Verfügung der Bagdadbahn-Gesellschaft. Hievon stellen 1,936.000 Pfund eine dreiprozentige Anleihe der türkischen Regierung an die Gesellschaft dar, während der Rest von 176.000 Pfund zur Schadloshaltung für wegen des Kriegszustandes sich ergebende übermäßige Bauspesen zur Verfügung bleibt, wobei im Falle einer Beendigung des Krieges vor der vollständigen Beendigung der Bauarbeiten die Gesellschaft aus diesen 176.000 Pfund nur einen Betrag von 10 Prozent der Gesamtspesen erhalten wird. Die Zahlung der dreiprozentigen Zinsen beginnt mit der Uebergabe der betreffenden Teilstrecken (voraussichtlich der Teilstrecke des Amanus von Maamure bis Salahie am 1. Oktober 1916 und der Teilstrecke des Taurus von Karapunar bis Dorak am 1. Dezember 1917) an den Verkehr. Eine Erhöhung des Zinsfußes wird für den Fall vorgesehen, als die Gesellschaft die Anleihe nicht innerhalb fünf Jahren tilgen würde.

Nach dem Berichte des Senatsausschusses bezweckt dieses Abkommen mit der Bagdadbahn-Gesellschaft die Beschleunigung des Ausbaues der noch übrigbleibenden Teile der Bagdadbahn zwecks Herstellung eines ununterbrochenen Bahnverkehrs zunächst mit Syrien und stellt die nahezu vollständige Regelung der noch schwebend gebliebenen Punkte der Bagdadbahnfrage dar.

Neue Freie Presse Abendbl. 14./III. 1916

Die Ablehnung des Vertrages der türkischen Tabakregie.

Wien, 14. März.

Ein Telegramm aus Konstantinopel meldet, daß die Ackerbaukommission der türkischen Kammer einstimmig den neuen Vertrag der türkischen Tabakregiegesellschaft abgelehnt habe. Dieser Vertrag ist durch ein Irade des Sultans vom 31. Juli 1913 in Kraft gesetzt worden. Danach war die Konzession der türkischen Tabakregie auf 15 Jahre, das ist bis zum 2. April 1929, verlängert worden. Die Gesellschaft hatte die jährliche Pachtsumme von 750.000 auf 800.000 türkische Pfund erhöht. Die Gewinnverteilung war zugunsten der Pforte in der Art gebessert worden, daß das Präzipuum der Aktionäre, nach welchem der Gewinnanteil der Pforte beginnt, von sieben auf sechs Prozent ermäßigt worden war.

In hiesigen informierten Kreisen ist von einer solchen Abstimmung der Kommission der Kammer nichts bekannt. Ein Verwaltungsrat der Tabakregiegesellschaft war vor kurzem in Konstantinopel und erhielt dort Informationen, nach denen die Annahme des Vertrages als wahrscheinlich gilt. Man bezweifelt deswegen die Richtigkeit der Meldung. Sollte sie zutreffen, so würde die Gesellschaft gezwungen sein, in Liquidation zu treten. Auch für diesen Fall sind alle Vorkehrungen getroffen.

Neue Freie Presse Abendbl. 14./III. 1916

Ein russischer Entwurf über die Kriegszensur.

Folgende Aenderungen des Gesetzes über die Kriegszensur wurden angenommen: Der Kriegszensur steht kein Recht zu, Veröffentlichungen über Bestechungen, Unterschlagungen und Kriegslieferungen für Heer und Marine zu verbieten. Die Kriegszensur darf bezüglich der Ministerratsbeschlüsse nur Mitteilungen, die im Zusammenhange mit den durch den Krieg veranlaßten Ausgaben stehen, unterdrücken.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
14. III. 1916

Der Bericht des französischen Generalstabes.

Wien, 14. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

13. März, 3 Uhr nachmittags. In der Gegend nördlich Verdun keine Infanterieunternehmung. Die Beschießung dauerte im Laufe der Nacht auf Bethincourt und auf die Gegend Douaumont sowie in der Woevre in den Abschnitten von Moulainville und Rombaux an. Unsre Artillerie zeigte sich an der ganzen Front sehr tätig.

Im Priesterwalde drang eine Abteilung unsrer Truppen in die feindlichen Schützengräben bei Croix des Carmes auf einer Front von etwa 200 Meter ein, säuberte die Sappen und kehrte sodann, nachdem sie dem Feinde einige Verluste beigebracht hatte, mit etwa 20 Gefangenen in unsre Linien zurück.

An der übrigen Front verlief die Nacht ruhig.

Eines unsrer Kampfgeschwader warf auf nächtlichem Fluge 30 großkalibrige Granaten auf den Bahnhof Coullans, wo fünf Feuerherde festgestellt wurden. Trotz heftiger Beschießung kehrten alle Flugzeuge wohbehalten zurück.

11 Uhr nachmittags. Nördlich Aisne zerstörte unsre Artillerie mehrere Punkte der feindlichen Werke auf dem Plateau Vauclerc.

In der Champagne wohlgeregeltes Schießen unsrer schweren Batterien auf die deutschen Werke der Maisons de Champagne und in der Gegend westlich Navarin.

In den Argonnen richteten wir Zerstörungsfeuer auf Unterstände, Eisenbahnen und Werke des Feindes in den Ostargonnen.

Nördlich Verdun nahm die Beschießung westlich der Maas auf Morthomme und in der Gegend Bois Bourrus zu. Unsre Batterien nahmen Ansammlungen des Feindes zwischen Forges und dem Rabenwald unter Feuer.

Auf dem rechten Maasufer und in der Woevre-Ebene mittlere Tätigkeit beider Artillerien. Die Deutschen griffen die Gräben, die wir in den letzten Tagen in der Gegend Largues (?) wiedergenommen hatten, an. Durch unser Sperrfeuer und Infanteriefeuer aufgehalten, kehrten die feindlichen Abteilungen in ihre Gräben zurück, nachdem sie merkliche Verluste erlitten hatten.

Im Laufe des 13. d. gaben unsre Flieger in der ganzen Gegend Verduns Beweise bemerkenswerter Tätigkeit. Ein Geschwader von sechs Flugzeugen schleuderte 130 Granaten auf den strategischen Bahnhof Brieulles. Nördlich von Verdun wurden sehr zahlreiche Kämpfe geliefert, worin wir unstreitbar die Oberhand behielten. Im Laufe dieser Kämpfe wurden drei deutsche Flugzeuge niedergekämpft, eines in unsern Linien, die beiden andern in den ersten Linien der Deutschen. Andre Flugzeuge sah man fallen, doch konnte ihre Zerstörung nicht festgestellt werden.

Belgischer Bericht.

Auf der belgischen Front, besonders im Abschnitt Dixmude, Artillerietätigkeit heute lebhafter.

Neues Wiener Tagblatt
14. III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 13. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

11. März. Im Abschnitt des Lagasic und des Col del Bes (Cesteanabach und Boite) wurden feindliche Arbeiterabteilungen durch das Feuer unsrer Schützen vertrieben, nachdem sie empfindliche Verluste gehabt hatten. An der Isonzofront von Flitsch bis Zagora erreichte unsre Infanterie, nicht achtend der Unbilden der Witterung, an mehreren Stellen die feindlichen Linien und warf dort Bomben. Die gegnerische Artillerie war wiederum gegen die Ortschaften am unteren Isonzo und besonders gegen den Bahnhof von Cormons tätig, verursachte aber nur leichte Schäden. Das wirksame Eingreifen unsrer Artillerie brachte die feindlichen Batterien zum Schweigen. Auf dem Karstplateau ließen eigene kühne Abteilungen an mehreren Stellen in den feindlichen Stellungen vorgelagerten Drahthindernissen Minen springen. Der Gegner antwortete mit Bomben mit tränenerzeugendem Gas. Auf dem ganzen Kriegsschauplatz dauert trotz des anhaltenden Unwetters die Tätigkeit unsrer Artillerie fort.

Rußland.

12. März. Bei Versemünde beschoß der Feind unsre Gräben mit Minen großen Kalibers. In Galizien griffen unsre Aufklärer am Dnjestr das Dorf Latacz (6 Kilometer südöstlich der Strypamündung) an und drangen trotz heftigen feindlichen Feuers in die Gräben des Gegners ein.

Am 9. März wurden unsre beiden Torpedoboote, die an der Küste bei Varna aufklärten, von feindlichen Unterseebooten angegriffen. Das Torpedoboot „Leutnant Pusein" wurde versenkt. Ein Teil seiner Besatzung wurde durch das andre Torpedoboot gerettet.

14. Juli. 1916

Kriegskalender.

6. März: Um Verdun hat die Kampftätigkeit an Heftigkeit etwas abgenommen. — Deutsche Marineluftschiffe belegen den Marinestützpunkt Hull am Humber und die dortigen Dockanlagen ausgiebig mit Bomben. — In der Humbermündung geht der englische Torpedozerstörer „Murrah" unter. — Debatte im Repräsentantenhause über die U-Bootfrage. — Der britische Dampfer „Matunda" versenkt. — Pasitsch und Venizelos bei König Konstantin. — Die chinesischen Regierungstruppen erobern Suifu.

7. März: Bei Kapilowka werfen unsere Truppen die Russen aus einer Verschanzung; nordwestlich von Tarnopol vertreibt ein k. u. k. Streifkommando die Russen aus einem 1000 Meter langen Graben. — In der Woevre erstürmen die Deutschen das Dorf Fresnes; das Artilleriefeuer ist im Maasgebiete wieder lebhafter; in der Champagne gewinnen die Deutschen östlich von Maisons de Champagne ihre am 11. Februar verloren gegangene Stellung durch überraschenden Angriff zurück. — In Kopenhagen kommen die Regierungen der drei nordischen Staaten zusammen. — Heftige Angriffe auf das Kabinett Zalandra in der Kammer.

Fremdenblatt Abendbl.
15./III. 1916

Die Haltung Rumäniens.

Die Meinung der Mehrzahl der rumänischen Generale.

W. **Bukarest**, 15. März. (**Tel. d. „Fremden-Blatt“.**) Im Bukarester „Eclair des Balkans“ veröffentlicht Major P... einen ausführlichen Artikel über die Haltung Rumäniens, in welchem, wie er ausdrücklich betont, die Meinung der Mehrzahl der rumänischen Generale wiedergegeben wird. In diesem Artikel heißt es u. a. wörtlich wie folgt:

„Rumänien kann gegen die Zentralmächte keinen Krieg führen. Wir haben weder die notwendigen Soldaten, noch die erforderliche Munition, um einen solchen Kampf aufzunehmen. Bricht der Krieg aus, so ist die Oltenia in sechs Stunden von einer Armee besetzt, die bei Verciorova ins Land dringt. Einzig und allein die Moldau könnte ein wenig verteidigt werden, die Bevölkerung der Oltenia und der Walachei, sowie die rumänische Armee wären gezwungen, über den Milcov zu gehen. Die Oltenia, die Walachei und die beiden Dobrudschas einmal besetzt: was bliebe uns da zu tun noch übrig? Die Stadt Bukarest, durch Brialmont nach dem Muster von Namur und Lüttich befestigt, würde einem Angriff mit den berühmten 42er Mörsern nicht standhalten können. Das Resultat wäre verhängnisvoll; die Oltenia verwüstet, Bukarest zerschossen, die Walachei in ein Kriegstheater umgewandelt und die Dobrudscha in den Händen der Bulgaren. Welcher gute Rumäne könnte diesem gefährlichen Wahnsinn beipflichten? Möglich ist nur ein einziger Krieg, den Rumänien führen kann, der ist: Gegen Rußland! Denn die russisch-rumänische Front wäre klein, gleichzeitig hätte Rumänien den Vorteil, von einer mächtigen austro-deutsch-bulgarischen Armee geschützt zu werden. Diese Meinung,“ so schließt Major P... seine Ausführungen, „teilt die Mehrzahl der rumänischen Generale.“

Neue Freie Presse Abendbl.
15./III. 1916

Das preußische Abgeordnetenhaus und die auswärtigen Fragen.

Berlin, 16. März.

Die verstärkte Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses hat gestern mit 23 gegen 5 Stimmen einen Antrag angenommen, daß das Haus an dem verfassungsmäßigen Rechte festhält, der Staatsregierung auch in den auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate zu ersuchen.

Der „Lokalanzeiger" meint, die Angelegenheit dürfte nunmehr auch im Plenum des Hauses zur Besprechung gebracht werden.

Neues Wiener Tagblatt
15./III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 16. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Frankreich.

15. März, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas machte der Feind im Laufe der Nacht keinen neuen Angriffsversuch. Auf der Front zwischen Bethincourt und Cumières gelang es uns, durch Bajonettangriffe und Handgranatenkämpfe das gestern vom Feinde an der Höhe 265 besetzte Grabenstück teilweise zurückzunehmen. Wir halten Bethincourt, die Höhe „Toter Mann", den Südrand des Waldes und das Dorf Cumières. Im ganzen Abschnitt hielt die Beschießung lebhaft an, von unsrer Artillerie heftig bekämpft. Am rechten Maasufer nichts Wichtiges zu melden, ebenso aus der Woevre, wo die beiderseitige Beschießung zeitweilig aussetzte.

An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Fremdenblatt
15. III. 1916

Enthüllungen in der Duma.

Die Beratungen der Duma im Plenum wie in den Ausschüssen liefern anhaltend eine Fülle von Enthüllungen, die, wie die „Korr. Rundschau" aus Stockholm meldet, in der gesamten russischen Oeffentlichkeit tiefste Bewegung wachrufen. Besonders bedeutsam sind die Mitteilungen, die über die finanzielle Katastrophe, von der Rußland betroffen wird, in das Publikum dringen. Finanzminister Bark stützte seine Finanzberechnungen darauf, daß der Krieg noch im Verlaufe des ganzen Jahres 1916 fortdauern werde. Er war eifrig bemüht, die finanzielle Situation des Reiches optimistisch darzustellen. Immerhin müsse sich das Land der größten Sparsamkeit befleißen und alle nationalen Kräfte anspannen. Die Kriegskosten seien freilich ins Ungemessene gewachsen. Zu Kriegsbeginn habe jeder Tag acht Millionen Rubel verschlungen, gegenwärtig koste er 31 Millionen Rubel.

Gegen diese Ausführungen zogen die hervorragendsten Deputierten erbittert zu Felde. Der Abgeordnete Schingarew warf dem Finanzminister vor, er täusche das Land, indem er stets detaillierte Berichte über die Verwendung jener ungeheuren Summen verspreche, an denen sich Rußland verblute, sie jedoch niemals vorlege. Dasselbe Spiel habe sich während des Krieges mit Japan vollzogen. Dabei seien Hunderte von Millionen spurlos verschwunden. Die Regierung führe gesetzwidrige Steuern ein. Die russische Bilanz sei sehr schlecht. Es herrsche vollkommene Kopflosigkeit, niemand im Kabinett denke daran, was nach dem Kriege geschehen solle.

Der Deputierte Konowalow nannte den Finanzminister einen Fabrikanten falscher Ziffern. Das russische Defizit müsse mit 5 bis 6 Milliarden Rubel veranschlagt werden. Rußland stehe heute vor der Gefahr, gänzlich in die Hände des Auslandes überzugehen, das es im wahrsten Sinne des Wortes „aufkaufe". „Die Gefühle des Schreckens und der Unsicherheit waren niemals so groß wie jetzt," rief Konowalow unter stürmischem Beifalle des Hauses aus, „Trauer ergreift uns bei dem Bewußtsein, daß am Ruder Leute sind, die als die Zerstörer des Reiches gelten müssen!"

Nicht minder heftig waren die Angriffe auf die Regierung bei Erörterung der Nationalitätenfrage. Schingarew erzählte den Fall des österreichischen Reichsrats-Abgeordneten Dr. Gold, der von den Russen in Galizien verhaftet und deportiert worden sei, weil er „illoyale und österreichische" Gesinnungen bekundete. „Meine Herren," rief Schingarew erregt aus, „man will einen österreichischen Abgeordneten zum Verrate an seinem Vaterlande zwingen! Wenn unsere Machthaber an einem Parlamentsmitgliede solche Gewaltakte verüben, kann man sich vorstellen, was sie der Bevölkerung angetan haben!"

Der Deputierte Markow II. machte die Aufsehen erregende Enthüllung, daß die Blätter „Nowoje Wremja" und „Kolokol" von Rubinstein und Manus angekauft worden seien, jenen beiden Bankiers, die man als Vermittler in der Friedensfrage wiederholt genannt habe. In diesem Zusammenhange eröffnete Markow eine wütende Hetze gegen die Juden und die Baptisten, die an allem Unglücke Rußlands schuld seien. Auch die Duma-Institution griff er heftig an.

Der Sozialist Skobielew replizierte in scharfen Worten und tadelte das „halbasiatische Regime", das Rußland zugrunde richte. Die ehrlich um ihre Rechte kämpfende Arbeiterschaft Rußlands hungere und wandere scharenweise in die Kerker, in das Turkhamerland oder in die Schützengräben.

Bei Erörterung des Falles des ehemaligen Kriegsministers Suchomlinow konstatierte der Abgeordnete Skobielew, es sei nunmehr erwiesen, daß Suchomlinow im Besitze eines Briefes sei, den er geheim halte, der ihn entlaste und Hof wie Regierung zwinge, jede Maßnahme gegen Suchomlinow zu unterlassen, um sich nicht selbst zu kompromittieren.

15. III. 1916

Ein französischer Befehl.

Drohung des Feuerns mit Artillerie und Maschinengewehren auf weichende Truppen.

K. Berlin, 14. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Unsere Truppen fanden im Rabenwalde folgenden französischen Befehl:

Zweite Armee, Gruppe Bazelaire, Generalstab, drittes Bureau, Nummer 1601/3, Gefechtsstand 7. März 1916.

General de Bazelaire, Kommandeur des Abschnittes „Linkes Maasufer", an die Unter-Abschnittskommandeure Ost und West.

Befehl:

Forges leistete nicht den Widerstand, den man erwarten mußte. Bis eine weitere Aufklärung erfolgt, entnehme ich daraus, daß der Kommandeur dieses Abschnittes seine Pflicht nicht getan hat. Er wird infolgedessen vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Es muß bis zu den äußersten Grenzen Widerstand geleistet werden. Wir dürfen in diesem Augenblick nur von dem einzigen Entschluß beseelt sein, den Feind entweder siegreich aufzuhalten oder zu sterben!

Artillerie und Maschinengewehre werden auf jede weichende Truppe feuern.

Gez. de Bazelaire. 52. Brigade. 8. März 1916.

Fremdenblatt 49

15. Mär. 1916

Schweizer Nationalrat.

Die Neutralitätsdebatte.

K. **Bern**, 13. März. Im Nationalrat wurde die Debatte über die Neutralitätspolitik des Bundesrats und das Verhältnis zwischen der Zivil- und Militärgewalt fortgesetzt.

Der Vorsitzende, Nationalrat Eugster, mahnte zur Kürze und Sachlichkeit, da noch 24 Redner eingeschrieben seien.

Naine (Sozialist, Neuenburg) machte als erster Redner in längeren Ausführungen das System für die Obersten-Affäre verantwortlich. An Stelle des demokratischen Regimes sei in der Schweiz, nicht nur in der Armee, sondern im ganzen Staatsleben, ein anarchisches Regime getreten.

Ador (konservativ, Genf), Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, schildert die schwierige Lage der Schweiz inmitten der kriegführenden Staaten, die eine peinliche Einhaltung der Neutralitätsgrundsätze notwendig mache. Wir lehnen entschieden, fuhr der Redner fort, die Theorie des Obersten Sprecher ab, daß die Schweiz angesichts der Verletzung ihres neutralen Rechtes nicht so sklavisch sich an die Neutralitätspflichten zu halten habe. Es ist eine Tatsache, daß unsere Rechte nicht immer von den Kriegführenden geachtet werden. Wir dürfen aber den Kriegführenden als neutraler Staat auf diesem Wege nicht folgen. Redner schließt unter Beifall mit einem Appell an die Einigkeit zwischen deutsch und welsch.

Sigg (Zürich, Sozialdemokrat) begründete einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ablehnung und Mißbilligung der in Zürich von höheren Offizieren entwickelten Ansichten über die Neutralität. Der Bundesrat und der General sollten beauftragt werden, gegen die Offiziere, die in Verkennung der der Armee gesetzten Aufgaben versuchten, die äußere Politik des Landes zu beeinflussen, mit größter Entschiedenheit, nötigenfalls mit der Amtsentsetzung einzuschreiten. Im Laufe seiner Begründung sprach der Redner dem Bundesrat seine volle Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Das Ausland müsse aber wissen, daß die schweizerische Volksvertretung sich entschieden für die Grundsätze der Neutralität ausspreche und daß die Vorgänge im Generalstab von ihr entschieden mißbilligt werden. Die beiden Offiziere seien durch und durch ehrenwerte Männer, die im Interesse der Neutralität zu handeln glaubten, deren Handlungen aber darum nicht weniger scharf verurteilt werden müßten. Redner schloß mit dem Rat in den Bundesrat, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen, wofür ihm sämtliche Nationen im Grunde dankbar sein würden.

Im weiteren Verlaufe der Debatte besprach Bundesrat Motta die Mobilisationskosten, die mit den Ausgaben, welche mit dem Krieg im Zusammenhang stehen, bis Ende Februar 1916 auf 467 Millionen angewachsen seien. Bundesrat Motta verbreitete sich sodann über die Klagen der Tessiner bezüglich der Heerespolizei, die teilweise berechtigt seien und denen der Bundesrat durch Verfügungen Rechnung getragen habe. Bezüglich der Klage über die Präventivzensur erklärte Motta, daß die Armee niemals eine Präventivzensur ausgeübt habe. Der Bundesrat lehne eine solche ab, wie er es überhaupt ablehne, freie Meinungsäußerungen zu unterdrücken. Wenn aber in den Zeitungen geschrieben werde, daß die Richter in Zürich Komödianten seien und daß der Bundesrat sich aus Diktatoren zusammensetze und korrumpiert sei, dann müsse der Bundesrat einschreiten, um sich nicht zum Mitschuldigen des verbrecherischen Treibens zu machen. Das ganze Mißverhältnis zwischen Militär und Zivil im Tessin sei auf das Mißtrauen zurückzuführen, das gewisse Militärkreise den Behörden und dem Volk im Tessin entgegenbrachten. Redner erörtert hierauf die Stellung des Bundesrates in der Obersten-Angelegenheit, wobei er den Standpunkt des Bundespräsidenten Decoppet und des Bundesrates Schultheß teilt. Er drückt sodann die Hoffnung aus, daß das schweizerische Parlament in diesem Augenblick nicht das Bild der Zerrissenheit gebe, sondern im Gegenteil sich einigen könne, im höheren Interesse des Landes. Die große Debatte im Rat, fährt Redner fort, war notwendig und hat abklärend und aufklärend gewirkt. Wir verlangen Vertrauen, nicht jenes fremde Gewächs des parlamentarischen Vertrauens, sondern ein Vertrauen von Bürger zu Bürger, von einem Landesteil zum anderen. Die Debatte hat die Notwendigkeit gezeigt, über die Sympathien zu den einzelnen Kriegführenden hinaus unsere Gefühle und Gedanken auf unser eigenes Land und unsere eigene Aufgabe zu richten. Wir sind unseren Nachkommen verantwortlich für das, was wir heute in kritischen Zeiten tun. Vier Grundsätze sind bei uns patriotische Notwendigkeit: die Aufrechterhaltung der Vollmachten für die Leitung des Landes durch die politischen Behörden, unbedingte Neutralität, Unparteilichkeit nach allen Seiten und vor allem die gemeinschaftliche Liebe zum Vaterland.

Schließung des türkischen Parlaments.

K. **Konstantinopel**, 13. März. In der Kammer und im Senate wurde ein kaiserliches Dekret verlesen, womit verfassungsgemäß die Session des Parlaments, das zu seiner nächsten Session am 14. November zusammentreten soll, für geschlossen erklärt wird.

In dem Dekrete wird der Großwesir beauftragt, den Deputierten und Senatoren die kaiserliche Zufriedenheit für ihre vaterländischen Bemühungen auszusprechen.

Die Schlußrede des Präsidenten.

Nach der Verlesung des Dekretes hielt Kammerpräsident Hadschi Adil Bei eine Rede, in welcher er ausführte:

Heute geht die zweite historische Session zu Ende, während welcher die ottomanische Nation erhebende Taten in das Buch der Geschichte schrieb. Zu Beginn der Session bedrohten die Feinde, uns nach dem Leben trachtend, andauernd die Meerengen, aber wir waren Zeugen ihrer Niederlage, die der in der Geschichte einzig dastehenden heldenmütigen Tapferkeit und Selbstverleugnung der ottomanischen Nation und Armee entsprach. Diese Session zeigte uns den Triumph der höchsten Gerechtigkeit durch Vernichtung der Feinde, welche die Meerengen und die Karpathen forcierten in dem Streben, sich zu vereinen, um grundstürzende Umwälzungen auf dem Balkan herbeizuführen. Aber an Stelle der Verwirklichung ihres höllischen Planes wohnten wir dem Schauspiel bei, daß Nationen sich verbrüderten und ihr Blut vergossen für das gemeinsame Ziel, sich die Eisenhand zu reichen und sich auf dem Schienenweg zu vereinigen. (Beifall.) Gleichfalls während dieser Session wurden die Anstürme des Feindes gegen die Kaukasus- und Irakfront mit großem Heldenmut aufgehalten. Die westliche Kriegsfront war der Schauplatz großer Veränderungen, die ganz zu unserem Vorteil sind. (Beifall.) Die göttliche Gerechtigkeit offenbarte sich und der Feind erntete nur Verdruß und Niederlagen, denen weitere folgen werden, so lange wir in unserer Arbeit einvernehmlich fortfahren werden unter Berücksichtigung des Wertes unserer gegenseitigen Hilfe zur Verteidigung unserer gemeinsamen Geschicke und unter Entfaltung unserer ganzen diesbezüglichen Tätigkeit. (Anhaltender Beifall.) Ich hoffe, daß wir in unserer dritten Session uns zu noch glänzenderen Seiten unserer Geschichte werden beglückwünschen können. Die Kammer war bei der Erfüllung ihrer Aufgaben von dem stolzen Gefühle beseelt, in dieser Zeit des Weltbrandes die große und schöne ottomanische Nation zu vertreten. Bevor ich von Ihnen Abschied nehme, gestatten Sie mir, in Ihrem Namen den Sultan, unseren Obersten Kriegsherrn, zu ehren. Gestatten Sie, daß ich mit den Worten der Fatiha der mit ihrer Seele und ihrem Leibe für das heilige Ziel kämpfenden glorreichen Nation gedenke und jenen, die für die Erreichung des Sieges kämpfen, unseren Gruß entbiete. Möge uns Gott helfen!

Kriegskalender.

8. März: Oestlich des Gehöftes Maisons de Champagne wird ein französischer Gegenangriff abgeschlagen. Bei Verdun stürmen die Deutschen die feindlichen Stellungen beiderseits des Forgesbaches unterhalb von Bethincourt in einer Breite von sechs und einer Tiefe von mehr als drei Kilometer; die Dörfer Forges und Regneville, die Höhe des Raben- und Kl. Cumieres-waldes sind in deutschem Besitz; französische Gegenstöße werden abgewiesen. In der Woevre wird der Feind aus den letzten Häusern von Fresnes geworfen. — General Petain wird zum Oberkommandanten der Verduner Armee ernannt. — Die deutschen Seeleute machen die Maschinen ihrer von den Portugiesen beschlagnahmten Schiffe gebrauchsunfähig. — Gerüchte über die Demission Gallienis. — König Viktor Emanuel in Rom.

Die finanzpolitische Konferenz der Entente.

Besorgnisse im Unterhause.

K. London, 13. März. (Unterhaus.) Bei der Etatberatung am 9. März beantragte Robertson (liberal) einen Abstrich von 100 Pfund, um von der Regierung Zusicherungen über eine Frage zu erhalten, die im ganzen Lande große Beunruhigung erzeuge. Die Regierung werde demnächst an der finanzpolitischen Konferenz mit den Verbündeten teilnehmen. Die Reden des Präsidenten des Handelsamtes und des Sekretärs des Schatzamtes erweckten die Besorgnis, daß in dem britischen Finanzsystem vorzeitige Aenderungen eingeführt werden sollen. Zugleich bestände eine Propaganda, um den deutschen Handel nach dem Kriege zu boykottieren. Ein solcher Plan würde die Wirkung haben, daß Deutschland außerstande wäre, Belgien eine Entschädigung zu zahlen. Es wäre eine äußerst gefährliche Politik den britischen Kolonien gegenüber, die Verbündeten handelspolitisch zu bevorzugen, und es würde eine sehr unsichere, gefährliche politische Lage eintreten, wenn man die Verbündeten gegenüber den Neutralen bevorzugte. Das würde England den größten Nachteil verursachen in dem Augenblick, wo die Freiheit des Exports und der Wettbewerb auf den fremden Märkten für England von der größten Wichtigkeit wäre. Die Nation habe ein Anrecht auf die Versicherung, daß bei den Verhandlungen in Paris nichts geschehe, was England auf einen ernstlichen Wechsel in dem Finanzsystem festlegen würde, ohne daß die Frage ausführlich im Unterhause erörtert würde.

Holt (liberal) sagte, es sei eine abstoßende Idee, daß auf den Krieg ein Zollkrieg folgen solle, weil dann überhaupt kein guter Friede entstehen würde. Ein dauernder Friede müsse auf der Grundlage entstehen, daß Deutschland, nachdem es seine Verbrechen wieder gutgemacht habe, Vergebung erhalte. Der Friede müßte Deutschland eine ehrenvolle Stellung unter den Nationen geben.

Die Erwiderung Asquiths.

Premierminister Asquith erklärte, er wollte in den einfachsten und klarsten Ausdrücken sagen, daß die von den Vorrednern ausgesprochenen Befürchtungen zukünftig nicht bestehen sollten und daß die Vertreter der Regierung in Paris nichts tun oder sagen würden, was die Handlungsfreiheit der Regierung oder des Unterhauses irgendwie binden würde. Die Einladung der Verbündeten, namentlich Frankreichs, hätte man nicht ablehnen können, aber die Regierung beabsichtige nicht, über einen Gedankenaustausch hinauszugehen, und die Vertreter der Regierung würden aus Paris zurückkehren ohne jede Verpflichtung in bezug auf gewisse bestimmte Maßregeln, die hoffentlich in nicht zu ferner Zukunft ergriffen würden. Es bestehe kein Grund zur Besorgnis, daß die Regierung vorzeitig in diesem Stadium das Land auf Maßregeln festlege, die die sorgfältigste Erwägung erheischen, über die England nicht nur seine Verbündeten, sondern auch seine Kolonien befragen müsse und die weitreichende Ergebnisse, vielleicht sogar ungeheure Folgen haben könnten.

Italienische Kammer.

Die Wirtschaftsdebatte.

Zürich, 14. März.

In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer verlangte zunächst Deputierter Cotugno Aufklärung über die Vorgänge in Montenegro und Albanien. Unterstaatssekretär Bosarelli beschied den Fragesteller dahin, gelegentlich der Erörterung des Budgets des Ministeriums des Aeußern seine Anfragen zu wiederholen.

Dem Deputierten Colonna di Cesaro, welcher die ausländischen Bettelveranstaltungen zugunsten der italienischen Soldaten und Zivilbevölkerung beanständete, erwiderte der Unterstaatssekretär, es seien zu deren Einschränkung Anweisungen an die auswärtigen Vertreter Italiens erteilt worden.

Die Kammer begann hierauf die wirtschaftspolitische Erörterung, für welche bisher 65 Redner eingeschrieben sind. Die Deputierten sind zahlreich erschienen und es herrscht allseits die Neigung vor, die Ruhe zu bewahren.

Der erste Redner, der Rechtsliberale Morpurgo, sagt einleitend, er und 48 Deputierte, die sich seinen Anträgen angeschlossen haben, anerkennen die Größe und Kompliziertheit der Aufgaben, welche der Krieg den Ministern gestellt habe, und wollen mit ihrer Kritik nicht sosehr persönliche Mängel herausheben als zahlreiche Irrtümer gutmachen helfen. Er beklagt es, daß die Regierung mit den Berufsvertretern der Landwirtschaft und Industrie selten Fühlung genommen, die Brotkornversorgung verspätet eingeleitet, der Landwirtschaft Arbeitskräfte entzogen und die Beschaffung ausländischer Dungmittel unterlassen habe. Für Eisenbahntransportmittel, Schiffsfrachten und den Vorrat an Kohlen sei mangelhaft gesorgt und in den Ausfuhrverboten zu weit gegangen worden. Morpurgo schloß unter Beifall mit dem Wunsche, daß die Regierung durch wirtschaftliche Maßnahmen zur Beschleunigung des Sieges und zum Fortschritte des Landes beitragen möge.

Der zweite Redner, der Reformist Drago, begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß er und seine Parteifreunde das politische Moment betonen und mit ihrer Kritik der Regierungsmaßnahmen betreffend die Volkswirtschaft, das Steuerwesen und die Verwaltung nicht so sehr die Personen der unmittelbar verantwortlichen Minister treffen wollen als vielmehr das ganze Kabinett, welchem offenbar die organischen Kriterien für seine politische Betätigung völlig mangeln. Redner hebt hervor, daß die Regierung das Bestreben gezeigt habe, die Großgrundbesitzer ungeachtet der die Verbraucher treffenden Teuerung der Lebensmittel zu begünstigen und daß das wirtschaftliche Mißverhältnis zwischen Norditalien und Süditalien noch dadurch gesteigert wurde, daß die Kriegsindustriellen-Aufträge besonders in Norditalien vergeben wurden. Pflicht der Regierung wäre es gewesen, für die Schiffsfrachten, für Kohlen- und Metallvorräte vor dem Kriegsbeginn zu sorgen. Durch die Bewilligung der Ausfuhr von Schwefel, vegetarischer Fette, Oele und von Eisen habe die Regierung den Feinden genützt. Redner bestreitet die Berechtigung der Ausflüchte der englischen Regierung in Angelegenheit der Höhe der Schiffsfrachtentarife, welche er der englischen Gewinnsucht zuschreibt, und sagt schließlich, das Parlament und das Volk seien voll Unbehagens und die Haltung der italienischen Regierung habe dieses Unbehagen noch vertieft. Allerdings müßte heute das ganze Tun und Lassen von Regierung, Parlament und Volk der Erreichung des Sieges untergeordnet werden. Die Reformisten hegen zwar Bewunderung für Salandra, weil er den Krieg erklärte und auf dem Kapitol prachtvoll gesprochen habe, sie wüßten aber noch nicht, ob sie in Anbetracht der gegenwärtigen Regierungskriterien sein Kabinett noch weiterunterstützen sollen.

Ministerpräsident Salandra ruft: Das hängt ganz von euch ab.

Der nächste Redner, der Sozialist Graziadei erinnert namens seiner Parteifreunde daran, daß sie grundsätzlich Gegner des Krieges und natürlich gegen jedwede etwa in Frage kommende Erweiterung desselben seien. Heute können die Sozialisten als Italiener den Krieg gewiß nicht sabotieren wollen, sie müssen aber die Verantwortung aller derjenigen betonen, welche dem Volke rosige Hoffnungen bezüglich der Kürze und Leichtigkeit des Krieges machten, sowie verhindern, daß die Regierung in den begangenen Irrtümern beharre. Auch die Sozialisten legen auf den politischen Charakter Wert und wenden sich nicht gegen einzelne Minister, sondern gegen das Kabinett als ganzes, welches völligen Mangel an Voraussicht gezeigt, gegenüber den Verbündeten das Erforderliche nicht sichergestellt und im Wirtschaftsleben die größten Irrtümer in der Bewertung der Natur und Dauer des Krieges sowie der internationalen Lage begangen habe. Die Regierung habe Italien in eine weit größere wirtschaftliche Abhängigkeit von England gebracht, als sie je gegenüber den Mittelmächten bestanden habe, und infolgedessen die Nöte hinsichtlich der Schiffsfrachten, des Brotkorns, der Kohle und der anderen notwendigen Stoffe größer und beständiger gemacht. Die nachträglichen Korrekturmaßnahmen der Regierung seien ziemlich verspätet und unzulänglich gewesen. Hinsichtlich der Wirtschaftskonferenz in Paris wünsche Redner, daß der Angelegenheit der Zollordnung nach dem Kriege nicht präjudiziert werde (Zustimmung) und daß Italien sich wichtige Märkte für seine Erzeugnisse nicht verschließen lasse. Die Sozialisten wünschen, daß die Kammer klar ein Regierungsprogramm feststelle und alsdann die geeignetsten Männer zur Ausführung desselben namhaft mache.

Neue Freie Presse
15./III. 1916

Die Vergewaltigung Griechenlands durch die Entente.

Verbot der Verproviantierung des Dodekanes.

London, 13. März.

Das Reutersche Bureau meldet: Wie „Morning Post" aus Athen berichtet, haben die Ententemächte Griechenland untersagt, die Zwölfinselgruppe zu verproviantieren. Sie erklärten, daß dies in Zukunft durch Italien geschehen werde.

Neue Freie Presse
15. III. 1916

Der Krieg gegen Deutsch-Ostafrika.

London, 13. März.

Das Reutersche Bureau meldet:

Ein Telegramm des Generals Smuts vom 12. d. besagt:

Die Unternehmung, die am Morgen des 11. d. gegen die deutsche vorbereitete Stellung bei den Kitowbergen westlich von Taveta begann, führte zu einem hartnäckigen Kampf, der bis Mitternacht hin und her schwankte. Im Verlaufe des Gefechtes wurden Teile der Stellungen einige Male genommen und vom Feinde wieder zurückgewonnen. Schließlich wurde vor Mitternacht ein Bajonettangriff gemacht. Auf beiden Seiten sicherte man den Besitz dessen, was man bis zum Eintreffen von Verstärkungen halten konnte. Am nächsten Morgen sah man, daß die deutschen und die eingebornen Truppen in südwestlicher Richtung abzogen.

In der Zwischenzeit säuberte eine berittene Brigade die Vorberge nordöstlich des Kilimandscharo von den feindlichen Streitkräften, die jüngst durch einen raschen britischen Vorstoß abgeschnitten worden waren. Der Rückzug nach Westen wird durch im Gange befindliche Bewegungen abgesperrt. Gleichzeitig erschien eine britische Abteilung von Longido her im Rücken der deutschen Hauptstellung. Der Feind zieht sich daher südwärts nach der Usambara-Bahn zurück. Die Verfolgung wird fortgesetzt.

Neue Freie Presse
15./III. 1916

Kein Aufgeben des Unterseebootkrieges.

Berlin, 14. März.

Das Wolffsche Bureau meldet:

In weiteren Kreisen der Bevölkerung wird immer wieder das Gerücht verbreitet, daß der verschärfte U-Boot-Krieg, wie er in der bekannten Denkschrift der Reichsregierung an die neutralen Mächte angekündigt wurde, nicht durchgeführt oder aufgeschoben werden würde. Diese Ausstreuungen sind vollständig unwahr. Niemals und bei keiner verantwortlichen Stelle ist eine Verzögerung oder ein Unterlassen dieses U-Boot-Krieges in Betracht gekommen. Er ist in vollem Gange.

15./III. 1916

Der verschärfte U-Bootkrieg Deutschlands.

K. Berlin, 14. März. Das Wolffsche Bureau meldet: In weiteren Kreisen der Bevölkerung wird immer wieder das Gerücht verbreitet, daß der verschärfte U-Boot-Krieg, wie er in der bekannten Denkschrift der Reichsregierung an die neutralen Mächte angekündigt wurde, nicht durchgeführt oder aufgeschoben werden würde. Diese Ausstreuungen sind vollständig unwahr. Niemals und bei keiner verantwortlichen Stelle ist eine Verzögerung oder ein Unterlassen dieses U-Boot-Krieges in Betracht gekommen. Er ist in vollem Gange.

Die Haltung Rumäniens.

K. Bukarest, 13. März. Die liberale Partei hielt gestern in Campina eine Versammlung ab, in welcher von sämtlichen Rednern die Politik des Kabinetts Bratianu gebilligt wurde. Einer der Berichterstatter faßte die politische Arbeit Bratianus dahin zusammen, daß er das Land vor einer Katastrophe bewahrt habe.

Die Versammlung der Konservativen.

Bukarest, 14. März. (Tel. des „Fremden-Blatt".) In der Versammlung der konservativen Partei in Ploeschti sprach auch Dr. Barnowski, der Chef der Konservativen in Ploeschti. Er führte in seiner Rede unter anderem aus: Jeder klarsehende Politiker in jedem Staat der Welt muß bereits überzeugt sein, daß die Zentralmächte einen solchen Sieg erringen werden, daß sie mit aller Kraft und Entschiedenheit den Besiegten den Frieden diktieren können. Die konservative Partei unter Führung Marghilomans hat nach Ansicht des Redners das große Verdienst, in Verbindung mit Bratianu eine Politik getrieben zu haben, durch welche eine Katastrophe Rumäniens verhindert wurde. Aber diese Politik genügt heute nicht mehr, Rumänien muß in Aktion treten und sich in den Besitz Bessarabiens setzen, welches Rumänien gehörte und dessen Besitz zur Sicherung der Herrschaft über die Donaumündungen unentbehrlich ist. Rumänien wird, so schloß der Redner, mit den Zentralmächten gehen, und das ist das große Verdienst der Konservativen.

Vor der Eröffnung des Reichstages.

Was geht in Deutschland vor?

Der Tagung des Reichstages, die morgen beginnt, wird im Reiche mit der größten Spannung entgegengesehen. Der Reichskanzler empfängt heute die Führer der Parteien, und aus mancherlei Anzeichen ist zu entnehmen, daß insbesondere die Anhänger des „unbeschränkten Torpedos" im Reichstag den Vorstoß wiederholen wollen, den schon die Junker im preußischen Landtag im Sinne hatten, wenngleich sie, als ihnen ihre Unzuständigkeit klargemacht wurde, von ihm schließlich abstehen mußten. Es handelt sich da um den Umfang des Unterseebootskrieges, der durch die bekannten Zusicherungen Deutschlands an die Vereinigten Staaten, nach der Versenkung der „Lusitania", die Einschränkung erfahren hat, daß der Torpedierung eine Warnung voranzugehen habe und daß die Menschen auf dem Schiffe vorher in Sicherheit zu bringen seien; davon unabhängig geht der Kampf gegen die bewaffneten Handelsschiffe, für die diese Einschränkungen nicht gelten. Die Anhänger des „unbeschränkten Torpedos", wie sie ein Berliner Blatt benannte, verlangen dagegen, daß die Unterseeboote überhaupt keine Unterscheidungen machen, sondern einfach jedes Schiff, gleichgiltig, ob bewaffnet oder unbewaffnet, gleichgiltig auch, welche Flagge es trägt, angreifen und versenken sollen. Daraufhin war schon die Resolution gerichtet, die jene Staatshaushaltskommission des preußischen Abgeordnetenhauses dem Reichskanzler übermitteln wollte, und dafür soll nun auch im Reichstag gewirkt werden. Unter denen, die diese Erweiterung des Seekrieges verlangen, befindet sich auch der nationalliberale Führer Bassermann (er ist auch ein Bannerträger der weitestgehenden Annexionspläne), der in einem Artikel der „Deutschen Stimmen" folgendes ankündigt: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Reichstag die richtigen Töne der Energie finden wird. Es muß klar zum Ausdruck kommen, daß unser Volk nicht willens ist, sich durch Amerika die Waffe des U-Boot-Krieges entwinden zu lassen." Die „richtige Energie" muß natürlich ihr Objekt haben; wenn ein Druck ausgeübt werden soll, so muß jemand da sein, der ihn nötig macht . . .

Gegen wen sich diese „Energie" nun „orientieren" will, ist aus einem Artikel des Herrn Georg Bernhard in der „Vossischen Zeitung" zu entnehmen. Da ist sozusagen ein Vorbemerk nützlich. Die „Vossische Zeitung", die einstmals ein besonnenes, bürgerliches Freisinnsblatt war, rangiert heute unter die bösartigsten Hetzblätter und Kriegsscharfmacherei ist ihr Gewerbe. Nicht einmal, wenn man damit etwas anderes sagen will, darf man dem Treiben dieser Zeitung die Zustimmung aussprechen. Auch Herr Georg Bernhard muß der Welt immer wieder vorgestellt werden. Vielleicht erinnert man sich an gewisse Einzelheiten des Dresdener Parteitages, die sich um einen kleinen Bankbeamten drehten, der damals so schmerzlich bewegt war, weil die Partei damit nicht einverstanden sein wollte, daß jemand ein Parteigenosse und Mitarbeiter bürgerlicher Blätter sei. Aus diesem kleinen Bankbeamten ist nun jener Herr Bernhard geworden, der heute der Herr über die Ullsteinsche Zeitungsplantagen ist, in deren Hände die alte Tante Voß geraten ist und wo sie die „Aufmachung" empfing, die sie jetzt so wundersam auszeichnet. Dieser Herr Bernhard ist nun der Geheimoffiziöse gewisser Neben- und Unterströmungen, die manchmal mächtiger sind als die offizielle Politik. Er führt jetzt mit unverkennbarer Tücke den Minierkrieg gegen Bethmann Hollweg an . . . Mit welchen Mitteln da operiert wird, kann an einem zwar kleinen, aber beweiskräftigem Beispiel dargetan werden. Am Mittwoch soll der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten zusammentreten. (Das ist ein Ausschuß von fünf Bundesstaaten, der der Information der Bundesregierungen über den Gang der auswärtigen Angelegenheiten dient.) Herr Bernhard macht dazu folgende giftige Bemerkung: „Es ist nicht uninteressant, daß diesmal ein bekannter Parlamentarier, der neuerdings vom Reichskanzler als persönlicher Kurier benützt wird und sich deshalb einredet, ein Diplomat zu sein, seinen Einfluß in Süddeutschland geltend gemacht hat, um die Einberufung des Ausschusses diesmal zu verhindern. Wenn es zutreffen sollte, was er vorgab, daß er zu diesem Versuch beauftragt war, so würde man daraus ja wohl schließen können, daß die Berufung des Ausschusses diesmal dem Bundesratspräsidium nicht sonderlich angenehm war." Dazu wird heute aus München erklärt: „Ein Berliner Blatt behauptet, daß die für die nächste Zeit erfolgte Einberufung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten den Wünschen des Reichskanzlers nicht entsprochen hätte und daß dieser versuchte, die Besprechung zu verhindern. Wie die (offizielle) Korrespondenz Hoffmann schreibt, ist dieses Gerede völlig haltlos. Der Ausschuß wurde vielmehr im vollsten Einvernehmen mit dem Reichskanzler einberufen." Was Herrn Bernhard nicht hindert, den Hintertreppenklatsch — solche Art von Journalisten sieht ja ihre Qualität im „Erfahren" derartiger Dinge; sie hält sich dadurch für „informiert" — zu einer regelrechten Attacke auszunützen. Er spritzt in die öffentliche Meinung das Gift folgendermaßen ein:

Das wäre sehr bedauerlich. Denn durch eine offene Aussprache sowohl vor dem Bundesratsausschuß als auch vor den Parteiführern des Reichstages hätte der Kanzler endlich einmal Gelegenheit, die Richtigkeit von mancherlei Gerüchten aufzuhellen, die in den letzten Tagen die öffentliche Meinung stark beunruhigt haben und die sich soweit zugespitzt haben, daß man bereits auf bestimmte Persönlichkeiten verwies, die es angeblich nicht länger ertragen wollten, in ihrem Wirkungskreis dauernd beengt zu werden. Die Parteiführer des Reichstages und die Mitglieder des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten können hier eine befreiende Tat tun. Sie sollten dem Reichskanzler vorstellen, wohin notwendigerweise die bisher von ihm befolgte Taktik führen muß. Sie würden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn es ihnen gelänge, den Kanzler davon zu überzeugen, daß er von der Tribüne des deutschen Reichstages diesmal zum deutschen Volke über seine Ziele und über die Motivierung dieser Ziele sprechen muß und daß im Anschluß daran die Erörterung seiner Anregungen den Anhängern aller Anschauungen freigestellt werden muß.

Das Ergebnis des bisherigen Verfahrens ist nämlich nicht etwa eine Stärkung des Vertrauens zum Kanzler, sondern das Gegenteil. Denn: der Kanzler spricht nicht, die Presse kann auch mit der wünschenswerten Offenheit die Diskussion nicht führen. Die Folge davon ist, daß aus unverantwortlichen und trüben Quellen alles mögliche als Anschauung des Kanzlers verbreitet wird, was dieser vermutlich unbedingt als seine Auffassung von den Dingen ablehnen würde. Solche Leute geben vor, daß ihre Auffassungen an einflußreichen Stellen geteilt werden. Sie scheuen sich nicht, mehr oder weniger offen zu erzählen, wie wenig auf technische Werturteile solcher Männer zu geben ist, die bisher im deutschen Volke für die Gebiete, auf denen sie nun plötzlich gar nichts mehr gelten sollten, als unantastbare Autoritäten galten. Und all das wird als Meinung einflußreicher und mitbestimmender Männer ausgegeben. Niemand kann es widerlegen. Und daher wird all das geglaubt. Das sind die Folgen des Schweigens. Dieses rätselhafte Schweigen muß gebrochen werden. Das deutsche Volk will nunmehr von seinem Kanzler die Gewißheit hören, daß sein politisches Ziel mit derselben Klarheit ersonnen und mit der gleichen Energie verfolgt wird. Ohne andere Rücksichten als die auf den Erfolg und den Sieg. Es liegt in der Hand des Kanzlers, all dem dummen Gerede ein Ende zu machen, das seit Wochen auf Flügeln des Schweigens durch die Welt getragen wird.

Wie man wahrnimmt, trifft die Kunst, die Meinung zu erwecken, daß seine Anschauungen „an einflußreichen Stellen geteilt werden", der Herr Bernhard ganz vorzüglich: denn das Reden von den „bestimmten Persönlichkeiten", die es „nicht länger ertragen wollen, in ihrem Wirkungskreis dauernd beengt zu werden", soll natürlich den Schein erwecken, daß Herr Bernhard im Namen dieser „bestimmten Persönlichkeiten" spricht . . . Und auch der Schwindel, der hier mit dem Verlangen bezweckt wird, der Kanzler möge über sein „politisches Ziel" klar und deutlich Auskunft geben, ist leicht durchschaubar; es reicht dazu aus, sich von den heuchlerischen Redensarten nicht blenden zu lassen. Was die Herren von der „Deutschen Tageszeitung", der „Kreuzzeitung", der „Täglichen Rundschau", der „Kölnischen Volkszeitung", in deren Kreis der Herr Georg Bernhard eine Spezialität ist, von Bethmann Hollweg fordern, ist zweierlei: ein Bekenntnis erstens zu dem „unbeschränkten Torpedo" und zweitens zu den bekannten uferlosen Annexionsplänen. Dahin wollen sie ihn locken oder im entgegengesetzten Falle den Kampf wider ihn eröffnen, mit den Mitteln ihn führen, die ja schon Bismarck nach siegreichen Kriegen erfahren hat. Bedauerlich erscheint es uns, daß die deutschen Sozialdemokraten, so eingesponnen in ihren Bruderkampf, diesem Minierkrieg, in dem so viel an Entscheidung über Krieg und Frieden und über die Art des anzustrebenden Friedens steckt, so gar keine Aufmerksamkeit widmen und daß das dunkle Treiben der Scharfmacher, von ihnen ungestört und unbehelligt, sich immer dreister entfalten kann. Gerade wie sich die Sachlage herausgebildet hat, täte ein entschlossenes und einiges Vorgehen der Fraktion bitter not.

Eine Bemerkung, die mancherlei, was oben zu lesen, erklärt, wollen wir ohne Kommentar wiedergeben. Zu der Meldung von der Erkrankung des Staatssekretärs des Reichsmarineamtes Großadmirals v. Tirpitz bemerkt die „Tägliche Rundschau": „Die Wolffsche Meldung ist nicht amtlich. Sie kommt recht überraschend, weil von einer Erkrankung des Großadmirals, die natürlich Aufsehen erregen wird, bis jetzt niemandem etwas bekannt war."

Neues Wiener Tagblatt
15./III. 1916

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 14. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

12. März. In den höher gelegenen Abschnitten des Kriegsschauplatzes wird die Tätigkeit unsrer Truppen fortgesetzt durch das andauernde Unwetter behindert; der Schnee liegt an manchen Stellen mehr als zehn Meter hoch. Intensiv und wirksam gestaltete sich die Tätigkeit unsrer Artillerie an der ganzen Front vom mittleren Isonzo bis zum Meer. Einige Abschnitte der feindlichen Linien wurden beschädigt, die Verteidiger vertrieben und geschlagen und an mehreren Stellen die feindlichen Batterien zum Schweigen gebracht. In den Feuerpausen griff unsre Infanterie in tiefem Schnee und über schlammige Hänge die Stellungen des Gegners an und bombardierte sie mit Handgranaten. Herbeieilende Verstärkungsabteilungen dienten der Treffsicherheit unsrer Artillerie und dem rasenden Schnellfeuer unsrer Maschinengewehre zum Ziele.

Berner Bund
16. III. 1916

16

Zur Kriegslage

Die Offensive im Raume Verdun. Um den „Toten Mann". Die Linie Béthincourt-Cumières schwer gefährdet. Fortgang der Operationen. Steigende Erregung der Westfront. Angriffe der Italiener am Isonzo. Und die Russen?

Die Offensive im Raume Verdun hat westlich der Maas einen deutschen Fortschritt zur Folge gehabt, der der gestern vorgezeichneten Entwicklung entspricht. Konnte man gestern feststellen, daß auf dem linken Maasufer offenbar Béthincourt und die Position am „Toten Mann" beschossen werde, daß sich aber nicht sagen lasse, wann die Sturmreife eintrete, so ist heute nach der deutschen Meldung vom 15. März und der französischen Gegenmeldung vom gleichen Tage mit Sicherheit anzunehmen, daß die Position am „Toten Mann" ganz oder zum größeren Teil von den Deutschen erobert worden ist. Die französische Meldung gibt dies zu, indem sie die Verteidigungslinie westlich der Maas zwar auf Béthincourt-„Toter Mann"-Cumières festlegt, aber auch von Infanteriekämpfen bei Punkt 265, also bei der Position Mort Homme spricht. Halten die Franzosen noch einen Teil der Höhe, so ist diese damit doch angebrochen, dadurch die Stellung von Béthincourt flankiert und die ganze südwestlich streichende Verteidigungsstellung Béthincourt-Cumières, die letzte vor der permanenten Fortlinie, schwer gefährdet. Die Folgen werden sich wohl in den nächsten Tagen fühlbar machen.

Auf dem rechten Maasufer ringen die Artillerien weiter, ist also die Sturmreife noch nicht erzielt; aus den Meldungen spricht aber deutlich nicht nur die Fortsetzung, sondern auch der Fortgang der Operationen, und es wird daraus wohl auch dem Zweifler deutlich, daß es richtig war, zu sagen, es dürfe in keinem Falle von einem Steckenbleiben der Kämpfe gesprochen oder der Versuch gemacht werden, festzustellen, daß der Gipfelpunkt des Angriffes bereits erreicht, überstiegen oder die Offensive der Deutschen gescheitert sei. Diese bleibt im Gange, und auf beiden Seiten wird mit der Aufbietung der äußersten Kräfte gerungen.

Zu dem gestern besprochenen Gefecht an der Aisne-Front ist berichtigend nachzutragen, daß sich die Aktion im Abschnitt Craonelle-Berry-au-Bac nicht auf dem linken, wie gestern versehentlich geschrieben stand, sondern auf dem rechten Ufer abgespielt hat, was übrigens aus der Festlegung der Position deutlich hervorgeht. Diversionen von Belang haben seit gestern nicht mehr stattgefunden, doch ist die Tätigkeit auf der ganzen Westfront eine rege; auch die Engländer kamen in Bewegung und bombardieren Lens.

Die italienische Heeresleitung ist an der Isonzo-Front zu Angriffen geschritten, die nun nach einer Entlastungs-Offensive aussehen. Ob diese mehr der Ablenkung von der Position von Valona oder der von Verdun gilt, kann unentschieden bleiben, weil noch nicht erkennbar ist, inwiefern diese Offensive entlastend wirkt, so lange sie nur die längst dort festgelegten Kräfte fesselt. Wenn sie zu einem unmittelbaren strategischen Erfolgt, d. h. zum Durchbruch führte, läge die Sache anders. Eine noch so starke Beschäftigung der Oesterreicher ohne unmittelbare Auswirkung hat auf die Operationen im Westen keinen Einfluß, deshalb bleibt auch heute noch fraglich, ob es zu einer Entlastungs-Offensive langt (nicht gelangt, wie uns ein Druckfehler gestern sagen ließ). Die Italiener haben abermals am Doberdo- und Podgora-Hügel und im Becken von Flitsch angegriffen und scheinen entschlossen, große Opfer zu bringen. Von operativer Wichtigkeit wäre nun noch eine Offensive der Russen, doch ist diese aus Vorbereitungen noch nicht hervorgetreten. Erst sie würde in Kombination mit den italienischen Angriffen eine wirkliche Entlastungs-Offensive darstellen. Die allgemeine Lage ist infolge der Bedrängung der französischen Schulterstellung von Verdun unter schärfsten Druck gestellt — alle Fronten geraten in Tätigkeit.

H. St.

Neue Freie Presse
16./III. 1916

Eine Rede im preußischen Abgeordnetenhause für möglichst energische Kriegführung.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse".)

Berlin, 15. März.

Im preußischen Abgeordnetenhaus hielt in der Debatte über den Kultusetat der konservative Abgeordnete v. d. Osten eine Rede, in der er sich für eine möglichst energische Kriegführung aussprach. Er sagte:

„Wenn unsere Feinde uns als Hunnen und Barbaren verschreien, so verfolgen sie damit zweifellos einen bestimmten Zweck. Sie wollen, auf das deutsche Gemüt rechnend, unsere Kriegführung schwächen. Aber ich hoffe, daß doch die Erkenntnis bei uns durchdringen wird, daß unter Umständen die energischeste Kriegführung die humanste sein kann (lebhaftes Bravo rechts), daß die Politik, die so am schnellsten aus dem Meer von Blut und Unglück herausführt, zu dem unser altes Europa geworden ist, den wohlverstandenen humanen Interessen des Menschengeschlechts am besten dient." (Erneuter lebhafter Beifall rechts).

Frankfurter Zeitung 16./III. 1916

Preußisches Abgeordnetenhaus und auswärtige Politik.

N Berlin, 15. März. (Priv.-Tel.) Der Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses hat sich heute sehr eingehend mit der Frage befaßt, ob das Abgeordnetenhaus für die Behandlung der auswärtigen Politik des deutschen Reiches zuständig sei. Die Erörterungen, die für vertraulich erklärt wurden, waren so ausgedehnt, daß sogar die Plenarsitzung mit Rücksicht auf diese Kommissionsberatung verschoben werden mußte. Ueber das Ergebnis der Erörterungen wird folgender amtlicher Bericht mitgeteilt:

Die verstärkte Haushalts-Kommission des Abgeordnetenhauses beriet heute über das Schreiben des Reichskanzlers und Präsidenten des königlichen Staatsministeriums an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 12. Februar 1916, betreffend die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen durch das Abgeordnetenhaus. Der Berichterstatter Abg. Dr. Irmer begründete in seinem Referat die Zuständigkeit des Abgeordnetenhauses für die Erörterung auswärtiger Fragen und beantragte, folgenden Beschluß zu fassen:

„Das Haus der Abgeordneten hält gegenüber der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über die Stellung der preußischen Mitglieder des Bundesrates in solchen Fragen zu ersuchen."

Dazu war aus der Kommission abändernd beantragt, dem letzten Satz des Antrages folgende Fassung zu geben: „und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen."

Demgegenüber war aus der Mitte der Kommission beantragt: „Die Kommission wolle beschließen: die in dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten vom 12. Februar 1916 berührte Frage der Zuständigkeit des preußischen Abgeordnetenhauses zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reichs durch die hierüber in der Plenarsitzung vom 16. Febr. gemachten Bemerkungen des Herrn Präsidenten für erledigt zu erklären."

Der Staatsminister v. Jagow erklärte, daß nach der Stellung, die das Staatsministerium zu der vorliegenden Frage einnehme, er sich gegen den Antrag des Berichterstatters aussprechen müsse, dagegen gegen die Annahme des anderweit gestellten Antrages, die Sache durch die Erklärung des Präsidenten für erledigt zu erklären, Bedenken nicht habe.

Der letztgenannte Antrag wurde von der Kommission gegen vier Stimmen abgelehnt und darauf der abgeänderte Antrag des Berichterstatters in folgender Fassung mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen:

Das Haus der Abgeordneten hält gegenüber der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Rechte fest, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen.

Durch diesen Beschluß, den der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses mit der zu erwartenden Mehrheit gefaßt hat, wird die Streitfrage nicht beigelegt, denn dagegen hat der Reichskanzler nicht protestiert, daß sich der Ausschuß des Abgeordnetenhauses in seinen vertraulichen Beratungen mit den Fragen der auswärtigen Politik befaßt hat, im Gegenteil, in der Antwort des Reichskanzlers an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses wurde ausdrücklich gesagt, es sei erklärlich, daß die Kommission des Abgeordnetenhauses in so ernster Zeit die alle Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik vertraulich erörtert habe. Der Reichskanzler hat sich nur dagegen gewandt, daß durch die erfolgte Veröffentlichung des Beschlusses im In- und Auslande der Eindruck erweckt werden mußte, als habe die Kommission eine Einwirkung auf Fragen der auswärtigen Politik und auf die Anwendung bestimmter Kriegsmittel (es war ein uneingeschränkter und voll wirksamer U-Bootskrieg gegen England verlangt worden) ausüben wolle. Das hat der Reichskanzler als eine Ueberschreitung der Kompetenzen erklärt, zumal ein Ausschuß ja nur ein Organ des Hauses ist und nur diesem Vorschläge zu machen hat.

Die „Kreuzzeitung" wirft nun heute Abend die Frage auf, ob es nicht besser gewesen wäre, die Einmütigkeit des Deutschen Volkes nicht durch die Erörterungen einer staatsrechtlichen Meinungsverschiedenheit zu stören, und ob man nicht besser daran getan hätte, die sachliche Erörterung unter grundsätzlicher Rechtsverwahrung bis nach dem Kriege zu vertagen. Darin können wir dem konservativen Organ nur zustimmen, aber wir wollen doch darauf aufmerksam machen, daß nicht der Reichskanzler es gewesen ist, der diesen Meinungsstreit hervorgerufen hat, sondern daß dieser veranlaßt worden ist durch die entgegen der ursprünglichen Vereinbarung in der Kommission nachträglich wohl aus persönlichen und parteipolitischen Gründen veranlaßte Veröffentlichung des sich in der Tendenz gegen den Reichskanzler richtenden Beschlusses des Ausschusses.

Tägliche Rundschau 16./III. 1916

Preußisches Abgeordnetenhaus und auswärtige Politik.

Der verstärkte Staatshaushalts-Ausschuß des Abgeordnetenhauses beriet gestern über das Schreiben des Reichskanzlers und Präsidenten des königlichen Staatsministeriums an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses vom 12. Februar 1916, betreffend die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen durch das Abgeordnetenhaus. Der Berichterstatter Abg. Dr. Irmer begründete in seinem Bericht die Zuständigkeit des Abgeordnetenhauses für die Erörterung auswärtiger Fragen und beantragt, folgenden Beschluß zu fassen:

Das Haus der Abgeordneten hält gegenüber der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Recht fest, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über die Stellung der preußischen Mitglieder des Bundesrates in solchen Fragen zu ersuchen.

Dazu war aus dem Ausschuß abändernd beantragt, dem letzten Satz des Antrages folgende Fassung zu geben:

„und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen".

Demgegenüber war aus der Mitte des Ausschusses beantragt, dieser wolle beschließen:

die in dem Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten vom 12. Februar 1916 berührte Frage der Zuständigkeit des preußischen Abgeordnetenhauses zur Erörterung auswärtiger Angelegenheiten des Reiches durch die hierüber in der Vollsitzung vom 16. Februar gemachten Bemerkungen des Herrn Präsidenten für erledigt zu erklären.

Der Staatsminister v. Jagow erklärte, daß nach der Stellung, die das Staatsministerium zu der vorliegenden Frage einnehme, er sich **gegen den Antrag des Berichterstatters** aussprechen müsse, dagegen gegen die Annahme des anderweit gestellten Antrages, die Sache durch die Erklärung des Präsidenten für erledigt zu erklären, Bedenken nicht habe.

Der letztgenannte Antrag wurde vom Ausschuß gegen vier Stimmen abgelehnt und darauf der abgeänderte Antrag des Berichterstatters in folgender Fassung mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen:

Das Haus der Abgeordneten hält gegenüber der in dem Schreiben des Präsidenten des Staatsministeriums vom 12. Februar 1916 vertretenen Auffassung an seinem verfassungsmäßigen Recht fest, der königlichen Staatsregierung auch in auswärtigen Fragen seine Ansicht auszusprechen und um Auskunft über ihre Stellung im Bundesrate in dieser Frage zu ersuchen.

*

Bei dieser Entschließung darf der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses sicher sein, die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes für sich zu haben. Daran konnte schon kein Zweifel sein nach der Art, wie die Nation seinerzeit die Wahrung des vom Haushaltsausschuß eingenommenen Standpunktes durch den Präsidenten v. Schwerin-Löwitz mit dankbarem Beifall aufnahm. Tatsächlich hat der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses mit der Erklärung, welche die Veranlassung zu der Auseinandersetzung zwischen Ministerpräsident und Parlament und so auch zu der heutigen Entschließung wurde, das Gewissen der Nation gewahrt in einer Stunde, in der es für solche Gewissenswahrung infolge der zurzeit herrschenden Verhältnisse keine andere Möglichkeit und keine andere Stelle gab. Dessen werden wir dankbar eingedenk bleiben. Und deshalb freuen wir uns, werden allenthalben alle nationalen Kreise sich freuen, daß gerade in dieser von verhängnisvoller Entscheidung schweren Stunde das preußische Abgeordnetenhaus trotz Herrn v. Jagow mit erneutem Nachdruck erklärt, das Recht zu solcher Gewissenswahrung auch in Zukunft nicht aufgeben zu wollen. In der Tat ist das Recht und die Pflicht einer Volksvertretung zur Wahrung ihrer elementarsten moralischen Interessen mindestens so wichtig und letzten Endes wichtiger als Recht und Pflicht zur Vertretung ihrer materiellen Interessen. Wir freuen uns deshalb der überwältigenden Mehrheit, womit der Ausschuß des Abgeordnetenhauses trotz des Sträubens des Regierungsvertreters sich auf diesen Standpunkt gestellt hat.

Kriegskalender.

9. März: Im Abschnitte des Col di Lana und am San Michele lebhaftere Artilleriekämpfe. — Vor Verdun erobern die Deutschen das Dorf und die Panzerfeste Vaux nebst zahlreichen anschließenden Befestigungen des Gegners. — Deutschland erklärt Portugal den Krieg. — Mexikanische Banden greifen die Stadt Columbus an; amerikanische Kavalleristen vertreiben die Angreifer und verfolgen sie über die mexikanische Grenze. — Graf Bernstorff überreicht dem Staatssekretär Lansing eine neue, umfangreiche Denkschrift Deutschlands über den U-Boot-Krieg.

Deutschland und Bulgarien.

Die Ansprachen bei der Antrittsaudienz des Grafen Oberndorff.

Sofia, 15. März.

Die Agence Telegraphique Bulgare meldet:

Bei der gestrigen Uebergabe seiner Beglaubigungsschreiben hielt Graf Oberndorff folgende Rede:

„Eure Majestät! Dem Befehle Seiner Majestät des Kaisers und Königs, meines Allerhöchsten Herrn, entsprechend, habe ich die Ehre, Eurer Majestät mit dem Schreiben, das meinen Vorgänger von seinem hiesigen Posten abberuft, das Allerhöchste Handschreiben zu überreichen, das mich selbst als Gesandten bei Eurer Majestät erhabener Person beglaubigt.

Eure Majestät! In einem entscheidenden Augenblick der Weltgeschichte, da die Waffen das Schicksal der Nationen bestimmen, haben Worte nur schwachen Klang. Dennoch wollen Eure Majestät mir vergönnen, dem Gefühle hoher Freude Ausdruck zu geben, das mich heute beseelt. Keine höhere, keine schönere Aufgabe konnte mir werden, wie die, Kaiser und Reich bei dem sieggekrönten Herrscher eines uns enge befreundeten und verbündeten Volkes zu vertreten, eines Volkes, das, unserem Wesen in vielem verwandt, unter Eurer Majestät glorreicher Führung so Bewundernswertes leistet, eines Volkes, dessen Heldensöhne Schulter an Schulter mit unseren tapferen Truppen für die gleichen hohen Ziele in heißen und glorreichen Schlachten ihr Blut vergießen. Ich bin mir bewußt, den Willen meines erhabenen Souveräns zu erfüllen, wenn ich alle meine Kraft daran setze, den Freundschaftsbund, der das Deutsche und das Bulgarische Reich verknüpft und der in der persönlichen Freundschaft beider Herrscher einen so schönen Ausdruck findet, ständig zu pflegen und zu stärken. Und ich wage zu hoffen, daß ein solches Streben mir auch Eurer Majestät gnädiges Vertrauen verdienen möge. Gott segne und schütze Eure Majestät, das königliche Haus und das edle bulgarische Volk!“

König Ferdinand antwortete:

„Eure Exzellenz! Mit hoher Befriedigung nehme ich das Allerhöchste Handschreiben entgegen, mit welchem Seine Majestät der Kaiser Eure Exzellenz als Gesandten bei mir beglaubigt haben. Zugleich nehme ich Kenntnis von der Abberufung Ihres Vorgängers vom hiesigen Posten.

Ich bin tief gerührt von den ebenso ergreifenden als bedeutungsvollen Worten, mit welchen Eure Exzellenz der Freude darüber Ausdruck geben, in einem entscheidenden Augenblick der Weltgeschichte das mächtige Deutsche Reich und seinen erhabenen Herrscher, meinen teuren Freund, im verbündeten Bulgarien zu vertreten und ich danke Eurer Exzellenz gleichzeitig für die edlen Gefühle, welche Sie für mein Volk und meine Armee hegen. Die Aufgabe Eurer Exzellenz, den Freundschaftsbund, der das Deutsche Reich und Bulgarien verknüpft und der in dem persönlichen vertrauensvollen Verhältnis seiner Herrscher gipfelt, ständig zu pflegen und zu stärken und ihn als kostbares Gut in die segenbringenden Zeiten des Friedens einst hinüberzugeleiten, entspricht auch vollkommen meinen und meiner Regierung Intentionen. Es wird eine angenehme Pflicht für mich und meine Regierung sein, Eurer Exzellenz in Ihrem in diesem Sinne gerichteten Streben unsere warme Mitwirkung und unseren steten Beistand zu leisten, um dadurch Ihre Mission glänzenden Erfolgen entgegenführen zu können.

Ich freue mich aufrichtig über die mir persönlich so sympathische Wahl Seiner Majestät des Kaisers, Ihres Allergnädigsten Herrn, und heiße Eure Exzellenz bei uns herzlich willkommen.“

Hierauf unterhielt sich der König längere Zeit mit dem Grafen Oberndorff, der nach seiner Audienz beim König der Königin vorgestellt wurde und abends an dem zu Ehren der bayrischen Mission gegebenen Diner teilnahm.

* * *

Im Verlaufe des gestern abends im königlichen Palaste stattgefundenen Mahles hielt G. d. J. Haag einen Toast, in dem er den hervorragenden Eigenschaften der bulgarischen Armee hohes Lob zollte.

In seiner Erwiderung sagte König Ferdinand: „Eure Exzellenz! Es ist mir eine ganz besondere Freude, Eure Exzellenz als außerordentlichen Abgesandten Sr. Majestät des Königs von Bayern bei mir begrüßen zu können als Ueberbringer der Insignien des Großkreuzes des bayrischen Militär-Max-Josef-Ordens. Diese für mich außergewöhnliche Ehrung seitens Sr. Majestät des Königs Ludwig hat mich tief gerührt, sowohl um meiner vielseitigen verwandtschaftlichen Beziehungen zum Hause Wittelsbach als auch um des warmen Interesses willen, das Se. Majestät, Ihr oberster Kriegsherr, für meine Armee im Laufe unseres Feldzuges bekundet haben, deren Erfolgen Se. Majestät stets die größte Anerkennung zollten, eine Anerkennung, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der gnädigen Verleihung dieses höchsten bayrischen, von traditionellen militärischen Tugenden erfüllten Kriegsordens fand. Auch meine Armee ist stolz darauf, an der Seite von Bayerns Heldensöhnen, deren Tapferkeit geradezu vorbildlich geworden ist, kämpfen zu können. Die idealen Ziele, für die unsere im Felde stehenden Soldaten ihr Blut vergießen, haben ihre Grundlage nicht allein in der Gemeinsamkeit beiderseitiger Interessen, sondern beruhen hauptsächlich auf den gegenseitigen Gefühlen der Achtung, der Freundschaft und des Vertrauens. Möge es unseren braven Truppen vergönnt sein, zu den bisherigen glänzenden Erfolgen noch weitere hinzuzufügen bis zur Erlangung einer dauernden, segensvollen Friedenszeit. Ich erhebe mein Glas und trinke auf das Wohl der heldenmütigen bayrischen Armee, des edlen bayrischen Volkes und seines erlauchten Führers, Se. Majestät der König von Bayern, hurra!“

Fremdenblatt 16. III. 1916

Der Papst gegen politische Predigten.

Am Beginn der Fastenzeit empfing Benedikt XV. nach altem Brauch die Fastenprediger und Pfarrer Roms in feierlicher Audienz im Konsistorialsaal. Der Papst ging in seiner Ansprache von dem Segensspruche aus, den der Diözesanbischof an den Fastenprediger richtet, den Herrn nicht allein im Herzen, sondern auch auf den Lippen zu haben. Das besage ein positives und negatives Gebot. Der Prediger soll vom Herrn und über nichts anderes reden. Zu tadeln seien jene, die auf der Kanzel nichtkirchliche Gegenstände behandeln, oder die kirchlichen Dinge mit weltlichen verquicken; so könnte es geschehen, daß die Gläubigen hingingen, ihren Worten zu lauschen, mehr um die politische Meinung des Geistlichen kennen zu lernen, als um die Wahrheit des Glaubens zu erfahren. Um sich von diesen Fehlern fern zu halten, haben die Prediger Gott zu verkündigen und nicht sich selbst. Nur so konnten sie vermeiden, daß sich bei politischen Meinungsverschiedenheiten wiederhole, was der Apostel Paulus bei der Gemeinde von Korinth klage, daß jeder von sich sage: Ich bin des Paulus; ich aber des Apollo; ich hinwieder des Kaiphas, ich aber bin Christi. Nicht die Person dessen, der predige, sondern nur Christus müsse auf den Lippen dessen sein, der sich zu diesem geistlichen Amte anschicke. Der Prediger solle nicht irgend welches Evangelium, sondern das von Gott verkünden. Und wie dies verkündigt werden soll, sei aus den Worten: würdig, angemessen und fruchtbringend zu entnehmen.

Fremdenblatt 16.III.1916

Rücktritt des Staatssekretärs Tirpitz

K. Berlin, 15. März. Das Wolffsche Bureau meldet: Wie wir hören, hat Staatssekretär des Reichsmarineamtes v. Tirpitz seinen Abschied eingereicht.

Zu seinem Nachfolger ist Admiral v. Capelle in Aussicht genommen.

Der Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz von der Leitung des Reichsmarineamtes vollzieht sich in vollen Ehren für den Organisator der deutschen Flotte. Es ist sein von allen Seiten anerkanntes historisches Verdienst, die deutsche Marine zu dem hochwertigen Instrument gemacht zu haben, als das sie sich im Kriege bewiesen hat. Das Ausscheiden des Großadmirals wird deshalb voll Dankbarkeit für seine Person überall bedauert.

In der Wahl seines Nachfolgers erblickt man die Gewähr, daß in der Schärfe der Seekriegführung nichts geändert wird. Admiral v. Capelle war der Mitarbeiter des Herrn v. Tirpitz seit der ersten Flottenvorlage, hat seit langen Jahren als seine rechte Hand gegolten und ist mit allen Aufgaben der Marine aufs genaueste vertraut. Seine organisatorischen Fähigkeiten werden hochgeschätzt. In der Marine genießt er großes Vertrauen. Wenn Admiral von Capelle die Nachfolge des Herrn v. Tirpitz antrat, bedeutet dies demnach die unveränderte Fortsetzung des bewährten Systems der bisherigen Marineleitung, insbesondere bedeutet es, daß der Unterseebootkrieg gemäß der den Neutralen in der bekannten Denkschrift gemachten Ankündigung fortgeführt werden wird.

* * *

Deutscher Reichstag.

K. **Berlin**, 15. März. Der Reichstag ist wieder zusammengetreten.

Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, in der er auf den Heldenmut und die Kampfesfreudigkeit der braven Truppen hinweist, die im Westen die Front der Feinde erschüttern. Der Präsident hebt die glänzenden Taten und die glückliche Heimkehr der „Möve" hervor, die den Beweis geliefert habe, daß sie sich würdig messen könne mit den kühnsten Seefahrern aller Zeiten und aller Völker. Der Präsident entbietet den Truppen und Führern zu Wasser und zu Lande sowie den Truppen der Verbündeten dankbarsten Gruß (Beifall) und betont die Pflicht der in der Heimat Gebliebenen, durch den Erfolg der neuesten Kriegsanleihe den Beweis der ungebrochenen finanziellen Kraft des Deutschen Reiches zu führen.

Der Präsident schließt: Wenn in dem gewaltigen, bald zwei Jahre wütenden Kriege einzelne Schwierigkeiten sich uns entgegenstellen, haben wir den festen Willen, sie zu überwinden. Wir haben das feste und unerschütterliche Vertrauen, daß die Kraft, die durch diesen einmütigen Willen des Volkes begründet ist, ausreichen wird, alle Schwierigkeiten hinwegzuräumen. (Beifall.)

Das Haus erledigt sodann kleinere Vorlagen, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Nächste Sitzung morgen. Tagesordnung: Erste Lesung des Etats und der Steuervorlagen.

Politische Erörterungen am Schlusse der nächsten Woche.

Der Seniorenkonvent beschloß, die Plenarsitzungen nach der morgigen Sitzung, in der der Schatzkanzler den Etat und die Steuervorlagen begründen wird, bis nächste Woche Mittwoch zu vertagen. Das Communiqué des Seniorenkonvents erklärt, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die beiden letzten Tage der nächsten Woche zur Erörterung hochpolitischer Fragen bestimmt werden.

Italienische Kammer.

Die Stellung des Vatikans.

K. Zürich, 15. März. In der gestrigen Sitzung der italienischen Kammer stellte der Reformist Altobelli die Anfrage, ob die Regierung nicht zu den kürzlichen vatikanischen Aeußerungen in Angelegenheit der Freiheit und der Unabhängigkeit des Papstes bei der Ausübung seines Amtes öffentlich Stellung nehmen wolle.

Der Vertreter des Justizministers erwiderte: Die Regierung erachtet es weder für notwendig noch für zweckmäßig, die gewünschte öffentliche Erklärung abzugeben.

Hierauf erklärte Deputierter Altobelli unter vielfachen Unterbrechungen seitens der äußersten Rechten und der Klerikalen, daß es ihm notwendig erscheine, zu verhindern, daß man die historisch und politisch für immer liquidierte Frage der Beziehungen zwischen Italien und dem Vatikan wieder belebe. Redner verlangte von der Regierung, daß sie zu der Frage der eventuellen Teilnahme eines Vertreters des Papstes am Friedenskongresse Stellung nehme sowie für den Fall, daß eine solche Teilnahme unterbleibe, auch die Möglichkeit praktisch ins Auge fasse, daß der Friedenskongreß auf Verlangen der Feinde Italiens die sogenannte römische Frage zu erörtern suche.

Keine weiteren Abenteuer.

Hierauf wurde die wirtschaftliche Debatte fortgesetzt. Deputierter Ruini (radikal) erörterte die Irrtümer und Versäumnisse der Regierung sowie die Notwendigkeit ausgiebiger Unterstützung seitens der reicheren Verbündeten und der Unterdrückung der Einfuhr von Luxusartikeln. Redner führte aus, daß die Regierung bei der Getreideversorgung, welche noch immer nicht ausreichend sei und neuerdings durch die Unterseeboote bedenklich gefährdet werde, über 200 Millionen Lire unnötig an das Ausland eingebüßt habe. Namens der radikalen Partei müsse Redner betonen, daß die Bevölkerung von Unbehagen erfüllt sei, das vielleicht durch die Empfindung mitverursacht sei, daß der Krieg wirksamer geführt werden könnte. Auch die Radikalen wünschen indessen keine weiteren Abenteuer, welche gefährlich werden könnten, sondern ein durchaus realistisches Verhalten, das konkret mit den technischen und militärischen Möglichkeiten rechnet. Die Radikalen wünschen von der Regierung mehr Wärme und erachten es daher für gut, daß alle nationalen Strömungen an der Regierung beteiligt werden. Gewiß fürchte die Kammer selbst den Anschein einer Schädigung des Krieges durch eine Krise, aber die Regierung täte dennoch gut, weitere parlamentarische Energien in sich einzubeziehen. Dann werde die nationale Eintracht vollkommen und ein schönes Gegenstück zu den Frühjahrstaten auf dem Kriegsschauplatze sein.

Deputierter Ciriani (klerikal) stellte fest, daß die wirtschaftliche Lage auf die internationalen Verhältnisse einen Einfluß ausübe, weiters, daß die Regierung in ihren Maßnahmen ziemliche Unsicherheit gezeigt habe, daß aber schließlich Parlament und Volk jetzt alles zurückstellen müssen, um den Sieg anzustreben.

Getreide und Kohle.

Deputierter Dugoni (Sozialist) kam wieder auf die Angelegenheit der Kornversorgung zu sprechen und hob hervor, daß die Regierung jetzt das Korn im Auslande mit 60 Lire für den Doppelzentner bezahlen müsse und bei den Festsetzungen der Maximalpreise im Inlande Täuschungsmanöver ausführe, vermöge deren die Oeffentlichkeit von der Teuerung nicht unterrichtet werde und der Staat insgeheim beträchtliche Zuschüsse mache. Ferner gehe aus der amtlichen Statistik hervor, daß die Regierung in den letzten zehn Monaten 989 Millionen Lire für Kohlen an England bezahlte, während in den vorhergegangenen zehn Monaten für eine größere Kohlenmenge nur 247 Millionen gezahlt wurden. Der Sondergesandte Italiens in London habe nichts gebessert. Die sozialistische Partei halte daran fest, daß für Italien der Krieg keine Notwendigkeit gewesen und daß er schlecht vorbereitet und noch schlechter geführt worden sei. Daher wünsche die Partei Redners keinerlei Verschleierung oder Verwischung der Verantwortlichkeit der Regierung und der interventionistischen Parteien, die trotz der Länge des Krieges und der gewaltigen Steigerung der Belastung, welche Italien durch Valona und Libyen erwachse, den Krieg gar noch zugunsten Frankreichs ausgedehnt sehen möchten.

In Erwiderung auf einen Zwischenruf erklärte Redner, zur Preßtribüne gewendet, daß die Journalisten nationalistischer Observanz besser daran täten, in die Schützengräben zu gehen, und daß sie jedenfalls als Soldempfänger von Ministerien hier kein Recht zur Einsprache haben.

Italien und die Zentralmächte.

Deputierter Scialoja (liberal) ersuchte, die industrielle und kommerzielle Gesetzgebung abzuändern. Er vermißte ein wirtschaftspolitisches Programm der Regierung und empfahl, das Problem der Handelsverträge bereits jetzt zu studieren und alle Möglichkeiten praktisch ins Auge zu fassen, zumal ein Viertel der Einfuhr sowie der Ausfuhr Italiens auf die Zentralmächte entfallen sei und der Großteil der italienischen Produktion schwerlich anderweitig unterzubringen wäre.

Deputierter Giacomo Ferri (Sozialist) zollte als Offizier der Tüchtigkeit der italienischen Soldaten warmes Lob, verlangt aber als Parlamentarier, daß die Kammer mit Heuchelei und Zweideutigkeit aufhöre und auf die Drohungen, die Salandra unter Hinweis auf die Krone auszusprechen gewagt habe, angemessen reagiere. Zweifellos müßte Salandra, wenn jeder Deputierte gemäß seiner politischen Ueberzeugung anstatt aus Opportunitätsgründen abstimmen würde, ohneweiters die Regierung verlassen. Die Regierung habe allenthalben eine Mißwirtschaft getrieben und selbst den Reis, der im Lande massenhaft vorhanden sei, verteuern lassen. Daher spreche Redner der Regierung sein vollkommenes Mißtrauen aus.

Tagesordnungen.

Unter den vielen Tagesordnungen, welche Deputierte zur gegenwärtigen Debatte eingebracht haben, sind hervorzuheben diejenige des Deputierten Enrico Ferri, welche besagt, die Kammer erachte eine Wirtschaftspolitik für notwendig, welche den nationalen und internationalen Bedingungen und den Erfordernissen des italienischen Lebens besser entspreche, ferner diejenige des Deputierten Ciccotti, welche besagt, die Kammer halte eine organischere und sicherere Ausübung der Regierung sowie eine lebhaftere Fühlungnahme mit dem Volke für notwendig, dessen Energien für die bürgerlichen und militärischen Anforderungen des Krieges auszunützen sind, endlich diejenige des gewesenen Ministers Bettolo, welche besagt, die Kammer vertraue, daß die Regierung in klarer Erkenntnis der höchsten Interessen des Landes die schwere Aufgabe erfüllen werde, welche ihr in weitherzigem Vertrauen gestellt worden sei.

Berichte der feindlichen Generalstäbe.

Wien, 15. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet:

Italien.

13. März. In der Alpenzone unternahmen unsre Skiläufer kühne Streifzüge. Heftige Feuerangriffe fanden statt beim Zusammenfluß der beiden Lenobäche (Val Lagarina), auf der Tofana (oberes Boltetal) und in den Popena- und Rimbiancotälern (Rienz). An der Isonzofront behinderten unaufhörlicher Regen und Nebel während eines großen Teiles des Tages die Tätigkeit der Artillerie; am Nachmittag jedoch wurde die Kanonade mit Heftigkeit, ganz besonders im Abschnitt von Plava, wieder aufgenommen. Nach der üblichen Vorbereitung brachen trotz der Schwierigkeiten des Geländes, welches durch die Unwetter ungangbar geworden war, Abteilungen Infanterie an mehreren Abschnitten gegen die feindlichen Stellungen vor, wobei sie durch Maschinengewehre und kühne Abteilungen, welche Bomben warfen, unterstützt wurden, und erweiterten ihr Zerstörungswerk in den feindlichen Verteidigungsanlagen in der Richtung gegen die Kirche von San Martino. Große Explosionen, durch unsre Bomben hervorgerufen, wurden beobachtet.

Auch der Gegner entwickelte gestern an der ganzen Front eine lebhaftere Tätigkeit.

Rußland.

13. März. In der Gegend von Riga gewöhnliches Gewehrfeuer und Tätigkeit der Aufklärer. Ein deutsches Panzerautomobil, welches versuchte, unsre Gräben mit seinem Maschinengewehr zu beschießen, wurde durch Artillerie verjagt. Während eines Artilleriekampfes in der Gegend von Uexküll beobachteten wir explodierende Treffer unsrer Geschosse in den feindlichen Batterien und in den Gruppen der Deutschen, die versuchten, sich dem Dorfe Borkowitz zu nähern. Im Abschnitt von Jakobstadt beschossen die Deutschen den Bahnhof Neu-Selburg. In der Umgegend von Tannenfeld und an der Front von Dünaburg lebhaftes Artilleriefeuer, Gewehrfeuer und Bombenwerfen.

In der Gegend südöstlich von Kolki und in Galizien an der mittleren Strypa mehrere glückliche Treffen mit feindlichen Patrouillen; ein feindlicher Posten von 30 Mann wurde ganz gefangen.

14. März. An der Front von Riga lebhaftes Feuer südlich des Babit-Sees. In einem Unterabschnitt dieser Front zerstörte ein lettischer Truppenteil die künstlichen Hindernisse des Feindes, drang in die Gräben ein und machte die überraschte Besatzung mit dem Bajonett nieder. Er kehrte wohlbehalten zurück.

Südöstlich des Dorfes Podkamien (11 Kilometer nordwestlich von Nowo-Alexsiniec) und an der mittleren Strypa operierten unsre Patrouillen weiter erfolgreich gegen die feindlichen Posten und machten wiederum Gefangene.

Frankreich.

14. März, 3 Uhr nachmittags. Westlich der Maas war das Artilleriefeuer nachts ziemlich heftig. Am rechten Ufer wurde eine starke feindliche Erkundungsabteilung im Walde von Haudremont durch Sperrfeuer aufgehalten. In der Gegend Damloup und Vaux andauernd heftige Beschießung.

In der Woevre lebhafte Tätigkeit beider Artillerien, insbesondre im Abschnitt von Eix. Im übrigen kein bedeutendes Ereignis.

Im Priesterwalde wurde eine deutsche Abteilung, die einen Handstreich gegen unsre Gräben bei Croix des Carmes versuchte, mit Gewehrfeuer empfangen und zersprengt. Sie ließ einige Tote auf dem Gelände zurück.

Auf den übrigen Fronten verlief die Nacht ruhig.

11 Uhr nachts. Nördlich der Aisne versuchten die Deutschen dreimal in unsre Gräben am Rande nordwestlich des Buttewaldes einzudringen. Keiner dieser Versuche hatte Erfolg.

In den Argonen war unsre Artillerie im Abschnitt von Four de Paris erfolgreich, wo ein Munitionsdepot zur Explosion gebracht wurde; ebenso wurden die Eisenbahn- und Verbindungslinien in der Gegend Montfaucon-Avocourt beschossen.

Westlich der Maas verdoppelte sich die heftige Beschießung mit großkalibrigen Granaten auf unsre Stellungen bei Bethincourt-Cumières. Am Nachmittag entwickelten die Deutschen einen sehr starken Angriff in diesem Abschnitt, der jedoch auf der ganzen Front unter ernsten Verlusten zurückgewiesen wurde. Nur an zwei Punkten unsrer Gräben zwischen Bethincourt-Morthomme vermochte der Feind Fuß zu fassen.

Oestlich der Mosel und in der Woevre war die Artillerietätigkeit während des übrigen Tages sehr lebhaft. Keine Infanterieunternehmungen. Nördlich St. Mihiel haben unsre Batterien wichtige Lager des Feindes im Walde Heudicourt beschossen und eine große Feuersbrunst auf dem Bahnhof und in den Niederlagen von Lamarche in der Woevre hervorgerufen.

In Lothringen wurden feindliche Abteilungen nordöstlich Delme beschossen.

In den Vogesen herrschte lebhafte beiderseitige Artillerietätigkeit im Abschnitte Chapelotte und im Tale von Thun. Durch Handstreiche auf die feindlichen Gräben bei Stoßweiher und Carsbach gelang es uns, ungefähr 60 Gefangene und ziemlich wichtiges Material ohne Verluste unsrerseits zu erbeuten.

Sechs Flugzeuge der ersten Beschießungsgruppe und fünf Flugzeuge mit Doppelmotoren warfen 42 großkalibrige Bomben auf den Bahnhof Brieulles ab.

In der Gegend von Verdun wurden heute sehr zahlreiche Luftkämpfe geliefert. Drei deutsche Flugzeuge wurden durch die unsrigen über den deutschen Linien glatt abgeschossen. Eines von unsren Flugzeugen wurde östlich Lure durch vier feindliche Flieger angegriffen und nahm den Kampf an, wobei es ihm gelang, einen seiner Gegner zum Absturz zu bringen, der in der Gegend Cernay niederfiel. Unser Flugzeug kehrte unbeschädigt in unsre Linien zurück.

Belgischer Bericht.

Ziemlich lebhafte gegenseitige Artillerieunternehmungen an verschiedenen Stellen unsrer Front, besonders bei Dixmude und Steenstraate.

Die Anstifter des italienischen Treubruchs.

Von Dr. Otto Kuntzemüller, Berlin-Schöneberg.

1) Die Kriegstreiberei der italienischen Freimaurerlogen.

Auf die Frage, wer Italien zur Trennung vom Dreibunde und zum Uebertritt in das gegnerische Lager angestiftet habe, hat, wie ein Berliner Blatt kürzlich berichtete, ein geistlicher Herr in Rom, „der seit mehr als einem Menschenalter mit den vatikanischen Kreisen in unmittelbarer Fühlung steht und über alle Vorgänge und Stimmungen auf das beste unterrichtet ist," erwidert:

„Die Logen sind schuld, ganz zweifellos. Man sieht es schon daraus, daß einer der wüstesten Kriegstreiber der französische Botschafter Barrère war, der eine sehr hervorragende Stellung im „Großen Orient" einnimmt."

Tatsächlich liegen urkundliche Beweise dafür vor, daß der Großorient von Italien, dessen Großmeister eine geradezu unumschränkte Herrschaft über die Freimaurerlogen des Apenninenreiches und deren Mitglieder ausübt, schon im Anfang des Krieges die Wühlarbeit gegen den Dreibund und für die Teilnahme Italiens am Kriege zur „Wiedererlangung seiner natürlichen Grenzen" begonnen hat.

Unterm 6. September 1914 erging ein Geheimerlaß des Großmeisters des Großorients von Italien, Br. Ettore Ferrari, an die italienischen Freimaurerlogen, der mit den Worten beginnt:

„Damals als sich die Wolken am Himmel Europas schon drohend verdichteten, als aber noch nicht völlig die Hoffnung verloren war, daß ein unglückseliger und grauenvoller Krieg vermieden werden könnte, versprach ich Ihnen, sobald ernste Ereignisse herangereift sein würden, neue Worte des Rates und der Ermahnung."

Der Inhalt des hier angedeuteten, angesichts der aus dem österreichisch-serbischen Streitfall drohenden Kriegsgefahr, also etwa Ende Juli 1914 ergangenen großmeisterlichen Runderlasses ist nicht bekannt, dürfte sich aber wohl, wie aus dem weiteren Wortlaut des Schriftstückes hervorzugehen scheint, auf die Haltung Italiens gegenüber einem etwaigen Kriege zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien bezogen haben. Die den angeführten Einleitungsworten des Geheimerlasses folgenden Absätze lauten nämlich:

„Die Ereignisse überstürzten sich, und Europa wird zurzeit von einem Riesenkampfe zerfleischt, wird zerklüftet von einem letzten Kampfe äußerster Anspannung, der entbrannt ist zwischen einem nach Eroberungen und Vorherrschaft strebenden Imperialismus und denen, die die Unabhängigkeit der Völker, den Nationalitätsgedanken und die höchsten Rechtsgrundsätze verteidigen.

Bei diesem Kampfe ist Italien noch Zuschauer, aber diese Haltung kann nicht bedeuten, daß es untätig, ängstlich oder seiner Interessen uneingedenk erscheinen wolle, daß es seiner Sehnsüchte oder seiner Ueberlieferungen und der wichtigsten Grundsätze seines bürgerlichen und politischen Lebens vergäße, im Namen derer es seine nationale Einigung erlangt und ein halbes Jahrhundert lang der Arbeit innerer Stärkung und des Fortschritts gelebt hat."

Hieraus könnte man schließen, daß die „Worte des Rates und der Ermahnung", die Großmeister Ferrari vor seinem Geheimerlaß vom 6. September 1914 den italienischen Freimaurern erteilt hat, die Frage betrafen, ob für Italien, falls

Tägliche Rundschau 26. Juni 1916 21

Tägliche Rundschau

16. III. 1916

Die deutsch-madjarische Freundschaft.

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 14. März wurde durch den Abgeordneten Aronsohn ein Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei eingereicht, wonach die Staatsregierung ersucht werden soll, an der Universität Berlin baldigst einen Lehrstuhl für madjarische Sprache und ungarische Geschichte einzurichten. Der Antrag wurde auch vom Redner der Nationalliberalen, Dr. v. Campe, unterstützt, indem dieser darauf hinwies, der Antrag könne „zu der wohlbegründeten Anerkennung Ungarns als des einen gleichberechtigten Teils der österreichisch-ungarischen Monarchie beitragen". Auch der Kultusminister, Herr v. Trott zu Solz, äußerte sich zu der Sache: der Antrag „gebe eine Gelegenheit, von unsern Freunden, der edlen ungarischen Nation, zu sprechen". Der Minister fügte noch die Bemerkung hinzu: „Ich stehe dem Antrag sympathisch gegenüber und würde ihm gerne nähertreten, da ich weiß, daß man in Ungarn ein derartiges Vorgehen begrüßen würde. Die Zeitverhältnisse gestatten aber die Errichtung ordentlicher Lehrstühle nicht, wohl könnte aber ein Extraordinariat in Frage kommen."

Die Angelegenheit ist einige Tage vorher im ungarischen Reichstag verhandelt und der Antrag auf Förderung der Sache durch die ungarische Regierung dort natürlich allseitig lebhaft unterstützt worden. Die Art der Behandlung dieser Frage im preußischen Abgeordnetenhaus wird gewiß unter den Madjaren große Freude erregen, da sich hierin ein sehr weitgehendes Entgegenkommen den madjarischen Wünschen gegenüber bekundet. Dem Madjarentum wird durch diesen Vorgang, wenn es sich dabei auch nur um ein Extraordinariat handeln sollte, ein höchst ehrenvoller Platz an der ersten Bildungsstätte des Deutschen Reiches eingeräumt werden. Es liegt aber auch im reichsdeutschen Interesse, daß von dieser Stelle aus die akademische Jugend über die innerungarischen Verhältnisse genauer unterrichtet werde, als es bisher geschah. Erhält nur die geeignete Persönlichkeit den Lehrauftrag für ungarische Geschichte, so kann es nicht fehlen, daß auch die Kenntnis über die Geschichte des ungarländischen Deutschtums und dessen Bedeutung für den ungarischen Staat hierzulande in weitere Kreise dringt; die künftigen Verbindungen des Deutschen Reichs mit dem näheren Orient lassen solche Kenntnis außerordentlich wünschenswert erscheinen. Und die Bekanntschaft mit der madjarischen Sprache wird das quellenmäßige Studium der ungarischen Geschichte als nahezu völlig neues Arbeitsgebiet für die deutsche Wissenschaft eröffnen. Vielleicht wird dadurch auch Veranlassung gegeben zur Errichtung eines Lehrstuhls für spezifisch österreichische Geschichte, da diese von der ungarischen Geschichte doch schlechtweg nicht zu trennen ist und Oesterreich ja auch ein Anrecht hat auf „Anerkennung als gleichberechtigter Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie".

Auch in Wien ist vor einigen Monaten den Madjaren eine besondere Liebenswürdigkeit erwiesen worden, indem durch einen Landesschulrats-Erlaß den Direktoren der dortigen deutschen höheren Schulen empfohlen wurde, wahlfreien madjarischen Unterricht in den Oberklassen der Gymnasien und Realschulen einzurichten, zu diesem Zweck sich nach geeigneten Lehrkräften umzusehen und durch Umfrage unter den Schülern den Bedarf festzustellen. Auch hier wird also ein Weg der Verständigung und des gegenseitigen Verstehens gesucht.

Die Deutschen in Ungarn verfolgen diese Vorgänge mit gespannter Anteilnahme. Sie glauben nämlich annehmen zu dürfen, daß dies Entgegenkommen zwischen dem eng verbündeten Deutschtum und Madjarentum nicht einseitig bleiben werde. Bekanntlich sind in Ungarn noch zwei Millionen Deutsche ohne deutsche Schule, obwohl das ungarische Nationalitätengesetz (§ 17) es dem Staat zur Pflicht macht, „in den Staatsschulanstalten nach Möglichkeit dafür Sorge zu tragen, daß die in größeren Massen zusammenlebenden Staatsbürger jedweder Nationalität des Vaterlandes in der Nähe der von ihnen bewohnten Gegend sich in ihrer Muttersprache bis zu dem Punkte ausbilden können, wo die höhere akademische Bildung anfängt". Jetzt ist der allerbeste Zeitpunkt für die Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmung gekommen. Graf Tisza hat noch am 20. Februar 1914 im ungarischen Abgeordnetenhause den Zustand als „unhaltbar" bezeichnet, daß in einzelnen ungarischen Landesteilen die Schüler nicht Madjarisch können, der Lehrer aber nur Madjarisch und die Nationalitätensprache nicht versteht" und infolgedessen „ein erfolgreicher Unterricht überhaupt unmöglich gemacht wird". Der ungarische Ministerpräsident setzte wörtlich hinzu: „Dieser Zustand hat insbesondere auch in dem sonst durchaus staatstreuen Deutschtum in Ungarn zu einer versteckten Unzufriedenheit geführt, welche die deutsche Bevölkerung in einen eigentümlichen seelischen Widerspruch mit ihrer angeborenen Staatstreue bringt." Die ungarische Regierung ist nun in der angenehmsten Lage, die Freundlichkeiten, die sie von Berlin und von Wien erfahren hat, an den deutschen Volksgenossen in Ungarn durch Errichtung deutscher Schulen zu vergelten. Das wäre ein neues ausgezeichnetes Unterpfand für die Befestigung der deutsch-madjarischen Freundschaft!

Lutz Korodi.

Vossische Zeitung

16./III. 1916.

Eine Hetzrede Liebknechts.

27. Sitzung, Donnerstag, 16. März.

Am Ministertische: v. Trott zu Solz.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Die zweite Lesung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Kapitel höhere Lehranstalten.

Abg. **Dr. Liebknecht** (Soz.): Der Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist im wesentlichen in dem Klassencharakter, der Ungleichheit in der Erziehung begründet. Die besondere Art des preußischen Klassenstaates mit seinem Dreiklassenwahlrecht findet seinen Ausdruck in dem Dreiklassencharakter der Schule, die die Grundlage des preußischen Erziehungswesens ist. Die Volksschulen werden benutzt, um die Position der herrschenden Klassen zu verstärken. Wo bleibt das deutsche Gemüt, wenn einer jungen Proletarierin im Berliner Polizeipräsidium gesagt wird: „Euch müßte man an die Wand stellen und niederschießen!“ (Hört! hört! b. d. Soz.) Unser Antrag, der die Einheitlichkeit des Schulwesens, seine Unentgeltlichkeit und Weltlichkeit fordert, kann nur von jenen bekämpft werden, die aus den Proletarierkindern innerlich gebrochene Helfershelfer der herrschenden Klassen machen wollen. Statt der Einheitsschule wollen Sie dem Proletariat Bettelsuppen geben, wie den Antrag des Zentrums, der für die Rektoratsschulen ein besonderes Wohlwollen verlangt, weil diese Schulen den Kindern unbemittelter Eltern zu höherer Schulbildung verhelfen können. Der Kommissionsantrag, der für besonders veranlagte Volksschüler den Aufstieg in höhere Lehranstalten erleichtern will, verfolgt doch nur den Zweck, dem Kapitalismus eine Art Feldwebelleutnants zuzuführen. Dieser Antrag dient der Vorspiegelung falscher Tatsachen, er entspringt der Demagogie. (Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz ruft den Redner wegen dieser Bemerkung zur Ordnung.) In den höheren Schulen wird der Haß gegen England gepredigt. Statt der Aufsätze müssen die Schüler hurrahpatriotische Leitartikel schreiben. Wozu lehren Sie die Kinder den Spruch vom Gott der Liebe, wenn Sie diesen Gott für den Krieg in Anspruch nehmen? (Zurufe: „Höheres Schulwesen!“) Und wie wird höhere Bildung in die okkupierten Gebiete getragen? Zur Eröffnung der ersten Schule in Belgrad schrieb ein dort herausgegebenes österreichisches Blatt, Serbien habe gesündigt .... (Präsident Dr. Graf **v. Schwerin-Löwitz:** Das serbische Volksschulwesen gehört nicht zu dem Etat des preußischen höheren Schulwesens! — Sehr gut!) Schon in den Schulen werden die Kinder zu

Kriegsmaschinen für den Moloch Militarismus

vorbereitet. Das Ideal der Giftbombe für friedliche Städte, das Ideal des U-Bootkrieges, dieses Ihr Erziehungsideal ist nicht das unsere. (Zurufe rechts.) Ja, ich diene hier dem Ideal der Wahrheit und zerreiße die Nebelschleier. (Lachen rechts.) Statt Völkerhaß sollte man in den Schulen die Neuorientierung unserer inneren Politik und die Entstehungsursachen dieses Krieges lehren, den Schülern auch sagen, daß weite Kreise in Deutschland den Mord von Sarajewo geradezu als ein Gottesgeschenk begrüßt haben. (Diese Worte entfesseln im ganzen Hause minutenlange Pfui- und Schlußrufe. Der Präsident versucht vergeblich durch anhaltendes Läuten mit der Glocke sich Gehör zu verschaffen, aber der Redner spricht im Lärm unter lebhaften Gestikulationen weiter. Schließlich gelingt es dem Präsidenten, sich für einen Augenblick Gehör zu verschaffen. Er ruft den Redner zur Ordnung und macht ihn auf die Folgen eines dritten Ordnungsrufes aufmerksam. Als der Redner weiter über das Kapitel von der Erziehung der Jugend im Geiste des Völkerhasses und des Kapitalismus spricht, verlassen die meisten Abgeordneten den Saal.) Sie flüchten vor der Wahrheit! Der Krieg hat auch das Schulwesen und alle Erziehungsideale zerstört. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. (Der Redner wird zur Sache gerufen.) Daher sollten die Kämpfenden in den Schützengräben ihre Waffen umkehren und sich gegen den gemeinsamen Feind vereinigen.

Präsident Graf Schwerin ruft den Redner zum dritten Mal zur Sache. Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird

dem Redner das Wort entzogen.

Das Abstimmungsergebnis wird auch auf den Tribünen mit Beifall und Händeklatschen aufgenommen.

*

Der sozialdemokratische Parteistreit auf der Reichstagstribüne. Die „Leipz. Volksztg.“ deutet die Möglichkeit, daß der sozialdemokratische Parteistreit von der Tribüne des Reichstages herab abermals zum Ausdruck kommt. Sie mahnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, dafür zu sorgen, daß der Reichstag „wird, was er sein soll — die Freistatt des freien Worts“, und wir rechnen, so fährt das sozialdemokratische Leipziger Blatt fort, „mit Bestimmtheit darauf, daß die Minderheit der Fraktion das ihrige tun wird, wenn die Mehrheit etwa diese Aufgabe nicht scharf und entschieden genug anpacken wollte. Wie wir es denn auch für notwendig und geboten erachten, daß dort, wo es nötig und heilsam ist, die Anschauung der Minderheit — ohne überflüssige Polemik gegen die Mehrheit — auf der Tribüne des Reichstages vertreten wird. Die Abstimmung der Zwanzig kann natürlich kein vereinzelter Akt bleiben“.

Tägliche Rundschau
29. IV. 1916

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika.

Von einem hervorragenden Amerikaner wird uns geschrieben:

Selbstverständlich will jeder vernünftige Mensch die Schrecken des Weltkrieges so viel wie möglich eingeschränkt sehen und jedes Land möglichst von dem Kriege verschont lassen. Deutschland und Amerika haben ganz besonders Grund zu wünschen, daß der Frieden zwischen beiden Ländern ungestört bleibt. Deutschland hat absolut keine Reibungsflächen mit Amerika, da die beiden Länder keine Eroberungspläne hegen, außerdem Millionen von Amerikanern deutsches Blut in ihren Adern haben und sich durch starke Kulturbande zu dem alten Vaterlande hingezogen fühlen. Beide Länder haben das gemeinsame Interesse, daß das Meer endlich von der arroganten und willkürlichen Bevormundung Englands befreit werde und daß Handel, Post und Nachrichtendienst vollständig von Englands Machenschaft unabhängig gemacht werden. Es ist deswegen äußerst bedauerlich, daß es einer kleinen Anzahl von Kapitalisten gelungen ist, die Interessen Amerikas vorübergehend so mit dem Erfolge Englands zu identifizieren, daß die regierende Klasse in Amerika großen Geldverlusten entgegensehen muß, sollte England den Krieg verlieren. Die Schlagworte: „Menschlichkeit, Nationalehre, amerikanische Rechte“ usw. werden nur angewandt, um den ziemlich ungebildeten Mittelstand mit fortzureißen — die regierenden Herren selbst glauben natürlich nicht daran. Es handelt sich bei ihnen um zwei wichtige Fragen. Erstens: könnte man durch eine Kriegserklärung Englands Sache und somit das eigene Geld retten, oder vielleicht durch einen Abbruch der Beziehungen zu Deutschland die Hände freier machen, um England weitere Hilfe zu leisten? Und zweitens: können sie, im Falle ein solcher Schritt von ihrem Standpunkt aus vorteilhaft erscheint, das Volk zum Kriege aufhetzen und durch die Presse in einen solchen Krieg hineintreiben. Diese beiden Fragen sind ganz unabhängig von irgendwelcher Handlungsweise Deutschlands. Belgien, der „Lusitania“-Fall, Greuelerzählungen aller Art sind Mittel zum Zweck, und wenn die kleine Anzahl von Leuten, die sich Mr. Wilsons und Lansings als Handlanger bedienen, der Meinung sind, daß Krieg vorteilhafter als Frieden sei, so werden erlogene Nachrichten ebenso gut als Agitationsmittel zu gebrauchen sein wie es vor dem spanischen Kriege der Fall war. — Etwaige Zugeständnisse an Washington und alle möglichen Liebenswürdigkeiten gehören nicht zur Sache. Durch Ungeschicklichkeiten könnte wohl Deutschland Englands Spiel sehr erleichtern und den Herren Wilson, Lansing und Morgan die Mittel zur Kriegshetzerei in die Hand geben. Solche Hetzmittel müssen ja vorhanden sein. Es wäre sehr einfach, die Amerikaner amtlich zu warnen, nicht auf Hilfskreuzern zu fahren, aber möglicherweise wären ein paar tote Amerikaner ausgezeichnete Hetzmittel für den Fall, daß eine Kriegserklärung gegen Deutschland wünschenswert erschiene. Um „Rechte“ handelt es sich nicht, denn das „Recht“, in Mexiko ungefährdet zu reisen ist sicherlich ebenso heilig wie das Recht auf einem bewaffneten Schiffe einer kriegführenden Nation zu fahren; aber Washington hatte kein Bedenken gehabt, Amerikaner vor einer mexikanischen Reise zu warnen.

Das amerikanische Volk will sicherlich keinen Krieg weder mit Deutschland noch mit England führen. Wie die Stimmung im allgemeinen ist, ist schwer zu sagen. Große Liebe zu England ist ganz gewiß nicht allgemein vorhanden, wohl aber viel Sympathie mit Belgien und Frankreich. Aber damit ist ja gar nicht gesagt worden, daß dies Volk einen Krieg

Berner Band 5./III. 1916

Zur Kriegslage

Das Ergebnis der neuntägigen Kämpfe im Raume Verdun. Die strategische Position bedroht, die Festung näher eingekreist, aber gehalten. Bretonen und Brandenburger. Die Positionen Fresnes und Douaumont. Verlustziffern. Ferme Navarin und Sept. In den Argonnen. Petain und Herr. Angriff der Engländer bei Ypern. Zur Eroberung Durazzos. Von Korfu nach Saloniki? Der Vormarsch der Russen in Armenien. Trapezunt-Erfingian-Diarbekr. Bitlis und Kermanschan. Kut-el-Amara.

Die Offensive der Deutschen im Raume Verdun, die das Interesse der abgelaufenen Woche beherrscht, hat in neun Tagen das relative Ziel eines gewaltsamen Angriffs auf die strategische Position Verdun erreicht, d. h. sie zwang die Franzosen, die mobile Verteidigung östlich der Maas aus der Woevreebene und von den nördlich vorgelagerten Höhen so weit zurückzunehmen, daß der Platz gegen Nordosten und Osten nicht mehr über eine Ausfallsstellung und zureichendes Aufmarschgebiet mobiler Kräfte verfügt. Die Deutschen sind sogar am Brechpunkt der Nordostfront, bei Douaumont, in den Gürtel der permanenten Befestigung eingebrochen und haben durch die Wegnahme der Werke auf dem Hardaumont und der Feste Douaumont Einblick in die Befestigungen des inneren Gürtels bis zum Festungskern und den Maasbrücken gewonnen. Nicht der erkämpfte Geländegewinn an sich ist maßgebend für die Beurteilung dieser Offensive, sondern die strategische Bewertung des erkämpften Bodens. Es ist also weniger von Bedeutung, daß die Deutschen mit 160 Quadratkilometern den Geländegewinn der Franzosen in der Champagneschlacht um das Dreifache übertroffen haben, kenntlicher wird der Unterschied, wenn man festhält, daß in der Champagne von den Franzosen Gelände erstritten wurde, das wohl eine taktische Verbesserung ihrer Frontlinie darstellte, die deutsche Front aber trotz des Durchbruchs der ersten Linie ihrer Elastizität nicht beraubte. Die starre und unverrückbare Wehrstellung Verduns mit den vorgelagerten Maashöhen dagegen ist heute von Osten und Nordosten so eng eingekreist, daß sie Offensivoperationen von französischer Seite kaum noch zu unterstützen vermag. Man darf sich also in diesem Falle durch die Tatsache nicht täuschen lassen, daß die Festung selbst noch steht und der gewaltsame Angriff auf der Linie Vacherauville - Douaumont - Beson-veaux-Dieppe-Eix-Blazée-Manheulles-Fresnes-Chablon-Combres zum Stehen gekommen ist. Weiter konnte ein Belagerungsangriff kaum durchgeführt werden, ohne eine längere Pause einzulegen. Das absolute Ziel, die vollständige Zertrümmerung der strategischen Position Verdun, d. h. die Wegnahme der Côte du Meuse und die Verdrängung der Franzosen vom rechten Maasufer war in einer achttägigen Operation nur unter Umständen zu erreichen, die nicht zugunsten der Verteidigungskraft der Franzosen gesprochen hätten. In dieser Zeitspanne konnte wohl das von den Russen verteidigte Przemysl, konnten Nowo-Georgiewsk und Kowno fallen — eine von französischen Festungsbaumeistern und Artilleristen errichtete und bestückte Lagerfestung, eine von französischer Infanterie verteidigte, rechts und links an die Front angeschlossene Defensivposition fällt so nicht. Was Bretonen und Brandenburger — um nur diese zu nennen — bei Verdun geleistet haben, verdient rückhaltlose Bewunderung.

Heute sind die Deutschen damit beschäftigt, die 160 Quadratkilometer eroberten Geländes aufzuräumen und umzubauen. Sie werden im Nordostsektor ihre Artillerie noch näher heranziehen und so in Stellung bringen, daß sie ihr Feuer vielfach kreuzen und jeden Gegenangriff niederhalten können. Sie werden in der Woevre Verteidigungsmaßnahmen treffen, um nicht durch Vorstöße von den Höhen herab wieder über die erreichte Linie zurückgeworfen zu werden und werden voraussichtlich auch den anschließenden Abschnitten, besonders dem Nordwestsektor und der Außenposition zwischen St. Mihiel und Eparges im Südosten vermehrte Aufmerksamkeit schenken. In der Woevreebene haben die Franzosen nur das große, stark ausgebaute Dorf Fresnes behauptet, das für sie von großer Wichtigkeit ist, da es als Vorstellung von Les Eparges zu gelten hat. Die Stellung ist sehr verteidigungsfähig, da sie von Les Eparges und der Höhe von Tresevaux (368) durch Fernfeuer unter Aufsicht gehalten wird. Daß die französische Heeresleitung das eingelegte Intervall nicht als Abschluß der Kämpfe im Raume Verdun betrachtet, geht aus der eifrigen Tätigkeit der französischen Artillerie und der Flieger hervor, welche die Verbindungen in der Woevre, besonders Vigneulles, und die großen strategischen Knotenpunkte in Lothringen, Bensdorf und Sablon, bombardieren, um die Neugruppierung der deutschen Streitkräfte zu erschweren.

Es ist müßig, darüber Betrachtungen anzustellen, ob Fort Douaumont an sich noch vollen Wert besaß oder nicht, da das Fort ja nur als Teilposition der vorgeschobenen permanenten Front für die Beurteilung der Lage von Bedeutung ist. Daß die Franzosen nach den Erfahrungen, die man vor Lüttich und Antwerpen und bei Manonvillers gemacht hatte, die Geschütze aus den Betonständen herausgenommen und in Erdwerken untergebracht haben, war eine Selbstverständlichkeit. Aus den Panzertürmen ist aber offenbar bis zuletzt gefeuert worden und der Erstürmung der Feste setzte französische Infanterie den zähesten Widerstand entgegen. Ihr Fall hat die Verteidigung um den Kulminationspunkt (388) des Nordostsektors gebracht und ihrer besten Beobachtungsstelle beraubt. Nach einer deutschen Meldung vom 3. März ist nun auch das Dorf Douaumont gefallen, das sich nordwestlich von Punkt 388 befindet und die bereits eroberte Feste flankierte. Die Franzosen geben das zu, indem sie ihre Stellung auf dem oberen Teile des Hanges südlich des Dorfes bestimmen. Man ist also auf deutscher Seite mit dem methodischen Ausgleich der im Groben eroberten neuen Frontlinie beschäftigt.

Während die Deutschen bei der englisch-französischen Septemberoffensive 25,000 Mann Gefangenen verloren haben, wird die Zahl der französischen Gefangenen bei Verdun auf rund 18,000 angeben. Die blutigen Verluste sind nicht festzustellen. Wie es scheint, rühren sie auf beiden Seiten hauptsächlich vom Artilleriefeuer her, wobei die Deutschen bei dem Hervorbrechen und dem Sturm über die kahlen Hänge, den Franzosen in ihren Gräben und Waldstellungen und offenbar auch zum Teil in den Reservestellungen am stärksten mitgenommen wurden. Es ist anzunehmen, daß über achtzig Prozent der erlittenen Verluste auf Artilleriewirkung zurückzuführen sind.

Während dieser intensiven Tätigkeit im Raume Verdun ist auch auf den übrigen Abschnitten der Westfront gekämpft worden. In die Erscheinung getreten ist besonders ein Vorstoß der Deutschen in der Champagne, der ihnen die vielumstrittene Ferme Navarin wiedergebracht hat. Auch im Plainetal und in den Hochvogesen entfalteten sie gesteigerte Tätigkeit, die bei Sept an unserer Grenze zu einem mächtigen Artilleriduell anschwoll und wohl zu Infanterieangriffen führen wird.

In den Argonnen tasten die Franzosen die deutschen Linien ab und suchen Einblick in dort etwa vorhandene Angriffsabsichten zu erhalten. Sie wissen, daß ihnen nun auf beiden Flanken des eingeengten Raumes Verdun schärferer Druck droht und räumen nicht umsonst die ganze Gegend zwischen St. Menehould, Revigny und Commercy aus, um für die dort unterzubringenden Truppenmassen Platz zu gewinnen und militärische Bewegungsfreiheit zu erhalten. Wie es scheint, kommandiert jetzt in dieser Winkelstellung und vielleicht auch im Frontabschnitt Verdun General Petain, das Glückskind, der als Oberst in den Krieg gezogen und inzwischen zum Armeeführer geworden ist. Die Artillerie vor Verdun wird von einem Elsässer, dem General Herr, geleitet.

Reichlich spät haben auch die Engländer sich zu aktiver Tätigkeit aufgerafft, die zugleich als Diversion wirken soll und die Lage südöstlich Ypern, im Abschnitt Zillebeke, wo sie bekanntlich am 14. Februar in die Seemulde von Zillebeke hinabgedrückt worden waren, wieder hergestellt, indem sie die damals verlorene, höher gelegene Stellung zurückgewannen. Sie drangen sogar mit der Spitze des Angriffskeils vorübergehend in die zweite Linie ein, ein Beweis mehr, daß bei solchen kleinen Aktionen das Ueberraschungsmoment immer noch wirksam ist.

Neben der Schlacht von Verdun ist die Eroberung Durazzos durch die Oesterreicher etwas verblaßt, obwohl diese Operation voll zum Ziele geführt hat und mustergültig angelegt war. Wie mir scheint, hat Generaloberst von Köveß den Vormarsch auf Durazzo mit wenig mehr als zwei Divisionen und albanischen Irregulären bestritten und sein Geschütz trotz des Mangels an Verbindungen in genügender Stärke so rasch herangebracht, daß der konzentrische Angriff auf Durazzo sofort angesetzt werden konnte. Die verstärkte italienische Brigade Savona, 8 bis 10,000 Mann stark, hat den Widerstand rechtzeitig abgebrochen, um noch auf die Schiffe zu gelangen, aber Geschütz und Material im Stiche lassen müssen. Einen großen Zweck hatte die Verteidigung Durazzos nicht, und die mit glimpflichen Verlusten vollzogene Räumung ist ein geringer Trost für die Italiener, wenn sie erwägen, daß sie nun nur noch in Valona ein «pied à terre» an der albanischen Küste besitzen und auch dort auf die Defensive angewiesen sind. Die Evakuierung der serbischen Heeresträmmer nach Korfu sichert der Entente indes noch eine kleine Armee, die nun wohl im Rahmen des allgemeinen Ententefeldzuges nach Prinzipien verwendet werden wird, die für die Koordination der englischen und französischen Truppen immer noch nicht zu gelten scheinen. Man wird sie vielleicht bald in Saloniki landen sehen, wo General Sarrail nur das Echo von Verdun vernimmt.

Die Auswirkung des strategischen Erfolges, den die Russen durch die Eroberung von Erzerum davongetragen haben, beginnt sich nun in Persien und in Armenien deutlicher fühlbar zu machen. In Armenien drängen die Russen gegen die von uns bestimmte Linie Trapezunt-Erfingian-Diarbekr vor und haben mit dem rechten Flügel den Böjikdere überschritten und Raum gegen Trapezunt gewonnen. Wie nahe sie heranstehen, entzieht sich noch der Beurteilung, doch sind die querlaufenden Gebirgszüge wohl noch nicht alle überschritten. Auf Erfingian drängt die Mittelkolonne, die der alten Karawanenstraße über Mamachatun folgen dürfte und mit türkischen Nachhuten kämpft. Der größte Nachdruck liegt auf der Offensive des russischen linken Flügels, der von Musch südöstlich vorstößt — vermutlich nach Abzweigung einer Flankengruppe, die, dem Laufe des östlichen Euphrat folgend, auf Tschewlij zuhält — und bereits die Straße Musch-Bitlis erreicht hat, die in den Raum Diarbekr am mittleren Tigris führt. Kawak am Westufer des Wansees, 50 Kilometer nördlich Bitlis, wurde besetzt, Bitlis selbst anscheinend ohne Kampf genommen. Ob den Russen der Abstieg ins Tigristal ohne Kampf gelingt, wird sich zeigen. Die große Karawanenstraße, die von Diarbekr über Nesibin nach Mossul (Ninive) und von dort nach Bagdad führt, liegt in der Luftlinie noch 160 Kilometer südlicher als Bitlis.

In Persien ist die durch die Erfolge in Armenien sichergestellte exzentrische Operation der Russen in rascheren Fluß gekommen. Sie haben die Enge von Sahna, halbwegs Hamadan-Kermanschan, und Kermanschan selbst besetzt und stehen nun am Kreuzungspunkt der von Bagdad nach Hamadan laufenden alten und über Kermanschan-Haraunabad abzweigenden weiter nördlich geführten neuen Verbindung mit dem Raume Bagdad, sind also dem mesopotamischen Kriegsschauplatz entschieden näher gerückt. Bei Kut-el-Amara scheint im großen ganzen die Lage unverändert zu sein, unverändert, das heißt also, die Widerstandskraft der Engländer noch nicht erschöpft zu sein.

H. St.

Kölnische Zeitung 5./III. 1916.

Die römische Frage und die Pflichten der Katholiken.

Von der französischen Grenze, 4. März. (Telegr.) Die Neuen Zürcher Nachrichten, das Organ der Schweizer Katholiken, veröffentlicht „von besonderer Seite" eine Darlegung über die „römische Frage und die Pflichten der Katholiken aller Nationen", die sich nach Form und Inhalt offensichtlich als eine bedeutsame Kundgebung programmatischen Charakters von zuständiger kirchlicher Seite kennzeichnet und an die gesamte katholische Welt richtet. Die Darlegung behandelt die römische Frage in ihrem gegenwärtigen Verhältnis zum Krieg, stellt die Wirkungen fest, die der Eintritt Italiens in den Krieg für die Lage des Heiligen Stuhles zur Folge hatte, und stellt danach die Leitsätze auf, nach denen die Katholiken aller Nationen diese Lage im Hinblick auf den Friedenskongreß ins Auge fassen sollen, der, wie der Heilige Stuhl erwartet und fordert, auch dazu berufen sein werde, seiner Lage die nötigen internationalen Bürgschaften zu geben, deren er bedürfe. Nach diesen Gesichtspunkten macht die Darlegung zunächst die Katholiken darauf aufmerksam, daß: „wie kompetent auch die Theologen, Kanonisten und Politiker sein mögen, die die Frage behandeln: dem Heiligen Vater allein steht das ausschließliche Recht zu, das letzte und definitive Urteil über seine Lage auszusprechen, und zwar in dem Moment, den er für opportun halten wird. In diesem Punkte dürfen also die Katholiken nicht »vorgreifen«, obgleich sie sonst das Recht und die Pflicht haben, dieser wichtigen Frage das höchste Interesse entgegenzubringen." Welchen Gebrauch die Katholiken von diesem Recht und dieser Pflicht machen sollen, behandelt alsdann die Darlegung, indem sie zunächst die gegenwärtige dem Heiligen Stuhl durch den Krieg geschaffene Lage des Nähern kennzeichnet. Sie erinnert in dieser Hinsicht an die Worte Benedikts XV. im Konsistorium vom 6. Dezember 1915, wodurch der Papst sie als „durchaus unsicher, von fremdem Gutdünken abhängig und des apostolischen Stuhles als unwürdig" bezeichnete, und erwidert auf die seitdem von gewissen Seiten gemachten Versuche, diese Rechte des Papstes zu widerlegen: „Das große Geschwätz der liberalen und freimaurerischen Verteidiger der heutigen Lage des Heiligen Stuhles war in keinem Punkt die Worte des Papstes zu entkräften imstande. Es bleibt das unveränderliche Faktum bestehen, daß die Vertreter der Zentralmächte beim Heiligen Stuhle fortgehen mußten, da sie vor persönlichen Beleidigungen seitens des Pöbels nie hätten geschützt werden — trotz aller Scheingarantien der italienischen Regierung — und den chiffrierten Verkehr mit ihren Regierungen nicht hätten unterhalten können — was praktisch ihre ganze Mission beim Heiligen Stuhl illusorisch und zwecklos machte. Über diesen Punkt ist hiernach jede Diskussion für die Zukunft definitiv auszuschließen"

Danach ist die Schlußfolgerung des Verfassers: Das italienische Garantiegesetz hat sich als das erwiesen, als was die Kirche es immer bezeichnet hat, als eine durch seinen einseitig nationalen Charakter ungenügende Bürgschaft für den Heiligen Stuhl, an deren Stelle eine internationale Bürgschaft treten müsse. Damit aber steht die römische Frage in engstem Zusammenhang mit dem nächsten Friedenskongreß und der Teilnahme des Papstes hieran. So wirft sich danach auch für die Katholiken aller Länder die Frage auf, führt die Kundgebung weiter aus, was sie ohne Unterschied der Nation für den Heiligen Stuhl tun können und müssen. Das beantwortet die Kundgebung mit einer Anzahl Leitsätze, die sie als das Programm der Katholiken aller Nationen bezeichnet, welches „auf unanfechtbaren Grundsätzen und authentischen Informationen beruhend, mit den Intentionen des Heiligen Stuhles in keiner Richtung in Widerspruch stehen dürfte." Diese Leitsätze sind:

1. Hinsichtlich des italienischen „Garantiegesetzes" müssen die Katholiken mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln in der Presse und in den Vereinen unzweideutige und wirksame Propaganda für die Idee betreiben, daß dieses Gesetz absolut ungenügend ist, um die notwendige Freiheit und Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles sicherzustellen.

2. Hinsichtlich der „römischen Frage" im allgemeinen muß kategorisch hervorgehoben werden, daß diese Frage im Gegensatz zu den beharrlichen Erklärungen der italienischen Regierung, die Frage sei eine innere Frage Italiens, ihrem Wesen und ihrer Natur nach durchaus international und für den gesamten katholischen Erdkreis von höchstem Interesse ist.

3. Wenn nun die italienische Regierung gelegentlich ihres Beitritts zum Londoner Vertrag, wie es scheint, verlangt und erreicht hat, die Mächte der Entente möchten jede Änderung des Garantiegesetzes ausschließen, so müssen die Katholiken gegen dieses neue Attentat energisch Stellung nehmen und diesen Akt der italienischen Regierung offen und laut verurteilen als einen Akt, der nicht bloß gehässig, sondern auch ganz unnütz erscheint, da ja der Heilige Stuhl sicherlich vom protestantischen England, vom schismatischen Rußland und von der französischen Regierung keine Initiative zu seinen Gunsten zu erwarten hat.

4. Die Katholiken müssen prinzipiell und mit unermüdlichem Eifer die Idee verteidigen, der Heilige Vater dürfe in keinem Falle von einem eventuellen Friedenskongreß ausgeschlossen werden.

5. Wenn nun auch hier Italien, wie die Zeitungen gemeldet haben und wie man allen Grund hat zu glauben, bei Gelegenheit des Londoner Vertrages den Ausschluß des Heiligen Stuhles von dem Friedenskongreß erreicht hat, so müssen die Katholiken, wenn auch der Friedenskongreß heute problematisch erscheint und der Heilige Stuhl selbst keine Schritte bei den kriegführenden Mächten getan hat, um sich einen Anteil am Kongreß zu sichern, keine Mühe scheuen, um die öffentliche Meinung zur Überzeugung zu bringen, ein solcher Präventivausschluß des Heiligen Stuhles müßte als die größte Ungerechtigkeit und als die schwerste Beleidigung desselben angesehen werden.

Zum Schluß gibt die Darlegung noch der Erwartung Ausdruck, daß auch die Katholiken der Verbandsmächte trotz deren Haltung dem Heiligen Stuhl gegenüber für die Sache der Kirche nach dieser Richtschnur eintreten würden.

Sonntag, 5. März 1916.

...ung

...rter Zeitung.)

...zimmer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰. Reklamen ℳ 2. , Abendbl. ℳ 2.50. Familienanzeigen ℳ 1.-, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37. Mainz: Schillerpl. 2, Berlin: Manerstraße 16/18, Dresden-A. Waisenhausstr. 25, München: Pernastr. 5, Offenbach: Bismarckstr. 34, Stuttgart Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Frankfurter Ze...

Zur Kriegslage.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Die Lage vor Verdun. — Die Zeit als Faktor des Angriffs. — Vorstoß in der Champagne. — Durazzo. — Valona.

8. März.

Was uns in unserem letzten Artikel zur Kriegslage vor einer Woche bereits wahrscheinlich schien, ist als Begleiterscheinung unseres Angriffs gegen die Nordfront von Verdun inzwischen eingetreten: der Zusammenbruch der französischen Verteidigung in der Woëvre-Ebene. Das Vorgehen unserer Truppen aus der allgemeinen Linie Morgemoulin*) Etain-Gegend östlich von Fresnes bis über die Linie Dieppe-Abaucourt-Blanzée-Manheulles bedeutet nicht nur einen sehr beträchtlichen Geländegewinn, sondern schließt auch taktisch eine heftige Bedrohung der permanenten Ostfront der Festung in sich ein.

Die Franzosen können wohl noch in der Linie Fort de Vaux (nahe südlich vom Orte Vaux)—Fleury—Höhe nördlich Belleville mit Front nach Norden Widerstand leisten, aber auch das nur, so lange die Forts zu beiden Seiten der großen Straße Verdun—Etain noch wirken. Die Idee eines französischen Militärschriftstellers, daß sich die Franzosen auch nach Verlust dieser Linie in der Linie Moulainville—Belrupt noch halten können, ist ein Trost für die ängstlichen Gemüter in Frankreich, dem jede Erfüllungsmöglichkeit fehlt.

Die Beurteilung unserer Erfolge bei Verdun in der feindlichen Presse zeigt eine immer wiederkehrende dialektische Entwickelung mit ganz bestimmter Absicht. Zuerst, als niemand in Frankreich daran dachte, daß Verdun angegriffen werden könnte, war die Festung ein Stolz und eine leuchtende Hoffnung Frankreichs, sie war uneinnehmbar und das Modernste und Beste, was man sich denken konnte. In dem Augenblick, als wir sie angriffen, teilten sich die Stimmen. Die einen, unbelehrbaren Optimisten wiegten sich noch einen Augenblick in Sicherheit, die anderen, die klüger waren, begannen zu erzählen, daß Verdun gar nichts bedeute, daß unsere Mörser nichtverteidigte Betonmassen zusammenschießen und ähnliches mehr. Allmählich, je weiter wir vordringen, stimmt der ganze Chor in die Melodie ein, die zwei sich völlig widersprechende Themen hat: 1. die Deutschen werden fortgesetzt geschlagen, 2. Verdun bedeutet nichts. General de Lacroix behauptet plötzlich, daß es seit Erscheinen unserer schweren Mörser keine Festungen mehr gebe und man sich wegen des Verlustes eines festen Platzes ebensowenig aufzuregen brauche, als habe er nie existiert.

Bedauerlich ist nur, daß selbst gebildete Deutsche zuweilen auf diese dialektischen Kunststücke hereinfallen. Das kommt aber zum großen Teil daher, daß der Laie nicht damit zufrieden ist, das tatsächlich Geschehene zu erfahren, sondern allein und in Gesellschaft mit anderen, die militärisch eben so wenig verstehen, Pläne schmiedet und zwar Pläne, die, weil sie geradezu phantastisch sind, von der Wirklichkeit nie erreicht werden können. Kaum waren die ersten Erfolge bei Verdun gemeldet, konnte man schon von Durchbruch, Aufrollen der Front und weltkriegsentscheidenden Dingen hören. Dabei muß betont werden, daß die deutsche Presse sich gut und richtig benahm und sich lediglich auf die Registrierung des Geschehenen beschränkte. Nachdem in den letzten Tagen ein Moment eingetreten war, in dem es unsere Heeresleitung für richtiger hielt, französische Gegenangriffe zerschellen zu lassen, als durch eigenes Vorgehen übergroße Verluste zu erleiden, schlug bei manchen Leuten im Publikum jene Phantasiestimmung in eine ebenso unberechtigte Verzagtheit um. Wollen wir doch nüchtern bleiben und uns einerseits von phantastischen Träumen, andererseits von unnötiger Bedenklichkeit frei halten.

Um nüchtern urteilen zu können, bedarf es allerdings einiger Kenntnisse. Namentlich die Frage: wie geht ein so gewaltiger Angriff vor sich? Darf nicht so völlig ungelöst bleiben, wie das vielfach der Fall ist. Wir dürfen hier nicht vergessen, daß dem Angriff gegen eine mit allen Mitteln der Technik ausgestattete befestigte Front, wie es die französische nördlich von Verdun war, der schwierige Aufmarsch einer mächtigen Angriffsartillerie vorausgeht. Schon die Aufstellung der schweren Batterien, ihre Zieleinweisung und ihr Einschießen ist zeitraubend und viel schwieriger, als der Laie sich das gemeinhin vorstellt. Dazu kommt aber, daß die Aufstellung der Batterien erst die halbe Arbeit bedeutet. Eine Batterie bedarf der Munition und nicht nur einer gemessenen Tagesrate, sondern der gesicherten Zufuhr für die ganze zu erwartende Kampfperiode. Das Trommelfeuer, eine artilleristische Erscheinung des Weltkrieges, verbraucht Munitionsmengen, die ganz ungeheuerlich sind. Dabei haben die Granaten der schweren Geschütze ein so hohes Gewicht, daß nur ganz wenige in einem Munitionswagen Platz finden.

Nachdem die Artillerie hinreichend gewirkt hat, setzt die Infanterie zum Sturm an. Sie eroberte, wie wir gehört haben, die erste Linie der Franzosen: Brabant—Haumont, die Wälder nördlich von Beaumont—Ornes. Sie ging in ungestümem Drange weiter vor. Es fiel die zweite Linie des Feindes Champneuville—Louvemontrücken — die Feste Douaumont. Selbstverständlich führte der Feind alle Reserven, deren er nur habhaft werden konnte, an die bedrohte Stelle. Auf der ganzen Ost- und Mittelmeerbahn wurde der normale Verkehr eingestellt. Was heißt das anders, als daß mit dem ganzen verfügbaren Wagenmaterial Munition und Truppen nach Verdun gebracht werden! Unsere deutsche Infanterie, 10 Kilometer vorwärts ihrer ursprünglichen Sturmstellung, sieht sich diesen herangeführten und angreifenden Massen gegenüber. Wohl haben die Feldartillerie und Teile der schweren Artillerie dem „Vorwärts" der unvergleichlichen Infanterie folgen können, aber die Masse der schweren Artillerie braucht Zeit, um sich vorn einzurichten. Jede Ueberstürzung würde den Erfolg in Frage stellen können. Gerade das Planmäßige unserer taktischen Handlung ist ja das, was unsere Feinde am meisten fürchten. Was hätte es für einen Sinn, unsere brave Infanterie mit furchtbaren Verlusten vorzuhetzen, ehe die eiserne Mauer der schweren Geschütze hinter ihnen in aller Ruhe und Sicherheit aufgebaut ist und ehe diesem ganzen taktischen Körper wieder hinreichend Blut in Form von Munition zufließen kann?

Wir in der Heimat vergessen nur allzuleicht die enormen Leistungen unserer Truppen, wir beklagen die Opfer des Krieges und derselbe Heimatsstratege, der über die Verlustlisten seine Stirne runzelt, will eine Reiterattacke auf eine Panzerfestung, die entsetzliche Verluste kosten würde, statt des planmäßigen, Verluste sparenden und doch Schritt für Schritt dem Ziele näher kommenden Angriffs, wie ihn unser Generalstab anordnet und unsere Truppe in musterhafter Weise ausführt.

Die Grenzen des Möglichen erkennen und das Geleistete, was geradezu erstaunlich ist, nicht vergessen, sondern sich dessen freuen! Das sei das Motto für die Daheimgebliebenen.

Als die Franzosen ihre große Offensive in der Champagne machten, bedurften sie nach eigenen Angaben ¾ der Gesamtstärke ihres Heeres. Der Erfolg war mit dem bis heute von uns bei Verdun Errungenen gar nicht zu vergleichen. Wir sind stark genug, um trotz Verdun in der Champagne einen großen Angriff zu machen, der längs der Straße Somme Py—Souain vorgehend, 1600 Meter der französischen Front herausriß und 26 Offiziere und 1009 Mann, 9 Maschinengewehre und 1 Minenwerfer uns einbrachte. Die Bedeutung dieses Erfolges liegt in seiner Gleichzeitigkeit mit den Ereignissen bei Verdun.

Bei Verdun verloren die Franzosen jetzt schon rund 65 000 Mann, das heißt 1½ Armeekorps und mehr als dreimal so viel als uns die große Offensive der Franzosen in der Champagne und der Engländer bei Loos zusammen kostete. Die Feinde schätzen unsere Kräfte bei Verdun auf 17 Divisionen. Wir haben natürlich keinerlei Veranlassung, ihnen mitzuteilen, wie stark wir sind. Wir begnügen uns mit der Feststellung, daß unser Angriff bei Verdun unsere Kräfte so wenig in Anspruch nimmt, daß wir auch an der übrigen Front, wie das Beispiel, das wir aus der Champagne anführten, beweißt, angreifen und durchbrechen können, wo es uns beliebt. Diese stolze und freudige Genugtuung soll im ganzen deutschen Reiche widerhallen und soll allen Neutralen zur Beachtung dienen. Wir sind bei Verdun nicht erschöpft, wir pflegen bloß keine Kavalleriemassen, wie Herr Joffre, bereit zu stellen, so lange wir noch Stellungen vor uns haben, wir pflegen aber auch nicht ermattet in der ersten feindlichen Stellung stehen zu bleiben, wie die Franzosen das in der Champagne getan haben. Daß wir den Drang nach vorwärts haben, beweist die Tat des Infanterie-Regiments Nr. 24. Unsere Truppe muß auch jetzt vor Verdun mit Gewalt zurückgehalten werden, weil sie sonst, auch der furchtbarsten Verluste spottend, weiterstürmen würde, ehe noch die Führung die Sicherstellung des

*) Morgemoulin liegt etwa 2½ Klm. nördlich von Fromezey. D. Red.

Kölnische Zeitung 6/III. 1916.

Nochmals die bewaffneten Handelsschiffe.

Von Rechtsanwalt Dr. Teich.

Der Widerstand, den die Regierung der Vereinigten Staaten gegen die in der letzten Denkschrift der Reichsregierung bezüglich der bewaffneten Handelsschiffe entwickelten Grundsätze des Unterseebootkrieges augenscheinlich zu leisten gedenkt, und der in dem Briefe Wilsons an den Senator Stone seinen Ausdruck gefunden hat, geht von der Annahme aus, daß die Einrichtung der bewaffneten Handelsschiffe vom modernen Völkerrecht ganz allgemein anerkannt sei. Nur so erklärt sich ja auch der Satz in Wilsons Brief, daß keine Nation das Recht habe, während eines Krieges Grundsätze zu ändern oder zu mißachten, denen alle Nationen zugestimmt hätten, um die Schrecken und Leiden des Krieges zu mildern. Diese Annahme ist aber durchaus nicht zutreffend. Allerdings läßt sich nicht bestreiten, daß die rechtliche Zulässigkeit der Bewaffnung von Handelsschiffen von jeher der englisch-amerikanischen Anschauung entsprochen hat. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Bewaffnung nun auch völkerrechtlich zulässig sei. Denn das Völkerrecht beruht auf der übereinstimmenden Rechtsüberzeugung der Kulturstaaten, wie sie entweder im Gewohnheitsrecht oder in ausdrücklichen internationalen Vereinbarungen niedergelegt ist. Jedenfalls muß der gemeinsame Rechtswille sich einwandfrei erklärt haben, bevor man von einem positiven für alle Kulturstaaten verbindlichen Rechtssatze des Völkerrechts sprechen kann. Da ist es nun schon überaus bezeichnend, daß die zahlreichen internationalen Verträge, insbesondere die Haager Konventionen, über diese bewaffneten Handelsschiffe keinerlei Bestimmungen enthalten. Denn das 7. Abkommen der Haager Konferenz von 1907 „über die Umwandlung von Kauffahrteischiffen in Kriegsschiffe" kommt hier naturgemäß nicht in Frage, da dieses Abkommen offensichtlich und nach seinen eigenen Eingangsworten lediglich die Voraussetzungen regeln will, unter denen Schiffe der Handelsmarine in die Kriegsflotte eingereiht werden dürfen, während die bewaffneten Handelsschiffe Churchillscher Erfindung ja gerade nicht Kriegsschiffe werden und als solche gelten, sondern trotz ihrer Bewaffnung die Vorteile der Behandlung als harmlose Kauffahrteifahrer behalten wollen. Mit der Einrichtung dieser bewaffneten Handelsschiffe hat sich die deutsche Regierung jedoch niemals einverstanden erklärt und sie niemals amtlich anerkannt. Daß man aber von einem positiven Grundsatze des Völkerrechts nicht sprechen kann, wenn der Staat, der über die zweitgrößte Handelsflotte der Welt verfügt, diesen Grundsatz stets verleugnet und ihm seine Anerkennung versagt hat, dürfte ohne weiteres einleuchten.

Damit entfallen aber ohne weiteres die Einwendungen, welche die Vereinigten Staaten gegen unsere in Aussicht genommene Behandlung der bewaffneten Handelsschiffe geltend machen könnten. Denn kommt nicht ein allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts in Frage, so kann Amerika selbstverständlich sich nicht darauf berufen, daß es nach seiner eigenen Praxis die Bewaffnung von Handelsschiffen im Kriege früher als zulässig angesehen hätte. Wilson selbst wird nicht behaupten wollen, daß das von unsern Überzeugungen abweichende und von uns nicht ausdrücklich anerkannte amerikanische Völkerrecht — wenn man von deutschem, englischem, amerikanischem Völkerrechte überhaupt reden kann — für das Deutsche Reich und seine Seekriegführung maßgebend wäre.

Hinzu kommt jedoch noch folgendes: Staatssekretär v. Jagow hat in seinem bekannten Interview bereits darauf hingewiesen, daß die Bewaffnung von Handelsschiffen eigentlich ein Anachronismus ist. Seeräuber gibt es mit Ausnahme von ganz geringfügigen Küstenstrichen im Fernen Osten heute nicht mehr, die Einrichtung der Kaperschiffe ist seit 1856 endgültig abgeschafft. Gegen wen sollte sich also die Bewaffnung von Handelsdampfern wohl richten? Daß es unbillig und widersinnig sein sollte, daß große Kauffahrteifahrer, wenn man ihnen das Recht bewaffneten Widerstandes gegen Kriegsschiffe des Feindes verweigert, die wehrlose Beute kleinster Einheiten feindlicher Kriegsfahrzeuge werden würden,, ist nicht einzusehen. Gilt es nicht auch als ein heute ganz allgemein anerkannter Grundsatz des Völkerrechts, daß Privatpersonen im Landkriege unter gar keinen Umständen sich am Kampfe beteiligen und selbst dann, wenn mit Rücksicht auf die offenbare Unterlegenheit der bewaffneten Macht des Feindes sichere Aussicht auf erfolgreichen Widerstand besteht, sich den feindlichen Soldaten nicht mit Gewalt widersetzen dürfen, wenn sie nicht als Heckenschützen angesehen und als solche für vogelfrei erklärt werden wollen? Sicher ist es nicht richtig, die Grundsätze des Landkrieges ohne weiteres auf den Seekrieg zu übertragen, aber in diesem Punkte drängt sich doch die Analogie geradezu auf, und der Unterschied in der Behandlung der Heckenschützen zur See und zu Lande läßt sich nicht lediglich dadurch erklären,

Hamburger Fremdenblatt 9./III. 1916

Der Krieg in den deutschen Schutzgebieten.

Ueber die derzeitigen Zustände in den zurzeit von Feindesübermacht besetzten deutschen Schutzgebieten entnehmen wir der jüngsten deutsch-amtlichen Zusammenstellung die folgenden Angaben.

Kennzeichnend für die Art, in der der Britengeist Länder und Völker zu verderben bestrebt ist, soweit seine vergiftende Wirkung reicht, sind die Nachrichten aus Südwestafrika, aus denen hervorgeht, daß die Briten auf die Entfachung von Eingeborenenaufständen gegen die ansässigen Deutschen hinarbeiten. Ueber die einzelnen Schutzgebiete wird berichtet:

Togo.

In dem von den Engländern besetzten Teile Togos erschwert die englische Verwaltung anscheinend den Geschäftsbetrieb deutscher Firmen durch Schließung von Faktoreien. In dem von den Franzosen besetzten Teile Togos wird nach wie vor der Handelsbetrieb der deutschen Firmen verhindert. Die Tätigkeit der Missionen ist, soweit hier bekannt geworden, in ganz Togo bislang Aenderungen nicht unterworfen worden. Allerdings hat der Kommandant der englischen Truppen in Togo bei einer Missionsgesellschaft angefragt, wieviel Stunden wöchentlich auf den englischen Sprachunterricht verwandt würden. Diese Anfrage steht im Widerspruch zu der Versicherung, die die englische Regierung bei der Besetzung Togos den Missionen gegeben hat, das Missionswerk nicht zu stören.

Das Schicksal der früher in Dahomey gefangen gehaltenen Deutschen hat sich seit der letzten Veröffentlichung insofern gebessert, als der ihnen bislang von der französischen Regierung verwehrte Postverkehr nunmehr freigegeben worden ist. Es sind jetzt Einzelsendungen von Briefen, Geld und Paketen an die sogenannten Dahomey-Gefangenen zulässig.

Die Mitglieder der schweizerischen Abordnung, die für den Besuch der Gefangenenlager in Nordafrika ausersehen wurden, haben ihre Reise im Dezember 1915 angetreten.

Südwestafrika.

Die deutschen Kaufgeschäfte, die ihre aufgebrauchten Bestände aus der Kapkolonie ergänzten, werden mit wenigen Ausnahmen weitergeführt. Sehr erschwert wird der Handel durch das Fehlen von deutschem Hartgeld, das die Union durch allerlei Machenschaften fast ganz aus dem Lande zu ziehen wußte; das seit Kriegsbeginn von dem Gouvernement herausgegebene Papiergeld, die sogenannten Seitzscheine, wird von den Engländern und Buren bislang überhaupt nicht, seit Ende November jedoch, wie die deutschen Reichsbanknoten, mit einem Abzuge von 25 v. H. in Zahlung genommen. Hingegen wird dieses Papiergeld bei Kaufgeschäften zwischen Deutschen voll bewertet.

Die auf ihre zum Teil ausgeraubten und häufig auch zerstörten Farmen zurückgekehrten Ansiedler schlagen sich, auf bessere Zeiten hoffend, durch, so gut es geht. Bauholz und Wellblech sind sehr knapp und fast unerschwinglich teuer geworden. Die Hälfte des Viehbestandes scheinen die Farmer durchschnittlich eingebüßt zu haben; manche haben indes ihr ganzes Hab und Gut verloren und sind auf die Gastfreundschaft von Nachbarn angewiesen. Sehr erschwert ist die Wiederaufnahme der Betriebe durch das Verhalten der Eingeborenen, deren Frechheiten gegenüber die Unionsregierung höchst unangebrachte Nachsicht übt. Arbeiten wollen die Eingeborenen nicht mehr; sie ziehen es vor, sich durch Viehdiebstähle ihren Lebensunterhalt zu verschaffen. Auch liegen Anzeichen vor, daß sie sich wieder zu selbständigen Völkerschaften zusammenzuschließen trachten.

Die Rehobother Bastards sind nach wie vor bewaffnet; die Angaben über die Zahl der in ihren Händen befindlichen Gewehre schwanken zwischen 400 und 800, jedoch dürfte letztgenannte Zahl zu hoch sein, da die Gesamtkopfzahl dieser Bastards vor dem Kriege nur wenig über 2000 betragen hat. Indes sind auch noch die vereinzelt im Lande wohnenden Bastardfamilien, besonders die des Bezirks Otjimbingwe, in Rechnung zu ziehen, die gegebenenfalls mit den Rehobothern gemeinsame Sache machen können. Die Witbooi s tragen seit der feindlichen Besetzung Gibeons wieder ihr altes Stammesabzeichen, den großen weißen Hut, und die Hereros sollen sogar von dem Wiederersteben ihres alten Reiches träumen. Die Engländer unterstützen diese Sonderbündeleien auf jede Weise. So haben sie die Fellschuhträgerhottentotten wieder in ihrem alten Stammesgebiet angesiedelt und auch den Eingeborenen die Rückkehr nach Südwest gestattet, die sich aus Furcht vor Strafe wegen ihrer Verbrechen seit Niederwerfung des Aufstandes außerhalb des Schutzgebietes aufhielten.

Die weiße Bevölkerung, namentlich der unbewaffnete Farmer, fürchtet daher, daß es bald zu Gewalttätigkeiten der Eingeborenen, wenn nicht gar zu Aufständen größeren Umfanges gegen die Weißen kommen wird. Ob die gegenwärtige Regierung des Schutzgebietes die Macht hat, ernstere Unternehmungen von Eingeborenen zu verhindern, erscheint zweifelhaft, da die dort befindlichen Unionstruppen zurzeit nur noch etwa 2000 Mann stark sein sollen. Bezeichnend für die gegenwärtigen Verhältnisse im Schutzgebiet ist der Ausspruch, den ein englischer Offizier getan haben soll: „Wenn wir das Land nicht behalten können, dann wollen wir den Deutschen wenigstens einen großen Eingeborenen-Aufstand hinterlassen!"

Die Postverbindung zwischen der Heimat und den internierten Kriegsgefangenen ist seit einiger Zeit auch auf Paketsendungen ausgedehnt worden, die das Niederländische Rote Kreuz dankenswerterweise vermittelt. Hingegen steht die englische Regierung, wie aus einer Mitteilung des „Prisoners of War Information Bureaus" in London hervorgeht, auf dem eigenartigen Standpunkt, eine unmittelbare Postverbindung aus Deutschland mit den freigelassenen Schutztruppenangehörigen und mit der Zivilbevölkerung des besetzten Gebietes nicht dulden zu können. Für alle Nichtinternierten ist daher der Briefverkehr zurzeit nur durch Vermittlung des neutralen Auslandes, also z. B. durch das Internationale Friedensbüro in Bern, möglich. Geld- und Paketsendungen an die deutsche Bevölkerung in Südwestafrika werden, trotz aller amtlichen Bemühungen, bis jetzt auch über das neutrale Ausland nicht zugelassen.

Besitzungen in der Südsee.

1. Deutsch-Neuguinea.

A) Altes Schutzgebiet.

Eine regelmäßige Verbindung mit dem Schutzgebiet hat auch bis jetzt noch nicht wieder hergestellt werden können, doch steht nach den neuerlichen Erklärungen der englischen Regierung zu erwarten, daß kurze Mitteilungen, die sich auf rein private und geschäftliche Angelegenheiten beziehen und der Zensur unterliegen, über neutrale Länder mit dem Schutzgebiet ausgetauscht werden können.

Nach den wenigen hierher gelangten Nachrichten kann angenommen werden, daß die öffentliche Ruhe im Schutzgebiete auch weiterhin nicht gestört worden ist. Dagegen hat die australische Besatzungsbehörde leider wieder eine Anzahl Bewohner des Schutzgebietes unter der zweifellos jeder tatsächlichen Grundlage entbehrenden Beschuldigung, daß sie versucht hätten, die Eingeborenen gegen die Engländer aufzuwiegeln, nach Australien transportieren lassen.

Vom 23. Juli bis 10. September 1915 war durch eine besondere Verordnung das Kriegsrecht für das Schutzgebiet proklamiert.

Mitte Januar erschien eine Nachricht in englischen Zeitungen, wonach im Wechselbilde Rabauls ein schweres Erdbeben stattgefunden haben solle. Die von hier aus sofort eingeleiteten telegraphischen Ermittlungen haben bis jetzt zu dem Ergebnis geführt, daß allerdings ein heftiges Erdbeben Sachschaden verursacht haben muß, jedoch Verluste an Menschenleben infolge dieses Naturereignisses nicht zu beklagen sind.

B) Inselgebiet.

Auch aus diesem Teil des Schutzgebiets sind nur indirekt Nachrichten hier eingegangen. An Deutschen sind mit wenigen Ausnahmen zurzeit nur Missionare dort ansässig. Ihrem Wirken haben die japanischen Besatzungsbehörden offenbar ernste Hindernisse nicht in den Weg gelegt. Dagegen sind die Klagen, daß die Japaner die einzelnen Inseln vom Verkehr mit der Außenwelt und unter sich so gut wie abgeschlossen haben, so daß zum Teil erhebliche Knappheit an Nahrungsmitteln eingetreten ist, noch nicht verstummt. Es sind von hier aus Schritte eingeleitet worden, um Abhilfe zu schaffen.

Ueber Rota und Saipan sind, wie schon in der letzten Mitteilung kurz erwähnt, mehrere Taifune hinweggegangen. Sie haben namentlich auf der Insel Rota den größten Teil der fruchttragenden Bäume vernichtet. Die Not war besonders auf Rota offenbar sehr groß. Es scheint auch, wie aus amerikanischen Zeitungsnachrichten zu entnehmen ist, vom amerikanischen Roten Kreuz aus eine Hilfsaktion für diese Insel eingeleitet worden zu sein. Nachdem inzwischen wieder die Regenzeit eingetreten war, steht zu hoffen, daß die Eingeborenen wenigstens wieder die nötigsten Nahrungsmittel haben pflanzen können.

2. Samoa.

Die völlig hermetische Abschließung des Schutzgebietes von der Außenwelt dauert immer noch fort. Die Bemühungen, einen Postverkehr, wenigstens im gleichen Umfange, wie er mit Neuguinea in Aussicht steht, zustande zu bringen, werden fortgesetzt. Seit die Besatzungstruppe in Samoa aus durchweg älteren Leuten besteht, sind von dort Klagen über Ausschreitungen der Soldaten nicht mehr bekannt geworden. Wie in Neuguinea, so zeigt aber auch hier die Verwaltung offenbar das Bestreben, die deutsche Bevölkerung nach Möglichkeit aus dem Lande zu schaffen. Die unverheirateten Beamten sind nach den hier vorliegenden Nachrichten inzwischen wohl alle als Kriegsgefangene weggebracht worden. Aber auch bei anderen Ansiedlern hat die Besatzungsbehörde offenbar den geringsten Vorwand benutzt, sie des Landes zu verweisen.

Ueber die Einnahmen und die Ausgaben liegt eine Veröffentlichung vom 25. Oktober 1915 vor. Danach betrugen die Einkünfte für die Zeit vom April 1915 bis September 1915 524 166 Mark, wogegen sich die Ausgaben für den gleichen Zeitraum auf 499 121 Mark beliefen.

Zu erwähnen ist noch, daß die neuseeländische Besatzungsbehörde aus leicht durchschtigen Gründen beschlossen hat, die seinerzeit nach den Marianen verbannten Samoaner wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Sie sind nach den vorliegenden Nachrichten auch bereits in Apia angekommen.

Die samoanische Zeitung vom 27. November enthält die Nachricht, daß ein neuer Kulitransport aus China in Aussicht genommen ist. Es ist dies ein erfreuliches Zeichen dafür, daß wenigstens der Pflanzungsbetrieb auch während des Krieges aufrechterhalten und fortgeführt wird.

Berner Bund 8/III. 1916

Zur Kriegslage

Vom General Winter. Die Ursprünge der deutschen Offensive. Die Entwicklung vom 15. Dezember 1915 bis 5. März 1916. Angriff des Nordwestsektors von Verdun. Der Fall von Fresnes. Teilaktionen in den andern Abschnitten der Westfront. Die Lage im Osten und Süden. Die russische Offensive in der Richtung auf Trapezunt und im Raume Kermanschan.

Der General Winter ist den Franzosen vor Verdun mit zahlreichen Reserven zu Hilfe gekommen. Schneegestöber hat der deutschen Artillerie die Beobachtung erschwert, den fetten Boden der Woevre tief erweicht und im Schmelzen vollständig durchtränkt. Das Vorbringen der Geschütze und die Bewegungen der Infanterie sind dadurch sehr erschwert worden, so daß sich daraus zweifellos Vorteile für die Verteidigung ergeben haben. Die Kämpfe haben zwar seit dem 3. März wieder in verstärktem Maße eingesetzt, tragen aber nicht mehr — oder noch nicht wieder — den Charakter, der die erste Angriffshandlung vom 22. bis 29. Februar als einen nach Monate langen Vorbereitungen einsetzenden gewaltsamen Angriff auf die strategische Position Verdun erscheinen ließ.

In englischen Berichten konnte man lesen, daß die Offensive im Raume Verdun eine Antwort auf die Eroberung Erzerums und auf die Einrichtung des furchtbaren verschanzten Lagers von Saloniki darstellen soll. Dabei wird vollständig übersehen, daß dann diese Offensive nur eine Improvisation gewesen wäre, die überhaupt nicht mit solchen Mitteln hätte auftreten können und außerdem jeden strategischen Kalkuls bar gewesen wäre. Tatsächlich war eine deutsche Offensive im Westen schon seit 15. Dezember 1915 zu erwarten, d. h. seit der Verdrängung des englisch-französischen Expeditionskorps von mazedonischem Boden. Zweifelhaft sein mochte nur die Stelle, wo diese Offensive ihre höchste Gewalt erreichen würde, und auch heute wissen wir, trotz Verdun, noch nicht, ob diese Stelle schon von der Offensive ergriffen worden ist. Daß mit einer deutschen Angriffsbewegung im Westen gerechnet werden müsse, ist schon am 19. Dezember von uns in einer längern Betrachtung ausgeführt worden, also in einem Zeitpunkt, da die Vorbereitungen auf der deutschen Front erst begannen, die Versorgung mit Munition anfing, die Artillerie verstärkt, die strategischen Reserven bereitgestellt und die Lazarette bis zum Rhein zur Aufnahme der Verwundeten bereit gemacht wurden. Am 28. Dezember und 1. Januar wurde wiederum auf die strategische Bewegungsfreiheit der Zentralmächte und Bewegungen hinter den Fronten im Westen hingewiesen und am 16. Januar betont, daß sich der Kriegswille hüben und drüben nur durch entscheidende Schläge an der ursprünglichen Hauptkampffront erschüttern lassen dürfte und daß es nicht ausgeschlossen sei, daß Vierbund und Vierverband sich in dieser Auffassung begegneten. „Jedenfalls wird man — hieß es — der kommenden Frühjahrsoffensive, wer auch die Vorhand nähme, mit leidenschaftlicher Spannung entgegensehen." In der Betrachtung vom 30. Januar wurde die latente Spannung im Westen gekennzeichnet, die sich nun in lebhaften Teilaktionen bei Neuville und an der Somme zu lösen begann und gesagt, daß als Vorboten kommender Dinge die Luftaufklärer in regster Bewegung seien. In der Unterbindung der französischen Luftaufklärung bei Verdun haben die Deutschen in der Tat ein Mittel gefunden, ihre Vorbereitungen so zu verschleiern, daß das Ueberraschungsmoment beim Beginn der Offensive wirksam wurde.

Dazu diente freilich auch die Ablenkung, die durch die Teiloffensiven in den Räumen Arras und Albert geschaffen worden ist. Am 6. Februar glaubte ich aussprechen zu dürfen, daß eine Offensive im Westen, die nicht nur auf eine Verbesserung einzelner Frontabschnitte angelegt sei, zum mindesten in der Eroberung eines Stützpunktes erster Klasse, wie Lille auf deutscher oder Reims auf französischer Seite gipfeln müßte, um daraus operative Perspektiven zu gewinnen und daß ohne den vollen Einsatz der Infanterie solche Erfolge nicht zu erreichen seien. Wir waren der Auslösung einer großangelegten Offensive inzwischen immer näher gekommen, und schon am 13. Februar ließ sich feststellen, daß die Spannung in unaufhörlicher Steigerung begriffen sei und daß wir alle Ursache hätten, die Entwicklung genau zu verfolgen. „Große Bewegungen an der Westfront — schloß die Betrachtung — werden sich erst dann wahrnehmen lassen, wenn die Verschiebungen im Aufmarschgebiet vollständig abgewickelt sind... und zweifellos sind an der Westfront Nachschübe von so beträchtlichem Umfang erfolgt, daß es sich um viel mehr, als um den notwendigen Ersatz handeln muß." Am 20. Februar durfte man sagen, daß mit dem kommenden Frühjahr und einer Austrocknung der Wege sich gewaltige Entscheidungen wohl nicht mehr länger umgehen lassen würden und am 23. Febr., als der gewaltsame Angriff auf den Nordostsektor von Verdun eben begonnen hatte, wurde noch einmal auf die Planmäßigkeit des seit Dezember von der deutschen Heeresleitung befolgten Verfahrens hingewiesen und dieses als das charakteristische Merkmal der Lage bezeichnet. Der Angriff auf einen Stützpunkt erster Klasse, und zwar den an sich stärksten aber dankbarsten, hatte begonnen und zog eine Hypertrophie französischer Kräfte in der Winkelstellung zwischen den Argonnen, Verdun und Commercy nach sich, die dadurch operativ gebunden wurden. Diese Offensive ist bis zu der am 5. März beschriebenen Linie Vacherauville - Douaumont - Bezonvaux - Dieppe - Eix-Blazée - Manheulles - Fresnes - Chablon - Combres gediehen und frißt nun langsam weiter. Die strategische Position Verdun ist und bleibt stark gefährdet; sie ist aus einer Ausfalls- in eine Defensivstellung umgewandelt, aber die Räumung des Platzes der rechtsufrigen Maashöhen noch nicht erzwungen worden. Ob dies ein strategischer Vorteil der Verteidiger ist, muß die Entwicklung lehren, die kaum an die Frontattake gebunden sein dürfte. Von einem Durchbruch kann man nur in bezug auf die erste Linie und die Einnahme Douaumonts sprechen, eine Durchbruchsschlacht ist daraus nicht geworden, war es wohl auch von Anfang an nicht. Die operative Idee, die der Offensive von Verdun zu grunde liegt, suchen wir irgendwo anders und erinnern dabei an die Operationen der 5. Armee gegen Revigny und Bar le Duc vom 7. bis 12. September und die gegen St. Mihiel vom 25. September 1914.

Die Jahreszeit ist im Februar nicht so vorgeschritten, daß der Angreifer bei der Operation auf beständige Witterung rechnen konnte, und die französische Widerstandskraft zeigte sich so stark, daß sie sich dem vollständigen Durchbruch der permanenten Befestigungslinie trotz der bei Douaumont geschlagenen Bresche wirksam entgegenstemmen konnte. Nunmehr sind die Kämpfe wieder zu Stellungskämpfen geworden; sie griffen aber, wie zu erwarten war, auf die Südost- und Nordwestfront des mächtigen Salienten der französischen Maasstellung über, und zwar scheint jetzt besonders der Nordwestsektor Verduns Gegenstand von Artillerie- und Infanterieaktionen zu sein. Angriffe auf den Abschnitt Bethincourt-Forges sprechen dafür und lassen sich aus dem Bedürfnis des Angreifers erklären, die französischen Flankenbatterien auf dem linken Ufer unschädlich zu machen, von deren Einwirkung auf die eroberte Stellung in der Maasschleife wir bereits gesprochen haben. Darüber hinaus haben aber diese mit starker Artillerie eingeleiteten und durch Infanterie vorgetragenen Angriffe den Zweck, auch die Verteidigung westlich der Maas festzulegen. Die Franzosen sind noch im Besitz der Linie Béthincourt-Cunières, haben aber Forges und Regneville sowie das Rabenholz verloren. Béthincourt dürfte bereits flankiert sein und unter schwerem Kreuzfeuer stehen. Der Ort liegt indes noch 15 Kilometer vom Festungskern entfernt. Cumières hingegen nur noch 11 Kilometer westlich der Maasschleife, ungefähr auf der Höhe von Vacherauville.

In der Woevre ist das starkausgebaute Fresnes, die letzte Vorstellung vor dem Fuße der Maashöhen, am 7. März den Franzosen entrissen worden.

Auf den andern Abschnitten der Westfront finden Teilaktionen statt, die indes noch sämtlich die Erscheinungen des Stellungskrieges aufweisen und sich noch nicht erörtern lassen. Sie greifen bis zum Abschnitt an unserer Grenze aus, wo an der Larg die erwarteten Infanteriestöße erfolgt sind and haben auch in der Champagne und im hintern (kleinen) Fechttal zu Angriffen geführt.

Die englische Aktion ist auf den Vorstoß südöstlich Ypern beschränkt geblieben, wo die von den Deutschen am 14. Februar genommene, nun von den Engländern zurückeroberte Balkonstellung ob der Seemulde von Zillebeeke in den Händen der Briten geblieben ist.

An der Kampffront im Osten haben seit dem Abbruch der russischen Offensive in Beßarabien keine größeren Aktionen mehr stattgefunden, obwohl die Waffen auf der ungeheuren Kampflinie nirgends ruhten. Eine stärkere Teilaktion war von den Russen an der Ikwa geplant, ist aber von den Oesterreichern in der Entwicklung unterbunden worden. Größere Vorbereitungen scheinen an der Nordfront im Gange zu sein, wo Kuropatkin das Kommando übernommen hat, der allerdings aus der Mandschurei als Defensivgeneral bekannt ist, während der energische Rußki offenbar noch nicht wieder an der Front tätig ist.

Auch auf dem italienischen Kriegsschauplatz hat der General Winter sich stark eingemischt, übt aber dort Neutralität, indem er Lawinen niedersendet und Schneestürme losläßt, welche die Gefechtstätigkeit auf beiden Seiten lähmen.

Von der Kaukasusfront kommt eine Meldung, die die hier vertretene Auffassung bestätigt, daß die Russen noch nicht an Trapezunt herangekommen seien. Sie haben nach ihrer Meldung vom 4. März Atina genommen und sind von dort auf Mapawri halbwegs Atina-Ritze vorgerückt. Atina liegt etwa 15 Kilometer westlich des Böjukdere, der zuletzt als Gefechtsabschnitt genannt wurde und Mapawri ist in der Luftlinie noch 85 Kilometer von Trapezunt entfernt, eine Reihe quergelagerter Gebirgsabschnitte sind also noch nicht überwunden; die Offensive wird durch die verstärkte russische Flotte erfolgreich unterstützt.

In Persien hat sich die Offensive der Russen über Kermanschan hinaus bis Kola gezogen, also die Spitze abermals 40 Kilometer vorgetrieben. Türkische Maßnahmen zur Unterbindung der gegen zwei Lebenspunkte ihrer Verteidigung in Asien vordringenden russischen Offensive lassen sich noch nicht nachweisen. Daß Konzentrationen auf der Linie Trapezunt-Erfingjan-Diarbekr stattfinden und auch von Bagdad aus eine Verstärkung des gegen Kermanschan abgezweigten Flankenschutzes stattfindet, halten wir für in der Sache begründet. Wollen die Türken näher ihrer Operationsbasis schlagen, so werden sie den Raumgewinn der Russen in Kauf nehmen. Trapezunt freilich werden sie nicht preisgeben dürfen, doch ist diese Position bei der Ueberlegenheit der russischen Flotte stark gefährdet.

H. St.

Vossische Zeitung

10./III. 1916.

Kriegserklärung an Portugal.

№ 128 Morgen-Ausgabe. **Berlin.** Freitag, 10. März 1916

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung" erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage: „Zeitbilder", wöchentlich zweimal. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage. — Man bestellt die „Vossische Zeitung" in Berlin und Umgegend bei den Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co., außerhalb bei allen Postanstalten.

Bezugspreis: Für Groß-Berlin monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung. Durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausschließlich Bestellgebühr. — Anzeigenpreis für die Zeile: Morgenausgabe 60 Pf., Abend- und Montags-Ausgabe 70 Pf., Stellengesuche 40 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahrespreis. — Anzeigenannahme: Kochstraße 22/26, Breite Straße 8/9 und in allen Ullstein-Filialen. Fernsprech-Zentrale Ullstein & Co, Amt Moritzplatz 11800, 11801 bis 11850, 15280, 15281 bis 15289. Amt Zentrum 8689 und 8690.

Im Verlage von Ullstein & Co. Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22/26. Verantwortlich für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils) H. Bachmann in Berlin.

Kriegserklärung an Portugal.

Die neue Kriegserklärung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt:

Am 23. Februar hat die portugiesische Regierung die in portugiesischen Häfen liegenden deutschen Schiffe beschlagnahmt. Unmittelbar nach Bekanntwerden dieses Vorganges erhielt der Kaiserliche Gesandte in Lissabon, Dr. Rosen, Auftrag, gegen die Maßnahme zu protestieren und ihre Aufhebung zu verlangen. Die betreffende Note wurde am 27. Februar der portugiesischen Regierung übergeben. Ungeachtet dieser Tatsache verbreitete die portugiesische Regierung in Lissabon in ihrer offiziösen Presse die Nachricht, daß eine deutsche Protestnote überhaupt nicht existiere, in der portugiesischen Kongreßsitzung leugnete der Justizminister sogar offiziell das Vorhandensein der Note ab. Die von dem Kaiserlichen Gesandten verlangte Richtigstellung der Preßnotiz unterblieb. Erst am 4. März erschien der hiesige portugiesische Gesandte im Auftrage seiner Regierung im Auswärtigen Amt, um eine Note zu übergeben, welche die deutsche Forderung ablehnte. Eine Abschrift dieser Note wurde am selben Tage dem Kaiserlichen Gesandten in Lissabon übergeben. Darauf erhielt dieser die Anweisung, der portugiesischen Regierung die nachstehend wiedergegebene Erklärung zuzustellen. Die Uebergabe dieser Erklärung soll heute (d. h. am Donnerstag. Red.) in Lissabon erfolgen. Eine Abschrift derselben wurde dem hiesigen portugiesischen Gesandten übermittelt.

Der Wortlaut der deutschen Note.

„Seit Kriegsbeginn hat die portugiesische Regierung durch neutralitätswidrige Handlungen die Feinde des Deutschen Reichs unterstützt. Englischen Truppen wurde in vier Fällen der Durchmarsch durch Mozambique gestattet. Die Versorgung deutscher Schiffe mit Kohlen wurde verboten. Ein neutralitätswidrig ausgedehnter Aufenthalt englischer Kriegsschiffe in portugiesischen Häfen wurde zugelassen, England die Benutzung Madeiras als Flottenstützpunkt gewährt. Der Entente wurden Geschütze und Kriegsmaterial der verschiedensten Art, England überdies ein Torpedobootszerstörer verkauft. Deutsche Kabel wurden unterbrochen. Das Archiv des Kaiserlichen Vizekonsulats in Mossamedes wurde beschlagnahmt.

Expeditionen wurden nach Afrika entsandt und offen als gegen Deutschland gerichtet bezeichnet. An der Grenze von Deutsch-Südwest-Afrika und Angola wurde der deutsche Bezirksamtmann Dr. Schultze-Jena sowie zwei Offiziere und Mannschaften durch eine Einladung über die Grenze nach Naulila gelockt, dort am 19. Oktober 1914 für verhaftet erklärt und, als sie sich ihrer Festnahme zu entziehen suchten, zum Teil niedergeschossen, die Ueberlebenden mit Gewalt gefangen genommen. Retorsionsmaßnahmen unserer Schutztruppe folgten. Von Deutschland abgeschnitten, handelte die Schutztruppe in der durch das portugiesische Vorgehen hervorgerufenen Annahme, daß Portugal sich mit uns im Kriegszustande befinde. Die portugiesische Regierung remonstrierte wegen der letzteren Vorgänge, ohne die ersten zu erwähnen, und beantwortete unser Verlangen, uns mit unseren Kolonialbehörden einen ungehinderten chiffrierten Telegrammverkehr zwecks Aufklärung des Sachverhalts zu verschaffen, überhaupt nicht.

Während der Kriegsdauer ergingen sich, unter mehr oder weniger offenkundiger Begünstigung durch die portugiesische Regierung, Presse und Parlament in gröblichen Beschimpfungen des deutschen Volkes. In der Kammersitzung vom 23. November 1914 sprach der Führer der Partei der Evolutionisten in Gegenwart fremder Diplomaten sowie der portugiesischen Minister schwere Beleidigungen gegen Deutschland aus, ohne daß ein Einspruch seitens des Kammerpräsidenten oder eines Ministers erfolgt wäre. Der Kaiserliche Gesandte erhielt auf seine Vorstellungen nur die Antwort, daß der betreffende Passus im offiziellen Sitzungsbericht nicht enthalten sei.

Wir haben gegen diese Vorgänge in jedem Einzelfalle protestiert sowie verschiedentlich die ernstesten Vorstellungen erhoben und die portugiesische Regierung für alle Folgen verantwortlich gemacht. Eine Remedur erfolgte jedoch nicht. Die Kaiserliche Regierung hatte gleichwohl in langmütiger Würdigung der schwierigen Lage Portugals es bisher vermieden, ernstere Konsequenzen aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung zu ziehen.

Am 23. Februar erfolgte auf Grund eines Dekrets vom gleichen Tage ohne vorherige Verhandlung die Beschlagnahme der deutschen Schiffe. Diese wurden militärisch besetzt und die Mannschaften von Bord geschickt. Die Kaiserliche Regierung hat gegen diesen flagranten Rechtsbruch protestiert und die Aufhebung der Beschlagnahme der Schiffe verlangt.

Die portugiesische Regierung hat das Verlangen abgelehnt und ihre Gewaltmaßregel durch Rechtsausführungen zu begründen versucht. Sie geht davon aus, daß unsere durch den Krieg in den portugiesischen Häfen festgelegten Schiffe infolge der Festlegung nicht dem Artikel 2 des deutsch-portugiesischen Handels- und Schiffahrtsvertrages, sondern ebenso wie anderes im Lande befindliches Eigentum der unbeschränkten Gebietshoheit und damit dem unbeschränkten Zugriff Portugals unterlägen. Weiterhin aber meint sie sich innerhalb der Grenzen dieses Artikels gehalten zu haben, da die Requisition der Schiffe einem dringenden wirtschaftlichen Bedürfnis entspräche, auch in dem Beschlagnahmedekret eine später festzusetzende Entschädigung vorgesehen sei. Diese Ausführungen erscheinen als leere Ausflüchte. Der Artikel 2 bezieht sich auf jede Requisition deutschen, in portugiesischem Gebiet befindlichen Eigentums, so daß es dahingestellt bleiben kann, ob die angebliche Festlegung der deutschen Schiffe in portugiesischen Häfen ihre Rechtslage verändert hat. Den genannten Artikel hat aber die portugiesische Regierung nach doppelter Richtung verletzt. Einmal hat sie sich bei der Requisition nicht in den vertraglichen Grenzen gehalten, da Artikel 2 die Befriedigung eines staatlichen Bedürfnisses voraussetzt, während die Beschlagnahme offenbar unverhältnismäßig mehr deutsche Schiffe getroffen hat, als zur Beseitigung des Schiffsraummangels für Portugal erforderlich war. Sodann aber macht der Artikel die Beschlagnahme der Schiffe von einer vorhergehenden Vereinbarung mit den Beteiligten über die zu bewilligende Entschädigung abhängig, während die portugiesische Regierung nicht einmal versucht hat, sich mit den deutschen Reedereien unmittelbar oder durch Vermittlung der deutschen Regierung zu verständigen. Das ganze Vorgehen der portugiesischen Regierung stellt sich somit als ein schwerer Rechts- und Vertragsbruch dar.

Die portugiesische Regierung hat durch dieses Vorgehen offen zu erkennen gegeben, daß sie sich als Vasallen Englands betrachtet, der den englischen Interessen und Wünschen alle anderen Rücksichten unterordnet. Sie hat endlich die Beschlagnahme der Schiffe unter Formen vollzogen, in denen eine beabsichtigte Herausforderung Deutschlands erblickt werden muß. Die deutsche Flagge wurde auf den deutschen Schiffen niedergeholt, die portugiesische Flagge mit Kriegswimpel gesetzt. Das Admiralsschiff schoß Salut.

Die Kaiserliche Regierung sieht sich gezwungen, aus dem Verhalten der portugiesischen Regierung die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Sie betrachtet sich von jetzt ab als mit der portugiesischen Regierung im Kriegszustand befindlich."

*

* **Genf, 9. März.**

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Die portugiesische Regierung teilte nach Meldungen französischer Blätter den anderen Regierungen mit, daß sie strenge Vorkehrungen hinsichtlich der Begegnung mit Unterseebooten treffen werde. Die zur Ueberwachung der beschlagnahmten deutschen Schiffe bestimmten Besatzungen bestehen aus Matrosen der portugiesischen Handelsmarine.

Unsere Matrosen aus Portugal.

Drahtmeldung.

Bremen, 9. März.

Nach einer Nachricht aus Vigo (Spanien) sind die Besatzungen der deutschen Dampfer „Bülow" und „Prinz Heinrich" wohlbehalten dort eingetroffen und an Bord des deutschen Dampfers „Goeben" untergebracht worden („Bülow" und „Prinz Heinrich" vom Norddeutschen Lloyd sind zwei der deutschen Schiffe, die in Lissabon lagen und von der portugiesischen Regierung gewaltsam übernommen wurden.)

Das Ende einer falschen Neutralität.

Die Note, die inzwischen ja wohl von unserem Gesandten der portugiesischen Regierung überreicht sein wird, schafft politisch sowohl wie militärisch für uns keine wesentlich neue Situation. Ob wir uns offiziell mit Portugal im Kriegszustand befinden oder es formell noch zu den neutralen Ländern zählen, ist für die Kriegslage wirklich höchst gleichgültig. Wir haben immer gewußt, daß Portugal im Grunde genommen nichts anderes als eine englische Provinz ist. Deshalb konnten wir auch, als die Beschlagnahme unserer Schiffe erfolgte, keinerlei Entrüstung aufbringen. Die Portugiesen mußten schließlich auch in diesem Falle nur tun, was ihre Herren und Meister in London von ihnen verlangten.

Aber unsere Note an die portugiesische Regierung hat unter einem ganz anderen Gesichtswinkel ein recht wesentliches Interesse. Es wird darin die große Zahl von Neutralitätsverletzungen zusammengestellt, die sich Portugal uns gegenüber hat zu schulden kommen lassen. Manches davon haben wir schon gewußt, manches haben wir nur geahnt. Aber in dieser klaren und nüchternen Zusammenstellung bekommen die Fälle doch ein recht sonderbares Gesicht. Man fragt sich unwillkürlich, wie es möglich war, daß ein Staat dauernd derart gegenüber Deutschland auftreten konnte, ohne daß wir schon lange die Beziehungen zu ihm abgebrochen haben. Wenn man sich die einzelnen in der Note angeführten Fälle ansieht, so handelt es sich dabei nicht bloß um Neutralitätsbrüche einfacher Art, die man sich gefallen oder nicht gefallen lassen kann, je nachdem, wie man gerade gelaunt ist, oder wie einem die Sache politisch im Augenblick paßt. Eine ganze Reihe dieser Fälle bilden vielmehr feindselige Akte in des Wortes wahrster Bedeutung. Dazu solche, die nicht gewöhnlichen Kriegshandlungen gleichzustellen sind. Denn schließlich kann man ja auch dem Gegner Respekt bezeigen. Vielmehr handelt es sich hier um ein dauerndes kränkendes Erkennenlassen von Nichtachtung gegenüber dem Deutschen Reiche, um Handlungen, die direkt unserer Ehre zu nahe treten.

Wir zweifeln nun nicht daran, daß die verantwortlichen Politiker des Deutschen Reiches ein genau so feines Empfinden wie für ihre persönliche Ehre auch für die Ehre des Vaterlandes haben. Wir zweifeln auch weiter nicht daran, daß sie sicher gewillt sind, diese Ehre auf das peinlichste zu wahren. Aber es handelt sich hier um politische Prinzipien. In dem Verhalten gegenüber Portugal liegt etwas, was für gewisse politische Strömungen kennzeichnend ist, die augenblicklich bei uns einen starken und manchmal recht suggestiven Einfluß üben. Man macht glauben, es gehöre zur praktischen Politik, gewisse Dinge nicht zu sehen, nicht wegen jeder Kleinigkeit sofort heftig dreinzufahren. Die Motive für solches Handeln sind nicht immer ganz einheitlich. Die einen, die solche Politik predigen, sind von unendlicher Langmut erfüllt. Sie glauben, daß man gewissen Völkern, weil sie doch nun einmal unter englischem Druck stehen, ihre Handlungsweise nicht zu sehr übelnehmen dürfe. Kurzum, es wird wieder einmal der vor dem Kriege so sehr üblich gewesene Grundsatz gepredigt, man solle die fremden Völker verstehen und ihre Handlungen aus solchem Verstehen heraus verzeihen lernen. Es soll hier nicht untersucht werden, inwieweit sich diese — schon früher bei uns geübte — Politik in langer Friedenszeit gut oder schlecht bewährt hat. Aber wir leben jetzt leider nicht im Frieden, sondern im Kriege. Und im Kriege gehören auf einen Schelm anderthalbe, und zwar möglichst schnell. Bismarck hat mit Recht einmal gesagt, daß Langmut und die Hoffnung auf Dankbarkeit für Langmut schlechte Requisiten der Politik seien. Im Falle

Die Zeit 1

Seemacht und Seehandel.

Vom Kapitän zur See a. D. L. Persius (Berlin).

Es wird wohl heute nur noch wenige Engländer geben, die die Illusion in ihrem Hirn herumtragen, die Zentralmächte könnten militärisch niedergerungen werden. Die deutschen, österreichisch-ungarischen, türkischen und bulgarischen Siege reden eine gar deutliche Sprache, und die Erwartung auf den baldigen „Einzug in Berlin", die noch vor anderthalb Jahren ein Lieblingsthema der britischen Presse war, hat der Ueberzeugung Platz gemacht, daß der Weg dorthin sich nur mit Armeen bahnen läßt, die von starkem „Willen zum Siege", von frischem Offensivgeist beseelt sind. Solche aber — dessen werden sich unsere Feinde immer mehr bewußt — stehen weder im Westen noch im Osten noch im Süden zur Verfügung. Unter der Einwirkung dieser Erkenntnis wurde ein anderer Ausweg gesucht: man stellte den Aushungerungsplan auf. Aber auch dieser versagte. Deutsche Organisation, Anpassungsfähigkeit und Bedürfnislosigkeit machten ihn zuschanden. Nun bleibt als letzte Rettung der wirtschaftliche Schwächungsprozeß, dessen Erfolg sich ebenso wie seinerzeit der Aushungerungsplan auf die Allmacht der britischen Flotte aufbauen soll. Am 11. Januar ließ sich der britische Handelsminister Runciman im Unterhaus wie folgt vernehmen: „Die deutsche Regierung wird durch wirtschaftlichen Druck eher als durch irgendein anderes Mittel davon überzeugt werden, daß die Fortsetzung des Kampfes fruchtlos ist. Wenn wir mit unseren Hilfsmitteln sorgfältig umgehen, können wir es länger aushalten als Deutschland." Mr. Runciman mag voller Ueberzeugung gesprochen haben. Aber er wird sich nicht verhehlen, daß auch die Regierungen der Mittelmächte mit dem gleichen Brustton der Ueberzeugung die Ansicht vertreten werden, daß der wirtschaftliche Druck ebensowenig wie die militärische Kraft der Alliierten und der Aushungerungsversuch ein taugliches Mittel darstellt, uns zum Friedensschluß zu zwingen. Hier steht also eine Ansicht gegen die andere, und den Schleier, der heute noch über der Entwicklung in der Zukunft liegt, vermag niemand zu lüften. Wir halten uns an die Tatsachen aus Gegenwart und Vergangenheit. Das in den ersten Monaten des Krieges von englischen Lippen so oft und gern verkündete Wort „Business as usual" wurde nun unter den läuternden Strahlen einer rauhen Wirklichkeit aus dem Verkehr gezogen. Die rapid in die Höhe schießenden Preise der Lebensmittel und Rohstoffe, die auf den blitzartig steigenden Frachtraten fußen, die wieder in der Hauptsache eine Folge des Mangels an Kauffahrteischiffstonnage sind, belehren auch den hitzigsten Optimisten, daß das Geschäft, weit entfernt, den in Friedenszeiten gewohnten Gang zu gehen, immer stärker durch die Ereignisse und Begleitumstände des Krieges in Mitleidenschaft gezogen wird.

Das Wirtschaftsleben des britischen Inselreiches ist unmittelbar abhängig von dem ungestörten und hinreichenden Verkehr seiner Handelsschiffsflotte auf den Meeren. Stockt der Import, so bedeutet das in einem Zeitraum weniger Wochen eine ausgesprochene Hungersnot und einen Stillstand der gesamten Wirtschaftsmaschine. Kann der Export nicht in genügendem Ausmaß aufrechterhalten werden, so ergibt sich hieraus ein wirtschaftlicher Niedergang, der die Hauptkraft Großbritanniens, die finanzielle Stärke, in Frage stellt, die zugleich das Band bildet, das die Verbündeten an England knüpft. Von der militärischen Hilfe Großbritanniens erwarten Frankreich, Rußland und Italien wenig. Sie wissen, daß die langsam durchgeführte Dienstpflicht nur eine kärgliche Blutabschlagszahlung ohne wirklichen Wert besagt, die geleistet wird, um die verbündeten Völker bei gutem Mute zu erhalten. Die Milliarden Pfunde Sterling sind es, die Unterstützung in wirtschaftlicher Beziehung, die Versorgung mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Kriegsmaterial sind es, die Frankreich, Rußland und Italien an Großbritannien ketten. Wenn die Unterstützung dieser Art aufhört, wird die Zuneigung bald weichen, und die Bundestreue wird einer Belastungsprobe ausgesetzt werden, der sie kaum standhalten dürfte. Vorbedingung für die Versorgung mit Lebensmitteln, Rohstoffen, vor allem Geld, sind jedoch die Transportmittel, die England bereithalten muß, das heißt die Handelsschiffstonnage. Der Mangel an Kauffahrern wird in England von Monat zu Monat mehr fühlbar. Die Zeitungen besprechen das Thema „The lack of ships" („Der Mangel an Schiffen") in allen Tonarten. Aber die steigende Erregung der Presse bezeugt, daß kein Mittel bisher gefunden wurde, die Besorgnis vor dem sich immer mehr ausbreitenden Mangel an Frachtenraum zu bannen. „Der Mangel an Schiffen" wird aller Voraussicht nach in England weiter steigen. Die sich vermehrende Armee, die erhöhte Mittel für ihre Verschiffung sowie für ihren Nachschub an Munition u. a. m. erfordert, sorgt dafür! Mit den wachsenden Entfernungen der Kriegsschauplätze — Aegypten, Kleinasien — erhöhen sich die Schwierigkeiten des Transportes. Es wachsen die Gefahren des Seeweges. Der vor allem durch das Mittelmeer wird durch deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote unsicher gemacht. Die Unterseeboote sorgen aber auch ganz allgemein dafür, daß der Mangel an Handelsschiffen bei unseren Feinden zunimmt. Von Beginn des Krieges bis Ende Dezember 1915 beliefen sich die Verluste Englands an Kauffahrteischiffen auf 696 Schiffe mit 1,312.067 Bruttoregistertonnen. Allerdings darf nicht außer acht gelassen werden, daß die britischen Werften jetzt mit größter Energie die Kiele zu neuen Handelsschiffen strecken. Aber ihre Arbeit wird in erster Linie durch die Bedürfnisse der Kriegsmarine, die natürlich vorrangiert, in Anspruch genommen. Ferner wirkt der Arbeitermangel hemmend. Die Tätigkeit der Privatwerften ist aus diesen Gründen, vergleicht man sie mit der in Friedenszeiten, beträchtlich beschränkt. Die Financial News berichtete über die schottischen Werften. Dort wären im verflossenen Jahr 207 Schiffe mit 233.501 Tonnen hergestellt, das sind 247 Schiffe mit 275.444 Tonnen weniger als im Jahre 1914.

Keineswegs, daß wir die britische Elastizität und Energie unterschätzen dürfen. Das könnte verhängnisvoll sein. Die zurückliegenden Ereignisse sagen uns, daß die Organisationsgabe der Engländer, wenn auch langsam sich äußernd, dennoch schließlich zum Ziele führt, daß man aus den Fehlern lernte, daß der zähe Wille, aller Schwierigkeiten Herr zu werden, besteht, ja täglich stärker zum Ausdruck kommt, kurz, daß wir es mit einem Gegner zu tun haben, über dessen Fähigkeiten verächtlich zu denken verkehrt sein würde, uns selbst zum größten Schaden gereichte. Großbritannien, das erkennt man nun allgemein an, bleibt unser gefährlichster Feind. Er wird kein Mittel unversucht lassen, uns wirtschaftlich auf die Knie zu zwingen. Das englische Weißbuch, das vor einigen Wochen vom Auswärtigen Amt herausgegeben wurde, klärt uns über die Ansichten und Absichten unseres gefährlichsten Gegners gründlich auf. Es faßt die Lage, wie folgt, zusammen: Deutschlands überseeischer Handel ist lahmgelegt. Ausnahmen bestehen nur vereinzelt in der Ausfuhr, wo auf die Interessen der Neutralen einige Rücksicht genommen werden muß. Die nach neutralen Ländern, die an Deutschland grenzen, gehenden Waren werden genau untersucht, um die Güter, die für den Feind bestimmt sind, zu entdecken. Wenn es nötig erscheint, werden sie zurückgehalten. Die Kaufleute in den neutralen Ländern müssen strenge Garantien abgeben, die deren Handel mit Deutschland einschränken. England besitzt außerdem jederzeit ein wertvolles Pressionsmittel in der Kohlenabgabe. Es wird den neutralen Handelsdampfern die Bunkerkohle verweigern, wenn es ihm richtig erscheint, und damit in jedem Fall seinen Willen durchsetzen. Endlich wird den Neutralen nur ein bestimmtes Kontingent für die Einfuhr bewilligt, das so bemessen ist, wie es für die Friedenszeiten gültig war. Der Text des Weißbuches lehrt uns, daß wir auf der Hut sein müssen. Aus ihm spricht der unerschütterliche Wille der britischen Regierung, von der Seebeherrschung, die durch die Flotte ausgeübt wird, rücksichtslosen Gebrauch zu machen, um das endliche Ziel zu erreichen. Die Seemacht soll dem eigenen Handel den unbedingten Schutz verleihen, soll den Seehandel der Feinde, soweit er noch besteht, und den der Neutralen, der uns unterstützen könnte, untergraben, und zwar bis zum allerletzten Rest.

Der Daily Telegraph schrieb am 11. Januar in einem Artikel Trade and sea-power (Handel und Seemacht): „Großbritannien darf voller Vertrauen auf seine Flotte dem Ausgang des Krieges entgegensehen. Aehnlich, wie Paris 1870 bis 1871 durch die deutschen Armeen ausgehungert wurde, so wird nun auch Deutschland durch die britische Flotte wirtschaftlich ausgehungert werden. Schon heute liegt das wirtschaftliche Leben der Mittelmächte völlig danieder, während das englische nahezu unberührt blieb. Der Import betrug im vergangenen Jahr — nach Angabe der Handelskammer — 853·8 Millionen und der Export 324·6 Millionen Pfd. St. an Wert. Diese Ziffern bedeuten schon in normalen Zeiten eine äußerst günstige Wirtschaftslage. Sie verdankt Großbritannien seiner Flotte, die dafür sorgt, daß der Ueberseehandel ungestört seinen Fortgang nehmen kann." — Diese Aeußerungen laufen denen zuwider, die man nun so häufig in Londoner Blättern sonst findet, auf die oben hingewiesen wurde, und die sich mit the lack of ships und der immer schwieriger sich gestaltenden Lage der britischen Kauffahrteischifffahrt beschäftigen.

In Deutschland ist sich jedermann des Ernstes der Lage bewußt. Es gilt die äußerste Zusammenballung aller Kräfte, um den wirtschaftlichen Kampf, den die englische Seemacht gegen uns führt, mit Ehren auszufechten. Aber das Vertrauen ist unerschütterlich, daß unseren militärischen Siegen im Verein mit unseren voll angespannten wirtschaftlichen Kräften der endliche Erfolg beschert sein wird. Hiermit würde unsere heiße Hoffnung in Erfüllung gehen, daß sich die Erwartungen Großbritanniens auf seine Seemacht und seinen Seehandel als Trugschluß erweisen.

...ung

...rter Zeitung.)

...immer 40, 41, 42, 43.

Preis der Anzeigen:
Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen M 2.–, Abendbl. M 2.50, Familienanzeigen M 1.–, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. – Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A: Waisenhausstr. 25, München: Perusastr. 5, Offenbach: Biebererstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agenturen u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York: 30 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

Graf Bernstorffs Instruktionen.

N Berlin, 10. März. (Priv.-Tel.) Die gestrige Reutersche Meldung über eine neue Note, die angeblich Graf Bernstorff in Washington in der Frage des Unterseebootkrieges überreicht haben sollte, konnte und sollte wohl den Eindruck erwecken, als sei Deutschland mit neuen Vorschlägen an die Vereinigten Staaten herangetreten. Dies ist, wie wir inzwischen festgestellt haben, durchaus nicht zutreffend und Reuter hat auch diesmal wieder durch seine Meldung den Beweis dafür erbracht, wie tendenziös er aus Amerika zu berichten weiß.

Der deutsche Botschafter Graf Bernstorff hat weiter nichts unternommen, als auf Grund der ihm zugegangenen Instruktion dem Staatssekretär Lansing noch einmal die Entwicklung des deutschen Unterseebootskrieges und die Haltung Deutschlands in dieser Frage darzulegen. In den Instruktionen, die Graf Bernstorff seinen Mitteilungen zugrunde legt, ist von der deutschen Reichsregierung gesagt, daß noch einmal der Versuch gemacht werden sollte, mit aller Offenheit, die den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern, Deutschland und den Vereinigten Staaten, entspräche, unsere Haltung in dem Unterseebootskrieg klarzulegen.

Die deutsche Regierung hat auf Vorschlag der Vereinigten Staaten von Amerika hin sofort sich bereit erklärt, die Londoner Seekriegsrechtsdeklaration zu ratifizieren. Die deutsche Regierung hat auch schon vorher ihre Prisenordnung entsprechend dieser Deklaration erlassen. Dadurch wurde anerkannt, daß Deutschland bereit war, den Grundsatz der Freiheit der Meere, der nicht nur im Interesse der Kriegführenden, sondern hauptsächlich im Interesse der Neutralen liegt, anzuerkennen; England hat aber den amerikanischen Vorschlag auf Ratifikation der Londoner Seerechtsdeklaration abgelehnt und bald nach Ausbruch des Krieges ist England dazu übergegangen, den legalen Handel und die neutralen Staaten schwer zu schädigen mit dem ausdrücklichen Zwecke, auf diese Weise Deutschland zu treffen. Den systematischen Verschärfungen der Konterbandeordnungen folgte der Schritt Englands, wodurch England die Nordsee, den Kanal und verschiedene andere Hauptschiffahrtswege für Kriegsgebiet erklärte und davor warnte, wegen der dort vorhandenen Gefahren an Minen, an Unterseebooten und an Kreuzern, diese Gebiete mit Handelsschiffen zu befahren. Der Protest der neutralen Staaten gegen dies völkerrechtswidrige Verfahren hatte keinen Erfolg. Es war von diesem Zeitpunkt an kaum noch möglich, von einem freien Handel der Neutralen zu sprechen.

Dadurch sah sich Deutschland im Februar 1915 veranlaßt, entsprechende Gegenmaßnahmen zu ergreifen mit Hilfe des neuen Kriegsmittels, mit Hilfe der Unterseeboote, deren Verwendung im Völkerrecht noch nicht geregelt war. Diese neue Waffe führte zweifellos zur Einschränkung der Freiheit der Neutralen. Aber um die dadurch entstehenden Gefahren zu beseitigen, schritt Deutschland entsprechend der englischen Warnung über das Kriegsgebiet ebenfalls zu einer Warnung, als es die Kriegsgebietszone um England herum erklärte. Es handelt sich bei dem Vorgehen Deutschlands lediglich um eine Vergeltung gegenüber dem völkerrechtswidrigen Verhalten von England. Die Vereinigten Staaten von Amerika suchten nun darauf hinzuwirken, daß Deutschland seine Unterseebootswaffe entsprechend den völkerrechtlichen Bestimmungen über den Kreuzerkrieg zur Anwendung bringen sollte, und daß England andererseits Lebensmittel für die nichtkämpfende Bevölkerung Deutschlands durchlassen sollte. Deutschland ist im März 1915 bereitwillig auf die amerikanischen Vorschläge eingegangen, während England am 15. März 1915 eine solche Verständigung ablehnte. Darüber hinaus hat England sogar noch den letzten Rest der vorhandenen Freiheit der Meere durch neue Maßnahmen vollständig vernichtet. Deutschland hat sich trotz alledem fortgesetzt bemüht, bei den verschiedensten Gelegenheiten den Wünschen der Neutralen entgegenzukommen. Es hat in der praktischen Verwendung der Unterseebootswaffe ein so weitgehendes Entgegenkommen gezeigt, daß das Recht der Neutralen auf legalen Handel unbeschränkt war. Aber England machte die Ausübung des völkerrechtlich geregelten Gebrauchs der Unterseeboote nunmehr dadurch unmöglich, daß es sämtliche Handelsschiffe bewaffnete und daß es die Handelsschiffe anwies, die Geschütze nicht nur zur Abwehr, sondern auch zum Angriff zu benutzen. Dieses Vorgehen Englands steht im strikten Widerspruch zu

Berner Bund 12. III. 1916

92

Zur Kriegslage

Die Lage im Raume Verdun. Militärische und politische Rücksichten. Angreifer und Verteidiger. Der Kampf um die Feste Vaux. Fortschreitender Angriff gegen die Südostfront. Tribut der Bewunderung. An den übrigen Frontabschnitten. Entlastungsoffensive der Russen oder Italiener? Handlungsfreiheit der Oesterreicher. Durazzo, Valona, Saloniki. Die Lage in Asien. Kut-el-Amara, Trapezunt, Mosul. Portugal als Kriegsfaktor. Die „Möve".

Die deutsche Offensive im Raume Verdun nimmt immer größeren Umfang an und zieht immer stärkere Kräfte in diese Winkelstellung der französischen Front. Nachdem nun von seiten der Deutschen nach 14monatigem Beharren in der Defensive im Westen zu einer großen Angriffsbewegung ausgeholt worden ist und das erwählte Objekt mit so großen Kräften angegangen worden ist, müssen bei der strategischen Berechnung von Erfolg und Mißerfolg auch andere Faktoren und zwar vor allem das militärische und das politische Prestige eingestellt werden. Das gilt auch von der Gegenseite. Auch der französische Verteidiger kämpft im Raume Verdun nicht nur um eine wichtige strategische Stellung, sondern auch um sein Prestige, und dieses Prestige ist um so verwundbarer, je höher die politische und die Gefechtsmoral der Franzosen seit der Marneschlacht gestanden hat und je labiler die Verhältnisse hinter der Front sind.

Ein Rückschlag bei Verdun ist unter den heute obwaltenden Verhältnissen eines unter gewaltsamen Zuckungen dem Ende zustrebenden Krieges für beide Teile bedenklich. Beide Teile werden daher das Aeußerste einsetzen, um sich die Entwicklung und den Erfolg dienstbar zu machen. Beide Teile werden dabei keine Verluste scheuen; der Angreifer schon deshalb nicht, weil ihm ein großes Ziel winkt und in seiner Truppe der alte Angriffsgeist mit Uebergewalt hervorgebrochen ist, seit diese Lemurenkrieger aus ihren Gräben und Unterständen auferstanden und dem Bewegungskrieg wiedergegeben worden sind.

Auch Teilrückschläge, wie sie bei einer so umfassenden Operation und einem so widerstandsfähigen und opferbereiten Verteidiger je und je eintreten können, wird der Angreifer ertragen müssen, um seine Offensive zum Ziele zu führen. Eine andere Frage ist, ob die Verteidigung nicht weit über militärische Zweckmäßigkeit hinaus aus politischen Gründen gezwungen wird, ihre Stellungen und Verdun zu halten, statt Verdun preiszugeben und auf dem linken Maasufer eine mobile Verteidigungsstellung zu beziehen, die gegen die schwersten Kaliber größere Widerstandsfähigkeit besitzt und elastischer ist, als die Panzer- und Felsenfesten auf der Côte de Meuse. Heute hält Pétain noch mit Grund an den Hauptstellungen fest, die zwar nur 7—11 Kilometer vom Festungskern entfernt sind, aber noch starke Widerstandskraft besitzen, da sie von den mobilen Kräften immer wieder aufgefüllt werden.

Als vorgestern die deutsche Meldung von der Eroberung der Panzerfeste Vaux eintraf, konnte man sich fragen, ob es den Deutschen gelingen werde, das zertrümmerte und darauf von Infanterie besetzte Fort zu halten, wenn die Franzosen sofort zum Gegenangriff übergingen. Die Stellung ist ja von so großer Wichtigkeit für die Verteidigung der Verduner Nord- und Ostfront und der ganzen rechtsufrigen Maashöhen, daß der Verteidiger alles daran setzen mußte, sie wiederzunehmen, wenn er nicht gesonnen war, die strategische Position Verdun in Etappen zu räumen.

Der Bedeutung dieser Phase der Verduner Aktion versuchte ich gestern Ausdruck zu geben, indem ich schrieb: „Ist Fort Vaux samt den anliegenden Feldstellungen fest in deutscher Hand, so haben die Franzosen jede Möglichkeit verloren, auf Douaumont von Südosten her einen Flankendruck auszuüben und zugleich den nördlichen Flügelstützpunkt der Fortsgruppe der Ostfront verloren. Dann ist die permanente Front Vaux-Tavannes-Rozellier von Norden angeschnitten und damit die Möglichkeit gegeben, gegen Bahn und Straße Eix-Verdun flankierend vorzugehen." Die Franzosen haben in der Tat die Konsequenz aus dieser Einschätzung der Stellungen von Vaux gezogen und sie mit stürmender Hand zurückerobert.

Den Widerspruch der deutschen und französischen Meldungen über die Kämpfe um Fort Vaux kann man vielleicht erklären, indem man festhält, daß es sich um eine ganze Gruppe von Befestigungen handelt, die ob dem Dorfe Vaux angelegt sind. Ist es den Franzosen gelungen, sich dieses wichtigen Punktes wieder zu versichern, so haben die Deutschen dafür im Südostsektor beträchtlich Boden gewonnen und tragen nun den Angriff gegen den Südostpfeiler der permanenten Befestigungen von Verdun in der Richtung auf Fort Rozellier vor. Sie sind auf Moulainville, etwa zwei Kilometer südlich Eix, vorgerückt und auf der Straße von Fresnes nach Verdun bis Bonzée, drei Kilometer, und Villers-sous-Bonchamp, vier Kilometer westlich Fresnes gekommen. Sie stehen auch hier nun unmittelbar am Fuße der Maashöhen und vor den Straßenschluchten, die von den Forts und Feldstellungen beherrscht werden. Die französische Kampflinie läuft also nun von Villers-sous-Bonchamp über Bonzée nach Südosten, biegt dann südlich nach Les Eparges ab und springt dann wieder nach Combres, wo sich die Gegner auf der Combreshöhe dicht gegenüberliegen. Die Behauptung von Vaux ist für diese ganze Maashöhenfront von äußerster Wichtigkeit, sonst macht sich Aufrollung von Norden geltend. Als operative Gegenwirkung ist die Wiedereinnahme oder Behauptung von Vaux durch die Verteidiger Verduns zwar nicht zu betrachten, sie zeugt aber von der großen aktiven und passiven Widerstandskraft und der hohen Gefechtsmoral der Truppe, die sich der Tragweite der deutschen Offensive in militärischer und politischer Beziehung offenbar vollständig bewußt ist. Da der Angreifer vom gleichen Geist beseelt ist, so sind hier geistige Faktoren am Werke, welche die Kriegshandlung im furchtbaren, mit allen technischen Errungenschaften brutaler Zerstörungskunst gesättigten Ringen in unberechenbarer Weise mitbestimmen helfen und dem Beobachter im neutralen Lande für beide Teile die höchste Bewunderung einflößen. Aber welch furchtbarer Krieg!

Es werden seit Beginn der Offensive von beiden Seiten Verluste gemeldet, die sich jeder Beurteilung entziehen, und es sei ausdrücklich davor gewarnt, sich auf solche Schätzungen einzulassen.

Die Tätigkeit, die von den Engländern an der flandrischen Front entfaltet wird, ist noch nicht über örtlich begrenzte und örtlich zu bewertende Teilangriffe hinausgekommen. Die Kämpfe südöstlich von Ypern und im Abschnitt La Bassée-Givenchy können aber an Bedeutung gewinnen, wenn Sir Douglas Haig damit den alten Gedanken eines konzentrischen Vorstoßes gegen Lille wieder aufnimmt, um ebenfalls einen Stützpunkt erster Klasse in den Brennpunkt des militärischen Interesses zu rücken. Dieser Gesichtspunkt muß auch beachtet werden, wenn von verschärften Artilleriekämpfen bei Soissons und Reims berichtet wird. Die Kämpfe in der Champagne hingegen werden erst bedeutungsvoll, wenn sie sich von der einen oder andern Seite zu Durchbruchsversuchen der elastischen, hintereinander liegenden Linien auswachsen. Bis jetzt sind hier nur Angriffe und Gegenangriffe um schmale Grabenstücke oder einzelne kleine Stützpunkte nachweisbar.

In den Argonnen wird mit Minen und Sappen gekämpft, aber auch hier bleibt die Entwicklung, und zwar besonders im Abschnitt von Boureuilles, im Auge zu behalten, wo früher oder später flankierender Druck auf die Verduner Westfront einsetzen kann. Toul verhält sich noch ruhig und gibt fortgesetzt Reserven zur Verteidigung von Verdun ab, indem es dafür die von Epinal bis Belfort gestaffelten Kräfte an sich zieht. Die Aktionen im Plainetal, in den Vogesen, im Raume Altkirch und an der Larg haben daher an Umfang und Nachdruck abgenommen. Diversionen können aber jederzeit Platz greifen, um Verdun zu entlasten oder Kräfte zu fesseln.

Daß eine Entlastungsoffensive der Russen oder Italiener sich trotz der Bedrängnis der französischen Front und der dort nachweisbaren Konzentration deutscher Kräfte noch nicht geltend gemacht hat, ist gestern schon erwähnt worden. Auch heute läßt sich darüber nichts anderes sagen. Die Offensive von Verdun ist eben sechs Wochen früher gekommen, als man auf der Gegenseite erwartet hatte, und es ist nun für die getrennt fechtenden Alliierten sehr schwer, ihre Bewegungen von heute auf morgen zu kombinieren und einander Entlastung zu gewähren. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sich die Italiener in ihrer vierten Isonzo-Offensive und die Russen in ihrer großen Neujahrs-Offensive beinahe vollständig ausgegeben haben. Menschen- und Materialverluste von diesem Umfang lassen sich in so kurzer Zeit nicht verwinden und erschweren die Wiederaufnahme der Offensive in hohem Grad. An beiden Fronten, an der italienischen wie an der galizischen, haben Oesterreicher und Ungarn in diesen furchtbaren Kämpfen eine erstaunliche Elastizität und Ausdauer und technische Durchbildung gezeigt. Ihre Taktik war am Isonzo und am Dnjestr ganz hervorragend.

Ob die Oesterreicher in der allseitigen Defensive verharren, nachdem der albanische Feldzug in Durazzo das relative Ziel erreicht hat, ist zum mindesten fraglich. Es ist nicht gesagt, daß die Oesterreicher nun von Durazzo nach Valona marschieren. Sie haben mit Durazzo die nordalbanische Küste unter ihre Kontrolle gestellt, mit Berat die Innenverbindungen in die Hand bekommen und stehen nun vollkommen gesichert in guter Anlehnung am Ostufer der Adria. Ein Flankenmarsch auf Valona wäre nicht ratsam, so lange die Bulgaren bei Elbasan unbeweglich stehen bleiben. Nur ein umfassender, konzentrischer Angriff kann die Defensivbasis der Italiener in Valona zum Wanken bringen. Ob ein solcher geplant ist, werden die nächsten Bewegungen der Oesterreicher und Bulgaren klarstellen. Mit zwei Divisionen wird die Sache für die Oesterreicher kaum zu machen sein, da die Verbindungen überstreckt werden und Durazzo und die Küste bis Valona sichergestellt werden müßten. Ein dringendes militärisches Bedürfnis, Valona auszuräumen, liegt zudem nicht vor, denn die dort in verstärkter Zahl gelandeten Italiener fallen für die Hauptentscheidungen ebenso aus, wie die in Saloniki versammelte Armee Sarrail.

Um diese ist es still geworden. Gibt sie etwa Truppen an die französische Front zurück, so wird durch diese neue Dislokation die Unsicherheit vermehrt, in der sich die augenblicklich wieder in die Defensive gedrängte Entente befindet. Die bulgarische Armee im Raume Monastir-Doiran ist in ihrer abwartenden Haltung der Entente gefährlicher, als die in Saloniki versammelte Armee Sarrail den Bulgaren und ihren Verbündeten.

Kritischer sind die Verhältnisse für den Zentralbund in der asiatischen Türkei, wo die exzentrisch gelagerten Kriegsschauplätze sämtlich durch die glückliche Offensive der Russen in Hocharmenien in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Lage hat sich nicht nur zugunsten der Russen, sondern auch zugunsten der Engländer verschoben. Die Bedrohung Aegyptens ist im Verblassen und die Lage Townshends in Kut-el-Amara gebessert, wenn ihn nicht Hunger oder ein letzter Ansturm der Belagerer über den Haufen wirft oder die Entsatzarmee stärker geschlagen worden ist, als Aylmer Wort haben will.

Wirkt das Vordringen der Russen von Hamadan auf Kermanschah auch nicht unmittelbar auf die Lage am Schatt-el-Arab ein, so entzieht es der türkischen Front doch unzweifelhaft notwendige Verstärkungen, die von Bagdad gegen Kengover in Bewegung gesetzt werden müssen, um die tiefe offene Flanke sicherzustellen. Der Vormarsch der Russen auf Trapezunt ist inzwischen von Riza in der Richtung auf Ofi gediehen und wird Trapezunt in einigen Tagesmärschen erreichen oder erreicht haben. In welchem Maße Trapezunt selbst verteidigungsfähig ist, hängt weniger von den örtlichen Verhältnissen, als von den mobilen Kräften ab, die von den Türken dorthin gelenkt worden sind. Von deren Stärke wird es abhängen, ob die Türken vor Trapezunt eine Schlacht liefern. Das Abschwenken der russischen Linkskolonne auf Mosul ist noch nicht nachzuweisen, vielleicht meiden sie diesen Flankenmarsch, solange die Türken die Linie Erzingjan-Diarbekr halten.

Während diese militärischen Vorgänge mit der Sturzkraft eine Lawine im Rollen sind, hat sich, längst erwartet, zwischen Deutschland und Portugal der Bruch vollzogen, der auch Portugal unter die Kriegführenden einreiht. Fällt auch die portugiesische Streitmacht an sich nicht ins Gewicht, so können doch die Engländer immerhin aus dem portugiesischen Heer zwei Divisionen herausziehen und etwa in Aegypten einsetzen, um zwei eigene Divisionen frei zu bekommen. Deutschland wird es indes mit der Kriegserklärung nicht bewenden lassen. Es wird seine Tauchboote in Bewegung setzen, um die portugiesische Schiffahrt lahmzulegen, vielleicht in den Tajo eindringen und den von England durch den Beitritt Portugals zur Koalition und die Beschlagnahme der in portugiesischen Gewässern liegenden deutschen Schiffe erreichten Gewinn an Schiffsraum dadurch illusorisch zu machen suchen. Ob und in welchem Grade das gelingt, muß sich zeigen. Daß der Unterseebootkrieg wieder stärker eingesetzt hat, läßt sich mit Sicherheit annehmen. Die Rückkehr der „Möve" in einen deutschen Hafen beweist, daß dem Kühnen auch unter den schwierigsten Umständen das Glück hold sein kann. Bleibt die Leistung der „Möve", die auf dem befahrensten Meer der Welt rund 58,000 Tonnen versenkt hat, keine vereinzelte, so fällt die Schwächung, welche die Handelsflotten der Entente durch deutsche Tauchboote und Kaper erfahren, alsgemach beträchtlich ins Gewicht. Ausschlaggebend ist diese Tätigkeit aber bis jetzt noch nicht geworden und wird es voraussichtlich auch nicht werden. Die Hauptentscheidungen fallen auf den Schlachtfeldern Europas.

H. St.

Sonntag, 12. März 1916.

Frankfurter Zeitung.)

Preis der Anzeigen: Kolonelzeile 60 ₰, Abendbl. 75 ₰, Reklamen ℳ 2.–, Abendbl. ℳ 2.50, Familienanzeigen ℳ 1.–, Platz- u. Daten-Vorschriften ohne Verbindlichkeit. Anzeigen nehmen an: Unsere Expeditionen in Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37, Mainz: Schillerpl. 3, Berlin: Mauerstraße 16/18, Dresden-A. Wasenhausstr. 25, München, Perusastr. 5, Offenbach, Bieberstr. 34, Stuttgart: Poststraße 7, Zürich: Nordstraße 62. Uns. übrig. Agentur. u. d. Annonc.-Exped. Ferner in New York 20 Broad Street.
Verlag u. Druck der Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4433.

Zur Kriegslage.

Die Ereignisse bei Verdun. — Die Panzerfeste Vaux. — Pressestimmen des feindlichen Auslandes. — Die übrigen Fronten.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

10. März.

Wir greifen bei Verdun in drei taktischen Gruppen an, westlich der Maas, östlich der Maas und in der Woëvre. Diese Gruppierung bietet bei dem Drang nach vorwärts, der alle Gruppen erfüllt, große taktische Vorteile. Schon die Tatsache allein, daß die Franzosen ihre Reserven teilen müssen, weil sie nicht wissen, an welcher Stelle der nächste taktische Vorstoß der Deutschen erfolgt, ist von großer Bedeutung. Strategisch ist die Zeit der Ueberraschung ja vorbei mit dem Augenblick, wo die Masse der schweren Artillerie in Wirksamkeit getreten ist. Aber mit großem Geschick versteht es die deutsche Armeeleitung, das Moment der Ueberraschung aus dem strategischen in das taktische Gebiet zu übertragen und so noch in hohem Maße für sich auszunutzen. Das ist naturgemäß nur möglich, wenn große Fronten in Betracht kommen. Wir messen von der Gegend von Malancourt über Louvemont—Douaumont nördlich an Fort Vaux vorbei über Blanzée auf Fresnes reichlich 40 Kilometer Frontausdehnung. Eine rechtzeitige Verschiebung aller taktischen Reserven auf dieser Front ist für die Franzosen bei der Raschheit deutscher Angriffshandlung nicht mehr denkbar. Und darin liegt eine große Stärke unseres Angriffs.

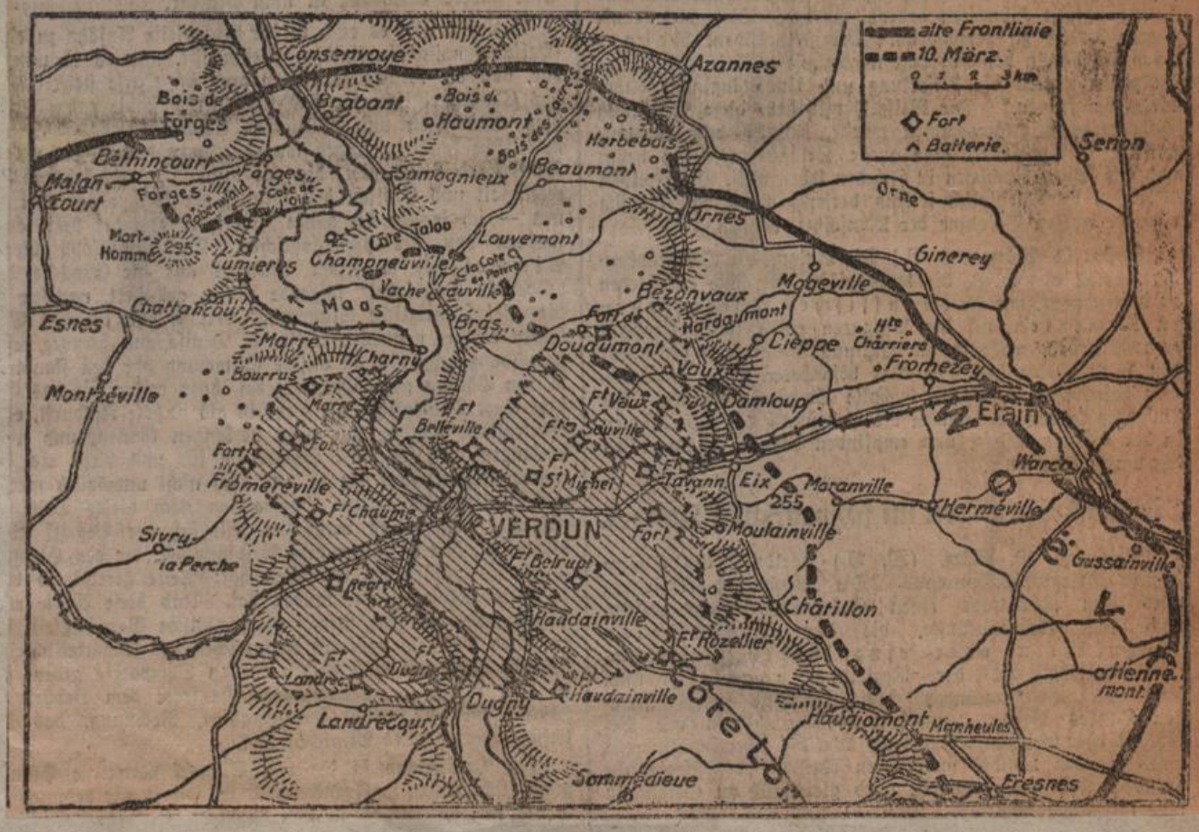
Dann aber können wir auch feststellen, daß die deutschen Gruppen sich planmäßig unterstützen, daß sich gewissermaßen eine durch die andere vorarbeitet. Als die Nordgruppe östlich der Maas*) bis auf den Höhenrücken Champ—Côte de Talou—Louvemont vorgedrungen war, hing die Gruppe westlich der Maas noch zurück. Sie holte diesen Abstand durch ihren Angriff gegen die französischen Stellungen am Forgesbach unterhalb von Béthincourt fast ein und verhindert damit eine flankierende Wirkung des Feindes von den Höhen südlich und südöstlich von Béthincourt gegen den rechten Flügel der Nordgruppe östlich der Maas in der Gegend von Champ.

Kaum war das geschehen, da stürmten die braven Regimenter 6 und 19 der 9. Reserve-Division das Dorf und die Panzerfeste Vaux. Taktisch gesprochen: der linke Flügel der Nordgruppe, der anstoßend an den rechten Flügel der Woëvregruppe in einem Bogen um das feste und ganz moderne Bollwerk Vaux lief, drückte diesen Vorsprung der feindlichen Stellung ein. Durch diesen Erfolg wird unsere Linie, die nunmehr von Douaumont in gerader Richtung an die Bahn Paris—Metz laufen kann, wesentlich verkürzt. Von der gewonnenen Stellung aus ist der konzentrische Angriff gegen die feste Stellung von Fleury allein durch die Nordgruppe oder aber je nach Wunsch der Armeeleitung der konzentrische Angriff der inneren Flügel der Nord- und Woëvregruppe gegen das nächste Fort, das im Bahnbogen am Bois brulé zwischen Bahn und Straße Verdun—Metz liegt, erleichtert. Mit Anspannung aller Kräfte ist es den Franzosen nun zwar gelungen, die Panzerfeste Vaux wieder zurückzuerobern. Das ist aber nur ein momentaner und vermutlich mit entsetzlichen Verlusten erkämpfter Erfolg. Wir müssen bedenken, daß sie wohl den Platz der Panzerfestung für kurze Zeit wieder in Besitz haben, aber daß die zerschossene Feste ihnen nicht mehr den Schutz bieten kann, der ihnen durch die intakte Feste noch vor wenigen Tagen geboten war. Wir können darum mit Ruhe der künftigen Entwicklung entgegensehen. Unsere Infanterie wird den Franzosen bald die Antwort mit blankem Stahl erteilen.

Aber noch eine Tatsache ist festzustellen: Unsere Erfolge sind heute um so höher einzuschätzen, als die Franzosen, wie das aus ihren Berichten und auch ohne diese aus der ganzen Sachlage klar hervorgeht, mit stärksten Kräften und in verzweifelter Widerstandsenergie uns jeden Schritt verwehren. Was wir an Boden gewinnen, ist hier unter keinen Umständen ein Augenblickserfolg, der seine Komponenten mehr im Glück sucht, was wir gewinnen, ist die Frucht eines Kräfteabringens und in seinen Ergebnissen eine Summe von Qualitätssiegen. Das ist es ja auch, was die einsichtigen Franzosen so tief erschüttert und worüber sie sich durch das Flitterwerk ihrer Kriegsberichterstattung nicht hinwegtäuschen lassen.

Unsere Truppen, auch ohne Vaux, stehen bis zu 5 Kilometer vom Weichbild der Stadt Verdun entfernt, was aktuell ristisch die Möglichkeit wirksamster Beschießung in sich schließt, taktisch aber darauf hinweist, daß Verdun heute schon die Eigenschaft einer operativen Ausfallspforte für die Franzosen verloren hat. Zwischen der Eisenbahnlinie östlich von Verdun und Bras haben sie auf den allerdings

*) Wir bezeichnen hier, um Mißverständnissen vorzubeugen, die Gruppen nach Himmelsrichtungen. Im militärischen Sprachgebrauch, der auch in den Tagesberichten zur Verwendung kommt heißt es rechts und links der Maas. Hierbei muß man sich denken, daß jemand auf einer Maasbrücke steht und flußabwärts blickt. (Also umgekehrt wie unsere deutsche Front steht.) Was dann rechts von ihm liegt, ist „rechts der Maas".



Die „wohlwollende Neutralität" und ihre Folgen

Von unterrichteter griechischer Seite erhalten wir die Abschrift einer an die Entente gerichteten „griechischen Note" vom 7. Februar. Sie richtet sich gegen die Darstellung, die durch eine Havas-Meldung von einer Unterredung des Königs von Griechenland mit einem Vertreter der „Associated Preß" verbreitet worden ist. Wir geben den Hauptinhalt im folgenden wieder.

In bezug auf die Vergleichung der Lage Belgiens mit derjenigen Griechenlands ist zu sagen, daß wichtige tatsächliche Unterschiede bestehen, daß aber der Grundsatz der Neutralität beidenorts der gleiche ist. Es ist eine müßige Wortklauberei, einen Unterschied zwischen „Benutzung" und „Besetzung" neutralen Gebietes zu konstruieren. Eine Benutzung ist nicht möglich ohne Besetzung und bildet, mögen übrigens die Beweggründe sein, was immer, eine Neutralitätsverletzung, selbst wenn der Neutrale seine Zustimmung gegeben hätte. Griechenland hat seine Zustimmung nicht gegeben, sondern formell protestiert. Ob der Protest in bezug auf gewisse Inseln eine bloße Formsache gewesen sei und die stillschweigende Zustimmung nicht ausgeschlossen habe, ist eine Frage der Auslegung.

Es ist richtig, daß die ersten Besetzungen von Inseln in Griechenland ohne große Gewissensbisse und ohne schwere Verletzung der Selbstachtung hingingen, weil die Mächte in freundschaftlichem Geist und in höflicher Form vorgegangen sind.

Das gilt leider nicht von der neulichen Besetzung von Milos, Castellorizzo und Korfu, die durchgeführt wurde ohne vorherige Anzeige, ohne Schonung und gelegentlich selbst unter Anwendung von Listen, um die Wachsamkeit der griechischen Behörden zu täuschen. Griechenland war gezwungen, entschiedene Verwahrung einzulegen, da das Bewußtsein seiner Würde nicht weniger ins Gewicht fällt, als die herkömmliche Freundschaft zu den Westmächten. Der anfangs herzliche Empfang der Ententetruppen durch die Bevölkerung hat einer äußerst kalten Zurückhaltung Platz gemacht.

Der Handel ist vernichtet, die Freiheit beschränkt und die Ernährung der griechischen Bevölkerung in Frage gestellt. Als Griechenland, das, wie andere Neutrale, „auf Ration gesetzt" wurde, von der alten Freiheit der Meere Gebrauch machen wollte, haben ihm die Mächte unzählige Schwierigkeiten bereitet. Da braucht es eine seltene Kühnheit, um zu behaupten, daß die Bevölkerung durch die Fürsorge der Verbündeten ernährt werde.

Der Fall von Saloniki verlangt eine besondere Prüfung. Behauptet wird, daß die Verbündeten nach Saloniki gekommen seien, um den Serben zu helfen, die, von zwei Seiten angegriffen, nicht imstande gewesen seien, die im serbisch-griechischen Vertrage bestimmten 150,000 Mann zu stellen. Der griechische Protest sei bloß der Form wegen erhoben worden. Wenn einmal die Dokumente veröffentlicht werden können, so wird unwiderleglich bewiesen sein, daß Griechenland die Verbündeten nicht eingeladen hat, sein Gebiet zu besetzen und daß es seinen Vertrag mit Serbien nicht verletzt hat.

Die Wahrheit ist die: Am 21. September 1915 hat Venizelos, damals Ministerpräsident, den Gesandten der Entente mitgeteilt, daß er entschlossen sei, die Armee zu mobilisieren und den Serben zu Hilfe zu kommen, wenn sie von Bulgarien angegriffen werden sollten. Der Generalstab wendet aber ein, daß Serbien die in der militärischen Abmachung genannten 150,000 Mann Kampftruppen nicht stellen könne. Venizelos wünschte zu wissen, ob die Verbündeten geneigt seien, durch europäische Truppen in genügender Stärke und ihre Sendung nach Saloniki den Ausfall der serbischen Unterstützung wettzumachen. Aber die Ereignisse überstürzten sich. Am 23. September kommt die Nachricht von der bulgarischen Mobilisation. Sofort ordnet Venizelos die allgemeine Mobilisation der Armee an. Die Gesandten Frankreichs und Englands erklären aber, daß ihre Regierungen zurzeit nicht in der Lage seien, Truppen nach Saloniki zu werfen, daß sie aber die Frage studieren wollen.

Diese Antwort machte den schlechtesten Eindruck. Auf Vorstellung ihrer Gesandten hin ändern die Ministerien der beiden Mächte ihren Entschluß und geben folgenden Tages bekannt, daß sie einige Truppen senden werden. Frankreich antwortete unverzüglich, England später. Man stand noch im vorbereitenden Meinungsaustausch, als man am 30. September hörte, daß französische und englische Offiziere nach Saloniki gekommen seien, um Erkundigungen für die zwischen Frankreich und dem Ministerpräsidenten vereinbarten Truppenlandungen zu erheben. Venizelos war schmerzlich überrascht von diesem Mißverständnis; er erklärte den Gesandten Frankreichs und Englands, daß weder eine Einladung, noch eine Verständigung stattgefunden habe. Er fügte bei, daß die Truppensendung eine Unterstützung nicht Serbiens, sondern Griechenlands sein müsse, und wenn die Mächte ohne Einspruch Griechenlands Saloniki besetzen wollen, sie besser davon absehen. Das wird in einer langen Depesche auseinandergesetzt, und von da an ist ein Mißverständnis ausgeschlossen.

Als am 2. Oktober der französische Gesandte Herrn Venizelos mitteilte, daß beide Mächte in Saloniki Truppen landen werden, machte er keine Anspielung auf eine Einladung der griechischen Regierung. Er berief sich lediglich auf die Notwendigkeit, den Serben Hilfe zu bringen und verlangte nur den freien Durchzug. Er drückte die Hoffnung aus, daß die selber mit Serbien verbündete griechische Regierung nicht Schwierigkeiten machen werde.

In seiner Antwort erklärte Venizelos, daß die griechische Regierung diesen Durchmarsch nicht gestatten könne und gezwungen sei, gegen die Verletzung des griechischen Gebietes und der griechischen Neutralität zu protestieren. Auch der Zweck der Truppenlandung, die auf serbischen Wunsch erfolge, könne diese Verletzung nicht rechtfertigen, solange nicht der Bündnisfall durch die Gefährdung Serbiens gegeben sein könne.

Trotzdem nahmen die Landungen ihren Fortgang, und die Truppen setzten nach einem mehr oder weniger langen Aufenthalt in Saloniki ihren Marsch nach Serbien fort. So war die Lage im Oktober. Das Kabinett Zaimis ertrug sie, ohne sich viel zu beklagen, weil die Verbündeten bei ihrem Durchzug die berechtigte Empfindlichkeit Griechenlands und die durch unsere Truppenkonzentration in Mazedonien gebotenen Rücksichten nicht außer Acht ließen. Vom November an aber verschärfte sich die Lage durch den Rückzug der Verbündeten auf griechisches Gebiet. Die Lage des nunmehr von Skuludis präsidierten Kabinetts wurde nahezu unentwirrbar. Die Rückzugsbewegung vollzog sich ohne Beachtung der völkerrechtlich vorgeschriebenen Regeln; aus dem Rückzuge wurde die Festsetzung in Saloniki, dann erfolgte die Errichtung eines verschanzten Lagers und die Entfernung der griechischen Truppen jenseits der Stadt, dann die Benutzung und Beaufsichtigung aller Verkehrsanstalten, die Zerstörung von Anlagen, die Besetzung befestigter Plätze, sicherheitspolizeiliche Maßnahmen: kurz, die ausschließliche Benutzung des größten Gebietsteils und seine fortschreitende Umwandlung zum Kriegsschauplatz, alles ohne die geringste Rücksicht auf die militärische Beeinträchtigung und die diplomatischen Schwierigkeiten, die Griechenland erwuchsen.

Die Verbündeten behaupten, zu diesen Maßnahmen berechtigt zu sein durch die wohlwollende Neutralität Griechenlands, als ob das Wohlwollen bis zur Verneinung der Neutralität gehen könnte. Dabei werfen die Verbündeten den Griechen noch mangelndes Wohlwollen vor; sie verlangen wohl, daß man ihre Forderungen lächelnd erfülle.

Ein solches Verhalten zweier Mächte gegenüber einem ihnen wohlgesinnten neutralen Lande verstößt gegen Recht und Höflichkeit, entbehrt der Großherzigkeit und verrät einen sonderbaren Geisteszustand. Offenbar geht diese Behandlung auf die Auffassung zurück, daß Griechenland wegen seines angeblich gegenüber Serbien begangenen Vertragsbruches die schlimmsten Züchtigungen verdiene.

Es genügt aber, die serbisch-griechischen Vereinbarungen zu lesen, um sich zu überzeugen, daß unter den gegebenen Verhältnissen der letzte bulgarische Angriff den Bündnisfall nicht verwirklichte. Das Bündnis hat rein balkanischen Charakter, Griechenland war nicht verpflichtet, sich in einen europäischen Krieg verwickeln zu lassen; zudem schloß der Wortlaut selbst die Verpflichtung Griechenlands zur Unterstützung Serbiens aus, wenn Serbien nachgewiesenermaßen nicht imstande war, bei Kriegsbeginn 150,000 Mann an der bulgarischen Grenze zusammenzuziehen.

Zum mindesten hätten die Mächte unverzüglich eine entsprechende Truppenmacht stellen sollen; das geschah aber erst nach vier Monaten, das heißt nach der völligen Niederwerfung Serbiens, und auch heute stehen in Saloniki höchstens 150,000 Mann, Kolonialtruppen eingeschlossen. Der griechische Generalstab hatte also recht, als er sich nicht auf die Unterstützung der Verbündeten verlassen wollte, weil er an der Möglichkeit zweifelte, die serbischen Streitkräfte rechtzeitig zu ersetzen.

Nach dieser Aufklärung kann man es jedem gesunden Urteil überlassen, ob Serbien in erster Linie wegen des Treubruches Griechenlands erdrückt worden sei, wie behauptet worden ist. Die hochgestellte französische Persönlichkeit, die diese Ansicht geäußert hat, geht aber noch weiter, indem sie behauptet, die hellenische Regierung habe ihre Neutralität durch die Deutschen und Oesterreicher verletzen lassen; die letzteren haben die griechischen Küsten und Inseln als Verpflegungsbasis für die Unterseeboote benützt.

In allen Kriegen geht die ewige Klage der Kriegführenden gegen die Neutralen dahin, daß der Gegner begünstigt werde. Das erfährt auch Griechenland. Aber man geht nun wirklich zu weit. Seit neun Monaten wiederholt man die Beschuldigung ohne die geringsten Beweise. Dabei ist die Entente unbeschränkte Herrscherin der Meere, schiebt die Vorschriften des Seerechts rücksichtslos beiseite und maßt sich das Recht unbeschränkten Durchsuchens der griechischen Gewässer und Küsten an.

So groß auch die Geschicklichkeit der Deutschen und die Verschlagenheit der griechischen Seeleute sein mag, müßte man doch den gewaltigen Kriegsflotten der Verbündeten die fabelhafteste Unfähigkeit zutrauen, wenn sie nichts gefunden hätten, obwohl nach der Versicherung der hohen französischen Persönlichkeit Castellorizzo, Korfu und andere Häfen Tauchbootnester sein sollen.

Wenn behauptet wird, die Beschwerden betreffend Sprengung der Brücke bei Demir Hissar seien unbegründet, da der Schaden vergütet werde, so erinnert das an die Geschichte jenes Römers, der mit einem Sklaven durch die Straßen ging, rechts und links Maulschellen austeilte und durch den Sklaven gleich das gesetzliche Schmerzensgeld auszahlen ließ.

Berner Bund 15./III. 1916

Zur Kriegslage

Vom Gang der Verduner Operationen. Keil und Umfassung. Verteidigung und Gegenoperation. Die Touler Front. Das Gefecht von Ville-au-Bois. Die Offensive der Oesterreicher gegen Valona. Die Russen in Persien. Kerind und Kut-el-Amara.

Der gewaltsame Angriff auf die Position Verdun geht nun bereits in die vierte Woche. Da diese Operation mit Belagerungsmitteln arbeitet, so schiebt sich die Kampfhandlung sehr langsam weiter. In keinem Falle aber darf von einem Steckenbleiben der Kämpfe gesprochen oder der Versuch gemacht werden, festzustellen, ob der Gipfelpunkt des Angriffes bereits erreicht, überstiegen, oder die Offensive der Deutschen gescheitert ist. Bestand seitens der deutschen Heeresleitung die Absicht, Verdun als Ausfallsstellung zu entwerten, so ist dieses Ziel, wie bereits ausgeführt wurde, erreicht. Der Verlust der vorgeschobenen Linien in der Woevre hat die Position Verdun vollständig gelähmt. Geht die Absicht der Deutschen — sei es von Anfang an, sei es infolge der erzielten Erfolge — dahin, die Position zu nehmen oder zu zerstören, so befinden wir uns erst im zweiten Entwicklungsstadium des Belagerungsangriffes. In achttägigen Kämpfen ist der Nordostsektor der Kniestellung seines Vorgeländes beraubt und der Angriff an die permanente Fortslinie herangetragen worden. Dann erfolgte die Parallelaktion am linken Maasufer, die dem Nordwestsektor galt und dort die Verteidiger aus dem Vorgelände von Forges gegen die erste permanente Linie zurückdrückte. Vollständig ist das auf dem linken Maasufer noch nicht gelungen, weil der Umkreis der französischen Verteidigung dort größer ist als auf dem rechten Ufer der Maas und ohne Knick zu den Argonnen führt. Wichen die Franzosen auf dem rechten Ufer nach dem Einbruch bei Douaumont sofort aus ihrer Woevrestellung von Fromezey auf Dieppe und Eix, weil sie sich im Rücken bedroht fühlten, so hatten sie zu einer solchen Zurücknahme auf dem linken Maasufer keine Veranlassung, da Verdun hier an die französische Argonnenfront angeschlossen ist und nur frontal angegriffen werden konnte. Mit großem Geschick hat der Angreifer aber diesen Mißstand auszugleichen gesucht, indem er seinem Angriff durch Vorfühlen an der Maas und Sicheinschieben zwischen Fluß und Höhenstellung dennoch den Charakter einer Umfassung zu geben verstand. Durch das über die Maas tragende Feuer ihrer schweren Artillerie gedeckt, konnten die Deutschen so die französische Linie Forges-Regnéville seitlich fassen und zum Wanken bringen. Dabei hat der Angreifer sich durch das Hochwasser der Maas, das den Angriff erschwerte, nicht erleichterte, nicht im geringsten beirren lassen. Nun ist jedoch der Belagerungsangriff auch auf dem westlichen Ufer auf sehr starke, mit den rechtsseitigen französischen Linien verbundene Stellungen gestoßen, die zunächst durch schwere Artillerie verstampft werden müssen. Das ist auch auf dem rechten Ufer der Fall, wo die Kampflinie mit der des linken Ufers auf gleicher Höhe verläuft.

Verdun erscheint nur deshalb weniger bedroht, weil die deutsche Offensive jetzt die volle Breite erreicht hat und nicht mehr als Keil, sondern gleichmäßig von Norden, Nordosten, Osten und Südosten vorgetragen wird. Der Einbruch in den Nordostsektor, der am 22.—28. Februar stattfand, erfolgte auf einer Breite von sieben Kilometer, heute ist die Frontentwicklung bereits auf rund fünfzig Kilometer gediehen, und zwar sehen wir Artillerie- und Infanterieangriffe rechts der Maas auf der Linie Combres-Champlon-Bonzée-Blanzée-Eix-Vaux-Douaumont-Vacherauville, links der Maas auf der Linie Cumières-Béthincourt-Malancourt-Avocourt vor sich gehen. Dabei erscheinen aus der Ferne nur die Infanteriestürme als eigentliche Schlachthandlung, während die andauernde Beschießung, welche dem Infanterieangriff die Bahn ebnet, nicht nur dem Auge und dem Ohr, sondern vielfach auch dem Bewußtsein verloren geht. Tatsächlich dauert der Artillerieangriff auf der ganzen oben umschriebenen Front seit Wochen an. Die Verteidigung sucht die Angriffsartillerie mit nicht geringerer Zähigkeit niederzukämpfen, ist aber bereits in der Entwicklung beengt und nicht so beweglich wie der Belagerer, obwohl dieser noch schwerere Kaliber vorführt. Die Ueberlegenheit der Deutschen an schweren und schwersten Kalibern wird sogar fortgesetzt gesteigert und die Haupttätigkeit der französischen Artillerie muß sich auf das Niederhalten der deutschen Infanterieangriffe beschränken. Das ist bisher in gewissem Umfange gelungen. Auf dem linken Maasufer wird jetzt offenbar Béthincourt, die Linie Béthincourt-Chattaucourt, die Ganshöhe und die Position am Toten Mann beschossen. Wann die Sturmreife eintritt, läßt sich natürlich nicht sagen. Je mehr Zeit der Angreifer auf die Eindeckung der feindlichen Stellungen und Werke verwendet, desto gründlicher ist die Zerstörung und desto geringer der Verlust beim Sturm. Vielleicht hat der Angriff auf die Befestigungsgruppe von Vaux, der mit einem Rückschlag endete, die Folge, daß deutscherseits der Infanterie noch gründlicher vorgearbeitet und die Sturmreife so vollständig als möglich gemacht wird.

Die Franzosen beschränken sich immer noch auf örtlich gebundene Verteidigung, halten sich solange wie möglich in ihren Stellungen, schreiten im günstigen Augenblick zum Gegenangriff, hemmen dadurch das Vorrücken und das Engerziehen der Feuerlinie, verdrängen den Angreifer auch hie und da und zeigen seit der Uebernahme des Kommandos durch Pétan darin große Energie, haben aber bis jetzt immer noch nicht zu einer operativen Gegenwirkung gegriffen. Das gibt zu denken, denn sie können auf die Dauer von einer operativen Lösung nur dann Abstand nehmen, wenn sie der Unbezwingbarkeit der Verduner Position trotz der Zurückdrängung auf den Festungsgürtel sicher zu sein glauben oder sich nicht in der Lage fühlen, Streitkräfte zu operativer Gegenwirkung in Bewegung zu setzen. Die dritte Möglichkeit, daß sie sich aus strategischen Erwägungen auf starre Defensive beschränken, weil sie Verdun keiner Gegenoperation für wert halten, hält keiner Betrachtung stand.

Heute wird neuerdings offenbar, wie wichtig es für die Deutschen war, den Keil von St. Mihiel vorzutreiben und warum die Franzosen seit dem Oktober 1914 immer wieder, wenn auch vergeblich, versucht haben, diesen Keil abzuquetschen. Da ihnen das nicht gelang und damit jede französische Offensive aus dem Raume Toul rechts der Maas und zwischen Maas und Mosel in der Richtung auf Triaucourt unterbunden blieb, war Verdun als Ausfallsstellung um so wichtiger und wertvoller. Und doch ist diese Angriffsrichtung zunächst die gegebene für eine Gegenoperation, um den konzentrischen Angriff auf die Schulterstellung von Verdun durch Flankierung zu hemmen, wenn man nicht an eine große englische Gegenoffensive aus der flandrischen Grundstellung denkt. Jedenfalls haben die Deutschen auf der Linie St. Mihiel-Pont-à-Mousson stark vorbauen müssen, damit sie nicht von einem Flankenstoß getroffen werden, der diesmal mit verzehnfachter Stärke ausgeführt werden müßte. Außer einem kleinen Vorstoß der Franzosen im Priesterwald ist es auf der Touler Front still geblieben. Dabei ist freilich nicht zu übersehen, daß ein Flankenangriff aus dem Raum Toul nicht mehr doppelseitig ausgestaltet werden könnte, wie im Frühling 1915. Damals besaßen die Franzosen noch auf der Linie nördlich St. Mihiel, also auf den Maashöhen in der Richtung Verdun Bewegungs- und Handlungsfreiheit, die ihnen jetzt verloren gegangen ist. In der Betrachtung vom 28. Februar war dieser Gedanke bereits fixiert und gesagt worden: „Die Franzosen sind gezwungen, von allen Seiten Kräfte im Raume Verdun zusammenzubringen, um den ganzen Frontabschnitt von Malancourt bis St. Mihiel zu decken, und wenn möglich von Toul aus operativ zu wirken." Die Ansammlung französischer Kräfte im Raume Verdun ist inzwischen in reichstem Maße erfolgt und hat dorthin Verstärkungen geleitet, die zum Teil aus den Vogesen und dem Epinaler und Belforter Lager, zum Teil auch aus Pariser Reserven gewonnen wurden. Eine operative Bewegungslinie hat die französische Heeresleitung bis auf diesen Tag noch nicht gesucht, weder zur Gegenwirkung nach vorn, noch zur Konzentration nach rückwärts.

Nicht ohne guten Grund halten die Deutschen seit dem Beginn der Offensive den Frontabschnitt St. Dié unter schwerem Feuer.

An den übrigen Frontabschnitten ist die Artillerie auf beiden Seiten tätig, teils um zu fesseln, teils auch nervös geworden; Infanteriereaktionen von größerem Ausmaß haben indes nur in der Champagne und an der Aisnefront stattgefunden. In der Champagne haben die Deutschen die Vormarschstraßen wieder etwas besser unter Aufsicht bekommen und an der Aisnefront ist bei Ville-au-Bois, 20 Kilometer nordwestlich von Reims, gefochten worden. Die deutsche Meldung vom 11. März besagt, daß dort eine stark ausgebaute Waldstellung genommen, die französische Gegenmeldung gibt an, daß der Gegner aus dem besetzten Waldstück bereits wieder vertrieben worden sei. Von Interesse ist dabei mehr die Kampfhandlung als ihr Ergebnis, da man jeder Infanterieaktion Beachtung schenken muß, bis festgestellt werden kann, ob es sich um Diversionen oder durchgreifende Operationen handelt.

Die Oertlichkeit ist von Interesse, weil es sich um den Abschnitt Craonelle-Berry-au-Bac handelt, wo die Franzosen südwestlich der Straße Laon-Reims auf dem linken Aisneufer, also feindwärts, eine stark ausgebaute Schulterstellung festhalten, die die Straßen und Bahnen im Abschnitt Berry-au-Bac-Pontavert und die linke Flanke der Reimser Hauptstellung deckt.

Ueberraschend kommt die Meldung von dem Vordringen der Oesterreicher in der Richtung auf Valona. Sie läßt sich militärisch nur erklären, wenn man annimmt, daß die österreichische Heeresleitung genügende Streitkräfte in Bewegung zu setzen vermochte, um der Küste entlang und zugleich aus dem Innern, also konzentrisch vorzurücken, ohne daß sie für ihre Flanken Besorgnisse zu hegen braucht. In welchem Maße dies durch Beiziehung albanischer Streitkräfte und tätiges Verhalten der Bulgaren ermöglicht wird, läßt sich noch nicht feststellen, ist aber vielleicht ausschlaggebend gewesen für den Entschluß der Oesterreicher. Wie vorauszusehen war, haben die italienischen Streitkräfte, die mehr zur Beobachtung als zu nachhaltigem Widerstand am Semeniabschnitt stehen geblieben waren, abgebaut und sind auf Fieri zurückgefallen. Dort kam es zu einem kurzen Gefecht, das von den Italienern der Sachlage entsprechend nicht durchgehalten wurde. Sie wichen über Levani auf Feras, indem sie auf den Höhen von Malakastra etwa in der Linie Pijani-Levani wiederum ein kurzes Gefecht lieferten, um dann über die Divojusa auszuweichen und die Brücken zu zerstören.

Der Divojusaabschnitt kann als eine Vorstellung Valonas gegen Norden betrachtet werden. Ob die Oesterreicher ihn rasch überwinden und über Mifoli und Panajia folgen, bleibt abzuwarten, wird sich aber vielleicht erst im Zusammenhang mit den von Berat und Elbasan vorgetragenen Angriffen darstellen lassen. Die Tiefenlinie der Divojusa wird im Süden und Osten von Bergen überhöht, die sich als natürlicher Schutzwall um die Bai von Valona legen. Dort werden die Italiener erst durchgreifenden Widerstand leisten, den es ist nicht anzunehmen, daß sie Valona ohne den äußersten Zwang preisgeben.

Das Vorrücken der Oesterreicher auf Valona fesselt jedenfalls die Aufmerksamkeit der Italiener stark, und es wird der italienischen Heeresleitung dadurch erschwert, für eine etwa begehrte Entlastungsoffensive zugunsten der Franzosen zu sorgen. Ob es zu einer solchen gelangen wird, bleibt abzuwarten. Ebenso muß man den hinter der russischen Südfront im Gange befindlichen Verschiebungen Aufmerksamkeit schenken, ohne sich auf eine Beurteilung der Zweckbestimmung festzulegen. Bis jetzt hat die Koordination solcher Offensiven stets zu wünschen übrig gelassen und den transitorischen Moment verpaßt.

Die Offensivtätigkeit der Russen spricht sich um so stärker in Persien aus, wo sie nun im Raume Kermanschan ihre Streitkräfte zu gabeln scheinen, um unter gegenseitigem Flankenschutz die beiden Karawanenstraßen zu erreichen, die von Kermanschan nach Bagdad führen. Sie haben jetzt Kerind, in der Luftlinie nahezu 70 Kilometer westlich Kermanschan, an der Telegraphenlinie Bagdad-Saripul-Kermanschan erreicht, folgen also dem Talzug zwischen dem Dalaho- und dem Nuagebirge, um gegen Bagdad Raum zu gewinnen. In der Luftlinie stehen sie noch über 200 Kilometer von Bagdad entfernt.

Solange die Engländer südlich Kut-el-Amara gefesselt stehen — Aylmers neuer Entsatzversuch hat mit einem schweren Rückschlag geendet — bleibt die russische Pointe eine einseitige Flankenbedrohung, die zwar gelingen, aber auch kurz vor dem Operationsziel scheitern kann.

H. St.

Hamburger Fremdenblatt 16/III 1916

16./III 1916.

Der erste Eindruck des Rücktritts.

In Kriegszeiten können Personal-Veränderungen, die sich an den höchsten Stellen der Reichsleitung vollziehen, nicht zum Gegenstand des Meinungen-Kampfes gemacht werden. Es darf keine Diskussionen über die bei den Regierenden sich geltend machenden Strömungen geben. Denn solche Diskussion würde dem Vertrauen widersprechen, das der obersten Leitung des Krieges von den August-Tagen des Jahres 1914 bis zur gegenwärtigen Stunde geschenkt worden ist. Erfolge, wie sie nur den deutschen Waffen zu Lande und zu Wasser beschieden gewesen sind, haben diesem Vertrauen immer wieder Nahrung gegeben. Und bei diesem Vertrauen, das in die Reihe der Faktoren gehört, auf denen Deutschlands Ueberlegenheit beruht, soll es auch künftig bleiben.

Vertrauen bewährt sich gerade in solchen Stunden, in denen wir die Schritte und Entschließungen der Regierenden nach ihren Motiven und Zielen nicht verstehen. So ist es jetzt mit dem Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz. Er kommt dem deutschen Volk überraschend, wird in weiten Kreisen Bestürzung erregen. Denn Tirpitz war bis heute eine der Säulen, auf denen Deutschlands kriegerische Durchschlagskraft zu beruhen schien. Wir Deutsche sind für Personen-Kultus nicht besonders lebhaft disponiert. Es dauert bei uns lange, bis im politischen Leben eine Persönlichkeit als die lebendige Verkörperung einer Idee bis in die breitesten Schichten des Volkes bekannt wird. Tirpitz gehört in die kleine Schar der wahrhaft volkstümlich gewordenen Staatsmänner. In ihm verehrte Deutschland den Gründer seiner großen Flotte, groß nicht nur durch die Zahl der Schiffe, sondern vor allem durch den unwiderstehlichen Angriffs-Geist, der ihre Angehörigen alle beseelt. Wir haben im Laufe des Krieges reichlich, überreichlich Anlaß gehabt, deutsches Seeheldentum dankbaren Herzens mit Begeisterung zu feiern. Nicht aus nationaler Eitelkeit, nicht des glänzenden Sports wegen. Sondern das Wirken seemännischen Pflichtgefühls durch alle Reihen, vom Führer bis zum jüngsten Matrosen, war die Grundlage der die Herzen erhebenden Erfolge. Bei den glänzenden Taten der Kreuzer wie der U-Boote war nie etwas dem Zufall, dem Glück überlassen. Es geschah jederzeit das Richtige, es wurde immer das Maximum der Leistungsfähigkeit erreicht. Das wuchs aus dem Geist der deutschen Flotte heraus. Und zu diesem Geist hat Tirpitz unsere Seeoffiziere und Mannschaften erzogen. Der gute Geist der deutschen Flotte wird aber mit dem Namen Tirpitz bezeichnet, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Wurde in England der Haß und Neid, den gewaltige Leistungen der deutschen Flotte hervorriefen, auf eine einzelne Persönlichkeit gelenkt, so war immer Tirpitz das Objekt der giftigen Angriffe. Aber um ihn scharte sich dann immer wieder das ganze nationale Deutschland und rief dem Ausland zu: Ja, es ist unser Tirpitz, dem wir die herrlichen Leistungen der Flotte verdanken.

Wenn das Wachsen der deutschen Flotte zu denjenigen Elementen gehört, die in England den Haß gegen Deutschland erregt und daher mittelbar eine Ursache zu diesem Krieg gebildet haben, so könnte auf das Wirken des Staatssekretärs v. Tirpitz der Ausbruch des europäischen Krieges zum Teil zurückgeführt werden. Aber auch solche Verantwortung würde er nicht zu scheuen haben, denn sie ist nun einmal unzertrennbar verbunden mit dem Wirken aller Derjenigen, die zu Führern auf den Wegen zum Ausbau nationaler Wehrkraft berufen sind. Tirpitz könnte für den heutigen Krieg nicht anders verantwortlich gemacht werden als etwa Roon für die Kämpfe von 1866 und 1870. Er hatte nun einmal die einseitige Aufgabe, Deutschlands Seewehr zur höchsten Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Die Erfolge, zu denen er uns geführt hat, mußten selbstverständlich die Eifersucht des die Seeherrschaft beanspruchenden Volkes erwecken. Das konnte ihn aber nicht hindern, seine Aufgabe zum Aeußersten durchzuführen, solange sie vom Kaiser und Kanzler in seinen Händen belassen wurde. Die politische Verantwortung für die Wirkungen, die sich aus dem von ihm geleiteten Ausbau der Flotte ergaben, hat immer auf den Schultern des Reichskanzlers gelegen. Und wir meinen, diese Verantwortung konnte leicht getragen werden Denn was wäre aus Deutschland geworden, wenn es zur See nicht ebenso wehrfähig, nicht ebenso vom ersten Range gewesen wäre wie zu Lande. Daß der furchtbare Feind unseren Küsten ferngeblieben ist, das haben wir der Arbeit des Admirals v. Tirpitz zu danken, der nie nach rechts oder links geschaut hat, sondern immer nur den graden, oftmals rauhen Weg der Pflicht gegangen ist.

Aus diesen Andeutungen ergibt sich, daß wir den Rücktritt dieses unseres berühmten Großadmirals tief bedauern. Ihn mit Differenzen über den U-Boot-Krieg in Verbindung zu bringen, läge ganz nahe. Wir sehen aber diese Differenzen nirgend klar zum Ausdruck kommen. Noch gestern wurde von maßgebender Seite versichert, daß entsprechend der im Februar veröffentlichten Denkschrift der Kampf gegen die bewaffneten Handelsschiffe bereits durchgeführt wird. So können wir nur sagen: Die Gründe, die den Staatssekretär v. Tirpitz zum Rücktritt bewogen haben, liegen im Dunkel. Die Krankheit, von der letzter Tage berichtet wurde, ist sicherlich nicht das entscheidende gewesen, wenn sie auch mitgewirkt haben mag, seinen Rücktritt zu beschleunigen. Vielleicht werden wir vom Reichskanzler, der für alle Veränderungen in den hohen Reichsstellen verantwortlich ist, schon bald Näheres hören.

Für heute sei alles Denken und Empfinden, alle Wärme in den Dank gelegt, der dem bewährten Großadmiral beim Scheiden von einem mit glänzendem Erfolg bekleideten Amte im ganzen deutschen Volk dargebracht wird. Mit Sorge und Trauer sehen wir ihn gerade jetzt die Leitung der Marine-Verwaltung aus der Hand geben. Wird zwar auch sein Nachfolger, Admiral v. Capelle, mit sicherer Hand das Steuer führen, so erschüttert uns doch im ersten Augenblick das Verschwinden der uns vertraut gewordenen Gestalt. Mit Wehmut und Sehnsucht werden wir ihn noch lange dort suchen, wo er gewirkt hat, zur Sicherheit und Ehre des deutschen Vaterlandes, ein ganzer Mann von echter deutscher Art.

*

Großadmiral Alfred von Tirpitz.

Was Deutschlands Flotte geworden ist, verdankt sie dem Großadmiral von Tirpitz, der bei Ausbruch des Krieges von 1914 bereits über 17 Jahre lang als Staatssekretär des Reichsmarineamtes wirkte. Tirpitz ist bürgerlicher Abkunft und wurde am 11. März 1849 in Küstrin geboren. Im Alter von 16 Jahren trat er in die Marine, damals preußische Marine genannt, ein. Nachdem er 1866 Seekadett, 1869 Unterleutnant zur See und 1872 Leutnant zur See geworden war, avancierte er am 18. November des Jahres 1875 zum Kapitänleutnant. Dann kam Tirpitz während der Jahre 1877 bis 1879 zur Torpedoversuchs- und Prüfungskommission, worauf er zur Dienstleistung in der Admiralität kommandiert war, wo er mit einigen Unterbrechungen bis 1886 verblieb. Schon während dieser Zeit war Tirpitz, der mittlerweile zum Korvettenkapitän aufgerückt war, als Kommandant der „Ziethen" und des Torpedoversuchsschiffes „Blücher" so erfolgreich tätig, daß er 1884 zum Chef der Torpedobootsflottille ernannt wurde. Bis 1889 war er dann Inspekteur des gesamten Torpedowesens, worauf er das Kommando über das Kriegsschiff „Preußen" erhielt. Nachdem er Kapitän zur See geworden war, sehen wir ihn als Kommandanten der „Württemberg" und bald darauf als Chef des Stabes der Ostseestation. Während der Jahre 1892 bis 1895 wirkte Tirpitz als Chef des Stabes des Oberkommandos der Kriegsmarine; in diesem Amte wurde er zum Konteradmiral befördert. Er erhielt dann die ehrenvolle Berufung als Chef der Kreuzerdivision in Ostasien. Als kurze Zeit später Admiral Hollmann im März 1897 von seinem Amt als Staatssekretär des Reichsmarineamtes schied, wurde Tirpitz erst provisorisch, dann definitiv der Nachfolger Hollmanns. Nachdem er ein Jahr dieses verantwortungsvolle Amt verwaltet hatte, wurde er am 28. März 1898 nach der Annahme der Flottenvermehrungsvorlage zum preußischen Staatsminister ernannt und wenige Monate später zum Vizeadmiral befördert.

Während dieser Zeit war es ihm gelungen, durch eine großzügige Flottennovelle die Grundlage für die planmäßige Ausgestaltung unserer Flotte zu schaffen. Am 12. Juni des Jahres 1900 wurde er in den erblichen Adelsstand erhoben. Zwei Tage später erhielt eine von ihm eingebrachte neue Flottenvorlage, durch die der 1897 genehmigte Bauplan bedeutend erweitert wurde, Gesetzeskraft. Seine Ernennung zum Admiral erfolgte am 14. November 1903. Am 27. Januar 1907 zeichnete ihn der Kaiser durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens aus. Im gleichen Jahre setzte Tirpitz die Annahme einer neuen Novelle durch, der zufolge die Lebensdauer der Linienschiffe und Kreuzer auf 20 Jahre herabgesetzt wurde. Nach der Annahme des Marineetats für 1908 wurde Admiral Tirpitz auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen. Eine weitere Erweiterung des Flottengesetzes erfolgte im Jahre 1912, in dem es ihm gelang, die Vorarbeiten für die Bildung eines dritten aktiven Geschwaders festzulegen. Gleichzeitig wurde eine wesentliche Vermehrung unserer Unterseeboote sowie die Anschaffung einiger Luftschiffe für die Kriegsmarine bestimmt. In dem gleichen Jahre erhielt der Staatssekretär, nachdem er 1911 Großadmiral geworden war, die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden.

Die Behandlung der deutschen Flottenvorlage im Deutschen Reichstag durch den Staatssekretär v. Tirpitz nahm meist den Charakter bedeutungsvoller politischer Kundgebungen an. Von ganz besonderem Interesse waren seine Ausführungen, die sich auf Deutschlands Verhältnis zu England und auf eine Einschränkung der Flottenrüstungen bezogen, und die auf die Erklärung des englischen Marineministers Churchill, das Stärkeverhältnis der englischen zur deutschen Flotte sei 16 10 annehmbar, zurückgriffen. Von dieser Formel sprach der Staatssekretär zum ersten Male in der Reichstagssitzung vom 6. Februar 1913, indem er gleichzeitig erklärte, daß ihm nichts von einer Bereitwilligkeit Englands, mit Deutschland in Marineverhandlungen einzutreten, bekannt sei. Staatssekretär Tirpitz hat wiederholt den Versuch gemacht, das Verhältnis Deutschlands zu England freundschaftlich zu gestalten. In einer Unterredung mit einem Londoner Journalisten erklärte er selbst wenige Monate vor Ausbruch des Krieges: „Mein Wunsch ist es, alle Ursache des Argwohns verschwinden zu sehen. Aber ich bestehe darauf, daß Deutschland das Gefühl absoluter Sicherheit haben muß." Die großen Erfolge unserer Marine sind die reife Frucht seiner langen Arbeit.

———***———

Tägliche Rundschau 16. III. 1916

II
72

die Anschläge der italienischen Freimaurer.

Unterhaltungs

es zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien zum Kriege kommen sollte, der Bündnisfall gegeben sei oder nicht, und wahrscheinlich ist diese Frage verneinend beantwortet worden mit dem Hintergedanken, daß Italien die Hände frei haben müsse, um aus der drohenden europäischen Verwickelung möglichst viel für sich herauszuschlagen. Diese Vermutung erfährt durch die den bereits mitgeteilten folgenden Absätze des Geheimerlasses eine gewisse Bestätigung. Sie lauten:

„Ein Bündnis, zu dem uns mehr die kühle Prüfung diplomatischer Vernunftgründe geführt hatte, das aber weniger den Gefühlen und Neigungen der Volksseele entsprach, hat es Italien gestattet, 30 Jahre lang in Frieden zu leben und in Europa als ein Element des Friedens zu wirken. Den von seiner Regierung geschlossenen Verträgen treu verbunden, würde Italien das auch weiter geblieben sein, und das sogar, wenn es diese Haltung auch für die Folgezeit mit dem Preise der Unterdrückung seines legitimen Strebens nach der Wiedererlangung seiner natürlichen Grenzen hätte bezahlen müssen, auch wenn sie ihm noch weiterhin Mäßigung auferlegt hätte in der Geltendmachung seiner Lebensbedingungen, in seinem Streben nach Dehnung und Verteidigung in dem Meere, das an allen seinen Küsten die ruhmreiche Herrschaft von San Marco gekannt hat. Aber die verbündeten Kaiserreiche, die nur ihre eigenen Endziele, die Befriedigung ihrer eigenen Interessen, ihrer Habgier erstreben, vergaßen dabei jede andere Ueberlegung, jede andere Verpflichtung und nahmen die fürchterliche Verantwortlichkeit auf sich, Europa in den entsetzlichsten und ruchlosesten Kampf zu stürzen, den je die Jahrhunderte sahen."

Der Erlaß betont darauf, daß sich die italienischen Freimaurer in dieser Schicksalsstunde, ohne auf die Ideale ihres Bundes zu verzichten, „vor allem als Italiener fühlen", und fährt dann fort:

„Und weil gewisse Stunden in der Geschichte sich nicht wiederholen, und weil es Wahnsinn und Verbrechen ist, sie verrinnen zu lassen, ohne die Vorteile zu begreifen und zu erfassen, die sie bieten, vermeinen wir, daß Italien schlecht für sich selbst sorgen würde, wenn es den verhängnisvollen Begebnissen fernbleiben wollte, die für so viele Generationen über die Schicksale Europas entscheiden.

Lebensinteressen des Vaterlandes selbst werden ernsthaft bedroht. Wenn sich nicht jetzt die seit so langer Zeit ersehnte Vollendung des nationalen Einigungswerkes vollzöge, würde sie auf wer weiß wie lange aufgeschoben, ja für immer in Frage gestellt sein. Die Verteidigung des Rechts gegen die Macht heischt von uns als Huldigung für unsere glänzendsten Ueberliefrungen eine Mitwirkung (cooperazione), die weder zaghaft noch zögernd sein darf.

Praktische Ueberlegung und ideale Gründe wirken in unseren Augen darauf hin, daß Italien in wohlerwogener Entscheidung Gefahren und Opfer auf sich nehmen muß, um in dieser Stunde seiner erneuerten Existenz als Nation und seiner geschichtlichen Sendung unter den Völkern würdig zu sein."

Weiterhin wird zwar anerkannt, „daß es allein der Regierung zusteht, die verschiedenen Meinungen zu sammeln, die sich im Volke bilden, die Schwierigkeiten der Aufgabe abzuschätzen, alle die Einzelheiten des mächtigen Problems zu erwägen und dann in freier Verantwortung die günstigste Gelegenheit zu ergreifen, um gemäß den höchsten Interessen des Vaterlandes zu entscheiden", inzwischen müsse aber die italienische Freimaurerei, getreu ihren Ueberlieferungen, fortfahren, die Erziehung des Volksgewissens zu vertiefen:

„Jeder Bruder erfasse und verbreite in der Loge und draußen die Ueberzeugung, daß für Italien eine Stunde schwerster Verantwortung und harter Opfer geschlagen hat und daß, wenn wir ihr kühn entgegengehen, der edelste aller Wettstreite sich entfalten müsse unter allen Mitbürgern hoch oder nieder."

Mit dem Hinweise darauf, daß die Freimaurerei in dieser Stunde zeigen müsse, daß sie in vollem Maße das Vertrauen und die Sympathie des besten Teiles der Nation verdient, mahnt Großmeister Ferrari die Brüder:

„Seien Sie die ersten, wenn die Stunde für die opferfreudige Tat gekommen sein wird. Und inzwischen seid unermüdlich bestrebt, klugen Sinnes, in Großherzigkeit und in Duldsamkeit Parteiungen und Gegensätze zu überbrücken, also jenen Gleichstrom des Willens und der Ziele zu schaffen, der einem Volke in der höchsten Gefahr die Kraft gibt, sein Schicksal zu verteidigen. Und es stärke und begeistere Sie hierbei das Bewußtsein, daß die

und Bedeutung zu erläutern.

Die politische Lage läßt dieses Jahr auffällige Gedenkfeiern dieses ruhmreichen Tages nicht ratsam erscheinen, aber keine weihevollere Erinnerungsfeier läßt sich wünschen als die eine, durch die die Brüder vereint in ihren Tempeln, Herz und Sinn auf die großen Erinnerungen der Vergangenheit gerichtet, würdig und mit vollem Bewußtsein sich für die Pflichten vorbereiten, die ihnen diese Stunde auferlegt, in der die größten Geschicke unseres Vaterlandes und neue Ergebnisse für den Fortschritt der Menschheit heranreifen."

Ueberblickt man die vorstehend in wortgetreuer Uebersetzung aus dem im September 1914 vom Amtsblatt des Großorients von Italien „Acacia, Rivista massonica italiana" veröffentlichten Geheimerlaß wiedergegebenen Stellen, die für die Beantwortung der hier zu erörternden Frage ins Gewicht fallen, so ergibt sich, daß der Erlaß ein Mobilmachungsbefehl der obersten Ordensbehörde an die italienischen Freimaurer war mit der zwischen den Zeilen zu lesenden und nach Mitteilungen der katholischen Zeitung Mailands „Italia" in den Erläuterungen der Stuhlmeister an die einzelnen Logen gerichteten Aufforderung, die öffentliche Meinung im Lande nach Möglichkeit, insbesondere durch die Presse, in einem England und Frankreich günstigen Sinne zu beeinflussen und mit allen Mitteln, nötigenfalls durch künstliche Schaffung eines Kriegsfalls zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn, dahin zu wirken, daß Italien aus seiner Neutralität heraustrete und sich auf die Seite Englands und Frankreichs stelle. Bei den zu diesem Zwecke zu veranstaltenden Versammlungen und öffentlichen Kundgebungen sollten die Brüder immer wieder darauf hinweisen, daß Frankreich und England als Vorkämpfer des demokratischen Gedankens, der religiösen Freiheit und des Kulturfortschritts aller Völker handelten, dabei aber von Rußland so wenig wie möglich zu reden.

Vermutlich hängt der Geheimerlaß des italienischen Großmeisters Ferrari mit dem im August 1914 vom Großorient von Frankreich ausgegangenen Versuche zusammen, die romanischen Freimaurerlogen gegen Deutschland und Oesterreich als „die Stützen des Obskurantismus" für Frankreich, den Führer des „Geistes der Freiheit und des Fortschritts", mobil zu machen. Jedenfalls haben französische Einflüsse bei der Entstehung des Erlasses mitgewirkt, und diejenigen dürften recht haben, die die Quelle dieser Einflüsse in der französischen Botschaft zu Rom sehen, deren Träger seit 1898 Camille Barrère ist. Dieser Diplomat nimmt in der Tat eine sehr einflußreiche Stellung im Großorient von Frankreich ein, und bei der bekannten Abhängigkeit der italienischen Freimaurerei vom Großorient von Frankreich wurde es ihm nicht schwer, auch auf den Großorient von Italien bestimmenden Einfluß zu gewinnen, zumal er hierbei in dem jetzigen Ehrengroßmeister, früheren Großmeister von Italien und Bürgermeister von Rom Ernesto Nathan, dem unehelichen Sohne Mazzinis von der Sarah Nathan, einen eifrigen und sehr brauchbaren Helfer fand, der von seinem Vater, unter dessen Einfluß die italienischen Logen zu revolutionär-demokratischen politischen Klubs geworden waren, den Haß gegen Oesterreich geerbt und der die Freimaurerei auf die Straße geführt und an Straßenkundgebungen gewöhnt hatte. Außerdem standen ihm für seine Zwecke reichliche Geldmittel, die nicht nur von der französischen Regierung, sondern auch von den französischen Logen gegeben wurden, zur Verfügung und die er zur Bestechung der von Freimaurern geleiteten maßgebenden Presse Italiens benutzte.

Abendblatt

67. Jahrgang

Expedition: Effingerstraße 1
656 Telephon 656

Inserate: Haasenstein & Vogler
Postscheckkonto III/327

des Postvereins: halbjährlich Fr. 24.50, vierteljährlich Fr. 12.25, uzband-Zusendung. Man abonniert direkt bei der Expedition Postanweisung. — Insertionspreis für die Schweiz 25 Cts. die für das Ausland 30 Cts. Reklamepreis Fr. 1 die Petitzeile. — und deren Filialen im In- und Auslande

Italien und die Entente

(Von unserem Korrespondenten)

Z Paris, 14. Febr.

Die Mission Briand ist heute aus Italien zurückgekehrt. Der Zweck der Reise war vor allem, der Erfüllung des Hauptpunktes des Briandschen Regierungsprogramms näher zu kommen: der engere Zusammenschluß der Glieder der gegen die Zentralmächte kämpfenden Koalition. Briand hat es verstanden, diesem Ziel methodisch zuzustreben, und es spricht für das Ansehen seiner Persönlichkeit, daß er bei den andern Großmächten der Entente ein bereitwilliges Entgegenkommen gefunden hat. So kam es zu den Zusammenkünften in Calais, Paris und London, zur Absendung russischer Sondermissionen nach Paris und ins französische Hauptquartier. Auch mit Italien war die militärische Fühlung schon seit geraumer Zeit genommen. Der General Porro ist in Paris und im Hauptquartier gewesen, und im letzten September hat der General Joffre die italienische Front besucht. Allein diese lose Fühlung genügte Briand nicht. Er wies in seiner ministeriellen Erklärung im Spätherbst des letzten Jahres auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Direktion aller Kräfte der Entente hin. Und im Verlauf seiner italienischen Reise gab er seiner Auffassung durch den bezeichnenden Satz Ausdruck: „Es gibt nicht verschiedene Fronten, sondern nur eine einzige Front." In einem Trinkspruch gab er auch eine Erklärung dafür ab, warum zwischen den Bundesgenossen der Entente die Einheitlichkeit schwieriger zu erreichen ist, als auf der Gegenseite. „Bei unsern Feinden," sagte er, „ist die Koordination durch die Bedingungen der Geographie gegeben, sozusagen aufgezwungen. Im Lager der Alliierten kann sie nur das Ergebnis einer höhern

der sich seiner Pflichten im Dienste des edelsten Ideals bewußt ist."

Daß Briand den politischen Hauptzweck seiner Reise erreicht hat, geht aus der amtlichen Mitteilung hervor, daß sich eine Konferenz sämtlicher Verbündeten demnächst in Paris vereinigen wird. Zu den politischen und militärischen Persönlichkeiten der Entente, die sich schon an den grünen Tischen von Paris und Chantilly getroffen haben, werden sich nun auch die Italiener gesellen. Man stellt sich vor, daß diese Konferenz politischer und militärischer Persönlichkeiten Frankreichs, Englands, Rußlands und Italiens einen gemeinsamen Kriegsplan ausarbeiten wird oder vielleicht die Einzelheiten eines gemeinsamen Planes bespricht, der schon ausgearbeitet ist. Wenn man sich auf die Einzelheiten eines solchen Plans verständigen kann, so ist für die Entente ein Vorteil erreicht, obschon man auch dann nicht die Einheitlichkeit der Gegenseite erreicht haben wird, wo ein einzelner Mann den Entscheid gibt und nicht eine Konferenz von Männern, die immer wieder in den Fall kommen können, ergänzende Instruktionen bei ihren Regierungen einzuholen. Doch ist bis jetzt wenigstens durchgesetzt, daß die Entente ein Aktionszentrum erhält, und dieses Zentrum ist Paris. Und wenn, was nicht ausgeschlossen ist, sämtliche Heere der Entente unter eine Oberleitung kommen, so wird dieser Höchstkommandierende ein Franzose sein. Die politische Entwicklung dieses Koalitionskrieges deutet auf eine Verengerung der Koalition hin, und der engere Anschluß Italiens an diese Koalition ist ein Ereignis von hoher Bedeutung.

Bis jetzt scheint Italien am losesten mit der Entente zusammenzuhängen, weil es mit der Hauptmacht der gegnerischen Gruppe offiziell nicht im Kriege ist. Diese Kriegserklärung unterblieb aber vielmehr aus innerpolitischen Gründen als aus Gründen der äußern Politik, und die italienischen Staatsmänner, die in den Krieg eintreten wollten, wußten sehr wohl, daß früher oder später durch die Gewalt der Dinge auch der Kriegszustand mit Deutschland kommen würde. Italien ist auf dem Wege dazu. Eine wichtige Etappe auf diesem Wege ist das Ausfuhrverbot italienischer Waren nach Deutschland, der offizielle Abbruch der wirtschaftlichen Beziehungen. Italien hat den Krieg militärisch vorbereitet, bevor es losschlug. Es bereitet den Bruch mit Deutschland wirtschaftlich vor, und die Engländer und Franzosen helfen ihm dazu. England wird seine Handelsflotte requirieren, wenn das zur Eindämmung in der Hausse der Frachtpreise, unter denen die Italiener am meisten leiden, unbedingt nötig sein sollte, und die französi-

1916

74